

Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft

Dissertation

Die polnischen Bibliotheksgesetze – eine Analyse ihrer Bedeutung für das polnische Bibliothekswesen

zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor philosophiae

(Dr. phil.)

eingereicht an der Philosophischen Fakultät I

von Ursula Bödecker

Präsidentin der

Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst

Dekanin: Prof. Dr. Gabriele Metzler

Gutachter: 1. Prof. Dr. Konrad Umlauf

2. Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg

Datum der Einreichung: 17.08.2017¹

Datum der Disputation: 17.11.2017

¹ Die elektronische Veröffentlichung enthält gegenüber der eingereichten Fassung einige formale Korrekturen und erfüllt die gutachterlichen Auflagen.

Zusammenfassung

Die polnische Bibliotheksgesetzgebung hat eine gefestigte Tradition. Seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates im Jahr 1918 streben polnische Bibliothekare eine rechtliche Grundlage für das Bibliothekswesen im Land an. Ihre Bestrebungen münden letztlich im Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946, das später durch das Gesetz über Bibliotheken von 1968 ersetzt wird. Im Zuge der Transformation nach 1989 tritt am 27. Juni 1997 ein neues Bibliotheksgesetz in Kraft. Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der polnischen Bibliotheksgesetzgebung auseinander. Sie macht den deutschen Leser mit dem polnischen Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ vertraut, gibt einen Überblick über den Verlauf der Entstehungsgeschichte der polnischen Bibliotheksgesetze, beschreibt ihren Inhalt und beleuchtet ihre Realisierung. Auf der Basis der theoretischen Erkenntnisse setzt der anschließende empirische Teil der Studie auf, in dem die Bedeutung der polnischen Gesetze für das polnische Bibliothekswesen ermittelt wird. Dabei wird die Eignung dieser rechtlichen Grundlage als ein Instrument zur Gestaltung des polnischen Bibliothekswesens fokussiert. Die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen wird mithilfe von Experteninterviews durchgeführt. Als Akteure wurden fünf Bibliothekare, welche die polnische Bibliotheksgesetzgebung in besonderen Maße kennen, in polnischer Sprache befragt. Ihre Aussagen dienen der Bewertung der polnischen Bibliotheksgesetze in Bezug auf ihre Bedeutsamkeit.

Schlagwörter:

Polen, Bibliotheksrecht, Bibliotheksgesetz, Bibliotheken

Abstract

Polish library legislation has a strong tradition. Ever since the re-establishment of the Polish state in 1918, Polish librarians have been striving towards a legal basis for the library system in the country. Their efforts ultimately led to the Decree of April 17, 1946 on libraries and on the protection of library collections, which was then replaced by the law on libraries in 1968. As part of the transformation after 1989, a new library law came into effect on 27 June 1997. This thesis will deal with the law-making for libraries in Poland. It will introduce the German reader to the Polish understanding of the terms 'library law' and 'library legislation', provide an overview of how the history of Polish library laws unfolded, describe their content and shed some light on how they are implemented. Based on the theoretical findings, the subsequent empirical part of the study will demonstrate the significance of the Polish laws for the Polish library system. In doing so, it will focus on the suitability of this legal basis as an instrument for shaping and re-shaping the Polish library system. The significance of the Polish library laws for the Polish library system is examined with the help of expert interviews. Surveys were held in Polish with five librarians who know the ins and outs of library legislation in Poland. Their comments serve to the evaluation of Polish library laws in regard to their significance.

Keywords:

Poland, Library legislation, Library law, Libraries

Vorwort

An dieser Stelle möchte ich mich bei denjenigen bedanken, die zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Konrad Umlauf, bin ich dankbar, dass er mich als seine Doktorandin angenommen hat. Er hatte stets Zeit für meine Fragen, ließ mir aber zugleich viel Freiraum für meine wissenschaftliche Forschung. Das habe ich nie als selbstverständlich angesehen und danke ihm dafür ganz herzlich. Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg danke ich für das Eingehen auf meine Vorgehensweise in dieser Studie.

Großen Dank schulde ich meinen Interviewpartnern, die sich Zeit für die Gespräche nahmen und mir einen tiefen Einblick in die polnische Bibliotheksgesetzgebung gewährten: Herrn Bolesław Howorka, Herrn Dr. Andrzej Mężyński, Frau Elżbieta Stefańczyk, Frau Jolanta Stępniać und Herrn Jan Wołosz.

Herrn Prof. Dr. Holger Knudsen gilt mein besonderer Dank für die gründliche Durchsicht meiner Arbeit und für die wertvollen Anregungen. Zudem stand er mir immer mit Rat und Tat zur Seite. Ich habe von seiner Unterstützung vielfältig profitiert. Für das Korrekturlesen danke ich Frau Anja Borghardt und Herrn Andrzej Kokoszka.

Danken möchte ich auch den deutschen und polnischen Bibliothekaren, die mich zügig mit der benötigten Literatur versorgten: Herrn Mark Ciesielczyk, Frau Elżbieta Maruszak, Frau Olga Michrowska, Frau Gudrun Nelson-Busch, Frau Ines Wanke, Frau Mariola Zwiazek und den für die Fernleihe zuständigen Mitarbeitern der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg.

Zuletzt möchte ich meinem Ehemann Kai für seine Geduld und seine ständige Unterstützung danken. Besonders in der schwierigen Schlussphase meiner Arbeit schenkte er mir viel Kraft.

Diese Arbeit ist Kai Bödecker gewidmet.

Hamburg, August 2017

Ursula Bödecker

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IV
Inhaltsverzeichnis.....	V
Abkürzungsverzeichnis und Hinweise	XI
1. Einleitung	1
2. Das deutsche und das polnische Verständnis der Begriffe	
„Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“	7
2.1 Deutsches Bibliotheksrechtsverständnis	7
2.2 Polnisches Bibliotheksrechtsverständnis.....	8
2.3 Bibliotheksgesetzverständnis in Deutschland und Polen	12
2.4 Fazit	14
3. Die Entstehung der polnischen Bibliotheksgesetze.....	16
3.1 Die wesentlichen Meilensteine auf dem Weg zum Dekret	17
3.1.1 Der Ursprung der polnischen Bibliotheksgesetze.....	17
3.1.1.1 Die ersten Bibliotheksrichtlinien	18
3.1.1.2 Die Auswirkungen der Bibliotheksrichtlinien	18
3.1.2 Die Entstehung der Bibliotheksgesetzentwürfe in der	
II. Republik (1918-1939).....	20
3.1.2.1 Die Gründe und Ziele der Bibliothekare	
und Bildungsaktivisten.....	20
3.1.2.2 Der Inhalt der Entwürfe	23
3.1.2.3 Die Reaktionen auf die Entwürfe.....	26
3.2 Die Entstehung des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von	
Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946	28
3.2.1 Der Ausgangspunkt und die herrschenden politischen	
Umstände	28
3.2.2 Die Beauftragung des Referats Bibliotheken mit der	
Erarbeitung eines Dekrets über Gemeindebibliotheken	31
3.2.3 Józef Grycz als Person und als Akteur	33
3.2.4 Das Verfahren bis zur Bestätigung des Dekrets	
durch das Präsidium des Landesnationalrates	35
3.3 Von den ersten Initiativen bis zur Verabschiedung des Gesetzes	
über Bibliotheken von 1968	36
3.3.1 Die Situation der Bibliotheken in den frühen 1950er Jahren	36
3.3.2 Impulse, Interessen und Initiativen.....	38
3.3.3 Die Erarbeitung des Gesetzentwurfs	40

3.3.4	Die Behandlung des Gesetzentwurfs im Sejm	43
3.4	Die Vorgeschichte und die Entstehung des Gesetzes über Bibliotheken vom 27. Juni 1997	45
3.4.1	Die Vorgeschichte	45
3.4.1.1	Die Diskussionen um einen Novellierungsversuch des Bibliotheksgesetzes in den 1980er Jahren	45
3.4.1.2	Hemmende Faktoren auf dem Weg zur Modernisierung des Bibliotheksgesetzes	50
3.4.2	Die Entstehung des Gesetzes über Bibliotheken vom 27. Juni 1997	51
3.4.2.1	Die Ausgangssituation	51
3.4.2.2	Die Auseinandersetzungen um die Neugestaltung des Bibliotheksgesetzes und die gescheiterten Entwürfe der bibliothekarischen Fachwelt	52
3.4.2.3	Die Behandlung des Gesetzentwurfs im Sejm	59
3.5	Fazit	62
4.	Die Charakteristika der Bibliotheksgesetze	64
4.1	Das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheks- beständen vom 17. April 1946	64
4.1.1	Der Aufbau	64
4.1.2	Die wesentlichen Regelungen	65
4.1.2.1	Die Bedeutung und Funktion der Bibliotheken und ihrer Bestände	65
4.1.2.2	Das Ziel des Netzkonzepts und die zentralen Organe des Bibliothekswesens	66
4.1.2.3	Die Netzstruktur der öffentlichen Bibliotheken und ihre Aufgaben	69
4.1.2.4	Die Finanzierung der Bibliotheken	71
4.1.2.5	Bibliotheken außerhalb des Netzes	72
4.1.2.6	Schlussbestimmungen	73
4.2	Das Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968	73
4.2.1	Der Aufbau	73
4.2.2	Die wesentlichen Regelungen	73
4.2.2.1	Der Geltungsbereich des Gesetzes und die Aufgaben- stellung der Bibliotheken	73
4.2.2.2	Die Organisation des Bibliothekswesens	74
4.2.2.3	Die Ressortstruktur des landesweiten Bibliotheksnetzes	76

4.2.2.4	Die speziellen Aufgaben der einzelnen Bibliothekstypen und ihre Organisation.....	77
4.2.2.5	Die Berufsgruppe der Bibliothekare	79
4.2.2.6	Besondere Bestimmungen	79
4.2.2.7	Schlussbestimmungen.....	80
4.2.3	Die Änderungen des Gesetzes	80
4.3	Das Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997	81
4.3.1	Der Aufbau	81
4.3.2	Die wesentlichen Regelungen.....	82
4.3.2.1	Der Zweck des Gesetzes	82
4.3.2.2	Der Landesbibliotheksbeirat	83
4.3.2.3	Die Organisatoren der Bibliotheken	84
4.3.2.4	Die Stellung der Nationalbibliothek und ihre Aufgaben	85
4.3.2.5	Die Aufgaben und Funktionen einzelner Bibliothekstypen....	86
4.3.2.6	Die Form und Funktionsweise des landesweiten Bibliotheksnetzes	88
4.3.2.7	Die Beschäftigten der Bibliotheken	88
4.3.2.8	Schlussbestimmungen.....	89
4.3.3	Die Änderungen des Gesetzes	89
4.4	Fazit	90
5.	Die Realisierung der Bibliotheksgesetze.....	96
5.1	Die Realisierung des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946	97
5.1.1	Die Periode des Wiederaufbaus des Bibliothekswesens (1946 bis 1949).....	97
5.1.1.1	Die grundlegenden organisatorischen Rahmen- bedingungen für die Umsetzung des Dekrets	97
5.1.1.2	Der Aufbau des landesweiten Netzes öffentlicher Bibliotheken	99
5.1.1.3	Die Erarbeitung und der Erlass von Durchführungs- rechtsakten	104
5.1.2	Die Auswirkungen des Stalinismus auf die Realisierung im Zeitraum 1950 bis 1968.....	105
5.1.2.1	Die wesentlichen politisch-gesellschaftlichen Änderungen und ihre unmittelbaren Folgen für das Bibliothekswesen.....	105
5.1.2.2	Der Ausbau des Bibliothekswesens innerhalb der neuen organisatorischen Strukturen der Bibliotheken.....	108
5.1.3	Die nicht-realisierten Bestimmungen des Dekrets	109

5.2 Die Realisierung des Bibliotheksgesetzes vom 9. April 1968	111
5.2.1 Das Bibliothekswesen der Volksrepublik Polen in den Jahren 1968 bis 1979	111
5.2.1.1 Die Umsetzung der Organisationsstruktur der Bibliotheks- netze und die Organisation der Bibliotheken	111
5.2.1.2 Die Konkretisierung der Arbeitsvorgänge in Bibliotheken ..	113
5.2.1.3 Die Bibliothekare – Berufsgruppen, Beruf und Ausbildung	114
5.2.1.4 Der Staatliche Bibliotheksbeirat und die korrespon- dierenden Gremien auf der Ressortebene	115
5.2.1.5 Die Beurteilung der Realisierung des Bibliotheksgesetzes aus der Sicht der staatlichen Organe sowie bibliothe- karischer und weiterer Organisationen	116
5.2.2 Das Bibliothekswesen der Volksrepublik Polen in den 1980er Jahren	121
5.2.3 Das Bibliothekswesen der Republik Polen in den Jahren 1990 bis 1997	122
5.3 Die Realisierung des Bibliotheksgesetzes vom 27. Juni 1997 bis Ende 1998	123
5.3.1 Die erlassenen Durchführungsrechtsakte	123
5.3.2 Die Reaktionen der polnischen Bibliothekswelt	125
5.4 Fazit	127
6. Methoden	130
6.1 Forschungsmethode	132
6.2 Sampling	135
6.3 Feldzugang	140
6.4 Auswertungsmethode	141
7. Forschung	143
7.1 Deskriptive Darstellung der Auswertungskategorien	143
7.1.1 Bibliotheksrechtsverständnis	143
7.1.2 Bibliotheksgesetzverständnis	144
7.1.3 Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht	144
7.1.4 Zweck der Bibliotheksgesetze	145
7.1.5 Inhalte der Bibliotheksgesetze	146
7.1.6 Realisierung der Bibliotheksgesetze	147
7.2 Analyse	148
7.2.1 Bibliotheksrechtsverständnis	148
7.2.1.1 Kunstwort	148
7.2.1.2 Komplex	150

7.2.1.3	Zugehörigkeit zu einem Wissenschaftsgebiet.....	151
7.2.2	Bibliotheksgesetzverständnis.....	152
7.2.2.1	Drei Bibliotheksgesetze	152
7.2.2.2	Weitere Bibliotheksgesetze.....	153
7.2.2.3	Gesetze des Bibliothekswesens.....	153
7.2.3	Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht.....	154
7.2.3.1	Rang von Gesetzen in der polnischen Rechtsordnung.....	154
7.2.3.2	Rang der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht	154
7.2.3.3	Dialog der Rechtsquellen	155
7.2.4	Zweck der Bibliotheksgesetze	160
7.2.4.1	Gesellschaftliche Interessen.....	160
7.2.4.2	Staatliche Interessen.....	166
7.2.4.3	Umstände	170
7.2.4.4	Gründe.....	177
7.2.5	Inhalte der Bibliotheksgesetze.....	184
7.2.5.1	Regelungsanspruch	184
7.2.5.2	Auswahl der Regelungsmaterien	186
7.2.5.3	Bewertung der Regelungsmaterien.....	187
7.2.5.4	Einheitliches Bibliothekssystem	196
7.2.5.5	Einheitliche Bibliothekspolitik	199
7.2.5.6	Qualitätskriterien.....	200
7.2.6	Realisierung der Bibliotheksgesetze.....	205
7.2.6.1	Indikatoren der Anwendung und Umsetzung der Bibliotheksgesetze im Bibliothekswesen.....	205
7.2.6.2	Bewirkte Nebeneffekte	210
7.2.6.3	Formen der Anwendung und Umsetzung in der Alltagspraxis von Bibliotheken.....	214
7.2.6.4	Einheitliches Bibliothekssystem	218
7.2.6.5	Einheitliche Bibliothekspolitik	219
7.2.6.6	Probleme und Hindernisse	221
7.2.6.7	Bild des polnischen Bibliothekswesens ohne Bibliotheksgesetze	232
8.	Schlussbetrachtung.....	234
9.	Literaturverzeichnis	241
10.	Verzeichnis polnischer Gesetze, Anordnungen und Verordnungen....	259
11.	Anhänge.....	264
11.1	Interviewleitfaden	264

11.1.1	Polnischsprachige Version.....	264
11.1.2	Deutschsprachige Version	268
11.2	Interviewtranskripte.....	272
11.2.1	Interview E1.....	272
11.2.2	Interview E2.....	300
11.2.3	Interview E3.....	323
11.2.4	Interview E4.....	337
11.2.5	Interview E5.....	363
11.3	Codierleitfaden	381

Abkürzungsverzeichnis² und Hinweise

AGH	Akademia Górniczo-Hutnicza (Akademie für Bergbau und Hüttenwesen)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BUW	Biblioteka Uniwersytecka w Warszawie (Universitätsbibliothek in Warschau)
CIDNT	Centralny Instytut Dokumentacji Naukowo-Technicznej (Zentralinstitut für Wissenschaftlich-Technische Dokumentation)
CIINTE	Centralny Instytut Informacji Naukowo-Technicznej i Ekonomicznej (Zentralinstitut für Wissenschaftlich-Technische und Wirtschaftsinformation)
CINTE	Centrum Informacji Naukowej, Technicznej i Ekonomicznej (Informationszentrum für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft)
CKW	Centralna Komisja Wydawnicza (Zentrale Verlagskommission)
CRZZ	Centralna Rada Związków Zawodowych (Zentralrat der Gewerkschaften)
DK	Dom Książki (Haus des Buches, Buchladen)
Dz. U.	Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej (Gesetzesblatt der Volksrepublik Polen)
Dz. Urz. Min. Ośw.	Dziennik Urzędowy Ministerstwa Oświaty (Amtsblatt des Bildungsministeriums)
IBiIN, IBIN	Instytut Bibliotekoznawstwa i Informacji Naukowej (Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft)
IBL	Instytut Badań Literackich (Institut für Literaturforschung)
IFLA	The International Federation of Library Associations and Institutions
IINTE	Instytut Informacji Naukowo-Technicznej i Ekonomicznej (Institut für Wissenschaftlich-Technische und Ökonomische Information)
IKiCBN, IKiCz	Instytut Książki i Czytelnictwa Biblioteki Narodowej (Institut für Buchwesen und Leseverhalten an der Nationalbibliothek)
INiB	Instytut Informacji Naukowej i Bibliotekoznawstwa Uniwersytetu Wrocławskiego (Informations- und Bibliothekswissenschaft der Universität in Breslau)
KBN	Komitet Badań Naukowych (Komitee für Wissenschaftliche Forschungen)
KC PZPR	Komitet Centralny Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej (Zentralkomitee der Vereinigten Arbeiterpartei)
KEN	Komisja Edukacji Narodowej (Nationale Erziehungskommission)
KMSK	Komitet Ministrów do Spraw Kultury (Komitee der Minister für Kulturangelegenheiten)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KRN	Krajowa Rada Narodowa (Landesnationalrat)
KUK	Komitet Upowszechnienia Książki (Komitee für die Verbreitung des Buches)
MAP	Ministerstwo Administracji Publicznej (Ministerium der Öffentlichen Verwaltung)

² Da davon auszugehen ist, dass die polnischen Abkürzungen dem deutschen Leser nicht bekannt sind, werden Abkürzungen in der Studie nur dann verwendet, wenn sie dem Zweck des verbesserten Leseflusses dienen.

XII

Min. Oświaty	Ministerstwo Oświaty (Bildungsministerium)
Min. Szk. Wyż.	Ministerstwo Szkolnictwa Wyższego (Ministerium für Hochschulwesen)
MIP	Ministerstwo Informacji i Propagandy (Ministerium für Information und Propaganda)
MKiS, MKiSZ	Ministerstwo Kultury i Sztuki (Ministerium für Kultur und Kunst)
MNiSW	Ministerstwo Nauki i Szkolnictwa Wyższego (Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen)
MOiSW, MOiSzW	Ministerstwo Oświaty i Szkolnictwa Wyższego (Ministerium für Bildung und Hochschulwesen)
MOiW	Ministerstwo Oświaty i Wychowania (Ministerium für Bildung und Erziehung)
MON	Ministerstwo Obrony Narodowej (Verteidigungsministerium)
MWRiOP	Ministerstwo Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego (Ministerium für Religionsgemeinschaften und Öffentliche Bildung)
MZiOS	Ministerstwo Zdrowia i Opieki Społecznej (Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge)
NDB	Naczelna Dyrekcja Bibliotek (Generaldirektion der Bibliotheken)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NUKAT	Narodowy Uniwersalny Katalog Centralny (Nationaler Zentralkatalog)
NZB	Narodowy Zasób Biblioteczny (Nationaler Bibliotheksbestand)
OCLC	Online Computer Library Center
PAN	Polska Akademia Nauk (Polnische Akademie der Wissenschaften)
PIK	Państwowy Instytut Książki (Staatliches Buchinstitut)
PiS	Prawo i Sprawiedliwość [Polska partia polityczna] (Recht und Gerechtigkeit) [Polnische Partei]
PKB	Produkt Krajowy Brutto (Bruttoinlandsprodukt)
PKWN	Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego (Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung)
PMS	Polska Macierz Szkolna (Polnischer Schulverein)
PPR	Polska Partia Robotnicza (Polnische Arbeiterpartei)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
PRL	Polska Rzeczpospolita Ludowa (Volksrepublik Polen)
PRON	Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego (Patriotische Bewegung der Nationalen Wiedergeburt)
PRT	Polski Rząd Tymczasowy (Provisorische Polnische Regierung)
PRZN	Polski Rząd Zjednoczenia Narodowego (Regierung der Nationalen Vereinigung)
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
SBP	Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich (Verein Polnischer Bibliothekare)
TCL	Towarzystwo Czytelń Ludowych (Gesellschaft für Volksbüchereien)
TON	Tajna Organizacja Nauczycielska (Geheime Lehrerorganisation)
TSL	Towarzystwo Szkoły Ludowej (Gesellschaft zur Förderung der Volksschule)

XIII

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
WTD	Warszawskie Towarzystwo Dobroczynności (Warschauer Wohltätige Gesellschaft)
ZBiAP	Związek Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich (Verband Polnischer Bibliothekare und Archivare)
ZBP	Związek Bibliotekarzy Polskich (Verband Polnischer Bibliothekare)
ZG SBP	Zarząd Główny Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich (Hauptverwaltung des Vereins Polnischer Bibliothekare)
ZSL	Zjednoczone Stronnictwo Ludowe (Vereinigte Volkspartei)

Hinweise

1. Deutsche Literatur zum polnischen Bibliothekswesen hat gelegentlich mit terminologischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einige Begriffe lassen sich aufgrund ihres Bedeutungsinhalts nicht so leicht ins Deutsche übersetzen. Dies führt dazu, dass die Übersetzungen uneinheitlich sind. Aus diesem Grund wird den wichtigen Begriffen bei der Erstnennung in der Studie der polnische Terminus hinzugefügt. Die Übersetzung folgt grundsätzlich renommierten Fachwörterbüchern (Napierała, Plesiński 2013; Herder-Institut; Kilian, Hanckel 2002; Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich 2011; Bałajewska-Miglus, Berg 2006). Wenn es zu Abweichungen in den Fachtermini kommt, weil der Bedeutungsinhalt zu unterschiedlich ist, wird ausschließlich der polnische Terminus verwendet. Bei der ersten Nennung wird in einem solchen Fall der Inhalt des Begriffs in der Fußnote erläutert.
2. Für einen besseren Lesefluss werden Ortsnamen, soweit im Sprachgebrauch üblich, stets in der deutschen Form angegeben (Warschau, Stettin etc.).
3. Übersetzungen aus dem Polnischen stammen, soweit nicht anderweitig gekennzeichnet, jeweils von der Verfasserin.
4. Zwecks besserer Lesbarkeit wird im nachfolgenden Text auf korrekte Gender-Formulierungen verzichtet. Es wird darauf hingewiesen, dass bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, unter der gewählten männlichen Form beide Geschlechter gemeint sind.

1. Einleitung

Alles Recht in der Welt ist erstritten worden, jeder wichtige Rechtssatz hat erst denen, die sich ihm widersetzen, abgerungen werden müssen, und jedes Recht, sowohl das Recht eines Volkes wie das eines Einzelnen, setzt die stetige Bereitschaft zu seiner Behauptung voraus. (Jhering 1897, S. 1)

Die aktuelle Debatte über die rechtliche Situation der deutschen Bibliothekslandschaft wird, angeregt durch zahlreiche Initiativen des Deutschen Bibliotheksverbandes (Deutscher Bibliotheksverband 13.07.2017), zunehmend von dem Wunschziel bestimmt, das Bibliothekswesen in Bibliotheksgesetzen zu regeln (Deutscher Bibliotheksverband 05.10.2015; Steinhauer 2007, S. 6–13). Das Thema ist keineswegs neu. Die Diskussion lässt sich bis in die Weimarer Republik zurückverfolgen (Steinhauer 2012, S. 249). Diesbezügliche Ansätze stießen jedoch in der Vergangenheit auf keine breite Zustimmung (Heeg 2000, S. 56). Denn eine solche gesetzliche Regelung des Bibliothekssektors wurde zumeist aus dem Blickwinkel der Notwendigkeit erörtert, was selbst in bibliothekarischen Kreisen skeptisch betrachtet wurde (Dankert 2000, S. 16). Angesichts der hohen Veränderungsgeschwindigkeit der digitalen Gesellschaft ist die Bedeutung von Bibliotheksgesetzen in der Fachwelt gestiegen, weil sie auch dazu beitragen könnten, den hohen Legitimationsdruck, dem Bibliotheken derzeit ausgesetzt sind, zu eliminieren (Umlauf 2011, S. 5).

Die gegenwärtig an ein Bibliotheksgesetz geknüpften Hoffnungen seiner Verfechter sind groß. Es wird als ein geeignetes Instrument für die Sicherung der Existenz von Bibliotheken, für eine ausreichende Finanzierung sowie für die Steigerung der Wertschätzung gegenüber Bibliotheken angesehen (Vonhof 2011, S. 10). Ein Bibliotheksgesetz würde zudem die Chance bieten, das deutsche Bibliotheksrecht durchsichtiger zu gestalten (Steinhauer 2011, S. 19), da das deutsche Bibliotheksrecht als „unübersichtlich, uneinheitlich, unwichtig“ (Steinhauer 2007, S. 6) bewertet wird. Die im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts bereits aus diesen Absichten heraus (Sartorius 2000, S. 11) einsetzenden Bemühungen der Bibliothekare um ein Bibliotheksgesetz in Deutschland sind allerdings gescheitert. Doch die Verabschiedung von Bibliotheksgesetzen auf Länderebene geht voran. Einige Bundesländer erließen mittlerweile ein Bibliotheksgesetz (Deutscher Bibliotheksverband 13.07.2017). Die

Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages beflügelten die Schaffung dieser Gesetze (Steinhauer 2012, S. 249).

Initiativen, wie die internationale Best-Practice-Analyse „Vorbildliche Bibliotheksarbeit in Europa, Singapur und den USA“ oder die Evaluation des Bibliothekswesens bestimmter Staaten in der Studie „Empfehlungen für die weitere Entwicklung der Wissenschaftlichen Informationsversorgung des Landes NRW“ stellen ein nationales Bibliotheksgesetz als Schlüsselinstrument für ein erfolgreich funktionierendes Bibliothekswesen dar. Für den internationalen Vergleich in diesen Studien wurden Länder mit Vorbildfunktion herangezogen. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen die Errungenschaften der Bibliothekswelt in diesen Ländern. Eine eingehende Auseinandersetzung mit der Entstehung und den Inhalten der Bibliotheksgesetze erfolgte nicht. (Dankert, Eichert 2005; Görl, Puhl, Thaller 2011)

Vor dem Hintergrund, dass das Recht ein „*Gestaltungs-, Steuerungs-, Stabilisierungs- und damit Herrschaftsinstrument*“ (Rüthers, Fischer, Birk 2016, S. 58) ist, verspricht eine Studie über die Bibliotheksgesetze eines Transformationslandes nicht nur allgemein interessant und aufschlussreich zu sein, sondern auch nützlich für die am Forschungsgebiet Bibliotheksrecht der Bibliotheks- und Informationswissenschaft interessierte Fachwelt. Der postkommunistische Nachbarstaat Polen ist dafür sehr gut geeignet. Er zeichnet sich durch ein hohes staatliches Engagement im Bibliothekssektor und eine fest verankerte Stellung der Bibliotheken in der Gesellschaft aus. Polen gehört zu den europäischen Staaten, die über ein Bibliotheksgesetz auf nationaler Ebene verfügen und auf eine lange Tradition von Bibliotheksgesetzen zurückblicken können.

Am 17. April 1946 wurde das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen³ (Dz. U. von 1946 Nr. 26, Pos. 163) erlassen. Als ein weiterer bedeutender Meilenstein in der Geschichte des polnischen Bibliothekswesens wurde während der Zeit der Volksrepublik Polen die Verabschiedung des Gesetzes über Bibliotheken vom 9. April 1968 (Dz. U. von 1968 Nr. 12, Pos. 63) angesehen (Pawlikowska 1975a, S. 137). Derzeit gilt das Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 (Dz. U. von 1997 Nr. 85, Pos. 539).

³ Dekret mit Gesetzeskraft.

Die vorliegende Studie verfolgt das Ziel, die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen zu ermitteln. Hierfür wird zunächst das polnische Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ dargelegt, ein Überblick über den Verlauf der historischen Entwicklung der polnischen Bibliotheksgesetze gegeben, die Inhalte der Bibliotheksgesetze beschrieben und die Realisierung der Bibliotheksgesetze beleuchtet. Dies dient als theoretischer Rahmen für den anschließenden empirischen Teil der Studie und ermöglicht vor allem sowohl die Entwicklung von Bewertungskriterien für die polnischen Bibliotheksgesetze als auch die Kontextualisierung des Ziels der Studie, was im Vorfeld nicht erfolgen kann, da das Ausmaß am vorhandenen Vorwissen über polnische Bibliotheksgesetze gering ist. Die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen wird mithilfe von Experteninterviews untersucht. Die Experten betrachten die Bibliotheksgesetze rückblickend aus heutiger Sicht, mit heutigem Wissen und heutiger Erfahrung. Ihre Aussagen dienen der Bewertung der polnischen Bibliotheksgesetze in Bezug auf ihre Bedeutsamkeit, indem sie die Datenbasis für die kategoriale Analyse bilden. Die Untersuchung beschränkt sich auf den Zeitraum 1946 bis Ende 1998. Dies geschieht, weil sich die Bewertung der Bibliotheksgesetze nur aus historischer Sicht vornehmen lässt. Eine sinnvolle Eingrenzung ist die am 1. Januar 1999 erfolgte weitere Etappe der Einführung des dreistufigen Selbstverwaltungssystems⁴ in Polen, das enorme Auswirkungen auf das öffentliche Bibliothekssystem hatte (Beński, Szymorowska 2000) und Bestrebungen für das Ersetzen des geltenden Bibliotheksgesetzes anbahnte (Budyńska, Stefańczyk 2012). Entwicklungen nach diesem Zeitpunkt sind nur teilweise berücksichtigt.

Um die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen aufzeigen zu können, bildet eine Auseinandersetzung mit den wesentlichen theoretischen Grundlagen, und zwar dem Begriffsverständnis von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz, der Genese der Bibliotheksgesetze, ihren Inhalten und ihrer Realisierung, die Basis für die anschließende Untersuchung.

⁴ Im Zuge der Systemtransformation wurden die Staatsstrukturen in Polen dezentralisiert. Die öffentliche Verwaltung und ihre Organe wurden in die Regierungs- und Selbstverwaltungsebene unterteilt. Der Prozess erfolgte sukzessive und erstreckte sich über mehrere Jahre. Am 1. Januar 1999 traten einige im Sommer 1998 verabschiedete Gesetze in Kraft, welche die Selbstverwaltung als ein dreistufiges territoriales System einführten. (Szuster 2005, S. 39–49; Chronik der Rechtsentwicklung in Osteuropa: Polen 1998)

Das Kapitel *Das deutsche und das polnische Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“* macht den deutschen Leser mit dem polnischen Bedeutungsinhalt der Begriffe vertraut. Zu diesem Zweck werden die jeweiligen nationalen Verständnisse der Begriffe erörtert, um anschließend das polnische mit dem deutschen Begriffsverständnis im Fazit zu kontrastieren. Die Unterschiede müssen deutlich werden, damit der Leser nicht durch die eigene Begriffsauffassung in der Studie fehlgeleitet wird. Die vorausgehende Auseinandersetzung mit dem divergenten Verständnis von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz ist erforderlich, um sich insbesondere mit der Rolle der Bibliotheksgesetze in der bibliothekarischen Rechtswirklichkeit im Forschungsteil zu befassen.

Nach der Begriffsklärung ist *Die Entstehung der polnischen Bibliotheksgesetze* das Thema des nächsten Kapitels. Hier erfolgt die Darstellung der Entstehungsgeschichte der Bibliotheksgesetzgebung mit Bezug zur politischen Situation im Land, und zwar von den Anfängen in Polen-Litauen im Jahr 1773 über die Schaffung des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen im Jahr 1946 bis zum Erlass des derzeit geltenden Gesetzes über Bibliotheken von 1997. Sie erfährt in der Studie besondere Berücksichtigung, weil das Wissen über das Zustandekommen der Gesetze, die Ziele, denen sie dienen sollen, und die Wirkung, die sie erzielen sollen, für die Beschäftigung mit ihrer rechtlichen Bedeutung unentbehrlich ist. In vielfältiger Weise prägte und prägt die Genese der Bibliotheksgesetze ihre Inhalte und ihre Umsetzung.

Im Anschluss daran widmet sich das Kapitel *Die Charakteristika der Bibliotheksgesetze* den Inhalten der Bibliotheksgesetze. Es stellt die wesentlichen Bestimmungen der Bibliotheksgesetze vor. Dabei werden insbesondere die dem Dekret über Bibliotheken zugrunde liegenden Leitprinzipien um die Erläuterungen seines Verfassers angereichert, weil diese in den Nachfolgegesetzen fortwirken. Im Fazit folgt ein Vergleich der wesentlichen Regelungen der Bibliotheksgesetze, um die graduellen Unterschiede zwischen den Gesetzen deutlicher erkennen zu können. Damit die Ausgestaltung der Bibliotheksgesetze im Empirieteil konkret thematisiert und sodann ihre Bedeutung für die bibliothekarischen Belange ausgemacht werden kann, ist eine detaillierte Kenntnis ihrer wesentlichen Regelungen im Vorfeld notwendig.

Das Kapitel *Die Realisierung der Bibliotheksgesetze* geht auf die Anwendung und Umsetzung der wichtigen Inhalte der Bibliotheksgesetze ein, unter Akzentuierung der wesentlichen Faktoren, die ihre Realisierung beeinflussten. Es verfolgt das Ziel, einen Einblick in den Grad der

Realisierung der Bibliotheksgesetze zu geben. Im Mittelpunkt stehen die Schaffung eines einheitlichen Bibliothekssystems und einer einheitlichen Bibliothekspolitik. Besonders beachtet werden auch der Wiederauf- und Ausbau des Bibliothekswesens, seine Organisation und die Zusammenarbeit der Bibliotheken untereinander. Eine Einsicht in den Grad der Anwendung und Umsetzung der Bibliotheksgesetze ist wesentlich, um ihre Wirkung auf das Bibliothekswesen in der Untersuchung zu diskutieren und gleichzeitig die gestalterischen Möglichkeiten und Grenzen der Gesetze eingehend auszuloten.

Der empirische Teil der Studie beginnt mit der Einführung der Kriterien für die Bewertung der Bibliotheksgesetze und der Vorstellung der Forschungsmethodik, der qualitativen Untersuchung mittels Experteninterviews. Fünf Bibliothekare, welche die polnischen Bibliotheksgesetze in besonderem Maße kennen und in die Praxis umsetzten bzw. umsetzen, wurden in polnischer Sprache befragt.

Für das methodische Vorgehen der empirischen Untersuchung werden im Kapitel *Methoden* zunächst Kriterien entwickelt, anhand derer die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen gemessen werden soll. Sie werden als Analysemaske für die Auswertung der Interviews genutzt. Danach wird die Auswahl des Experteninterviews als Spezialform der qualitativen Forschung begründet und die thematische Strukturierung des Interviewleitfadens erläutert. Sodann werden für die Einschätzung der Forschung das Sampling und der Feldzugang offengelegt. Für die Analyse der erhobenen Aussagen erfolgt im Anschluss daran die Darstellung der Auswertungsmethode, die qualitative Inhaltsanalyse angelehnt an Philipp Mayring (Mayring 2015).

Das Kapitel *Forschung* beinhaltet die deskriptive Darstellung des Codierleitfadens⁵ sowie die Analyse. Um die im Codierleitfaden gebildeten Kategorien und die daraus folgende Gliederung der Analyse nachvollziehen zu können, werden diese einzeln beschrieben. Die *Analyse* verknüpft die Aussagen der Experten mit der theoretischen Grundlegung. Dabei werden die Bewertungskriterien im Codierleitfaden zunächst zugunsten weiterer Strukturierung und Übersichtlichkeit in weitere Unterkategorien eingeteilt und die Expertenaussagen diesen jeweils zugeordnet. Die Auswertung der Interviews findet also in kleinen Schritten statt, um

⁵ Der Codierleitfaden befindet sich in voller Länge in polnischer Sprache im Anhang auf Seite 381.

die Bedeutung der Bibliotheksgesetze kategoriengeleitet und differenziert ermitteln zu können.

2. Das deutsche und das polnische Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“

Bevor auf die polnischen Bibliotheksgesetze näher eingegangen werden kann, stellt sich zunächst die Aufgabe, das polnische Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ herauszuarbeiten. Das Verständnis der beiden Begriffe ist für die Auseinandersetzung mit der Bedeutung der Bibliotheksgesetze wichtig. In Polen werden Bibliotheksgesetze als ein wesentlicher Bestandteil des Bibliotheksrechts betrachtet. Verständlich wird dies erst im Rahmen der Begriffsklärung. Die Entlehnung des deutschen Verständnisses der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ ist hierbei irreführend.

Damit die Divergenzen zwischen dem deutschen und dem polnischen Verständnis ersichtlich werden und der deutsche Leser nicht dem Sog der nationalen Begriffsverständnisse unterliegt, ist eine Auseinandersetzung mit dem deutschen und dem polnischen Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ im Vorfeld nicht nur sinnvoll, sondern unerlässlich.

2.1 Deutsches Bibliotheksrechtsverständnis

In den deutschen Rechtswörterbüchern sucht man vergeblich nach dem Begriff „Bibliotheksrecht“.⁶ Nachgewiesen ist der Begriff ausschließlich in bibliothekarischen Nachschlagewerken. Es besteht Konsens unter den deutschen Bibliothekaren darüber, dass das deutsche Bibliotheksrecht kein Rechtsgebiet, sondern ein juristisches Querschnittsthema ist, das nahezu alle Rechtsbereiche berührt. Denn es stellt ein in sich sachlich offenes unzusammenhängendes Gebiet dar. Aus diesem Grund lässt es sich nicht in die juristische Systematik einordnen, die aus immer kleineren, aber recht geschlossenen Gebieten besteht. (Treplin, Kirchner 1961, S. 762; Gödan 2005, S. 58)

Die Einwände aus den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts gegenüber dem Begriff hatten in der Querschnittsgebietsproblematik ihren Ursprung. Die Existenz weiterer Querschnittsgebiete, wie z. B. des Medizinrechts und des Sportrechts, wovon das Sportrecht als Rechts-

⁶ Als prominentestes Beispiel sei das von Creifelds begründete Rechtswörterbuch genannt (Creifelds 2017).

begriff bereits in dem renommierten Rechtswörterbuch Creifelds nachgewiesen ist (Creifelds 2017, S. 1219), bestätigt jedoch, dass ein zusammenfassender Begriff für die für Bibliotheken bedeutsamen Normen des staatlichen Rechts gebildet werden darf. (Kirchner 1981, S. 1–2) Ob allerdings das Querschnittsgebiet „Bibliotheksrecht“ jemals in den juristischen Rechtswörterbüchern einen Eintrag erhält, bleibt abzuwarten.

Bis heute herrscht jedoch Uneinigkeit über den Begriffsumfang mit entsprechenden Auswirkungen auf die Begriffsverwendung. Dies betrifft nicht nur die Sammlungen von Vorschriften zum Bibliotheksrecht, sondern auch die sich mit der Problematik beschäftigende Literatur. Verschiedentlich setzt man sich mit der Bibliotheksgesetzgebung⁷ in Deutschland (Steinhauer 2007, S. 1–2) oder mit der bibliotheksrelevanten Gesetzgebung in Deutschland (Müller 2000, S. 43–48) auseinander. Jürgen Christoph Gödan legt dar, dass man unter Bibliotheksrecht entweder lediglich Rechtsvorschriften, die speziell für Bibliotheken gelten, d. h., deren Adressaten Bibliotheken sind (Bibliotheksrecht im engeren Sinne), versteht, oder ebenfalls die allgemein geltenden Rechtsvorschriften, die sich auf den Bibliotheksbetrieb und seine Dienstleistungen beziehen und mangels spezieller Regelungen auch für Bibliotheken gelten (Bibliotheksrecht im weiteren Sinne)⁸. Dementsprechend unterscheidet er zwischen Rechtsvorschriften mit direktem oder indirektem bibliothekarischen Bezug. (Gödan 2005, S. 59) Während das Bibliotheksrecht im engeren Sinne eindeutig eingegrenzt ist, mangelt es an einer finalen präzisen Abgrenzung für das Bibliotheksrecht im weiteren Sinne, da dieses im Detail als „*noch nicht ausdiskutiert*“ (Gödan 2005, S. 60) gilt.

2.2 Polnisches Bibliotheksrechtsverständnis

In den polnischen Rechtswörterbüchern wird der Begriff „Bibliotheksrecht“ („*prawo biblioteczne*“) ebenfalls nicht angeführt.⁹ Das polnische Bibliotheksrecht ist auch ein juristi-

⁷ Teilweise wird der Begriff „Bibliotheksgesetzgebung“ ausschließlich mit einem Bibliotheksgesetz im Sinne der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in Verbindung gebracht (Mayr 2012, S. 103–105).

⁸ Sehr weit wird der Begriff „Bibliotheksrecht“ von Andreas Richter in der „Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie“ ausgelegt. Die regelmäßigen Berichte zum „Bibliotheksrecht“ umfassen rechtlich bedeutsame Vorschriften, Entscheidungen, Aufsätze und Ereignisse. (Richter 2016)

⁹ Als prominenteste Beispiele seien die „Wielka encyklopedia prawa“ [Große Enzyklopädie des Rechts] und die „Encyklopedia prawa“ [Enzyklopädie des Rechts] genannt. Allerdings wird in diesen Enzyklopädien der

sches Querschnittsgebiet¹⁰ (Zarzębski 1991a-2000, S. 11). Und es ist ebenso kein selbstständiges Rechtsgebiet in der polnischen Rechtsordnung (Zarzębski 1991a-2000, S. 14; Włodarczyk 1986, S. 311; Howorka 1990a, S. 25; Gwiżdż 1986, S. 339).

Nach Jerzy Włodarczyk kann der Begriff „Bibliotheksrecht“ pragmatisch für rechtliche Vorschriften, die Bibliotheksangelegenheiten regeln, verwendet werden. Er führt aus, dass der Begriff „Bibliotheksrecht“ unbestimmt sei und wahrscheinlich nie ein eigenständiges Rechtsgebiet werden würde. Doch eine Selektion der für Bibliotheksangelegenheiten bedeutenden Rechtsnormen sei nützlich für Bibliothekare und für alle, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. (Włodarczyk 1986, S. 311) Allein dieser Grund legitimiert also laut Włodarczyk die Verwendung eines einheitlichen Begriffs.

Eine Definition des Begriffs „Bibliotheksrecht“ erarbeitete Tadeusz Zarzębski. Seine Definition prägt das Bibliotheksrechtsverständnis in Polen (Kowalska 2009, S. 17). Sie lautet¹¹: *„Das Bibliotheksrecht statuiert die Gesamtheit aller durch die staatliche Gewalt und die staatliche Verwaltung erlassenen Verfahrensnormen, welche die Organisation und Funktionsweise von Bibliotheken betreffen. Diese Normen entstehen in einem Prozess hoheitlicher und verwaltender Tätigkeit des Staates, was ihre Anwendung und Befolgung durch staatliche Organe, staatliche Institutionen sowie Bürger garantiert. Der Begriff „Bibliotheksrecht“ umfasst demnach jegliche Normativakte – auch sogenannte akty interpretacyjne¹², wie: Rundschreiben, Anleitungen, Richtlinien, amtliche Empfehlungen in Form von Rundschreiben und –briefen u. ä., Dokumente von ressort- oder landesweitem Geltungsbereich – welche sich im Ganzen oder in einem Teil des normativen Aktes ausschließlich auf Angelegenheiten von*

Begriff „Bibliotheken“ genannt. In den jeweiligen Artikeln sind die Rechtsgrundlagen der Bibliotheken erläutert (Miruć 2000; Jeżewski 2007).

¹⁰ Zum größten Teil ist es dem Verwaltungsrecht zuzuordnen. Es berührt aber auch weitere Rechtsgebiete, wie z. B. das Arbeitsrecht (Zarzębski 1991a-2000, S. 11).

¹¹ Die Definition von Zarzębski wurde bereits in der ersten Ausgabe seiner Publikation „Polskie prawo biblioteczne 1773 – 1983. Katalog aktów normatywnych polskiego prawa bibliotecznego 1773 - 1983“ [Polnisches Bibliotheksrecht 1773 – 1983. Katalog der Normativakte des polnischen Bibliotheksrechts 1773 – 1983] abgedruckt (Zarzębski 1985, S. XVI). In der zweiten erweiterten Ausgabe nahm Zarzębski an der Definition des Begriffs „Bibliotheksrecht“ geringfügige sprachliche und inhaltliche Modifikationen vor. *Akty interpretacyjne* mit regionalem Geltungsbereich wurden aus dem Begriffsumfang ausgeschlossen.

¹² Wörtlich: „Interpretationsakte“ (als juristischer Begriff unbekannt).

Bibliotheken beziehen und unter diesem Gesichtspunkt erlassen wurden“ (Zarzębski 1991a-2000, S. 10).

Auch Bolesław Howorka, der den Begriff „bibliotheksrechtliche Vorschriften“ („*przepisy prawa bibliotecznego*“) im Jahr 1990 definiert, verweist in einer seiner späteren Veröffentlichungen auf die Definition von Zarzębski zum Bibliotheksrecht (Howorka 2010, S. 7). Howorkas Definition des Begriffs „bibliotheksrechtliche Vorschriften“ hat einen beschreibenden Charakter und ähnelt vom Umfang her Zarzębskis Beschreibung der zum Bibliotheksrecht zugehörigen Vorschriften. Howorka bezieht allerdings auch die wissenschaftlichen Informationseinrichtungen¹³ in die Definition mit ein, denn: *„Die Vorschriften des Bibliotheksrechts sind Normativakte, welche die Grundlage für das Handeln organisatorischer Einheiten bilden, die sich mit bibliothekarischer Tätigkeit beschäftigen: der Sammlung, Aufbewahrung und Erhaltung des Bibliotheksbestands sowie dessen Bearbeitung und Veröffentlichung, wie auch der Sammlung, Bearbeitung, Erhaltung und Veröffentlichung primärer, sekundärer und derivativer Informationsquellen zum Entwicklungsstand und zur Entwicklungsrichtung der Lehre, Technik und Ökonomie im In- und Ausland, sowie der Verbreitung und Popularisierung neuer Leistungen im Bereich der Lehre, Technik und Ökonomie – der Bibliotheken und wissenschaftlichen Informationseinrichtungen. Zu diesen Normativakten zählen wir insbesondere das Gesetz vom 9. April 1968 über Bibliotheken sowie den Beschluss Nr. 35 des Ministerrats vom 12. Februar 1971 zum Thema der Informationsentwicklung in der Lehre, Technik und*

¹³ Ende der 1950er Jahre existierte in Polen nach sowjetischem Vorbild ein landesweites Netz von wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Informationseinrichtungen (*ogólnokrajowa sieć ośrodków informacji naukowo-technicznej i ekonomicznej*), dessen Entwicklung Anfang der 1950er Jahre begann (Zarzębski 1991a-2000, S. 60–61). Im Laufe der Zeit wurden die Informationseinrichtungen zu „*unbequemen Verbündeten*“ (Mężyński 2016, S. 7) der Bibliotheken. Aus dem zunächst dreistufigen System mit dem Zentralinstitut für Wissenschaftlich-Technische Dokumentation (*Centralny Instytut Dokumentacji Naukowo-Technicznej, CIDNT*) an der Spitze entwickelte sich bereits nach wenigen Jahren ein Netz der Informationseinrichtungen, dem nicht nur wissenschaftliche Dokumentationseinrichtungen (*ośrodki dokumentacji narodowej*) und Informationsstellen (*punkty informacyjne*) angehörten, sondern teilweise auch Fachbibliotheken. Der CIDNT wurde zuvor in Zentralinstitut für Wissenschaftlich-Technische und Wirtschaftsinformation (*Centralny Instytut Informacji Naukowo-Technicznej i Ekonomicznej, CIINTE*) umbenannt. Die durch den Staat favorisierten Informationseinrichtungen kopierten häufig die Aufgaben von Bibliotheken. Ab 1971 gehörten dem landesweiten Netz der Informationseinrichtungen diverse Einrichtungen an, u. a. auch Bibliotheken und Archive. Die Verwaltung des Netzes übernahm das Informationszentrum für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft (*Centrum Informacji Naukowej i Ekonomicznej, CINETE*), das sich auch der Spezialisierung der Bestände von Bibliotheken annahm. Mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte sich das Institut für Wissenschaftlich-Technische und Ökonomische Information (*Instytut Informacji Naukowo-Technicznej i Ekonomicznej, IINTE*). (Mężyński 2016, S. 7) Nicht zuletzt der zunehmende Wettbewerb zwischen Bibliotheken und Informationseinrichtungen weckte das Begehren der Bibliothekare nach der Zusammenführung des Bibliothekssystems und des Informationssystems und damit den Wunsch nach einer Novellierung des Bibliotheksgesetzes von 1968. Vgl. Kapitel 3.4.1.1.

Ökonomie. Zum Bibliotheksrecht gehören Durchführungsbestimmungen zu den jeweils genannten Normativakten, Vorschriften, die im Rahmen der Kompetenzen der staatlichen Verwaltungsorgane erlassen wurden, wie auch zahlreiche Anleitungen, Rundbriefe, Richtlinien, Entscheidungen und andere Normativakte berechtigter staatlicher Verwaltungsorgane, die vor allem in ressortbezogenen Promulgationsorganen u. a. im Amtsblatt des Ministeriums für Kultur und Kunst veröffentlicht wurden“ (Howorka 1990a, S. 14).

Die Definition von Zarzębski grenzt bibliotheksrechtliche Vorschriften eindeutig ab. Das polnische Bibliotheksrecht umfasst alle Normativakte sowie *akty interpretacyjne* mit ressort- oder landesweitem Geltungsbereich, die speziell für Bibliotheken gelten. Andere *akty interpretacyjne* von regionaler Bedeutung, Beschlüsse gesellschaftlicher Organisationen und politischer Parteien, internationale Vereinbarungen und bibliothekarische, bibliografische und dokumentarische Normen sowie alle Vorschriften, die diese Normen als verbindlich einführen, gehören nicht dazu.

Die sich zunächst anbietende Rezeption der deutschen Verständnisvariante „Bibliotheksrecht im engeren Sinne“ ist für das polnische Bibliotheksrecht irreleitend, denn eine Vielzahl bibliotheksrelevanter Materien ist in den polnischen bibliotheksrechtlichen Vorschriften geregelt. Der Staat wirkt nach wie vor massiv gestaltend auf das Bibliothekswesen in Polen ein. Die bibliotheksrechtlichen Vorschriften üben einen starken Einfluss aus, nicht nur auf die Organisation und die Funktion von Bibliotheken, sondern auch auf die Berufsgestaltung, das Berufsbild und die bibliothekarischen Arbeitsmethoden. (Zarzębski 1991a-2000, S. 14)

Die Orientierung in dem so definierten polnischen Bibliotheksrecht fällt schwer. Denn das System der Vorschriften des polnischen Bibliotheksrechts basiert nicht nur auf dem jeweils geltenden nationalen Bibliotheksgesetz und den auf seiner Ermächtigungsgrundlage erlassenen Durchführungsrechtsakten (*akty wykonawcze*), sondern auf einer Vielzahl von Rechtsquellen. Hochschul-, Kultur-, Archivgesetze und andere spielen dabei eine bedeutende Rolle. Entsprechend hoch ist die Anzahl der bibliotheksrechtlichen Vorschriften. (Zarzębski 1991a2000, S. 13)

Einen guten Überblick über den quantitativen Umfang des polnischen Bibliotheksrechts gibt der Katalog „Polskie prawo biblioteczne 1773 – 1990“¹⁴ [Polnisches Bibliotheksrecht 1773 –

¹⁴ Er enthält somit sowohl die geltenden als auch die nicht mehr geltenden Rechtsvorschriften.

1990]. Der von Zarzębski zusammengestellte Katalog weist – der eigenen Definition folgend – allein für den Zeitraum von 1944 bis 2000 über 1.500 bibliotheksrechtliche Vorschriften nach, wobei sich der Zeitabschnitt von 1950 bis 1967 mit über 760 bibliotheksrechtlichen Vorschriften durch eine überreiche Fülle auszeichnet. Den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt Zarzębski nicht. Geheime und vertrauliche bibliotheksrechtliche Vorschriften konnten nicht aufgenommen werden. Schwierigkeiten bereitete ihm auch die Sammlung der Vorschriften, die zur Kategorie „*druki powielane*“¹⁵ gehörten. (Zarzębski 1991a-2000, S. 63–64)

Kritikpunkte an der Definition formuliert Andrzej Gwiżdż, Direktor der Sejmbibliothek in Warschau. Ihn stören die juristisch nicht korrekten Bezeichnungen und Formulierungen in der Definition. Außerdem erachtet er sie als zu weit. Infrage stellt er insbesondere die Zugehörigkeit von Rundschreiben, Anleitungen, Richtlinien etc., zum Bibliotheksrecht. Allerdings räumt er ein, dass diese Definition für die Praxis nützlich ist. (Gwiżdż 1986, S. 335–339)

Ein noch engeres Verständnis des Begriffs „Bibliotheksrecht“ favorisiert Samanta Kowalska. In ihrer Publikation aus dem Jahr 2009 „*Prawo w działalności współczesnych polskich bibliotek*“ [Recht in der Tätigkeit der gegenwärtigen polnischen Bibliotheken] weist sie auf die rechtliche Komplexität von Bibliotheken insbesondere in Bezug auf ihre Dienstleistungen und die Beschäftigten hin. Sie hebt in diesem Zusammenhang andere Gebiete des Rechts hervor, wie das Arbeitsrecht, Wirtschaftsrecht und Bildungsrecht. Ihrer Meinung nach solle der Begriff „Bibliotheksrecht“ in der engen Bedeutung, die ihm die Rechtswissenschaft vorgebe, ausschließlich das geltende Bibliotheksgesetz und die auf seiner Ermächtigungsgrundlage erlassenen Durchführungsrechtsakte umfassen. (Kowalska 2009, S. 17–18)

2.3 Bibliotheksgesetzverständnis in Deutschland und Polen

Das deutsche „Lexikon des gesamten Buchwesens“ führt den Begriff „Bibliotheksgesetz“ nicht an, aber unter dem Begriff „Bibliotheksgesetzgebung“ gibt Werner Jütte eine Erläuterung zum Begriff „Bibliotheks- und Büchereigesetze“. Aus seiner Sicht sind es „*Vorschriften, die durch staatliche Förderung den Auf- und Ausbau des öffentlichen Bibl.wesens anstreben.*

¹⁵ Wörtlich: „vervielfältigte Drucke“. Der Begriff umfasst Rechtsakte, die auf dem Dienstweg den nachgeordneten Organen und Behörden zugestellt und nicht veröffentlicht wurden. Eine breite Anwendung fanden *druki powielane* in den Jahren 1950 bis 1956. In der Regel werden Rechtsakte des Bibliotheksrechts im Gesetzblatt bzw. in Amtsblättern veröffentlicht. (Zarzębski 1991a-2000, S. 12)

Man unterscheidet hierbei zwei Formen: die Anreizgesetze und die Pflichtgesetze. Anreizgesetze gewähren staatliche Förderung nur, wenn der kommunale Träger eine entsprechende Eigenleistung erbringt. Die Zuschüsse steigen, wenn die Eigenleistung größer wird. Pflichtgesetze verpflichten die Gemeinden zur Unterhaltung von öffentlichen Bibl.en ...“ (Jütte 1987, S. 417). Neben der Beschränkung der Bibliotheksgesetzgebung auf Bibliotheks- und Büchereigesetze fällt auf, dass laut Jütte Regelungen zur Finanzierung des öffentlichen Bibliothekswesens das wesentliche inhaltliche Merkmal von Bibliotheksgesetzen sind. Wegen der Mehrdeutigkeit des Begriffs „öffentliches Bibliothekswesen“ bleibt unklar, welche Bibliotheken von einem Bibliotheksgesetz umfasst werden.

Das „Lexikon der Bibliotheks- und Informationswissenschaft“ weist einen Eintrag für den Begriff „Bibliotheksgesetz“ auf. Die in dem bibliothekarischen Nachschlagewerk von Gabriele Beger erarbeitete Definition für den Begriff lautet: *„Gesetz, das Stellung, Aufgaben und Finanzierung von Bibl.en, insbes. ÖB, in einem nationalen oder regionalen Geltungsbereich regelt ... Aufgrund der föderativen Staatsstruktur und der im dt. Grundgesetz festgelegten Hoheit der Länder in den Angelegenheiten von Kultur und Bildung kann in Deutschland der Bund kein B. für die Länder erlassen. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat in ihrem Abschlussbericht 'Kultur in Deutschland' B. gefordert. Daraufhin erarbeitete der Deutsche Bibliotheksverband ein Mustergesetz und regte die parlamentarische Behandlung in den Bundesländern an. ... Um die Wirksamkeit von B. zu garantieren, bedarf es insbes. der Regelung von 2 Tatbeständen: Bibl.en sind Bildungseinrichtungen und Pflichtaufgabe einer Kommune. Im weiteren Sinn kann man auch Gesetze, die einzelne Bibl.en begründen ... als B. bezeichnen. Daneben enthalten einige dt. Gesetze punktuelle Aussagen für einzelne Bibl.en, z. B. einige Hochschulgesetze ... vor allem Gesetze, die das Pflichtexemplarrecht regeln ...“ (Beger 2011a, S. 98).*

Begers Definition zeichnet sich durch eindeutige Abgrenzungskriterien aus. Die Inhalte eines Bibliotheksgesetzes sind Stellung, Aufgaben und Finanzierung von Bibliotheken. Einem Bibliotheksgesetz wird laut dieser Definition ein nationaler oder regionaler Geltungsbereich zugewiesen. Beger lässt allerdings ein differenzierteres Begriffsverständnis zu. Im weiteren Sinne können auch Gesetze, die sich auf einzelne Bibliotheken beziehen, als Bibliotheksgesetze bezeichnet werden. Ob Gesetze, die Teilbereiche bibliothekarischer Tätigkeiten regeln, als Bibliotheksgesetze bezeichnet werden können, lässt sie offen.

Der Begriff „Bibliotheksgesetz“ („*ustawa o bibliotekach*“) ist in Polen mit dem Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946, dem Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968 und dem Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 untrennbar verbunden. So findet man auch in dem bibliothekarischen Nachschlagewerk „*Encyklopedia współczesnego bibliotekarstwa polskiego*“ [Enzyklopädie des gegenwärtigen polnischen Bibliothekswesens] unter dem Begriff „Bibliotheksgesetz“ die folgende Definition: „*Das Bibliotheksgesetz vom 09.04.1968 ist der grundlegende rechtliche Akt im Bereich des Bibliothekswesens, gültig seit dem 17.07.1968 - vorher das Dekret über Bibliotheken vom 17.04.1946. Die Vorschriften des Gesetzes setzen eine Grundlage für eine rationalere und effektivere Entwicklung moderner bibliothekarischer Tätigkeit im Dienst der Lehre, Bildung, Kultur und nationaler Wirtschaft. Das Gesetz bestimmt: Aufgaben der Bibliotheken (Art. 4); Pflichten des Organs, welches die unmittelbare Aufsicht über Bibliotheken ausübt (Art. 9); Allgemeine Grundsätze der Bibliotheksnutzung (Art. 15); Aufgaben spezialisierter Bibliotheken; die Möglichkeit meinungsbildende und beratende Organe zu gründen, wie wissenschaftliche Räte, bibliothekarische Kommissionen, Freundeskreise von Bibliotheken (Art. 8) ...*“ (Zarzębski 1976, S. 300). In Folge listet Zarzębski alle Regelungskomplexe der polnischen Bibliotheksgesetze detailliert auf. Sie gehen über einzelne Regelungen zur Stellung, Aufgabe und Finanzierung von Bibliotheken weit hinaus.

Ein anderes Verständnis wird dem Begriff „Bibliotheksgesetz“ in Polen nicht zugrunde gelegt.¹⁶

2.4 Fazit

In beiden Ländern ist zwar der Begriff „Bibliotheksrecht“ kein Rechtsgebiet der jeweiligen staatlichen Rechtsordnung, aber sowohl deutsche als auch polnische Bibliothekare sind der Auffassung, dass ein zusammenfassender Begriff der für die Bibliothekstätigkeit bedeutsamen Normen des Rechts gebildet werden darf. Bibliotheksrelevante Normen finden sich in beiden Ländern in nahezu allen Gebieten des Rechts. Trotzdem besteht ein gravierender Unterschied

¹⁶ Die Begriffe „Bibliotheksgesetzgebung“ („*ustawodawstwo biblioteczne*“) und „bibliothekarische Gesetze“ („*ustawy biblioteczne*“) umfassen nach dem Verständnis einiger polnischer Bibliothekare auch weitere Gesetze, wie z. B. das Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit vom 25. Oktober 1991 (Dz. U. von 1991 Nr. 114, Pos. 493) und das Gesetz über bibliothekarische Pflichtexemplare vom 7. November 1996 (Dz. U. von 1996, Nr. 152, Pos. 722). (Pietruch-Reizes 2013; Czajka 1999, S. 5)

im Begriffsverständnis. In Polen wird die Definition des Bibliotheksrechtsbegriffs von Zarzębski als allgemeingültig angesehen. Sie hat keine scharfe Kritik ausgelöst. Seine Definition wurde nur vereinzelt als zu weit erachtet. Die Vorschläge, diesen Begriff enger zu fassen, beruhen auf der Tatsache, dass eine Vielzahl der bibliothekarischen Vorgänge und Rechtsverhältnisse durch den Gesetzgeber in zahlreichen Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien und Rundschreiben geregelt wird. Der Anregung Kowalskas folgend, unter dem Begriff „Bibliotheksrecht“ nur das geltende nationale Bibliotheksgesetz mit den zugehörigen Durchführungsrechtsakten als Bibliotheksrecht zu verstehen, würde mangels eines nationalen Bibliotheksgesetzes in Deutschland dem oft zitierten Satz von Siegfried Joost *„Ein 'Bibliotheksrecht' gibt es natürlich nicht!“* (Joost 1964, S. 61) unweigerlich zur Popularität verhelfen. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Bibliotheksgesetz“. In Deutschland ist es üblich, diesen Begriff im engeren und im weiteren Sinne zu verwenden, d. h. sowohl für Gesetze, die Stellung, Aufgaben und Finanzierung von Bibliotheken in einem nationalen oder regionalen Geltungsbereich regeln, als auch für Gesetze, die sich auf eine konkrete Bibliothek oder auf einen Teilaspekt bibliothekarischer Tätigkeit beziehen. Ein solches Bibliotheksgesetzverständnis ist den polnischen Bibliothekaren fremd. Die Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ haben in beiden Ländern einen unterschiedlichen Bedeutungsinhalt.

Analog wird im theoretischen Teil der Studie den deutschen Begriffen „Bibliotheksgesetz“ und „Bibliotheksrecht“ der polnische Bedeutungsinhalt zugrunde gelegt und ausschließlich in diesem Sinne verwendet. Der Begriff „Bibliotheksgesetze“ bezieht sich also auf das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946, das Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968 und das Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997. Der Begriff „Bibliotheksrecht“ wird in dieser Studie entsprechend der Definition von Zarzębski verwendet.

3. Die Entstehung der polnischen Bibliotheksgesetze

Die Entstehung der Bibliotheksgesetze ist mit der wechselvollen politischen Geschichte Polens eng verknüpft. Das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen und die nachfolgenden Gesetze über Bibliotheken wurden durch die Umstände ihrer Entstehung sehr stark geprägt. Ihre Inhalte spiegeln dies wider.

Es folgt die Darstellung der Initiativen und unterschiedlichen Interessen, die der Verabschiedung der Bibliotheksgesetze vorausgingen. Sie konzentriert sich auf den Ausgangspunkt, den Zeitraum, in dem die Gesetzentwürfe erarbeitet wurden, und das Verfahren bis zur Bestätigung des ersten Bibliotheksgesetzes, also des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen, durch den Landesnationalrat (*Krajowa Rada Narodowa, KRN*)¹⁷ bzw. die Behandlung der Entwürfe der Nachfolgegesetze im Sejm¹⁸.

Die Entstehungsgeschichte des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946 und des Gesetzes über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 wird um ihre Vorgeschichte erweitert. Ein Abriss der Anfänge der polnischen Bibliothekspolitik, die den Ursprung der Bibliotheksgesetze bilden, ist unabdingbar. Denn der historische Kontext beeinflusst das Gedankengut und die Aktivitäten der polnischen Bibliothekare bis heute. Die Entstehung des Gesetzes über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 beginnt mit ihrer

¹⁷ In der Silvesternacht 1943/1944 wurde auf Anregung der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza, PPR*) der Landesnationalrat installiert. Seine Gründung ist auf das geschickte Vorgehen Bolesław Bieruts, einem aus der Sowjetunion eingeschleusten Vertrauensmann der KPdSU, zurückzuführen, der es verstand, die linken Parteigruppen im Untergrund um sich zu sammeln. Der Landesnationalrat war das provisorische Parlament im Untergrund. (Rhode 1979, S. 1035–1036; Roggemann, Lammich 1979, S. 29)

¹⁸ Der Sejm (gegenwärtig erste Kammer des polnischen Parlaments). Nach dem Zweiten Weltkrieg trat der gesetzgebende Sejm am 4. Februar 1947 zum ersten Mal zusammen und löste den Landesnationalrat als Übergangsorgan ab. Das Verfassungsgesetz von 1947 wies dem gewählten Sejm den Erlass einer neuen Verfassung, die Gesetzgebung, die Kontrolle der Regierungstätigkeit und die Festlegung der Grundsätze der Staatspolitik zu. Doch der Sejm wirkte nur scheinbar an der Erarbeitung der neuen Verfassung. Denn ihren Inhalt bestimmte in Wirklichkeit das Politbüro der Partei. Gemäß der Verfassung von 1952 stellte der Sejm neben dem Staatsrat zwar formell das höchste Organ im Staat, wurde aber faktisch durch die Partei gelenkt. Im Jahr 1989 wurde der Senat als zweite Kammer des Parlaments in das Rechtssystem Polens eingeführt. Gemäß der Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997 besteht das polnische Parlament aus dem Sejm (der unteren Kammer) und dem Senat (der oberen Kammer). Letzterer verfügt jedoch über keine bedeutenden Kompetenzen. Das Gesetzgebungsverfahren beginnt im Sejm, der die Gesetze in drei Lesungen beschließt. Das vom Sejm beschlossene Gesetz wird vom Sejmarschall an den Senat weitergeleitet. Der Senat hat das Gesetz innerhalb von 30 Tagen nach der Weiterleitung zu erörtern. Nimmt der Senat das Gesetz ohne Änderungen an, wird es dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt. Lehnt der Senat ein vom Sejm verabschiedetes Gesetz ab, kann dieser den Senat mit absoluter Mehrheit überstimmen. (Roggemann, Lammich 1979, S. 33–34; Wojtyczek 2005, S. 22–25)

Vorgeschichte, weil sich vor diesem Hintergrund die Ansätze der bibliothekarischen Community für die Neugestaltung des Bibliotheksgesetzes besser verstehen lassen.

3.1 Die wesentlichen Meilensteine auf dem Weg zum Dekret

3.1.1 Der Ursprung der polnischen Bibliotheksgesetze

Die Wurzeln der polnischen Bibliothekspolitik liegen im späten 18. Jahrhundert, und zwar in der ersten Periode der Tätigkeit der Nationalen Erziehungskommission¹⁹ (Komisja Edukacji Narodowej, KEN) (Łodyński 1935, S. 6). Es war die Zeit der Reformprojekte des Königs Stanisław August Poniatowski, die auch das Bildungswesen in Polen-Litauen umfassten. Am 14. Oktober 1773 wurde durch den Teilungssejm die Nationale Erziehungskommission berufen (Volumina Legum T. 8, Rn. 266), mit dem Ziel, die Bürger nach einem neuen Vorbild zu erziehen und die Schulen²⁰ an die Bedürfnisse des praktischen Lebens anzupassen (Wróblewska 1985, S. 588–589). Der Rechtsakt des Teilungssejms zur Gründung der Nationalen Erziehungskommission ist die Quelle des polnischen Bibliotheksrechts. Zarzębski misst ihm bezüglich der Festlegung einer einheitlichen Bibliothekspolitik sogar die Bedeutung eines Bibliotheksgesetzes bei (Zarzębski 1986, S. 279). Bibliotheken wurden darin nicht explizit genannt. Festgeschrieben wurde aber, dass Schulen und alles, was zur Vervollkommnung der Lehre dient, unter die Aufsicht der Nationalen Erziehungskommission fallen. (Zarzębski 1991a-2000, S. 67) Von diesem Zeitpunkt an standen auch alle Bibliotheken des polnisch-litauischen Staates, abgesehen von Kirchen- und Privatbibliotheken, unter der Obhut der Kommission (Łodyński 1935, S. 7).

Die weitestgehend autonom handelnde und mit eigenen finanziellen Mitteln ausgestattete Erziehungskommission setzte den Wunsch ihres Schöpfers, König Stanisław August Poniatowski, nach einer Erziehung des Volkes zu aufgeklärten Staatsbürgern äußerst erfolg-

¹⁹ Die Nationale Erziehungskommission (1773-1794) bewirkte eine grundlegende Reform des polnischen Bildungssystems. Eine gute Voraussetzung hierfür schuf die Auflösung des Jesuitenordens durch den Papst, zumal die Kommission daraufhin sowohl die Aufsicht über das Schulwesen der Jesuiten als auch die Verwaltung der an den polnisch-litauischen Staat fallenden finanziellen Mittel übernahm (Kriegseisen 2017, S. 507). Die Nationale Erziehungskommission gilt als das erste historische Ministerium für Bildung und Erziehung der Welt (Wróblewska 1985, S. 586).

²⁰ Der Begriff „Schulen“ umfasste damals auch die bedeutenden Akademien.

reich um (Kriegseisen 2017, S. 507). Die Einführung weltlicher Lehrer, das Konzept der Schulhierarchie, die Einführung neuer didaktischer Methoden und die durchgeführten Hochschulreformen im Geiste der Aufklärung zählen zu den ganz großen Verdiensten der Erziehungskommission (Wróblewska 1985, S. 594). Bibliotheken waren ein wesentlicher Bestandteil der durchgeführten Bildungsreform (Łodyński 1935, S. 7).

3.1.1.1 Die ersten Bibliotheksrichtlinien

Die Impulse der Aufklärung kamen in den Bibliotheken zu voller Wirkung. Denn die Nationale Erziehungskommission nahm sich der Bibliotheken des polnisch-litauischen Staates mit besonderer Sorgfalt an. Drei Leitprinzipien lagen dem Handeln der Erziehungskommission zugrunde: 1. Die Aufgaben der Bibliotheken generieren sich ausschließlich aus den Aufgaben der Schulen, 2. Die Bibliotheken der Schulen und die öffentlichen Bibliotheken stellen eine Einheit dar, 3. Die Leitung der Einheit obliegt einem zentralen Organ (Łodyński 1935, S. 39). Die Kommission schuf eine zentralistisch aufgebaute Organisation, in der sie die entscheidenden Kompetenzen, wie die Bibliotheksentwicklung, die Konservierung der Bestände, den Bestandszuwachs und die Zugänglichkeit von Bibliotheken in ihrer Hand behielt (Łodyński 1935, S. 10). Sie erließ wegweisende Anordnungen und Vorschriften für Bibliotheken. Diese bezogen sich u. a. auf die Aufgaben, die Organisation und die Finanzierung der Bibliotheken, die Benutzung und Zugänglichkeit von Bibliotheken der Schulen, die Ablieferung von Pflichtexemplaren, das Erfordernis der Errichtung von öffentlichen Bibliotheken, die Vorgehensweise von Visitatoren von Bibliotheken sowie das Amt und den Status des Bibliothekars (Zarzębski 1991a-2000, S. 68–78). Die ersten rechtlichen Grundlagen für Bibliotheken und zugleich der Beginn einer einheitlichen Bibliothekspolitik sind somit mit den polnischen Gelehrten der Aufklärungsepoche wie Ignaz Potocki, Hugo Kołłataj, Joachim Litawor Chreptowicz, Andrzej Zamocki und Grzegorz Piramowicz verbunden (Zarzębski 1986, S. 280).

3.1.1.2 Die Auswirkungen der Bibliotheksrichtlinien

Trotz schwieriger innen- und außenpolitischer Verhältnisse ließ die Nationale Erziehungskommission es nicht beim Verfassen von Regeln für Bibliotheken bewenden. Sie überwachte die Realisierung ihrer Richtlinien, indem sie in den Bibliotheken Kontrollen durchführen ließ.

Diese Kontrollen gaben Auskunft über den Zustand der Bibliotheken und die Umsetzung der Vorschriften und Anordnungen. Maßnahmen zur Verbesserung der räumlichen und personellen Situation der Bibliotheken wurden ergriffen. Die Versorgung der Bibliotheken mit aktueller an den neuen Fächerkanon angepasster Literatur übernahm die Kommission ebenfalls. In ihrem Fokus standen sogar die Aufstellung und die Verzeichnung der Sammlungen. Die stringente Vorgehensweise der Erziehungskommission war der schwierigen Situation der damaligen Bibliotheken geschuldet. Sie befanden sich in einem desolaten Zustand. Dies traf selbst auf die Bibliotheken der bedeutenden Krakauer und Wilnaer Akademien zu, welche die Erziehungskommission einer Umgestaltung unterzog. Die Finanznot, der Personalmangel und die unzulänglichen räumlichen Verhältnisse hatten sich katastrophal ausgewirkt. Es war sogar zu ernsthaften Bestandsschäden aufgrund von Platzmangel, Unordnung sowie Schimmel- und Schädlingsbefall gekommen. (Łodyński 1935, S. 13–32)

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Kommission der neu organisierten Bibliothek der Brüder Załuski²¹. Die qualitativ und zahlenmäßig kostbare Sammlung vertraute die Kommission ihrem Mitglied Ignaz Potocki an. Die Bibliothek benötigte allerdings nicht nur wegen ihrer Größe umfangreichere Zuwendung. Hinzu kamen ihr verwahrloster Zustand, die ungeklärte rechtliche Situation der Bibliothek und die Erbschaftsansprüche der Familie Załuski. Dieser ersten wissenschaftlichen (aber öffentlich zugänglichen) Bibliothek wurde in der Bibliothekslandschaft eine führende Funktion zugewiesen. Sie übernahm die Rolle der Nationalbibliothek und erhielt das Pflichtexemplarrecht des Königreichs Polen. (Zarzębski 1991a-2000, S. 21–22; Łodyński 1935, S. 13)

Das Engagement der Nationalen Erziehungskommission bewirkte eine Reihe positiver Nebeneffekte. Die Bibliotheken bekamen eine herausragende Bedeutung. Höhere Wertschätzung gegenüber den bestehenden Sammlungen und die Sorge um deren Fortbestand führten zu umfangreichen Ordnungsarbeiten in den Bibliotheken. (Łodyński 1935, S. 19) Die öffentlichen

²¹ Die Załuski-Bibliothek wurde im Jahr 1747 in Warschau für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Jahr 1774 übernahm sie die Rolle der Nationalbibliothek. Den Grundstock der Bibliothek bildete die bedeutende Sammlung der Brüder Józef Andrzej und Andrzej Stanisław Załuski. (Zarzębski 1991a-2000, S. 20–21) Im Jahr 1791 umfasste sie über 300.000 Bände (Łodyński 1935, S. 14). Nach der Schlacht bei Maciejowice und Prag am 3. und 4. November 1794 wurde der reiche Bibliotheksbestand auf Befehl Katharinas II. nach St. Petersburg überführt und der Kaiserlichen Öffentlichen Bibliothek einverleibt. Teile der Sammlung kamen 1921 nach Polen zurück. Sie wurden während der Bombardements 1939 teilweise beschädigt. Im Zuge des Brandkommandos nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Oktober 1944 wurden sie weitestgehend vernichtet. (Zarzębski 1991a-2000, S. 22)

Bibliotheken wurden ebenfalls zum wichtigen Teil des Bildungssystems. Sie wurden aber vor allem öffentliches Gut und damit zum ersten Mal Sache des Staates. (Zarzębski 1991a-2000, S. 20)

Die Teilung Polen-Litauens im Jahr 1795 wirkte hemmend auf die weitere Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens, auch wenn zunächst die Tätigkeit der Erziehungskommission in Herzogtum Warschau und in Kongresspolen fortgeführt wurde. Am 26. Januar 1807 wurde die Kammer für Bildung einberufen, der alle Schulen und im Jahr 1809 die Akademie in Krakau zusammen mit ihren Bibliotheken untergeordnet wurden. Im Jahr 1810 fielen alle wissenschaftlichen Sammlungen und alle öffentlichen Bibliotheken in die Zuständigkeit der nachfolgenden Direktion für Bildung. (Łodyński 1935, S. 40) Zum völligen Erliegen kamen die staatlichen Aktivitäten im bibliothekarischen Bereich nach dem Ausbruch des Aufstands 1830/31 (Kołodziejska 1967, S. 16).

3.1.2 Die Entstehung der Bibliotheksgesetzentwürfe in der II. Republik (1918-1939)

3.1.2.1 Die Gründe und Ziele der Bibliothekare und Bildungsaktivisten

Der nächste Meilenstein in der Entwicklung der polnischen Bibliotheksgesetzgebung war der in den 1920er Jahren begonnene Kampf der Bibliothekare um ein Bibliotheksgesetz. Dieser vorerst erfolglose Kampf dauerte nahezu 20 Jahre und brachte mehrere überarbeitete Bibliotheksgesetzentwürfe hervor. Eine bedeutende Rolle spielte hierbei der Verband Polnischer Bibliothekare (*Związek Bibliotekarzy Polskich, ZBP*)²² (Wspomnienia i refleksje o czasach walki o ustawę biblioteczną i realizacji dekretu o bibliotekach 1986, S. 263). Die

²² Der ZBP wurde im Jahr 1917 gegründet. Das Hauptanliegen des Verbandes war die Entwicklung des Bibliothekswesens in Polen. (Kubów 1988, S. 291) Während des 2. Weltkriegs agierte er konspirativ. Viele wichtige Entscheidungen in dieser Zeit fielen in der Nationalbibliothek in Warschau. Eine besonders arbeitsintensive Phase war der Januar 1944: Der Inhalt des zukünftigen Bibliotheksgesetzes war u. a. ein Thema. Der Verband nahm offiziell seine Tätigkeit unter den Namen Berufsverband Polnischer Bibliothekare (*Związek Zawodowy Bibliotekarzy Polskich*) im Februar 1945 wieder auf. Von 1946 bis 1953 trug der Verband den Namen Verband Polnischer Bibliothekare und Archivare (*Związek Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich, ZBiAP*), bedingt durch den Beitritt der Archivare nach dem zweiten Weltkrieg. Im Jahr 1951 traten die Archivare aus. Dies führte zu einer weiteren Änderung des Namens in Verein Polnischer Bibliothekare (*Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, SBP*). (III. Sprawy Związku Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich 1947, S. 70–75; Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich; Kolankowski 1969, S. 24) Der SBP vertritt die Interessen sämtlicher Bibliothekstypen und aller Personen, die mit dem Bibliothekswesen und mit der wissenschaftlichen Information verbunden sind. Heute zählt er über 7.500 Mitglieder. (Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich)

Hauptverfasser der Bibliotheksgesetzesentwürfe waren Bibliothekare. (Kołodziejska 1967, S. 45–78)

Die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes hielten insbesondere die Bibliothekare Jan Augustyniak, Faustyn Czerwijowski, Wanda Dąbrowska, Jadwiga Filipowska-Szemplińska, Józef Grycz, Józef Janiczek, Adam Łysańkowski, Jan Muszkowski und Helena Radlińska für eine dringende Aufgabe. Diese Aktivisten vertraten den wissenschaftlichen und den öffentlichen Bibliothekssektor (Treichel 1972-1988). Verleger, Autoren und Buchhändler unterstützten ihre Aktivitäten. (Kołodziejska 1967, S. 70, 157; Janiczek 1946c, S. 47) Die Bibliothekare wollten möglichst nahtlos an die Ideen der Nationalen Erziehungskommission anknüpfen und eine einheitliche Bibliothekspolitik im Land realisieren (Janiczek 1946c, S. 45; Kołodziejska 1967, S. 71–73). Dabei verfolgten sie insbesondere die folgenden Ziele: 1. die Schaffung rechtlicher und finanzieller Grundlagen für öffentliche Kommunalbibliotheken (Filipowska-Szemplińska 1928, S. 147); 2. die Schaffung eines zentralen Organs in Form einer Generaldirektion der Bibliotheken (*Generalna Dyrekcja Bibliotek*) als Abteilung im Ministerium für Religionsgemeinschaften und Öffentliche Bildung (*Ministerstwo Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego, MWRiOP*) sowie die Berufung eines sie beratenden und mit dem Recht der Gesetzgebungsinitiative ausgestatteten Staatlichen Bibliotheksbeirats (*Państwowa Rada Biblioteczna*) (Rygiel 1927, S. 23); 3. die Bildung eines einheitlichen Bibliotheksnetzes, bestehend aus öffentlichen Bibliotheken, wissenschaftlichen Bibliotheken und Spezialbibliotheken, die alle für ein breites Publikum zugänglich sein sollten (Kołodziejska 1967, S. 70). Während das letzte Ziel eher einer Vision gleichzustellen war, waren die beiden ersten Ziele dringender und unmittelbar miteinander verknüpft. Das zweite Ziel führte sogar zu einer Allianz zwischen den Bibliothekaren der öffentlichen und der wissenschaftlichen Bibliotheken im Kampf um ein Bibliotheksgesetz (Kołodziejska 1967, S. 70).

Im wiedererrichteten²³ Polen waren öffentliche Kommunalbibliotheken in der Bibliothekslandschaft ein Novum. Eine große Anzahl von Bibliotheken befand sich im Besitz von Gesell-

²³ Der nach 123 Jahren wiedererrichtete Staat kämpfte mit außen- und innenpolitischen Problemen. Dazu gehörten insbesondere: die bewaffneten Auseinandersetzungen um die Grenzen, die starken ethnischen Minderheitengruppen im Land (Die Bevölkerung Polens wies im Jahr 1921 folgende Zusammensetzung aus: Polen 69,2 %, Ukrainer 14,3 %, Juden 7,8 %, Weißrussen 3,9 %, Deutsche 3,9 % und Andere 0,9 % (Pietrzak 2009, S. 499).) und die schwierige Integration der drei Teilgebiete. Das Staatswesen musste neu aufgebaut werden. In sozialer Hinsicht lastete auf dem polnischen Volk das Erbe der Adelsrepublik. Das Zusammenwachsen der Intelligenz wurde dadurch erleichtert, dass sie sozial hauptsächlich der Schlachta

schaften und Vereinen²⁴ sowie verschiedenen Institutionen und Privatpersonen. (Dubowik 1982, S. 111) Die Bibliotheken der Bildungsorganisationen hatten zwar einen öffentlichen Charakter (Zarzębski 1991a-2000, S. 28), standen jedoch in der Regel nicht jedem Bürger zur Verfügung (Kołodziejska 1967, S. 12). In Anbetracht des weitverbreiteten Analphabetismus, des allgemeinen Bildungsrückstands, der Armut und der nicht adäquaten Buchproduktion (Kołodziejska 1967, S. 34–40) gab es im Bildungsbereich einen breiten und dringenden Handlungsbedarf.

Im Rückgriff auf die nationale Tradition entstand zwar am 15. September 1919 im wiedererrichteten Polen die Abteilung für Bibliotheken²⁵ im MWRiOP. In ihre Zuständigkeit fielen aber nur staatliche Bibliotheken²⁶ und finanziell vom Ministerium unterstützte nicht-staatliche Bibliotheken. Die Kompetenzen der Kommission waren eingeschränkt und die personelle Besetzung miserabel. (Janiczek 1946c, S. 45; Rygiel 1927, S. 9)

(polnischer Land- und Kleinadel) entstammte (Kleßmann 1971, S. 158). Die endgültige Staatsverfassung wurde am 17. März 1921 verabschiedet (Dz. U. von 1921 Nr. 44, Pos. 267).

²⁴ Einen guten Einblick in die Tätigkeit der großen Bildungsgesellschaften und –vereine, wie Gesellschaft für Volksbüchereien (*Towarzystwo Czytelni Ludowych, TCL*), Gesellschaft zur Förderung der Volksschule (*Towarzystwo Szkoły Ludowej, TSL*), Warschauer Wohltätige Gesellschaft (*Warszawskie Towarzystwo Dobroczynności, WTD*) und Polnischer Schulverein (*Polska Macierz Szkolna, PMS*) und ihrer Bibliotheken gibt Jadwiga Kołodziejska in der Publikation „Publiczne biblioteki samorządowe w okresie międzywojennym“ [Die öffentlichen Kommunalbibliotheken in der Zwischenkriegszeit] (Kołodziejska 1967, S. 16–28). Die Bibliotheken der Bildungsorganisationen wurden in der Regel als Volksbüchereien (*biblioteki oświatowe*) bezeichnet. Die Kommunalbibliotheken (*biblioteki samorządowe*) und die überwiegend synonym verwendeten Bezeichnungen öffentliche Kommunalbibliotheken (*publiczne biblioteki samorządowe*), allgemeine Bibliotheken (*biblioteki powszechne*) oder öffentliche allgemeine Bibliotheken (*publiczne biblioteki powszechne*) unterschieden sich von den Bibliotheken der Bildungsorganisationen vor allem durch eine freie Zugänglichkeit. (Kołodziejska 1967, S. 12)

²⁵ Diese Abteilung wurde nach einigen Umstrukturierungen im Jahr 1928 aufgelöst und die wissenschaftlichen Bibliotheken wurden einem bibliothekarischen Referat des MWRiOP überlassen. Für die öffentlichen Bibliotheken war die Abteilung für außerschulische Bildung im MWRiOP zuständig. (Kołodziejska 1967, S. 72)

²⁶ Zu den staatlichen Bibliotheken zählten zunächst ausschließlich Hochschulbibliotheken (Rygiel 1927, S. 10). Mit der Neugestaltung des Bildungswesens wuchs die Zahl der Bibliotheken. Es wurden Bibliotheken an den neuen Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen gegründet. In den zahlreichen allgemeinen Grundschulen und Mittelschulen entstanden ebenfalls Bibliotheken. Zu weiteren Bibliotheksgründungen kam es im Zusammenhang mit der Bildung polnischer Behörden und Institutionen. Es entstanden sogar größere Bibliotheksnetze, wie z. B. das Netz der Bibliotheken im Ministerium für Außenpolitik und das Netz der Militärbibliotheken. Neben den Bibliotheken der gesellschaftlichen Institutionen gab es zunehmend öffentliche Kommunalbibliotheken. Im Jahr 1928 begann die Nationalbibliothek in Warschau als zentrale Bibliothek des Landes ihre Tätigkeit. (Janiczek 1946a, S. 1; Wodzinowska 1947, S. 12; Zarzębski 1991a-2000, S. 26–29)

Laut Janiczek war die Abteilung nicht in der Lage, die Tradition der Nationalen Erziehungskommission fortzusetzen. Ihr Kapitalfehler war nach seiner Einschätzung die fehlende Schaffung von rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Bibliotheken als Grundvoraussetzung für eine durchdachte Bibliothekspolitik. Der Erlass eines Bibliotheksgesetzes erschien nach seiner Darstellung den Bildungsaktivisten als der Rettungsanker. (Janiczek 1946c, S. 45) Bei der Erarbeitung der Gesetzentwürfe ließen sich die polnischen Bibliothekare von den zahlreichen Vorbildern aus dem Ausland inspirieren. Die Bibliotheksgesetze der Länder USA, England, Finnland, Dänemark, Belgien, Estland aber auch der Tschechoslowakei, Bulgariens und Litauens wurden immer wieder betrachtet und miteinander verglichen (Dąbrowska 1928, S. 253–277; Filipowska-Szemplińska 1928, S. 148–149). Bibliotheksgesetze waren in dieser Zeit populär.

3.1.2.2 Der Inhalt der Entwürfe²⁷

Der erste Startschuss war der „Gesetzentwurf über die Pflicht zur Unterhaltung von Anfängerkursen für Erwachsene und über allgemeine Bibliotheken“ aus dem Jahr 1921. Neun Artikel des Entwurfs waren Bibliotheken gewidmet. Vorbild für den Inhalt der Artikel waren laut Janiczek die amerikanische und englische Bibliotheksgesetzgebung (Janiczek 1946c, S. 46). Der Entwurf regelte vor allem die Finanzierung und die Organisation der Bibliotheken. Die territorialen Selbstverwaltungen der Landkreise, die aus den territorialen Selbstverwaltungen ausgegliederten Städte und der Staat wurden als Unterhaltsträger vorgesehen. Die territorialen Selbstverwaltungen konnten aber diese Aufgabe den Bildungsverbänden übertragen. Zur Gründung von Bibliotheken verpflichtete der Entwurf nicht. Trotz der Finanzierung der Bibliotheken aus öffentlichen Geldern sollten für die Bibliotheksnutzung Gebühren erhoben werden. Die Organisation der allgemeinen Bibliotheken sollte der Minister des MWRiOP im Weg von Verordnungen bestimmen.

²⁷ Diese Bibliotheksgesetzentwürfe sind im Anhang der Publikation „Publiczne biblioteki samorządowe w okresie międzywojennym“ [Die kommunalen Bibliotheken in der Zwischenkriegszeit] von Jadwiga Kołodziejska abgedruckt (Kołodziejska 1967, S. 168–178). Ihre Publikation ist zugleich die Grundlage für die Erstellung der Kapitel 3.1.2.2 und 3.1.2.3 Einige Entwürfe wurden in den Fachzeitschriften „Polska oświata pozaszkolna“ [Polnische außerschulische Bildung] und „Przegląd biblioteczny“ [Bibliotheksrundschau] veröffentlicht (Projekt ustawy o gminnych bibliotekach publicznych 1928; Projekt ustawy o sieci bibliotek publicznych 1929; Janiczek 1946c, S. 45–46).

Den ersten Entwurf legte der Verband Polnischer Bibliothekare dem MWRiOP vor. Der Gesetzgebungsvorschlag wurde durch den Ministerrat verabschiedet und an die Sejmkommission für Bildung überwiesen. Nach Janiczek wurde der Entwurf aufgrund von Widerständen aus den Reihen der Repräsentanten der großen Bildungsorganisationen und einem allgemeinen Desinteresse der Sejmkommission für Bildung zurückgestellt. Er landete im Archiv. Die versprochene Wiedervorlage erfolgte nicht. (Janiczek 1946c, S. 45–46)

Inhaltlich deutlich anders, moderner und den Zielen vieler polnischer Bibliothekare wesentlich näher (Janiczek 1946c, S. 46) war der im Oktober 1927 erstellte Entwurf eines eigenständigen Bibliotheksgesetzes. Die Existenz nationaler Bibliotheksgesetze in mittlerweile einigen europäischen Ländern, wie z. B. Dänemark (1920), Estland (1924), Finnland (1927), dürfte bei dem Entschluss, ein autonomes Bibliotheksgesetz schaffen zu wollen, eine Rolle gespielt haben. Der Entwurf wurde vom Warschauer Kreis des ZBP erarbeitet und trug den Titel „Entwurf über öffentliche Gemeindebibliotheken“. Auf Wunsch des Departments für Kultur und Kunst des MWRiOP musste der Entwurf in kürzester Zeit überarbeitet werden. Die revidierte Fassung war 1928 fertiggestellt. Der Entwurf wurde nur unwesentlich geändert, trug aber einen neuen Titel. Er wurde in „Entwurf des Gesetzes über das Netz der öffentlichen Bibliotheken“ umbenannt. (Kołodziejska 1967, S. 46–47) Der Entwurf orientierte sich an dem tschechoslowakischen Bibliotheksgesetz (Filipowska-Szemplińska 1928, S. 148). Er verpflichtete die territorialen Selbstverwaltungen zur Gründung und Unterhaltung von öffentlichen Bibliotheken. Die Höhe der Finanzierung durch die Gemeinden sollte sich an der Einwohnerzahl orientieren, wobei sogar eine Untergrenze festgeschrieben wurde. Nach dem Entwurf sollten die kommunalen Bibliotheken als zweigliedriges Netz organisiert werden. Das Netz sollte aus Bibliotheken in den Städten und größeren Gemeinden sowie Bezirkszentralen für Fahrbibliotheken bestehen. Es wurde eine gebührenfreie Nutzung der Bibliotheken vorgesehen. Die Leitung sollte ein Bibliothekar übernehmen, während die unmittelbare Verwaltung durch ein Bibliothekskomitee vorgesehen war. Bereits bestehende Bibliotheken mit öffentlicher Funktion sollten entweder durch territoriale Selbstverwaltungen übernommen werden oder Subventionen erhalten können, wenn sie die Pflichten einer öffentlichen Gemeindebibliothek erfüllten. Die Aufsicht und die Leitung über das Bibliotheksnetz sollte der Minister des MWRiOP ausüben. Eine beratende Funktion sollte ein Bibliotheksbeirat übernehmen. Eine neue bemerkenswerte Regelung der überarbeiteten Fassung bezog sich auf den Bibliotheksbestand. Die an das Netz angeschlossenen Bibliotheken sollten nur wertvolle

wissenschaftliche, informatorische und belletristische Literatur sammeln. Dem MWRiOP wurde das Recht eingeräumt, die Bestände der Bibliotheken einzusehen und eine Liste der verbotenen Literatur zu erstellen. Der im MWRiOP eingereichte Entwurf blieb wirkungslos und verschwand in der Schublade. Die enormen Wirtschaftsprobleme und die zunehmende Inflation waren hierbei nicht ohne Belang (Janiczek 1946c, S. 47).

Die folgenden Entwürfe blieben in den wesentlichen Grundsätzen weitestgehend unverändert. Sie hielten an der Verpflichtung der territorialen Selbstverwaltungen zur Gründung und Unterhaltung von Bibliotheken, der Unterstellung der Bibliotheken unter die Aufsicht des Staates, der Bildung von Bibliotheksnetzen, der Notwendigkeit der Zusammenarbeit der kommunalen Bibliotheken mit den Bibliotheken der gesellschaftlichen Bildungsorganisationen sowie dem uneingeschränkten, kostenlosen Zugang zu Bibliotheken fest. (Janiczek 1946c, S. 47–48)

Den nächsten großen Versuch, ein Bibliotheksgesetz einzuführen, unternahmen die polnischen Bibliothekare im Jahr 1934. Eine nennenswerte Änderung in diesem Entwurf bezog sich wieder auf den Bestandsaufbau (Janiczek 1946c, S. 47). Müde der Diskussionen über den geeigneten Bestand einer öffentlichen Bibliothek überließen die Autoren des Entwurfs die Buchauswahl dem Minister des MWRiOP. Hierzu sollte eine spezielle, beratende Kommission berufen werden. (Kołodziejska 1967, S. 48–49) Obwohl auch dieser Versuch unter keinem guten Stern stand, gewann die außerschulische Bildung im Jahr 1934 zunehmend und mit positiven Auswirkungen für das Bibliothekswesen an Bedeutung. Im MWRiOP wurde ein Referat für öffentliche Bibliotheken geschaffen, und im Zeitraum 1934 bis 1939 entstanden ansehnlich viele neue Kommunalbibliotheken. (Janiczek 1946c, S. 48) Es folgten Rundschreiben des Ministers des MWRiOP, welche das Engagement der Bibliothekare unterstützten. (Kołodziejska 1967, S. 92; Zarzębski 1991a-2000, S. 28)

Einige Bibliothekare legten das Scheitern der Entwürfe als Schwäche der bibliothekarischen Community aus und glaubten nicht mehr an einen Erfolg des Projekts (Kołodziejska 1967, S. 76). Der harte Kern der Befürworter unter den polnischen Bibliothekaren mit Grycz und Janiczek an der Spitze steckte den Misserfolg weg und feilte in den nachfolgenden Jahren unbeirrbar weiter am Text des Gesetzentwurfs. Im Jahr 1939 gelang es ihnen, aufgrund der geleisteten Vorarbeiten, des enormen Engagements auf Konferenzen und diverser Artikel in der Presse einen Bibliotheksgesetzentwurf in den Sejm einzubringen. Es gab nur wenige

Änderungen gegenüber dem Entwurf aus dem Jahr 1928: Das Bibliotheksnetz sollte um Ausleihstellen (*punkte biblioteczne*) erweitert werden. Die Funktionen der Bezirkszentralen sollten ausgedehnt werden. Die Höhe der Finanzierung sollte jährlich neu bestimmt werden und vom Wohlstand, von der Besiedelung und dem Leseinteresse der Bevölkerung in der betreffenden Region abhängig sein. Die Benutzung der Bibliothek sollte in der Regel kostenfrei sein, aber die territorialen Selbstverwaltungen sollten ermächtigt werden, mit Einverständnis der staatlichen Gewalt eine Benutzungsgebühr erheben zu können. Nach der ersten Lesung im Sejm brach der Zweite Weltkrieg aus. (Janiczek 1946c, S. 48; Kołodziejska 1967, S. 95)

3.1.2.3 Die Reaktionen auf die Entwürfe

Die Reaktionen auf die Entwürfe waren unterschiedlich. Sie reichten von Begeisterung bis zur massiven Ablehnung. Lob erhielten die Entwürfe von Bildungsaktivisten, die darin eine große Chance sahen, mithilfe von allgemein kostenfrei zugänglichen Bibliotheken die schulische und außerschulische Bildung breit unterstützen zu können. Positiv wurden die Bestimmungen zur Bestandsauswahl bewertet. Applaus ernteten die Entwürfe bei Publizisten, die sich davon vor allem eine große Verbreitung ihrer Bücher erhofften. Die vielfältige Kritik, welche die Entwürfe über einen langen Zeitraum letztlich immer wieder zum Scheitern brachte, hatte viele Ursachen. Eine davon war die schlechte wirtschaftliche Situation im Land. Die Bildungs- und Minderheitenpolitik des Staates war zweifelsohne ebenfalls von Belang. Doch eine ganz entscheidende Rolle spielten die großen Ambitionen der Bildungsgesellschaften und –vereine, die Bildungspolitik aktiv gestalten zu wollen. Die durch die Teilungsherrschaft bedingten Vorurteile der Polen gegenüber dem Staat und die Angst der polnischen Bevölkerung vor der Macht der ethnischen Minderheiten wogen ebenfalls schwer. Die Kritik entzündete sich an dem Grundsatz der Übertragung der öffentlichen Bibliotheken an die territorialen Selbstverwaltungen und der Beaufsichtigung dieser Bibliotheken durch den Staat.

Divergierende Meinungen zu den Entwürfen gab es in der Presse von Anfang an. Zu Uneinigkeiten kam es auch zwischen den Bibliothekaren. Wenig überraschend machten gegen die Entwürfe vor allem die Vertreter der Bibliotheken der gesellschaftlichen Bildungsorganisationen Front. Noch auf der zweiten Konferenz der Polnischen Bibliophilen im Jahr 1926, zu deren Teilnehmern Bibliothekare zählten, wurde einhellig die Erarbeitung eines eigenständigen Bibliotheksgesetzentwurfs postuliert. Auf der ersten Konferenz der Bibliothekare in

Lemberg im Jahr 1928 wurde zwar die Notwendigkeit einer rechtlichen Regelung nicht infrage gestellt, doch die Grundsätze des Entwurfs wurden angezweifelt. Insbesondere wurde kritisiert, dass die Organisation von öffentlichen Bibliotheken den territorialen Selbstverwaltungen überlassen werden sollte. Denn diese hatten keine Erfahrungen auf diesem Gebiet. Die ausnahmslose Verpflichtung zur Gründung und Unterhaltung der Bibliotheken gefiel gar nicht, weil damit in den Grenzgebieten mit öffentlichen Geldern Bibliotheken für Propagandazwecke der ethnischen Minderheiten hätten entstehen können. Diese zunehmende Polonisierung im Bereich des Bibliothekswesens machte sich überwiegend in den östlichen und südlichen Grenzgebieten breit, wobei die anwachsende Staatsfeindschaft der Minderheiten eine solche Vorgehensweise sicher untermauerte. Ein Jahr später, auf der zweiten Konferenz der Bibliothekare in Posen, wurde mit ähnlichen Argumenten und dem zusätzlichen Verweis auf die Verdienste der gesellschaftlichen Bildungsorganisationen und die desolade wirtschaftliche Lage im Land die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes überhaupt infrage gestellt. Zum Umdenken führte das jedoch bei den Befürwortern nicht. Hartnäckig verfolgten sie weiterhin ihr Ziel.

Der Staat und die territorialen Selbstverwaltungen reagierten auf die Bestrebungen der Bibliothekare und die zwar lebhaften, aber anfangs spärlichen Diskussionen in der Presse überwiegend mit Desinteresse. Eine entscheidende Wende trat im Jahr 1934 ein. Der Staat bekannte sich damals zu einer Reihe von Fehlern in der Bildungspolitik. Der damalige Bibliotheksgesetzentwurf wurde plötzlich durch den Staat unterstützt, weshalb dieser sogar den Status „Regierungsentwurf“ erlangte.

Der ernsthafte Wille des Staates, den Bibliotheksgesetzentwurf voranzubringen, führte in der Presse zu einem Schlagabtausch von bis zu diesem Zeitpunkt unbekanntem Ausmaß und damit zum Scheitern des Entwurfs. Dieser wurde plötzlich aufs Heftigste bekämpft. Die zum Teil anonymen kritischen Stimmen argumentierten mit der wirtschaftlichen Krise und brachten sogar die Hungersnot ins Spiel. Einige witterten die Gefahr der Verbreitung krimineller und pornografischer Literatur. Im Gegenteil dazu fürchteten andere den zu erwartenden Einfluss des Staates auf die Buchauswahl. Weitere forderten die ausschließliche Unterstützung der gesellschaftlichen Bildungsorganisationen im Bereich des öffentlichen Bibliothekswesens. Zudem kam die Gründung von Bibliotheken in den Grenzgebieten immer wieder unter Beschuss. Es wurde sogar eine Grundsatzdiskussion über den benötigten Grad der Bildung ange-

zettelt. Zu Wort meldeten sich mit weit auseinandergehenden Ansichten Politiker, Minister, Literaten und der Klerus.

Die meisten territorialen Selbstverwaltungen widersetzten sich heftig. Sie wollten keinesfalls weitere finanzielle Verpflichtungen eingehen und an die Subventionen des Staates für bibliothekarische Zwecke glaubten sie nicht. Denn der Staat hielt sogar das Versprechen, sie bei der Gründung von Schulen zu unterstützen, nicht ein.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die übermäßige Diskussion zum gewissen Grad inszeniert wurde, um von den tatsächlichen Problemen im Land abzulenken. Denn an der weitreichenden Unterstützung des bibliothekarischen Sektors nach 1934 konnte es keine Zweifel geben: Mit der Schaffung des Referats für öffentliche Bibliotheken im MWRiOP und der Zunahme der Anzahl der öffentlichen Kommunalbibliotheken setzte der Erfolg in der außerschulischen Bildung ein. Es ergingen wichtige Beschlüsse in einzelnen Woiwodschaften²⁸, welche die Rolle der territorialen Selbstverwaltungen im Bibliothekswesen festgeschrieben hatten. Aufgrund der erbrachten Leistungen der öffentlichen Bibliotheken schenkten der Staat und die territorialen Selbstverwaltungen dem Ziel der Bibliothekare, ein Bibliotheksgesetz zu schaffen, zunehmend mehr Aufmerksamkeit. Der Widerstand der gesellschaftlichen Bildungsorganisationen brach.

Für die Erstellung des Kapitels wurden genutzt: (Kołodziejska 1967, S. 40–78; Filipowska-Szemplińska 1928; Dąbrowska 1934/35; Janiczek 1946c).

3.2 Die Entstehung des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946

3.2.1 Der Ausgangspunkt und die herrschenden politischen Umstände

Bereits in den ersten Monaten nach Kriegsende fielen wichtige Entscheidungen für die Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens. Die kommunistischen Kräfte strebten erfolgreich danach, die Herrschaft im Land zu übernehmen. Polen wurde sukzessive in den sowjetischen

²⁸ Der polnische Begriff *województwo* (entspricht am ehesten einem Regierungsbezirk) (Kilian, Hanckel, S. 403) wird der heute verbreiteten Praxis folgend, in der Studie als Woiwodschaft wiedergegeben.

Machtbereich eingebunden. Das am 21. Juli 1944 in Cholm konstituierte und durch den Kreml gelenkte Polnische Komitee der Nationalen Befreiung²⁹ (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, PKWN*) fungierte als Regierungsapparat für die von der Roten Armee zu besetzenden Gebiete. Durch den Vormarsch der Roten Armee zog das PKWN bereits am 25. Juli 1944 nach Lublin um und wurde deshalb auch Lubliner Komitee genannt. Es berief noch im selben Jahr im Ressort für Bildung (*Resort Oświaty*) das Referat Bibliotheken (*Referat Bibliotek*) (Janiczek 1946c, S. 48).

Die Kommunisten engagierten sich mit Elan für das nationale Bibliothekswesen. Die bibliothekarischen Belange bekamen im Ressort für Bildung, welches kurze Zeit später in das Ministerium für Bildung (*Ministerstwo Oświaty, Min. Oświaty*) umbenannt wurde, eine hohe Priorität. In den Vordergrund rückte insbesondere die Sicherung der vorhandenen Bibliotheksbestände. Auch wenn die Verluste im Bereich des Bibliothekswesens im Ressort für Bildung nicht beziffert werden konnten³⁰, war allen bewusst, dass der Schaden immens war. Es

²⁹ Das PKWN war eine von der Sowjetmacht eingesetzte in Konkurrenz zum Exilkabinett stehende Regierung. Vorsitzender des PKWN wurde Edward Osóbka-Morawski, ein junger bis dahin unbekannter Sozialist. Das PKWN wurde angeblich vom Landesnationalrat als provisorische Exekutive eingesetzt. Der Landesnationalrat selbst proklamierte sich gleichzeitig zur einzigen Vertretung der Nation. Bis zu diesem Zeitpunkt verstand sich der Landesnationalrat als Legislative und Exekutive im Untergrund und beschloss die Bildung weiterer Nationalräte auf Woiwodschafts-, Kreis- und Gemeindeebene sowie die Aufstellung einer Volksarmee. Am 1. Januar 1945 wurde das PKWN zur Provisorischen Polnischen Regierung (*Polski Rząd Tymczasowy, PRT*) umgebildet und amtierte vom 18. Januar bis 25. Juni in Warschau. Am 28. Juni 1945 kam es auf Beschluss der Jalta-Konferenz zur Bildung der Polnischen Regierung der Nationalen Vereinigung (*Polski Rząd Zjednoczenia Narodowego, PRZN*). Gebildet wurde sie aus Ministern des PKWN und ehemaligen Ministern der Londoner Exilregierung. An der Spitze stand wieder Osóbka-Morawski. Obwohl die Exilregierung ihren Anspruch aufrechterhielt, das einzige legitime Staatsorgan des polnischen Volkes zu sein, wurde die PRZN sehr schnell von der Sowjetunion und wenig später von Großbritannien und den USA anerkannt. Die Anerkennung durch die übrigen Länder erfolgte sukzessive. (Borodziej 2010, S. 248; Rhode 1979, S. 1035–1036)

³⁰ Der Grad der Zerstörung der polnischen Bibliotheken lässt sich bis heute kaum einschätzen. Die vorhandenen Daten und Archivquellen lassen eine zuverlässige Bilanz der Verluste in den polnischen Bibliotheken nicht zu. Die vagen Einschätzungen basieren auf den Angaben in den Nachkriegspublikationen von Janiczek und Maria Wodzinowska. Nach Janiczek gab es vor dem Kriegsausbruch 35.411 Bibliotheken mit insgesamt 21.000.000 Bänden, darunter 72 wissenschaftliche Bibliotheken mit 6.900.000 Bänden, 9.411 öffentliche Bibliotheken mit 6.500.000 Bänden und 25.928 Schulbibliotheken mit 7.600.000 Bänden. (Janiczek 1946a, S. 1) Nach Wodzinowska gab es 36.500 Bibliotheken mit insgesamt 22.500.000 Bänden, darunter 1.000 wissenschaftliche Bibliotheken mit 8.500.000 Bänden, 9.500 öffentliche Bibliotheken mit 6.500.000 Bänden und 26.000 Schulbibliotheken mit 7.500.000 Bänden. Die Differenz ergibt sich vor allem daraus, dass sich Janiczek nur auf größere wissenschaftliche Bibliotheken konzentrierte (Wodzinowska 1947, S. 12). Barbara Bieńkowska kommt zu einem anderen Ergebnis. Sie schätzt die Anzahl der Bände vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs auf 50.000.000. Sie stützt sich dabei auf die Angaben von Janiczek und Wodzinowska, die unvollständigen Zahlen im „Mały Rocznik Statystyczny“ [Kleines Statistisches Jahrbuch] von 1939 und ihre Feststellung, dass in die Berechnungen sechs weitere Bibliothekstypen mit reichen Bibliotheksbeständen nicht berücksichtigt wurden. (Bieńkowska u. a. 1994, S. 50–51) Der Zustand der einzelnen Bibliothekstypen war unterschiedlich. Die wissenschaftlichen Bibliotheken hatten reiche Bibliotheksbestände, waren gut organisiert und hatten ein gut ausgebildetes Personal. Die meisten von ihnen befanden sich in

bestanden keine Zweifel an der Notwendigkeit, Maßnahmen zur Sicherung der Bestände ergreifen zu müssen. Am 29. November 1944 wurde ein wichtiges Rundschreiben an die Schulbezirkskuratorien (*Kuratoria Okręgów Szkolnych*) herausgebracht, in dem die Vorgehensweise bei der Sicherung der Bestände geregelt wurde (Knot 1947, S. 97). Am 9. Juli 1945 trat im Zusammenhang mit der Durchführung der Agrarreform eine Anordnung über den Empfang der Bestände der Gutsbibliotheken von den Bevollmächtigten der Landwirtschaftsreform in Kraft (Knot 1947, S. 100-102). (Janiczek 1946a, S. 3–4)

Die sich andeutende territoriale Westverschiebung Polens festigte die kommunistische Herrschaft in Polen. Denn für die Gebietserweiterung im Westen war eine Bindung an die Sowjetunion unumgänglich. Die Gebiete im Osten galten als verloren. (Borodziej 2010, S. 253–257) Die Verschiebung der alten polnischen Grenzen Richtung Westen wurde faktisch auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 beschlossen und das Territorium Polens verkleinerte sich damit um 77037 km² im Vergleich zum 31. August 1939 (Jezierski, Leszczyńska 1994, S. 132). Das Ministerium für Bildung wurde erneut im Bibliothekssektor tätig. Am 4. August 1945 wurde eine weitere Anordnung bezüglich der Sicherung und Nutzung der verlassenen Bibliotheksbestände erlassen (Knot 1947, S. 103-105).

Als Folge der Grenzverschiebung wurde eine gewaltige Bevölkerungsbewegung auf diesem Gebiet ausgelöst, die sich bis heute in genauen Zahlen kaum benennen lässt. Allein aus den verlorenen Ostgebieten wurden 1,5 Millionen Polen repatriiert. Sie wurden überwiegend in den nach Flucht und Vertreibung zurückgelassenen, bis dahin deutschen Ostprovinzen angesiedelt. Das Ergebnis der Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen sollte ein ethnisch homogener Staat sein. (Borodziej 2010, S. 257–259) Die Bevölkerung Polens betrug im Jahr 1946 ca. 24 Mio. Einwohner. (Jezierski, Kubiczek 1994, S. 132–138) Die polnische Innen- und Außenpolitik bestimmte Moskau. Die Grundlinien der Innenpolitik wurden neu ausgerichtet. Der

Universitätsstädten. Die Anzahl der öffentlichen Bibliotheken war zwar sehr hoch, doch ihr Bestand war übersichtlich. Ein Drittel hatte lediglich ca. 100 Bände im Bestand. Ähnlich schlecht stellte sich die Situation in den Schulbibliotheken dar. Sieben Prozent der allgemeinbildenden Schulen hatten keine Schulbibliothek. Mittelschulen und Berufsschulen verfügten über größere Bibliotheksbestände mit durchschnittlich 1.600 Bänden und waren gut organisiert. Geleitet wurden sie von Lehrern. (Janiczek 1946a, S. 1; Wodzinowska 1947, S. 12–13) Der Gesamtschaden der Jahre 1939 – 1945 wurde auf etwa 70 % des Vorkriegsvolumens geschätzt (Janiczek 1946a; Bieńkowska u. a. 1994, S. 51). Dabei erlitten die allgemeinen öffentlichen Bibliotheken und die Schulbibliotheken zahlenmäßig den größten Schaden (Wodzinowska 1947, S. 13). Die wissenschaftlichen Bibliotheken verloren weniger, aber dafür kostbare Bestände. Abgesehen davon gab es Schäden an Gebäuden und Verluste unter dem Bibliothekspersonal (III. Sprawy Związku Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich 1947, S. 73).

Kernbereich Wirtschafts- und Agrarpolitik wurde von der Verstaatlichung der Industrie und der Agrarreform bestimmt. Auch das kulturelle Leben wandelte sich. Die Gesellschaft war entwurzelt und arm. Die Elite war dezimiert. Die Intelligenz überlebte den Krieg nicht oder kehrte aus dem Exil nach 1945 nicht zurück. (Borodziej 2010, S. 260–278) Das allgemeine Bildungsniveau war niedrig. Die wirksame Bekämpfung des Analphabetismus wurde zur wichtigsten Aufgabe des Staates. (Dobosiewicz 1955, S. 18) Es ist zu vermuten, dass die Beseitigung des Analphabetentums und eine Anhebung des Bildungsstands mit dem Buch als konkurrenzloses Leitmedium von hoher politischer Relevanz waren. Die Bibliotheken sollten wohl bei der Bewältigung dieser Aufgaben eine bedeutende Rolle spielen.

3.2.2 Die Beauftragung des Referats Bibliotheken mit der Erarbeitung eines Dekrets über Gemeindebibliotheken

Anfang Dezember 1944 wurde das Referat Bibliotheken durch den Vorsitzenden des PKWN Osóbka-Morawski mit der Erarbeitung eines Entwurfs für ein Gesetz über Gemeindebibliotheken beauftragt (Janiczek 1946c, S. 48). Das Interesse des Lubliner Komitees am Buch war groß. Die seinerzeit damit anstehenden Aufgaben schienen besonders attraktiv zu sein. Für die Sicherung der Bibliotheksbestände, den Aufbau des Bibliothekswesens und des Lesewesens fühlten sich nahezu alle berufen. Im Gerangel um die Kompetenzen im PKWN im November 1944 konkurrierten diesbezüglich die Ressorts, das polnische Militär, die Parteien und andere Gruppierungen (Janiczek 1946a, S. 3). Es ist naheliegend, dass der Vorsitzende des PKWN durch die Beauftragung des Referats der Bibliotheken mit der Erarbeitung eines Bibliotheksgesetzes Tatsachen schaffen und die Zuständigkeit des Bildungsressorts für den Bibliotheksektor stärken wollte.

Das Projekt wurde vom Referat Bibliotheken, in dem Janiczek und Regina Fleszarowa tätig waren, unverzüglich in Angriff genommen. Jedoch wurde es infolge der wechselvollen politischen Ereignisse³¹ bereits im Januar 1945 wegen des kurz bevorstehenden Umzugs nach Warschau aufgeschoben. Dort sollte Kontakt zu Personen aufgenommen werden, die sich seit Jahren mit der Erarbeitung eines Bibliotheksgesetzes beschäftigt hatten. (Janiczek 1946a, S. 7)

³¹ Am 31. Dezember 1944 entschied der Landesnationalrat, die Provisorische Polnische Regierung in Lublin zu berufen. Im Januar 1945 wurde die Abteilung Bibliotheken berufen (Janiczek 1946a, S. 7).

Schon im April 1945 konnte der Entwurf des künftigen Dekrets vorgelegt werden (Janiczek 1946a, S. 7). Erarbeitet wurde er von Grycz, der im Februar 1945 Mitarbeiter der Abteilung Bibliotheken im Bildungsministerium der inzwischen nach Warschau umgezogenen Provisorischen Polnischen Regierung wurde (Zarzębski 1995, S. 16). Zum Gelingen des Projekts trugen der gedankliche Austausch im Kreis der Vertreter des ZBP mit Łysakowski an der Spitze (Wspomnienia i refleksje o czasach walki o ustawę biblioteczną i realizacji dekretu o bibliotekach 1986, S. 265) und die Mithilfe von Janiczek bei (Pawlikowska 1986). Der Entwurf umfasste allerdings nicht nur Gemeindebibliotheken, sondern nahezu das gesamte polnische Bibliothekswesen. Grycz war also keinesfalls lediglich Vollstrecker der geleisteten Vorarbeiten aus der Zeit zwischen den Weltkriegen. Er entwickelte die vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs entstandenen Entwürfe maßgeblich weiter. Die Arbeit an dem Entwurf nahm er viel früher auf (Horodyski 1955, S. 33; Zarzębski 1986, S. 281). Nur so lässt sich auch die Geschwindigkeit erklären, mit der er seiner Aufgabe nachgekommen ist. Nach Zarzębski wurden die Leitprinzipien des Entwurfs bereits auf der Sitzung des Verbands Polnischer Bibliothekare im Januar 1944 diskutiert. Weiterentwickelt wurde der Entwurf nach seiner Interpretation des Tagebuchs von Grycz (Grycz 1961a, S. 13) im Departement für Kultur und Bildung (*Departament Oświaty i Kultury*) der Regierungsdelegatur im Land (*Delegatura Rządu na Kraj*), dessen Leiter Czesław Wycech war. (Zarzębski 1986, S. 284)

Auf diese Weise übernahmen die Kommunisten einen Entwurf des Bibliotheksgesetzes, der in anderen politischen Kreisen seinen Anfang nahm. Zarzębski ist überzeugt, dass diese Tatsache zur fristlosen Entlassung von Grycz führte (Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego 1993, S. 163).

Grycz stellte die Neuerungen des Entwurfs in der Zeitschrift „Bibliotekarz“ [Der Bibliothekar] vor (Grycz 1945). Das Dekret verankerte die bibliothekspolitischen Anschauungen Gryczs und war gleichzeitig die „Testamentsvollstreckung“ (Horodyski 1955, S. 34) der Nationalen Erziehungskommission in Sachen Bibliothek (Horodyski 1955, S. 33–36). Der polnische Bibliothekar Józef Grycz ist die Schlüsselfigur zum Verständnis des Dekrets. Die Beschäftigung mit seiner Biografie ist aus diesem Grund unumgänglich.

3.2.3 Józef Grycz als Person und als Akteur

Grycz (1890 – 1954) wurde als Sohn eines Volksschullehrers im Teschner Schlesien, in Zebrzedowice, geboren. In Zebrzedowice besuchte er die Volksschule des Vaters. Das Abitur absolvierte er in Teschen. Er wuchs folglich in einer schlesischen Familie und in einem klassischen Gebiet politischer, gesellschaftlicher und nationaler Konflikte auf. Nach seinem Studium der Philologie und Germanistik in Krakau, Berlin und Wien promovierte er 1915 über „Penthesilea“ von Heinrich von Kleist. Grycz hatte sich dem Bibliothekswesen verschrieben. Seine bibliothekarische Laufbahn begann er 1916 mit einem unentgeltlichen Volontariat in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau. Dort erlernte er das bibliothekarische Basiswissen. Mangels einer bezahlten Anstellung in der Bibliothek betätigte er sich einige Jahre als Buchhändler. 1922 kehrte er an die Jagiellonische Bibliothek zurück. Ab 1928 leitete er die Kurniker Bibliothek. Im Januar 1930 wechselte er in das MWRiOP. Dort war er für wissenschaftliche Bibliotheken zuständig. Zusammen mit dem Leiter der Abteilung Bibliotheken des MWRiOP, Stefan Demby, organisierte er die 1928 ins Leben gerufene Nationalbibliothek. Im Ministerium engagierte sich Grycz für die Bibliotheksgesetzgebung. 1934 übernahm er die Leitung des Referats der wissenschaftlichen Bibliotheken im MWRiOP. Auf dieser Position erhielt er die Gelegenheit, mehrere ausländische Bibliotheken kennenzulernen. Grycz blieb im Ministerium bis Oktober 1939. Mit der Besetzung Warschaus durch deutsche Truppen des Amtes enthoben, arbeitete er als Übersetzer in der Stadtverwaltung von Warschau. Vom Juli 1940 bis Oktober 1944 übernahm er mit der Zustimmung des polnischen Untergrunds die Leitungsfunktion der Nationalbibliothek, die zur Abteilung II der im Sommer 1940 gegründeten und von Wilhelm Witte³² geleiteten Staatsbibliothek Warschau wurde. Ab Mitte 1941 wurde die Abteilung II um die Krasiński-Bibliothek erweitert. Die Fachkompetenz machte Grycz zu einem von Witte und Gustav Abb³³ hochgeschätzten Bibliothekar und so wurde er deren Vertrauensmann. Gleichzeitig kooperierte Grycz mit der Geheimen Lehrerorganisation

³² Witte, Bibliotheksrat der Universitätsbibliothek in Breslau, wurde Anfang Juli 1940 zunächst nach Krakau abgeordnet, um Abb (s. Fußnote 33) bei der Erstellung eines Verzeichnisses der wissenschaftlichen Bibliotheken im Gebiet des damaligen Generalgouvernements zu unterstützen. Vom 24. Juli 1940 an war er der kommissarische Leiter der Staatsbibliothek Warschau. (Witte, Buttkus 1997)

³³ Abb, Direktor der Universitätsbibliothek Berlin und Vorsitzender des Vereins Deutscher Bibliothekare, wurde 1. Juli 1940 als Leiter der Hauptverwaltung der Bibliotheken im Generalgouvernement eingesetzt, die der Wissenschafts- und Volksbildungsabteilung zugeordnet war. Abb sollte sich jedoch nur den wissenschaftlichen Bibliotheken widmen. Abbs genaue Vollmachten sind bis heute ungeklärt. (Mężyński 1997, S. 59–66)

(*Tajna Organizacja Nauczycielska, TON*). Er wurde Leiter der Gruppe Bibliotheken im Department für Bildung und Kultur der Regierungsdelegatur im Land (*Departament Oświaty i Kultury Delegatury Rządu na Kraj*). Grycz berichtete über Bestandsverluste und erarbeitete Restitutionspläne für die Exilregierung in London. Während der Kriegsjahre wurde das Gebäude der Nationalbibliothek Gryczs zweites Zuhause. Die Rettung der Bibliotheksbestände war in dieser Zeit sein vorrangiges Ziel. Im November und Dezember 1944 leitete er die Evakuierung der Bibliotheksbestände. Nach der Befreiung Warschaus kehrte er im Februar 1945 in die Nationalbibliothek zurück und begann dort mit den ersten Ordnungsarbeiten. Im selben Monat folgte die Berufung in die Abteilung Bibliothek im Bildungsministerium. Am 1. April 1946 ernannte ihn der Bildungsminister (*Minister Oświaty*) zum Direktor der zur Generaldirektion der Bibliotheken (*Naczelna Dyrekcja Bibliotek, NDB*) umgestalteten Abteilung Bibliotheken. Anfang 1949 wurde Grycz im Zuge stalinistischer Säuberungen aus dem Amt entlassen. Seine bibliothekarische Tätigkeit setzte er vom 1. März 1949 an als Vizedirektor der Nationalbibliothek fort.

Grycz zeichnete sich durch einen enormen Tatendrang und die Vielseitigkeit seiner Tätigkeiten aus. Er gehörte zu den führenden bibliothekarischen Bildungsaktivisten. Er engagierte sich in nationalen und internationalen bibliothekarischen Organisationen. Er war ein aktiver Autor. Seine Publikationen lagen vor allem auf den Gebieten Katalogisierung, Benutzung, Bibliografie und Bibliotheksgeschichte. Als Verfasser bibliotheksrelevanter Rechtsverordnungen trat er ebenfalls in Erscheinung. Ausländische Publikationen zum Bibliothekswesen waren immer wieder Gegenstand seiner Studien. Er setzte sich für die bibliothekarische Ausbildung ein. Grycz bewies Organisationstalent sowie diplomatische und pädagogische Fähigkeiten.

In hohem Maße ließ sich Grycz von den Ideen der Nationalen Erziehungskommission beeinflussen. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens war für ihn die Schaffung eines steuernden zentralen Organs für Bibliotheken und die Verwirklichung einer einheitlichen Bibliothekspolitik. Seine Vorschläge zum Bibliothekswesen zielten auf die Verbreitung des Buches und die damit einhergehende breite öffentliche Zugänglichkeit der Bibliotheken ab, wissenschaftliche Bibliotheken eingeschlossen. Zu seiner Vision gehörte ein starkes Bibliotheksnetz wissenschaftlicher Bibliotheken mit universellen und speziellen Bibliotheksbeständen. Jedes Buch sollte sich laut Grycz in der Bibliothek befinden, in der es am meisten benötigt wird, damit es „arbeiten“ kann. Das Buch war für ihn insbesondere ein

Mittel zur Verbreitung von Kultur und für das Erlangen von Wissen. Er hob die Rolle der Bibliotheken als Informationseinrichtungen und Orte der wissenschaftlichen Arbeit hervor. Er strebte die Integration des Bibliothekswesens in die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens an.

Aufgrund der Ämter, Positionen und der zahlreichen Aktivitäten im bibliothekarischen Sektor galt Grycz als einer der größten polnischen Bibliothekare. (Für diesen Abschnitt wurde verwendet: Horodyski 1955; Kurdybacha 1974; Zarzębski 1995; Mężyński 2003, S. 470–471.)

3.2.4 Das Verfahren bis zur Bestätigung des Dekrets durch das Präsidium des Landesnationalrates

Der von Grycz erarbeitete und in Fachkreisen intensiv diskutierte Entwurf (Janiczek 1946b) wurde zum Gegenstand einer im April 1945 einberufenen Konferenz. Auf der Konferenz kamen Vertreter der Abteilung Bibliotheken, des Ministeriums für Kultur und Kunst (*Ministerstwo Kultury i Sztuki, MKiS, MKiSZ*), des Ministeriums für Information und Propaganda (*Ministerstwo Informacji i Propagandy, MIP*), des Ministeriums der Öffentlichen Verwaltung (*Ministerstwo Administracji Publicznej, MAP*) mit Vertretern der Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna, PPS*), der Polnischen Arbeiterpartei und des Verbands Polnischer Bibliothekare zusammen. Unter Aufnahme einiger der dort geäußerten und von weiteren interessierten Ministerien angebrachten Kritikpunkte wurde eine revidierte Fassung erstellt. (Janiczek 1946a, S. 7)

Die erste Entwurfsdebatte in der Kommission für Bildung des Landesnationalrates erfolgte am 7. August 1945. Das Verfahren bis zur Bestätigung des Dekrets durch das Präsidium des Landesnationalrates dauerte über ein Jahr (Krajowa Rada Narodowa sesja XI 23.09.1946, Sp. 424). Im Zuge der turbulenten politischen Ereignisse (Zarzębski 1986, S. 283) und der Kontroversen in den zuständigen Kommissionen geriet das Verfahren immer wieder ins Stocken. Deutliche Kritik richtete sich gegen die Bestimmungen des Dekrets in Bezug auf private Buchbestände. Der Vorwurf einer Überbeanspruchung des Instruments Recht für bibliothekarische Belange stand ebenfalls im Raum. Für Bedenken sorgte die finanzielle Belastung für die Gründung und Unterhaltung von Bibliotheken. Letztlich setzten sich der Ministerpräsident Osóbka-Morawski, der Bildungsminister Wycech und die Unterstaatssekretärin im Bildungs-

ministerium Halina Kuczkowska durch, die den Entwurf mit aller Kraft befürworteten. (Grycz 1946a, S. 49–50; Janiczek 1946c, S. 48; Janiczek 1946b)

Hilfreich war auch der am 31. Dezember 1945 gestellte Antrag des Abgeordneten Przyboś auf der Sitzung des Landesnationalrates, die Polnische Regierung der Nationalen Vereinigung zu einem zeitnahen Erlass des Bibliotheksgesetzes aufzurufen (Zarzębski 1986, S. 284). Der Landesnationalrat unterstützte den Antrag und reichte ihn an die Kommission für Kultur und Kunst und die Kommission für Bildung weiter (Krajowa Rada Narodowa sesja IX 31.12.1945, Sp. 282–283).

Am 31. Januar 1946 beschloss der Ministerrat (*Rada Ministrów*) der Polnischen Regierung der Nationalen Vereinigung das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen (Janiczek 1946b). Mit der Bestätigung des Präsidiums des Landesnationalrates (*Prezydium Krajowej Rady Narodowej*) am 17. April 1946 wurde es zum Rechtsakt und trat mit dem Tag der Verkündung am 18. Juni 1946 in Kraft (Dz. U. von 1946 Nr. 26, Pos. 163). Das Dekret musste allerdings in Übereinstimmung mit dem damaligen Verfahren zum Erlass von Dekreten mit Gesetzeskraft noch durch den Landesnationalrat angenommen werden (Dz. U. von 1945 Nr. 1, Pos. 1). Dies geschah am 23. September 1946 (Krajowa Rada Narodowa sesja XI 23.09.1946, Sp. 423–427).

3.3 Von den ersten Initiativen bis zur Verabschiedung des Gesetzes über Bibliotheken von 1968

3.3.1 Die Situation der Bibliotheken in den frühen 1950er Jahren

Die ersten Impulse für eine Änderung des Dekrets sind in der polnischen Stalinära (1949–1955) zu verorten. Die Sowjetunion hatte damals Vorbildfunktion in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die am 22. Juli 1952 verabschiedete Verfassung der Polnischen Volksrepublik folgte dem sowjetischen Vorbild. Die Organisationsstrukturen des Staates wurden verändert. Es entstanden neue Ministerien und zentrale Ämter (Borodziej 2010, S. 280). Das wirtschaftliche Leben wurde bestimmt von dem Sechsjahresplan, der die Veränderung hin zur sozialistischen Wirtschaft vollziehen sollte. Stalinistische Züge trug auch alles geistige Leben.

Laut Zarzębski war diese Zeit im polnischen Bibliotheksrecht durch eine starke ideologische Indoktrination der Bibliotheken gekennzeichnet. Er führt in diesem Zusammenhang u. a. die aus politischen Gründen erfolgte Entlassung von Grycz und Janiczek an, die Schließung des Staatlichen Buchinstitutes (*Państwowy Instytut Książki, PIK*) und den Erlass bibliotheksrelevanter Normativakte, deren Inhalt von politischen und ideologischen Beschränkungen zeugte. Die Normativakte bezogen sich überwiegend auf den Bestandsaufbau, die Bestandsaufbewahrung und die Zugänglichkeit zu Publikationen, die vom Druck zurückgezogen wurden. (Zarzębski 1991a-2000, S. 37)

Die zukünftigen Aufgaben von Bibliotheken und Bibliothekaren wurden in dem Artikel „III Plenum Komitetu Centralnego Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej a zadania Związku Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich” [III. Plenum des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei und die Aufgaben des Verbands der Polnischen Bibliothekare und Archivare] in der Zeitschrift „Przegląd biblioteczny“ verkündet. In den Vordergrund rückten erzieherische Aufgaben im Sinne des Marxismus-Leninismus (Iwańczak 1950, S. 100–104).

Die Veränderungen in der territorialen Verwaltung hatten Zarzębski zufolge keine gravierenden Auswirkungen auf das polnische Bibliothekswesen, denn sie betrafen vor allem Dorfbibliotheken. Doch er schildert, wie sich mit der Entstehung neuer Ressorts die Ressortzugehörigkeit der Bibliotheken änderte, wodurch die im Bildungsministerium konzentrierte Zuständigkeit für das Bibliothekswesen eingeschränkt und eine einheitliche Bibliothekspolitik behindert wurde. Die allgemeinen öffentlichen Bibliotheken wurden der Zuständigkeit des Ministers für Kultur und Kunst (*Minister Kultury i Sztuki*) unterstellt, während die Schulbibliotheken unter dem Bildungsministerium verblieben. Die Hochschulbibliotheken wurden dem Hochschulministerium unterstellt. Die Folge war nach Zarzębski eine Zerstückelung der einheitlichen Bibliothekspolitik auf die zentralistisch ausgelegte Tätigkeit einzelner Ministerien. Er weist auch auf die Entstehung neuer bedeutender Bibliotheksnetze hin, und zwar das Netz der Bibliotheken der Polnischen Akademie der Wissenschaften (*Polska Akademia Nauk, PAN*) sowie die Netze der Fachbibliotheken in bestimmten Wirtschaftsressorts. Weiter merkt er an, dass sich der Umbau zur sozialistischen Wirtschaft, der nach dem Sechsjahresplan für 1950-1955 forciert durchgeführt werden sollte, auf die Finanzierung der Bibliotheken auswirkte. Die Finanzierungsregelungen des Dekrets fanden keine Beachtung mehr. (Zarzębski 1991a-2000, S. 37–39)

3.3.2 Impulse, Interessen und Initiativen

Die Folgen des Stalinismus sorgten für Beunruhigung in der bibliothekarischen Welt (Zarzębski 1991a-2000, S. 38). Die Entwicklungen standen im Widerspruch zu den grundlegenden Leitprinzipien des Dekrets. Die Community sprach anfangs viel, aber publizierte wenig darüber (Kozioł 1960, S. 99). Öffentlich benannte sie die schwerwiegenden Probleme, ohne den Bezug zum Dekret herzustellen.

Insbesondere die Dezentralisierungstendenzen erregten große Besorgnis. Sie wurden auf der Konferenz in Krynica vom 3. bis zum 15. Februar 1951 kommuniziert. Die vom Ministerium für Kultur und Kunst und dem Hochschulministerium in die Wege geleitete Konferenz widmete sich der weiteren Entwicklung von Bibliotheken. Die Bibliothekare nutzten die Gelegenheit und betonten u. a. die Notwendigkeit eines die Bibliothekstätigkeit leitenden zentralen Organs, das dem Präsidium des Ministerrates unterstellt werden sollte. Das neu zu schaffende Organ sollte die Angelegenheiten der den unterschiedlichen Ressorts unterstehenden Bibliotheken steuern und abstimmen. Nur so schien den Bibliothekaren die im Dekret festgeschriebene koordinierende und verknüpfende Tätigkeit der im Bibliotheksnetz zusammengeführten Bibliotheken weiterhin realisierbar. (Pamiętnik Konferencji Krynickiej, 3-15 II 1951 1951, S. 325–339) Als einen nachhaltig wirkenden Impuls in dieser Angelegenheit schätzt Zarzębski jedoch die Stellungnahme des Abgeordneten Stanisław Zagórski in der Sejmdebatte am 31. Oktober 1951 ein (Zarzębski 1986, S. 291). Gegenstand der Debatte war die Gesetzesvorlage über die Übertragung der bibliothekarischen Angelegenheiten an den Minister für Kultur und Kunst. Zagórski thematisiert das Problem der Dezentralisierung und der damit zusammenhängenden äußerst schwer zu realisierenden Koordination der bibliothekarischen Sachverhalte (Sejm Ustawodawczy Rzeczypospolitej Polskiej sesja zwyczajna jesienna 1951 r. 31.10.1951, Sp. 15–17).

Zygmunt Dylik spricht sich 1953 offen für eine Novellierung des Dekrets aus und benennt eine breite Palette von Sachverhalten, die in seinen Augen neu oder anders geregelt werden müssten. Seine Ausführungen beginnen mit deutlicher Kritik an den Bestimmungen, welche die Pflichten des Unterhaltsträgers von Bibliotheken der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken regeln. So sollte nach seiner Meinung der Staat, als neuer Unterhaltsträger von Bibliotheken der Kommunen, diesen zukünftig eine ähnliche Stellung und Wertschätzung zukommen lassen wie den Schulen. Es ging ihm hierbei nicht nur um die laufende Finanzierung der

Bibliotheken, sondern auch um die Bereitstellung adäquater Räumlichkeiten und einer entsprechenden Ausstattung. Er spricht sich für die Einbeziehung von Spezialbibliotheken in die Bibliothekspolitik des Staates aus, um eine breitere Zugänglichkeit dieser Bibliotheken zu ermöglichen. Er wünscht die Berufung eines staatlichen Organs, das die fachliche und organisatorische Aufsicht über alle Bibliotheken übernehmen sollte. Die Anpassung der Bestimmungen des Dekrets zur Tätigkeit der gesellschaftlichen Beratungsorgane von Bibliotheken an die aktuellen Entwicklungen ist ihm ebenfalls wichtig. Zum Schluss schlägt er die Einführung einer Regelung vor, die zum Erlass von Durchführungsbestimmungen in einem präzise bestimmten Zeitraum verpflichtet. (Dylik 1953).

Eindringlich und einhellig wurde eine Änderung des Dekrets von den Bibliothekaren im Jahr 1956 eingefordert. Die Situation in Polen war instabil. Arbeiterunruhen brachen aus. Es ging um höhere Löhne, niedrigere Preise und bessere Arbeitsbedingungen. Die Intellektuellen hielten eine Änderung des Systems drei Jahre nach dem Tod Stalins für überfällig. Die nahende kurze Periode des politischen „Tauwetters“, in der das kulturelle Leben Polens mit dem Stalinismus abrechnete, war spürbar. Der beharrlich geäußerte Wunsch nach einer übergeordneten Institution zwecks Koordination bibliothekarischer Angelegenheiten (Zarzębski 1991a-2000, S. 38), der auf der Konferenz in Krynica im Jahr 1951 mutig formuliert wurde, blieb nicht folgenlos. Auf dem Gesamtpolnischen Kongress der Bibliothekare in Warschau vom 16. bis zum 18. Februar 1956 wurde die Notwendigkeit der Novellierung des Dekrets postuliert (Baumgart 1957, S. 357). Der Verein Polnischer Bibliothekare ergriff daraufhin eine konkrete Initiative und holte Stellungnahmen von Bibliothekaren verschiedenster Bibliothekstypen für eine Novellierung des Dekrets ein (Kozioł 1960, S. 99). Die Initiative mündete in einem neuen Bibliotheksgesetz. Sie fiel in die beginnende Phase der Entstalinisierung in Polen.

Die Staatsmacht fällte 1959 schließlich die Entscheidung zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs (Pawlikowska 1976a, S. 14; Kozioł 1960, S. 99). Die Regierung hatte ein schon länger währendes Interesse an einer Änderung der bestehenden rechtlichen Grundlage. Das Dekret wurde aus ideologischen Gründen (Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego 1993, S. 163) nach 1950 zum Schubladengesetz. Das Ministerium für Kultur und Kunst unterstützte intensiv die Entstehung des Gesetzentwurfs (Kaczmarek 1968, S. 169). Besonders wirksam auf den Verlauf der langwierigen Diskussion über die Inhalte des Gesetzes war die vom Ministerium für Kultur und Kunst veranlasste Versendung des Gesetzentwurfs vom

15. Februar 1963 (Kaczmarek 1969, S. 309). Nach Beobachtungen Roman Kaczmareks, dem Abgeordneten und Direktor der Städtischen Öffentlichen Bibliothek in Lodz (*Miejska Biblioteka Publiczna im. Waryńskiego w Łodzi*), aktivierte diese Aktion das bibliothekarische Umfeld. Er führt aus, dass die Entwürfe unter den Mitarbeitern der wissenschaftlichen Bibliotheken, der Hochschulbibliotheken und der Bibliotheken der Polnischen Akademie der Wissenschaften infolge sehr gründlich erörtert wurden. Die Bibliothekare der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken und der Gewerkschaftsbibliotheken zeigten deutlich weniger Interesse. (Kaczmarek 1969, S. 309) Er weist darauf hin, dass die sich über Jahre hinziehende Diskussion über das zukünftige Bibliotheksgesetz auch weitere Kreise erreichte, denn die Tagespresse und die politischen Magazine verliehen dem Thema einen hohen Rang in der Kulturpolitik und berichteten regelmäßig darüber (Kaczmarek 1968, S. 169).

Mittlerweile änderte sich das politische Klima in Polen erneut. Das Regime unter Gomułka wurde härter und die „Tauwetterperiode“ währte nicht mehr. Die Bestrebungen um ein Bibliotheksgesetz gingen jedoch unabhängig von der politischen Entwicklung weiter und wurden durch eine Intensivierung des Meinungsaustauschs der Bibliothekare im Zeitraum 1966 bis 1968 beschleunigt. In der letzten Phase war die Jubiläumsversammlung aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Vereins Polnischer Bibliothekare im Februar 1968 entscheidend. Kaczmarek schätzte die positive Bewertung des Gesetzentwurfs auf der Jubiläumsversammlung des Berufsverbandes SBP als das zündende Element für seine baldige Einbringung in den Sejm ein (Kaczmarek 1969, S. 309).

3.3.3 Die Erarbeitung des Gesetzentwurfs

Mit der zunächst angestrebten Änderung des Dekrets beschäftigte sich die im April 1959 einberufene Sektion für Bibliotheken und das Lesewesen (*Sekcja Bibliotek i Czytelnictwa*) beim Rat für Kultur und Kunst unter dem Minister für Kultur und Kunst. Schon kurz nach der Übernahme dieser Aufgabe hieß es, dass das Dekret nicht beibehalten werden könne. (Zarzębski 1986, S. 292)

Die Sektion für Bibliotheken und das Lesewesen berief eine Gruppe zwecks Erarbeitung eines Gesetzentwurfs. Zu dieser Gruppe gehörten: Jan Baumgart, Aleksander Birkenmajer, Adam Bocheński, Antoni Dubiszewski, Bogdan Horodyski, Józef Korpała, Helena Kozerska, Czesław Koziół (Vorsitz), J. Pazyra, Ryszard Przelaskowski, Franciszek Sedlaczek,

Władysław Skoczylas, Helena Więckowska und Stanisława Wisłocka. Die Rechtsberatung erfolgte durch T. Gouta aus der Rechtsabteilung des Ministeriums für Kultur und Kunst. (Kozioł 1960, S. 99–100) Doch die Erarbeitung des Entwurfs lag primär in den Händen von Horodyski und Kozioł. Horodyski, der Direktor der Nationalbibliothek, folglich ein Repräsentant des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, und Präsident der Hauptverwaltung des Vereins Polnischer Bibliothekare (*Zarząd Główny SBP, ZG SBP*), leitete die Sektion für Bibliotheken und das Lesewesen. Kozioł, der Vizedirektor des Departments der Kulturräume und Bibliotheken (*Departament Domów Kultury, Świetlic i Bibliotek*), also ein Repräsentant des öffentlichen Bibliothekswesens, unterstützte die Arbeiten mit hohem Engagement und stimmte die Gesetzentwürfe mit verschiedenen zentralen Ämtern ab. (Zarzębski 1986, S. 292) Ihre fachliche Eignung wurde nie offen angezweifelt (Howorka 2010, S. 70).

Laut Kozioł legten die zuvor in der Hauptverwaltung des Vereins Polnischer Bibliothekare aufgestellten und diskutierten Thesen die Grundlage für die Vorarbeiten am neuen Bibliotheksgesetz. Die Thesen wurden von Franciszek Sedlaczek, Władysław Skoczylas und Kozioł selbst erarbeitet und basierten auf den vom Verein Polnischer Bibliothekare eingeholten Stellungnahmen von Bibliothekaren, die in unterschiedlichen Bibliothekstypen beschäftigt waren. (Kozioł 1960, S. 99)

Kozioł und Horodyski stellten das Dekret während der Erarbeitung des Gesetzentwurfs als veraltet und unbrauchbar dar. Kozioł wies auf überholte Vorschriften hin, die von nicht mehr existierenden Ressorts und Institutionen sprächen und die neuen Formen der Verwaltungs- und Wissenschaftsorganisation somit nicht abdecken könnten. Als Beispiele gab er u. a. das zwischenzeitlich geschaffene Ministerium für Hochschulwesen (*Ministerstwo Szkolnictwa Wyższego, Min. Szk. Wyz.*) und die Gründung der Polnischen Akademie der Wissenschaften an. Des Weiteren kritisierte er die mangelnde Berücksichtigung der Fach- und Gewerkschaftsbibliotheken, die inzwischen eine ernst zu nehmende Position im Bibliothekssektor einnehmen würden. Die Anwendung der Regelungen, die über die Zugehörigkeit von Bibliotheken zu der Sparte der wissenschaftlichen Bibliotheken bestimmen, schätzte er als zu schwierig ein. (Kozioł 1960, S. 99) Horodyski führte die Respektlosigkeit gegenüber dem noch geltenden Dekret als den wahren Grund für die Notwendigkeit eines neuen Bibliotheksgesetzes an. Dafür war seiner Meinung nach die mangelnde Elastizität der Bestimmungen

ursächlich, denn diese hätten die neu entwickelten Organisationsformen der Bibliotheken nicht fassen können. (Horodyski 1965, S. 1)

Es ist fraglich, inwieweit die Argumente für die Ersetzung des Dekrets überzeugend sind. Auffällig ist, dass nach der Verkündung des neuen Bibliotheksgesetzes entweder ganz pauschal mit den stark von der Realität abweichenden Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Bibliotheken und der damit zusammenhängenden entstandenen Überalterung des Dekrets argumentiert wurde (Wojewódzka Biblioteka Publiczna (Białystok) 1978, S. 7). Oder es wurden nicht ganz nachvollziehbare Ursachen für die Schaffung eines neuen Gesetzes genannt, wie die enorme Entwicklung im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich und der mit ihr einhergehende Wunsch nach wissenschaftlichen Informationen, vor allem in den Bereichen Technik und Wirtschaft. Auch andere Sachverhalte wurden kommuniziert: die territoriale Verwaltungsreform, der Anstieg der Literaturproduktion, die schwach entwickelte Zusammenarbeit der Bibliotheken, Veränderungen in den Funktionen von Bibliotheken, die Entwicklung der Bibliotheksnetze, das schnelle Anwachsen der Leserbedürfnisse, der Literaturbedarf, insbesondere der Bedarf an Fachzeitschriften, Lehrbüchern für Studierende und die Bedarfe der Wissenschaftler (Kałużny 1968, S. 258; Kołodziejska 1969b, S. 18; Pawlikowska 1976a, S. 13). Ob es sich hierbei lediglich um vorgeschobene Gründe handelte, darüber lässt sich nur spekulieren.

Im Laufe der Zeit entstanden mehrere Gesetzentwürfe (Zarzębski 1986, S. 292). Folgende Inhalte wurden kontrovers diskutiert³⁴:

- die Reaktivierung der Generaldirektion der Bibliotheken als eine zentrale steuernde und koordinierende Institution,
- die Rückführung der bibliothekarischen Angelegenheiten in das Bildungsministerium,
- die Ausdehnung der Funktion des Staatlichen Bibliotheksbeirats zu einer koordinierenden Abteilung, in der Bibliotheksexperten aus verschiedenen Ressorts vertreten sind,
- die Festlegung der Rolle und der Aufgaben der Nationalbibliothek in dem landesweiten Bibliotheksnetz,

³⁴ Die Meinungsunterschiede in Bezug auf den Inhalt des neuen Bibliotheksgesetzes fassten im Jahr 1963 E. Józefowicz und im Jahr 1965 Horodyski zusammen (Józefowicz 1963; Horodyski 1965).

- die Kürzung der Vorschriften für die öffentlichen Bibliotheken zugunsten von Fachbibliotheken; die geschickte Verknüpfung der bibliothekarischen Tätigkeiten der öffentlichen Bibliotheken mit den Schulbibliotheken,
- die Einführung einer Definition für den Begriff „wissenschaftliche Bibliothek“ in das Gesetz und einer Vorschrift, welche die Zugehörigkeit der Bibliotheken zu dieser Sparte regelt,
- die Definition des Begriffs „Spezialbibliothek“ und die Zugehörigkeit zu dieser Sparte,
- Definitionen weiterer Begriffe im Gesetz, z. B. auch die Definition des Begriffs „Bibliothek“ selbst,
- die rechtliche Legalisierung eines breiteren Zugangs zu Bibliotheksmaterialien, die sich im Privatbesitz von wissenschaftlichen Mitarbeitern oder Spezialisten befinden,
- die Regelung weiterer wichtiger bibliothekarischer Vorgänge, wie z. B. die Ablieferung der Pflichtexemplare. (Kozioł 1960, S. 100–109; Przelaskowski 1960, S. 322–326)

Nach Barbara Sordylowa war die endgültige Fassung des Entwurfs im Jahr 1966 erstellt. (Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego 1993, S. 163). Die lange Dauer vom Beginn der Erarbeitung des Entwurfs bis zu seinem Inkrafttreten galt als Geburtsfehler des Gesetzes. Bereits beim Inkrafttreten wurde das Bibliotheksgesetz in seinem Konzept als veraltet kritisiert (Sordylowa 1995, S. 40; Zarzębski 1982, S. 79). Die beiden Hauptverfasser des Bibliotheksgesetzes erlebten dessen Verkündung nicht. Horodyski starb Mitte 1965 und Kozioł kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes. (Zarzębski 1986, S. 292–293)

3.3.4 Die Behandlung des Gesetzentwurfs im Sejm

Der Gesetzentwurf wurde am 29. Februar 1968 in den Sejm eingebracht (Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja 29.02.1968). Kaczmarek berichtet, dass das Präsidium des Sejms die Sejmkommission für Kultur und Kunst mit der Vorbereitung einer Interkommissions-Stellungnahme beauftragte. Der zu diesem Zweck einberufene fünfköpfige Sonderausschuss setzte sich aus drei Abgeordneten der Kommission für Kultur und Kunst und zwei Abgeordneten der Kommission für Bildung und Wissenschaft zusammen.

Die Arbeiten gingen zügig voran. Der Sonderausschuss hörte sich die Vertreter der Polnischen Akademie der Wissenschaften, des Ministeriums für Kultur und Kunst und des Vereins Polnischer Bibliothekare an und führte Gespräche durch. Bemerkenswert ist, dass sich das Ministerium für Bildung an den Gesprächen nicht beteiligte, was Kaczmarek als absolute Akzeptanz des Gesetzentwurfs seitens des Ministeriums interpretiert. Die meisten Anmerkungen kamen von den Vertretern des Vereins Polnischer Bibliothekare. Nach erfolgtem Meinungsaustausch und anschließender Abstimmung nahmen die Abgeordneten unter Mitwirkung der Vertreter des MKiS wenige redaktionelle Änderungen an dem Entwurf vor (Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja 29.03.1968). Schnell herrschte Einigkeit, dass der vorliegende Entwurf die Bedürfnisse eines modernen polnischen Bibliothekswesens am besten befriedigte. (Kaczmarek 1969, S. 308)

Howorka zufolge griff die Regierung in die Inhalte des Gesetzentwurfs nicht ein. Denn die zeitgleich stattfindenden Märzunruhen lenkten die Regierungskreise vollends von den Bestrebungen der Bibliothekare ab. (Howorka 2010, S. 70) Die sich bis Mitte März 1968 ereignenden und mit Brutalität niedergeschlagenen Studentendemonstrationen zogen die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf sich. Auslöser der landesweiten Ausschreitungen war die im Januar durch die Regierung verfügte Absetzung der Neuinszenierung des Theaterstücks „Dziady“ [Die Totenfeier] von Adam Mickiewicz. Mit dem Drama verbindet das polnische Volk den Aufruf zum Widerstand gegen die Besatzungsmächte jener Zeit, vor allem gegen Russland. Der „Prager Frühling“, der als Fortsetzung des „Tauwetters“ betrachtet wird, ermutigte die Intelligenz und die Studenten in ihrem Vorgehen. Viele Intellektuelle brachen damals mit der kommunistischen Partei. (Preuße 2014, S. 63–64)

Am 9. April 1968 legte der Abgeordnete Kaczmarek mit der Ermächtigung der Sejmkommission für Kultur und Kunst den Entwurf in seiner Endfassung dem Sejm vor. Seiner Begründung ist zu entnehmen, dass die Ersetzung des Dekrets unausweichlich sei. Das Dekret sei stark veraltet. Als Gründe nannte er die enorme Entwicklung des Bibliothekswesens und die Entstehung neuer Bibliotheksnetze, die entgegen den Bestimmungen des Dekrets nur einem begrenzten Nutzerkreis zur Verfügung stehen. Der Entwurf wurde schnell durchgewinkt. Die Debatte war dürftig (Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja 09.04.1968). Für

Ablenkung sorgte laut Kaczmarek die Interpellation der Abgeordnetengruppe „Znak“³⁵ [Zeichen] (Kaczmarek 1969, S. 309). Die Znak-Abgeordneten protestierten gegen die berüchtigte antisemitische Kampagne der Regierung. Sie schloss sich an die Märzunruhen an. „Zionisten und Revisionisten“ wurden an den Protesten für schuldig befunden. Es kam zu einer Hatz auf Juden, in deren Folge ein großer Teil der jüdischen Intelligenz das Land verließ. (Preuße 2014, S. 65). Das Ausbleiben von Pressemitteilungen über die Verabschiedung des ersten Gesetzes über Bibliotheken, abgesehen von der Hauptstadtpresse, war ein weiteres Indiz dafür, wie wenig sich die Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt für das Vorhaben der Bibliothekare interessierte (Kaczmarek 1969, S. 309).

Die Verabschiedung des ersten Gesetzes über Bibliotheken erfolgte am 9. April 1968. Es trat zum 17. Juli 1968 in Kraft. Aufgrund des historischen Kontextes zum Zeitpunkt der Verabschiedung wurde es nach dem Wendejahr 1989 außerhalb des bibliothekarischen Umfelds kaum akzeptiert (Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego 1993, S. 163).

3.4 Die Vorgeschichte und die Entstehung des Gesetzes über Bibliotheken vom 27. Juni 1997

3.4.1 Die Vorgeschichte

3.4.1.1 Die Diskussionen um einen Novellierungsversuch des Bibliotheksgesetzes in den 1980er Jahren

Die Vorgeschichte des neuen Bibliotheksgesetzes erstreckt sich - von einigen Unterbrechungen abgesehen – von den frühen 1980er Jahren bis zum Wendejahr 1989. Auf die erste bedeutende Anregung zur Novellierung des Bibliotheksgesetzes von 1968, die jedoch weder durch den Gesetzgeber noch durch die Bibliothekare zeitnah aufgegriffen wurde, macht Ewa Pawlikowska aufmerksam. Sie schildert, wie die Umsetzung des geltenden Bibliotheksgesetzes in den 1970er Jahren analysiert und anschließend von der Sejmkommission für Kultur und

³⁵ Eine katholische Gruppe von fünf bis elf Abgeordneten im Sejm. Sie agierte von 1956 bis 1976. Die Abgeordneten setzten sich für die Liberalisierung der Kirchenpolitik ein und versuchten Freiräume für die Bürger zu erlangen. Voraussetzung für die Tätigkeit der Gruppe war, dass sie die Vereinigte Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR*) und die Zugehörigkeit Polens zum Sowjetblock akzeptierte. (Preuße 2014, S. 36)

Kunst bewertet wurde. In Folge sprach sich die Sejmkommission nachdrücklich für eine Novellierung des Bibliotheksgesetzes in Bezug auf die wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Information. Versäumnisse im Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken spielten hierbei eine Rolle. (Pawlikowska 1978, S. 400; Pawlikowska 1975a, S. 130).

Erst im Herbst 1980 und im Zuge der Aufbruchsstimmung des „politischen Sommers“ wurde auf Initiative des Vereins Polnischer Bibliothekare ein erster Versuch zur Änderung der bestehenden bibliotheksgesetzlichen Regelungen eingeleitet. Der SBP holte zunächst Stellungnahmen aus dem bibliothekarischen Umfeld zur Lage des Bibliothekswesens im Land ein. Ein Jahr später erbat er von seinen Vereinskreisen konkrete Vorschläge für eine Überarbeitung des geltenden Bibliotheksgesetzes. (Kubów 1982, S. 77) Die Desintegration des Bibliothekswesens (Kubów 1982, S. 77; Howorka 1982, S. 129) - potenziert durch wirtschaftliche Probleme – schritt voran. Am 31. August 1980 wurde die Zulassung der Gewerkschaft Solidarność erzwungen. Die Wirtschaftskrise war in vollem Gange. Die Streikwellen, der Mordanschlag auf den Papst und der Tod von Stefan Wyszyński, dem Primas von Polen, machten die politische Situation im Land instabil. Am 13. Dezember 1981 wurde das Kriegsrecht verhängt und die Tätigkeit der Gewerkschaft Solidarność verboten. Die Kriegsrechtbestimmungen wurden Mitte des Jahres 1982 gelockert, die Aufbruchsstimmung war ungebrochen. Laut Stefan Kubów gab es im Jahr 1982 eine günstige Gelegenheit, im Zuge dieser Aufbruchsstimmung eine neue gesetzliche Grundlage für Bibliotheken zu schaffen. Als Grund führt er die Ergebnisse aus der Materialsammlung des Vereins Polnischer Bibliothekare und die Bereitschaft der Sejmkommission für Kultur und des Ministeriums für Kultur und Kunst zur Modernisierung des geltenden Bibliotheksgesetzes an. Nach seinem Dafürhalten ging aus den Unterlagen des SBP eindeutig hervor, dass grundlegende Änderungen des Bibliotheksgesetzes notwendig waren. Er beruft sich hierbei insbesondere auf die Hinweise der Bibliothekare bezüglich der Neuregulierung des landesweiten Bibliotheksnetzes. Das Bibliotheksnetz sollte vereinheitlicht, mit dem Netz der wissenschaftlichen Informationseinrichtungen verbunden und entsprechend als ein System verwaltet werden. Hinzu kamen die geforderte Korrelation des Bibliotheksgesetzes mit anderen bibliotheksbezogenen Vorschriften, vor allem mit dem Hochschulgesetz, und der Ruf nach einem übergeordneten aufsichtführenden Organ für Bibliotheken. Eine Gesetzesnovelle konnte der SBP allerdings – so Kubów – nach dem Ausrufen des Kriegszustands im Dezember 1981 im Alleingang nicht mehr vorbereiten. Erst die Berufung einer Kommission durch das Ministerium für Kultur und Kunst zur Vorbereitung einer Novellierung des

Bibliotheksgesetzes von 1968 leitete dies in die Wege, worüber Kubów enthusiastisch und hoffnungsvoll informiert. (Kubów 1982)

Einige Mitglieder der berufenen Kommission teilten jedoch Kubóws Meinung nicht. Dies geht aus den Stellungnahmen von Zarzębski und Wołosz in der Kommissionssitzung vom 18. Mai 1982 hervor. Wołosz warnte vor einer schnellen grundlegenden Änderung des Bibliotheksgesetzes. Er war überzeugt, dass das Bibliotheksgesetz nicht veraltet sei. Seiner Ansicht nach hätten nicht die Bestimmungen des Bibliotheksgesetzes den Realisierungsprozess behindert, sondern der unzureichende Wille der entscheidenden Institutionen sowie der Mangel an den dafür benötigten Mitteln. Die vorgeschlagene Bündelung der Aufsicht und Verantwortung für die Bibliotheken in einem Staatsorgan war seiner Meinung nach mit den allgemeinen dezentralen Tendenzen im Land nicht vereinbar. Auch den damaligen Vorschlag der Zusammenführung der Bibliotheken mit den Informationseinrichtungen beurteilte er als wenig realistisch. Er empfahl für die Arbeiten am Bibliotheksgesetz vorausgehende gründliche Studien und genügend Zeit für sorgfältige Diskussionen. (Wołosz 1982) Ähnlicher Meinung im Hinblick auf die nötigen Vorarbeiten war Zarzębski. Er schätzte die Dauer der vorbereitenden Maßnahmen auf etwa fünf Jahre. Ansonsten vertrat Zarzębski eine abweichende Meinung. Er sah den Hauptgrund für den geringen Erfolg des geltenden Bibliotheksgesetzes in seinem veralteten Konzept. Er berichtete, dass einige bibliothekarische Kreise das Bibliotheksgesetz von Anfang an als schlecht beurteilt hätten, weil es den Anforderungen eines modernen Bibliothekswesens nicht entsprach. (Zarzębski 1982)

Der Artikel von Kubów und die direkt dahinter platzierten Stellungnahmen von Wołosz und Zarzębski im Heft vier der Zeitschrift „Bibliotekarz“ von 1982 blieben in der Fachwelt nicht ohne Wirkung. Vor allem die schnelle Erarbeitung eines neuen, auch das Informationswesen umfassenden Bibliotheksgesetzes, die Kubów propagierte, und seine Lösungsvorschläge führten zu einer erregten Diskussion³⁶. Obwohl das Ministerium für Kultur und Kunst zur Änderung des Bibliotheksgesetzes bereit war, konnte das Vorhaben wegen der unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten nicht vorangetrieben werden. Der Meinungsaustausch unter den Bibliothekaren wollte kein Ende nehmen. Howorka wertete die dem Vorstand des Vereins Polnischer Bibliothekare zugeschickten Materialien nochmals aus, fasste die Ergebnisse zu-

³⁶ Es folgten Artikel von M. Derentowicz, W. Kubów, M. Dembowska und Howorka (Derentowicz 1983; Kubów 1983; Dembowska 1983; Howorka 1984).

sammen und umriss sogar den Inhalt eines neuen Bibliotheksgesetzes. Ihm zufolge wurde das geltende Bibliotheksgesetz vor allem von Bibliothekaren der wissenschaftlichen Bibliotheken kritisiert. Die Regelung bzw. Neuregelung folgender Sachverhalte wurde in dem Zeitraum 1980 bis 1984 von vielen Bibliothekaren als notwendig erachtet:

- korrekte Bestimmung der Aufgaben und Funktionen einer modernen Bibliothek,
- Bestimmung der Aufgaben des integrierten Bibliotheks- und Informationssystems,
- Korrelation der Bestimmungen des Bibliotheksgesetzes mit den Rechtsvorschriften, die andere Institutionen der Kultur, Kunst und Bildung betreffen und somit auch für die Bibliotheken dieser Institutionen gelten,
- Bestimmung und Vereinheitlichung der Rechte und Pflichten von Beschäftigten in Bibliotheken und Informationseinrichtungen, vor allem eine einheitliche Festlegung der Gehälter, der Bedingungen für den Aufstieg und der Kriterien zur Besetzung von Leitungspositionen,
- Sicherstellung der Ausübung der Bibliothekspolitik und der Informationspolitik,
- Schaffung eines erfolgreichen Verwaltungssystems für Bibliotheken und Informationseinrichtungen auf nationaler Ebene,
- Zubilligung einer größeren Einflussnahme von Bibliothekaren und Nutzern auf bibliothekarische Angelegenheiten,
- Ausbau der Rolle der Nationalbibliothek im integrierten Bibliotheks- und Informationssystem,
- Anpassung des Bibliotheksrechts an die Änderungen in der Verwaltungsstruktur des Staates unter Beachtung der Wirtschaftsreform und den zu erwartenden Wandel in der Gesellschaft,
- Anpassung des Bibliotheks- und Informationswesens an die internationalen Normen und Programme der UNESCO, IFLA usw. (Howorka 1984)

Alle Anstrengungen im Zeitraum von 1980 bis 1984 verliefen im Sand. Den Plan, eine Änderung des geltenden Bibliotheksgesetzes herbeizuführen, griff im Jahr 1985 der Staatliche Bibliotheksbeirat auf. Der Staatliche Bibliotheksbeirat berief zu diesem Zweck eine Gruppe unter der Leitung von Barbara Sordylowa. Die Gruppe prüfte für die Vorgehensweise drei Varianten:

1. eine Novellierung, die sich auf die Änderung der neuen Situation im Land bezieht, u.a. die Reorganisation der staatlichen Verwaltung und die neue Verwaltungseinteilung im Jahr 1975,
2. fachliche Änderungen, die den aktuellen Stand des polnischen Bibliothekswesens zum Inhalt haben,
3. die Schaffung eines neuen Bibliotheksgesetzes, das die Informationseinrichtungen einbezieht.

Die Entscheidung fiel zugunsten der zweiten Variante. Die Gruppe arbeitete daran bis Ende 1985. Es gelang ihr nicht, die Arbeit abzuschließen. Danach gab der Staatliche Bibliotheksbeirat das Projekt auf. Die Sitzungen des Staatlichen Bibliotheksbeirats wurden in den nachfolgenden Jahren immer sporadischer, aufgelöst wurde er aber nicht. (Sordylowa 1995, S. 39–40)

Der nächste Vorstoß der bibliothekarischen Community für die Erarbeitung einer Gesetzesnovelle erfolgte in den Jahren 1987 bis 1988. Den Grund hierfür lieferte das Informationszentrum für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft. Seine begonnenen Arbeiten im Kontext des Gesetzes über die wissenschaftliche Information erzeugten nach Zajac heftigen Protest der bibliothekarischen Kreise. Zu einer rechtlich gefestigten organisatorischen Trennung des Netzes der Informationseinrichtungen sollte es keinesfalls kommen. Dass der Berufsverband für Bibliothekare und Dokumentare, also der SBP, bei den Versuchen, rechtliche Lösungen für ein integriertes Bibliotheks- und Informationssystem zu finden, übergangen wurde, sorgte ebenfalls für großen Unmut. Der Protest der Bibliothekswelt war erfolgreich und die Arbeiten wurden eingestellt. (Zajac 1993, S. 6) Eine erneute Diskussion über eine Änderung des bestehenden Bibliotheksgesetzes war die Folge. Es verfestigte sich die Meinung der Mehrzahl der Bibliothekare und einiger Dokumentare, dass eine rechtliche Grundlage für ein integriertes Bibliotheks- und Informationssystem notwendig sei (Zajac 1993, S. 6). Mangels übereinstimmender Ansichten und eines überzeugenden Konzepts für eine entsprechende Modernisierung des Bibliotheksgesetzes wurde ein Meinungsaustausch in der Zeitschrift „Przegląd biblioteczny“ unter dem Titel „Auf was für ein Gesetz warten wir“ initiiert³⁷. Aus den zahlrei-

³⁷ Hierzu publizierten Kołodziejska, Janusz Dunin, Żmigrodzki, Howorka (Kołodziejska 1987a; Dunin 1987; Żmigrodzki 1987; Howorka 1988).

chen aufschlussreichen Artikeln ging wiederholt hervor, dass ein Konsens unter den Beteiligten nicht zu erzielen war.

3.4.1.2 Hemmende Faktoren auf dem Weg zur Modernisierung des Bibliotheksgesetzes

Die Ansichten der bibliothekarischen Community und der damit einhergehende Verlauf der Diskussionen in den 1980er Jahren wurden von einigen Faktoren beeinflusst, welche sich hemmend auf die Überarbeitung des geltenden Bibliotheksgesetzes auswirkten. Am 26. April 1984 wurde das Gesetz über die Verbreitung der Kultur sowie über Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer der Verbreitung der Kultur (Dz. U. von 1984 Nr. 26, Pos. 129) verabschiedet. Damit wurden einige Probleme der Bibliotheksorganisation sowie Personal- und Vergütungsprobleme zu einem erheblichen Teil gelöst. Das Gesetz schaffte bessere materielle Grundlagen für Bibliotheken und präzisierte die Verpflichtungen der unmittelbar über Bibliotheken aufsichtführenden Organe.

Ein weiterer Faktor war das politische Engagement einiger polnischer Bibliothekare. An dem Projekt zur Änderung des Bibliotheksgesetzes waren auch Mitglieder des Parteiverbandes der Bibliothekare beim Zentralkomitee der Vereinigten Arbeiterpartei (*Zespół bibliotekarzy partyjnych przy KC PZPR*) (Zarzębski 1990, S. 27) und Vertreter des oft kritisierten Staatlichen Bibliotheksbeirats beteiligt (Czajka 1999, S. 7; Czajka 1995a, S. 10). Der Verein Polnischer Bibliothekare, der Hauptinitiator aller Aktivitäten, trat 1983 der Patriotischen Bewegung der Nationalen Wiedergeburt (*Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego, PRON*) bei (Mężyński 1992, S. 20). Er war dort lange Zeit Mitglied und konnte sich nach dem Sturz des kommunistischen Regimes davon nicht vollständig rehabilitieren. Dies führte zu einem Bruch in der Community und zu einer noch tieferen Desintegration des Bibliothekswesens (Mężyński 1991a, S. 10), die das Bibliotheksgesetz eigentlich beheben sollte. Von einem erfolgten „Massenexodus“ (Wojciechowski 1991, S. 4) der Mitglieder berichtet Jacek Wojciechowski.

Ende der 1980er Jahre wollten viele Bibliothekare die Arbeiten am Bibliotheksgesetz auf einen Zeitraum mit stabilerer politischer Lage und besserer wirtschaftlicher Situation aufschieben. Es wurde darin eine zwingend erforderliche Voraussetzung für die Entwicklung der Wissenschaft und Technik und damit auch der Bibliotheken gesehen (Zajac 1993, S. 7).

Zum Teil wurden die Arbeiten am Entwurf einer Novelle von den Bibliothekaren selbst gebremst. Howorkas Auswertung des gesamten Diskussionsverlaufs in den 1980er Jahren zeigt dies u. a. an zwei Beispielen: Zum einen wurde vor negativen Konsequenzen gewarnt, die eine tief greifende Änderung des Bibliotheksgesetzes nach sich ziehen könnte und die letztlich nur von einem Teil der Bibliothekare gewünscht wurde. Zum anderen wurde der Zeitraum für Änderungen im polnischen Bibliothekswesen als schlecht bezeichnet und der Mangel an entsprechenden finanziellen Mitteln hervorgehoben. (Howorka 1993, S. 185)

3.4.2 Die Entstehung des Gesetzes über Bibliotheken vom 27. Juni 1997

3.4.2.1 Die Ausgangssituation

Die im Jahr 1989 beginnende Transformation in Polen führte zu einer neuen Diskussion über die gesetzliche Regelung des polnischen Bibliothekswesens. Dazu trug insbesondere ein neues Gesetzespaket bei, das wesentliche Änderungen in der Funktionsweise der öffentlichen Bibliotheken, aber auch der Schulbibliotheken und pädagogischen Bibliotheken herbeiführte (Zajac 1993, S. 7–8). Die grundlegendste Änderung brachte das Gesetz über die territoriale Selbstverwaltung vom 8. März 1990 (Dz. U. von 1990 Nr. 16, Pos. 95). Die Verpflichtungen der territorialen Selbstverwaltungen wurden im Gesetz über die Aufteilung der in Sondergesetzen geregelten Aufgaben und Kompetenzen zwischen Organen der Gemeinden und der staatlichen Verwaltung sowie über die Änderung einiger Gesetze vom 17. Mai 1990 (Dz. U. von 1990 Nr. 34, Pos. 198) präzisiert. Im Jahr 1991 befanden sich die meisten öffentlichen Bibliotheken und im Jahr 1996 auch die Schulbibliotheken in der Hand der territorialen Selbstverwaltungen. Gemäß Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit vom 25. Oktober 1991 (Dz. U. von 1991 Nr. 114, Pos. 493) änderten sich auch die Kompetenzen des Ministers für Kultur und Kunst gegenüber Bibliotheken. Die Folgen waren vor allem für die öffentlichen Bibliotheken des Landes essenziell (Czajka 1993, S. 332–333; Howorka 1990b; Biliński 1992a). Es ging nicht nur um die Korrelation der rechtlichen Vorschriften, sondern ausdrücklich auch um die Sicherung der Existenz von Bibliotheken (Zajac 1993, S. 8).

Viele Bibliotheken fanden sich plötzlich in einer gänzlich neuen Situation wieder. Stanisław Czajka legt dar, dass von der Änderung der Zuständigkeit für die öffentlichen Bibliotheken im Jahr 1991 und für die Schulbibliotheken im Jahr 1996 fast 32.000 Bibliotheken von insgesamt

36.000 Bibliotheken in Polen betroffen waren. (Czajka 1999, S. 4–5) Die Auswirkungen waren besorgniserregend. Laut Czajka verringerte sich bereits im Jahr 1990 die Zahl der öffentlichen Bibliotheken um 56 Bibliotheken. Viele Teilbibliotheken gaben ihre Tätigkeit auf, 4747 Ausleihstellen wurden aufgelöst. Er berichtet weiter, dass die Zahl der gekauften Bücher eklatant sank, die Zeitschriftenabonnements sich dramatisch reduzierten und die Zahl der Nutzer zurückging. Er macht auf die Senkung der Personalkosten und den Personalabbau aufmerksam. (Czajka 1991, S. 6) Die nachfolgenden Jahre gestalteten sich für das Bibliothekswesen nach seinen Beobachtungen weiterhin schwierig. In den 1990er Jahren wurden in Summe etwa 9 % der öffentlichen Bibliotheken und 75 % der Ausleihstellen geschlossen (Czajka 1999, S. 6). Doch nicht nur die öffentlichen Bibliotheken waren von Sorgen geplagt. Wegen finanzieller und personeller Probleme fühlten sich auch wissenschaftliche Bibliotheken, Schulbibliotheken, pädagogische Bibliotheken und Betriebsbibliotheken gefährdet (Wojciechowski 1991, S. 2–3).

Die bibliothekarische Welt mit dem Präsidium der Hauptverwaltung des Vereins Polnischer Bibliothekare an der Spitze reagierte prompt und mit Nachdruck darauf. Mit den Ergebnissen aus Umfragen, Sitzungen und Treffen machten sie den Sejm, den Senat und das Ministerium für Kultur und Kunst auf die schwierige Situation des polnischen Bibliothekswesens aufmerksam (Szyszko 1991; Wasilewski 1991; Biliński 1992b).

3.4.2.2 Die Auseinandersetzungen um die Neugestaltung des Bibliotheksgesetzes und die gescheiterten Entwürfe der bibliothekarischen Fachwelt

Im Kontext der veränderten Situation des Bibliothekswesens wurde die Novellierung des Bibliotheksgesetzes berührt und die Polemik zum Thema Bibliotheks- und Informationspolitik entbrannte sofort aufs Neue (Zarzębski 1990; Mężyński 1991a; Mężyński 1991b; Howorka 1991).

Das Ministerium für Kultur und Kunst nahm sich der Probleme der Bibliotheken an. Wasilewski berichtet über die Erörterung der drei folgenden Szenarien im Ministerium für Kultur und Kunst bezüglich einer Änderung des Bibliotheksgesetzes:

1. Aufhebung des Bibliotheksgesetzes kraft des vorbereiteten Gesetzes über die kulturelle Tätigkeit,

2. schnelle Reform des Bibliotheksgesetzes,
 3. schnelle Erarbeitung einer Novelle des Bibliotheksgesetzes und Beginn der konzeptionellen Arbeiten an einem neuen Gesetz über das Bibliotheks- und Informationssystem.
- (Wasilewski 1991, S. 21)

Letztlich fiel die Entscheidung für das dritte Szenario. Mit der Umsetzung beschäftigten sich zwei Arbeitsgruppen: eine durch den Unterstaatssekretär im Ministerium für Kultur und Kunst Stefan Starczewski einberufene Expertengruppe für Bibliotheken und das Lesewesen und eine von der Hauptverwaltung des SBP ernannte Arbeitsgruppe. (Zajac 1993, S. 7) (Mężyński 1995, S. 27) Zu dieser unangenehmen Konstellation kam es zum einen, weil der SBP damals keinem engen Kontakt zum Ministerium für Kultur und Kunst pflegte. Zum anderen war der SBP in Sorge, dass aufgrund der auf öffentliche Bibliotheken begrenzten Zuständigkeit des Ministeriums für Kultur und Kunst die Belange der wissenschaftlichen Bibliotheken nicht angemessen berücksichtigt werden könnten. (Mężyński 1995, S. 28)

Zu der Expertengruppe des MKiS gehörten: Janusz Ankudowicz, Barbara Bienkowska, Henryk Dubowik, Jadwiga Kołodziejska, Ewa Kubicka, Roman Ławryniewicz, Jerzy Maj, Ryszard Marciniak, Andrzej Mężyński (Vorsitz), Władysław Michnał, Krzysztof Migoń, Danuta Ostaszewska, Zdzisława Piotrowska und Janusz Siek (Mężyński 1995, S. 27). Die Mitglieder der Gruppe waren in erster Linie Theoretiker. Für die Erarbeitung eines Entwurfs wurde eine Untergruppe gebildet. Geleitet wurde sie von Jerzy Maj, dem Leiter der Einrichtung für Bibliothekswissenschaft des Instituts für Buchwesen und Leseverhalten an der Nationalbibliothek. Das Vorhaben konnte abgeschlossen werden. Die Endfassung des Entwurfs geht auf Kołodziejska, Ankudowicz und Maj zurück. Doch Mężyński berichtet über anwachsende Uneinigkeiten zwischen den Mitgliedern der Expertengruppe und dem Ministerium. Aus seiner Sicht erzeugten der weitreichende Überblick über die Probleme des polnischen Bibliothekswesens und die Offenlegung der vielen rechtlich neu zu regelnden Sachverhalte Unmut im Ministerium. Zudem führte die Idee der Berufung eines Organs außerhalb der Ministerien, das für die Gestaltung und Realisierung einer einheitlichen Politik des integrierten Bibliotheks- und Informationssystems zuständig sein sollte, zu Spannungen zwischen der Expertengruppe und dem Ministerium. Aufgrund der zunehmenden Disharmonie wurden die Arbeiten nicht fortgeführt. Abberufen wurde die Expertengruppe nicht. (Mężyński 1995, S. 27–33)

Die Arbeitsgruppe des SBP bestand aus Praktikern (Zajac 1993, S. 7). Federführend in dieser Gruppe war Howorka (Wołosz 1993), Bibliotheksdirektor der Hauptbibliothek der Medizinischen Akademie in Posen und Rechtsberater des SBP. Die Arbeitsgruppe legte Mitte 1990 den Entwurf einer Gesetzesnovelle vor (Wasilewski 1991, S. 22). Der Entwurf entstand in Zusammenarbeit mit dem Präsidium der Hauptverwaltung des SBP und nach Rücksprache mit der Sektion für öffentliche Bibliotheken des SBP. Die Arbeitsgruppe kooperierte auch mit Spezialisten aus der Nationalbibliothek. Der Entwurf wurde dem Ministerium für Kultur und Kunst, einigen Abgeordneten und den SBP-Kreisen übergeben. Veröffentlicht wurde er in der Zeitschrift „Bibliotekarz“. (Jaka ustawa 1990) Die im Jahr 1990 erarbeiteten Entwürfe der beiden Arbeitsgruppen wurden der Sejmkommission für Kultur vorgestellt (Zajac 1993, S. 7).

Die vorgeschlagenen Änderungen betrafen überwiegend die Netze der öffentlichen Bibliotheken. Diese hatten zum Inhalt:

- die Umgestaltung der bisherigen einheitlichen staatlichen Bibliotheksstruktur in kommunale Bibliotheken, allerdings mit der Beibehaltung der staatlichen Verantwortung für die Entwicklung der Bibliotheken,
- die Festschreibung der Pflichten zur Gründung, zum Unterhalt und zur Finanzierung von Kommunalbibliotheken als Aufgabe der territorialen Selbstverwaltungen, wobei die Woiwodschaften bei der Erfüllung der Aufgaben die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung aus dem Zentralbudget erhalten sollten,
- die Betonung der Funktion der woiwodschaftlichen und städtischen Bibliotheken als Stützpfiler für die Betreuung der Bibliotheken von Kommunen, Betrieben und Gesundheits- und Wohlfahrtsorganisationen.

Die sonstigen Änderungsvorschläge zielten auf die Aufhebung der Verwaltungsaufsicht des Ministers für Kultur und Kunst über das landesweite Bibliotheksnetz zugunsten einer koordinierenden Tätigkeit zwischen den Ministerien, die Entbürokratisierung der gesellschaftlichen Beratungsorgane und die Streichung nicht mehr existierender Strukturen aus dem Gesetz, wie z. B. Bezirksbibliotheken sowie Präsidien der Nationalräte. Im Text untergebracht wurden die Regelungen zur Gewährleistung der Ablieferung von Pflichtexemplaren an die berechtigten Bibliotheken. Wieder eingeführt wurde die Bestimmung, dass der Ministerrat im Rahmen einer Verordnung die Gehälter und die Qualifikation der Bibliotheksmitarbeiter, die dem staat-

lichen Bibliotheksnetz angehören, regelt. (Jaka ustawa 1990; Zajac 1993, S. 7; Burakowski 1990)

Zajac berichtet, dass keiner der Novellenentwürfe auf die Tagesordnung des Sejms gelangte. Als Grund hierfür hebt er die damalige Überlastung des Sejms infolge der vielen Gesetzgebungsinitiativen in jener Legislaturperiode hervor. Wegen der abermals folgenden gravierenden Änderungen im polnischen Rechtssystem und der wachsenden Inkohärenz des Bibliotheksrechts wurde eine Modernisierung des Bibliotheksgesetzes für dringend notwendig erachtet. Eine schnelle Schaffung eines neuen Bibliotheksgesetzes erschien nach der Darstellung von Zajac zwingend. Diese Herausforderung nahm wieder der Verein Polnischer Bibliothekare an. (Zajac 1993, S. 7–8) Er bildete zu dem Zweck Mitte 1991 eine Spezialgruppe unter der Leitung von Gwizdz (Wołosz 1993). Zu den Mitgliedern der Gruppe zählten Praktiker, Beschäftigte der bibliothekarischen Ausbildungsstätten, Beschäftigte, die mit dem Bibliotheks- und Informationssektor verbunden waren, und ein Vertreter des Ministeriums für Kultur und Kunst (Zajac 1993, S. 8). Laut Wołosz gelang es dieser Gruppe, die zu regelnden Sachverhalte zu benennen sowie vertiefende Expertisen zum Thema einzuholen. Die Erarbeitung des Entwurfs eines neuen Bibliotheksgesetzes wurde Howorka und Maj anvertraut. Basierend auf ihren Erfahrungen entstand rasch ein Gesetzentwurf, der Wołosz zufolge die Belange des polnischen Bibliothekswesens angemessen berücksichtigte. (Wołosz 1993) Die dritte Fassung des Entwurfs von Howorka und Maj wurde in der Zeitschrift „Bibliotekarz“ veröffentlicht (Ustawa z dnia ... o bibliotekach 1993). Wołosz bewertet ihren Entwurf äußerst positiv. Aus seiner Sicht war der Entwurf kein Konglomerat der Novellierungsentwürfe aus den vergangenen Jahren, sondern eine Synthese aus neuen Überlegungen und Konzepten der beiden Autoren, welche die Anmerkungen und Vorschläge der bibliothekarischen Community berücksichtigten. (Wołosz 1993)

Die wesentlichen Neuerungen des Entwurfs stellte Maj in der Zeitschrift „Bibliotekarz“ vor. Das zukünftige Bibliotheksgesetz sollte:

1. die obligatorische Geltung der Rechtsvorschriften auf staatliche und kommunale Bibliotheken begrenzen (einen fakultativen Charakter sollten die Bestimmungen für die anderen Bibliotheken haben, deren Tätigkeit in anderen Rechtsvorschriften geregelt war, so z. B. Schulbibliotheken, pädagogische Bibliotheken und Hochschulbibliotheken.),

2. dem Organisator der Bibliotheken die Entscheidung über Organisations- und Funktionsregelungen der Bibliotheken überlassen, die besonderen Bedingungen unterliegen oder nicht mit der Teilnahme am integrierten Bibliotheks- und Informationssystem verknüpft sind,
3. das integrierte Bibliotheks- und Informationssystem als ein auf gegenseitigen Nutzen ausgelegtes System verankern, das jedoch nur in dem erforderlichen Grad zu formalisieren wäre,
4. das Bibliotheks- und Informationssystem eng mit der Wissenschaft und Bildung verknüpfen, und zwar durch ein an diese Bereiche angeschlossenes und die Tätigkeit des Systems koordinierendes Organ. Dieser Rat des Systems sollte dem Komitee für Wissenschaftliche Forschung (*Komitet Badań Naukowych, KBN*) zugehören,
5. den Rat des Systems mit der Nationalbibliothek verknüpfen, in dem ihr Direktor zum Vorsitzenden des Rates wird,
6. die Bibliothekstätigkeit durch entsprechende finanzielle Mittel sichern, wie z. B. die Gründung eines Fonds für bibliothekarische Initiativen,
7. die Berufssparte „Bibliothekar“ unter den in den Bibliotheken Beschäftigten abtrennen mit gleichzeitiger Benennung der erforderlichen Anforderungen. (Maj 1993)

Doch das Ministerium für Kultur und Kunst sah diesem Vorhaben nicht untätig zu. Parallel zum Entwurf des Vereins Polnischer Bibliothekare fertigte es einen eigenen Entwurf an. Beide Entwürfe wurden zum Gegenstand eines von der Redaktion der Zeitschrift „Przegląd biblioteczny“ im Februar 1993 durchgeführten Diskussionsforums. Sordylowa, die Leiterin der Diskussion, stellte zusammenfassend fest, dass keiner der beiden Entwürfe als zufriedenstellend bewertet wurde. Die Quintessenz der Diskussion war die Aufforderung an die Autoren, die jeweils guten Inhalte zu extrahieren und zu einem gemeinsamen Entwurf zusammenzufügen. Der Entwurf des Ministeriums für Kultur und Kunst wurde für den Pragmatismus und die juristische Professionalität gelobt. Kritisiert wurde er wegen seiner Lückenhaftigkeit, vor allem weil er die Beschäftigten in Bibliotheken ausließ und damit die Berufsproblematik umging. Am Entwurf des Vereins Polnischer Bibliothekare gefiel der Versuch der Zusammenführung des Bibliotheks- und Informationsbereichs zu einem integrierten System, das durch den neu konzipierten Rat koordiniert werden sollte. Bemängelt wurde die Nichtberücksichtigung einiger Bibliothekstypen, insbesondere der Schulbibliotheken. Offen blieben zudem die Regelung zu Pflichtexemplaren und die Frage nach der Ausdehnung des Geltungsbereichs des

künftigen Bibliotheksgesetzes auf die wissenschaftliche Information und die Informationseinrichtungen. (Sordylowa 1995)

Die Folge waren zwei im Mai 1993 durchgeführte Beratungen im Ministerium für Kultur und Kunst. Zu den Teilnehmern gehörten Mitarbeiter des Ministeriums und Bibliothekare. Gegenstand der Beratungen waren die im Ministerium entstandenen Zweifel an dem Entwurf von Howorka und Maj. Die Zweifel manifestierten sich in der Begrenzung der Rechte des Ministeriums für Kultur und Kunst, den Richtlinien der Organisation und der Funktionsweise des integrierten Bibliotheks- und Informationssystems, seiner Verknüpfung mit dem Komitee für Wissenschaftliche Forschungen und der Verbindung des Rates des Systems mit der Nationalbibliothek. (Doniesienia: Narada w MKiS nad projektem Ustawy o bibliotekach 1993, S. 31) Weitere Beratungen, zu denen der Verein Polnischer Bibliothekare und das Ministerium für Kultur und Kunst im Juni 1993 und März 1994 einluden, zogen jeweils eine weitere modifizierte Version (Version 4 und 5) des Entwurfs von Howorka und Maj nach sich. An deren Erarbeitung war eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Czajka, dem stellvertretenden Direktor der Nationalbibliothek, beteiligt. Howorka und Maj gehörten der Arbeitsgruppe an. (Czajka 1994) Beide Versionen berücksichtigten einige der Vorschläge der Bibliothekare, die nach der Veröffentlichung der dritten Version eingingen. Sie beachteten aber auch den ablehnenden Standpunkt des Komitees für Wissenschaftliche Forschung im Hinblick auf die Übernahme der leitenden Rolle des integrierten Bibliotheks- und Informationssystems und der Positionierung des Rates des Systems in der Struktur des Komitees. Die letzte Version berücksichtigte zusätzlich den Entwurf des MKiS und entstand unter aktiver Beteiligung von dessen Repräsentanten. Die Funktion des Rats des Systems wurde modifiziert, denn das Komitee für Wissenschaftliche Forschung positionierte sich zwischenzeitlich ablehnend zu dem Vorschlag der Bibliothekare. Weggelassen wurden in der fünften Version die Bestimmungen zu Pflichtexemplaren, weil dieser Sachverhalt in einem separaten Gesetz geregelt werden sollte. (Howorka, Maj 1994) Die Endfassung der fünften Version wurde in der Zeitschrift „Bibliotekarz“ veröffentlicht (Ustawa o bibliotekach z dnia ... 199... r. Projekt, wersja V.5 z 29 VI 1994 r. 1994). Doch auch diese Fassung traf weder im Kreis der Bibliothekare (Sordylowa 1995, S. 43) noch im Ministerium für Kultur und Kunst auf eine breite Zustimmung.

Die Differenzen zwischen den mit der Erarbeitung des Entwurfs beauftragten Bibliothekaren und dem Ministerium für Kultur und Kunst stiegen immer weiter an. Eine Einigung über die

entscheidenden Sachverhalte, welche die zukünftige Bibliothekspolitik bestimmten sollten, konnte kaum noch erzielt werden. Howorka und Maj waren enttäuscht über die mangelnde Akzeptanz ihres Konzeptes im Ministerium. In dem Entwurf des Ministeriums sahen sie lediglich eine Novelle des Bibliotheksgesetzes von 1968. Die Arbeiten am Entwurf bereiteten ihnen zunehmend Verdruss, sie setzten ihre Arbeit nicht mehr fort. (Mężyński 1995, S. 34) Der fünften Version folgte Mitte September 1994 ein Entwurf aus der Feder des Ministeriums für Kultur und Kunst, der nicht veröffentlicht, sondern auf dem Dienstweg übermittelt wurde. Howorka und Maj distanzieren sich von diesem Entwurf (Howorka, Maj 1994, S. 7).

Der Unterstaatssekretär im Ministerium für Kultur und Kunst Zdzisław Podkański berief infolge dieser Entwicklungen noch im September 1994 eine andere Gruppe. Sie setzte sich aus Repräsentanten des Ministeriums und der bibliothekarischen Community zusammen. Zu den Mitgliedern der Gruppe zählten: Kazimierz Brożek, Czajka, Dariusz Sobkowicz, Krzysztof Zamorski und Adam Manikowski, Direktor der Nationalbibliothek, der diese Gruppe leitete. Die sogenannte „*Gruppe der Fünf*“ (Mężyński 1995, S. 35) schätzte den entstandenen Interessenskonflikt als lediglich „*scheinbar*“ (Manikowski 1995) ein. Sie erarbeitete sehr schnell eine modifizierte Version des Gesetzentwurfs. (Manikowski 1995) Diese Version wurde ebenfalls in der Zeitschrift „*Bibliotekarz*“ veröffentlicht. Das integrierte Bibliotheks- und Informationssystem wurde darin verworfen. Reaktiviert wurde das landesweite Bibliotheksnetz mit dem Ziel, eine einheitliche Bibliotheks- und Informationstätigkeit zu führen. Das Netz sollte der Minister für Kultur und Kunst in Absprache mit den zuständigen Ministern bestimmen. Ebenfalls reaktiviert wurde die Institution des Landesbibliotheksbeirats, der durch den Präsidenten des Ministerrats berufen und über einen Fonds für Bibliotheken ausgestattet werden sollte. Begrenzt wurden die Verpflichtungen der Nationalbibliothek. Ansonsten wurden einige weitere Bestimmungen des geltenden Bibliotheksgesetzes einfach übernommen. (Ustawa z dnia ... 1995 o bibliotekach. Projekt zmodyfikowany z dn. 07 XI 1994 r. 1995)

Die Begeisterung des Ministeriums für Kultur und Kunst hielt sich in Grenzen, die bibliothekarische Community war entsetzt (Czajka 1995a; Mężyński 1995, S. 35–36; Sordylowa 1995, S. 43–44).

In Folge hat das Ministerium eine weitere Version in Eigenregie verfasst und als Beilage in der Zeitschrift „*Bibliotekarz*“ veröffentlicht. In dieser beruft der Minister für Kultur und Kunst den Landesbibliotheksbeirat als Beratungsorgan ohne finanzielle Mittel. Die Position

des Ministers für Kultur und Kunst wurde nur umrissen. Er sollte die Bibliothekspolitik koordinieren, ohne dass er mit entsprechend weitgehenden Kompetenzen ausgestattet wurde. Berücksichtigt wurden vor allem öffentliche Bibliotheken. Die Berufsproblematik wurde umgangen. Die Bestimmungen zur Regelung der Pflichtexemplare behielt man bei, ohne jedoch Sanktionen für die Nichtablieferung festzuschreiben. Einbezogen wurde die Thematik des sogenannten nationalen Bibliotheksbestandes. (Ustawa o bibliotekach. Projekt Ministerstwa Kultury i Sztuki 1995). Obwohl die Bibliothekswelt enttäuscht war und Kritik übte (Mężyński 1995, S. 37; Czajka 1995b), signalisierte der Verein Polnischer Bibliothekare Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit am Gesetzentwurf (Czajka 1996, S. 22). Das Ministerium nahm diese Bereitschaft nicht an und ergriff die Gesetzgebungsinitiative. Eine modifizierte Fassung des vorgestellten Gesetzentwurfs wurde als Regierungsentwurf dem Präsidenten des Ministerrates übergeben (Czajka 1996, S. 19).

3.4.2.3 Die Behandlung des Gesetzentwurfs im Sejm

Am 16. August 1995 gelangte der Gesetzentwurf in den Sejm³⁸ (Mężyński 1996, S. 19). Die erste Lesung fand am 15. Dezember 1995 statt. Der Begründung des Unterstaatssekretärs Podkański war zu entnehmen, dass das Bibliotheksgesetz von 1968 sowohl rechtlich als auch fachlich veraltet sei und deshalb durch ein neues Gesetz zu ersetzen wäre. Er unterstrich das Bestreben des Ministeriums, in dem vorgelegten Entwurf einige Anregungen der Bibliothekare zu berücksichtigen. Der Entwurf bezog Schulbibliotheken und pädagogische Bibliotheken mit ein. Ihre Organisation und Tätigkeit sollten aber separate Bestimmungen des Ministers für nationale Bildung (*Minister Edukacji Narodowej*) regeln. Die Ziele und Aufgaben der Fach- und Betriebsbibliotheken wurden ebenfalls in dem Regierungsentwurf verankert. Die Rechte und Pflichten der Organisatoren von Bibliotheken wurden genauso formuliert, wie sie in dem Gesetz für die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit bereits enthalten waren. Zudem wurde ein Abschnitt über die Pragmatik des Berufes eingefügt. Eine detaillierte Lösung der Problematik der Pflichtexemplare wurde mit einem bald in Kraft tretenden Entwurf einer Anordnung des Ministers für Kultur und Kunst zugesichert. In der lebhaften Debatte wurde die Bedeutung von Bibliotheken herausgestellt. Die Abgeordneten schenken dem Entwurf große Aufmerksamkeit. Neben positiven Meinungen gab es auch Kritik. Die Abge-

³⁸ Über den Verlauf der Debatten berichteten ausführlich Lucjan Biliński und Mężyński (Biliński 1996b; Mężyński 1996; Biliński 1997).

ordneten nahmen die Kritikpunkte auf, welche die bibliothekarische Community im Zusammenhang mit der Organisation des integrierten Bibliotheks- und Informationssystems bereits genannt hatte. Zielscheibe der Kritik war folglich der Landesbibliotheksbeirat. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, dass es dem Gesetzentwurf an Modernität mangelte. Einige Abgeordnete unterstützten die Forderung der Bibliothekare nach Bildung eines staatlichen Fonds für Bibliotheken. Die unzureichende Verpflichtung der Gemeinden zur Unterhaltung von Bibliotheken und das Fehlen eines Schutzes vor Zusammenlegung und Schließung von Bibliotheken wurden ebenfalls kritisiert. Trotz der Kritik wurde der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Kultur und Medien, den Ausschuss für Gesetzgebung und den Ausschuss für Wissenschaft, Bildung und Technischen Fortschritt weitergeleitet. (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej 15.12.1995, S. 251-272)

Die drei Ausschüsse setzten einen achtköpfigen Unterausschuss unter dem Vorsitz des Abgeordneten Wiesław Gołębiewki ein. Der Unterausschuss nahm die Arbeit am 21. März 1996 auf. (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II 23.04.1997, S. 12)

Die Bibliothekare sprachen sich gegen die Verabschiedung des Regierungsentwurfs aus und versuchten, immer noch Einfluss auf die Gestaltung des Gesetzentwurfs zu nehmen. Die Direktoren der Woiwodschaftsbibliotheken stellten dem Sejm im Anschluss an ihre jährliche Konferenz im April 1996 ein Memorandum zu. Auf der Konferenz hatten sie bereits explizit auf die missliche Desintegration des Bibliothekswesens sowie die daraus resultierende Notwendigkeit der Schaffung eines übergeordneten, koordinierenden und mit finanziellen Mittel ausgestatteten Organs für Bibliotheken verwiesen. (Doniesienia: Memoriał do Sejmu w sprawie Rządowej Agencji ds. Bibliotek 1996) Howorka empfahl wieder die Bildung eines integrierten Bibliotheks- und Informationssystems und die Berufung eines das integrierte System koordinierenden Organs. (Howorka 1997a) Der Widerstand der Bibliothekare blieb erfolglos.

Der Unterausschuss gliederte die Bestimmungen über die Pflichtexemplare aus, was zur Folge hatte, dass ein eigenständiger Gesetzentwurf über Pflichtexemplare erarbeitet wurde. Diese Unternehmung verzögerte die Arbeiten am Bibliotheksgesetzprojekt. Am 4. Februar 1997 erstattete der Unterausschuss Bericht über seine Tätigkeit an die drei Ausschüsse. Trotz der vorgenommenen Änderung billigten die Ausschüsse den Entwurf des Bibliotheksgesetzes nicht und leiteten ihn zurück an den Unterausschuss. Dieser nahm die Arbeit wieder auf. In der letzten Phase seiner Tätigkeit nahm er einige inhaltliche und redaktionelle Änderungen

am Entwurf vor. Der geänderte Gesetzentwurf wurde am 4. März 1997 den drei Ausschüssen wieder vorgelegt und erhielt deren Akzeptanz. (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II 23.04.1997, S. 12)

Die zweite Lesung fand am 23. April 1997 statt. Einige Abgeordnete brachten wieder das Thema des Landesbibliotheksbeirats zur Sprache, seine Positionierung, das Berufungsverfahren und die Bereitstellung von Finanzmitteln. Ferner wurde festgestellt, dass die Möglichkeiten zur Zusammenlegung und Schließung von Bibliotheken eingeschränkt werden sollten, wobei einige Abgeordnete insbesondere über die Option der Zusammenlegung von öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken besorgt waren. Trotz der Einwände und Meinungsverschiedenheiten herrschte jedoch Einigkeit über das Erfordernis, das Bibliotheksgesetz von 1968 schnell durch ein neues Gesetz ersetzen zu müssen. Es überwog die Meinung, dass der Entwurf des Ministeriums zwar vielleicht nicht ideal sei, aber immerhin gut genug, um schnell in die dritte Lesung zu gelangen. Elf Änderungen wurden eingebracht. (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II 23.04.1997, S. 12–34)

Am folgenden Tag fand eine gemeinsame Sitzung der drei Ausschüsse statt. In der Sitzung fiel die Entscheidung, einen Änderungsvorschlag zu übernehmen. Er betraf die Berufung des Landesbibliotheksbeirats. Die Mitglieder des Landesbibliotheksrats sollten durch den Präsidenten des Ministerrates berufen und abberufen werden und nicht, wie im Entwurf vorgesehen, durch den Minister für Kultur und Kunst. Am 25. April 1997 kam es zu der dritten Lesung. Der Sejm wies den Änderungsantrag zurück. Er verabschiedete den Gesetzentwurf mit der Mehrheit der Stimmen. (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II 25.04.1997, S. 242–246)

Das Gesetzgebungsverfahren endete am 27. Juni 1997. Am 28. Juli 1997 wurde das Gesetz im „Dziennik ustaw Rzeczypospolitej Polskiej“ [Gesetzblatt der Republik Polen] veröffentlicht und trat zum 28. August 1997 in Kraft. Das Gesetz über Bibliotheken von 1968 wurde nach über 29-jähriger Geltungsdauer durch das Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 ersetzt.

3.5 Fazit

Der Weg bis zur Schaffung eines Bibliotheksgesetzes war lang und steinig: Ein über 20 Jahre dauernder Kampf und zahlreiche Entwürfe waren nötig, bis 1946 ein Bibliotheksgesetz in Kraft treten konnte. Zu den wichtigsten Inspirationsquellen für die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes gehörten die bibliotheksrechtlichen Regelungen der Nationalen Erziehungskommission. Die Leitlinien der Tätigkeit dieser Kommission hatten tiefe Spuren hinterlassen. Nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates knüpften die Bibliothekare an das Erbe der Nationalen Erziehungskommission an. Die polnischen Bibliothekare waren aber auch offen für die Einflüsse aus den Bibliotheksgesetzen anderer Länder. Besondere Aufmerksamkeit erlangte bei der Erarbeitung der ersten Bibliotheksgesetzesentwürfe die amerikanische und englische sowie die tschechoslowakische Bibliotheksgesetzgebung.

Das große Engagement des Verbands der Polnischen Bibliothekare bei der Schaffung der Bibliotheksgesetze spielte von Anfang an eine wesentliche Rolle. Der Berufsverband war stets der Hauptinitiator. Die Verfasser der Entwürfe zählten zu seinen Mitgliedern. Die Bibliotheksgesetze wurden auf den Kongressen und in der Fachliteratur thematisiert. Beachtung fanden sie auch in der Tagespresse. Der Schaffung der Gesetze gingen immer zahlreiche Entwürfe voraus. Die bibliothekarische Community wurde einbezogen. Sie wurde aufgefordert, sich in die Diskussion um den Inhalt der Gesetze einzubringen. Die Umfragen zum Stand des Bibliothekswesens und die Veröffentlichung der Entwürfe in den bibliothekarischen Fachzeitschriften mit der Bitte um Rückmeldungen führten zur Partizipation der Bibliothekare am Text der Entwürfe. Die Detailliertheit der Gesetze, die unterschiedlichen Erwartungen und die divergierenden Meinungen im Hinblick auf die Inhalte führten jedoch bei der Erarbeitung der Entwürfe der Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997 zu Uneinigkeiten in der Community. Die Differenzen behinderten den Erarbeitungsprozess.

Die Initiativen des Berufsverbandes, welche die Entstehung der nationalen Bibliotheksgesetze beflügelten, nahmen in großen politischen Umbruchphasen ihren Anfang. Die Ausgangssituation für das erste Bibliotheksgesetz von 1946 scheint infolge der enormen Zerstörung im polnischen Bibliothekswesen und der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Situation im Land besonders günstig gewesen zu sein. Zum Zeitpunkt der Entstehung des Dekrets waren jedoch der polnische Staat und seine Gesellschaft wenig definiert. Insofern kann den Schöpfern des Gesetzes die mangelnde Flexibilität der Bestimmungen kaum vorgeworfen

werden. Die künftigen Änderungen an den Organisationsstrukturen des Staates waren wenig vorhersehbar. Die Arbeiten am Text des Bibliotheksgesetzes von 1968 hatten ihren Ursprung im politisch-gesellschaftlichen Umbruch von 1956. Durch die nahezu zehnjährige Entstehungsphase wurde es erst 1968 verabschiedet; aufgrund der wechselvollen politischen Geschichte Polens in einem Zeitraum, in dem das Regime unter Gomułka härter wurde und deshalb mit dem Stempel des Kommunismus versehen. Das Bibliotheksgesetz von 1997 entstand im Zuge des 1989 beginnenden Transformationsprozesses und damit zu einem Zeitpunkt, in dem die administrativen Strukturveränderungen noch nicht vollständig vollzogen waren und das bibliothekarische Umfeld instabil war. Es scheint, als ob die Neufassung der Bibliotheksgesetze erst durch die mangelnde Akzeptanz der vorhergehenden Gesetze infolge der sich wandelnden ideologischen Prinzipien unausweichlich wurde.

Der polnische kommunistische Staatsapparat zeigte schon im Jahr 1944 ein vitales Interesse an der Bibliotheksgesetzgebung. Die Machtstellung der interessierten Ministerien, vor allem aber die Gesetzgebungskompetenz des Ministeriums für Kultur und Kunst über das Bibliothekswesen war entscheidend für die Verabschiedung der Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997. Das Ministerium für Kultur und Kunst verfolgte die Aktivitäten der Bibliothekare intensiv und nahm Einfluss sowohl auf den Diskussionsverlauf als auch auf den Inhalt der Entwürfe, und zwar von Anbeginn des Erarbeitungsprozesses. Die Entwürfe mussten immer wieder abgestimmt werden. Erstaunlich ist, dass selbst nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus das autoritäre Handeln des Ministeriums kein Ende nahm. Es darf angenommen werden, dass das Bestreben der Bibliothekare, die für Bibliotheken zuständigen Ministerien in ihren Kompetenzen einzuschränken, nicht nur zu Disharmonien zwischen der Community und dem Ministerium für Kultur und Kunst führte, sondern letztlich auch zum Scheitern der Entwürfe der Bibliothekare.

Im Sejm wurden die Entwürfe recht zügig durchgewinkt. Die Verabschiedung der Gesetze wurde, soweit ersichtlich, nie absichtlich hinausgezögert. Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass die bibliothekarische Welt von den Fürsprechern unter den Abgeordneten und den Politikern stark profitierte.

4. Die Charakteristika der Bibliotheksgesetze³⁹

Im Folgenden werden der Aufbau und die wesentlichen Regelungen des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen und der Gesetze über Bibliotheken von 1968 und 1997 detailliert vorgestellt. Dies ist erforderlich, da es eine amtliche Übersetzung der Bibliotheksgesetze ins Deutsche nicht gibt.

Die Leitprinzipien der Bibliotheksgesetze werden um Anmerkungen angereichert, die ihre Intention erläutern. Die Prinzipien des Dekrets werden überwiegend um die Erläuterungen von Grycz ergänzt. Dies ist für das Verständnis der Grundideen, die in den beiden folgenden Bibliotheksgesetzen fortwirken, hilfreich. Im Fazit werden die wichtigsten Regelungen der Bibliotheksgesetze verglichen. Der Vergleich ist nützlich, weil sich dadurch die graduellen Unterschiede zwischen den Bibliotheksgesetzen deutlicher erkennen lassen. Besonders wichtig ist die vergleichende Gegenüberstellung der markanten Bestimmungen der Gesetze über Bibliotheken von 1968 und 1997, damit nicht vorschnell der Eindruck entsteht, dass die Ausprägung ihrer Leitprinzipien identisch sei.

4.1 Das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946

4.1.1 Der Aufbau

Das Dekret umfasste 18 Artikel, aufgeteilt in folgende fünf Abschnitte:

1. Allgemeine Bestimmungen (Artikel 1 – 5),
2. Netz der öffentlichen Bibliotheken (Artikel 6 – 13),
3. Bibliotheken außerhalb des Netzes der öffentlichen Bibliotheken (Artikel 14),

³⁹ Grundlage für die Erstellung dieses Kapitels sind die originalsprachigen Gesetzestexte. Teilweise wurden auch die Übersetzungen des Gesetzes von 1968 (Kołodziejska 1969a, S. 234–243) und des Gesetzes von 1997 (Biliński 2006, S. 300–309) genutzt. Da es sich dabei um keine amtlichen Übersetzungen handelt, und nicht nur bibliothekarische Fachbegriffe, sondern auch allgemeine Begriffe teilweise unterschiedlich übersetzt worden sind, werden sie dieser Studie als Anhang nicht beigelegt. Genutzt wurden auch die in zahlreichen polnischen Publikationen vorhandenen Beschreibungen und Kommentierungen der wichtigen Bestimmungen der Bibliotheksgesetze, und zwar u. a. in: (Biliński 2014; Ciechorski 2012; Howorka 2010, S. 67–88; Kaczmarek 1968; Kałużny 1968; Kozioł 1968; Pietruch-Reizes 2013, S. 38–47; Zarzębski 1991a–2000, S. 33–52).

4. Vorläufige Bestimmungen (Artikel 15),
5. Schlussbestimmungen (Artikel 16 – 18).

4.1.2 Die wesentlichen Regelungen

4.1.2.1 Die Bedeutung und Funktion der Bibliotheken und ihrer Bestände

Das Dekret erklärte sowohl inländische als auch ausländische Bibliotheken und ihre Bestände, die sich im Eigentum oder im Besitz polnischer Bürger oder polnischer Institutionen befinden, als „*nationales Kulturgut, das dem Allgemeinwohl dienen soll*“ (Art. 1 Abs. 1). Damit erhielten Bibliotheken und Bibliotheksbestände einen hohen Wert und eine hohe Bedeutung (Grycz 1946a, S. 49). Grycz zufolge war die Bestimmung der nahezu vollständigen Zerstörung der polnischen Bibliotheken und dem Mangel an Büchern für die breite Öffentlichkeit und für die Wissenschaft geschuldet. Sie war von fundamentaler Bedeutung, denn die vorhandenen Bibliotheksbestände sollten auf diese Weise geschützt und der Zugang zu ihnen gesichert werden⁴⁰ (Grycz 1945, S. 4). Der Begriff „Bibliotheksbestände“ wurde im Art. 1 Abs. 2 definiert. Hierzu zählten: „*alle Arten von Drucksachen (Bücher, Zeitschriften, Flugblätter usw.), Manuskripte, Karten, Noten und Illustrationen als Lesematerial (genutztes Material) oder von historischem Wert (museales Material).*“ Im weiteren Verlauf unterschied Art. 1 zwischen Bibliotheken und *wypożyczalnie dochodowe*⁴¹ (Abs. 2) und unterteilte die Bibliotheken in: „*1. öffentliche (publiczne), d. h. durch den Staat oder andere öffentlich-rechtliche Verbände unterhaltene Bibliotheken, 2. gesellschaftliche (społeczne) Bibliotheken, welche im Eigentum von gesellschaftlichen Verbänden oder Institutionen stehen, 3. private (prywatne) Bibliotheken, welche im Eigentum von gesellschaftlichen Verbänden oder Privatpersonen stehen und einen gesellschaftlichen Zugriff auf ihre Bestände bieten, 4. häusliche (domowe), die nicht für den öffentlichen Zugriff auf ihre Bestände ausgerichtete Bibliotheken, welche ausschließlich*

⁴⁰ Grycz erläutert, dass die Sicherstellung von Bibliotheken und ihren Beständen im Vordergrund stand. Es ging insbesondere um die Rettung der bedrohten und die Sicherung der zurückgelassenen Bibliotheksbestände. Die Aktion umfasste: die Sammlungen der Gutsbibliotheken im Zusammenhang mit der durchgeführten Landwirtschaftsreform, die von den Deutschen verstreuten polnischen Buchbestände und die Bestände der vormals deutschen Bibliotheken in den „wiedergewonnenen Gebieten“. Insgesamt wurden so ca. 1.300.000 polnische Bücher und über 5.000.000 deutsche Bücher sichergestellt. (Grycz 1961b, S. 73–74) Ein Überbleibsel dieser Aktivitäten ist die Sammelstelle der sichergestellten Bibliotheksbestände in Warschau (Zarzębski 1991a-2000, S. 33). Die dem Dekret vorausgegangenen Handlungen der Regierung zur Sicherung und Rettung von Bibliotheksbeständen wurden durch diese Regelung des Dekrets rechtlich sanktioniert.

⁴¹ Wörtlich: „auf finanziellen Gewinn ausgerichtete Ausleihe“ (entspricht am ehesten einer Mietbücherei).

dem persönlichen Gebrauch ihrer Eigentümer dienen“ (Abs. 3). Lediglich häusliche Bibliotheken fielen nicht in den Geltungsbereich des Dekrets mit Ausnahmen der in Art. 2 Abs. 2 Genannten. Der Geltungsbereich war einer der wesentlichen inhaltlichen Unterschiede zwischen dem Dekret und den Gesetzesentwürfen aus der Vorkriegszeit. Denn diese Gesetzesentwürfe hatten sich in ihren Regelungen auf die allgemeinen (*powszechnie*) Bibliotheken in der Trägerschaft von Selbstverwaltungsverbänden (*związki samorządowe*) beschränkt (Grycz 1945, S. 4).

4.1.2.2 Das Ziel des Netzkonzpts und die zentralen Organe des Bibliothekswesens

Das Dekret führte ein landesweites Netz öffentlicher Bibliotheken (*ogólnokrajowa sieć bibliotek publicznych*) ein, die „durch den Staat oder durch andere öffentlich-rechtliche Verbände unterhalten werden“ mit dem Ziel „der Durchführung einer einheitlichen Kultur mithilfe des Buches und der Bibliothek sowie dem Ermöglichen der Nutzung aller Bibliotheksbestände des Staates für jeden Staatsbürger“ (Art. 2 Abs. 1). Damit die Einheitlichkeit der Aktion erreicht werden konnte, wurde die Leitung dem Bildungsminister anvertraut (Grycz 1946a, S. 49). Aus diesem Grund erhielt er auch die Befugnis, Bibliotheken außerhalb des Netzes in das landesweite Netz öffentlicher Bibliotheken einzubinden (Grycz 1945, S. 4). Nach Art. 2 Abs. 2 konnte der Bildungsminister gesellschaftliche und private Bibliotheken mit dem Einverständnis der Eigentümer in das Netz aufnehmen. Ohne Einverständnis der Eigentümer konnte der Bildungsminister anordnen, dass gesellschaftliche oder private wissenschaftliche Bibliotheken ganz oder teilweise in das Netz aufgenommen wurden. Er konnte in Ausnahmefällen private und häusliche Bibliotheken auf Antrag des Staatlichen Bibliotheksbeirats (*Państwowa Rada Biblioteczna*) hin übernehmen und sie bei Bildungs- und Forschungseinrichtungen in Form eines Depots hinterlegen, soweit Bildung und Lehre dies erforderten. Im Namen der Wissenschaft sollte Grycz zufolge auf diese Weise dem Forschenden stets der Zugang zum Wissen ermöglicht werden, wobei die Abgabe in Form eines Depots die absolute Ausnahme bilden sollte. Die Gefahr des Missbrauchs sah er nicht. (Grycz 1946a, S. 49–50) Keine Anwendung fand diese Vorschrift, wenn die Bibliothek dem Eigentümer als Arbeitsplatz diene. Die in das Netz eingebundenen Bibliotheken sollten „dem öffentlichen Wohl und Nutzen durch Sammeln, Sichern, Bearbeiten und zur Verfügungstellen ihrer Bestände“ unmittelbar oder durch Austausch von Büchern zwischen den einzelnen Bibliotheken dienen, und

zwar auf der Grundlage und im Rahmen der Vorschriften, welche in dieser Hinsicht von dem Bildungsminister erlassen werden sollten (Art. 2 Abs. 3).

Das Dekret stattete den Bildungsminister mit weiteren Rechten aus. Er war mit der Aufsicht und Betreuung jeglicher Bibliotheken und Bibliotheksbestände betraut und demzufolge hatte er die Pflicht, das Netz der öffentlichen Bibliotheken festzulegen, „*allgemeine Richtlinien zur Organisation und Funktionsweise dieser Bibliotheken und ihrer Zusammenarbeit*“ herauszugeben und die „*Qualifikationen*“ für das Amt des Bibliothekars in einer „*öffentlichen Bibliothek*“ oder einer *wypożyczalnia dochodowa* zu bestimmen (Art. 3). Zusätzlich sollte der Bildungsminister Bibliotheken staatlicher und selbstverwaltender Behörden und Institute, die nicht zum Bibliotheksnetz gehörten, im Bereich der Bibliothekstechnik und der fachlichen Bedienung der Bibliotheken betreuen (Art. 14 Abs. 3). Der Bildungsminister konnte den nicht vom Bibliotheksnetz umfassten Bibliotheken Beihilfen oder Subventionen aufgrund ihres wissenschaftlichen oder Massencharakters zur Verfügung stellen. Er konnte diese Bibliotheken verpflichten, die Funktionen öffentlicher Bibliotheken zu erfüllen (Art. 14 Abs. 2).

Das Netzkonzept sah Grycz insbesondere als nützlich für eine effiziente Koordinierung der allgemeinen Bedarfe und Möglichkeiten im Bereich des Lesewesens an. Eine zielgerichtete Verwendung der hierfür eingesetzten finanziellen Mittel und der vorhandenen Bibliotheksbestände standen aber ebenfalls im Vordergrund. (Grycz 1946a, S. 49)

Als Beratungsorgane sollten der Staatliche Bibliotheksbeirat unter dem Bildungsminister und woiwodschaftliche⁴², auf Kreis- und Gemeindeebene wirkende (ländliche und städtische) Bibliothekskomitees unter lokalen Nationalräten (*Rady Narodowe*)⁴³ (woiwodschaftlichen,

⁴² Die Bibliotheken einer Woiwodschaft werden in der Studie als Woiwodschaftsbibliotheken wiedergegeben. Da *województwo* mit einem Regierungsbezirk vergleichbar ist, werden die Woiwodschaftsbibliotheken manchmal als Bezirksbibliotheken oder Kreisbibliotheken übersetzt (Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich 2011, S. 42). Um der Verwechslungsgefahr mit Kreisbibliothek (*biblioteka powiatowa*) aus dem Weg zu gehen, bevorzugt die Autorin die wörtliche Übersetzung.

⁴³ Die immer größer werdende Bedeutung der im Statut des Landesnationalrates vom 31. Dezember 1943/1. Januar 1944 vorgesehenen territorialen Nationalräte wirkte sich auch auf die Bibliotheken in Polen aus. Der Zuständigkeitsbereich der Nationalräte beschränkte sich zunächst gemäß Gesetz über die Organisation und den Tätigkeitsbereich der Nationalräte vom 11. September 1944 (Dz. U. von 1944 Nr. 5, Pos. 22) auf Selbstverwaltungsaufgaben. Kraft des Gesetzes über die territorialen Organe der einheitlichen Staatsgewalt vom 20. März 1950 (Dz. U. von 1950 Nr. 14, Pos. 130) gingen die Aufgaben der bisherigen Verwaltungsbehörden von Woiwoden (mit einem Regierungspräsidenten vergleichbar), Starosten (mit einem Landrat vergleichbar) und Gemeindevorstehern auf die bestehenden Nationalräte der einzelnen Verwaltungsebenen über. Die Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs der Nationalräte in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgte durch das Gesetz über die Nationalräte vom 25. Januar 1958 (Dz. U. von 1958 Nr. 5,

auf Kreis- und Gemeindeebene wirkenden oder städtischen) berufen werden (Art. 4 Abs. 1). Die weiteren Bestimmungen des Artikels 4 betrafen das Berufungsverfahren, die Organisation und den Aufgabenbereich dieser Beratungsorgane. Der Staatliche Bibliotheksbeirat sollte vom Präsidium des Landesnationalrates ernannt werden, und zwar auf Vorschlag des Bildungsministers im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Ministerrates aus dem Kreis aller Personen, die durch die folgenden Institutionen und Organisationen vorgeschlagen werden sollten: „1. wissenschaftliche Vereine, 2. Bildungsvereinigungen, 3. Bibliotheken verschiedener Typen, 4. Forschungsinstitute, 5. Gewerkschaften von Lehrern, 6. Vereine der Bibliothekare, 7. woiwodschaftliche Bibliothekskomitees, 8. Verlage und Buchhandlungen, 9. Gewerkschaften der Literaten und Schriftsteller, 10. zentrale Gewerkschaften der Industrie, Landwirtschaft und Arbeiterschaft“ (Abs. 2). Mit einer Beratungsfunktion sollten an dem Staatlichen Bibliotheksbeirat Vertreter des Bildungsministeriums, des Ministeriums für Kultur und Kunst sowie des Ministeriums für Information und Propaganda teilnehmen (Abs. 2). Zu seinen Aufgabenbereichen sollten gehören: „1. das Untersuchen des Bedarfs an bibliothekarischer Tätigkeit und Leserschaft im ganzen Staat und das Stellen von Anträgen in dieser Sache an den Bildungsminister, 2. das Bewerten von Gesetzesvorhaben und anderen allgemeinen Normativanordnungen im Bibliotheks- und Lesewesen im Auftrag des Bildungsministers, 3. das Einbringen von Gesetzesvorschlägen in Bibliotheksangelegenheiten, 4. das Lösen von Problemen aus Einsprüchen gegen Entscheidungen der woiwodschaftlichen Bibliothekskomitees“ (Abs. 3).

Die woiwodschaftlichen, auf Kreis- und Gemeindeebene wirkenden Bibliothekskomitees sollten von den entsprechenden lokalen Nationalräten auf Vorschlag der zuständigen Schulorgane aus dem Kreis der Personen derselben Institutionen wie der Staatliche Bibliotheksbeirat, allerdings der entsprechenden Ebene, also die in der Woiwodschaft, den Kreisen und den Gemeinden tätigen Institutionen, ernannt werden. Zu den grundlegenden Aufgaben der Bibliothekskomitees sollte das Überwachen der Tätigkeit und der Entwicklung der allgemeinen Bibliotheken und der Schulbibliotheken (*biblioteki szkolne*) und des Lesewesens, die Koordination der Tätigkeit dieser Bibliotheken sowie die Beurteilung des benötigten Bibliotheksbudgets gehören (Abs. 4 bis 7).

Pos. 16). Mit der Liquidierung der Selbstverwaltungsorgane änderte sich der Status der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken und zwar von kommunalen (*samorządowe*) zu staatlichen (*państwowe*). Damit änderte sich auch der Organisator der öffentlichen Bibliotheken im Bibliotheksgesetz von 1968.

Auf diese Weise sollte eine einheitliche Bibliothekspolitik im Land etabliert werden. Grycz war überzeugt, dass eine einheitliche Bibliothekspolitik nur dann gelingen kann, wenn sie gemeinsam durch den Staat, die Selbstverwaltungsverbände und die Gesellschaft gestaltet wird. (Grycz 1946a, S. 50)

Gründen und leiten konnte eine Bibliothek jede volljährige natürliche Person, der die Bürgerrechte nicht entzogen worden waren, sowie auch eine juristische Person, sofern die Bedingungen aus Abs. 1 des Artikels 5 erfüllt wurden (Art. 5 Abs. 3). Gemäß Art. 5 Abs. 1 sollte die Bibliothek registriert sein und einen Bücherbestand aufbauen, welcher den Zielen der Bibliothek entsprach und dem Bedarf und den Interessen der Leser der Umgebung angepasst war. Sie sollte ein auf die Arbeit mit Buch und Leser vorbereitetes Personal haben und einen jährlichen Bericht über die Tätigkeit der Bibliothek ablegen.

4.1.2.3 Die Netzstruktur der öffentlichen Bibliotheken und ihre Aufgaben

Zu dem landesweiten Netz der öffentlichen Bibliotheken sollten das Netz der Schulbibliotheken, das Netz der allgemeinen Bibliotheken und das Netz der wissenschaftlichen (*naukowe*) Bibliotheken gehören (Art. 6). Laut Grycz wurde damit ein neues Konzept des Bibliotheksnetzes begründet, denn die Bibliotheksgesetzesentwürfe aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg sahen maximal ein dreistufiges Netz vor, bestehend aus Gemeindebibliotheken, Kreisbibliotheken und Woiwodschaftsbibliotheken (Grycz 1945, S. 4). Das Dekret bestimmte die Aufgaben dieser Bibliothekstypen. Wenig Aufmerksamkeit schenkte das Dekret den Schulbibliotheken. Ihre Aufgabe wurde darauf beschränkt, den Schülern und Lehrern die Lektüre für den Schulunterricht und die Schulerziehung zur Verfügung zu stellen (Art. 7). Grycz wollte, dass die Schulbibliotheken einem neuen Bestandskonzept folgen. Sie sollten sich lediglich auf die Beschaffung von Lehrbüchern konzentrieren. Für das allgemeine und freizeitbezogene Leseangebot sollten die öffentlichen allgemeinen Bibliotheken zuständig sein. Für Kinder und Jugendliche sollten in diesen Bibliotheken Kinder- und Jugendabteilungen eingerichtet werden. Diese sollten auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe ausgerichtet sein. Ausgebildete Lehrerbibliothekare in den Schulbibliotheken und eine standardisierte Zusammenarbeit zwischen Schulbibliotheken und allgemeinen öffentlichen Bibliotheken sollten die Grundlage für die neue Aufgabenverteilung bilden (Grycz 1945, S. 5). Nach Art. 15 Abs. 1 (vorläufige Bestimmungen) würden allerdings die Schulbibliotheken bis zum Zeitpunkt der vollständigen Orga-

nisation des Netzes öffentlicher Bibliotheken auf Anordnung des Bildungsministers die Funktionen öffentlicher Bibliotheken übernehmen, vor allem durch die Bereitstellung ihrer Buchbestände für alle Bürger des betreffenden Gebiets. Zwecks Erfüllung dieser Funktion sollten die Schulbibliotheken angemessene Beihilfen aus öffentlichen Mitteln erhalten (Art. 15 Abs. 3).

Ein breites Aufgabenspektrum hatten die öffentlichen allgemeinen Bibliotheken mit einer herausragenden Stellung innerhalb des Netzes (Grycz 1945, S. 5). Denn sie *„dienen dem Lesewesen im weitesten Sinne, der Erziehung der Gesellschaft, der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie der kulturellen Unterhaltung aller Bürger des Staates oder des betreffenden Gebiets“* (Art. 8). Grycz stellt heraus, dass das Dekret wegen dieser bedeutenden Aufgabe der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken breite Unterstützung erhielt (Grycz 1961b, S. 73). Dem Netz der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken widmete sich Art. 9. Das Netz der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken sollte die Gemeindebibliotheken (*biblioteki gminne*) (städtische und ländliche), die Kreisbibliotheken (*biblioteki powiatowe*) und die Woiwodschaftsbibliotheken (*biblioteki wojewódzkie*) umfassen (Abs. 1). Die öffentlichen Gemeindebibliotheken sollten Dienstleistungen für ihre Leser erbringen und eine gleiche und erleichterte Nutzung ihrer Bestände gewährleisten. Aus diesem Grund sollten sie je nach Bedarf entsprechend organisierte Einheiten auf dem Gebiet einzelner Siedlungen und Stadtteile schaffen. Die öffentlichen Gemeindebibliotheken waren zur Zusammenarbeit mit allen anderen Bibliotheken und Institutionen auf dem Gebiet der betreffenden Gemeinde verpflichtet, die der Verbreitung von Kultur dienen. Die öffentlichen Bibliotheken eines Kreises oder einer Woiwodschaft sollten die Funktion einer Bibliothekszentrale des jeweiligen Gebiets (des Kreises oder der Woiwodschaft) erfüllen. Sie waren verpflichtet, den Bibliotheken eines niedrigeren organisatorischen Grades in Organisation und Leitung behilflich zu sein und sie durch Bereitstellung beweglicher Büchersammlungen in ihrer Tätigkeit zu ergänzen. Die öffentlichen Bibliotheken woiwodschaftlicher Städte sollten zudem als regionale Bibliotheken fungieren, indem sie die vollständige Literatur und andere Dokumente aus dem betreffenden Gebiet sammelten. Nach Art. 9 Abs. 5 konnten Stadtbibliotheken auf der Grundlage eines Beschlusses des woiwodschaftlichen Nationalrats und mit dem Einverständnis des Bildungsministers die Aufgaben der Bibliotheken eines Kreises oder einer Woiwodschaft übernehmen. Auf diese Weise konnten solche Bibliotheken den anderwärtigen Verpflichtungen örtlicher Bibliotheken nach-

kommen. Grycz erläutert, dass die öffentlichen allgemeinen Bibliotheken infolge der nahezu vollständigen Zerstörung einer besonders guten Organisation bedurften (Grycz 1945, S. 5).

Die öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken (Art. 12) sollten hingegen vor allem Forschungszwecken, dem Erlangen und Erweitern von Wissen und der Allgemein- und Berufsbildung höheren Grades dienen. Sie sollten auch Wissensvermittler für die Regierung, die staatlichen selbstverwaltenden Organe sowie Institute jeglicher Art und wirtschaftliche und industrielle Betriebe sein. Neben den traditionellen Aufgaben konnten sie gleichzeitig als spezielle Einrichtungen auch mit Büchern verbundene Forschungen oder bibliografische Arbeiten durchführen (Abs. 1). Um den gesamten Staat möglichst gleichmäßig mit Literatur aller Fachgebiete zu versorgen, wurden die öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken zur Spezialisierung beim Bestandsaufbau und zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Festlegung der Spezialisierung und die gezielte Zusammenarbeit sollten auf der Grundlage gemeinsamer Verständigung erfolgen (Abs. 2). Da die öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken nicht annähernd so großen Schaden erlitten hatten wie die öffentlichen allgemeinen Bibliotheken, sollten sie gleich nach erfolgter Bestandsrevision den Sammelschwerpunkt bestimmen (Grycz 1945, S. 5). Die bibliothekarischen Materialien öffentlicher wissenschaftlicher Bibliotheken von musealem Wert konnten von anderen Bibliotheken übernommen werden, wenn kein ausreichender Schutz gewährleistet war. Eine solche Übernahme konnte auch im Zusammenhang mit der Aufgabenbestimmung einiger Bibliotheken und ihrer Spezialisierung erfolgen (Abs. 3).

4.1.2.4 Die Finanzierung der Bibliotheken

Das Dekret bestimmte die Finanzierungsgrundlagen der öffentlichen Bibliotheken mit Ausnahme von Schulbibliotheken. Die Finanzierung von Schulbibliotheken sollte das Dekret nicht regeln. Denn diesen Sachverhalt sollten die Dekrete über Organisation der Schulen bestimmen (Grycz 1946a, S. 51). Die Pflicht zur Gründung und Aufrechterhaltung der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken hatten die zuständigen Selbstverwaltungsverbände (Art. 10 Abs. 1), allerdings mit einer dauerhaften finanziellen Beteiligung des Staates. Gemäß Art. 11 sollten die jährlichen Leistungen des Staates für kommunale Bibliotheken⁴⁴ mindestens 25%

⁴⁴ Bibliotheken, die in der Trägerschaft der selbstverwaltenden Verbände stehen.

der gesamten Ausgaben aller selbstverwaltenden Verbände zur Gründung und Aufrechterhaltung ihrer Bibliotheken ausmachen. Basis für diese Berechnung waren die im vorhergehenden Budgetjahr getätigten Ausgaben. Dabei wurden nach Art. 15 Abs. 4 die Ausgaben für die Gründung neuer kommunaler Bibliotheken sowie ihrer Fortführung von der Staatskasse in Form von speziellen Zuschüssen für die Verbände übernommen, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Selbstverwaltungsverbände ihre eigenen Einkommensquellen besitzen sollten. Den Termin, zu dem die Selbstverwaltungsverbände dazu verpflichtet wurden, die Kosten der Gründung und Aufrechterhaltung ihrer öffentlichen Bibliotheken mit Beteiligung der Staatskasse im Rahmen des Art. 11 des Dekrets selbst zu tragen, sollte der Ministerrat festlegen. Das Dekret verpflichtete demnach zum Teil den Staat und zum Teil die Selbstverwaltungsverbände zur Finanzierung von Bibliotheken. Die Pflicht zur Gründung und Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Bibliotheken sollte dem Staat obliegen (Art. 13). Die exakte Höhe der finanziellen Zuwendungen konnte aber im Dekret aufgrund der Kriegsfolgen nicht festgelegt werden (Grycz 1946b, S. 7). Diese Lücke war demnach eine gewollte Nichtregulierung. Die kommunalen Bibliotheken standen unter dem Schutz des Staates. Sie durften ihre Tätigkeit nur mit dem Einverständnis des Bildungsministers im Einvernehmen mit dem Minister für öffentliche Verwaltung (*Minister Administracji Publicznej*) aussetzen oder einstellen (Art. 10 Abs. 2).

4.1.2.5 Bibliotheken außerhalb des Netzes

Das Dekret bestimmte, welche Bibliotheken dem Netz der öffentlichen Bibliotheken nicht angehörten. Dieser Frage war Art. 14 gewidmet. Zu den Bibliotheken außerhalb des Netzes zählten: „*Bibliotheken von Privatschulen, Forschungsinstituten, öffentlichen Einrichtungen und Behörden, Krankenhäusern, Gefängnissen, Gesellschaften, Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen, Fabriken und Betrieben usw.*“ (Abs. 1), welche im Rahmen eigener Satzungen oder im Rahmen von Satzungen der Institutionen, welche sie begründet hatten, tätig waren. Der Bildungsminister war berechtigt, diesen Bibliotheken Beihilfen oder Subventionen aufgrund ihres wissenschaftlichen oder Massencharakters zu erteilen (Abs. 2). Ihm oblagen auch die Betreuung der Bibliotheken staatlicher und selbstverwaltender Behörden, Betriebe und Institute bei Fragen zur Bibliothekstechnik und zur fachlichen Bedienung dieser Bibliotheken (Abs. 3).

4.1.2.6 Schlussbestimmungen

Die Schlussbestimmungen des Dekrets regelten Sanktionen, welche beim Verstoß gegen die Registrierungspflicht, beim Erteilen unwahrer Angaben oder beim Verschweigen von Angaben auferlegt werden konnten (Art. 16 Abs. 1). Sie vertrauten die Ausführung des Dekrets dem Bildungsminister an, im Einvernehmen mit dem Minister für Kultur und Kunst, dem Minister für Information und Propaganda, dem Minister für öffentliche Verwaltung und dem Finanzminister (Art. 17). Gemäß seinem letzten Artikel trat das Dekret mit dem Tag der Verkündung in Kraft (Art. 18).

4.2 Das Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968

4.2.1 Der Aufbau

Das Bibliotheksgesetz enthielt 41 Artikel, die folgenden zehn Abschnitten zugeordnet waren:

1. Allgemeiner Teil (Artikel 1 – 4),
2. Bestimmungen zur Organisation (Artikel 5 – 11),
3. Landesweites Bibliotheksnetz (Artikel 12 – 16),
4. Wissenschaftliche Bibliotheken (Artikel 17 – 20),
5. Fachbibliotheken (Artikel 21),
6. Schulbibliotheken und pädagogische Bibliotheken (Artikel 22),
7. Öffentliche Bibliotheken (Artikel 23 – 28),
8. Bibliothekspersonal (Artikel 29 – 31),
9. Besondere Bestimmungen (Artikel 32 – 36),
10. Schlussbestimmungen (Artikel 37 – 41).

4.2.2 Die wesentlichen Regelungen

4.2.2.1 Der Geltungsbereich des Gesetzes und die Aufgabenstellung der Bibliotheken

Das Gesetz galt für Bibliotheken staatlicher Organisationen und staatlicher Institutionen, für Bibliotheken der Polnischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Einrichtungen und für andere Bibliotheken, die gemäß dem Gesetz an das landesweite Bibliotheksnetz angeschlos-

sen werden sollten (Art. 1 Abs. 1). Inwieweit das Gesetz auch für Gewerkschaftsbibliotheken galt, bestimmte der Zentralrat der Gewerkschaftsverbände im Einvernehmen mit dem Minister für Kultur und Kunst (Art. 1 Abs. 2). Für die anderen Bibliotheken sowie für Sammlungen von Bibliotheksmaterialien galt das Gesetz im Rahmen der darin festgelegten Bestimmungen (Art. 1 Abs. 3).

Die Regelungen des allgemeinen Teils bestimmten, dass Bibliotheken Volkseigentum sein sollten und der Wissenschaft, Kultur, Volkswirtschaft sowie der sozialistischen Erziehung der Gesellschaft⁴⁵ zu dienen hätten (Art. 1 Abs. 1). Der Artikel spiegelt die damalige gesellschaftspolitische Situation in Polen wider. Sie hatte den Charakter, die Bedeutung und die Funktion der Bibliotheken verändert (Biliński 2014). Die Regelungen des allgemeinen Teils garantierten das Recht der Bürger auf Bibliotheksnutzung (Art. 1 Abs. 2) und legten die Verpflichtung des Staates fest, die Entwicklung der Bibliotheken und die breite Zugänglichkeit der Bibliotheksbestände zu garantieren (Art. 1 Abs. 3). Die einführenden Bestimmungen sahen vor, dass Bibliotheken eine selbstständige Organisation oder ein Bestandteil einer anderen Organisationseinheit sein konnten (Art. 3). Sie definierten die grundlegenden und die weiteren möglichen Handlungsfelder von Bibliotheken. So sollten die Bibliotheken die klassischen Aufgaben des Sammelns, des Erschließens, der Konservierung und des Verfügbarmachens von Bibliotheksmaterialien erfüllen (Art. 4 Abs. 1). Das Spektrum der weiteren möglichen Handlungsfelder umfasste nicht nur die bibliografischen Dienste und die Dokumentation, sondern auch die Bildung und Forschung (Art. 4 Abs. 2).

4.2.2.2 Die Organisation des Bibliothekswesens

Die Vorschriften zur Organisation regelten hauptsächlich die Gründung, Zusammenlegung, Umgestaltung und Auflösung von Bibliotheken, die auf Anordnung des zuständigen Ministers oder auf Beschluss des Präsidiums des zuständigen Nationalrates (Art. 5 Abs. 1) selbstständige Organisationseinheiten bildeten (Art. 5 bis 7). Die Anordnung oder der Beschluss zur

⁴⁵ Obwohl dieser Artikel die starke Indoktrination der Bevölkerung reflektiert und die besondere Aufgabe der Bibliotheken, als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen beim Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, manifestiert, ist in den Beschreibungen und Kommentierungen zu diesem Bibliotheksgesetz der Inhalt des Art. 1 Abs. 1 entweder in Gänze übergangen oder schlicht kommentarlos zitiert worden (Howorka 1990a, S. 28; Kołodziejska 1969a, S. 230–234; Koziol 1968; Zarzębski 1985, S. LVI). Die Bestimmung, dass Bibliotheken der sozialistischen Erziehung dienen, bezeichnet Zarzębski im Jahre 1993 als „falsche Sentenz“ (Zarzębski 1993, S. 11).

Gründung von Bibliotheken musste den Standort, den Namen und die Funktion der Bibliothek, das Organ, das die unmittelbare Aufsicht ausübte, die Finanzquelle und nach Bedarf andere Angaben zur Organisation, Repräsentation und Tätigkeit der Bibliothek festlegen (Art. 5 Abs. 2). Die Anordnung oder der Beschluss zur Auflösung musste insbesondere die Verwendung ihrer Bestände und ihrer Einrichtung festlegen, um eine richtige Sicherstellung und Nutzung zu gewährleisten (Art. 5 Abs. 3). Der Abschnitt der Bestimmungen zur Organisation enthielt Regelungen zu Bibliotheksstatuten und Bibliotheksordnungen (Art. 5 Abs. 4 und Art. 7). Er regelte deutlich die Pflichten des Organs, das die unmittelbare Aufsicht über die Bibliothek ausübte. Die damit einhergehenden Bestimmungen wurden als die besonders wichtigen in diesem Abschnitt angesehen (Howorka 1990a, S. 28). Das Organ war verpflichtet, für entsprechende Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bibliothek zu sorgen, und zwar insbesondere für die Beschaffung des Raumes, eine den Bibliotheksaufgaben entsprechende Ausstattung (Art. 9 Abs. 1) und die Bereitstellung von Mitteln, die für die Bibliotheksarbeit nötig sind; insbesondere für die Erwerbung der Bibliotheksmaterialien, für die berufliche Qualifizierung der Mitarbeiter und für methodische und bibliografische Dienstleistungen (Art. 9 Abs. 2). Die Regelungen in den Artikeln fünf bis neun führten eine Dezentralisierung bei den Befugnissen und Verpflichtungen der staatlichen Verwaltungsorgane ein (Kozioł 1968, S. 171). Gremien, wie der Wissenschaftliche Rat, die Bibliothekskommission, der Kreis der Bibliotheksfreunde oder andere beratende Organe, erhielten durch die Regelungen in diesem Abschnitt die Möglichkeit, an einer Bibliothek mitzuwirken (Art. 8). Auf nationaler Ebene regelte das Bibliotheksgesetz im selben Abschnitt die Ernennung des Staatlichen Bibliotheksbeirats als Beratungs- und Begutachtungsgremium des Ministers für Kultur und Kunst (Art. 10). Zum Berufungsmodus, zur Zusammensetzung, zum detaillierten Umfang und zu der Art und Weise seiner Tätigkeit verwies das Gesetz auf eine durch den Vorsitzenden des Ministerrates bestätigte Geschäftsordnung (Art. 10 Abs. 4). Der Aufgabenbereich war breit angelegt. Zu ihm gehörten: *„1. Erklärungen zur Bibliothekspolitik abzugeben und sie zu realisieren, 2. sich zu den Bedürfnissen des Bibliothekswesens und der Leserschaft zu äußern sowie entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen, 3. Entwürfe von normativen Akten auf dem Gebiet des Bibliothekswesens zu begutachten, 4. Erklärungen abzugeben zur Festlegung und Anwendung bestimmter Prinzipien laut Art. 16⁴⁶, 5. Stellung zu nehmen zu dem Bau von Bibliotheksobjek-*

⁴⁶ Sie umfassen die klassischen bibliothekarischen Aufgaben, Berichterstattung, Einführung des technischen Fortschritts und die berufliche Weiterbildung.

ten" (Art. 10 Abs. 2) Der Staatliche Bibliotheksbeirat war mit dem Recht ausgestattet, entsprechende Untersuchungen durchzuführen (Art. 10 Abs. 3).

4.2.2.3 Die Ressortstruktur des landesweiten Bibliotheksnetzes

Der dritte Abschnitt bezog sich auf das landesweite Bibliotheksnetz (*ogólnokrajowa sieć biblioteczna*) und die innerhalb dieses Netzes eingeführten Ressort-Bibliotheksnetze (*resortowe sieci biblioteczne*) (Art. 12 und 13). Das aus den staatlichen Bibliotheken⁴⁷ und den Bibliotheken der Polnischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Einrichtungen bestehende landesweite Bibliotheksnetz konnte um andere Bibliotheken erweitert werden (Art. 12 Abs. 3). Die staatlichen Bibliotheken, welche unter der Obhut eines Ministers standen, bildeten das Ressort-Bibliotheksnetz. Die an das landesweite Bibliotheksnetz angeschlossenen Bibliotheken waren zur Zusammenarbeit in den Bereichen Erwerbung, Erschließung, Aufbewahrung, Vermittlung des Bibliotheksbestandes und der beruflichen Weiterbildung verpflichtet (Art. 12 Abs. 4). Darüber hinaus waren sie zu gegenseitigem Tausch oder kostenloser Abgabe von entbehrlichen Bibliotheksmaterialien untereinander aufgefordert (Art. 14 Abs.1). Lediglich die nicht benötigten Bibliotheksmaterialien durften verkauft werden (Art. 14 Abs. 2). Selten benutzte Bibliotheksmaterialien konnten in Speicherbibliotheken aufbewahrt werden (Art. 13 Abs. 2). Je nach Aufgaben gab es folgende Bibliothekstypen: wissenschaftliche (*naukowe*) Bibliotheken, Fachbibliotheken (*biblioteki fachowe*), Schulbibliotheken (*biblioteki szkolne*), pädagogische (*pedagogiczne*) Bibliotheken, öffentliche⁴⁸ (*publiczne*) Bibliotheken und andere (Art. 13 Abs. 1). Eine Bibliothek konnte die Aufgaben von zwei oder mehreren Bibliothekstypen erfüllen (Art. 13 Abs. 3). Bibliotheken, die dem Netz der technischen und ökonomischen Information angehörten, mussten die Bestimmungen des landesweiten Bibliotheksnetzes beachten (Art. 13 Abs. 4). Die Benutzung der Bibliotheken sollte kostenlos sein (Art. 15 Abs. 1). Die Benutzungsordnung konnte aber für bestimmte Dienstleistungen (Kautions, Entschädigung oder Kostenrückerstattung) Gebühren festlegen (Art. 15 Abs. 3). Das Bibliotheksgesetz führte somit erstmals die generelle Regelung der kostenfreien Nutzung der Bibliotheken des landes-

⁴⁷ Zu den staatlichen Bibliotheken gehören unterschiedliche Bibliothekstypen, auch Fachbibliotheken.

⁴⁸ Die Mehrdeutigkeit des Begriffs „öffentliche Bibliotheken“ wirkt sich auch im polnischen Bibliothekswesen nachteilig aus. Während das Dekret öffentliche Bibliotheken als Bibliotheken in der Trägerschaft des Staates oder anderer öffentlich-rechtlicher Verbände definiert, umfasst der Begriff „öffentliche Bibliotheken“ im Bibliotheksgesetz von 1968 nur noch die öffentlichen allgemeinen Bibliotheken.

weiten Bibliotheksnetzes ein (Biliński 2014). Der Minister für Kultur und Kunst sollte im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Komitees für Wissenschaft und Technik, den zuständigen Ministern und der Polnischen Akademie der Wissenschaften die Leitlinien für die Bibliotheken des landesweiten Bibliotheksnetzes festlegen und deren Anwendung beaufsichtigen. Die Leitlinien umfassten: „*1. die Spezialisierung der Bestände an Bibliotheksmaterialien, 2. den Austausch von entbehrlichen Bibliotheksmaterialien unter den Bibliotheken, ihre Abgabe und ihren Verkauf, 3. die Sicherung und Aufbewahrung der Bibliotheksmaterialien, 4. die Koordinierung der bibliografischen und Auskunftstätigkeit, 5. die Fernleihe und die Führung von Zentralkatalogen, 6. das Sammeln und Archivieren von Bibliotheksmaterialien, die in Polen sowie im Ausland in polnischer Sprache erschienen sind oder Polen betreffen, 7. die Berichterstattung der Bibliotheken, 8. die Normierung und Rationalisierung und besonders die Einführung des technischen Fortschritts in die Bibliotheksarbeit, 9. die Qualifizierung und berufliche Weiterbildung der bibliothekarischen Mitarbeiter*“ (Art. 16).

4.2.2.4 Die speziellen Aufgaben der einzelnen Bibliothekstypen und ihre Organisation

Die Abschnitte vier bis sieben beinhalteten Bestimmungen über die Aufgaben und die Organisation der jeweiligen Bibliothekstypen, und zwar der wissenschaftlichen Bibliotheken, Fachbibliotheken, Schulbibliotheken und pädagogischen Bibliotheken sowie öffentlichen Bibliotheken (Art. 17 - 28). Detailliert ging das Bibliotheksgesetz auf die öffentlichen Bibliotheken ein. Die rechtlichen Regelungen der öffentlichen Bibliotheken unterlagen im Vergleich zum Dekret den größten Änderungen (Biliński 2014). Denn es änderte sich der Organisator der Bibliotheken. Neben dem Auftrag der Bibliotheken wurden auch die Verpflichtungen der Präsidien der Volksräte für die Einrichtung, Unterhaltung und Gewährleistung der Funktion dieser Bibliotheken bestimmt (Art. 24 und Art. 23). Die Verpflichtung der Präsidien der Volksräte ging mit der Liquidierung der selbstverwaltenden Verbände einher (Biliński 2014). Der Wirkungsbereich der öffentlichen Bibliotheken sollte ähnlich wie im Dekret der administrativen Gliederung des Staates entsprechen, wenn nicht kommunikationsmäßige, demografische, topografische und andere Aspekte dem widersprochen hätten (Art. 25). Diese Regelung zog diverse Änderungen in der Organisation des öffentlichen Bibliotheksnetzes nach sich (Biliński 2014). Die Bibliotheken waren verpflichtet, ihren Bestand auszuleihen und die Lesesäle mit Handbüchern, Zeitschriften und akustischen und visuellen Hilfen einzurichten. Bei Bedarf sollten diese Bibliotheken Bibliotheksfilialen, mobile Bibliotheken und Ausleihstellen eröff-

nen (Art. 26). Sie sollten den Bedarf an bibliothekarischen Dienstleistungen in Krankenhäusern und anderen geschlossenen Einrichtungen des Gesundheitsdienstes und der Sozialfürsorge sichern (Art. 28). Das Netz der öffentlichen Bibliotheken sollte für den Bürger so organisiert sein, dass die Versorgung mit nutzerorientiert angeschafften Bibliotheksmaterialien und der Zugang zu unentbehrlicher Literatur für das Selbststudium, zur kulturellen Entwicklung und zur Nutzung der Auskunftsdienste gewährleistet waren (Art. 27). Wenig Beachtung im Gesetz fanden die Fach-, Schul- und pädagogischen Bibliotheken. Die Bestimmungen beschränkten sich auf den zu erfüllenden Auftrag dieser Bibliotheken (Art. 21 und Art. 22). Mit Art. 21 Abs. 2 wurden Vorschriften zu den Fachbibliotheken eingeführt, nach denen die zuständigen Minister Bibliotheken mit der Verpflichtung bestimmen sollten, denjenigen Fachbibliotheken methodische und bibliografische Hilfestellung zu erteilen, die dem Netz der technischen und ökonomischen Information nicht angehörten. Die Bestimmungen des vierten Abschnitts bezogen sich auf wissenschaftliche Bibliotheken. Die wissenschaftlichen Bibliotheken erfuhren in dem Gesetz weitaus mehr Beachtung als im Dekret. Neben dem Auftrag regelte es auch die Aufgaben dieses Bibliothekstyps (Art. 17 Abs. 1 und Abs. 2). Das Gesetz legte fest, welche Bibliotheken dem Kreis der wissenschaftlichen Bibliotheken angehören bzw. möglicherweise angehören sollten (Art. 17 Abs. 3). Es sah die Erstellung eines Plans zur Spezialisierung der Bibliotheksbestände und die Ernennung von Zentralbibliotheken, denen bestimmte Wissensgebiete zugewiesen werden, vor (Art. 19). Vorgesehen war auch die Benennung von Bibliotheken, die *„zur Ausübung einer wissenschaftlichen und auf die praktische Dienstleistung ausgerichteten Forschungsarbeit zwecks Entwicklung des Bibliothekswesens, der Leserschaft und der Weiterbildung der Bibliotheksmitarbeiter verpflichtet sind“* (Art. 20). Artikel 18 war der Nationalbibliothek gewidmet, die als *„zentrale Bibliothek des Staates“* (Abs. 1) eine Reihe von Aufgaben und Pflichten zu erfüllen hatte (Abs. 4 und 5). Neben den für eine Nationalbibliothek obligatorischen Aufgaben, wie *„der Bewahrung des polnischen Schrifttums sowie des Polen betreffenden Schrifttums“* (Abs. 4, Pkt. 1) und *„das Führen der Nationalbibliografie“* (Abs. 4, Pkt. 2) war sie verpflichtet *„die Tätigkeiten der Bibliotheken des landesweiten Bibliotheksnetzes auf dem Gebiete zu koordinieren und zu vervollkommen, das sich aus den Bestimmungen des Art. 16, Ziffer 1 und des Art. 20 ergibt“* (Abs. 4, Pkt. 3) und *„die Bibliothekswissenschaft, Buchkunde und verwandten Fachdisziplinen zu entwickeln“* (Abs. 4, Pkt. 4). Darüber hinaus sollte die Nationalbibliothek wissenschaftliche und der Praxis dienende Forschungen durchführen (Abs. 5). Art. 18 legte des Weiteren fest, dass die Nationalbibliothek eine Institution mit eigener Rechtspersönlichkeit war (Abs. 2), über die der Mi-

nister für Kultur und Kunst die Aufsicht ausübte (Abs. 3). Der Minister hatte ein Statut, in dem die Organisation und der genauere Tätigkeitsbereich festgelegt sind, zu erlassen (Abs. 7). Der Wissenschaftliche Beirat der Nationalbibliothek als beratendes Organ (Abs. 6) sollte auch in Angelegenheiten der Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern in den dazu berechtigten Bibliotheken ohne Wissenschaftlichen Beirat beratend tätig werden (Art. 30 Abs. 3).

4.2.2.5 Die Berufsgruppe der Bibliothekare

Das Bibliotheksgesetz beinhaltete auch Bestimmungen zum Bibliothekspersonal. Es führte die Berufsgruppe der Bibliothekare (alle Beschäftigten in bibliothekarischen Positionen) ein und ermöglichte die Beschäftigung von Spezialisten aus anderen Berufszweigen, die mit der bibliothekarischen Tätigkeit in Verbindung stehen (Art. 29). Weiter bestimmte das Gesetz die Struktur der Berufsgruppen in wissenschaftlichen Bibliotheken (Art. 30). Die Bestimmungen der Art. 29 und 30 berührten nicht die speziellen Vorschriften, welche die Grundsätze der Beschäftigung, Entlohnung und Pflichten des Bibliothekspersonals regeln (Art. 31).

4.2.2.6 Besondere Bestimmungen

Der Abschnitt neun regelte u. a. die Pflichtablieferung. Er enthielt die Verpflichtung zur unentgeltlichen Ablieferung von Druckschriften und Tonaufnahmen seitens der Verlage und entsprechender Einrichtungen an Bibliotheken. Die zum Empfang berechtigten Bibliotheken, die Modalitäten der Lieferung und die Anzahl der Pflichtstücke sowie ihre Verwendung hatte der Minister für Kultur und Kunst zu bestimmen (Art. 32). Der Abschnitt beinhaltete auch Bestimmungen für Bibliotheken, die dem allgemeinen Netz nicht angehörten. Sie betrafen: die Verpflichtung zur Registrierung und der möglichen öffentlichen Zugänglichmachung (die Regelungen hierzu sollte nach Art. 34 der Minister für Kultur und Kunst durch Verordnungen festlegen), die Verpflichtung zur kostenlosen Bereitstellung wertvoller Materialien für die wissenschaftliche Forschung sowie für die Nationalbibliothek zur Mikroverfilmung zwecks Archivierung (Art. 35). Darüber hinaus gab es eine Regelung zur vorläufigen Beschlagnahme einer Bibliothek oder einer Sammlung von Bibliotheksmaterialien wegen Gefahr (Art. 36).

4.2.2.7 Schlussbestimmungen

Der zehnte Abschnitt enthielt neben den Bestimmungen über das Inkrafttreten des Bibliotheksgesetzes und zum Außerkrafttreten bisheriger Bestimmungen, Regelungen zum Ausschluss und Anschluss von Bibliotheken aus dem Geltungsbereich des Bibliotheksgesetzes. Nach den Regelungen in Art. 37 konnten die zuständigen Minister und die Polnische Akademie der Wissenschaften im Einvernehmen mit dem Minister für Kultur und Kunst die ihnen unterstehenden Bibliotheken vom Geltungsbereich des Gesetzes ausnehmen. Lediglich der Minister für Nationale Verteidigung musste sich diesbezüglich nicht mit dem Minister für Kultur und Kunst abstimmen. Ferner konnten der Minister für Innere Angelegenheiten im Bereich der ihm unterstehenden Bibliotheken und der Justizminister im Bereich der Bibliotheken der Straf- und Besserungsanstalten im Einvernehmen mit dem Minister für Kultur und Kunst Bibliotheken bestimmen, auf die diese gesetzlichen Regelungen zuträfen.

4.2.3 Die Änderungen des Gesetzes

Das Bibliotheksgesetz von 1968 wurde einige Male novelliert. Einige einzelne Bestimmungen erhielten entweder einen anderen Wortlaut, wurden ergänzt oder verloren ihre Gültigkeit.

Die erste Änderung erfolgte im Jahr 1984. Sie betraf die Bestimmung zur Vergütung der Arbeitnehmer in grundlegenden Tätigkeiten, Verwaltung und im technischen Dienst. Gemäß Art. 38 des Gesetzes über die Verbreitung der Kultur sowie über Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer der Verbreitung der Kultur vom 26. April 1984 (Dz. U. von 1984 Nr. 26, Pos. 129) wurde der Wortlaut *„und das Arbeitsentgelt der Arbeitnehmer in grundlegenden Tätigkeiten, Verwaltung und im technischen Dienst“* im Art. 29 Abs. 4 gestrichen. In Übereinstimmung mit dem darauf folgenden Art. 39 Abs. 2 sollten die Vorschriften dieses Gesetzes für Arbeitnehmer von Fachbibliotheken, wissenschaftlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken und pädagogischen Bibliotheken nicht angewendet werden.

Im Wendejahr 1989 wurde das Bibliotheksgesetz zweimal novelliert. Die erste Novellierung betraf die Befreiung von Bibliotheken und Materialsammlungen, die zu Kirchen, Religionsgemeinschaften und ihren Trägern gehörten, von der Registrierungsverpflichtung. Sie erfolgte gemäß Art. 44 des Gesetzes über Garantien der Gewissens- und Religionsfreiheit vom 17. Mai 1989 (Dz. U. von 1989 Nr. 29, Pos. 155). Die zweite Novellierung führte eine Änderung in den Ermächtigungen zum Erlass von Durchführungsrechtsakten herbei. Diesbezügliche Be-

fugnisse, die bisher im Gesetzestext dem Ministerrat vorbehalten waren, wurden auf den Minister für Kultur und Kunst übertragen. Die Novellierung erfolgte gemäß Art. 30 des Gesetzes über die Änderung der Ermächtigungen zum Erlass von Durchführungsrechtsakten vom 30. Mai 1989 (Dz. U. von 1989 Nr. 35, Pos. 192).

Die nächste Novellierung erfolgte gemäß Art. 1 Abs. 11, Pkt. a-e des Gesetzes über die Aufteilung der in Sondergesetzen geregelten Aufgaben und Kompetenzen zwischen Organen der Gemeinden und der staatlichen Verwaltung sowie über die Änderung einiger Gesetze vom 17. Mai 1990 (Dz. U. von 1990 Nr. 34, Pos. 198). Hiernach sind bestimmte Aufgaben und Kompetenzen, die bisher in der Verantwortung der Volksräte und Organe der staatlichen Verwaltung der grundlegenden Stufe lagen, den entsprechenden Gemeindeorganen als ihre eigenen Aufgaben übertragen worden. Diese Aufgabenübertragung war im Einzelnen geregelt in Art. 5 Abs. 1 (Bildung, Vereinigung, Umgestaltung und Auflösung der Bibliotheken), Art. 5 Abs. 4 (Aufstellen von Bibliotheksstatuten), Art. 9 Abs. 1 (Gründung und Aufrechterhaltung von öffentlichen Bibliotheken und Zusicherung der entsprechenden Arbeits- und Entwicklungsbedingungen) und Art. 24 Abs. 1 (Aufsicht öffentlicher Bibliotheken).

Die letzte Novellierung erfolgte im Jahr 1996. Die Art. 32 und Art. 33, welche die Pflichtablieferung von Exemplaren regelten, verloren ihre Gültigkeit gemäß dem Gesetz über bibliothekarische Pflichtexemplare vom 7. November 1996 (Dz. U. von 1996 Nr. 152, Pos. 722).

Die genannten Änderungen waren wegen der notwendigen Anpassungen des Bibliotheksgesetzes an die Vorschriften anderer Gesetze, die später erlassen wurden, erforderlich.

4.3 Das Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997

4.3.1 Der Aufbau

Das Bibliotheksgesetz beinhaltet 32 Artikel, untergliedert in folgende zwölf Abschnitte:

1. Allgemeine Vorschriften (Artikel 1 – 6),
2. Landesbibliotheksbeirat (Artikel 7),
3. Organisation der Bibliotheken (Artikel 8 – 15),
4. Nationalbibliothek (Artikel 16 – 17),

5. Öffentliche Bibliotheken (Artikel 18 – 20),
6. Wissenschaftliche Bibliotheken (Artikel 21),
7. Schulbibliotheken und pädagogische Bibliotheken (Artikel 22),
8. Fach- und Betriebsbibliotheken (Artikel 23 – 24),
9. Betreuung von Sondergruppen (Artikel 25 – 26),
10. Landesweites Bibliotheksnetz (Artikel 27 – 28),
11. Mitarbeiter der Bibliothek (Artikel 29),
12. Änderung der gültigen Vorschriften, Übergangsvorschriften und Schlussvorschriften (Artikel 30 – 32).

4.3.2 Die wesentlichen Regelungen

4.3.2.1 Der Zweck des Gesetzes

Die allgemeinen Vorschriften enthalten grundlegende Bestimmungen. Art. 1 führt den Zweck des Gesetzes an. Zweck des Gesetzes ist es, die allgemeinen Grundsätze der Tätigkeit von Bibliotheken zu regeln. Im Art. 2 verweist der Gesetzgeber aber auf Vorschriften über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit, die in den nicht durch das Gesetz geregelten Angelegenheiten angewendet werden müssen. Dies führt zu Missverständnissen in Bezug auf den Geltungsbereich des Bibliotheksgesetzes (Howorka 1997b, S. 2). Die Vorschriften über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit gelten für öffentliche Bibliotheken. Andere Vorschriften gelten z. B. für Schul- und Hochschulbibliotheken. Die daraus resultierende Unzulänglichkeit in der Zuweisung des Geltungsbereichs lässt Zweifel aufkommen, ob das Bibliotheksgesetz einen allgemeinen Charakter hat oder lediglich für öffentliche Bibliotheken bestimmt ist. Art. 3 bis 6 beschreiben die Funktion und die grundlegenden Aufgaben von Bibliotheken. Nach Art. 3 sind Bibliotheken und ihre Bestände „*nationales Eigentum und dienen dem Fortbestand des nationalen Erbes*“ (Abs. 1), deren Nutzungsrecht einen „*allgemeinen Charakter*“ (Abs. 2) hat. Art. 3 Abs. 2 garantiert somit „*jedem Leser unabhängig von seiner Nationalität, Wohnsitz, Ausbildung und sozialer Herkunft*“ (Biliński 2014) den freien Zugang zu Bibliotheken. Die Grundaufgaben von Bibliotheken sind: „*1. Die Sammlung, Bearbeitung, Aufbewahrung und der Schutz der Bibliotheksmaterialien, 2. Die Betreuung der Benutzer, vor allem die Ermöglichung des Zugangs zu den Sammlungen sowie der Informationstätigkeit*“ (Art. 4 Abs. 1). Somit nennt der Gesetzgeber zum ersten Mal explizit

die Benutzer bei den grundlegenden Aufgaben von Bibliotheken als Adressaten bibliothekarischer Tätigkeit. Den Begriff „Bibliotheksmaterialien“ definiert das Bibliotheksgesetz aufgrund der Änderungen in der medialen Erscheinungsweise neu (Biliński 2014). Nach Art. 5 sind das insbesondere Dokumente, die unabhängig vom physischen Träger und der Art der Aufzeichnung ein zur Verbreitung bestimmtes Gedankengut enthalten. Zu den Aufgaben von Bibliotheken können darüber hinaus *„Tätigkeiten auf dem Gebiet der Bibliografie, Dokumentation, Forschung, des Verlagswesens, der Bildung, Popularisierung und der Ausbildung“* (Art. 4 Abs. 2) gehören. Die allgemeinen Vorschriften führen im Art. 6 den Begriff „nationaler Bibliotheksbestand“ erstmalig ein. Nach Art. 6 ist dieser von einzigartigem Wert und einzigartiger Bedeutung für das Kulturerbe (Abs. 1) und unterliegt einem besonderen Schutz (Abs. 2). Das Verzeichnis der Bibliotheken, deren Bestände den nationalen Bibliotheksbestand bilden, seine Organisation, die Grundsätze und Umfang des Schutzes legt der Minister für Kultur und Kunst im Einvernehmen mit den entsprechenden Ministern in einer Verordnung fest (Abs. 3).

4.3.2.2 Der Landesbibliotheksbeirat

Anstelle des bisherigen Staatlichen Bibliotheksbeirats beruft das Gesetz den Landesbibliotheksbeirat (*Krajowa Rada Biblioteczna*) ein (Art. 7 bis 9), der kraft des Gesetzes jedoch ähnliche Kompetenzen hat. Die gravierendste Änderung ist die Umbenennung des Beirats. Die Aufgaben des Landesbibliotheksbeirats sind: *„1. Begutachtung von bibliotheksbezogenen Rechtsakten, 2. Koordinierung der gesamtpolitischen bibliothekarischen Vorhaben, 3. Stimulierung der Entwicklung der wichtigsten Richtungen des polnischen Bibliothekswesens, 4. Begutachtung der für die Entwicklung der Bibliotheken maßgebenden Vorhaben und Initiativen, 5. Periodische Bewertung der Tätigkeit der Bibliotheken und der Wirksamkeit der Bibliothekspolitik“* (Art. 7 Abs. 2). Die Zusammensetzung des Landesbibliotheksbeirats regelt das Gesetz wie folgt: Neben den beiden Direktoren der Nationalbibliothek und der Jagiellonen-Bibliothek als Mitglieder ex officio und fünf Vertretern aus Wissenschaft und Bibliothekswesen werden acht Vertreter von Ministern empfohlen (Art. 7 Abs. 3). Die Mitglieder beruft der Minister für Kultur und Kunst für einen Zeitraum von fünf Jahren (Art. 7 Abs. 4). Gemäß Art. 7 Abs. 6 kann der Minister ein Mitglied des Bibliotheksbeirats mangels Beteiligung vor Ablauf der Amtsdauer abberufen. Den Vorsitzenden wählen die Mitglieder des Bibliotheksbeirats aus ihrer Mitte (Art. 7 Abs. 5). Die Geschäftsordnung, welche die Funktionsweise des Bibliotheksbeirats regelt, beschließt der Minister für Kultur und Kunst (Art. 3 Abs. 3 Punkt 7).

4.3.2.3 Die Organisatoren der Bibliotheken

Der umfangreichste Abschnitt des Gesetzes betrifft die Organisation der Bibliotheken und regelt hauptsächlich die Gründung, Zusammenlegung, Umgestaltung und Auflösung von Bibliotheken, die sowohl eine selbstständige Organisationseinheit als auch Teil einer anderen Organisationseinheit sind. Zu den Letzteren gehören vor allem Schul- und Hochschulbibliotheken (Biliński 2014). Das Gesetz führt den Begriff „Organisatoren“ ein, die den größten Einfluss auf Bibliotheken haben (Biliński 2014). Nach Art. 8 Abs. 1 sind das Subjekte, durch die Bibliotheken organisiert und geführt werden. Abs. 2 und 3 dieses Artikels benennen, wer Organisator einer Bibliothek ist und wer ein solcher sein kann. Art. 9 verpflichtet die Organisatoren für Arbeits- und Entwicklungsbedingungen Sorge zu tragen, die den Aufgaben der Bibliothek entsprechen. Hierzu zählen die Zurverfügungstellung der Räumlichkeit und die Bereitstellung der Mittel für die Bibliotheksarbeit (Art. 9 Abs. 2). Dieser Abschnitt bestimmt auch die rechtlichen Grundlagen der Funktions- und Arbeitsweise von Bibliotheken. Bibliotheken, die eine selbstständige Organisationseinheit sind, handeln auf der Grundlage eines Rechtsaktes über die Gründung der Bibliothek sowie des Statuts, das vom Organisator festgelegt ist (Art. 11 Abs. 1). Der Rechtsakt legt den Namen, den Sitz, das Gebiet und den Umfang der Bibliothekstätigkeit sowie die Finanzierungsquellen fest (Art. 11 Abs. 2). Das Statut regelt *„1. die Ziele und Aufgaben der Bibliothek, 2. die Organe der Bibliothek und ihre Aufbauorganisation [...] 3. den Namen der Einheit, welche die sachliche Aufsicht über die Bibliothek ausübt, [...] 4. die Art der Finanzwirtschaft der Bibliotheken“* (Art. 11 Abs. 2). Für die Bibliotheken, deren Organisator eine der Aufsicht des zuständigen Ministers unterliegende Organisationseinheit ist, kann der jeweils zuständige Minister Rahmenstatuten festlegen (Art. 11 Abs. 4). Der Minister für Kultur und Kunst kann somit keine Rahmenstatuten für öffentliche Bibliotheken aufstellen, da er gemäß dem Gesetz kein Organisator der öffentlichen Bibliotheken ist (Biliński 2014). Bibliotheken, die Teil einer anderen Organisationseinheit sind, handeln auf der Grundlage einer von dem Leiter der Organisation festgelegten Geschäftsordnung, welche die Aufgaben, die Organisation und den Tätigkeitsbereich der Bibliotheken bestimmt (Art. 12). Den Zusammenschluss, die Teilung oder Auflösung einer Bibliothek regelt Art. 13. Der Organisator ist zur öffentlichen Bekanntmachung solcher Absichten verpflichtet und muss diese auch begründen. Die Bekanntmachung muss drei Monate vor dem Erlass des Aktes über den Zusammenschluss und die Teilung und sechs Monate vor dem Erlass des Aktes über die Auflösung der Bibliothek erfolgen (Abs. 2 und 3). Wenn allerdings die Bibliothek dem lan-

desweiten Bibliotheksnetz angehört, erfordert deren Zusammenschluss, Teilung oder Auflösung das Einholen eines Gutachtens bei der über die Bibliothek Dienst- und Fachaufsicht ausübenden Einheit (Abs. 4). Keine Anwendung finden diese Regelungen auf Bibliotheken, die zu einer anderen Organisationseinheit gehören, sowie Schulbibliotheken und pädagogische Bibliotheken (Abs. 5 und 6). Das Gesetz garantiert die allgemeine und kostenlose Zugänglichkeit von Bibliotheken, deren Organisatoren die übergeordneten und zentralen Organe der Regierungsbehörden, die Woiwoden und die Gemeinden oder Kommunalverbände sind (Art. 14 Abs. 1). Gebühren können nur in den vom Gesetz genannten Fällen erhoben werden (Art. 14 Abs. 2), wobei die Höhe der Gebühren die Kosten der ausgeführten Leistung nicht übersteigen darf (Art. 14 Abs. 3). Die Grundsätze und Bedingungen der Bibliotheksnutzung regelt die vom Leiter der Bibliothek erlassene Benutzungsordnung (Art. 14 Abs. 4). Das Gesetz eröffnet die Möglichkeit der Tätigkeit von beratenden und begutachtenden Organen an der Bibliothek nach den im Statut festgelegten Regelungen (Art. 15).

4.3.2.4 Die Stellung der Nationalbibliothek und ihre Aufgaben

Das Gesetz widmet mit den Artikeln 16 und 17 der Nationalbibliothek einen separaten Abschnitt. Ähnlich wie im Vorgängergesetz regeln die Artikel die Organisation und die Aufgaben der Nationalbibliothek. Die Nationalbibliothek ist weiterhin die „*zentrale Bibliothek des Staates*“ (Art. 16 Abs. 1) mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit (Art. 16 Abs. 2). Die Aufsicht über sie bleibt beim Minister für Kultur und Kunst (Art. 16 Abs. 3), der ihren detaillierten Tätigkeitsbereich und den ihrer Organe in einem Statut festlegt (Art. 16 Abs. 4). An der Bibliothek ist wieder ein Wissenschaftlicher Beirat tätig, allerdings nach den im Statut festgelegten Regelungen. Dessen Mitglieder werden vom Minister für Kultur und Kunst auf Antrag des Direktors der Nationalbibliothek berufen und abberufen (Art. 17 Abs. 3). Neben den klassischen Aufgaben einer Nationalbibliothek, geregelt im Art. 17 Abs. 1, Pkt. 1 bis 5, wie der „*Sammlung, Erschließung, Bereitstellung und Archivierung von Bibliotheksmaterialien, die in Polen und im Ausland über Polen entstanden sind*“ (Pkt. 1), sowie „*die Erarbeitung und Herausgabe der Nationalbibliografie*“ (Pkt. 2), führt sie Forschungen zur Bibliothekswissenschaft, Buchkunde und zu den verwandten Wissensgebieten durch (Pkt. 3). Zu ihren Aufgaben gehört nach wie vor die Verbesserung der Tätigkeit der Bibliotheken in Polen (Pkt. 4). Befreit ist sie allerdings hierbei von der Verpflichtung, eine diesbezüglich koordinierende Funktion zu übernehmen (Czajka 1998, S. 52). Mit einer anderen Formulierung wurde diese Aufgabe

dem Landesbibliotheksbeirat übertragen. Neu im Gesetz verankert wurde die bisher auf freiwilliger Basis (Czajka 1998, S. 52) erfolgte Unterstützung der polnischen Bibliotheken im Ausland (Pkt. 4) und das Führen der Zentren der Standardnummern von monografischen und fortlaufenden Veröffentlichungen (Pkt. 5). Der Nationalbibliothek vorbehalten ist auch *„die methodische und unifizierende Tätigkeit im Bereich des Bibliothekswesens, der Bibliografie, der Anwendung moderner Bibliothekstechniken und der Konservierung von Bibliotheksmaterialien“* (Art. 16 Abs. 2).

4.3.2.5 Die Aufgaben und Funktionen einzelner Bibliothekstypen

Die Artikel 18 bis 24 definieren die einzelnen Bibliothekstypen und bestimmen ihre Funktionen und Aufgaben. Beachtliche Änderungen bringt das Gesetz für öffentliche Bibliotheken, die den *„Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung im Bereich der Kultur, Bildung und Information“* (Art. 18 Abs. 1) dienen. Zu den öffentlichen Bibliotheken zählen die Nationalbibliothek sowie die öffentlichen Woiwodschafts- und Gemeindebibliotheken (kommunale Bibliotheken) (Art. 18 Abs. 2). Die Organisation der Bibliotheken regelt Art. 19. Die öffentlichen Bibliotheken sind so zu organisieren, dass sie *„den Einwohnern einen günstigen Zugang zu den Bibliotheksbeständen und zu den Informationen gewährleisten. Zu diesem Zweck sollte in jeder Woiwodschaft eine Woiwodschaftsbibliothek und in jeder Gemeinde mindestens eine Gemeindebibliothek (kommunale Bibliothek) mit einer entsprechenden Zahl von Filialen, Zweigstellen und Bibliotheksstellen gegründet und geführt werden“* (Abs. 1). Das Gesetz eröffnet jedoch die Möglichkeit, eine Verständigung mit anderen Bibliotheken und Institutionen im Hinblick auf eine gemeinsame Bibliotheksbetreuung bestimmter Gebiete mit der Zustimmung des Organisators herbeizuführen (Abs. 2). Die Aufgaben der öffentlichen Woiwodschaftsbibliotheken, welche die regionalen Bibliothekszentren sind, und deren Organisator der Woiwode ist, und der öffentlichen Bibliothek, deren Organisator die Gemeinde bzw. der Kommunalverband ist, führt Art. 20 an.

Die wissenschaftlichen Bibliotheken dienen *„der Wissenschaft und Bildung, indem sie den Zugang zu den Bibliotheksmaterialien und Informationsbeständen gewährleisten“* (Art. 21 Abs. 1, Pkt. 1). Diese Bibliotheken führen aber auch gleichzeitig Forschungsarbeiten im Bereich der Bibliothekswissenschaft und den verwandten Fachgebieten sowie auch im Bereich der von ihnen betreuten Fachgebiete durch (Art. 21 Abs. 1, Pkt. 2). Zu der Gruppe der wissen-

schaftlichen Bibliotheken zählt der Gesetzgeber „1. die Nationalbibliothek, 2. Bibliotheken, deren Organisatoren Hochschulen sind, 3. Bibliotheken, deren Organisator die Polnische Akademie der Wissenschaften ist, 4. Bibliotheken, deren Organisatoren Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sind, 5. andere Bibliotheken“ (Art. 21 Abs. 2). Die Grundsätze und das Verfahren der Zuordnung der im Abs. 2, Pkt. 5 genannten Bibliotheken sollen durch den Minister für Kultur und Kunst in einer Verordnung festgelegt werden (Art. 21 Abs. 4). Das Gesetz verpflichtet die Nationalbibliothek zum Führen des Verzeichnisses der wissenschaftlichen Bibliotheken (Art. 21 Abs. 3).

Die Bestimmungen zu Schulbibliotheken und pädagogischen Bibliotheken beinhaltet Art. 22, der den Auftrag der Bibliotheken dieses Typs regelt. Die Grundsätze ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit regeln gesonderte Vorschriften (Abs. 3). Gemäß dem Gesetz sollte in jeder öffentlichen Schule eine Schulbibliothek geführt werden, die „der Realisation der Lehr- und Erziehungsprogramme, der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen sowie der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer“ (Abs. 1) dient. Die pädagogischen Bibliotheken hingegen „führen eine den Bedürfnissen der Bildung und Erziehung dienende Tätigkeit durch, darin die Aus- und Weiterbildung der Lehrerschaft“ (Abs. 2).

Die Fachbibliotheken und die Betriebsbibliotheken, die von Betrieben geführt werden können (Art. 23), werden im geltenden Gesetz in einem Abschnitt geregelt, der lediglich den Auftrag der Bibliotheken dieses Typs zum Inhalt hat. Die Fachbibliotheken „unterstützen die Realisation der Betriebsaufgaben und dienen dem Bedarf der beruflichen Weiterbildung der Beschäftigten“ (Art. 24 Abs. 1) während die Betriebsbibliotheken „der Befriedigung der geistigen und kulturellen Bedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Familien“ (Art. 24 Abs. 2) dienen.

Die rechtlichen Regelungen von Blindenbibliotheken (Art. 25), Bibliotheken in Einrichtungen des Gesundheitsdienstes, Erziehungsanstalten und Heimen für Minderjährige und Organisationseinheiten, die dem Minister für Nationale Verteidigung und dem Minister für Innere Angelegenheiten und Verwaltung unterstehen (Art. 26 Abs. 1), beinhaltet der Abschnitt „Betreuung von Sondergruppen“. Die Grundsätze der Organisation der bibliothekarischen Betreuung dieser Sondergruppen und der Zusammenarbeit der öffentlichen Bibliotheken in diesem Bereich bestimmen die zuständigen Minister im Einvernehmen mit dem Minister für Kultur und Kunst auf dem Verordnungsweg (Art. 26 Abs. 2).

4.3.2.6 Die Form und Funktionsweise des landesweiten Bibliotheksnetzes

Eine große Änderung bringt das Gesetz in Bezug auf das landesweite Bibliotheksnetz. Es dient der Führung einer „*einheitlichen Bibliotheks- und Informationstätigkeit, welche die Nutzung der Bibliotheksbestände und anderer Informationsquellen ermöglicht*“ (Art. 27 Abs. 1). Das Gesetz führt jedoch das bereits bestehende Bibliotheksnetz nicht fort, sondern bildet es anders und verändert somit die Art und Form des Netzes (Howorka 2010, S. 81). Dem Bibliotheksnetz gehören ausschließlich öffentliche Bibliotheken an (Art. 27 Abs. 2). Andere Bibliotheken können durch einen Beschluss des Ministers für Kultur und Kunst auf Antrag des zuständigen Organisators angeschlossen werden (Art. 27 Abs. 3). Den Nachweis der Bibliotheken, die dem Bibliotheksnetz angehören, führt die Nationalbibliothek (Art. 27 Abs. 4). Die Grundsätze ihrer Tätigkeit bestimmt der Minister für Kultur und Kunst im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern u. a. im Bereich der Spezialisierung der Bibliotheksmaterialien, der Führung von Zentralkatalogen, der Koordination der bibliografischen Tätigkeit, der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter der Bibliotheken (Art. 28, Pkt. 1-9). Der Minister für Kultur und Kunst bestimmt auch die Grundsätze der Zusammenarbeit in diesen Bereichen. Abgesehen davon verpflichtet der Gesetzgeber die zum Netz gehörenden Bibliotheken zur Zusammenarbeit und bestimmt die Gebiete, auf denen die Zusammenarbeit erfolgen soll (Art. 27 Abs. 5).

4.3.2.7 Die Beschäftigten der Bibliotheken

Der Gesetzgeber widmet sich der Problematik der Bibliotheksbeschäftigten und ihrer Qualifikationen (Art. 29 Abs. 1). Die Bibliotheksbeschäftigten werden in folgende zwei Gruppen aufgeteilt: 1. Mitarbeiter des Bibliotheksdienstes: Hilfsbibliothekar, jüngerer Bibliothekar, älterer Bibliothekar, Kustos und älterer Kustos, 2. *Bibliotekarze dyplomowani*⁴⁹: Assistent,

⁴⁹ Wörtlich: „diplomierte Bibliothekare“. Es gibt keine entsprechende deutsche Berufsbezeichnung. Die in den Fachwörterbüchern angebotene Übersetzung Diplom-Bibliothekar (Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich 2011, S. 43; Bałajewska-Miglus, Berg 2006, S. 159) trifft den Bedeutungsinhalt des polnischen Begriffs nicht. Es handelt sich hierbei um die höchste Stufe der beruflichen Karriere im polnischen Bibliothekswesen. Entsprechende Stellen konnten ausschließlich in Bibliotheken geschaffen werden, die der Bibliothekssparte der wissenschaftlichen Bibliotheken angehörten (Tetela 2013, S. 655). Die Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen wurden in verschiedenen separaten Vorschriften geregelt (Zarzębski 1991a-2000, S. 46-47) und zuletzt in der Verordnung des Ministers für Wissenschaft und Hochschulwesen über Kandidaten für *dyplomowanego bibliotekarza* sowie *dyplomowanego pracownika dokumentacji i informacji naukowej* vom 21. August 2006 präzisiert (Dz. U. von 2006 Nr. 155, Pos. 1112). Im Jahr 2013 erfolgte eine Deregulierung des bibliothekarischen Berufes, die insbesondere die diplomierten Bibliothekare betraf (Dz. U. von 2013 Nr. 0, Pos. 829).

Adjunkt, diplomierter Kustos, älterer diplomierter Kustos (Art. 29 Abs. 2 Pkt. 1-2). Bei Bedarf können Bibliotheken auch Fachleute anderer Berufe beschäftigen. Die erforderlichen Qualifikationen, die zur Tätigkeit in den Bibliotheken berechtigen, und das Bestätigungsverfahren dieser Qualifikationen bestimmt der Minister für Kultur und Kunst im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern kraft einer Verordnung (Art. 29 Abs. 4).

4.3.2.8 Schlussbestimmungen

Das Gesetz schließt mit Änderungen der gültigen Vorschriften, Übergangsvorschriften und Schlussvorschriften. Diese regeln unter anderem, dass das Gesetz 30 Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft tritt (Art. 32). Das Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968 tritt gleichzeitig außer Kraft (Art. 31 Abs. 1). Bis zum Erlass der im neuen Gesetz vorgesehenen Durchführungsvorschriften, maximal sechs Monate nach ihrem Inkrafttreten, galten die bisherigen Vorschriften, wenn diese mit dem neuen Gesetz vereinbar waren, weiter (Art. 30 Abs. 2).

4.3.3 Die Änderungen des Gesetzes

Das bis heute geltende Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 wurde bereits ein Jahr später durch das Gesetz über die Änderung einiger Gesetze, welche die Kompetenzen der Organe der öffentlichen Verwaltung regeln, im Zusammenhang mit der Reform des Staatssystems vom 24. Juli 1998 novelliert (Dz. U. von 1998 Nr. 106, Pos. 668). Die Änderungen erfolgten gemäß Art. 130 des Gesetzes.

Im Art. 7 Abs. 7 und im Art. 11 Abs. 4 wurde das Wort Anordnung (*zarządzenie*) durch das Wort Verordnung (*rozporządzenie*) ersetzt. Damit ändert sich der Charakter des Rechtsaktes, mit dem der Minister für Kultur und Kunst den Landesbibliotheksbeirat beruft und mit dem die anderen Minister die Rahmenstatuten für Bibliotheken in den eigenen Bereichen bestimmen. Aus der sukzessiv eingeführten Gebiets- und Verwaltungsreform resultierten weitere Änderungen im Bibliotheksgesetz von 1997. In diesem Zusammenhang änderte sich der Wortlaut des Art. 8 Abs. 2 wie folgt: „*Die Organisatoren der Bibliotheken sind: 1) Der Staat und Direktoren der zentralen Behörden, 2) Einheiten der territorialen Selbstverwaltung*“. Es änderte sich auch der Wortlaut des Art. 18 Abs. 2 in: „*Öffentliche Bibliotheken sind, organisiert in Form von Kultureinrichtungen, die Nationalbibliothek und die Bibliotheken der Einheiten*

der territorialen Selbstverwaltung“. Umformuliert wurden auch die die öffentlichen Bibliotheken betreffenden Art. 19 und 20. Berücksichtigt wurde darin die Wiedereinführung von Kreisen. Diese wurden zur Organisation und Führung mindestens einer öffentlichen Kreisbibliothek verpflichtet. Die territorialen Selbstverwaltungen der Woiwodschaften wurden zur Organisation und Führung mindestens einer öffentlichen Woiwodschaftsbibliothek verpflichtet. Das Aufgabenspektrum der Woiwodschaftsbibliotheken wurde um die fachliche Aufsicht über Kreis- und Gemeindebibliotheken bezüglich der Umsetzung ihrer Aufgaben erweitert, die in Art. 27 Abs. 5 genannt sind. Hinzugefügt wurde Art. 20 a, in dem die Realisierung der Aufgaben und die Zusammenarbeit der Kreisbibliothek mit der Woiwodschaftsbibliothek geregelt wurden (Abs. 1). Zudem wurde auf der Grundlage einer Abmachung zwischen der Kreisverwaltung mit der Gemeindeverwaltung bestimmt, dass eine Bibliothek, deren Organisator die Gemeinde ist, die aber in der Stadt tätig ist, die der Sitz der Selbstverwaltung eines Kreises ist, die Aufgaben einer Kreisbibliothek übernehmen kann (Abs. 2). Eine sinnngemäße Regelung gilt für eine Bibliothek, deren Organisator der Kreis ist, die in einer Stadt tätig ist, die Sitz der Selbstverwaltung einer Woiwodschaft ist (Art. 20 Abs. 2).

Weitere erfolgte Novellierungen werden wegen der zeitlichen Eingrenzung in dieser Studie nicht berücksichtigt.

4.4 Fazit

Das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen und die Gesetze über Bibliotheken von 1968 und 1997 entsprechen im Aufbau einer klassischen Rechtsnorm: Einem allgemeinen Teil mit einführenden Bestimmungen folgt ein besonderer Teil, der die Organisation und Verwaltung von Bibliotheken zum Inhalt hat. Es sind Querschnittsgesetze. Insbesondere beinhalten sie Bestimmungen, welche die Stellung und die Aufgaben der Bibliotheken, die Struktur und den Aufbau des Bibliothekswesens, die Zuständigkeiten der aufsichtführenden Organe, die Koordinierung und Zusammenarbeit der Bibliotheken und die Qualifikation ihrer Mitarbeiter regeln. Die Bibliotheksgesetze bestehen nicht aus einer Aneinanderreihung von Generalklauseln und unbestimmten Begriffen⁵⁰. Bereits die Anzahl der

⁵⁰ Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe zielen in der Regel auf beabsichtigte Unbestimmtheit und damit auf Elastizität der Gesetze ab. Hierzu gehören solche Rechtsbegriffe wie: „angemessen“, „verhältnismäßig“, „wichtiger Grund“ etc. Als nachteilig können sich in diesem Zusammenhang die breite Anwendung und die Beurteilungsspielräume auswirken. Im Gegensatz dazu unterliegen konkrete, d. h.

Vorschriften der Bibliotheksgesetze weist auf den hohen Grad an Detailliertheit hin. Einigen Sachverhalten widmen die Bibliotheksgesetze sogar einen separaten Abschnitt. Sie umfassen verschiedene Bibliothekstypen. Sie erkennen Bibliotheken als ein Element der kulturellen und wissenschaftlichen Tätigkeit an und sorgen für ihre finanzielle bzw. materielle Sicherstellung. Neben Gemeinsamkeiten gibt es auch Unterschiede. Eine augenfällige Gemeinsamkeit ist der starke staatliche Einfluss auf das polnische Bibliothekswesen. Die wesentlichen Leitlinien des Dekrets werden in den Gesetzen über Bibliotheken beibehalten. Die Unterschiede zwischen dem Dekret und dem Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968 sind auf den ersten Blick wahrnehmbar. Zwischen den dem Dekret nachfolgenden Bibliotheksgesetzen besteht hingegen eine frappierende Ähnlichkeit. Das Bibliotheksgesetz von 1997 wird mangels eines eigenständigen Charakters als die „Kopie“ (Zarzębski 1991b-2000, S. 8) des Bibliotheksgesetzes von 1968 bezeichnet. Bei genauer Betrachtung gibt es aber doch bemerkenswerte Unterschiede. Das Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997 regelt einige Sachverhalte anders und ist geringfügig moderner und angepasster an die neue Situation im Land.

Das Dekret über Bibliotheken benannte die Leitlinien für eine einheitliche Bibliothekspolitik in Polen. Es begründete ein einheitliches Bibliothekssystem, indem es die Tätigkeit der öffentlichen Bibliotheken zusammenführte und als ein das ganze Land umfassendes Bibliotheksnetz organisierte. Das Netz der öffentlichen Bibliotheken diente dem Zweck, eine einheitliche kulturelle Tätigkeit zu gewährleisten und jedem Bürger die Nutzung der Bibliotheksbestände zu ermöglichen. Nicht alle polnischen Bibliotheken gehörten zu diesem Netz, allerdings konnten sie durch den Bildungsminister sehr schnell daran angeschlossen werden. Die höchste Regulierungsdichte wiesen die Bestimmungen über die Organisation des Netzes der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken auf. Ursächlich hierfür war der Umstand, dass es aufgrund des immensen Ausmaßes der Kriegszerstörungen neu geschaffen werden musste, und dass der Status der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken den Urhebern des Dekrets weniger stabil erschien als der der wissenschaftlichen Bibliotheken (Bieńkowska 1996, S. 33). Das nachfolgende Bibliotheksgesetz erhielt das Organisationsprinzip des Bibliotheksnetzes aufrecht und entwickelte es weiter. Im Gesetz von 1968 bestand das landesweite Bibliotheksnetz aus den staatlichen Bibliotheken sowie den Bibliotheken der Polnischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Einrichtungen. Es umfasste somit alle wichtigen Institutionen. Nur die privaten Biblio-

kasuistische Regelungen dem Risiko, zu unflexibel zu sein und infolge schnell zu veralten. Zudem erfordern sie eine größere Zahl von Vorschriften. (Rüthers, Fischer, Birk 2016, S. 126; Mertens 2004, S. 287–477)

theiken und die Gewerkschaftsbibliotheken gehörten dem landesweiten Bibliotheksnetz nicht an, sie konnten aber recht schnell daran angeschlossen werden (Biliński 2014). Der Zweck der Netzbildung wurde aus dem Dekret nicht übernommen. Stattdessen formulierte das Bibliotheksgesetz von 1968 die Aufgabe der Bibliotheken bereits im allgemeinen Teil, und zwar im Art. 1. Die Bibliotheken sollten der Wissenschaft, Kultur und Volkswirtschaft sowie der sozialistischen Erziehung der Gesellschaft dienen. Die Zusammenarbeit unter den Bibliotheken, welche das landesweite Netz bilden, war kraft Gesetz verpflichtend. Die Autoren des Gesetzes strebten starke Verknüpfungen und organisatorische Abhängigkeiten unter den Bibliotheken an. Das Bibliotheksgesetz von 1997 behält zwar den Begriff des landesweiten Bibliotheksnetzes bei, bringt jedoch gravierende Änderungen in Bezug auf seine Zusammensetzung. Das Bibliotheksnetz bilden öffentliche Bibliotheken. Andere Bibliotheken können auf Antrag des zuständigen Organisators durch einen Beschluss des Ministers für Kultur und Kunst daran angeschlossen werden. Aus dem Gesetz ist nicht ersichtlich, inwiefern eine Ausweitung dieses Netzes für den Gesetzgeber von Interesse ist.

Ein weiteres funktionsspezifisches Merkmal des Dekrets über Bibliotheken für die Schaffung eines einheitlichen Bibliothekssystems war die Konzentration der grundlegenden bibliothekarischen Angelegenheiten und der Verantwortung hierfür in einem Staatsorgan, und zwar im Bildungsministerium, zwecks Führung einer einheitlichen Bibliothekspolitik. Diesem Ministerium vertraute man die oberste Aufsicht und die Betreuung von Bibliotheksbeständen des gesamten Landes an. Der Bildungsminister gestaltete kraft Gesetz das landesweite Netz der öffentlichen Bibliotheken. Er bestimmte die Organisation, die Tätigkeit und die Zusammenarbeit der daran angeschlossenen Bibliotheken sowie die vorauszusetzenden Qualifikationen für das Bibliothekspersonal. Außerdem übte er die fachliche Betreuung über Bibliotheken aus, die nicht Teil des Netzes waren. In wenigen Angelegenheiten musste er sich mit anderen Ministern abstimmen. Dieses Merkmal verlor in den nachfolgenden Bibliotheksgesetzen an Ausprägung. Denn das Bibliotheksgesetz von 1968 legalisierte die erfolgte Dezentralisierung des Bibliothekssektors. Es berührte nicht die bibliotheksrechtlichen Bestimmungen zu den Bibliotheken der Hochschulen, der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der Forschungsinstitute und der Schul- und Fachbibliotheken in den früher eingeführten Rechtsakten. Infolge wurde der Minister für Kultur und Kunst als federführendes Organ in Bibliotheksangelegenheiten mit der mittelbaren Aufsicht über die öffentlichen allgemeinen Bibliotheken und der unmittelbaren Aufsicht über die Nationalbibliothek betraut. Seiner Aufsicht unterlagen also

nur die sich in seinem Ressort befindlichen Bibliotheken. Der Minister regelte die Angelegenheiten der Registrierung der in das Bibliotheksnetz eingehenden Bibliotheken und der Pflichtexemplare. Jedoch musste er sich in der Gestaltung des landesweiten Bibliotheksnetzes und der allgemeinen Grundsätze, welche die Gesamtheit der Bibliotheken betrafen, mit den interessierten Ministern und Organisationen abstimmen. Diese Tendenz setzt sich in dem Bibliotheksgesetz von 1997 fort. Dem Minister für Kultur und Kunst obliegt insbesondere die Aufsicht über die Nationalbibliothek und die Entscheidung über die Einbindung von nicht-öffentlichen Bibliotheken in das landesweite Bibliotheksnetz. Seine Regelungen zur Tätigkeit und Zusammenarbeit der das Netz bildenden Bibliotheken benötigen aber die vorhergehende Abstimmung mit den jeweils zuständigen Ministern.

An der Gestaltung des einheitlichen Bibliothekssystems waren bzw. sind kraft Gesetz der Staatliche Bibliotheksbeirat im Dekret über Bibliotheken und im Bibliotheksgesetz von 1968 bzw. der Landesbibliotheksbeirat im Bibliotheksgesetz von 1997 und die Nationalbibliothek jeweils maßgeblich beteiligt. Das Dekret erwähnte zwar die Nationalbibliothek nicht, aber das Gesetz von 1968 widmete ihr einen separaten Artikel und das Gesetz von 1997 widmet ihr sogar einen separaten Abschnitt. Neben vielen Aufgaben und Verpflichtungen war bzw. ist sie als die zentrale Bibliothek des Staates auch zuständig für die Vervollkommnung und Koordination der Tätigkeit der Bibliotheken des landesweiten Bibliotheksnetzes. Dies umfasst faktisch nicht nur alle grundlegenden Bereiche der Tätigkeit der Bibliotheken, sondern auch die Normierung, Rationalisierung und technische Innovation in der Tätigkeit der Bibliotheken sowie die Qualifizierung und berufliche Weiterbildung der bibliothekarischen Mitarbeiter. Das Bibliotheksgesetz von 1997 behält zwar den Status der Nationalbibliothek als zentrale Bibliothek des Staates bei, entbindet sie aber von der koordinierenden Aufgabe dieser Tätigkeiten. Diese Aufgabe überträgt der Gesetzgeber jetzt dem Landesbibliotheksbeirat. Diesem Organ, das bereits aus dem Dekret übernommen wurde, kommt kraft Gesetz aufgrund seiner Fülle von Aufgaben ein enorm starker Einfluss auf das polnische Bibliothekswesen zu. Gemäß Dekret sollte es vom Präsidium des Landesnationalrats auf Vorschlag des Bildungsministers im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Ministerrats ernannt werden. Der Staatliche Bibliotheksbeirat war dem Bildungsminister unterstellt, der das landesweite Netz der öffentlichen Bibliotheken leitete. Das Bibliotheksgesetz von 1968 positionierte den Staatlichen Bibliotheksbeirat unter dem Minister für Kultur und Kunst, der in seinen Handlungsmöglichkeiten bereits begrenzt war. In Bezug auf die Berufung und Zusammensetzung des Staatlichen

Bibliotheksbeirats verwies das Gesetz von 1968 auf eine Geschäftsordnung, die vom Präsidenten des Ministerrats bestätigt wurde. Gemäß dem Gesetz von 1997 beruft der Minister für Kultur und Kunst den ihm unterstellten Landesbibliotheksbeirat. Dieser verfügt allerdings über eine geringere Machtposition infolge des vom Umfang weitaus kleineren landesweiten Bibliotheksnetzes und im Hinblick auf die bibliothekarischen Angelegenheiten im Allgemeinen.

Das Dekret nannte einige Pflichten der entsprechenden Bibliotheksträger. Es regelte die Finanzierung der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken und der wissenschaftlichen Bibliotheken. Es verpflichtete die selbstverwaltenden Verbände zur Finanzierung der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken. Es schrieb jährliche finanzielle Leistungen des Staates für kommunale Bibliotheken fest und verpflichtete den Staat zur Unterstützung der selbstverwaltenden Verbände bei der Finanzierung dieser Bibliotheken bis zum Zeitpunkt, in dem sie ihre eigenen gesicherten Einkommensquellen besitzen würden. Angemessene Beihilfen aus öffentlichen Mitteln erhielten Bibliotheken, die in das Netz der öffentlichen Bibliotheken einbezogen wurden. Die Finanzierung der wissenschaftlichen Bibliotheken übernahm der Staat. Die Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997 verpflichteten bzw. verpflichten das unmittelbar aufsichtführende Organ bzw. den Organisator der Bibliothek, für die entsprechenden Arbeits- und Entwicklungsbedingungen Sorge zu tragen. Sehr konkret werden hier der Raum, die Ausstattung und die Mittel zur Durchführung der Bibliotheksarbeit, insbesondere für die Erwerbung, die Qualifizierung der Mitarbeiter und die methodischen und bibliografischen Dienstleistungen, genannt. Die Finanzierungsquelle sollte gemäß Gesetz von 1968 in der Anordnung oder dem Beschluss zur Gründung einer Bibliothek festgelegt sein, gemäß Gesetz von 1997 im Statut. In den beiden Bibliotheksgesetzen werden einige Finanzierungsaspekte der öffentlichen Bibliotheken detaillierter geregelt.

Die Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997 nehmen Bezug auf die Qualifikationen der Bibliotheksbeschäftigten. Das Dekret beinhaltete zwei Bestimmungen, die sich auf das in Bibliotheken beschäftigte Personal beziehen. Die erste Bestimmung verpflichtete den Verwalter der Bibliothek, ein auf die Arbeit mit dem Buch und dem Leser vorbereitetes Personal zu beschäftigen. Die zweite Bestimmung übertrug dem Bildungsminister die Aufgabe, die erforderlichen Anforderungen für Bibliotheksbeschäftigte in öffentlichen Bibliotheken und in *wypożyczalniach dochodowych* festzulegen. Die Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997

nannten bzw. nennen die Berufsgruppe der Bibliothekare. Zu den Bibliothekaren zählten bzw. zählen Beschäftigte auf bibliothekarischen Positionen. Beide Bibliotheksgesetze eröffnen die Möglichkeit, bei Bedarf Spezialisten anderer Berufsgruppen zu beschäftigen, die mit der bibliothekarischen Tätigkeit in Verbindung stehen. Unterschiede gibt es in den Gesetzen in den Beschreibungen der Beschäftigtengruppen und den Positionen. Ansonsten verpflichtete das Bibliotheksgesetz von 1968 den Ministerrat, die Regeln für die Einstellung von Beschäftigten in Bibliotheken, die dem landesweiten Bibliotheksnetz angehören, zu bestimmen. Ferner sollte dieser auch die Grundsätze für das Gehalt der Arbeitnehmer des einfachen Dienstes festlegen. Das Bibliotheksgesetz von 1997 verpflichtet den Minister für Kultur und Kunst im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern, die erforderlichen Qualifikationen von Bibliotheksbeschäftigten sowie das Bestätigungsverfahren zu bestimmen.

5. Die Realisierung der Bibliotheksgesetze

Die Anwendung und Umsetzung der Bibliotheksgesetze im Alltag ist für das Bibliothekswesen essenziell. Als detaillierte Querschnittsgesetze bieten sie die Grundlage für die Gestaltung des Bibliothekssektors. Sie regeln wesentliche Sachverhalte: Einzelfragen der bibliothekarischen Praxis regeln sie nicht. Letztere sind Gegenstand von Rechtsverordnungen oder anderen Durchführungsbestimmungen. Etliche solcher Rechtsvorschriften wurden auf der Ermächtigungsgrundlage des jeweiligen Bibliotheksgesetzes erlassen. Doch weder ihre Anzahl noch ihre Qualität sind Hinweise auf die Kraft, welche die Bibliotheksgesetze real entfalten. Einige Rechtsvorschriften liefern keine wesentlichen Anhaltspunkte für den Einfluss der Bibliotheksgesetze auf die Bibliothekspolitik im Land. Es wäre unzutreffend, nur anhand von Anordnungen bzw. Verordnungen und anderen Durchführungsbestimmungen den Wert der Bibliotheksgesetze ermessen zu wollen (Pawlikowska 1976b, S. 12; *Dziesięciolecie ustawy o bibliotekach* (Dyskusja w redakcji) 1978, S. 59). Aus diesem Grund konzentriert sich der folgende Abriss der Realisierung nicht auf die Erforschung der Quantität und Qualität der erlassenen Durchführungsrechtsakte, sondern auf die Umsetzung der wesentlichen Inhalte der Bibliotheksgesetze. Auf Durchführungsrechtsakte wird dabei in dem für das Kontextverständnis nötige Maß eingegangen. Skizziert werden die Art und der Umfang der Realisierung der Bibliotheksgesetze im Zeitraum ihrer jeweiligen Geltungsdauer. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die Einflüsse, die sich auf diesen Prozess auswirkten. Der Einblick in die Realisierung des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 fokussiert sich auf die erlassenen Durchführungsrechtsakte und die Reaktion der Bibliothekare auf das neue Bibliotheksgesetz bis Ende 1998. Dies ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass dieses Gesetz eine Vielzahl von Ermächtigungen für verschiedene staatliche Organe enthält. Zum anderen ist eine zweijährige Geltungsdauer des Bibliotheksgesetzes zu kurz, um sich mit der Anwendung und der Umsetzung des Gesetzes fundiert auseinandersetzen zu können. Hier wären nur vage Andeutungen erlaubt. An dieser Stelle erscheint das Meinungsbild der Bibliothekare nach dem Inkrafttreten des Bibliotheksgesetzes im Hinblick auf seine Anerkennung in der Community wichtiger.

In der Geschichte des polnischen Bibliotheksrechts gab es Wendepunkte, die Zarzębski zum Anlass nahm, eine Unterteilung in bestimmte Zeitabschnitte vorzunehmen (Zarzębski 1991a-2000, S. 31–61). Die Wendepunkte fallen meist mit politischen Ereignissen in Polen zusammen, deren Auswirkungen im Bibliothekswesen deutlich werden. Die Ereignisse nahmen Ein-

fluss auf die Umsetzung der Bibliotheksgesetze. Der folgende Abriss der Realisierung der Bibliotheksgesetze folgt deshalb weitgehend dieser Untergliederung.

5.1 Die Realisierung des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946

5.1.1 Die Periode des Wiederaufbaus des Bibliothekswesens (1946 bis 1949)

5.1.1.1 Die grundlegenden organisatorischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Dekrets

Gleich nach der Verabschiedung des Dekrets überwog der Eindruck, einen durchschlagenden Erfolg erzielt zu haben. Die Ausgangssituation schien tatsächlich aussichtsreich. Grycz und Janiczek beschreiben hoffnungsfroh die dem Dekret vorausgegangenen Berufungen von Organen für bibliothekarische Angelegenheiten als wesentliche Erfolgsfaktoren für die Umsetzung des Dekrets.

Bereits im Februar 1945 war es gelungen, die Angelegenheiten wissenschaftlicher Bibliotheken, allgemeiner Bibliotheken und Schulbibliotheken in der neu berufenen unabhängigen Abteilung Bibliotheken im Bildungsministerium des PKWN unterzubringen.⁵¹ Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die Bibliotheken administrativ zersplittert. Mit Bibliotheksangelegenheiten beschäftigten sich damals verschiedene Referate unterschiedlicher Abteilungen im MWRiOP. Die neue Abteilung Bibliotheken setzte sich aus folgenden Referaten zusammen: allgemeine Organisation, Schulbibliotheken, allgemeine öffentliche Bibliotheken und wissenschaftliche Bibliotheken. (Janiczek 1946a, S. 11–12) Im März 1945 kam die Sektion des historischen Buches hinzu (Grycz 1946b, S. 4).

Die Umgestaltung der Abteilung Bibliotheken im März 1946 in die Generaldirektion der Bibliotheken mit einem wesentlich breiteren Aufgabenspektrum und den Aktivisten Grycz und Janiczek an der Spitze wurde als ein Erfolgsgarant angesehen. Denn es war den Bibliothekaren sogar gelungen, nicht nur alle bibliothekarischen Sachverhalte, sondern auch

⁵¹ Zum historischen Hintergrund s. Kapitel 3.2.1 und 3.2.2.

die Angelegenheiten des Verlags- und Buchwesens in der Generaldirektion der Bibliotheken zu bündeln. Ausgestattet mit Fachpersonal und finanziellen Mitteln bestand sie aus mehreren Abteilungen und Referaten. Sie wurde zum ausführenden Organ des Bildungsministers in Bibliotheksangelegenheiten. In ihre Zuständigkeit fiel die Umsetzung des Dekrets. (Grycz 1946b, S. 12; Kołodziejska 1972, S. 130–131)

Als sehr wichtig wurde die Schaffung der Zentralen Sammelstelle für Bücher (*Centralna Zbiornica Książek*) in Warschau angesehen, die wegen ihrer besonderen Funktion unmittelbar dem Bildungsministerium unterstellt wurde (Janiczek 1946a, S. 12). Sie war zuständig für die sichergestellten Bestände und ihre Verteilung (Grycz 1946b, S. 5).

Weitere Neuerungen wie das erlassene Dekret über das Staatliche Buchinstitut⁵² (Dz. U. von 1946 Nr. 12, Pos. 78) und die Berufung des Buchbeirats⁵³ (*Rada Książki*) folgten (Grycz 1946b, S. 5).

Hinzu kamen Gründungen von bibliothekarischen Ausbildungsstätten. Im Jahr 1946 wurde ein Lehrstuhl für Bibliothekswissenschaft an der Universität in Lodz eingerichtet. Er wurde schon bald in der Ausbildung von Bibliothekaren der höheren Ebene entlastet. Denn an den Universitäten mit der Studienrichtung der Philologie und Geschichte wurde im Februar 1949 auch der Studiengang Bibliothekswissenschaft etabliert. Im April 1949 folgte mit ähnlichem Studiengang die Hochschule für Gesellschaftswissenschaften (*Wyższa Szkoła Nauk Społecznych*) in Krakau. Für die Aus- und Weiterbildung der Bibliothekare der mittleren Ebene war die Ende 1948 gegründete Staatliche Einrichtung für die Ausbildung der Bibliothekare (*Państwowy Ośrodek Kształcenia Bibliotekarzy*) in Jarocin zuständig. (Grycz 1961b, S. 87–88) (Zarzębski 1991a-2000, S. 35).

⁵² Ein separates Institut für wissenschaftliche Forschung. Es führte wissenschaftliche Untersuchungen für das Bibliothekswesen, die Buchkunde und das Lesewesen durch. (Grycz 1961b, S. 76)

⁵³ Ein beratendes Organ für alle Angelegenheiten des Bibliothekswesens. Es wurde im Oktober 1945 für die Dauer von zwei Jahren berufen. Den überwiegenden Teil der Aufgaben dieses Organs sollte der Staatliche Bibliotheksbeirat übernehmen. (Grycz 1961b, S. 77)

5.1.1.2 Der Aufbau des landesweiten Netzes öffentlicher Bibliotheken

Die Bibliothekare feierten die Verabschiedung des Dekrets als einen großen Sieg (Janiczek 1946c; Dąbrowska 1946). Doch der Aufbau des landesweiten Netzes der öffentlichen Bibliotheken, vor allem des Netzes der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken, begann schleppend. Etwa ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Dekrets machte Koziol⁵⁴ auf die Verzögerungen in der Realisierung der Bestimmungen aufmerksam. Unter den seinerzeitigen Rahmenbedingungen durchaus mutig berichtet er über die mangelnde Kontinuität in der Zuweisung der finanziellen Mittel. Er bemängelt die notdürftige personelle Ausstattung der Bibliotheken und beklagt die unzureichende Unterstützung bei der Durchführung der bibliothekarischen Aktion seitens der territorialen Selbstverwaltungen. Den Fortschritt bei der Organisation der städtischen Bibliotheken empfand er als zu gering. Koziol erwähnt zwar die 240 auf Initiative der Schulverwaltung neu gegründeten Kreisbibliotheken als positive Entwicklung, fügt aber gleichzeitig hinzu, dass diese Bibliotheken leistungsschwach und nicht entwicklungsfähig waren. (Koziol 1947) Die Betreuung dieser Bibliotheken wurde überwiegend Lehrern übertragen, die diese Aufgabe neben ihren Unterrichtspflichten zu erfüllen hatten (Pawlikowska 1976b, S. 9).

Auf die Hauptprobleme des Bibliothekswesens der damaligen Zeit wies Grycz bereits kurz nach dem Inkrafttreten des Dekrets hin. Sehr ausführlich geht er auf die Höhe der benötigten Finanzmittel, den Mangel an gut ausgebildetem bibliothekarischen Personal und den Mangel an Büchern ein (Grycz 1946b, S. 7–11). Letzterer war der Zerstörung des Verlags- und Buchwesens und auch der Papierknappheit geschuldet (Janiczek 1948, S. 156). Die geringe Buchproduktion der privaten Verlage und der neu entstandenen Verlagsgenossenschaften in den Jahren 1946/1947 deckte den Bedarf in den Bibliotheken nicht im Mindesten (Kołodziejska 1972, S. 123). Die für den Ausbau des Bibliotheksnetzes vorgesehenen Budgets der Generaldirektion der Bibliotheken reichten trotz jährlicher Erhöhungen nicht aus (Grycz 1961b, S. 78). Vor allem die Organisation der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken, die zum großen Teil von den finanziellen Zuwendungen der territorialen Selbstverwaltungen abhängig waren, geriet ins Hintertreffen (Pawlikowska 1976b, S. 8). Allerdings kamen zusätzliche Finanzie-

⁵⁴ Es handelt sich dabei um einen nicht namentlich gekennzeichneten Beitrag in der Zeitschrift „Bibliotekarz“. Dass dieser Beitrag aber aus der Feder Koziols stammt, ist den nachfolgenden sich auf den Artikel beziehenden Publikationen zu entnehmen (Zarzębski 1986, S. 288; Pawlikowska 1976b, S. 9).

rungsquellen, eingebettet in ein Propaganda-Konzept, hinzu. Grycz berichtet über landesweit durchgeführte Sammlungen finanzieller und materieller Art in den Jahren 1946 und 1947 für öffentliche allgemeine Bibliotheken und Schulbibliotheken sowie für die Versorgung der „wiedergewonnen Gebiete“ mit polnischen Büchern. Eine Kontinuität im Aufbau des Netzes der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken konnte aber mit solchen Maßnahmen nicht erzielt werden. (Grycz 1961b, S. 79)

Die Problematik wurde von den Bibliothekaren nicht nur in der Fachliteratur thematisiert, sondern auch in der Tagespresse (Pawlikowska 1976b, S. 10–11). Sie erreichte breite Kreise. Der Sejm und einzelne Politiker nahmen sich der Bibliotheken an. Osóbka-Morawski übersandte am 19. April 1947 an die Woiwoden ein Rundschreiben zwecks Realisierung des Dekrets (Zarzębski 1991a-2000, Rn. 262). Auch der Sejm forderte eine beschleunigte Realisierung des Dekrets. Bierut⁵⁵ brachte die Verbreitung der Kultur bei der Eröffnung der Radiostation in Breslau am 16. November 1947 zur Sprache. (Zarzębski 1986, S. 288–289) Grycz schreibt dem Engagement der politischen Kreise eine enorme Wirkung zu. Die Verbreitung des Buches erhielt in der Politik nach seiner Beobachtung eine sehr hohe Priorität. (Grycz 1961b, S. 79–80)

Etwa ein Jahr nach Koziols kritischen Anmerkungen zur Situation der polnischen Bibliotheken lagen zuverlässige statistische Daten zum Stand des Bibliothekswesens im Land vor. Im Jahr 1948 wurde die zweite Registrierung von Bibliotheken nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs durchgeführt. Sie erfolgte auf der Grundlage der Verordnung des Bildungsministers, die am 24. Januar 1948 erlassen wurde und neben der Registrierung von Bibliotheken und der *wypożyczalnie dochodowe* auch Berichte über deren Tätigkeit einforderte (Dz. U. von 1948 Nr. 5, Pos. 38).

Die Zahlen⁵⁶ wertete Janiczek im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes aus. Bis 1948 entstanden mithilfe der territorialen Selbstverwaltungen (Grycz 1961b, S. 80) fünf Woiwodschaftsbibliotheken, und zwar in Warschau, Breslau, Stettin, Kielce und Krakau. Der Bibliotheksbe-

⁵⁵ Im Jahr 1947 wurde Bierut vom Sejm zum Staatpräsidenten gewählt.

⁵⁶ Unterschiede in den Zahlen im Vergleich zum „Kleinen Statistischen Jahrbuch“ für das Jahr 1948 ergeben sich dadurch, dass im „Kleinen Statistischen Jahrbuch“ Registrierungen bis zum 30.07.1948 berücksichtigt wurden im Aufsatz aber auch die noch danach zahlreich in den Ferienmonaten eingegangenen Registrierungen. (Janiczek 1948, S. 143)

stand der Woiwodschaftsbibliothek in Krakau konnte in der Gesamtauswertung wegen verspäteter Registrierung nicht berücksichtigt werden. Die Woiwodschaftsbibliotheken in Warschau, Breslau und Stettin besaßen jeweils zwischen 2.000 und 3.000 Bänden. Die Woiwodschaftsbibliothek in Kielce bildete mit einem Bestand von über 40.000 Bänden eine Ausnahme. Der Bestand war allerdings nicht typisch für eine Woiwodschaftsbibliothek. Denn er setzte sich aus sehr wertvollen, sichergestellten Beständen der Gutsbibliotheken zusammen. Die Organisation weiterer Woiwodschaftsbibliotheken wurde im Jahr 1948 durch die Kanzlei des Staatsrates (*Kancelaria Rady Państwa*) gestoppt, weil vorrangig Bibliotheken entstehen sollten, die unmittelbar der Literaturversorgung der Bevölkerung dienen sollten. Es entstanden viele Kreisbibliotheken. Von den insgesamt 271 Kreisen hatten lediglich sieben Kreise keine Bibliothek registriert. Die vorhandenen 264 Kreisbibliotheken besaßen zusammen 707.329 Bände. Durchschnittlich hatte also jede von ihnen 2.600 Bände. Die schnelle Entwicklung dieses Bibliothekstyps ging auf konzeptionelle Vorüberlegungen seitens der Generaldirektion der Bibliotheken zurück (Grycz 1961b, S. 79). In erster Linie sollten Kreisbibliotheken als Fundament beim Aufbau des öffentlichen allgemeinen Bibliotheksnetzes entstehen und dabei eine führende Rolle übernehmen. Denn sie leisteten einen Beitrag beim Aufbau der Gemeindebibliotheken. Außerdem versorgten sie die Bevölkerung mit Literatur. Sie versandten geschlossene austauschbare Buchbestände in Kleinstädte und Dörfer. Das war ein Zugeständnis an den akuten Büchermangel. Einen Bestand von 1.883.974 Bänden wiesen die 254 städtischen Bibliotheken auf. Den Selbstverwaltungen der Gemeinden fiel es schwer, finanzielle Mittel für Bibliotheken bereitzustellen. Die 446 Gemeindebibliotheken hatten einen Bestand von 152.748 Bänden. Das Netz der allgemeinen Bibliotheken bestand also damals aus insgesamt 986 Bibliotheken mit einem Gesamtbestand von 2.792.445 Bänden. Bei einer Bevölkerungszahl von 23.625.500 entfiel damals also auf zehn Einwohner ein Buch. (Janiczek 1948, S. 153–164)

Das Jahr 1948 war für den Aufbau des Netzes der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken „bahnbrechend“ (Grycz 1961b, S. 80). Es kamen Rundschreiben der Kanzlei des Staatsrates im Juli 1948 zwecks Gründung von Gemeindebibliotheken und im November 1948 zwecks Schaffung von Bibliotheksausleihstellen (Zarzębski 1986, S. 289).

Grycz berichtet, dass aus dem Investitionsfonds 380 Millionen zł⁵⁷ für den Aufbau von Bibliotheken bereitgestellt wurden. 80 Millionen zł waren für Bibliothekseinrichtung bestimmt und 300 Millionen zł für die Gründung von Gemeindebibliotheken. Initiativen des Komitees für die Verbreitung des Buches (*Komitet Upowszechnienia Książki, KUK*) und des Komitees der Minister für Kulturangelegenheiten (*Komitet Ministrów do Spraw Kultury, KMSK*) kamen hinzu. (Grycz 1961b, S. 81)

Die anschließende Aktion der Generaldirektion der Bibliotheken geht in die bibliothekarische Literatur Polens als ein „organisatorisches Meisterstück“ (Zarzębski 1991a-2000, S. 35) ein. Die Generaldirektion der Bibliotheken sorgte dafür, dass innerhalb von vier Monaten 1600 Gemeindebibliotheken entstanden und 20.000 Ausleihstellen in Betrieb genommen werden konnten. Eröffnet wurden sie in einem gemeinsamen Festakt am 16. Januar 1949 (Janiczek 1949, S. 5). Sie erhielten insgesamt 1.250.000 Bücher (Janiczek 1949, S. 5). Jede Gemeindebibliothek bekam 455 zentral eingekaufte Bücher mit den dazugehörigen Katalogkarten. Die Generaldirektion der Bibliotheken plante und organisierte bibliothekarische Schulungen. Denn mit einer weiteren Abordnung von Lehrern, wie sie im Fall der personellen Besetzung von Kreisbibliotheken zur Anwendung kam, war nicht zu rechnen (Kołodziejska 1972, S. 125). Um die neu entstandenen Bibliotheken mit bibliothekarisch ausgebildetem Personal besetzen zu können, wurden 1.800 Kandidaten in sechstägigen Lehrgängen für die Leitung der neuen Gemeindebibliotheken und 18.000 Kandidaten in 308 zweitägigen Kursen ausgebildet (Janiczek 1949, S. 9). Die Vermittlung solider Grundlagen für die bibliothekarische Tätigkeit sollte in entsprechenden Ausbildungsstätten erfolgen, deren Organisation noch anstand (Kołodziejska 1972, S. 127).

Zusammen mit dem Wiederaufbau des polnischen Schulwesens bildete sich das Netz der Schulbibliotheken. Die Organisation und die Verwaltung dieses Bibliothekstyps wurden in einer gesonderten Rechtsverordnung geregelt. Festgelegt wurden Entgeltregelungen für die Führung und Betreuung von Schulbibliotheken. Eingeführt wurde ein zentrales System für den Einkauf und die Erschließung der Bücher für diese Bibliotheken. Im Bildungsministerium wurde eine Kommission zur Qualifizierung von Büchern für Schulbibliotheken und allgemei-

⁵⁷ Gemessen an der Einwohnerzahl von Polen bedeutete dies eine staatliche Leistung von 15,90 zł (złoty: polnische Währung) für jeden Einwohner. Dies entsprach dem Preis von einem Schulheft in Warschau im Jahr 1947 (Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1947, S. 130).

ne Bibliotheken berufen. Die Literaturversorgung dieser Bibliotheken in den „wiedergewonnenen Gebieten“ erhielt einen besonderen Stellenwert. (Zarzębski 1991a-2000, S. 36) Allerdings verlief die Entwicklung der Schulbibliotheken ebenfalls nicht ohne Schwierigkeiten und Hindernisse. Janiczek beklagt, dass sich im Jahr 1948 das Netz der Schulbibliotheken noch nicht mit dem Netz der Schulen deckte. Zwar stieg die Zahl der Schulbibliotheken von 7.071 in 1945/46 auf 10.835 in 1947/48 und ihr Bestand wuchs von 1.476.000 Bänden auf 3.537.000 Bände an. Doch er erläutert, dass lediglich 42,8 % der allgemeinen Schulen eine Schulbibliothek hatten. Die fehlende eindeutige Benennung des Unterhaltsträgers von Schulbibliotheken im Dekret führt er als Ursache hierfür an. (Janiczek 1948, S. 145–152)

Die durch den Staat getragenen öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken konnten ihre Tätigkeit zügig aufnehmen. Sie bedurften keiner besonderen organisatorischen Maßnahmen. (Pawlikowska 1976a, S. 12) Hochschulbibliotheken erhielten einen neuen rechtlichen Status gemäß dem Dekret über die Organisation der Wissenschaft und des Hochschulwesens vom 28. Oktober 1947 (Dz. U. von 1947 Nr. 66, Pos. 415). Die Zahl der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken wuchs laut der im Jahr 1948 durchgeführten Registrierung stark an. Sie erhöhte sich von 177 Bibliotheken mit einem Gesamtbestand von 7.905.500 Bänden im Jahr 1946⁵⁸ auf 524 Bibliotheken mit 10.822.376 Bänden im Jahr 1947. Die Interpretation der Zahlen ist jedoch schwierig. Denn der enorme Unterschied in der Anzahl der Bibliotheken und der Bände ist zu einem Teil auf die Zuordnung von Fakultätsbibliotheken und Institutsbibliotheken zu den Hochschulbibliotheken zurückzuführen. Zu einem weiteren Teil ist dafür auch die Ergänzung der Bestände der Hochschulbibliotheken aus den sichergestellten Beständen der Gutsbibliotheken und der deutschen Bibliotheken ursächlich. (Janiczek 1948, S. 166–170)

Janiczek stellt auch Zahlen für die Bibliotheken außerhalb des landesweiten Netzes zusammen. Gemäß Dekret waren diese Bibliotheken im Rahmen ihrer Satzungen tätig. Allerdings unterlagen sie der im Dekret geregelten Registrierungspflicht. Sie konnten an das Netz der öffentlichen Bibliotheken angeschlossen werden und der Bildungsminister übte über diese Bibliotheken im Bereich der fachlichen Betreuung die Aufsicht aus. Im Wesentlichen waren

⁵⁸ Die Teilnahme an der Registrierung im Jahr 1946 war freiwillig und wurde unter schwierigen Bedingungen durchgeführt. Ein Anspruch auf Vollständigkeit konnte deshalb nicht erhoben werden (Janiczek 1948, S. 140).

es Bibliotheken, die gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen angehörten, z. B. den polnischen Gewerkschaften, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, dem Polnischen Jugendverband, der Bäuerlichen Selbsthilfe. Zu dieser Gruppe gehörten aber auch Bibliotheken in Krankenhäusern, Strafanstalten, Erholungsheimen und Kulturhäusern der Jugend. Insgesamt besaßen diese 2.168 Bibliotheken 1.870.477 Bände. (Janiczek 1948)

5.1.1.3 Die Erarbeitung und der Erlass von Durchführungsrechtsakten

Dass die Generaldirektion der Bibliotheken die Realisierung des Dekrets mit außergewöhnlichem Engagement in Angriff genommen hat, zeigte auch die Vielzahl der von ihr erarbeiteten rechtlichen Vorschriften. Sie reichten von der Erarbeitung der Grundlagen für die Organisation und Tätigkeit der Bibliotheken über fachliche Anforderungen an Bibliothekare und Regelungen zu ihrer Entlohnung bis hin zur Erstellung von bibliothekarischen Formularen. Eine Reihe solcher rechtlicher Vorschriften wurde erlassen, doch viele der bereits im Jahr 1944 von Grycz vorbereiteten Durchführungsbestimmungen, deren gesetzliche Grundlage das Dekret war, wurden hinausgeschoben. (Zarzębski 1986, S. 288)

Das Dekret ermächtigte überwiegend den Bildungsminister zum Erlass von Normativakten. Er sollte Vorschriften erlassen, welche die Tätigkeit der in das Netz aufgenommenen Bibliotheken regeln (Art. 2 Abs. 3), das Netz der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken festlegen und allgemeine Richtlinien zur Organisation, Tätigkeit und Zusammenarbeit herausgeben (Art. 3), Qualifikationen für das Amt des Bibliothekars in öffentlichen Bibliotheken, also in allgemeinen Bibliotheken, wissenschaftlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken, und in *wypożyczalniach dochodowych* festlegen (Art. 3), ausführliche Vorschriften zu den in Art. 5 normierten Themen erlassen (Art. 5 Abs. 4), und die Vorgaben für die Hilfestellung des Bibliotheksentrums des jeweiligen Gebiets für Bibliotheken des niedrigeren organisatorischen Grades aufstellen (Art. 9 Abs. 3). Auf Anordnung des Bildungsministers sollten Schulbibliotheken die Funktion der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken übernehmen (Art. 15 Abs. 2). Das Dekret ermächtigte den Ministerrat, den Termin festzulegen, zu dem die selbstverwaltenden Verbände dazu verpflichtet werden sollten, die Kosten der Gründung und Aufrechterhaltung ihrer öffentlichen Bibliotheken mit Beteiligung der Staatskasse selbst zu tragen (Art. 15 Abs. 4). Das Präsidium des Landesnationalrates sollte den Staatlichen Landesbiblio-

theksbeirat berufen (Art. 4 Abs. 2) und die territorialen Nationalräte sollten die Bibliotheks-komitees der entsprechenden Ebene berufen (Art. 4 Abs. 4 bis 7).

Auf der Ermächtigungsgrundlage des Dekrets wurden jedoch laut Pawlikowska bis 1949 nur wenige Anordnungen erlassen, die meisten erschienen in den 1950er Jahren und betrafen überwiegend öffentliche allgemeine Bibliotheken (Pawlikowska 1976b, S. 12).

5.1.2 Die Auswirkungen des Stalinismus auf die Realisierung im Zeitraum 1950 bis 1968

5.1.2.1 Die wesentlichen politisch-gesellschaftlichen Änderungen und ihre unmittelbaren Folgen für das Bibliothekswesen

Mit der Vereinigung der Polnischen Sozialistischen Partei und der Polnischen Arbeiterpartei zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 15. Dezember 1948 erreichte der Prozess der schleichenden Umgestaltung des Landes nach stalinistischem Muster seinen Höhepunkt (Borodziej 2010, S. 277). Damit änderte sich die politisch-gesellschaftliche Situation im Land gravierend. In der Periode des Stalinismus erstreckte die PZPR schon bald ihre Kontrolle auf die bis dahin noch von der starken politischen Indoktrination verschonten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wozu auch das Bibliothekswesen gehörte. Die Weichen im Bibliothekswesen wurden zeitnah neu gestellt.

Besonders spürbar wurde dies in der Bibliothekswelt im Februar 1949. Im Zuge der durchgeführten Säuberungen wurde Grycz von seiner Position als Generaldirektor der Generaldirektion der Bibliotheken fristlos entlassen (Zarzębski 1995, S. 16). Auch Janiczek musste die Generaldirektion der Bibliotheken verlassen (Zarzębski 1991a-2000, S. 37). Entsprechend der damaligen Personalpolitik in Polen (Borodziej 2010, S. 281) folgte auf Grycz für eine kurze Zeit Józef Skrzypek und dann Wanda Michalska, ein treues Mitglied der Staatspartei und von Beruf eine Schneiderin (Mężyński 1990, S. 21; Zarzębski 1995, S. 23). Dass die fehlende Qualifikation fatale Folgen für die weitere Entwicklung des Bibliothekswesens im Sinne des Dekrets hatte, (Zarzębski 1995, S. 23) bedarf keiner weiteren Darlegung. Zudem wurde Ende 1949 das Staatliche Buchinstitut in Lodz aufgelöst (Baumgart 1973, S. 244). Die Aufgaben

dieser Institution wurden zwischen der Nationalbibliothek, dem Institut für Literaturforschung (*Instytut Badań Literackich, IBL*) und dem Bildungsministerium aufgeteilt (Zarzębski 1991a-2000, S. 34–35).

Im Jahr 1950 hielt die ideologische Offensive Einzug in das elementare Handlungsfeld der Bibliotheken, den Bestandsaufbau. Am 1. Januar 1950 entstand die Zentrale Verlagskommission (*Centralna Komisja Wydawnicza, CKW*)⁵⁹, welche die Schaffung eines zentralen Verlagsapparats in die Wege leitete und die privaten Verlage schrittweise liquidierte. In dieser Zeit wurde zudem die zentrale Institution Das Haus des Buches (*Dom Książki, DK*) für den Buchhandel geschaffen, die eine Verstaatlichung des Buchhandels nach sich zog. (Biliński 1996a, S. 25) Die zentralistischen Tendenzen des staatlichen Systems nach dem stalinistischen Vorbild griffen auch in den bereits vorhandenen Bibliotheksbestand der Bibliotheken ein, denn es wurde sogar bestimmt, welche Bücher in den Bibliotheken vorhanden sein mussten und welche entfernt werden sollten (Biliński 1996a, S. 25).

Die bibliothekarischen Normativakte, die in den ersten Jahren dieser Periode erlassen wurden, spiegelten die vollzogene Staatsdoktrin wider. Inhaltlich zielten sie ab auf die eindeutige Präferenz für Publikationen russischer Verlage, die zentralen Abonnements für Schulbibliotheken in den Propagandaverlagen des Zentralkomitees der PZPR, den eingeschränkten Eingang bestimmter Publikationen in Bibliotheken und ihre Zugangsbeschränkung in der Benutzung sowie die Registrierung und Einstellung von Mitarbeitern (Zarzębski 1991a-2000, S. 37).

Durch das Anwachsen des Staatsapparates (Borodziej 2010, S. 280), das u. a. auch zur Aufspaltung des Ministeriums für Bildung führte, unterlag die administrative Zugehörigkeit der öffentlichen Bibliotheken einer gegensätzlichen Entwicklung. Denn die Verwaltung der drei Bibliothekstypen, die das landesweite Bibliotheksnetz bildeten, wurde dezentralisiert. Zwar wurden die im Dekret bestimmten Kompetenzen des Bildungsministers auf den Minister für Kultur und Kunst kraft des Gesetzes über die Übergabe der Zuständigkeit des Bildungsministers für Bibliotheken und Bibliotheksbestände auf den Minister für Kultur und Kunst vom 31. Oktober 1951 (Dz. U. von 1951 Nr. 58, Pos. 400) übertragen. Die Aufsicht über die Schulbibliotheken behielt jedoch das Bildungsministerium. Die Hochschulbibliotheken fielen in die

⁵⁹ Zur Situation des polnischen Buches in den Jahren 1944 – 1955 ausführlich s. Kondek 1993; Kondek 1999.

Zuständigkeit des neu entstandenen Ministeriums für Hochschulwesen. (Kołodziejska 1972, S. 63)

Die Generaldirektion der Bibliotheken wurde in Zentralverwaltung der Bibliotheken (*Centralny Zarząd Bibliotek*) umbenannt und dem Ministerium für Kultur und Kunst unterstellt, trotz der eingeschränkten Zuständigkeit im Bibliotheksbereich (Zarzębski 1991a-2000, S. 36). Die Zentralverwaltung der Bibliotheken wurde 1957 in das Departement für Bibliotheken (*Departament Bibliotek*) umgestaltet. Ein Jahr später wurde es zusammengelegt mit dem Departement für Kultur- und Bildungsarbeit (*Departament Pracy Kulturalnej i Oświatowej*). Seine Zuständigkeit wurde begrenzt auf die Angelegenheiten der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken (Kołodziejska 1972, S. 63).

Im Jahr 1961 wurde dieser Sachstand durch das Gesetz über den Tätigkeitsbereich des Ministers für Kultur und Kunst vom 16. Februar 1961 (Dz. U. von 1961 Nr. 10, Pos. 53) untermauert. Das Gesetz bestimmte, dass der Minister für Kultur und Kunst die Aufsicht über die Organisation und Tätigkeit der staatlichen allgemeinen Bibliotheken ausübt und die Grundsatzentscheidungen über die Tätigkeit aller Bibliotheken im Land in Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts trifft. (Kołodziejska 1972, S. 63)

Die stalinistische Realität führte somit zu einem Bedeutungsverlust des Dekrets. Eine Berufung auf die Regelungen des Dekrets war bereits nach 1949 „*stillschweigend verboten*“ (Zarzębski 2001, S. 4). Die administrative Dezentralisierung und das Fehlen eines übergeordneten, die Realisierung der Bibliothekspolitik im Land überwachenden Organs, zog die Desaktualisierung (Kołodziejska 1972, S. 63) einiger Bestimmungen des Dekrets nach sich. Mit Bedauern sahen die polnischen Bibliothekare machtlos zu, wie das so schwer erkämpfte und so mühsam ins Leben geführte Dekret aus ideologischen und politischen Gründen faktisch an Geltung verlor (Zarzębski 1986, S. 290; Biliński 2001, S. 18). Mit der Zeit wurde das Dekret für die polnischen Bibliothekare immer unwichtiger. Pawlikowska berichtet, dass mit dem Jahr 1950 die Anzahl der Artikel über das Dekret und seine Umsetzung kontinuierlich abnahm (Pawlikowska 1976b, S. 12).

5.1.2.2 Der Ausbau des Bibliothekswesens innerhalb der neuen organisatorischen Strukturen der Bibliotheken

Der Wiederaufbau des Bildungswesens des neu entstandenen Staates lief in diesem Zeitabschnitt auf Hochtouren. Der Bedarf an Bildung war enorm. Das Analphabetentum sollte beseitigt, das allgemeine Bildungsniveau angehoben und die Intelligenz neu geschaffen werden. (Borodziej 2010, S. 275) Auf- und ausgebaut wurde neben dem Schulwesen auch das Hochschulwesen. Im ganzen Land entstand ein Netz von Universitäten, Technischen Hochschulen und Akademien. Die Zahl der Studenten wuchs. Es wurden neue Formen von Vereinigungen wissenschaftlicher Institutionen geschaffen. (Dobosiewicz 1955, S. 26–27) Dieser dynamische Prozess im Bildungswesen im Geiste des Marxismus-Leninismus-Stalinismus (Borodziej 2010, S. 291) und das in Folge eingetretene Wirtschaftswachstum sowie die allgemeine und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft führten zum Anwachsen der Zahl der Bibliotheken (Zarzębski 1969, S. 7). Auch wenn die Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens nach 1950 nicht gemäß allen Bestimmungen des Dekrets erfolgte, gestaltete die schöpferische Kraft des Dekrets dennoch den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau des Bibliothekswesens in Polen (Dziesięciolecie ustawy o bibliotekach (Dyskusja w redakcji) 1978, S. 59). Trotz der damaligen starken politischen Indoktrination und der Zersplitterung der Bibliothekspolitik wird der Stand des Bibliothekswesens in diesen Jahren deshalb als erfolgreich betrachtet (Zarzębski 1991a-2000, S. 48).

Nach den Ausführungen von Zarzębski etablierte sich das Netz der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken und die Tätigkeit dieser Bibliotheken innerhalb des Netzes entwickelte sich weiter. Sie hatten mittlerweile eine solide Finanzierungsgrundlage. Bereits Mitte 1949 übernahm der Staat die Finanzierung der Woiwodschaftsbibliotheken und nach der Auflösung der selbstverwaltenden Strukturen des Staates auch aller weiteren öffentlichen allgemeinen Bibliotheken. Ausgebaut wurden das Netz der Schulbibliotheken und der pädagogischen Bibliotheken. Es entstand das separate Netz der Bibliotheken PAN. Es bildeten sich weitere Netze, wie das Netz der Fachbibliotheken sowie das Netz der Bibliotheken der Informations-einrichtungen in den einzelnen Wirtschaftsressorts. Aufgebaut wurde das Netz der Gewerkschaftsbibliotheken. Auch das Netz der Militärbibliotheken wurde größer. (Zarzębski 1969, S. 8–9; Zarzębski 1991a-2000, S. 37–47) Dem hohen Bedarf an Bibliothekaren entsprechend entwickelte sich die Ausbildung für den bibliothekarischen Beruf. Es entstanden zahlreiche

Ausbildungsstätten,⁶⁰ vor allem für die höhere und mittlere Qualifikationsebene (Zarzębski 1969, S. 9). Außerdem wurde die neue Berufsgruppe *bibliotekarz dyplomowany* geschaffen. Die Angehörigen dieser Berufsgruppe erhielten den Rang eines wissenschaftsdidaktischen Beschäftigten (Zarzębski 1991a-2000, S. 47).

Während der Geltungsdauer des Dekrets wurden 40.000 Bibliotheken neu gegründet. Ihr Bibliotheksbestand wuchs auf 157.000.000 Bände an. (Pawlikowska 1976b, S. 12) Im Jahr 1968 gab es 51.000 Bibliotheken mit insgesamt 185.000.000 Medieneinheiten und einer jährlichen Ausleihe von 240.000.000 Bänden⁶¹ (Zarzębski 1969, S. 4).

5.1.3 Die nicht-realisierten Bestimmungen des Dekrets

Einige grundlegende Bestimmungen des Dekrets wurden überhaupt nicht verwirklicht.⁶² Hierzu gehörten die Regelungen über den Staatlichen Bibliotheksbeirat und die Bibliotheks-komitees, als Elemente der gesellschaftlichen Kontrolle über Bibliotheken. Der Staatliche Bibliotheksbeirat wurde nicht berufen. Die Bibliotheks-komitees entstanden zwar, aber sie wurden schnell in die Struktur der Nationalräte eingegliedert. Im Jahr 1953 wurden sie aufgelöst. Der stellvertretend für die Aufgaben des Staatlichen Bibliotheksrates und der Bibliotheks-komitees einberufene Rat für Lektüre und Buch (*Rada Czytelnictwa i Książki*) mit seinen territorialen Organen spielte laut Kołodziejska zu keiner Zeit eine wesentliche Rolle. Er wurde diverse Male umgestaltet und schließlich aufgelöst. (Zarzębski 1965, S. 5; Kołodziejska 1972, S. 63)

Laut Krystyna Remerowa wurden die Bestimmungen zur Koordinierung und Zusammenarbeit der Bibliotheken nicht umgesetzt, vor allem die in diesem Rahmen vorgesehene Spezialisierung beim Bestandsaufbau der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken. Die Ausleihe zwischen den Bibliotheken entwickelte sich nicht so gut wie vorgesehen. Ihrer Ansicht nach enttäuschte auch die Umsetzung der Verpflichtung der Bibliotheken für die Versorgung der

⁶⁰ Näher hierzu Zarzębski 1969.

⁶¹ Das Statistische Jahrbuch von 1969 weist allerdings im Jahr 1968 50.841 Bibliotheken mit einem Gesamtbestand von 191.615.000 Bänden und einer Ausleihe von 249.741.000 auf (Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1969, S. 464).

⁶² In der Sammlung „Przepisy prawne dla bibliotek powszechnych“ [Rechtsvorschriften für öffentliche Bibliotheken] stellt Zarzębski die überholten bzw. nicht umgesetzten Bestimmungen des Dekrets kursiv dar und zeigt die Gründe für die nicht erfolgte Verwirklichung auf (Zarzębski 1965, S. 3–9).

Leser unabhängig von ihrem Wohnort, was sogar in der Verfassung von 1952 festgeschrieben wurde. Das landesweite Bibliotheksnetz blieb nach den Beobachtungen von Remerowa eine leere Worthölse, die in der Praxis nicht konkretisiert wurde. Denn es gab zwischen den unterschiedlichen Bibliothekstypen keine Abhängigkeiten, welche die Bibliotheken so verbanden, wie es in den Ressortnetzen der Fall war. Verantwortlich für den Stand der Dinge machte Remerowa die Bibliothekare selbst, die eher ihre eigenen Interessen verfolgten. Zudem führt sie aus, dass sich die Bibliothekare unter dem Begriff „landesweites Bibliotheksnetz“ nichts vorstellen konnten, da sie die Bibliothek aus ihrer Erfahrung heraus als eine autarke Einrichtung kannten. Als weitere Gründe für die aus ihrer Sicht unzureichende Umsetzung der Bestimmungen des Dekrets benennt sie die erfolgte Dezentralisierung in der Verwaltung der Bibliotheken und den schwachen Einfluss seitens der Leser. Letztlich räumt die Autorin aber auch ein, dass das Wissen über Bibliotheken und deren Möglichkeiten im Allgemeinen begrenzt seien und deshalb auch die Einwirkung seitens der Leser und des Gesetzgebers nur sehr eingeschränkt möglich sei. (Remerowa 1966, S. 31–37) Ähnlich sieht dies auch Grzegorz Chmielewski. Die Bestimmungen des Dekrets wurden nach seiner Einschätzung nicht verstanden, sodass das landesweite Bibliotheksnetz mit Verwaltungsmitteln organisiert werden musste. (Chmielewski 1996, S. 44)

Andere Ursachen für die nicht zufriedenstellende Verwirklichung der Leitprinzipien des Dekrets führt Kołodziejska aus der historischen Perspektive an. Ihrer Meinung nach erstickte die Regulierung aller Lebensbereiche durch den Staat die gesellschaftlichen Aktivitäten. Die Individualität des Einzelnen konnte sich nicht entfalten. Dies führte in die Passivität und letztlich dann auch in die Unselbstständigkeit der Bibliothekare bei der Entscheidungsfindung und zur Mutlosigkeit beim Experimentieren. (Kołodziejska 1992, S. 53–55).

5.2 Die Realisierung des Bibliotheksgesetzes vom 9. April 1968

5.2.1 Das Bibliothekswesen der Volksrepublik Polen in den Jahren 1968 bis 1979⁶³

5.2.1.1 Die Umsetzung der Organisationsstruktur der Bibliotheksnetze und die Organisation der Bibliotheken

Die im Art. 12 des Bibliotheksgesetzes neu in die Struktur des landesweiten Bibliotheksnetzes eingeführten Ressortnetze wurden schrittweise eingerichtet. Berufen wurden Bibliotheksnetze in folgenden Ressorts: im Verteidigungsministerium (*Ministerstwo Obrony Narodowej, MON*), in der Polnischen Akademie der Wissenschaften, im Zentralrat der Gewerkschaften (*Centralna Rada Związków Zawodowych, CRZZ*) und im Ministerium für Bildung und Erziehung (*Ministerstwo Oświaty i Wychowania, MOiW*) (Pawlikowska 1978, S. 398). Das MON erließ Normativakte für wissenschaftliche Militärbibliotheken und Fachmilitärbibliotheken sowie öffentliche Militärbibliotheken. Das im Jahr 1971 berufene Bibliotheksnetz der PAN wurde gebietsweise durch fünf eigenständige PAN-Bibliotheken koordiniert. Die Bibliotheken des CRZZ wurden im Jahr 1973 durch die Bestimmungen des Gesetzes über Bibliotheken von 1968 umfasst. Das MOiW gestaltete das Netz der pädagogischen Bibliotheken. (Zarzębski 1991a-2000, S. 56)

Aufgrund der Änderungen in der administrativen Gliederung Polens in den 1970er Jahren unterlag das Netz der öffentlichen Bibliotheken einer Reorganisation. Zunächst wurde im Jahr 1972 die Zahl der dörflichen Kleinstverwaltungen (*gromady*) von 8790 auf 4315 verringert und im Jahr 1973 wurden sie zugunsten von 2365 neuen Großgemeinden liquidiert. Dies führ-

⁶³ Die Kapitel 5.2.1.1 bis 5.2.1.3 stützen sich überwiegend auf die Ausführungen von Pawlikowska und Zarzębski und die in ihren Publikationen in Form einer Liste bzw. eines Katalogs aufgeführten Durchführungsbestimmungen. Der Erlass von Durchführungsbestimmungen war in hohem Maße von der ökonomischen Situation im Land abhängig (Pawlikowska 1975a, S. 132). Die genaue Zahl der Durchführungsrechtsakte lässt sich nicht ermitteln, da die diesbezüglichen Angaben in der Literatur stark schwanken (Pawlikowska 1975a, S. 131–132; Pawlikowska 1978, S. 402–406; Zarzębski 1991a-2000, S. 48–59; Pawlikowska 1975b). Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass einige Durchführungsrechtsakte zu *druki powielane* gehören, d. h. nicht veröffentlicht wurden. Abgesehen davon trug die Verwendung unterschiedlicher Begriffe, wie „Durchführungsbestimmungen“ (*przepisy wykonawcze*), „Durchführungsrechtsakte“ („*akty wykonawcze*“) und „Rechtsakte“ („*akty prawne*“), zu dieser Ungenauigkeit bei. Aus diesen Gründen werden zwar die in den Durchführungsbestimmungen geregelten Sachverhalte dargestellt, der Kurznachweis verweist aber auf die jeweilige Publikation der beiden Autoren und nicht auf den entsprechenden Durchführungsrechtsakt bzw. die entsprechende Durchführungsbestimmung.

te dazu, dass anstelle der verbliebenen Dorfbibliotheken (*biblioteki gromadzkie*) Bibliotheksfilialen entstanden. Weitaus größere Auswirkungen auf das Netz der öffentlichen Bibliotheken hatte aber die im Jahr 1975 erfolgte Verwaltungsreform, die ein zweigliedriges Verwaltungssystem etablierte und die Kreisebene abschaffte. Die Kreisbibliotheken, die bis dato Stützpfiler des Netzes der öffentlichen Bibliotheken waren, wurden in städtische Bibliotheken (*biblioteki miejskie*) umgewandelt. Mit der Erhöhung der Zahl der Woiwodschaften vergrößerte sich auch die Zahl der Woiwodschaftsbibliotheken. Dies wurde begleitet durch eine große Anzahl von Vorschriften, welche die Organisation der Bibliotheken, aber auch die Zusammenarbeit unter den öffentlichen Bibliotheken, den Schulbibliotheken und den pädagogischen Bibliotheken regelten. (Biliński 2005, S. 73; Zarzębski 1991a-2000, S. 54–55)

Bestimmt wurden die Grundsätze der bibliothekarischen Leistungen für Kranke in Einrichtungen, die dem Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge (*Ministerstwo Zdrowia i Opieki Społecznej, MZiOS*) unterstellt waren (Pawlikowska 1978, S. 398). Umfangreich geregelt wurden auch die Tätigkeit der Schulbibliotheken und ihre Zusammenarbeit mit den öffentlichen Bibliotheken. (Zarzębski 1991a-2000, S. 55)

Einige Bibliotheken des Typs Spezialbibliotheken, öffentliche Bibliotheken, pädagogische Bibliotheken und Museums- und Vereinsbibliotheken erhielten den Status einer wissenschaftlichen Bibliothek (Pawlikowska 1978, S. 398).

An das landesweite Bibliotheksnetz wurden im Jahr 1970 bestimmte Bibliotheken der wissenschaftlichen Vereine angeschlossen. (Pawlikowska 1975a, S. 133)

In den Jahren 1958 bis 1978 erhielten die Woiwodschafts-, Kreis- und Gemeindebibliotheken, aber auch große Bibliotheken, wie die Nationalbibliothek, die Statistische Bibliothek und die Zentrale Militärbibliothek, Statuten und Bibliotheksordnungen (Pawlikowska 1978, S. 398).

Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Bibliothekssektors in dieser Zeit waren der weitere Aufbau des wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Informationssystems und die Einbindung der Bibliotheken in dieses System, die bereits dem landesweiten Bibliotheksnetz angehörten. Im Jahr 1971 wurden Beschlüsse vom Ministerrat erlassen, welche die Regelungen des Bibliotheksgesetzes berührten. Der Beschluss Nr. 35 des Ministerrates vom 12. Februar 1971 zur Entwicklung der wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen

Information definierte die Informationstätigkeit und bestimmte den Umfang des landesweiten Netzes der Informationseinrichtungen. Dieses Netz umfasste u. a. auch Bibliotheken und Archive. Die Organisation des Netzes und der Zuständigkeiten innerhalb des Informationssystems regelte der ebenfalls am 12. Februar 1971 erlassene Beschluss Nr. 36 des Ministerrates bezüglich der Änderung der Tätigkeit, der Namensgebung und der Teilung des Zentralinstituts der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Information. Infolge dieser Beschlüsse entstand eine Vielzahl von Vorschriften, welche die Funktionsweise und den Tätigkeitsbereich des Systems konkretisierten. Die Einbeziehung der Bibliotheken in dieses System gemäß anderen rechtlichen Vorschriften eines niedrigeren Ranges – auch wenn der Art. 13 Abs. 4 des Bibliotheksgesetzes eine solche Möglichkeit eröffnete – und insbesondere die Unterordnung der Bibliotheken unter andere koordinierende und aufsichtführende Organe riefen kritische Reaktionen in der bibliothekarischen Community hervor.

Im Jahr 1979 gab es in Polen 37.008 Bibliotheken mit einem Gesamtbestand von 284.071.000 Bänden und 273.122.000 Ausleihen (Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1980, S. 425).

5.2.1.2 Die Konkretisierung der Arbeitsvorgänge in Bibliotheken

Besondere Aufmerksamkeit erhielten Bibliotheken, die dem landesweiten Bibliotheksnetz angehörten. Der Bestandsaufbau und die Bestandserschließung wurden in Durchführungsrechtsakten ausführlich geregelt. Bestimmt wurden die Grundsätze der Ablieferung von Pflichtexemplaren gedruckter Medien und Tonaufnahmen.⁶⁴ Geregelt wurden auch die Meldung von Antiquariatsangeboten an bestimmte Bibliotheken und der Tausch, die Schenkung oder der Verkauf bibliothekarischer Materialien. Zwecks Spezialisierung des Bibliotheksbestandes wurden einige rechtliche Vorschriften herausgegeben. Es wurden die Grundsätze zur Spezialisierung des Bibliotheksbestandes und zur Informationstätigkeit der zentralen wissenschaftlichen Bibliotheken und ihrer Gründung von Netzen erlassen. Dabei wurde die Realisierung des Plans der Spezialisierung von Bibliotheksbeständen dem Informationszentrum

⁶⁴ Letztlich mündete das Regeln dieses Sachverhalts in dem eigenständigen Gesetz über bibliothekarische Pflichtexemplare vom 7. November 1996 (Dz. U. von 1996 Nr. 152, Pos. 722) und der es ergänzenden Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst, welche die zum Empfang berechtigten Bibliotheken ausweist und die Modalitäten der Ablieferung bestimmt (Dz. U. von 1997 Nr. 29, Pos. 161). Die Liste umfasst 16 berechnete Bibliotheken. Damit wurden die Artikel 32 und 33 des Bibliotheksgesetzes vom 1968 aufgehoben.

CINTE⁶⁵ zugeordnet. Geregelt wurde auch die Versorgung der öffentlichen Bibliotheken mit Medien aus der laufenden Verlagsproduktion und es wurden Ratschläge für den Kauf von Neuerwerbungen für die kommenden Jahre erarbeitet.

Für den Bereich Erschließung wurde eine umfangreiche Instruktion für die Bearbeitung von Bibliotheksmaterialien herausgegeben, und zwar zu ihrer Bewertung, Inventarisierung und Aussonderung. Nach Kritik seitens wissenschaftlicher Bibliothekare wurde diese überarbeitet. Es gab auch Hinweise für die Sicherung und Konservierung von Bibliotheksmaterial.

Für den Bereich Benutzung wurde die Ausleihe zwischen den Bibliotheken geregelt, davor wurden die Grundsätze des Zugangs zu bestimmten Bibliotheksmaterialien innerhalb des landesweiten Bibliotheksnetzes bestimmt. Für den Bereich der öffentlichen Bibliotheken wurde der Umgang mit audiovisuellen Medien zusätzlich geregelt, und zwar deren Erwerb, Katalogisierung, Aufbewahrung und Zugänglichmachung. Bestimmt wurden auch die Öffnungszeiten dieser Bibliotheken für Leser.

Veröffentlicht wurden auch andere rechtliche Vorschriften, welche die Zentralen Kataloge der ausländischen Verlage in der Nationalbibliothek und die Normierung betrafen, und zwar u. a. im Bereich der Bibliografie und sogar das Drucken von Katalogisaten. (Für die Erstellung des Kapitels wurden genutzt: (Pawlikowska 1975a; Pawlikowska 1978; Zarzębski 1991a-2000, S. 48–59)

5.2.1.3 Die Bibliothekare – Berufsgruppen, Beruf und Ausbildung

Die Sachverhalte des bibliothekarischen Berufs und der bibliothekarischen Ausbildung wurden nach Inkrafttreten des Bibliotheksgesetzes nicht wesentlich verändert. Es galten die Vorschriften für Beschäftigte von Bibliotheken in verschiedenen Bibliothekstypen von 1966 bzw. für *bibliotekarz dyplomowany* von 1967. Für eine kurze Zeit wurden für die Mitarbeiter in Hochschulbibliotheken separate rechtliche Regelungen angewendet. Bedeutende Entscheidungen und eine Vereinheitlichung in der Beschäftigung und Entlohnung der Bibliotheksbeschäftigten gab es erst im Jahr 1974 im Wege der vom Ministerrat erlassenen Verordnung vom 16. August 1974 für Beschäftigte in der Verbreitung der Kultur, den Archiven und der Polni-

⁶⁵ Näheres zum Informationszentrum CINTE s. Fußnote 13.

schen Filmothek. Denn diese für öffentliche Bibliotheken geltenden Bestimmungen wurden auch auf Bibliotheken anderer Ressortnetze ausgedehnt. (Pawlikowska 1975a, S. 134; Zarzębski 1991a-2000, S. 53) Spätere Normativakte, die auf der Ermächtigungsgrundlage anderer Spezialgesetze zu diesem Sachverhalt erlassen wurden, verkomplizierten die rechtliche Situation der Berufsgruppe der Bibliotheksbeschäftigten und führten zu deren Desintegration. In deren Folge gab es u. a. unterschiedliche Entgelt- und Arbeitszeitregelungen für Bibliotheksbeschäftigte der jeweiligen Ressorts. (Howorka 1982; Zarzębski 1991a-2000, S. 54). Die Grundsätze verschiedener Auszeichnungen für besonders verdienstvolle Bibliothekare wurden in mehreren weiteren Normativakten geregelt (Zarzębski 1991a-2000, S. 54).

Im Zeitraum 1970 bis 1980 kam es zu einer enormen Entwicklung und Umstrukturierung in der Bibliotheksausbildung im höheren und gehobenen Dienst.⁶⁶ Die Phase des explosionsartigen Ausbaus bibliothekarischer Bildungsstätten und die vielen Änderungen in der bibliothekarischen Ausbildung wurden jedoch in der Community kritisiert. Ersteres bezeichnet Marcin Drzewiecki als Dominanz der Quantität über die Qualität (Drzewiecki 1996).

5.2.1.4 Der Staatliche Bibliotheksbeirat und die korrespondierenden Gremien auf der Ressortebene

Gemäß Art. 10 des Bibliotheksgesetzes wurde die Geschäftsordnung des Staatlichen Bibliotheksbeirats⁶⁷ erarbeitet und am 17. Dezember 1968 durch den Ministerrat bestätigt (Paliński 1978, S. 407). Gemäß § 2 der Geschäftsordnung setzte sich der Staatliche Bibliotheksrat aus 22 Mitgliedern und dem Vorsitzenden zusammen. Neben den Direktoren der Nationalbibliothek und des Zentralinstituts für Wissenschaftlich-Technische und Wirtschaftsinformation als Mitglieder ex officio bestand er aus zehn von Ministern, vier vom Verein Polnischer Bibliothekare und sechs von anderen Institutionen ernannten Mitgliedern. Somit konnten die Ministerien einen entscheidenden Einfluss auf die Politik im Beirat ausüben. Zudem übernahm gemäß § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Unterstaatssekretär des Ministeriums für Kultur und Kunst den Vorsitz. (Doniesienia: Regulamin Państwowej Rady Bibliotecznej 1969) Die-

⁶⁶ Ausführlicher hierzu s. Zarzębski 1991a-2000, S. 52–53. Ende der 1980er Jahre wurde der Studiengang Bibliothekswissenschaft in 14 Universitäten angeboten. Dieselbe Anzahl an Schulen (dabei fünf als Fernstudium) gab es für den gehobenen Dienst. (Biliński 1988, S. 413)

⁶⁷ Die erste Änderung dieser Geschäftsordnung erfolgte im Jahr 1973.

ser war aber gleichzeitig auch für die Realisierung des Bibliotheksgesetzes verantwortlich. Zu Recht wurde unter den Bibliothekaren vehement darauf hingewiesen, dass diese doppelte Funktion äußerst kontraproduktiv war. (Zarzębski 1991a-2000, S. 49) Der Bibliotheksbeirat arbeitete in vier Sektionen. Ihm wurden Beratungs-, Begutachtungs- sowie Koordinierungsfunktionen übertragen. Das ausführende Organ war das Präsidium des Beirats, zu dem der Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Sekretär und die Vorsitzenden der jeweiligen Sektion gehörten. (Doniesienia: Regulamin Państwowej Rady Bibliotecznej 1969) Die konstituierende Sitzung erfolgte am 5. Mai 1969 (Gruberska 1969). Den Vorsitz übernahm Zygmunt Garstecki, zum Stellvertreter wurde Witold Stankiewicz (Direktor der Nationalbibliothek) gewählt und zur Sekretärin Ewa Pawlikowska (Vizedirektorin des Departements für Arbeit in Kultur und Bildung und Bibliotheken) (Gruberska 1969). Nach Pawlikowska ergriff der Bibliotheksbeirat Initiativen für die schnellere Umsetzung der Bestimmungen des Bibliotheksgesetzes und bereitete eine Reihe bibliothekarischer Normativakte vor. (Pawlikowska 1975a, S. 131) Allerdings genoss er anscheinend von Anbeginn seiner Tätigkeit keine große Anerkennung in der Community. Pawlikowska führt die Leistungen des Bibliotheksbeirats aus und weist dabei das Meinungsbild einiger Bibliothekare, dass der Staatliche Bibliotheksbeirat ein „ratloser Rat“ sei, weit von sich (Pawlikowska 1975a, S. 134). Ungeachtet dessen gab es in dieser Zeit deutliche Hinweise, dass die Organisation des Staatlichen Bibliotheksbeirats überdacht werden sollte im Hinblick auf die hohe Fluktuation der Mitglieder und ihrer Fachkompetenz, damit der Bibliotheksbeirat die Anerkennung in der Bibliothekswelt erlangen könne (Paliński 1978, S. 410–411).

Auf der Ressortebene wurden korrespondierende Gremien einberufen, wie z. B. im Ministerium für Bildung und Hochschulwesen (*Ministerstwo Oświaty i Szkolnictwa Wyższego, MOiSW, MOiSzW*) die Kommission des Hauptbeirats für Bibliotheken (1969) sowie in der Polnischen Akademie der Wissenschaften die Kommission für Bibliotheken, wissenschaftliche Information und Archive (1971). (Zarzębski 1991a-2000, S. 56)

5.2.1.5 Die Beurteilung der Realisierung des Bibliotheksgesetzes aus der Sicht der staatlichen Organe sowie bibliothekarischer und weiterer Organisationen

Die Umsetzung der Bestimmungen des Bibliotheksgesetzes wurde diverse Male diskutiert und bewertet, oft von staatlichen Organen, aber auch von anderen Organisationen. Die erste

Einschätzung erfolgte bereits im Jahr seiner Verkündung durch die Sejmkommission für Kultur (Pawlikowska 1975a, S. 130). Diese fiel äußerst positiv aus. Es hieß, dass das Gesetz den hohen Rang des bibliothekarischen Berufes hervorhebe und die rechtliche Situation aller Bibliothekstypen gemäß den Anforderungen einer modernen Arbeitsorganisation von Bibliotheken regele (Kaczmarek 1969, S. 312). Die Umsetzung des Bibliotheksgesetzes spielte wohl für die Sejmkommission für Kultur und Kunst eine prominente Rolle, denn sie beschäftigte sich mit der Thematik regelmäßig, und zwar im März 1970, Februar 1974, Oktober 1976 und Mai 1978. Nach Pawlikowska stütze sich das Gutachten von 1970 auf die vorbereiteten Materialien des Ministeriums für Kultur und Kunst und fiel wenig überraschend positiv aus. Es wurde angemerkt, dass eine zweijährige Geltungsdauer des Gesetzes zu kurz für eine umfassende Beurteilung sei. Grundlage der folgenden Gutachten waren nicht mehr Materialien aus dem Haus des Ministeriums für Kultur und Kunst, sondern Publikationen der Fachwelt, und zwar der „Raport o stanie bibliotek polskich“ [Rapport über den Stand der polnischen Bibliotheken] der Nationalbibliothek (Assbury u. a. 1974) und das ebenfalls von der Nationalbibliothek erstellte „Program rozwoju bibliotekarstwa polskiego do 1990 r.“ [Programm zur Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens bis zum Jahr 1990] (Państwowa Rada Biblioteczna przy Ministrze Kultury i Sztuki (Warszawa) 1978) sowie das „Ocena stopnia realizacji ustawy w latach 1968-1974“ [Gutachten zur Realisierung des Bibliotheksgesetzes in den Jahren 1968-1974] aus der Feder des Departments für Bibliotheken. Auf der Basis dieser Materialien beurteilte Pawlikowska zufolge die Sejmkommission die Tätigkeit des Departements Bibliotheken positiv, machte aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit der Stärkung der Rolle des Ministers für Kultur und Kunst als Beauftragten des gesamten Bibliothekswesens aufmerksam. Bemerkt wurden auch das Fehlen von Spezialstellen für bibliothekarische Angelegenheiten und Versäumnisse im Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken. Letztlich sprach sie sich für eine Novellierung des Bibliotheksgesetzes im Hinblick auf die wissenschaftliche, technische und ökonomische Information. (Pawlikowska 1975a, S. 131; Pawlikowska 1978, S. 400)

Der Staatliche Bibliotheksbeirat blieb ebenfalls nicht untätig. Auf seine Initiative entstand u.a. „Harmonogram prac na lata 1975-1976 i do roku 1980 nad realizacją ustawy o bibliotekach“ [Arbeitszeitplan für die Jahre 1975-1976 und bis ins Jahr 1980 für die Realisierung des Bibliotheksgesetzes], der auf dem Rapport über den Stand der polnischen Bibliotheken und dem Gutachten zur Realisierung des Bibliotheksgesetzes basierte. Der Arbeitszeitplan sah

eine Analyse des Istzustands, der Bedarfe und der Entwicklungsrichtungen der wissenschaftlichen Bibliotheken bestimmter Ressorts und der Bibliotheken der Berufsverbände vor. Außerdem forderte er eine Prüfung des Istzustands und der benötigten Bedarfe im Bereich des Bibliotheksbaus, eine Analyse der wissenschaftlichen Arbeiten, die von öffentlichen Bibliotheken wahrgenommen werden, sowie die Organisation von Treffen mit Vertretern der Ressorts, damit die Bestimmungen des Gesetzes schneller umgesetzt werden können. (Pawlikowska 1978, S. 400–401)

Ein erheblicher Anteil an dem Realisierungsprozess des Bibliotheksgesetzes kommt dem Verein Polnischer Bibliothekare zu. Auf seine Initiative hin entstanden sehr viele Artikel, die sich mit der Verwirklichung der Bestimmungen auseinandersetzten und in den renommierten bibliothekarischen Zeitschriften veröffentlicht wurden. (Pawlikowska 1978, S. 401)

Mit dem Stand der Umsetzung des Bibliotheksgesetzes beschäftigten sich sogar andere gesellschaftliche Organisationen. Der Verband der Polnischen Lehrerschaft (*Związek Nauczycielstwa Polskiego*) stellte für die Sejmkommission für Wissenschaft Materialien über den Stand und die Bedarfe der Hochschulbibliotheken zusammen. Der Berufsverband der Beschäftigten im Bereich Kultur und Kunst (*Związek Zawodowy Pracowników Kultury i Sztuki*) setzte sich mit der Gehaltssituation und der Qualifizierung der Beschäftigten in öffentlichen Bibliotheken auseinander. (Pawlikowska 1978, S. 401)

Pawlikowska fasst die Analyse der Materialien wie folgt zusammen: Der Art. 9 des Bibliotheksgesetzes wurde nicht adäquat umgesetzt. Die Institutionen, denen Hochschulbibliotheken und öffentliche Bibliotheken zugeordnet waren, sorgten nicht im erforderlichen Maß für die nötigen Bedingungen der Bibliotheken und für deren Entwicklung. Nicht vollständig realisiert wurde der Art. 12, der die Gründung von Ressortnetzen empfahl. So entstand z. B. im Ressort für Kultur und Kunst lediglich das Netz der öffentlichen Bibliotheken. Die Bibliotheken der Kunsthochschulen, der Museen und andere Bibliotheken, die dem Ressort für Kultur und Kunst unterstellt waren, gehörten keinem Netz an und entbehrten somit der fachlichen Unterstützung. Es wurden Lösungen benötigt für das Problem der überzähligen Drucke aus dem landesweiten Bibliotheksnetz. Auf Realisierung warteten Art. 13 Abs. 2, der für die Magazinierung wenig benutzter Materialien die Bildung von Speicherbibliotheken empfahl, sowie Art. 16, der die Sicherung und Konservierung der Bibliotheksbestände betraf. Auf die Umsetzung warteten ferner die Bestimmungen des Art. 20, welche die Benennung von Bibliotheken emp-

fahlen, die zur Ausübung einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit zwecks Entwicklung des Bibliothekswesens verpflichtet gewesen wären. Die Organisation und die Grundlagen der Tätigkeit der Fachbibliotheken im landesweiten Bibliotheksnetz wurden ebenfalls noch nicht umgesetzt (Art. 21). (Pawlikowska 1978, S. 402)

Trotzdem beurteilte Pawlikowska den Stand der Realisierung Ende 1978 insgesamt positiv. Die Realisierung erfolgte in einem beachtlichen Maß und umfasste die grundsätzlichen Dinge, auch wenn der Prozess nicht planmäßig und nicht regelmäßig verlief (Pawlikowska 1975a, S. 132). Die Analysen bewiesen ihrer Meinung nach, dass die Durchführungsanordnungen für die tägliche Tätigkeit der Bibliotheken von Nutzen seien und das Bibliotheksgesetz nicht überaltert, sondern von Wert für die Gestaltung der Bibliothekspolitik im Land sei. (Pawlikowska 1978, S. 402)

Ähnlich wurde die Realisierung des Bibliotheksgesetzes auf der Konferenz anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Bibliotheksgesetzes unter dem Titel „Stand und Entwicklungsrichtungen des Bibliotheksrechts in Polen“ in Lodz vom 6.-7. April 1978 bewertet. Doch die Bibliothekare nutzten die Gelegenheit auch, um auf die Schwächen im Bibliothekswesen aufmerksam zu machen. Als wichtig für eine erfolgreiche Entwicklung der Bibliotheken wurde die Existenz eines Ausführungsorgans entweder auf der Ebene der Ressorts oder darüber angesehen, das inspirierend und koordinierend auf die Bibliothekspolitik einwirken könnte. Außerdem wurde die Zusicherung eines konstanten Zugangs von grundlegenden ausländischen Publikationen (insbesondere wissenschaftlicher Zeitschriften) für den Bibliotheksbestand gewünscht. Ganz allgemein wurde die Notwendigkeit der Modernisierung des Bibliothekswesens betont, wobei ganz besonders die dringenden Bedarfe im Bibliotheksbau und die Zusicherung ausreichender Mittel hierfür in den verschiedenen Ressorts thematisiert wurden. (Fajkowski 1978, S. 395–396)

Detaillierte Kritik an der Realisierung des Bibliotheksgesetzes wurde in der Diskussion anlässlich der 10-jährigen Verkündung des Bibliotheksgesetzes formuliert. Sie wurde von der Redaktion der Zeitschrift „Bibliotekarz“ durchgeführt. Die Mehrzahl der Teilnehmer wünschte eine Kontrolle für die Realisierung des Bibliotheksgesetzes. Hingewiesen wurde auf die Notwendigkeit der Gründung eines zentralen Organs mit breiten Kompetenzen im Bereich der Verwaltung des Bibliotheksnetzes oder alternativ die Notwendigkeit der Stärkung der Ausführungsorgane, die sich mit Bibliotheksangelegenheiten im Ministerium für Kultur und Kunst

und in anderen Ressorts beschäftigen sollten. Erörtert wurden auch weitere wichtige Inhalte des Bibliothekswesens, die in Bezug zum Bibliotheksgesetz standen. Hierzu zählten vor allem:

- Zweigleisigkeit des Vorgehens im Bibliotheks- und Informationssektor und die Notwendigkeit der Integration der beiden Systeme,
 - breitere Zusammenarbeit der Bibliotheken und der Informationseinrichtungen, dabei insbesondere die Notwendigkeit einer besseren Koordination der Zusammenarbeit der Bibliotheken selbst und die Einbindung der Bibliotheken in das landesweite Informationssystem,
 - Verzögerungen in der Umsetzung der Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen, z. B. in der Ausleihe zwischen den Bibliotheken und der Spezialisierung der Bibliotheksbestände,
 - Schwächen im Bereich der bibliografischen Information und sogar in den Dienstleistungen der Bibliotheken im Allgemeinen,
 - Negative Auswirkungen der Verwaltungsreform im Land auf die Struktur und die Funktionsweise des Netzes der öffentlichen Bibliotheken (im Zusammenhang mit der administrativen Teilung gemäß Art. 25 Abs. 1),
 - Fehlen von zentralen statistischen Daten, die über das Netz der öffentlichen Bibliotheken hinausgehen,
 - nicht ausreichende personelle, materielle, forschungsorientierte und wissenschaftliche Tätigkeit der Bibliotheken sowie mangelnde Betrachtung der tatsächlichen Arbeitsbedingungen und der organisatorischen Möglichkeiten,
 - Notwendigkeit einer gründlichen Modernisierung einer Vielzahl von Bibliotheken.
- (Dziesięciolecie ustawy o bibliotekach (Dyskusja w redakcji) 1978)

Die Kritik in den 1970er Jahren betraf demnach hauptsächlich die Art und Weise und die Rahmenbedingungen der Realisierung des Bibliotheksgesetzes und nur in einem geringen Umfang seine rechtlichen Regelungen. Nach den Beobachtungen von Wołosz wurde das Bibliotheksgesetz in diesem Zeitraum zuweilen in übertriebener Weise lobgepriesen. (Wołosz 1982, S. 82)

5.2.2 Das Bibliothekswesen der Volksrepublik Polen in den 1980er Jahren

Die politische Situation Polens in den 1980er Jahre hinterließ tiefe Spuren im polnischen Bibliotheksrecht. Die Aufbruchsstimmung, die Zeit der *Solidarność* und das Verhängen des Kriegsrechts wirkten sich auf den Inhalt vieler bibliotheksrechtlicher Vorschriften aus. Insbesondere die Organisation, die Aufsicht, aber auch die Rechtsverhältnisse von Bibliotheksbeschäftigten, unterlagen Änderungen. Neue Spezialgesetze und die auf ihrer Grundlage erlassenen Durchführungsbestimmungen trugen maßgeblich dazu bei. In der Regel betrafen sie bestimmte Bibliothekstypen. Viele rechtliche Vorschriften zum Bestandsaufbau und zum Zugang zu Bibliotheken wurden ebenfalls geändert. So wurde z. B. während der Phase des Kriegsrechts sogar die Nutzung der Bibliotheken für Studenten eingeschränkt. In diesem Zeitraum wurden die Kompetenzen des Ministers für Kultur und Kunst im Bibliotheksbereich gemäß dem Gesetz über das Amt des Ministers für Kultur und Kunst vom 4. Mai 1982 (Dz. U. von 1982 Nr. 14, Pos. 112) präzisiert. Ungünstig auf die Entwicklung des Bibliothekswesens wirkte sich die voranschreitende Inflation in den Jahren 1989 und 1990 aus.

Diese Änderungen und ihre enormen Auswirkungen auf die Realisierung des Gesetzes über Bibliotheken von 1968 wurden zur Sprache gebracht. Kołodziejska appellierte an die Verantwortung der Minister, sich der Entwicklung der Bibliotheksnetze anzunehmen. Zu den Brennpunkten im Bibliothekswesen gehörten aus ihrer Sicht: die Grundlagen der Finanzierung von Bibliotheken, nötige Investitionen, überfällige Modernisierungen, aber auch ganz allgemein die Bibliothekspolitik im Land. Sie wünschte eine Präzisierung und Inangriffnahme konkreter Maßnahmen in diesen Bereichen. (Kołodziejska 1987b, S. 102–108)

Für das Bibliothekswesen von besonderer Bedeutung war das Gesetz vom 30. Mai 1989 (Dz. U. von 1989 Nr. 35, Pos. 192), das andere Organe zum Erlass von Durchführungsrechtsakten in vielen früher in Kraft getretenen Gesetzen ermächtigt, die ursprünglich dem Ministerrat oblagen. Auf diese Weise wurde der Minister für Kultur und Kunst berechtigt, über Sachverhalte zu entscheiden, für welche die Verfasser des Bibliotheksgesetzes von 1968 wegen der Tragweite bzw. Bedeutsamkeit der Entscheidungen den Ministerrat eigentlich als adäquates Organ vorgesehen hatten. Wenige Monate später bekam die Volksrepublik Polen einen neuen Namen (Dz. U. von 1989 Nr. 75, Pos. 444). (Zarzębski 1991a-2000, S. 58–59)

5.2.3 Das Bibliothekswesen der Republik Polen in den Jahren 1990 bis 1997

Im Zuge der Transformation wurde das polnische Bibliotheksrecht nahezu neu geschrieben. Es erfolgten diverse Änderungen in den früheren bibliotheksrechtlichen Vorschriften. Einige für das Bibliothekswesen relevante Spezialgesetze wurden ersetzt. Es begann die Reorganisation der territorialen Selbstverwaltung. Finanzielle Schwierigkeiten im Bereich des öffentlichen Bibliothekswesens nahmen überhand. (Zarzębski 1991a-2000, S. 60) Dies alles zog tiefgreifende negative Veränderungen im polnischen Bibliothekswesen nach sich.⁶⁸ Für eine große Überraschung in der Fachwelt sorgte die Auflösung des Informationszentrums für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft. In dieser instabilen Situation geriet die Realisierung fast aller grundlegenden Sachverhalte des geltenden Bibliotheksgesetzes ins Kreuzfeuer der Kritik. Hierzu gehörten insbesondere: der landesweite Plan der Spezialisierung von Bibliotheksbeständen, die Funktionsweise des landesweiten Bibliotheksnetzes, die Zusammenarbeit der Bibliotheken und die Tätigkeit des Staatlichen Bibliotheksbeirats. Kritisch beurteilt wurden die bisherigen Bestrebungen um einen angemessenen Status des bibliothekarischen Berufs und die kohärente und transparente Regelung der Berufspragmatik. Als Gründe für die Schwierigkeiten und Misserfolge im Realisierungsprozess wurden hauptsächlich angeführt: die Indolenz des Ministers für Kultur und Kunst und die damit zusammenhängende mangelhafte Koordinierung des landesweiten Bibliotheksnetzes, die unzulängliche Positionierung des Staatlichen Bibliotheksbeirats, zahlreiche gescheiterte Aktivitäten im Bereich der Zusammenarbeit der Bibliotheken und organisatorische Nöte einiger Bibliothekstypen. Insbesondere wurde aber das Fehlen einer planmäßigen einheitlichen Bibliothekspolitik bemängelt. (Zarzębski 1991a-2000, S. 59–61; Mężyński 1991b; Czajka 1995b)

Ab 1993 rückte zunehmend die Neufassung eines Bibliotheksgesetzes in den Mittelpunkt der Diskussionen. Das damals geltende Bibliotheksgesetz wurde generell als veraltet bezeichnet. (Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego 1993)

⁶⁸ Näher hierzu s. Kapitel 3.4.2.1.

5.3 Die Realisierung des Bibliotheksgesetzes vom 27. Juni 1997 bis Ende 1998

5.3.1 Die erlassenen Durchführungsrechtsakte⁶⁹

Das neue Bibliotheksgesetz trat am 28. August 1997 in Kraft. Das Gesetz enthält eine Vielzahl von Ermächtigungen für verschiedene staatliche Organe zum Erlass von Durchführungsrechtsakten. Die meisten fallen in die Zuständigkeit des Ministers für Kultur und Kunst. Zu den wichtigsten Sachverhalten, die der Minister konkretisieren soll, zählen: die Anbindung von nicht-öffentlichen Bibliotheken an das landesweite Bibliotheksnetz, die Regelung der Funktionsweise, Tätigkeit und Zusammenarbeit von Bibliotheken im Bibliotheksnetz, Bestimmung der Bibliotheken, deren Bestand zum nationalen Bibliotheksbestand gehört, sowie die Festlegung der Grundsätze des besonderen Schutzes dieser Bestände, die Bestimmung der Bibliotheken, die zu den wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes gehören sollen, und die Festlegung der diesbezüglichen Grundsätze, die Erstellung der Geschäftsordnung des Landesbibliotheksbeirats sowie die Berufung und Abberufung ihrer Mitglieder, die Aufsichtsführung über die Nationalbibliothek sowie die Erstellung ihres Statuts und die Berufung und Abberufung der Mitglieder des Wissenschaftsrates an der Nationalbibliothek, die Bestimmung der Qualifikationsanforderungen für die Besetzung bibliothekarischer Positionen sowie des Verfahrens der Genehmigung. Einige dieser Durchführungsrechtsakte sollten mit anderen Ministern abgestimmt werden.

In der Zeit bis 1999 wurden vier Durchführungsrechtsakte erlassen. Der erste trat am 24. April 1998 in Kraft. Es war die Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zu Modalitäten der Zuordnung von Bibliotheken zu den wissenschaftlichen Bibliotheken sowie zur Erstellung ihrer Liste vom 19. März 1998 (Dz. U. von 1998 Nr. 44, Pos. 269). Damit setzte der Minister für Kultur und Kunst den Art. 21 Abs. 4 um. Die Liste umfasste 24 Bibliotheken. Hierzu gehörten einige zentrale Bibliotheken bestimmter Ressorts und einige öffentliche Bibliotheken. Die Zugehörigkeit zur Sparte der wissenschaftlichen Bibliotheken eröffnet den Vorzug bei der Verteilung finanzieller Mittel für die Entwicklung der Forschungstätigkeit, des Publizierens und der Vorbereitung der Wissenschaftler. Die Erweiterung des Kreises der wissenschaftlichen Bibliotheken sollte der Entwicklung des Bibliothekswesens, insbesondere aber auch der wissenschaftlichen und technischen Information, dienen. (Biliński 1998b, S. 2)

⁶⁹ Die vorgestellten Durchführungsrechtsakte gelten mittlerweile als aufgehoben.

Der zweite Durchführungsrechtsakt trat bereits fünf Tage später in Kraft. Er realisierte den Art. 7 Abs. 7 des Bibliotheksgesetzes. Hierbei handelte es sich um die Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zur Geschäftsordnung des Landesbibliotheksbeirats vom 19. März 1998 (Dz. U. von 1998 Nr. 47, Pos. 297). Im Anhang zur Verordnung wurde die Geschäftsordnung des Landesbibliotheksbeirats festgeschrieben. Sie präzisierte die Organisation und die Funktionsweise des Landesbibliotheksbeirats. Zudem wurden dort die Grundsätze der Berufung des Vorsitzenden geregelt. Der Landesbibliotheksbeirat wurde am 12. November 1998 berufen. Den Vorsitz übernahm der Direktor der Nationalbibliothek Michał Jagiełło.

Mit der Problematik des bibliothekarischen Berufs setzte sich die Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zu Qualifikationsanforderungen, die zur Besetzung von beschriebenen Positionen in Bibliotheken berechtigen, sowie zum Verfahren der Feststellung der Qualifikationen vom 26. Juni 1998 auseinander (Dz. U. von 1998 Nr. 122, Pos. 803). Sie geht auf Art. 29 Abs. 4 zurück. Sie betrifft alle Bibliotheksnetze und umfasst die Ämter der Beschäftigten in Bibliotheken sowie die Ämter der *bibliotekarze dyplomowani*. Sie berücksichtigt ebenfalls Beschäftigte in der Dokumentation mit Diplom und der wissenschaftlichen Information. Im ersten Anhang wurden die hierfür erforderlichen Qualifikationen festgeschrieben und im Zweiten wurden Hochschulen, Schulen und andere Ausbildungsstätten für den bibliothekarischen Sektor verzeichnet.

Gemäß Art. 6 Abs. 3 des Bibliotheksgesetzes wurde im Jahr 1998 eine weitere Durchführungsverordnung erlassen. Es ist die Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zwecks der Erstellung einer Liste der Bibliotheken, deren Bestände den nationalen Bestand bilden, der Bestimmung der Organisation der Bestände sowie der Grundsätze und des Umfangs ihres besonderen Schutzes vom 24. November 1998 (Dz. U. von 1998 Nr. 146, Pos. 955). Die Liste umfasste 55 Bibliotheken. Ferner wurde auch die Führung der Verbreitung des Informationssystems dieser Bestände geregelt. Außerdem wurde ein Rat für den Nationalen Bibliotheksbestand unter dem Vorsitz des Direktors der Nationalbibliothek installiert.

Weitere Durchführungsverordnungen befanden sich in Vorbereitung. Sie betrafen folgende Sachverhalte: die Koordination der bibliografischen Tätigkeit, die Inventarisierung, die Spezialisierung der Bibliotheksbestände und die Bestimmung der damit in Verbindung stehenden Aufgaben der wissenschaftlichen Bibliotheken sowie die Ausleihe zwischen Bibliotheken. (Biliński 1998a, S. 38–44)

5.3.2 Die Reaktionen der polnischen Bibliothekswelt

Erwartungsgemäß blieb ein Aufschrei der bibliothekarischen Community gleich nach der Verkündung des Bibliotheksgesetzes nicht aus. Folgende Vorwürfe wurden erhoben: Das neue Bibliotheksgesetz sei dürftig und mit Fehlern übersät (Wojciechowski 1997). Es enttäusche die Erwartungen der Bibliothekare, denn es integriere nicht alle Bibliotheken in ein modernes Bibliotheks- und Informationssystem (Czajka 1997; Howorka 1997c, S. 4) und trage den Makel eines instabilen Zeitabschnitts der Transformation (Czajka 1997). Zudem sei das Bibliotheksgesetz ein Gesetz für öffentliche Bibliotheken (Wojciechowski 1997; Czajka 1997; Howorka 1997c, S. 6).

Es erfolgte aber nicht nur generelle Kritik. Auch auf der Ebene einzelner Bestimmungen wurde das Gesetz inhaltlich in mehrfacher Hinsicht kritisiert. Insbesondere störten Mängel in der Formulierung des Geltungsbereichs und die Neukonzeptionierung des landesweiten Bibliotheksnetzes. Beanstandet wurde aber auch die unzulängliche Berücksichtigung der Berufsproblematik. Die Benennung der Aufgaben von Fachbibliotheken und Betriebsbibliotheken in einem Artikel wurde als unprofessionell betrachtet. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Zahl der Betriebsbibliotheken schon zum damaligen Zeitpunkt kontinuierlich abnahm. Dem Gesetzgeber wurde vorgeworfen, dass das Bibliotheksgesetz mit dem Rücken zum Bildungsgesetz entstand, da dieses die Organisation von Schulbibliotheken anders regelt. Dass der Minister für Kultur und Kunst die Grundsätze und das Verfahren der Zuordnung von weiteren Bibliotheken zu der Sparte der wissenschaftlichen Bibliotheken bestimmen sollte, wurde als inkonsequent angesehen. (Howorka 1997c; Wojciechowski 1997) Letztlich wurden die Regelungen des Gesetzes und die darin enthaltenen Ermächtigungen zum Erlass von Durchführungsbestimmungen als ungenau, nicht eindeutig und widersprüchlich empfunden (Howorka 1997b; Biliński 1999, S. 7). Worte des Lobes waren nur vereinzelt zu hören und bezogen sich auf die Bestimmungen zum öffentlichen Bibliothekswesen. Hierbei wurde die weitgehende schützende und stabilisierende Funktion des Bibliotheksgesetzes für den öffentlichen Bibliothekssektor sowie die Erweiterung und Präzisierung der Aufgaben von Woiwodschaftsbibliotheken hervorgehoben. (Burakowski 1997) Ungeachtet dessen wurde jedoch grundsätzlich der konservative Charakter des Gesetzes in der Community bemängelt (Zarzębski 1991b-2000, S. 8). Tatsächlich lassen sich innovative Ansätze für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Bibliothekswesens kaum ausmachen. Insofern wird das Gesetz

über Bibliotheken von 1997 keinesfalls zum großen Wurf in der polnischen Bibliotheksgesetzgebung zählen können.

Im Zeitraum 1998/1999 änderten sich die Meinungen der Bibliothekare nur geringfügig. Während Howorka die Bestimmungen zur Zusammenarbeit der Bibliotheken weiter gänzlich beklagt (Howorka 1998), zeigt sich Biliński einsichtig in Bezug auf den Neuaufbau des landesweiten Bibliotheksnetzes. Er stört sich jedoch an fehlenden korrekten Vorgaben für die Einbindung von weiteren Bibliotheken in das Bibliotheksnetz. In diesem Zusammenhang stellte er vor allem den Sinn der bereits vorbereiteten, aber noch nicht erlassenen, Durchführungsverordnungen zum Art. 28⁷⁰ infrage. Schließlich bedauert er, dass das landesweite Bibliotheksnetz künftig wegen der gesetzlichen Schwächen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mit Leben gefüllt werden würde. (Biliński 1999) Es gab aber auch weiterhin beschwichtigende Stimmen. Trotz aller Schwächen und Unzulänglichkeiten wurden die Vorzüge des Bibliotheksgesetzes in der Existenz einer gesetzlichen Grundlage für das Bibliothekswesen gesehen. Vor allem für das öffentliche Bibliothekswesen sei es eine solide Basis für das Generieren seiner Organisation. (Czajka 1999, S. 7) Unbeschadet der divergierenden Meinungen zum neuen Bibliotheksgesetz gab es Konsens, dass das Gesetz in naher Zukunft modifiziert bzw. ersetzt werden müsse (Biliński 1998b, S. 2; Czajka 1999, S. 8; Howorka 1998, S. 32). Die Ausführungen lassen vermuten, dass das Gesetz über Bibliotheken von 1997 seine Akzeptanz in der bibliothekarischen Fachwelt verspielte.

Obwohl die Studie auf den Zeitraum nach der großen Verwaltungsreform im Jahr 1999 nicht eingeht, sei ein kurzer Einblick auf deren Folgen im Bereich des Bibliothekswesens erlaubt: Die Auswirkungen der Verwaltungsreform⁷¹ im öffentlichen Bibliothekssektor wurden mit einem „Erdbeben“ (Kołodziejska 1999, S. 3) verglichen. Kołodziejska prangert die unzureichende Etatplanung in der Bereitstellung der Mittel für das Netz der öffentlichen Bibliotheken an. So wurde z. B. die Finanzierung der überzähligen und in Kreisbibliotheken umzuwandelnden Woiwodschaftsbibliotheken nach dem 1. Januar 1999 nicht eingeplant. Ihre Existenz wurde anscheinend schlicht vergessen und sie standen plötzlich ohne finanzielle Mittel

⁷⁰ Art. 28 wurde aufgehoben (Dz.U. 1997 Nr. 85, Pos. 539, Einheitlicher Text).

⁷¹ Infolge der Verwaltungsreform wurde am 1. Januar 1999 die Zahl der Woiwodschaften von 49 auf 16 reduziert, 308 Kreise wurden eingeführt und 65 Städte erhielten einen kreisfreien Status. Von diesem Zeitpunkt an gliederte sich Polen territorial und administrativ in Woiwodschaften, Kreise (Land- und Stadtkreise) und Gemeinden. (Eschenhagen 1999, Sp. 627–628)

da. In den Budgets der territorialen Selbstverwaltungen reichten die Mittel für die öffentlichen Bibliotheken nicht aus. Die mit der Einführung der Kreise auch neu zu gründenden Kreisbibliotheken gemäß Art. 19 Abs. 3 stießen bei den zuständigen Selbstverwaltungseinheiten auf keine große Begeisterung. Die Kreise übten sich in einer Verzögerungstaktik. Unter diesen Prämissen sollte laut Kołodziejska die Aufgabenverteilung unter den öffentlichen Bibliotheken des Landes, wie sie das Gesetz vorsieht, überdacht werden. (Kołodziejska 1999) Selbst die Annahme, dass Gemeindebibliotheken die Verwaltungsreform unbeschadet überstehen, bewahrheitete sich nicht. Die Möglichkeit, diese Bibliotheken in die Struktur anderer kultureller Einrichtungen gemäß Art. 13 einzubinden, nutzten die Gemeinden gerne. Diese Zusammenschlüsse wirkten sich für die Gemeindebibliotheken stets zum Nachteil aus. (Beński, Szymorowska 2000)

Auch wenn die Momentaufnahme der Situation der öffentlichen Bibliotheken nur einen Teilaspekt der sich ändernden Bedingungen für das polnische Bibliothekswesen infolge des noch andauernden Prozesses der Transformation in Polen illustriert, so verdeutlicht sie, weshalb sich der Verein Polnischer Bibliothekare die Erarbeitung eines neuen Gesetzes für den Zeitraum 2010 bis 2021 zur Hauptaufgabe setzte (Budyńska, Stefańczyk 2012, S. 2).

5.4 Fazit

Der Einblick in den Realisierungsprozess der Bibliotheksgesetze belegt auf eindrucksvolle Weise, dass ihre Verwirklichung von vielen verschiedenen Einflussfaktoren abhängig ist. Folgeschwer wirkten sich gesellschaftspolitische Umbrüche aus. Der bedeutende Einbruch in der Realisierung des Dekrets über Bibliotheken im Zuge der stalinistischen Gleichschaltung, aber auch die nahezu zehnjährige Phase der ereignisreichen Umbrüche bis zum Wendejahr 1989 und die danach erfolgte Transformation führten jeweils zu einer Neujustierung des Bibliothekswesens. In der Folgezeit dominierten uneingeschränkt die staatlichen Interessen an der Entwicklung des bibliothekarischen Sektors. Dies führte dazu, dass bestimmte Regelungen und der mit ihnen verfolgte Zweck gern in Vergessenheit gerieten, insbesondere dann, wenn sie den Zielen der Staatsmacht nicht entsprachen. Das Potenzial leistungsfähiger Bibliotheken war längst erkannt und der gestalterische Wille des Staates gemäß seiner Zielsetzung nahm in diesen Zeiten ungehindert seinen Lauf. Die andauernde Vormachtstellung des polnischen Staates im Bereich des Bibliothekswesens erlaubt es ihm, dieses Potenzial zu seinem

Vorteil zu nutzen bzw. auch zu missbrauchen. In Form von Rechtsanordnungen bzw. Rechtsverordnungen und sonstigen rechtlichen Vorschriften wurden neu formulierte Ziele des polnischen Staates praxiswirksam.

Trotz alledem ist ein lebhaftes Interesse des Staates am Bibliothekswesen für die Realisierung eines Bibliotheksgesetzes unentbehrlich. Nur dann, wenn die verfolgten Ziele von besonderem Wert für die Gesellschaft sind, ist die Bereitschaft groß, ein Gesetz ins Leben zu tragen. Der staatliche Wille zum Handeln muss kontinuierlich vorhanden sein. Obwohl das Dekret über Bibliotheken in Anbetracht der damaligen Gegebenheiten von hohem Nutzen im Land war, bedurfte seine Realisierung immer wieder der Unterstützung seitens der Politik. Der Erfolg des Dekrets im Jahr 1948 ist darauf zurückzuführen. Die Tatsache, dass viele Aktivitäten der Politiker in ein Propagandakonzept eingebettet waren, wird für diese Feststellung außer Acht gelassen.

In hohem Maße ist die Verwirklichung der Bibliotheksgesetze von den Bibliothekaren selbst abhängig. Ihre Unternehmungen und Impulse, welche die Umsetzung beleben, sind von großer Bedeutung. Hierzu gehörten das Thematisieren der Bibliotheksgesetzgebung u. a. in den regelmäßig durchgeführten Konferenzen, den vielen Artikeln in Fachzeitschriften und sonstiger Presse sowie die erstellten Gutachten zum Stand des Realisierungsprozesses. Die Schaffung organisatorischer Strukturen im Bereich des Bibliothekswesens, die richtungsweisend agieren, scheint eine Grundvoraussetzung zu sein. Die Community muss bereit sein, das geschaffene Bibliotheksgesetz anzuwenden und umzusetzen. Dies scheint nur dann zu gelingen, wenn die Ziele der Community im Gesetz Eingang finden. Die Einigkeit in der Community in Bezug auf den Wert des Bibliotheksgesetzes ist sehr hilfreich. Mangelnder Zusammenhalt und mangelnde Stabilität des bibliothekarischen Umfelds wirken sich negativ aus. Die emotionale Akzeptanz einer gesetzlichen Regelung bei den Bibliothekaren ist eine Grundvoraussetzung hierfür. Ohne die tatkräftige Unterstützung aller Gesetzesadressaten kann ein solches Gesetz kaum erfolgreich realisiert werden. In den lang andauernden Phasen der Erarbeitung eines neuen Bibliotheksgesetzes nahm die Kritik am gelten Gesetz zu, was unmittelbar zu seinem Wirkungsverlust führte.

Zu einem weiteren maßgeblichen Einflussfaktor zählt die ökonomische Stabilität des Landes. Die Umsetzung der Gesetze war bereits im Hinblick auf die Bildung der Bibliotheksnetze mit einer großen finanziellen Belastung für den Staat verbunden. Viele der Verspätungen im Rea-

lisierungsprozess gingen auf die wirtschaftliche Situation im Land zurück. Die desolate Wirtschaftslage stand der erfolgreichen Realisierung der Bibliotheksgesetze oft im Weg.

6. Methoden

In der Auseinandersetzung mit den polnischen Bibliotheksgesetzen im vorangegangenen theoretischen Teil wurde die Bedeutsamkeit der Realisierung der Bibliotheksgesetze deutlich. Doch obwohl die Realisierung einen realen Einfluss auf die Gestaltung der Strukturen und die Funktionsweise des Bibliothekswesens nimmt und somit entscheidend ist, kann die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen nicht allein an ihrer Realisierung festgemacht werden. Denn sie ist abhängig von politischen, wirtschaftlichen, technologischen und anderen Einflussfaktoren. Als bestes Beispiel kann das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen angeführt werden. Auch wenn es in der Realisierung des Dekrets bereits drei Jahre nach seiner Verabschiedung zu einem signifikanten Bruch kam, gestaltete das erste Bibliotheksgesetz von 1946 das polnische Bibliothekswesen in den nachfolgenden Jahren weiter. Die Vision seines Verfassers prägte und prägt die Gedanken und Ziele der polnischen Bibliothekare nachhaltig.

Um die Bedeutung der Bibliotheksgesetze fundiert messen zu können, müssen weitere Blickwinkel eröffnet werden. Es gilt weitere Kriterien zu benennen, welche in die Bewertung einzubeziehen sind.

Die polnischen Bibliotheksgesetze sind wichtige Bestandteile des polnischen Bibliotheksrechts. Bereits der Rang eines Gesetzes innerhalb der polnischen Rechtsordnung macht es für das polnische Bibliotheksrecht bedeutend. Die Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht ist ein wesentliches Kriterium für ihre Bewertung, wobei hier das Verständnis von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz der befragten Bibliothekare zu beachten und somit vorab zu ermitteln ist. Das Bibliotheksrechtsverständnis und das Bibliotheksgesetzverständnis werden deshalb als Einflussfaktoren für die Bestimmung der Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht mit einbezogen.

Der aus der Entstehungsgeschichte der Bibliotheksgesetze hervorgehende Regelungszweck dieser Gesetze (*ratio legis*), der mit bestimmten Interessen und den ihnen zugrunde liegenden Umständen verknüpft ist, ist als ein wichtiges Kriterium zu berücksichtigen. Der Zweck, als der Schöpfer allen Rechts, wird in der Rechtstheorie und in den Methodenlehren umfangreich thematisiert. (Rüthers, Fischer, Birk 2016, S. 336–341). In zweierlei Hinsicht übt der Zweck der Bibliotheksgesetze einen Einfluss auf ihre Bedeutung im Bibliothekssektor aus. Zum ei-

nen wirkt er auf die inhaltliche Ausgestaltung der Bibliotheksgesetze ein. Denn die Wirkung, die vom Gesetzesinhalt ausgehen soll, wird von den mit der Erarbeitung betrauten Personen im Idealfall stets im Auge behalten. Zum anderen hängt die Realisierung des Gesetzesinhalts von der Wertigkeit des Zwecks ab. Denn je wichtiger der mit dem Gesetz verfolgte Zweck ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit seiner Realisierung. Der Grad der Realisierung wird von den Interessen der Beteiligten bei der Schaffung der Gesetze wesentlich beeinflusst.

Der Gesetzesinhalt kommt als weiteres bestimmendes Kriterium hinzu. Denn die Reichweite der Bibliotheksgesetze, also die Anzahl der Materien, welche die Bibliotheksgesetze regeln und deren damit zusammenhängender Regelungsanspruch, sind für das Ermessen der Bedeutung wichtig. Mit der Relevanz der im Bibliotheksgesetz geregelten Materien steigt seine Bedeutung. Der Charakter der Regelungen der Bibliotheksgesetze, d. h., in welchem Maße sie unbestimmt, allgemein oder abstrakt sind, ist von großer Bedeutung, denn dies wirkt sich auf den Grad der Realisierbarkeit aus. Je konkreter die Regelungen des Gesetzes sind, desto größer ist die Chance ihrer Realisierung. Der Inhalt der Bibliotheksgesetze bestimmt zudem ihren Stellenwert innerhalb des Bibliotheksrechts.

Den dynamischen von wechselseitiger Wirkung geprägten Interaktionsprozess zwischen der Entstehung der Bibliotheksgesetze, ihren Inhalten und ihrer Realisierung veranschaulicht einprägsam die Betrachtung der Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997. Einerseits wird ihre Entstehung von der Realisierung des jeweils vorangehenden geltenden Bibliotheksgesetzes bestimmt, andererseits wirkt ihre Entstehung auf den noch währenden Realisierungsprozess.

Keines der aufgeführten Kriterien ist allein geeignet, eine Aussage über die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen zu generieren. Die Bedeutung der Bibliotheksgesetze kann erst ermittelt werden, wenn die Bewertung anhand der oben genannten Kriterien mit ihren starken wechselseitigen Abhängigkeiten sich zu einem Gesamtbild fügt. Vorstehend genannte Kriterien sollen in der Interpretation des erhobenen Materials als Analysemaske dienen.

Die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen erwächst aus der Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Bibliotheksgesetz und der bibliothekarischen Wirklichkeit. Die zu beantwortende Forschungsfrage lautet demnach, welche Bedeutung die polnischen Bibliotheksgesetze als Instrumente für eine erfolgreiche Entwick-

lung des polnischen Bibliothekswesens hatten. Um dies untersuchen zu können, bedarf es der Formulierung detaillierter Fragen, die mit der Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht, der Entstehung der Bibliotheksgesetze, dem Gesetzesinhalt und ihrer Realisierung in Zusammenhang stehen.

Das Forschungsinteresse dieser Studie liegt darin, die polnischen Bibliotheksgesetze mit der Analysemaske der entwickelten Kriterien auf ihre Eignung als Instrument zur Gestaltung des polnischen Bibliothekswesens zu untersuchen. Möglicherweise bietet sich sogar ein Einblick in die miteinander konkurrierenden Interessen beim Zustandekommen der Bibliotheksgesetze, der die Chance eröffnet, die staatlichen Interessen von den gesellschaftlichen Interessen um ein gut organisiertes Bibliothekswesen zu trennen. Denn die polnischen Bibliotheksgesetze wirken nach allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen in ihren ursprünglichen Ideen weitgehend fort. Zudem können die im Entstehungs- und Realisierungsprozess der Bibliotheksgesetze gemachten Erfahrungen der Bibliothekare auch im internationalen Kontext von Interesse sein.

Für die Untersuchung wird eine Methode der qualitativen Forschung verwendet. Qualitative Forschungsmethoden machen es möglich, standardisiert Daten zu erheben und mit interpretativen Methoden auszuwerten. Entscheidend für die Wahl eines Forschungsdesigns aus der qualitativen Methodik ist, dass die Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse *„systematisch, intersubjektiv überprüfbar, gleichzeitig aber der Komplexität, der Bedeutungsfülle, der ‚Interpretationsbedürftigkeit‘ sprachlichen Materials angemessen sind“* (Mayring 2015, S. 10).

In Folgendem wird die Forschungsmethodik ausgewählt, begründet und dargestellt, das Sampling und der Feldzugang offengelegt und die Auswertungsmethode beschrieben.

6.1 Forschungsmethode

Für die Beantwortung der Forschungsfrage ist die klassische Methode des leitfadengestützten Experteninterviews besonders geeignet. Das Interview zeichnet sich aus durch ein *„planmäßiges Vorgehen mit wissenschaftlicher Zielsetzung, bei dem die Versuchsperson durch eine Reihe gezielter Fragen ... zu verbalen Informationen veranlasst werden soll“* (Scheuch 1973, S. 70-71, im Original kursiv). Es dient also dazu, persönliche Einstellungen und Einschätzun-

gen zu spezifischen Fragen zu erfragen, denn es stellt die Ansichten der Befragten in den Mittelpunkt. Laut Michael Meuser und Ulrike Nagel hebt sich das Experteninterview als eigenständige Interviewform dadurch hervor, dass sich der Befragte nicht so sehr als Person, sondern als Experte auf einem bestimmten Gebiet äußert. Der Expertenstatus definiert sich aus der Forschungsfrage und dem privilegierten Zugang der Personen zu diesbezüglichen Informationen. Er ist demnach relational zum Forschungsinteresse. (Meuser, Nagel 2009, S. 37–38).

Das Leitfadeninterview strukturiert den Gesprächsverlauf durch die theoriegeleitete Auswahl der thematischen Inhalte und Fragestellungen des Forschenden (Friebertshäuser, Langer 2013, S. 439). Meuser und Nagel betrachten für die Führung eines Experteninterviews die Erarbeitung eines thematisch orientierten und in der Handhabung flexiblen Leitfadens als notwendig. Ein Verzicht auf eine thematische Vorstrukturierung könnte den Experten den Eindruck eines inkompetenten Gesprächspartners vermitteln und daraufhin methodisch die falsche Richtung einnehmen (Meuser, Nagel 2009, S. 52). Der verwendete Interviewleitfaden⁷² beinhaltet vier Themenkomplexe. Er wurde auf Basis der Erkenntnisse aus dem theoretischen Teil entwickelt und mit offenen, nicht standardisierten Fragen gestaltet. Die Formulierung der einzelnen Fragen wurde in Probeinterviews optimiert. Die Reihenfolge der Themenkomplexe ist im Vorfeld festgelegt. Sie kann jedoch bei Bedarf an den Gesprächsverlauf angepasst werden. Die Themenkomplexe enthalten Leitfragen und detailliertere Fragen. Der Interviewleitfaden wurde den Interviewten im Vorfeld zugesendet, und die Leitfragen wurden jedem Interviewten gestellt. Damit ist die Vergleichbarkeit der Interviews sichergestellt. Die detaillierteren Fragen dienen vor allem der Konkretisierung. Zusätzlich obliegt es der Interviewerin, situativ nachzufragen oder Aussagen zu wiederholen, um Missverständnissen vorzubeugen bzw. den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Im ersten Themenkomplex (Bibliotheksrechtsverständnis und Bibliotheksgesetzverständnis) wird der Stellenwert der Bibliotheksgesetze innerhalb des Bibliotheksrechts erfragt, im zweiten (Entstehung von Bibliotheksgesetzen) werden der Zweck und die damit zusammenhängenden Interessen während der Entstehung der Bibliotheksgesetze ermittelt, im dritten (Inhalt von Bibliotheksgesetzen) die Wichtigkeit der in den Bibliotheksgesetzen geregelten Materien thematisiert und im vierten (Realisierung der Bibliotheksgesetze) die Wirkung der Bibliotheksgesetze fokussiert.

⁷² Der verwendete Interviewleitfaden ist in voller Länge in polnischer und deutscher Sprache im Anhang auf Seite 264 bzw. auf Seite 268 zu finden.

Um eine mögliche blockierende Haltung am Anfang des Gesprächs, die als Eisbergeffekt bezeichnet wird (Abels, Behrens 2009, S. 170–171), aufzubrechen, startet der Leitfaden nach erfolgter persönlicher Vorstellung mit einer Frage, die auf das Engagement der Experten für die polnische Bibliotheksgesetzgebung eingeht. Sie ist leicht zu beantworten und stellt die Aktivitäten der Befragten in den Mittelpunkt. Es kann damit gerechnet werden, dass sich daraufhin die Gesprächssituation entspannt und die Bereitschaft zur Beantwortung der Fragen steigt.

Danach beginnt der erste Themenkomplex, der zunächst die Begriffsklärung von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz anstrebt. Die Antworten sollen das den Begriffen zugrunde liegende aktuelle Verständnis der Befragten aufzeigen. Sie sollen klären, inwieweit die als allgemeingültig anerkannte polnische Definition des jeweiligen Begriffs in den persönlichen Einschätzungen der befragten Bibliothekare auch nach der erfolgten rechtlichen Transformation noch Bestand hat. Zur Ermittlung der Rolle der Bibliotheksgesetze innerhalb des Bibliotheksrechts ist das Begriffsverständnis von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz der Interviewten entscheidend. Denn nur darauf basierend kann die Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht bestimmt werden. Die Rolle der Bibliotheksgesetze in der Normenflut des polnischen Bibliotheksrechts soll deutlich werden, indem nach dem Stellenwert der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht gefragt wird. Dies ist die zentrale Frage des ersten Themenkomplexes.

Im zweiten Themenkomplex wird der Zweck der Bibliotheksgesetze ausgehend von der Frage nach den Umständen, denen die Schaffung der Bibliotheksgesetze zu verdanken ist, erforscht. Die befragten Bibliothekare sollen mit der Fragestellung motiviert werden, über die Entstehung der Gesetze zu berichten. Denn der Zweck der Gesetze generiert sich aus den verschiedenen Interessen bei der Gesetzesbildung und den ihnen zugrunde liegenden Umständen. Die befragten Bibliothekare sollen diese diskutieren und dabei auch die Gründe für die Schaffung der Bibliotheksgesetze und die mit ihnen verfolgten Ziele aufzeigen. Von besonderem Interesse sind Hinweise auf die tatsächlichen und weniger auf die offiziell verkündeten Ziele. Da davon auszugehen ist, dass das Zielgefüge komplex ist, sollen vor allem die für das Zustandekommen der Bibliotheksgesetze wesentlichen Ziele fokussiert werden. Der priorisierten Zielsetzung ist der Wert des Zwecks zu entnehmen. Die Bedeutung der Bibliotheksgesetze für das

Bibliothekswesen ist in vielerlei Hinsicht von ihrem Zweck abhängig, wobei die wirklichen Ziele und Absichten von weitreichender Bedeutung sind.

Der dritte Themenkomplex dient dazu, die Bedeutung der Regelungen der Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen zu bestimmen. Die Befragten sollen den Gesetzesinhalt reflektieren. Daher wird gefragt, welche Bestimmungen der Bibliotheksgesetze für sinnvoll erachtet werden. Dabei sollen der Regelungsanspruch der Gesetze und die Bedeutung der Regelungsmaterien für das Bibliothekswesen erörtert werden. Da viele polnische Bibliothekare mit den Bibliotheksgesetzen vorrangig ein einheitliches Bibliothekssystem im Land und eine einheitliche Bibliothekspolitik realisieren wollten und wollen, wird die Sinnhaftigkeit dieser verfolgten Ziele separat erfragt. Zudem werden die Interviewpartner um die Nennung von Qualitätskriterien für Bibliotheksgesetze gebeten. Denn die Bedeutung der Inhalte der Bibliotheksgesetze hängt von mehreren Kriterien ab, u. a. auch von dem Charakter der Regelungen und der Regelungsdichte.

Die Realisierung der Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen wird im letzten Themenkomplex thematisiert. Indem gefragt wird, inwieweit die Bibliotheksgesetze das polnische Bibliothekswesen gestalteten, kommt der Zusammenhang zwischen ihrer Wirkung und anderen Einflussfaktoren, welche das Bibliothekswesen formten, ins Spiel. Zusätzlich wird die Kausalität sichergestellt. Die Relevanz der Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen wird durch die Frage nach ihrer Nützlichkeit deutlich. Gegebenheiten, unter denen die Gesetze ihren Zweck erfüllen und die für den Bibliothekssektor bedeutsamer sein könnten, sollen mit der Frage, inwieweit die Bibliotheksgesetze eine Voraussetzung für ein gut funktionierendes Bibliothekswesen waren und sind, in den Mittelpunkt gestellt werden.

6.2 Sampling

Die Repräsentativität von Experteninterviews wird erzeugt, indem die Stichprobe den untersuchten Fall inhaltlich repräsentiert. Das Sampling ist deshalb zu begründen. (Merkens 2013, S. 290–297; Littig 2009, S. 123) Entscheidend sind die Kriterien, welche für die Auswahl der Experten zum Tragen kommen. (Meuser, Nagel 2009, S. 37–38)

Nach Bogner und Metz zeichnet sich ein Experte durch folgende Merkmale aus: *„Der Experte verfügt über technisches Prozess- und Deutungswissen, das sich auf ein spezifisches Handlungsfeld bezieht, in dem er in relevanter Weise agiert (etwa in einem bestimmten organisationalen oder seinem professionellen Tätigkeitsbereich). Insofern besteht das Expertenwissen nicht allein aus systematisiertem, reflexiv zugänglichem Fach- oder Sonderwissen, sondern es weist zu großen Teilen den Charakter von Praxis- oder Handlungswissen auf, in das verschiedene und durchaus disparate Handlungsmaximen und individuelle Entscheidungsregeln, kollektive Orientierungen und soziale Deutungsmuster einfließen. Das Wissen des Experten, seine Handlungsorientierungen, Relevanzen usw. weisen zudem – und das ist entscheidend – die Chance auf, in der Praxis in seinem Handlungsfeld (etwa in einem bestimmten organisationalen Funktionskontext) hegemonial zu werden, d.h., der Experte besitzt die Möglichkeit zur (zumindest partiellen) Durchsetzung seiner Orientierungen. Indem das Wissen des Experten praxiswirksam wird, strukturiert es die Handlungsbestimmungen anderer Akteure in seinem Aktionsfeld in relevanter Weise“* (Bogner, Menz 2009, S. 73, im Original kursiv).

Die Akteure der Stichprobe sind fünf Repräsentanten des polnischen bibliothekarischen Sektors, welche die Bibliotheksgesetzgebung in besonderem Maße kennen, diese in die Praxis umsetzen bzw. umsetzen und zu den Aktivisten des Bibliothekssektors gehören. Interviewt wurden Bolesław Howorka, Andrzej Mężyński, Elżbieta Stefańczyk, Jolanta Stępniaak und Jan Wołosz.

Bolesław Howorka (geb. 1932, mgr⁷³ des Studiengangs der polnischen Philologie und mgr des Studiengangs Recht, Justiziar, *bibliotekarz dyplomowany*, emeritiert) ist Autor zahlreicher Publikationen zu verschiedenen bibliotheksrechtlichen Themen. Unter den diversen Veröffentlichungen gibt es viele Publikationen zum polnischen Bibliotheksrecht und zur polnischen Bibliotheksgesetzgebung. Howorka gilt in Polen als einer der größten Kenner des polnischen Bibliotheksrechts. Seit 1977 ist er Mitglied des Vereins Polnischer Bibliothekare, wo er verschiedene Funktionen innehatte und in dem er weiterhin aktiv tätig ist. Er leitete die von der Hauptverwaltung des Vereins Polnischer Bibliothekare einberufene Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer Novelle des Bibliotheksgesetzes von 1968 in den 1990er Jahren. Er war Mitverfasser der in den 1990er Jahren entstandenen gescheiterten Bibliotheksgesetzesentwürfe. Mit bibliothekarischen Angelegenheiten war er seit 1957 betraut. Von 1977 bis 1998 war er

⁷³ Die polnische Abkürzung mgr steht für den polnischen akademischen Grad Magister.

Direktor der Hauptbibliothek der Medizinischen Akademie Karol Marcinkowski (*Biblioteka Główna Akademii Medycznej im. Karola Marcinkowskiego*) in Posen. Er nahm an vielen nationalen und internationalen Konferenzen teil und hielt diverse Vorlesungen. Er gehörte dem Redaktionsteam diverser Zeitschriften an, u. a. war er 30 Jahre lang Mitglied des Redaktionsausschusses der Zeitschrift „Bibliotekarz“. Die Anzahl seiner Gremienmitgliedschaften ist lang. Lang ist ebenfalls die Liste seiner Auszeichnungen. Auch als Emeritus ist er mit der Bibliothek der Medizinischen Akademie in Posen eng verbunden. (Żmuda 2013)

Dr. habil. Andrzej Mężyński (geb. 1938, Absolvent des Studiengangs der polnischen Philologie an der Universität Adam Mickiewicz in Posen im Jahr 1968, Promotion im Jahr 1968, Habilitation im Jahr 1989 an der Historischen Abteilung der Universität Adam Mickiewicz) blickt auf eine lange Berufstätigkeit als Bibliothekar zurück. Zuletzt war er Professor am Institut für Informations- und Bibliothekswissenschaft der Universität in Breslau (*Instytut Informacji Naukowej i Bibliotekoznawstwa Uniwersytetu Wrocławskiego, INiB*). Von 1961 bis 2003 arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Bibliotheken. In diesem Zusammenhang ist vor allem seine Tätigkeit als Vizedirektor der Bibliothek PAN in Warschau, Vizedirektor der Universitätsbibliothek in Warschau und Direktor der Sejmbibliothek zu nennen. Bekannt ist er für seine aktive Gremien- und Redaktionstätigkeit, welche u. a. auch die bibliothekarische Zeitschrift „Przegląd biblioteczny“ [Die Bibliotheksrundschau] umfasste. Er ist ein aktiver Forscher und Autor, insbesondere auf dem Gebiet der polnischen Bibliotheksgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Er widmet sich aber auch den Gegenwartsproblemen des polnischen Bibliothekswesens. Dem deutschen Leser ist er als Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen, die sich mit dem Schicksal der polnischen Bibliotheken während des Zweiten Weltkriegs beschäftigen, bekannt. Nach seinen eigenen Angaben interessierte er sich für die polnische Bibliotheksgesetzgebung aus einer Beobachterposition heraus. Besonders intensiv setzte er sich mit den polnischen Bibliotheksgesetzen während der Erarbeitungsphase des derzeit geltenden Gesetzes über Bibliotheken auseinander. (Nowak 2010; Polskie Towarzystwo Bibliologiczne 31.03.2017)

Elżbieta Stefańczyk studierte an der Universität in Warschau am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft (*Instytut Bibliotekoznawstwa i Informacji Naukowej, IBiIN, IBIN*). Seit über 40 Jahren ist sie berufstätig, die Hälfte des beruflichen Lebens verbrachte sie in Einrichtungen für Wissenschaftsinformation. Im Jahr 1993 wechselte sie in die Nationalbiblio-

thek in Warschau und bekleidete dort verschiedene führende Positionen. Seit 2012 ist sie die Bevollmächtigte des Direktors der Nationalbibliothek für die Zusammenarbeit mit öffentlichen Bibliotheken und widmet sich somit gegenwärtig überwiegend dem öffentlichen Bibliothekswesen. Sie arbeitet in verschiedenen bibliothekarischen Gremien, u. a. ist sie seit 2005 die Vorsitzende des Vereins Polnischer Bibliothekare und seit 2009 Mitglied des Landesbibliotheksbeirats. Bekannt ist sie auch durch verschiedene Publikationen. Seit vielen Jahren ist sie Herausgeberin der Zeitschrift „Bibliotekarz“ und seit Langem gehört sie dem Kreis der Mitinitiatoren der polnischen Bibliotheksgesetzgebung an. (Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich)

Jolanta Stępnia (mgr des Studiengangs Bibliotheks- und Informationswissenschaft, *bibliotekarz dyplomowany*, emeritiert seit Juli 2016) spezialisierte sich insbesondere im Bibliotheksmanagement sowie in der Finanzierung und Organisation von elektronischen Bibliotheksbeständen, digitalen Bibliotheken und Repositorien und publizierte diesbezüglich. Sie war von 2003 bis Ende Juni 2016 Direktorin der Hauptbibliothek des Polytechnikums Warschau (*Biblioteka Główna Politechniki Warszawskiej*). Davor arbeitete sie in vielen unterschiedlichen Bibliotheken und hat insofern ein umfassendes Verständnis von der Situation der Bibliotheken in den verschiedenen Ressorts. Sie war Teilnehmerin nationaler und internationaler Konferenzen und aktives Mitglied in bibliothekarischen Gremien. Viele Jahre verbrachte sie mit der Lehrtätigkeit am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Universität in Warschau. Sie arbeitet eng mit dem Verein Polnischer Bibliothekare zusammen. Als seine Expertin beschäftigte sie sich mit verschiedenen bibliothekarischen Angelegenheiten, u. a. auch mit der beruflichen Qualifikation. Seit 2005 ist sie als Expertin für den Aufbau und die Finanzierung von verschiedenen elektronischen Ressourcen in polnischen Bibliotheken im Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen (*Ministerstwo Nauki i Szkolnictwa Wyższego, MNiSW*) tätig. Mit der polnischen Bibliotheksgesetzgebung setzte sie sich in den Jahren 2007 bis 2011 besonders intensiv auseinander. Sie arbeitete aktiv an dem Bibliotheksgesetzentwurf des Vereins Polnischer Bibliothekare aus dem Jahr 2013 mit. (Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich)

Jan Wołosz (geb. 1937, mgr im Bereich Bibliothekswissenschaft der Philologischen Abteilung der Universität in Warschau, *bibliotekarz dyplomowany*, emeritiert) widmete sich in seiner beruflichen Laufbahn einer ganzen Reihe bibliothekarischer Themen. Seine Publikationsliste

ist sehr lang. Er beschäftigte sich mit dem öffentlichen Bibliothekswesen, der Organisation des Bibliothekswesens, dem Bibliotheksrecht, der Bibliothekspolitik, dem bibliothekarischen Beruf, aber auch mit Regionalbibliografie, Automatisierung und bibliothekarischen Standards. Er gilt als einer der bedeutendsten aktiven Beobachter des polnischen Bibliothekssektors. In den 1960er und 1970er Jahren arbeitete er im Institut für Buchwesen und Leseverhalten an der Nationalbibliothek (*Instytut Książki i Czytelnictwa w Bibliotece Narodowej*, IKiCBN, IKiCz), wo er im Jahr 1969 die Sektion „Bibliotheksorganisation“ und von 1970 bis 1976 die bibliothekarische Ausbildungsstätte leitete. Im Jahr 1976 wurde er zum wissenschaftlichen Sekretär in der Nationalbibliothek berufen. In den Jahren 1991 bis 1998 war er stellvertretender Direktor der Nationalbibliothek. Daneben arbeitete er von 1991 bis 1996 in der Redaktion der Zeitschriften „Rocznik Biblioteki Narodowej“ [Jahrbuch der Nationalbibliothek] und „Polish Libraries Today“. Viele Jahre war er zusätzlich Herausgeber der Zeitschrift „Bibliotekarz“. Neben seiner vielseitigen Redaktionstätigkeit hielt er auch Vorlesungen in diversen bibliothekarischen Ausbildungsstätten. Er war Teilnehmer nationaler und internationaler Konferenzen. Er war bzw. ist Mitglied verschiedener Gremien. Er erhielt unzählige Auszeichnungen. Von 1985 bis 1993 war er stellvertretender Vorsitzender und von 2001 bis 2005 Vorsitzender der Hauptverwaltung des Vereins Polnischer Bibliothekare. Mit der polnischen Bibliotheksgesetzgebung setzte er sich seit 1967 intensiv auseinander. Er war Mitinitiator der Bibliotheksgesetzgebungsaktivitäten. Er nahm an der Vorbereitung und Begutachtung der Entwürfe von bibliothekarischen Rechtsvorschriften für das Ministerium für Kultur und Kunst teil und war Mitglied der Kommission, die mit dem Entwurf einer Novelle des Bibliotheksgesetzes von 1968 vom Minister für Kultur und Kunst im Jahr 1982 beauftragt wurde. (Sadowska 2005)

Die interviewten Personen sind geeignet, die Bewertung der Bibliotheksgesetze vorzunehmen, denn sie verfügen über umfassende Kenntnis der polnischen Bibliotheksgesetzgebung. Sie gelten in Polen als Experten für diese Thematik und einige von ihnen agieren entweder im Hintergrund als Berater oder als aktive Kommissionsmitglieder in den aktuellen Bibliotheksgesetzprojekten. Als Initiatoren der bibliotheksgesetzlichen Projekte und/oder aktive Teilnehmer an den nach der Systemtransformation entstandenen Bibliotheksgesetzprojekten waren sie in die Prozesse der Schaffung des Bibliotheksgesetzes von 1997 involviert und hatten nicht nur Zugang zu den diesbezüglichen spezifischen Informationen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass sie auch über detailliertes Wissen der Genese der vorausgehenden

Bibliotheksgesetze verfügen. Sie waren bzw. sind Funktionsträger. Ihre Leitungsfunktion in verschiedenen auch großen und bedeutenden Bibliotheken, ihre Gremienarbeit und ihre Redaktionstätigkeit eröffneten ihnen die Möglichkeit, die Bestimmungen der Bibliotheksgesetze über viele Jahre in die Praxis umzusetzen. Somit wird eine inhaltliche Repräsentativität der Forschungsergebnisse der Studie ermöglicht. Indem sowohl Aktivisten des öffentlichen als auch des wissenschaftlichen Bibliothekswesens mit langjähriger professioneller Erfahrung befragt werden, kann die Auswahl der Experten als ausgewogen bezeichnet werden.

Den Experten wurde Anonymität zugesichert. Um diese zu wahren, werden sowohl die Fragen als auch die Antworten in die maskuline Form gesetzt. Anderenfalls wäre bereits aus der Anrede und den Antworten das Geschlecht der angesprochenen Person ersichtlich. Die Zitate der Experten werden im Folgenden mit den Abkürzungen E1, E2, E3, E4, E5 belegt, wobei die Zuordnung der Abkürzungen zufällig ist. Die Reihenfolge entspricht nicht der Abfolge, in der die Experten in der Studie vorgestellt wurden.

6.3 Feldzugang

Der Kontakt zu den Experten wurde per E-Mail aufgenommen. Das Forschungsvorhaben wurde bereits in der Eingangsmail mitgeteilt. Aufgrund der Komplexität der Thematik und des langen Betrachtungszeitraums wurde der ins Polnische übersetzte Interviewleitfaden einige Wochen vor dem anberaumten Interviewtermin per E-Mail den Interviewten zugesendet. Die Interviews wurden im April 2015 in Polen durchgeführt. Sie wurden in polnischer Sprache geführt. Alle Experten bereiteten sich auf das Gespräch intensiv vor. Sie brachten zu den Gesprächen wertvolle Materialien mit, die sie im Anschluss der Autorin der Studie leihweise oder dauerhaft überließen. Die Gespräche fanden in einer angenehmen Atmosphäre statt. In vier Erhebungssituationen stand ein geeigneter Raum zur alleinigen Nutzung zur Verfügung. Die Voraussetzungen für eine gelungene Interviewsituation waren also erfüllt. Ein Gespräch fand im Café des Hotels Radisson in Warschau statt. Zwar war das Café zum Zeitpunkt der Erhebung für Gäste geschlossen, es gab aber eine Störung durch Mitarbeiter. Obwohl dies keine Auswirkungen auf die Gesprächsführung hatte, kann die Interviewsituation deshalb

nicht als optimal bezeichnet werden. Die Dauer der Gespräche betrug zwischen 60 und 90 Minuten. Die Gespräche wurden vollständig aufgezeichnet.⁷⁴

6.4 Auswertungsmethode

Das erhobene Material aus den bereits beschriebenen Interviewsituationen kann an dieser Stelle nicht mit vorfixierten Themenkatalogen interpretiert werden, weil dies den Daten nicht gerecht werden würde. Für die Analyse von Leitfadeninterviews bietet die Sozialforscherin Christiane Schmidt, in Anlehnung an den Mitbegründer der qualitativen Inhaltsanalyse Philipp Mayring, eine angemessene Auswertungsmethode. Die *„Auswertungsstrategie ... ,die sich in im Rahmen von Forschungsansätzen bewährt hat, die einen offenen Charakter des theoretischen Vorverständnisses postulieren, jedoch nicht auf explizite Vorannahmen ... und den Bezug auf Theorietraditionen verzichten“* (Schmidt 2013, S. 447–448). Es findet also ein Austausch zwischen dem Material und dem theoretischen Verständnis statt. In diesem werden *„die theoretischen Vorannahmen ausdifferenziert, in Frage gestellt und verändert ...“* (Schmidt 2013, S. 448).

Der Analyseprozess des Materials setzt sich aus fünf Schritten zusammen und beginnt mit einem auf Fehler korrigierten Transkript⁷⁵. Die Transkription eines Experteninterviews soll in dem erforderlichen Grad an Detailliertheit erfolgen und deshalb anders als bei einem biographischen Interview die thematisch relevanten Abschnitte enthalten und nonverbale und paraverbale Elemente nur in Ausnahmefällen berücksichtigen. (Meuser, Nagel 2009, S. 56) Damit keine Informationen entgehen, wurden die Interviewaufzeichnungen entgegen diesen Empfehlungen vollständig wörtlich transkribiert bis auf Ausführungen, die einen Rückschluss auf die Identität der befragten Bibliothekare ermöglichen, sowie Fragen der Bibliothekare zum deutschen Bibliothekswesen und die Antworten der Interviewerin. Paraverbale und nonverbale Elemente wurden nur dann berücksichtigt, wenn sie für die Interpretation der Ausführungen der Befragten hilfreich sind.

⁷⁴ Eine CD mit Audiodateien wird nicht zur Verfügung gestellt, da den Experten Anonymität zugesichert wurde.

⁷⁵ Die Transkripte wurden mithilfe der Firma Transkryptor in Warschau angefertigt.

Der erste Schritt des Analyseprozesses dient der Bestimmung von Auswertungskategorien. Hierfür ist zunächst ein intensives und wiederholtes Lesen der Transkripte erforderlich. Die Ordnung der vorkommenden Themen, im Zusammenhang mit der Fragestellung, ermöglicht die Bildung der Kategorien für die spätere Auswertung. Im zweiten Schritt werden die Auswertungskategorien zu einem Codierleitfaden für die Interviewauswertung zusammengestellt. Dabei wird jede einzelne Kategorie separat beschrieben und der gesamte Auswertungsleitfaden an einem speziellen Interview erprobt und bewertet. Drittens wird das Material codiert, also unter den Auswertungskriterien des Codierleitfadens alle vorliegenden Interviewtranskriptionen eingeschätzt, klassifiziert und verschlüsselt. Im vierten Schritt wird eine quantifizierende Zusammenstellung der Ergebnisse in Form einer übersichtlich gestalteten Tabelle angefertigt. Diese stellt dann die Informationen über die Datenbasis dar und bildet die Vorbereitung für die weitere Analyse. (Schmidt 2013, S. 447–455) Der letzte Auswertungsschritt ist eine vertiefende Fallanalyse mit den Zielen *„Hypothesen am Einzelfall zu überprüfen, begriffliche Konzepte auszudifferenzieren, zu neuen theoretischen Überlegungen zu kommen oder den vorhandenen theoretischen Rahmen zu überarbeiten“* (Schmidt 2013, S. 455). Das Interviewtranskript wird also abermals unter bestimmter Fragestellung gelesen und interpretiert.

7. Forschung⁷⁶

Mit der im vorangegangenen Kapitel offengelegten Forschungsmethodik konnte das Interviewmaterial erhoben und aus diesem ein geeigneter Codierleitfaden entwickelt werden. Er basiert auf den aus der Theorie entwickelten Bewertungskriterien, die als Oberkategorien fungieren, und wurde um weitere für die Auswertung notwendige Unterkategorien ergänzt. Die gebildeten Kategorien werden im Folgenden kurz deskriptiv dargestellt. Anschließend wird das ausgewertete Interviewmaterial mit der Theorie verbunden und in Bezug auf die Forschungsfrage nach der Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen untersucht.

7.1 Deskriptive Darstellung der Auswertungskategorien

Die folgende deskriptive Darstellung dient der Strukturierung der Analyse zur Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen.

7.1.1 Bibliotheksrechtsverständnis

In der Oberkategorie *Bibliotheksrechtsverständnis* werden alle Aussagen zusammengefasst, die den Begriff „Bibliotheksrecht“ definieren. Enthalten sind Äußerungen, die ihn als ein von Zarzębski gebildetes und definiertes Kunstwort bezeichnen oder als einen Komplex von bibliotheksrechtlichen Vorschriften verstehen:

„... nazwy nieformalne zależą od punktu widzenia ich twórców, ponieważ nikt w zasadzie nie podważył tego, co Zarzębski zaproponował to ta nazwa dalej funkcjonuje” [... Kunstworte sind von dem Standpunkt ihrer Schöpfer abhängig, denn im Grunde widerlegte niemand, was Zarzębski vorschlug und die Bezeichnung funktioniert weiter] (Anhang E1, Z. 37-39),

„... mamy ustawę biblioteczną, mamy wiele rozporządzeń ... ustawę o egzemplarzu obowiązkowym ... Mamy w poszczególnych ministerstwach różne akty prawne albo ustawy, albo rozporządzenia, które mówią o typie tychże bibliotek w obrębie danego resortu. Mamy

⁷⁶ Da keine Übersetzung frei von Interpretation ist, werden Zitate im Forschungsteil der Studie in polnischer Sprache aufgeführt. Die Übersetzung des jeweiligen Zitats folgt in eckigen Klammern. Es sind weitgehend wörtliche Übersetzungen, damit die Interpretation auf ein Minimum begrenzt werden kann.

również w ustawie samorządowej ... zapisy dotyczące bibliotek i choć nie są one bezpośrednio ustawodawstwem bibliotecznym, ale mają bardzo ważny wpływ na to, jak biblioteki funkcjonują ... mamy ustawę o szkolnictwie wyższym i tam jest jeden rozdział poświęcony, malutki co prawda, ale jest poświęcony bibliotekom szkół wyższych no i my się tego musimy trzymać. Tak że dla mnie to wszystko razem, ten kompleks to jest [prawo biblioteczne]” [... wir haben ein Bibliotheksgesetz, wir haben viele Verordnungen ... ein Pflichtexemplargesetz ... Wir haben in einzelnen Ministerien verschiedene Rechtsakte, Gesetze und Verordnungen, welche von Bibliothekstypen innerhalb eines bestimmten Ressorts sprechen. Wir haben auch im Selbstverwaltungsgesetz ... Bestimmungen, die sich auf Bibliotheken beziehen und obwohl sie nicht unmittelbar zur Bibliotheksgesetzgebung gehören, haben sie jedoch einen sehr großen Einfluss darauf, wie Bibliotheken funktionieren ... wir haben ein Hochschulgesetz und darin ist ein Abschnitt, der zwar klein ist, der aber Hochschulbibliotheken betrifft, und wir müssen uns daran halten. Also für mich ist das alles zusammen, dieser Komplex ist [das Bibliotheksrecht]] (Anhang E4, Z. 23-43).

Ferner werden alle Aussagen, die eine Zuordnung des Begriffs in ein Wissenschaftsgebiet erörtern, dargestellt.

7.1.2 Bibliotheksgesetzverständnis

Die Kategorie *Bibliotheksgesetzverständnis* umfasst einerseits alle Aussagen, welche die Bibliotheksgesetze benennen. Darin sind Aussagen inkludiert, welche die drei Bibliotheksgesetze des polnischen Bibliothekswesens konkret aufzählen und solche, die dieses Verständnis verändern. Andererseits bündelt sie in einer weiteren Unterkategorie Äußerungen über die Gesetze des polnischen Bibliothekswesens.

7.1.3 Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht

Die übergeordnete Kategorie *Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht* beinhaltet alle Aussagen, die den Rang der Bibliotheksgesetze aufzeigen. Darunter fallen sowohl Erläuterungen zum Rang der Gesetze in der polnischen Rechtsordnung als auch zum Rang im Bibliotheksrecht, wie:

„Nie ma aktu normatywnego ponad ustawą, no poza Konstytucją” [Es gibt keinen Normativakt über dem Gesetz, abgesehen von der Verfassung] (Anhang E1, Z. 71-72),

„... *to jest ta Konstytucja pod względem bibliotekarstwa ...*” [... es ist die Verfassung des Bibliothekswesens ...] (Anhang E3, Z. 110-111).

Zudem umfasst sie Ausführungen zum *Dialog der Rechtsquellen* des Bibliotheksrechts, also zum Verhältnis zwischen Bibliotheksgesetzen und sonstigen bibliothekarischen Rechtsvorschriften, wie beispielsweise:

„... *tutaj powstały takie sytuacje, że nie można mówić o niezgodności ustaw, ale w polskim prawie jest przyjęta taka zasada, że jest lex generalis i lex specialis i spór szedł w tym kierunku czy ustawa o bibliotekach jest lex generalis czy lex specialis, co było istotne*” [... hier entstanden solche Situationen, dass von Unstimmigkeiten der Gesetze nicht gesprochen werden kann, aber im polnischen Recht gibt es das Prinzip, dass es lex generalis und lex specialis gibt, und so kam es zu einer Auseinandersetzung, ob es sich bei dem Bibliotheksgesetz um ein allgemeines oder besonderes Gesetz handelt, was wesentlich ist] (Anhang E1, Z. 136-140),

„*Jest ich bardzo wiele i powinny rzeczywiście ze sobą współpracować. Niestety ... każdy minister wymyśla swoje rzeczy, nie wszystkie te rozporządzenia ze sobą współgrają i posługują się tym samym słownictwem ...*” [Es gibt sehr viele davon, und sie sollten aufeinander abgestimmt sein. Leider ... denkt sich jeder Minister eigene Sachen aus, nicht alle diese Verordnungen sind aufeinander abgestimmt und bedienen sich desselben Wortschatzes ...] (Anhang E4, Z. 95-98).

7.1.4 Zweck der Bibliotheksgesetze

In der Kategorie *Zweck der Bibliotheksgesetze* werden alle Aussagen zusammengefasst, die den Zweck der Bibliotheksgesetze erkennen lassen. Es werden alle Äußerungen zu den Interessen der gesellschaftlichen Gruppierungen und den Interessen des Staates dargestellt, die zur Schaffung der Bibliotheksgesetze führten, zum Beispiel:

„... *tych środowisk literackich- owszem, one patrzyły na to w sposób taki, co oni będą z tego mieć*“ [... die Literatenkreise schauten allerdings in der Weise darauf, wie sie davon profitieren können] (Anhang E2, Z. 297-298),

„... *myśmy chcieli, żeby w interesie państwa był rozwój bibliotekarstwa, żeby biblioteki były otwarte, dostępne dla ludzi ... w interesie państwa był rozwój nauki*“ [... wir wollten, dass die Entwicklung des Bibliothekswesens im Interesse des Staates ist und dass die Bibliotheken offen sind, zugänglich für die Menschen ... die Entwicklung der Wissenschaft war im Interesse des Staates] (Anhang E1, Z. 270-274).

Ebenso werden alle Ausführungen zu den den Interessen zugrunde liegenden Umständen dargestellt und thematisiert, wie:

„... *1946 rok. Ustawa potrzebna. Dlaczego? Zbiory rozproszone, zniszczone, jak to mówią – bajzel, nieporządek, wszystko to trzeba w jakiś sposób uporządkować. I ta próba uporządkowania w tym dekrete z `46 roku wyraźnie się zaznaczyła*“ [... das Jahr 1946: das Gesetz [ist] notwendig. Warum? Die Bestände [sind] zerstreut, vernichtet, wie man so sagt – Chaos, Unordnung, alles musste in irgendeiner Weise geordnet werden. Und der Versuch Ordnung zu schaffen, kam im Dekret von 1946 zum Ausdruck] (Anhang E1, Z. 82-85),

„... *przed wojną i zaraz po wojnie wieś polska była analfabetyczna, była masą analfabetów. Po drugie, tych bibliotek tam albo nie było, albo nieliczne- więc trzeba było tę wieś polską i male miasteczka otoczyć siecią bibliotek publicznych*“ [... vor dem Krieg und gleich nach dem Krieg war das polnische Dorf analphabetisch, es war eine Analphabetenmasse. Zweitens gab es dort keine oder nur wenige Bibliotheken, also mussten das polnische Dorf und kleine Städtchen mit einem Netz öffentlicher Bibliotheken umgeben werden] (Anhang E3, Z. 174-177).

Schließlich werden Gründe, die in die Interessen Eingang finden und die Entstehung der Bibliotheksgesetze beeinflussten, wie „*On wyrósł z troski ...*“ [Es [das Dekret] erwuchs aus Sorge ...] (Anhang E3, Z. 161) in einer Unterkategorie vereinigt.

7.1.5 Inhalte der Bibliotheksgesetze

Unter der Oberkategorie *Inhalte der Bibliotheksgesetze* werden alle Äußerungen gruppiert, die in Bezug zum Gesetzesinhalt stehen. Dies beinhaltet Aussprüche über den Regelungsanspruch der Gesetze sowie Gedanken zur Auswahl der Regelungsmaterien und zur inhaltlichen Ausgestaltung konkreter Materien und ihrer Gewichtung zueinander, zum Beispiel:

„... to jest ta Konstytucja pod względem bibliotekarstwa ...” [... es ist die Verfassung des Bibliothekswesens ...] (Anhang E3, Z. 110-111),

„Wystarczy jedno ogólne stwierdzenie, do czego służą biblioteki ...” [Es genügt eine allgemeine Erklärung, wozu Bibliotheken dienen ...] (Anhang E2, Z. 574-575),

„Pożyteczny przepis generalnie jest taki, że każda uczelnia musi mieć bibliotekę, również samorządom narzuca się biblioteki, więc to są pożyteczne” [Eine nützliche Bestimmung ist, dass jede Universität eine Bibliothek haben muss, auch den Selbstverwaltungen zwingt man Bibliotheken auf, also diese sind nützlich] (Anhang E3, Z. 247-248).

Weiter finden sich in dieser Kategorie Ausführungen zum *einheitlichen Bibliothekssystem* und zur *einheitlichen Bibliothekspolitik*. Als letzter Bestandteil der Inhalte der Bibliotheksgesetze werden Aussagen, welche die Qualitätskriterien der Regelungen benennen, vereint, wie: „Za sensowne uważam zapisy konkretne ...“ [Als sinnvoll erachte ich konkrete Bestimmungen ...] (Anhang E2, Z. 401).

7.1.6 Realisierung der Bibliotheksgesetze

Mit der Kategorie *Realisierung der Bibliotheksgesetze* sollen alle in den Interviews aufgezeigten Wirkungen der Bibliotheksgesetze dargestellt werden. Darunter fallen Indikatoren der Umsetzung und Anwendung der Gesetze im Bibliothekswesen, Nebeneffekte, die sie bewirkten, und die Formen ihrer Anwendung und Umsetzung im bibliothekarischen Alltag, zum Beispiel:

„... powstawało na początku dużo tych bibliotek ... powstawało bardzo dużo bibliotek publicznych, ponieważ każda gmina, każdy powiat miał obowiązek stworzenia co najmniej jednej biblioteki, no to one powstały ...” [... anfangs entstanden viele Bibliotheken, ... es entstanden sehr viele öffentliche Bibliotheken, weil jede Gemeinde [und] jeder Kreis zur Gründung von mindestens einer Bibliothek verpflichtet war, also entstanden sie ...] (Anhang E4, Z. 643-646),

„Moim zdaniem jest potrzebna taka ustawa naprawdę i ludzi jakoś cementuje wokół jednego zadania ...” [Meiner Meinung nach ist ein solches Gesetz wirklich notwendig, irgendwie zementiert es auch die Leute um eine Aufgabe ...] (Anhang E4, Z. 743-744),

„... dostaję egzemplarz obowiązkowy ... wiele bibliotek na tym oparło swoją politykę gromadzenia ...” [... ich erhalte ein Pflichtexemplar ... viele Bibliotheken richteten ihre Bestandspolitik danach aus ...] (Anhang E5, Z. 478-481).

Außerdem werden Aussagen zum *einheitlichen Bibliothekssystem* und zur *einheitlichen Bibliothekspolitik* in jeweils separaten Unterkategorien gebündelt. Ferner fallen alle Ausführungen bezüglich der Probleme und Hindernisse, die bei der Anwendung und Umsetzung beobachtet wurden, unter diese Oberkategorie. Letztlich werden alle Äußerungen der befragten Bibliothekare, die das Bild des polnischen Bibliothekswesens ohne Bibliotheksgesetze skizzieren, gebündelt.

7.2 Analyse

In der theoretischen Auseinandersetzung mit den polnischen Bibliotheksgesetzen konnte das polnische Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ und das Zustandekommen der Bibliotheksgesetze aufgezeigt, ihre wesentlichen Inhalte dargestellt und ein Einblick in ihre Realisierung gegeben werden. In diesem Kapitel wird das ausgewertete Interviewmaterial mit der theoretischen Grundlegung verbunden und mithilfe der entwickelten Kriterien zur Bewertung der Bibliotheksgesetze analysiert.

7.2.1 Bibliotheksrechtsverständnis

Die Oberkategorie *Bibliotheksrechtsverständnis* listet die Merkmale des polnischen Begriffs „Bibliotheksrecht“ auf. Sie dient der Begriffsklärung. Nach dem politischen Systemwechsel und erfolgter Rechtstransformation kann vermutet werden, dass das Begriffsverständnis Wandlungen unterlag. Die aktuelle individuelle Auffassung von Bibliotheksrecht der befragten Bibliothekare ist in Erfahrung zu bringen, bevor die Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht erörtert werden kann. Die Ausführungen der Bibliothekare werden mit dem Bibliotheksrechtsverständnis von Zarzębski und Kowalska verglichen.

7.2.1.1 Kunstwort

Zwei befragte Bibliothekare nehmen direkt Bezug auf das Bibliotheksrechtsverständnis von Zarzębski:

„... *ojcem polskiego prawa bibliotecznego jest Tadeusz Zarzębski ...*“ [... der Vater des polnischen Bibliotheksrechts ist Tadeusz Zarzębski ...] (Anhang E1, Z. 57-58),

„... *pan Zarzębski ... on się najbardziej na tym zna ...*“ [... Herr Zarzębski ... er kennt sich am besten damit aus ...] (Anhang E3, Z. 21-22).

Für einen Bibliothekar ist die von Zarzębski erarbeitete Definition allgemein und zeitlos, denn sie „... *nie może się zmienić z tego powodu, że to [prawo biblioteczne] nie jest nazwa formalna. A nazwy nieformalne zależą od punktu widzenia ich twórców, ponieważ nikt w zasadzie nie podważył tego, co Zarzębski zaproponował to ta nazwa dalej funkcjonuje*“ [... kann sich deswegen nicht ändern, weil das [Bibliotheksrecht] ein Kunstwort ist. Und Kunstworte sind von dem Standpunkt ihrer Schöpfer abhängig, denn im Grunde widerlegte niemand, was Zarzębski vorschlug und die Bezeichnung funktioniert weiter] (Anhang E1, Z. 36-39).

Für den zweiten Bibliothekar gehört Bibliotheksrecht ebenfalls in die Kategorie der künstlich gebildeten Wörter. Er führt aber aus, dass die Bildung des Begriffs für Bibliothekare nützlich sei. Bezüglich des Begriffsinhalts folgt er der Kritik von Gwiżdż:

„... *z tą definicją polemizuje profesor Gwiżdż ... i on kwestionuje tą definicję Zarzębskiego ... Gwiżdżowi chodzi o to, że nie ma gałęzi prawa – prawo biblioteczne ... więc to jest takie potoczne określenie ... dobrze je stosować, ono może być ... [prawo biblioteczne] zawiera cały szereg norm prawnych, które regulują prace bibliotek*“ [... mit der Definition polemisiert Professor Gwiżdż ... und er stellt die Definition von Zarzębski infrage. Gwiżdż geht es darum, dass es das Bibliotheksrecht als Rechtsdisziplin nicht gibt, ... also ist das eine umgangssprachliche Bezeichnung ... ihr Gebrauch ist nützlich, sie kann bleiben ... [das Bibliotheksrecht] enthält eine Reihe von Rechtsnormen, welche die Tätigkeiten der Bibliotheken regeln] (Anhang E3, Z. 31-52).

Aus seiner Sicht gehören also Gwiżdż folgend, Vorschriften, die keine Rechtsnormen sind, zum Bibliotheksrecht nicht dazu.

7.2.1.2 Komplex

Drei Interviewte fassen den Begriff als einen Komplex auf und beschreiben ihr Verständnis des Begriffs, indem sie typische Beispiele für Vorschriften des Bibliotheksrechts geben. So führt ein Bibliothekar aus:

„... mamy ustawę biblioteczną, mamy wiele rozporządzeń ... ustawę o egzemplarzu obowiązkowym ... Mamy w poszczególnych ministerstwach różne akty prawne albo ustawy, albo rozporządzenia, które mówią o typie tychże bibliotek w obrębie danego resortu. Mamy również w ustawie samorządowej ... zapisy dotyczące bibliotek i choć nie są one bezpośrednio ustawodawstwem bibliotecznym, ale mają bardzo ważny wpływ na to, jak biblioteki funkcjonują ... mamy ustawę o szkolnictwie wyższym i tam jest jeden rozdział poświęcony, malutki co prawda, ale jest poświęcony bibliotekom szkół wyższych no i my się tego musimy trzymać. Tak że dla mnie to wszystko razem, ten kompleks to jest [prawo biblioteczne]” [... wir haben ein Bibliotheksgesetz, wir haben viele Verordnungen ... ein Pflichtexemplargesetz ... Wir haben in einzelnen Ministerien verschiedene Rechtsakte, Gesetze und Verordnungen, welche von Bibliothekstypen innerhalb eines bestimmten Ressorts sprechen. Wir haben auch im Selbstverwaltungsgesetz ... Bestimmungen, die sich auf Bibliotheken beziehen und obwohl sie nicht unmittelbar zur Bibliotheksgesetzgebung gehören, haben sie jedoch einen sehr großen Einfluss darauf, wie Bibliotheken funktionieren ... wir haben ein Hochschulgesetz und darin ist ein Abschnitt, der zwar klein ist, der aber Hochschulbibliotheken betrifft, und wir müssen uns daran halten. Also für mich ist das alles zusammen, dieser Komplex ist [das Bibliotheksrecht]] (Anhang E4, Z. 23-43).

Dabei differenzieren zwei Bibliothekare zwischen Bibliotheksrecht im engeren Sinne und Bibliotheksrecht im weiteren Sinne. Zum Bibliotheksrecht im engeren Sinne gehören ihrer Meinung nach das Bibliotheksgesetz bzw. auch das Gesetz über die bibliothekarischen Pflichtexemplare sowie alle auf dieser rechtlichen Grundlage erlassenen Durchführungsrechtsakte. Zum Bibliotheksrecht im weiteren Sinne gehören auch alle anderen Rechtsakte bzw. auch sonstige rechtliche Vorschriften, die einen bedeutenden Einfluss auf die Funktionsweise von Bibliotheken nehmen. (Anhang E4, Z. 23-43; E2, Z. 103-115) Ein Bibliothekar präsentiert sein Bibliotheksrechtsverständnis aus verschiedenen Perspektiven. Er beschreibt zunächst sein historisches Verständnis und unterscheidet dabei zwischen den wichtigen Rechtsakten, wie der Verfassung, den Gesetzen und den Verordnungen, und Rundschreiben

und Richtlinien, die alle ebenfalls das polnische Bibliothekswesen gestalteten. Hinzu kommt sein Verständnis des heutigen Bibliotheksrechts, das derzeit gelte, jederzeit geändert werden könne, und in die tägliche bibliothekarische Praxis eingehe. (Anhang E5, Z. 17-28)

Die Beispiele illustrieren, was die Zugehörigkeit einer Rechtsnorm zum Bibliotheksrecht ausmacht, und wodurch sie sich von anderen Vorschriften unterscheidet. Der beschriebene Begriffsinhalt ähnelt dem Bibliotheksrechtsverständnis von Zarzębski, der den Begriff „Bibliothekswesen“ als durch die staatliche Gewalt und staatliche Verwaltung erlassene Verfahrensnormen definiert, welche die Organisation und die Funktionsweise von Bibliotheken betreffen. Das Bibliotheksrecht umfasst auch aus Zarzębskis Sicht Gesetze, Durchführungsrechtsakte und sonstige Vorschriften, wie Rundschreiben, Anleitungen und Richtlinien, deren Adressaten Bibliotheken sind. Lediglich der Geltungsbereich der sonstigen Vorschriften, den Zarzębski als weiteres Abgrenzungskriterium nennt, wird von den Interviewten überhaupt nicht thematisiert.

7.2.1.3 Zugehörigkeit zu einem Wissenschaftsgebiet

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Begriffsverständnis wird die Schwierigkeit der Zuordnung von Bibliotheksrecht zu einem Wissenschaftsgebiet von zwei Befragten als ein weiteres wesentliches Merkmal diskutiert:

„To [prawo biblioteczne] jest bardziej gałąź bibliotekoznawstwa niż prawa ...“ [Es [das Bibliotheksrecht] ist eher eine Disziplin der Bibliothekswissenschaft als des Rechts ...] (Anhang E3, Z. 43),

„... polskie prawo biblioteczne powstało w ten sposób, że z tych wszystkich gałęzi prawa powyciągaliśmy do jakby innego kodeksu wszystko to, co dotyczy prawa bibliotecznego“ [... das polnische Bibliotheksrecht entstand auf die Weise, dass wir aus allen diesen Rechtsgebieten herausnahmen, wie für ein anderes Gesetzbuch, was Bibliotheksrecht betrifft] (Anhang E1, Z. 44-46).

Wie bereits in den Kapiteln zum Bibliotheksrechtsverständnis dargestellt, zeigt sich, dass die Schwierigkeit, das Bibliotheksrecht einer Wissenschaftsdisziplin zuzuordnen, in seinem Querschnittscharakter liegt. Die Bibliothekare folgen also auch in diesem Sachverhalt der Gedan-

kenkette von Zarzębski, denn er hebt die Vielzahl, den diffusen Charakter und die Verschiedenartigkeit der bibliotheksrechtlichen Vorschriften hervor.

Es stellt sich heraus, dass das Bibliotheksrechtsverständnis der befragten Bibliothekare auf mehreren Ansätzen basiert. Ob dies auf Änderungen in der polnischen Rechtsordnung zurückzuführen ist oder andere Ursachen hat, ist allerdings nicht ersichtlich. Es drängt sich aber die Erkenntnis auf, dass der Kern des Verständnisses von Bibliotheksrecht unabhängig von der staatlichen Setzung ist. Die Befragten sind sich einig, dass es sich hierbei um einen zusammenfassenden Begriff für viele bedeutsame Vorschriften handelt, deren Adressaten Bibliotheken sind. Auch wenn der Begriff differenziert betrachtet wird, herrscht weitgehende Einigkeit über den Begriffsinhalt. Damit prägt Zarzębskis Definition offensichtlich nachhaltig das Verständnis des Begriffs „Bibliotheksrecht“ der polnischen Bibliothekare. Lediglich ein Bibliothekar schränkt explizit den Umfang des Begriffs auf Rechtsnormen ein. Kein Interviewter teilt die Meinung Kowalskas, unter dem Begriff „Bibliotheksrecht“ ausschließlich das derzeit geltende Bibliotheksgesetz und die auf seiner Ermächtigungsgrundlage erlassenen Durchführungsrechtsakte zu verstehen.

7.2.2 Bibliotheksgesetzverständnis

Diese Oberkategorie ist ebenfalls der Begriffsklärung zur Ermittlung der Rolle von Bibliotheksgesetzen im Bibliotheksrecht unter dem Aspekt der geänderten polnischen Staatsordnung geschuldet. Das Bibliotheksgesetzverständnis der befragten Bibliothekare wird mit der Definition des Begriffs „Bibliotheksgesetz“ von Zarzębski verglichen.

7.2.2.1 Drei Bibliotheksgesetze

Alle fünf Befragten beziehen das Dekret, das Bibliotheksgesetz von 1968 und das Bibliotheksgesetz von 1997 in ihr Verständnis von Bibliotheksgesetzen ein (Anhang E1, Z. 65-66; E2, Z. 165; E3, Z. 57; E4, Z. 53-56; E5, Z. 33-34), wobei zwei Interviewte ausschließlich diese aufzählen (Anhang E1, Z. 65-66; E3, Z. 57), zum Beispiel:

„... tu odpowiedź jest prosta – dekret z `46 roku, ustawa z `68 roku i ustawa z `97 roku i kończy się” [... hier fällt die Antwort leicht – das Dekret von 1946, das Gesetz von 1968 und das Gesetz von 1997, und hier endet es auch] (Anhang E1, Z. 65-66).

Ein Interviewter lässt den Aspekt der Geltung in seine Antwort einfließen und betont daraufhin:

„Jest jedna konkretna ustawa o bibliotekach ... Z `97 roku, modyfikowana kilka razy, ale w niewielkim bardzo zakresie ...” [Es gibt ein konkretes Bibliotheksgesetz ... Von 1997, das einige Male novelliert wurde, jedoch nicht sehr umfangreich ...] (Anhang E4, Z. 45-47).

7.2.2.2 Weitere Bibliotheksgesetze

Zwei Bibliothekare legen ein erweitertes Verständnis von Bibliotheksgesetzen dar. Einer von ihnen zählt auch das Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit hinzu, dabei geht er aber bewusst von einem Unterschied zwischen den Bibliotheksgesetzen und dem Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit aus. Denn er fügt hinzu: *„Ale to jest niejako wyrwa w tej pierwotnej koncepcji ustawy i bibliotekach ...”* [Das ist aber gewissermaßen ein Ausreißer aus der ursprünglichen Konzeption des Gesetzes und der Bibliotheken ...] (Anhang E2, Z. 168-169). Er begründet die Zugehörigkeit des Gesetzes zu seinem Bibliotheksgesetzverständnis mit der weitreichenden Bedeutung dieses Gesetzes für öffentliche Bibliotheken. Der zweite Bibliothekar erweitert den Begriffsinhalt um alle Bibliotheksgesetzesentwürfe, da sie *„... są ... dziedzictwem bibliotekarstwa polskiego ...”* [... das Erbe des polnischen Bibliothekswesens ... sind ...] (Anhang E5, Z. 32). Beide Erweiterungen des Begriffsinhalts werden in der nachfolgenden Untersuchung vernachlässigt, weil sie den Kerngehalt des Begriffs „Bibliotheksgesetz“ nicht mehrdeutig erscheinen lassen.

7.2.2.3 Gesetze des Bibliothekswesens

Die Antwort eines Interviewten, der zu dem Fragenkomplex die folgende Information hinzufügt: *„Polskie bibliotekarstwo ma dwie ustawy – o egzemplarzu obowiązkowym i ustawę o bibliotekach”* [Das polnische Bibliothekswesen hat zwei Gesetze – über das Pflichtexemplar und das Gesetz über Bibliotheken] (Anhang E3, Z. 63-65) legt unmissverständlich dar, dass das polnische Begriffsverständnis von Bibliotheksgesetz keine Gesetze beinhaltet, die lediglich Teilbereiche bibliothekarischer Tätigkeiten regeln.

Es bestätigt sich die Annahme, dass der polnische Begriff „Bibliotheksgesetz“ weiterhin, wie von Zarzębski definiert, mit dem Dekret über Bibliotheken und den nachfolgenden Gesetzen über Bibliotheken verknüpft ist.

7.2.3 Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht

In der Oberkategorie *Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht* wird der Stellenwert der Bibliotheksgesetze innerhalb des Systems der vielen Normen des polnischen Bibliotheksrechts erörtert. Wegen der weitgehenden Ähnlichkeit im Verständnis von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz der Befragten wird auf eine dem jeweiligen Interviewten zugeordnete detaillierte Gegenüberstellung der Antworten für die Bestimmung der Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht verzichtet.

7.2.3.1 Rang von Gesetzen in der polnischen Rechtsordnung

Die Bedeutung der Bibliotheksgesetze wird bereits durch die Hierarchiestufe von Gesetzen in der polnischen Rechtsordnung bestimmt. Die Befragten weisen in ihren Ausführungen auch darauf hin, dass Bibliotheksgesetze aufgrund des hohen Ranges von Gesetzen in der polnischen Normenhierarchie immer eine führende Rolle übernehmen. Denn in der Rangordnung gibt es über einem Gesetz keine Normativakte, abgesehen von der Verfassung. (Anhang E1, Z. 71-72; E3, Z. 63)

7.2.3.2 Rang der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht

Der Begriff „Bibliotheksgesetz“ wird von Zarzębski als grundlegender Rechtsakt des Bibliothekswesens definiert. Somit wird dem nationalen Bibliotheksgesetz bereits per Definition eine hohe Bedeutung zugewiesen. Dies wird von den Befragten bestätigt. Sie sagen, dass das Bibliotheksgesetz im polnischen Bibliotheksrecht „... *to jest podstawa*“ [... die Grundlage ist] (Anhang E4, Z. 47), „... *istotne znaczenie* ...“ [... eine wegweisende Bedeutung hat ...] (Anhang E2, Z. 198) oder „... *pierwszoplanowa pozycja*“ [... eine führende Position einnimmt] (Anhang E2, Z. 182). Unverkennbar wird die herausragende Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen mit der Aussage:

„... to jest ta Konstytucja pod względem bibliotekarstwa ...” [... es ist die Verfassung des Bibliothekswesens ...] (Anhang E3, Z. 110-111).

Den polnischen Bibliotheksgesetzen die rechtliche Bedeutung einer Verfassung im Bereich des Bibliothekswesens zuzusprechen, impliziert, dass die Bibliotheksgesetze das Rechtsfundament des polnischen Bibliotheksrechts sind. Sie erhalten zugleich Vorrang vor allen anderen Normen.

7.2.3.3 Dialog der Rechtsquellen

Wie bereits im theoretischen Teil der Studie dargelegt und auch aus den Ausführungen zum Begriff „Bibliotheksrecht“ der polnischen Bibliothekare ersichtlich, umfasst das polnische Bibliotheksrecht mehrere nebeneinander existierende Arten von Rechtsquellen, die sich in ihrem Regelungsinhalt zum Teil überschneiden. Die Rechtsquellen stehen nicht immer in einer deutlich erkennbaren Hierarchie zueinander. Auf Nachfragen, welchen Einfluss die Bibliotheksgesetze auf die vielen Rechtsnormen des polnischen Bibliotheksrechts hatten bzw. haben, eröffnet sich ein Einblick in die Problematik des Verhältnisses zwischen Gesetzen und des Zusammenspiels von Gesetzen und Durchführungsrechtsakten. Diese Problematik ist von zentraler Bedeutung für die Ermittlung der Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht.

Die Interviewten antworten auf entsprechende Nachfragen, dass Bibliotheksgesetze die wichtigste Position einnehmen. Doch sie betonen gleichzeitig die Wichtigkeit weiterer Gesetze im polnischen Bibliothekswesen:

„... te ustawy [o bibliotekach] zawsze są w środowisku bibliotekarskim najważniejsze, ale równocześnie bibliotekarze w bibliotekach akademickich mają ustawę o szkolnictwie, to chciałem powiedzieć, pedagogiczni i szkolni mają ustawę oświatową, a biblioteki publiczne mają ustawę o prowadzeniu i organizowaniu działalności kulturalnej. I to są takie no ober ustawy w stosunku do bibliotekarstwa ...” [... diese Bibliotheksgesetze sind im bibliothekarischen Umfeld am wichtigsten, aber gleichzeitig haben die Bibliothekare der Hochschulbibliotheken [noch] das Hochschulgesetz, die der pädagogischen Bibliotheken und Schulbibliotheken das Bildungsgesetz, und die der öffentlichen Bibliotheken haben das Gesetz über die Durchführung und Organisation kultureller Tätigkeit. Und das sind solche Über-Gesetze in Bezug auf das Bibliothekswesen ...] (Anhang E5, Z. 51-56).

Hinsichtlich der hohen Anzahl von Verordnungen wird angeführt:

„Jest ich bardzo wiele i powinny rzeczywiście ze sobą współpracować. Niestety ... każdy minister wymyśla swoje rzeczy, nie wszystkie te rozporządzenia ze sobą współgrają i posługują się tym samym słownictwem ...” [Es gibt sehr viele davon, und sie sollten aufeinander abgestimmt sein. Leider ... denkt sich jeder Minister eigene Sachen aus, nicht alle diese Verordnungen sind aufeinander abgestimmt und bedienen sich desselben Wortschatzes ...] (Anhang E4, Z. 95-98).

Diese Aussagen machen schnell deutlich, dass die in der Phase des Stalinismus in der Volksrepublik Polen erfolgte Aufgliederung der polnischen Bibliotheken auf verschiedene Ressorts die herausragende Rolle eines Bibliotheksgesetzes, welche der Schöpfer des Dekrets über Bibliotheken dem nationalen Bibliotheksgesetz zudachte, letztlich grundlegend veränderte.

Das Gesetz über Bibliotheken von 1968 legalisierte die erfolgte Dezentralisierung des Bibliothekssektors, indem es die bibliotheksrechtlichen Bestimmungen zu den Bibliotheken der Hochschulen, der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der Forschungsinstitute und zu den Schul- und Fachbibliotheken in den früher eingeführten Rechtsakten nicht berührte. Hieraus entstanden mit der Zeit immer größere Probleme, die mit der Schaffung weiterer Spezialgesetze einhergingen, die sich in ihrem Regelungsinhalt auch unmittelbar auf Bibliotheken bezogen. In den Diskussionen um einen Novellierungsversuch des Bibliotheksgesetzes von 1968 in den 1980er Jahren griffen die polnischen Bibliothekare das Vorhandensein der vielen Rechtsnormen auf und hoben die Notwendigkeit ihrer Koordinierung hervor. Doch die ressortbedingte Zersplitterung der Bibliotheksangelegenheiten übt bis heute einen großen Einfluss auf die Rolle der Bibliotheksgesetze im polnischen Bibliotheksrecht aus. Den Bibliothekaren ist es nicht gelungen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Ein Interviewter äußert sich zu diesem Sachverhalt folgendermaßen:

„... dbaliśmy zawsze o to, żeby ktoś inny nie mógł nam tutaj nabroić. Ale ma pani rację, że takie problemy zaczęły w pewnym okresie wyrastać i to są konsekwencje uchwalenia w drugiej połowie lat 80-tych ustawy o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej” [... wir haben dafür gesorgt, damit kein anderer uns hier irgendwelche Dummheiten macht. Aber Sie haben recht, dass solche Probleme in einer bestimmten Zeit heranwuchsen und das sind die Konsequenzen aus der Verabschiedung des Gesetzes über die Organisation und

Durchführung kultureller Tätigkeit in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre] (Anhang E1, Z. 125-128).

Den primären Entstehungsgrund dieses für die öffentlichen Bibliotheken wichtigen Gesetzes sieht ein befragter Bibliothekar in den miteinander konkurrierenden Interessen im Ministerium für Kultur und Kunst:

„Ale to jest niejako wyrwa w tej pierwotnej koncepcji ustawy i bibliotekach, wyrwa wynikająca z rywalizacji pewnego punktu widzenia władz ... to była taka stała rywalizacja bibliotek i domów kultury ...” [Das ist aber ein Ausreißer aus der ursprünglichen Konzeption des Gesetzes und der Bibliotheken, ein Ausreißer, der sich aus einem konkurrierenden Standpunkt der Behörden ergab ... das war so eine ständige Rivalität zwischen Bibliotheken und Kulturhäusern ...] (Anhang E2, Z. 168-172).

Der zunehmende Bedeutungsverlust der Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliotheksrecht manifestiert sich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1997 über Bibliotheken. In diesem Zusammenhang wird insbesondere das Verhältnis zwischen dem Gesetz über Bibliotheken von 1997 und dem Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit von 1991 als nicht einfach beschrieben. Sie können nicht isoliert betrachtet werden:

„... tutaj powstały takie sytuacje, że nie można mówić o niezgodności ustaw, ale w polskim prawie jest przyjęta taka zasada, że jest lex generalis i lex specialis i spór szedł w tym kierunku czy ustawa o bibliotekach jest lex generalis czy lex specialis, co było istotne” [... hier entstanden solche Situationen, dass von Unstimmigkeiten der Gesetze nicht gesprochen werden kann, aber im polnischen Recht gibt es das Prinzip, dass es lex generalis und lex specialis gibt, und die Auseinandersetzung ging in die Richtung, ob es sich bei dem Bibliotheksgesetz um ein allgemeines oder besonderes Gesetz handelt, was wesentlich war] (Anhang E1, Z. 136-140).

Das Gesetz über Bibliotheken von 1997 lässt die dezentrale Verwaltung von Bibliotheken nicht nur unverändert, es stärkt die Kompetenzen der Ressorts. Dies konkretisiert die folgende kritische Anmerkung:

„... znaczy nasza Konstytucja tak przewiduje, że nie ma aktu normatywnego, który byłby wydany bez upoważnienia ustawowego i w związku z tym w tej ustawie, będziemy siedzieli w

'97 roku ... *W tej ustawie znajdzie pani masę upoważnień dla różnych organów państwa naczelnych do stanowienia rozporządzeń ...*” [... unsere Verfassung sieht vor, dass es keinen Normativakt gibt, der ohne im Gesetz erteilte Ermächtigung erlassen werden kann, und aus diesem Grund verbleiben wir in diesem Gesetz aus dem Jahr 1997 ... In diesem Gesetz finden Sie eine Menge von Ermächtigungen für verschiedene Staatsorgane zum Erlass von Verordnungen ...] (Anhang E1, Z. 157-161).

Bezeichnend ist die folgende Feststellung eines Interviewten zu dieser Entwicklung:

„*[Ustawy o bibliotekach] Miały duży wpływ ...*” [Die Bibliotheksgesetze hatten einen großen Einfluss ...] (Anhang E3, Z. 134).

Der Stellenwert von nationalen Bibliotheksgesetzen in dem undurchsichtigen System der polnischen bibliotheksrechtlichen Vorschriften erscheint schwach. Das ergibt sich aus den Anmerkungen zur faktischen Bedeutung der Bibliotheksgesetze, die mit den gestellten Nachfragen ebenfalls zur Sprache kommt:

„*A wtedy było zarządzenie, wtedy były jeszcze pisma okólne, które w zasadzie nie miały ... większego znaczenia, a często były ważniejsze ... dla zarządzania różnymi sprawami niż formalne akty prawne*” [Damals gab es die Anordnung, damals gab es auch Rundschreiben, die im Grunde keine größere Bedeutung hatten, aber oft wichtiger ... für viele Sachverhalte waren als formale Rechtsakte] (Anhang E2, Z. 269-272).

Schon zum Zeitpunkt der Entlassung von Grycz und Janiczek aus der Generaldirektion der Bibliotheken war eine Berufung auf die Bestimmungen des Dekrets nahezu unmöglich. Inwieweit für die nachfolgenden Phasen des reduzierten Einflusses der Bibliotheksgesetze ideologische Beschränkungen und/oder die dezentrale Verwaltung der Bibliotheken primär ursächlich waren, könnte nur in einer separaten Untersuchung geklärt werden. Doch aufgrund der Tatsache, dass das polnische Bibliotheksrecht durch eine Flut von bibliotheksrechtlichen Vorschriften gekennzeichnet ist, und es insbesondere in den Jahren 1950 bis 1967 zu einem inflationären Gebrauch solcher Vorschriften kam, verwundert die folgende Aussage nicht:

„... *biblioteki w Polsce były i są ... rządzone według aktów prawnych właściwych dla jednostek, które je zakładają ... to znaczy konkretnie – uczelnie mają swoje biblioteki ... Przy czym uczelnie dla nich podstawowym aktem prawnym jest ustawa o szkolnictwie wyższym. To*

jest ich ustawa, a nie ustawa o bibliotekach, czasami w ogóle nie wiedzą, że ustawa o bibliotekach jest ... Potem jest ustawa o samorządzie terytorialnym i ona dużo rzeczy narzuca bibliotekom, tak że ustawa ta biblioteczna nie może pójść wbrew ... biblioteki są posegmentowane na różne resorty, a te resorty mają swoje akty prawne, które regulują ich życie. Tak że ustawa idzie trochę wstecz” [... die Bibliotheken in Polen waren und werden durch Rechtsakte der zuständigen Einheiten verwaltet, die sie gründen ... das heißt konkret, die Hochschulen haben ihre Bibliotheken ... Dabei ist das Hochschulgesetz für die Hochschulen der grundlegende Rechtsakt und nicht das Bibliotheksgesetz, manchmal wissen sie gar nichts von der Existenz des Bibliotheksgesetzes ... Dann gibt es das Gesetz über die territoriale Selbstverwaltung und dieses Gesetz oktroyiert den Bibliotheken Vieles, das Bibliotheksgesetz kann dem nicht entgegenwirken ... die Bibliotheken sind aufgeteilt auf verschiedene Ressorts und diese haben ihre eigenen Rechtsakte, die ihr Leben regulieren, sodass sich das Bibliotheksgesetz ein wenig zurückentwickelt] (Anhang E3, Z. 119-128).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die interviewten Bibliothekare den Bibliotheksgesetzen den höchsten Rang mit uneingeschränktem Vorranganspruch innerhalb der Normenhierarchie des polnischen Bibliotheksrechts zuweisen. Die Existenz sowohl weiterer Spezialgesetze, die sich mit Bibliotheksgesetzen zumindest teilweise in der Regelung bibliothekarischer Sachverhalte überschneiden, als auch der vielen anderen Normativakte stellt den Vorrang der Bibliotheksgesetze vor diesen bibliotheksrechtlichen Vorschriften nicht infrage. Denn das Gesetz über Bibliotheken von 1968 beließ die vor der Verabschiedung erlassenen anderen rechtlichen Normativakte in Kraft. Das Gesetz über Bibliotheken von 1997 eröffnet den für Bibliotheken zuständigen Ministerien einen großen Spielraum. Denn es besteht aus einer Reihe von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsnormen. Es ist demnach eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers, den jeweils zuständigen Ressorts eine hohe Machtstellung im Bibliothekswesen einzuräumen. Dadurch gewinnen sowohl Spezialgesetze als auch Verordnungen innerhalb des Systems der vielen Vorschriften des polnischen Bibliotheksrechts immer mehr an Bedeutung. Dies steht im krassen Widerspruch zu der Rolle des Bibliotheksgesetzes in der polnischen Grundidee von einem Bibliotheksgesetz, wie sie ihr der Verfasser des Dekrets über Bibliotheken auferlegte, denn im Vordergrund stand die Idee eines einheitlichen Bibliothekssystems und einer einheitlichen Bibliothekspolitik.

Dass die faktische Bedeutung der Bibliotheksgesetze in den Zeiten starker ideologischer Indoktrination der sozialistischen Ära Polens stark eingeschränkt war, überrascht wenig. Aus der Rechtsgeschichte lassen sich genug Beispiele heranziehen, in denen Gesetze nach erfolgten politischen Umbrüchen entweder außer Kraft gesetzt, ignoriert oder bei ihrer Anwendung anders ausgelegt wurden.

7.2.4 Zweck der Bibliotheksgesetze

In der Oberkategorie *Zweck der Bibliotheksgesetze* wird von den Interviewten vor allem der Zweck des ersten Bibliotheksgesetzes beleuchtet, also des Dekrets über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen. Die Interessen, Umstände und Gründe, die beim Zustandekommen des Dekrets über Bibliotheken eine Rolle spielten, rückten in den Antworten der meisten befragten Bibliothekare in den Vordergrund. Das könnte einerseits an der hohen Wertstellung des Dekrets liegen. Andererseits macht vermutlich der historische Zweck der Bibliotheksgesetze die grundlegenden Interessen der Bibliothekare und des Staates an der Schaffung eines Bibliotheksgesetzes transparent. Hinsichtlich der Neufassungen der Bibliotheksgesetze wurden insbesondere die Umstände und Gründe, die zur Abschaffung des jeweils vorhergehenden Bibliotheksgesetzes führten, von den Befragten betrachtet.

Diese Oberkategorie soll insbesondere die tatsächlichen Ziele und Absichten, welche den polnischen Bibliotheksgesetzen zugrunde liegen, aufdecken. Da dem Zweck des Gesetzes in der Rechtswissenschaft eine herausragende Bedeutung zukommt, und die Befragten in diesem Themenkomplex zugleich über die Stellung der Bibliothekare in der Volksrepublik Polen berichten, was für das Zustandekommen des Gesetzes von 1968 relevant war, erscheint eine direkte Wiedergabe der diesbezüglichen Gesprächsinhalte in Form von längeren wörtlichen Zitaten sinnvoll.

7.2.4.1 Gesellschaftliche Interessen

Die Unterkategorie *gesellschaftliche Interessen* beinhaltet alle von den Interviewten genannten Ziele und Absichten der gesellschaftlichen Interessengruppen an einem Bibliotheksgesetz.

Die Theorie zeigt, dass die Bestrebungen zur Schaffung eines Bibliotheksgesetzes und seiner Erneuerung stets von Bibliothekaren ausgingen. Dies bekunden ebenso die befragten Bibliothekare:

„... to były grona bibliotekarzy ... Tu ... była inicjatywa z tego środowiska wychodząca” [... es waren die Kreise der Bibliothekare ... Dies ... war eine Initiative, die von diesem Umfeld ausging] (Anhang E5, Z. 137-154).

Ihre Aussagen lassen darüber hinaus vermuten, dass die Entstehung der Bibliotheksgesetze nahezu ausschließlich auf das Interesse von Bibliothekaren zurückging und zurückgeht. Bestätigt wird diese Annahme durch die Antworten der Befragten auf die gezielte Nachfrage nach dem Engagement anderer gesellschaftlicher Kreise und dem expliziten Hinweis auf Literatenkreise in diesem Kontext. Ein großes Engagement anderer gesellschaftlicher Interessengruppen wird von den Befragten verneint. Zudem wird ausgeführt, dass das Interesse von Literatenkreisen an einem Bibliotheksgesetz stets egoistischer Natur war:

„... tych środowisk literackich- owszem, one patrzyły na to w sposób taki, co oni będą z tego mieć. Tylko i wyłącznie z tego punktu widzenia. ...” [... die Literatenkreise – doch, allerdings schauten sie darauf in der Weise, wie sie davon profitieren. Nur und ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt ...] (Anhang E2, Z. 297-298).

Seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates liegt es im Interesse von Bibliothekaren, dass bestimmte Sachverhalte des Bibliothekswesens in einem Gesetz geregelt werden. Allein der ideelle Wert von Gesetzen spielt für die polnischen Bibliothekare aus der Sicht eines Befragten eine bedeutende Rolle:

„... nam, bibliotekarzom, nie tylko nam współczesnym, ale tym, którzy żyli w 20-leciu międzywojennym zależało na tym, żeby właśnie sprawy bibliotekarskie były regulowane przez przepisy najwyższej rangi w państwie” [... uns, Bibliothekaren, nicht nur den Heutigen, aber auch denen, die in den 1920er Jahren zwischen den Kriegen lebten, war es wichtig, dass bibliothekarische Belange durch Normativakte des höchsten Ranges im Staat geregelt werden] (Anhang E1, Z. 72-75).

Außerdem wird die Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens aus dem Blickwinkel eines weiteren Interviewten an die Existenz eines Bibliotheksgesetzes geknüpft:

„Rozwój bibliotek to był właściwie główny cel zawsze tworzenia tych ustaw” [Die Entwicklung der Bibliotheken, das war immer das Hauptziel der Schaffung von Bibliotheksgesetzen] (Anhang E5, Z. 105-106),

„... zobaczyli tą siłę, która tkwi w tym i widzieli różne tam niedomagania, potrzeby, też często patrzyli na dyscypliny, z których przychodzą, że pewne rzeczy można unormować, zaproponować ...” [... sie [die Bibliothekare] sahen die Kraft, die darin steckt, und sie sahen verschiedene Unzulänglichkeiten, Nöte, oft schauten sie auch aus dem Blickwinkel der Disziplin von der sie kamen, dass bestimmte Dinge normiert, vorgeschlagen werden könnten ...] (Anhang E5, Z. 140-142).

Der Verzicht der Bibliothekare auf ein Bibliotheksgesetz scheint wenig realistisch zu sein in Anbetracht der folgenden Feststellung, dass bereits Gesetzgebungsprojekte praxiswirksam wurden:

„... my chcieliśmy, żeby biblioteki w Polsce były traktowane od projektów, grantów, które realizują ...” [... wir wollten, dass auf Bibliotheken in Polen durch Gesetzentwürfe und Zuschüsse eingewirkt wird, die realisieren ...] (Anhang E5, Z. 44-45).

Die Diskussionen der Bibliothekare in den Entstehungsphasen der Gesetze belegen, dass die mit einem Bibliotheksgesetz verfolgten Ziele der Fachwelt mit dem Dekret über Bibliotheken in Zusammenhang stehen. Grycz prägte das Dekret über Bibliotheken. Seine Gedanken sind in der bibliothekarischen Community weiterhin präsent, was aus den Äußerungen der Befragten immer wieder zu entnehmen ist. Die konzeptionellen Grundideen Gryczs, das polnische Bibliothekswesen mit *„... objęcie jednolitym zarządzaniem, jednolitą myślą i stworzenie jednolitej polityki bibliotecznej w Polsce”* [... einer einheitlichen Verwaltung, einem einheitlichen Gedanken und der Schaffung einer einheitlichen Bibliothekspolitik in Polen zu umspannen] (Anhang E3, Z. 169-170) und für *„... upowszechnienie bibliotekarstwa ...”* [... die Verbreitung des Bibliothekswesens ...] (Anhang E3, Z. 173) Sorge zu tragen, werden von einem Befragten explizit gehuldigt.

Das konkret avisierte Ziel, mithilfe des Dekrets über Bibliotheken das polnische Bibliothekswesen wieder aufbauen und die übrig gebliebenen Bestände wieder zugänglich machen zu

können, war den damals agierenden Bibliothekaren wichtig. Dies unterstreicht auch ein Interviewter:

„... osobom, które inicjowały ten cały ruch, zależało na uporządkowaniu ... zależało na tym, ażeby uporządkować i uratować to wszystko, co można było uratować i po drugie stworzyć warunki dostępu do tych zbiorów” [... den Personen, die diese Bewegung initiierten, lag es daran Ordnung zu schaffen ... damit das alles geordnet und gerettet wird, was gerettet werden konnte und zweitens Zugangsmöglichkeiten zu den Beständen zu schaffen] (Anhang E1, Z. 247-253).

Der Interviewte führt weiter aus, dass die Zugänglichkeit von Bibliotheken ein stets verfolgtes Ziel der polnischen Bibliothekare bei der Schaffung eines neuen Gesetzes war, wobei die skandinavischen Länder mit ihrer Realisierung des *Zugangs für alle* eine besondere Anziehungskraft ausüben:

„... myśmy chcieli ... żeby biblioteki były otwarte, dostępne dla ludzi. Zapatrzeni byliśmy w systemy skandynawskie, bo tam to podobno najlepiej te biblioteki publiczne były rozwijane” [... wir wollten ... dass die Bibliotheken offen sind, zugänglich für die Menschen. Wir verguckten uns in die skandinavischen Systeme, weil dort angeblich die öffentlichen Bibliotheken am besten entwickelt sind] (Anhang E1, Z. 270-273).

Ein weiteres Ziel der Bibliothekare basiert auf Gryczs Vorstellungen über das, was Zugänglichmachung ausmacht und wie sie realisiert werden kann. Zielführend sollte nach Grycz das Netzkonzept des Dekrets über Bibliotheken sein. Die Einführung des landesweiten Netzes öffentlicher Bibliotheken sollte ein System von Bibliotheken begründen, in dem sich Bibliotheken gegenseitig ergänzen. Ein Netzkonzept, das nahezu alle Bibliotheken umfasst, fand in den nachfolgenden Gesetzentwürfen der Bibliothekare Eingang, weil es ihnen wichtig war:

„Myśmy cały czas walczyli o to, żeby sieć tworzyły wszystkie biblioteki” [Wir haben die ganze Zeit gekämpft, damit alle Bibliotheken das Netz bilden] (Anhang E1, Z. 203-204).

Ein anderer interviewter Bibliothekar thematisiert das historische Ziel der Bibliothekare nach zentralistischen Organisationsstrukturen für das Bibliothekswesen:

„... dyskutowano o potrzebnych zmianach, ale zawsze na początku to była sprawa jednego scentralizowanego systemu zarządzania bibliotekami w kraju ... zarządu, który by dysponował własnym budżetem ...” [... es wurde über die notwendigen Änderungen diskutiert, aber zu Beginn stand immer das Anliegen eines zentralistischen Verwaltungssystems für die Bibliotheken im Land ... einer Verwaltung, die über ein eigenes Budget verfügen würde ...] (Anhang E2, Z. 56-61).

Ein Befragter führt das nationale Bewusstsein der polnischen Bibliothekare und ihr Bestreben, zur Entwicklung der polnischen Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag leisten zu wollen an, das mittels eines Bibliotheksgesetzes zum Ausdruck kommt:

„... że bibliotekarze ... wierzyli w to, że biblioteki służą wzmocnieniu społeczeństwa polskiego, które jest podstawą państwowości i jego edukacja, jego rozwój, dostęp do informacji ... że to służy dobru państwa” [... die Bibliothekare ... glaubten daran, dass Bibliotheken der Stärkung der polnischen Gesellschaft dienen, welche die staatliche Grundlage bildet, und dass deren Bildung, deren Entwicklung [und] der Zugang zur Information ... dass dies dem Staat dient] (Anhang E5, Z. 101-105).

Er verbindet auf diese Weise die Interessen der Bibliothekare mit den Interessen des Staates:

„... bibliotekarze utożsamiali się z interesem państwa moim zdaniem. Tak, zawsze to byli ludzie ... zaangażowani, oddający się swojej pracy, jako służbie ... dla bardzo wielu służba i równocześnie państwo, biblioteki to było dla nich wspólne, znaczy takie wspólne w sensie, że mamy wspólny jakby cel przed sobą” [... meiner Meinung nach identifizierten sich Bibliothekare mit dem Interesse des Staates. Ja, es waren immer Menschen ... engagierte, die sich ihrer Arbeit als Pflicht hingaben ... für sehr viele war der Dienst gleichzeitig auch der Staat, Bibliotheken, dies war für sie ein und dasselbe, d. h., ein und dasselbe im Sinne, dass wir ein gemeinsames Ziel vor uns haben] (Anhang E5, Z. 108-113).

Jedoch die folgende Aussage eines anderen Interviewten lässt die Vermutung zu, dass die Fachwelt keine Gemeinschaft Gleichgesinnter ist und das Zielgefüge an Komplexität zunahm:

„Ale niestety nie jesteśmy jednolitym środowiskiem i nie chcemy tego samego” [Aber leider sind wir kein homogenes Umfeld, und wir wollen nicht dasselbe] (Anhang E4, Z. 631-632).

Die Bibliothekare verfolgten mit der Bibliotheksgesetzgebung mehrere Ziele gleichzeitig. Die egoistischen Absichten der einzelnen Bibliothekstypen spielten keine unwesentliche Rolle, was wegen der Heterogenität der Bibliothekswelt unmittelbar Zielkonflikte nach sich zieht. Diese Erkenntnis ist bereits der Genese des Bibliotheksgesetzes von 1997 deutlich zu entnehmen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Schaffung der Bibliotheksgesetze nicht den Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen zu verdanken ist. Ein Bibliotheksgesetz ist insbesondere für die polnischen Bibliothekare wichtig und unverzichtbar. Sie glauben an die Kraft der Gesetze. Sie sind von den Möglichkeiten und Funktionen eines Bibliotheksgesetzes überzeugt und sehen diverse Chancen, die es für die Entwicklung des Bibliothekswesens bietet. Die polnischen Bibliothekare messen somit einem Gesetz über Bibliotheken eine herausragende Bedeutung bei, was zugleich die Bedeutung der Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen erhöht. Die Akzeptanz einer gesetzlichen Regelung für das Bibliothekswesen ist wichtig, denn die Realisierung der Regelungen ist in hohem Maße von Bibliothekaren als Gesetzesadressaten abhängig. Gryczs Anhänger sahen in dem Dekret über Bibliotheken ein Instrument, mit dem Ordnung geschaffen werden kann und die verbliebenen Bestände gerettet werden können. Zugleich wollten sie mittels des Dekrets ihre eigenen avisierten Ziele umsetzen. Viele heutige Bibliothekare verfolgen dieselben übergeordneten Ziele wie ihre Vorgänger: Entwicklung des Bibliothekswesens, zentralistische Organisationsstrukturen und ein umfassendes leistungsfähiges Bibliotheksnetz, damit Zugangsmöglichkeiten für alle realisiert werden. Ein hoher Bildungsstand der Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung sind ihnen wichtig. Dies ist ihr gemeinsames priorisiertes Ziel. Ein Bibliotheksgesetz ist aus ihrer Sicht eine grundlegende Voraussetzung zur Erfüllung der dafür benötigten Bedingungen. In der Konsequenz soll es auch dem Staat dienlich sein. Somit ist ein Bibliotheksgesetz für die polnischen Bibliothekare kein Selbstzweck. Dahinter stehen bildungspolitische Ziele. Offene Bibliotheken mit einem Zugang zur Information für alle können die Chancengleichheit in der Bildungspolitik unterstützen. Zusätzlich sollen aber auch die untergeordneten heterogenen Interessen der einzelnen Bibliothekstypen im Gesetzestext möglichst in vollem Umfang berücksichtigt werden. Die mit einem Bibliotheksgesetz verfolgten Ziele und Absichten der Bibliothekare sind für das Bibliothekswesen von hoher Relevanz, insofern ist den Bibliotheksgesetzen eine genauso hohe Relevanz einzuräumen.

7.2.4.2 Staatliche Interessen

Die Unterkategorie *staatliche Interessen* enthält alle Aussagen, aus denen die Ziele und Absichten des Staates an Bibliotheksgesetzen ersichtlich werden.

In der polnischen bibliothekarischen Literatur zur Bibliotheksgesetzgebung wird den staatlichen Interessen kaum Beachtung geschenkt. Diese empfindliche Forschungslücke lässt im theoretischen Teil der Studie nur Vermutungen zu. Was hat Osóbka-Morawski⁷⁷ für die bibliothekarischen Angelegenheiten sensibilisiert? Welche Ziele verfolgte Osóbka-Morawski Anfang Dezember 1944, als er Janiczek und Fleszarowa mit der Erarbeitung eines Dekrets über Gemeindebibliotheken betraute? Diesen spannenden historischen Fragen ging die polnische Literatur zum Bibliothekswesen nicht nach. Die Interessen des Staates am Dekret über Bibliotheken, aber auch an den Neufassungen des nationalen Bibliotheksgesetzes, lassen sich lediglich erahnen.

Dass der Wille des Staates, das Bibliothekswesen zu gestalten, für die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes notwendig ist, wird von einem Interviewten bestätigt:

„... *interes państwowy był tutaj stawiany na głównym ... miejscu ...*” [... das Interesse des Staates stand im Vordergrund ...] (Anhang E5, Z. 100-101).

Aus der Sicht eines befragten Bibliothekars standen die staatlichen Interessen mit den bibliothekarischen Interessen in Konkurrenz:

„... *myśmy chcieli, żeby w interesie państwa był rozwój bibliotekarstwa, żeby biblioteki były otwarte, dostępne dla ludzi. ... w interesie państwa był rozwój nauki*” [... wir wollten, dass die Entwicklung des Bibliothekswesens im Interesse des Staates ist, und dass die Bibliotheken offen sind, zugänglich für die Menschen ... die Entwicklung der Wissenschaft war im Interesse des Staates] (Anhang E1, Z. 270-274).

Wobei er hinzufügt, dass sich beim Zustandekommen des Dekrets über Bibliotheken die primären Interessen der Beteiligten im Einklang befanden:

⁷⁷ Vgl. Kapitel 3.2.1 bis 3.2.2.

„... to była próba uporządkowania, która była dość łatwa z tego powodu, że wszystkim na tym porządku zależało, bo biblioteki były zniszczone, rozproszone. Chodziło o to, żeby jak najlepiej wykorzystać te zasoby materialne biblioteczne, które są” [... das war ein Versuch, Ordnung zu schaffen. Der war relativ einfach, weil es allen an dieser Ordnung lag, denn die Bibliotheken waren zerstört, [sie waren] zerstreut. Es ging darum, wie die noch erhaltenen Bibliotheksbestände am besten genutzt werden können] (Anhang E1, Z. 87-90).

Die Erarbeitung eines Dekrets über Gemeindebibliotheken wurde von der kommunistischen Regierung bereits 1944 eingeleitet. Der Entwurf von Grycz fand Zustimmung in Regierungskreisen, obwohl er nicht nur Gemeindebibliotheken, sondern alle wesentlichen Bibliothekstypen umfasste. Die exponierte Stellung der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken war nicht nur für Grycz und seine Mitstreiter, sondern auch für die polnische Regierung wichtig. Eine planmäßige Entwicklung dieser Bibliotheken war für den polnischen Staat essenziell. Die folgende Äußerung lässt dies erkennen:

„... od początku było wiadomo, że bibliotekami publicznymi zarządzają w jakiś sposób te samorządy terytorialne, więc odpowiednie rozmieszczenie, żeby w każdym powiecie, w każdej gminie była co najmniej jedna bibliotek, prawda? To określało właśnie ten interes państwa, żeby pokazać jak to ma wyglądać” [... es war von Anfang an bekannt, dass die territorialen Selbstverwaltungen in irgendeiner Weise die öffentlichen [allgemeinen] Bibliotheken verwalten, also eine entsprechende Verteilung, damit in jedem Kreis [und] in jeder Gemeinde mindestens eine Bibliothek sein wird, nicht wahr? Bereits dies bestimmte das Interesse des Staates, damit gezeigt wird, wie dies aussehen soll] (Anhang E4, Z. 283-287).

Allerdings wird in den Interviews auch deutlich, dass das lebhafteste staatliche Interesse vielschichtig ist und sich nicht allein auf eine erfolgreiche Entwicklung dieser Bibliotheken beschränkte. Ein Bibliothekar bringt die große Bedeutung der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken, aber auch der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken, und die ideologische Neuausrichtung des polnischen Staates in einen kausalen Zusammenhang:

„... ideologia komunistyczna ... dostarczyć książkę masom ludowym, że masy ludowe trzeba kształcić, oczywiście tam w duchu stalinizm ... popularyzacja nauki, oczywiście nauki komunistycznej” [... die kommunistische Ideologie ... die Versorgung der Volksmassen mit dem Buch, dass das Volk erzogen werden muss, selbstverständlich im Geiste des Stalinismus ...

die Popularisierung der Wissenschaft, selbstverständlich der kommunistischen Wissenschaft] (Anhang E3, Z. 187-191).

Das Bildungsideal der kommunistischen Regierung erstreckte sich auch auf die persönliche Entwicklung der Menschen. Ein Befragter beschreibt, dass eine Erziehung, welche die individuellen Denkprozesse und Eigenaktivität stärkt, nicht erwünscht war:

„... to była kwestia, założona na samym początku, wychowywania nowego człowieka społecznego, takiego pokornego, który będzie wszystko robił ... A to wychowywanie tego nowego człowieka musiało mieć miejsce ...” [... das war ein Thema, das bereits zu Beginn angelegt war: die Erziehung eines neuen, demütigen Menschen, der alles tut ... Und die Erziehung des neuen Menschen musste einen Platz haben ...] (Anhang E2, Z. 136-144).

Das Fortbestehen des Bibliotheksgesetzes stand außer Frage. Ein interviewter Bibliothekar berichtet, dass die Notwendigkeit eines nationalen Bibliotheksgesetzes von der Staatsmacht nicht angezweifelt wurde:

„... był dobry początek stworzony przez dekret, to uważano, że już inaczej być nie może, czyli że trzeba to kontynuować ...” [... das Dekret ermöglichte einen guten Anfang, insofern galt, dass es anders nicht sein kann und fortgesetzt werden muss ...] (Anhang E1, Z. 385-387).

Nach den Ausführungen eines anderen Bibliothekars unterlag dies sogar nach dem Wendejahr 1989 keinem Wandel, wobei in das bestehende Bibliotheksgesetz nur insoweit eingegriffen werden sollte, wie dies erforderlich erschien:

„... cała uwaga została skupiona na tym, ażeby nie zmieniać zasadniczych treści ustawy z `68 roku, ale tylko dostosować ją do tej nowej sytuacji. W związku z tym to były takie formalne dosyć zmiany, które właściwie zachowały ducha i sens dekretu, ducha i sens w sensie takim, że tam był przedstawiony pewien punkt widzenia całości, pewna wizja tego bibliotekarstwa, jako pewnego systemu, który formalnie został tam jakoś opisany, zapisany, ale który nigdy nie funkcjonował dobrze, niemniej jednak ta wizja scentralizowanego zarządzania w ogóle wszystkimi bibliotekami została w nim utrzymana, chociaż zdecydowanie osłabiona” [... die gesamte Aufmerksamkeit konzentrierte sich darauf, die grundlegenden Bestimmungen des Bibliotheksgesetzes von 1968 nicht zu verändern, sondern lediglich an die neue Situation im Land anzupassen. In diesem Zusammenhang waren es solche formalen Änderungen, die prak-

tisch den Geist und den Sinn des Dekrets bewahrten, Sinn und Geist in dem Sinne, dass dort [im Dekret] der Aspekt der Gesamtheit vorgestellt war, eine Vision des Bibliothekswesens als ein bestimmtes System, das dort geschildert und festgeschrieben wurde, aber nie gut funktionierte, dessen ungeachtet wurde die Vision der zentralen Verwaltung aller Bibliotheken darin [im Bibliotheksgesetz von 1997] erhalten, auch wenn sie wesentlich geschwächt wurde] (Anhang E2, Z. 44-52).

Ein Bibliothekar erwähnt das besondere Interesse des Staates bei der Neufassung des Gesetzes über Bibliotheken von 1968 den Begriff „nationaler Bibliotheksbestand“ einzuführen, wodurch historische Bibliotheksbestände im Hinblick auf das kulturelle Erbe des Landes eine herausragende Stellung erhielten. Denn ein solcher Bestand unterliegt einem besonderen Schutz:

„Narodowy Zasób Biblioteczny – też w interesie państwa było zadbanie o to, żeby taka konstrukcja powstała ...” [Nationaler Bibliotheksbestand – es war auch im Interesse des Staates dafür Sorge zu tragen, dass eine solche Konstruktion entstand ...] (Anhang E4, Z. 295-297).

Trotz des vitalen Interesses des Staates an einem nationalen Bibliotheksgesetz schien die Finanzierung des Bibliothekswesens immer ein neuralgischer Punkt zu sein. Es war im Interesse des Staates, dass der Verein Polnischer Bibliothekare und seine Aktivisten die finanzielle Belastung des Staates bei der Erarbeitung der Gesetzentwürfe im Blick behalten:

„... też to wszystko jest realizowane z podatków, że wszystko to są środki publiczne, czyli myśląc o rozwoju bibliotek, o tych nakładach, które sąłożone na te biblioteki w poszczególnych resortach, że to zawsze było brane pod uwagę, żeby te nakłady na finansowanie bibliotek się nie dublowały, żeby te zapisy w ustawie no chociażby temu naszemu zespołowi taki cel przyświecał ...” [... alles ist auch durch Steuergelder realisiert, und es sind öffentliche Einrichtungen, das heißt, an die Entwicklung der Bibliotheken [und] die Aufwendungen, die zur Aufrechterhaltung der Bibliotheken in den jeweiligen Ressorts entstehen, denkend, wurde dies immer unter dem Aspekt betrachtet, dass die finanziellen Belastungen für Bibliotheken sich nicht duplizieren, damit die Bestimmungen im Gesetz, also dieses Ziel zumindest unserem Verein einleuchtet ...] (Anhang E5, Z. 120-124).

Es wird deutlich, dass der 1944 erwachte politische Wille, das polnische Bibliothekswesen einem Bibliotheksgesetz zu unterstellen, bis heute währt. Das Interesse des Staates an den Bibliotheksgesetzen war und ist überwiegend bildungspolitischer Natur. Wobei die Ziele der Bildungspolitik bis in das Jahr 1989 stets ideologisch motiviert waren. Das visionäre Menschenbild des Kommunismus stand im Vordergrund. Die Intention des Staates, Menschen heranzuziehen, die das kommunistische System optimal unterstützen und darin ihre Erfüllung finden, war ein bedeutendes Ziel. Die Bibliotheken sollten hierbei von Anfang an einen wesentlichen erzieherischen Beitrag leisten. In der Entstehungsphase des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 sah der Staat den Wert eines Bibliotheksgesetzes primär in der Entwicklung der Wissenschaft. Auch der Schutz der historischen Bibliotheksbestände als kulturelles Erbe des Landes sollte in dem neuen Bibliotheksgesetz angemessen berücksichtigt werden. Das neue Bibliotheksgesetz sollte dem Gesetz über Bibliotheken von 1968 so weit wie möglich entsprechen und lediglich mit punktuellen Änderungen an die Situation im Land angepasst werden. Es sollte den Leitlinien des Dekrets über Bibliotheken nicht widersprechen, aber die Kompetenzen der für die Bibliotheken zuständigen Ministerien weiter stärken. Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit war stets von hoher Relevanz. Das Potenzial, mithilfe der Bibliotheksgesetze die erforderlichen Mittel für das Bibliothekswesen effizient einzusetzen, sollte genutzt und die Möglichkeiten zu Kosteneinsparungen ausgeschöpft werden.

Aufgrund der Tatsache, dass die Verwirklichung der Bibliotheksgesetze zum großen Teil in den Händen des Staates liegt, erhöht sein lebhaftes fortdauerndes Interesse an einem nationalen Bibliotheksgesetz die Bedeutung der Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen.

7.2.4.3 Umstände

In der Unterkategorie *Umstände* werden alle Sachverhalte thematisiert, die zur Entstehung der Bibliotheksgesetze führten.

Die befragten Bibliothekare bringen die besonderen historischen Umstände mit der Schaffung der polnischen Bibliotheksgesetze in Verbindung. Die Verabschiedung des Dekrets über Bibliotheken wird überwiegend auf den Bildungsstand der polnischen Bevölkerung und die politische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgeführt. Ein Bibliothekar erwähnt das Analphabetentum und den sonstigen niedrigen allgemeinen Bildungsstand und betont, dass die Anhebung des Bildungsstandes ohne den Wiederauf- und Ausbau der öffentlichen allge-

meinen Bibliotheken im ländlichen Bereich der polnischen Staatsmacht nicht möglich erschien:

„... proletariat, masy ludowe, był odsunięty od wiedzy wszechstronnej przez wiele lat przez kapitalistów a teraz my tą książkę pod strzechy ...” [... Proletariat, Volksmassen waren viele Jahre durch Kapitalisten von der Allgemeinbildung verdrängt, und jetzt haben wir ein Buch unter dem Strohdach ...] (Anhang E3, Z. 189-191),

„... przed wojną i zaraz po wojnie wieś polska była analfabetyczna, była masą analfabetów. Po drugie, tych bibliotek tam albo nie było, albo nieliczne- więc trzeba było tę wieś polską i małe miasteczka otoczyć siecią bibliotek publicznych” [... vor dem Krieg und gleich nach dem Krieg war das polnische Dorf analphabetisch, es war eine Analphabetenmasse. Zweitens gab es dort keine oder nur wenige Bibliotheken, also musste das polnische Dorf und kleine Städtchen mit einem Netz öffentlicher Bibliotheken umgeben werden] (Anhang E3, Z. 174-177).

Ein Interviewter sieht in der Tatsache, dass die polnische Bevölkerung ihrer Intelligenz beraubt war, einen wesentlichen Umstand für den Willen des Staates das Dekret über Bibliotheken zu verabschieden:

„... inteligencja ta przedwojenna została zniszczona i to przez Niemców i przez Rosjan i przez powstania, Powstanie Warszawskie, a potem jeszcze przez komunistów czy też wiele tysięcy zamordowano zaraz po wojnie tych, którzy nie bardzo się mogli pogodzić z nową sytuacją w kraju. I tych ludzi trzeba było wychować, ale dzięki temu, że tamci ludzie zginęli, a brakowało tych ludzi, którzy by zastąpili w związku z tym po prostu” [... die Vorkriegsintelligenz wurde vernichtet durch die Deutschen, die Russen und die Aufstände, den Warschauer Aufstand, und dann durch Kommunisten. Tausende wurden gleich nach dem Krieg ermordet, weil sie sich mit der neuen Situation im Land nicht abfinden konnten. Und die Leute mussten erzogen werden, aber dadurch, dass diejenigen Menschen umgekommen sind, und diese Menschen aber fehlten, die sie ersetzen konnten, in diesem Zusammenhang einfach] (Anhang E2, Z. 144-150).

Die Annahme im theoretischen Teil, dass das Buch in Polen das konkurrenzlose Medium der Nachkriegszeit war, wird bestätigt. Zugleich wurde es auch deshalb zur Durchsetzung ideologischer Absichten missbraucht. Beides ist der folgenden Aussage zu entnehmen:

„... w tym czasie zaraz po wojnie, telewizji nie było, radia nie było, niczego specjalnego nie było, książek w zasadzie też nie było, w związku z tym książka pozostawała jedynym jakimś takim narzędziem za pośrednictwem, którego można było dotrzeć do jak najszerzej liczby ludzi. Radio się zaczęło dopiero potem pojawiać no i ta książka to było główne narzędzie indoktrynacji i kreowania no tej nowej sytuacji” [... in dieser Zeit, gleich nach dem Krieg, gab es kein Fernsehen, keinen Rundfunk, es gab nichts Spezielles, Bücher gab es im Grunde genommen auch nicht, trotzdem blieb das Buch das einzige Vermittlungsinstrument, mit dem möglichst viele Menschen erreicht werden konnten. Der Rundfunk begann sich erst später zu verbreiten, und das Buch war das Hauptinstrument der Indoktrination und der Vermittlung der neuen Situation] (Anhang E2, Z. 138-143).

Ein Bibliothekar verweist auf den Büchermangel, den katastrophalen Zustand des polnischen Bibliothekswesens infolge der Kriegszerstörungen, die kontinuierliche Aktivität der überlebenden Bibliothekare und die daraus entstandene Dynamik, ein ordnendes Bibliotheksgesetz zu schaffen:

„... 1946 rok. Ustawa potrzebna. Dlaczego? Zbiory rozproszone, zniszczone, jak to mówią – bajzel, nieporządek, wszystko to trzeba w jakiś sposób uporządkować. I ta próba uporządkowania w tym dekrete z '46 roku wyraźnie się zaznaczyła” [... das Jahr 1946: das Gesetz [ist] notwendig. Warum? Die Bestände [sind] zerstreut, vernichtet, wie man so sagt – Chaos, Unordnung, alles musste in irgendeiner Weise geordnet werden. Und der Versuch Ordnung zu schaffen, kam im Dekret von 1946 zum Ausdruck] (Anhang E1, Z. 82-85),

„Bibliotekarzy wielu zginęło. Na szczęście ten aktyw przetrwał powstanie i działał dalej” [Viele Bibliothekare sind umgekommen. Zum Glück überdauerte die Aktivität den Aufstand und wirkte weiter fort] (Anhang E1, Z. 90-91).

Ein Befragter sieht die Verfasserschaft des Gesetzentwurfs als hilfreich an. Sie war aus seiner Sicht über jeden Zweifel erhaben:

„... i ten dekret o bibliotekach, ten pierwszy, który właściwie był ustawą, jego robił ten człowiek, który przed wojną pracował przy ustawie o bibliotekach naukowych – Grycz. Więc wiedział, o co chodzi, ale też pamiętał, jaka była treść tej ustawy o bibliotekach powszechnych i on ją rozwinął w tym dekrete o bibliotekach, który był jego autorstwa ...” [... das Dekret über Bibliotheken, das erste, das eigentlich ein Gesetz war, wurde erarbeitet von dem Menschen, der vor dem Krieg an einem Gesetz für wissenschaftliche Bibliotheken arbeitete – Grycz. Also wusste er, worum es geht, aber er erinnerte sich auch an den Inhalt des Gesetzes über allgemeine Bibliotheken, und er entwickelte ihn weiter im Dekret über Bibliotheken, dessen Verfasser er war ...]“ (Anhang E3, Z. 95-100).

Die Neufassungen sind ebenfalls besonderen Umständen geschuldet. Die Interviewten bringen bezüglich der Erarbeitung des Gesetzes über Bibliotheken von 1968 die grundlegend geänderte Situation der polnischen Bibliotheken zur Sprache. Ein neues Bibliotheksgesetz sollte den folgenden gewandelten Umständen Rechnung tragen:

„... zmieniająca się sytuacja w tych bibliotekach, powstające nowe rodzaje bibliotek, powstające- no chociażby ogromny wpływ w tych czasach no tam lat 60-tych to była sprawa, że wchodziła informacja naukowa ...” [... die sich ändernde Situation in den Bibliotheken, die entstehenden neuen Bibliothekstypen, der Beginn der wissenschaftlichen Information in den 1960er Jahren hatten einen großen Einfluss in der Zeit ...] (Anhang E5, Z. 157-160),

„... były biblioteki instytucji, które są otwarte i biblioteki prywatne w tym rozumieniu, że należały do fundacji, do osób prywatnych, bo no na przykład Biblioteka Kórnicka, obecnie PAN-owska no była przecież fundacyjną biblioteką, fundacja była- i chodziło o uporządkowanie tego systemu. ... mamy ustawę z `68 roku, która po prostu porządkuje te rzeczy ...” [... es gab Bibliotheken in Institutionen, die geöffnet waren und private Bibliotheken in dem Sinne, dass sie Stiftungen angehörten, also z. B. die Kurniker Bibliothek, gegenwärtig eine Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften, sie war eine Stiftungsbibliothek, und es ging um die Organisation dieses Systems ... wir haben das Gesetz von 1968, das diese Sachverhalte ordnet ...] (Anhang E1, Z. 258-262).

Die administrative Zersplitterung der Bibliotheken und der Umstand, dass die Geschicke in der Bibliotheksgesetzgebung dem Ministerium für Kultur und Kunst oblagen, wogen zusätzlich schwer:

„... czyli sprawy bibliotekarskie wylądowały nie w nauce tylko w kulturze i do dzisiaj tam są” [... also die bibliothekarischen Angelegenheiten landeten nicht in der Wissenschaft, sondern in der Kultur, und bis heute sind sie dort] (Anhang E3, Z. 202-203).

Auslösendes Motiv war demnach der allgemeine Wille, das Bibliothekswesen neu zu gestalten und zu ordnen. Ob dieser Wille unweigerlich die Ersetzung des Dekrets über Bibliotheken rechtfertigte, bleibt in den Interviews unerwähnt. Möglicherweise lässt sich dies gar nicht abschließend beantworten.

Nach Meinung der Befragten ist das Ersetzen des Bibliotheksgesetzes von 1968 allein auf die beginnende Zeit der Transformation nach 1989 und dem mit ihr einhergehenden Systemwandel in Polen zurückzuführen. Der Gesetzgeber musste einschreiten:

„... zmienia się ustrój w Polsce po `89 roku i potrzebna JEST nowa ustawa” [... nach 1989 ändert sich die Regierungsform in Polen und ein neues Gesetz IST notwendig] (Anhang E1, Z. 104-105),

„... ta ustawa z `68 roku całkiem nie pasowała do sytuacji, jaka się wytworzyła w kraju a głównie chyba, nie tylko ze względów tam powiedzmy sobie ideologicznych, ale ze względu na zmiany ustrojowe związane z wprowadzeniem samorządów w Polsce. To z jednej strony. Z drugiej strony z rozpadem tego systemu scentralizowanego państwa no i koniecznością dostosowania tej starej ustawy do tych nowych warunków” [... das Gesetz von 1968 passte nicht in die Situation, die im Land entstand, vor allem möglicherweise nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern im Hinblick auf Änderungen im Aufbau des Staates mit der Einführung territorialer Selbstverwaltungen in Polen. Dies einerseits. Andererseits aufgrund des Zerfalls des zentralistischen Systems des Staates und der Notwendigkeit der Anpassung des alten Gesetzes an die neuen Gegebenheiten] (Anhang E2, Z. 14-19).

Damit wird die Vermutung, dass die Neufassung der Gesetze allein auf die mangelnde Akzeptanz der vorhergehenden Gesetze infolge der sich ändernden ideologischen Prinzipien zurückzuführen ist, widerlegt.

Das Fortbestehen des nationalen Bibliotheksgesetzes ist aus der Sicht eines Befragten insbesondere dem folgenden basalen Umstand zu verdanken:

„... podstawowa okoliczność, że jak był dobry początek stworzony przez dekret, to uważano, że już inaczej być nie może, czyli że trzeba to kontynuować ...” [... der grundlegende Umstand [ist], dass das Dekret einen guten Anfang schuf, also wurde gedacht, dass es anders nicht sein kann und fortgeführt werden muss ...] (Anhang E1, Z. 385-387).

Alle drei Bibliotheksgesetze wurden in gesellschaftlich und politisch turbulenten Zeiten verabschiedet. Zweimal war das Glück dem Gesetzentwurf der Bibliothekare hold: Das Dekret über Bibliotheken von Grycz wurde zu einer Zeit erlassen, in der die kommunistische Regierung ihre Machtstellung noch festigen musste, und das Gesetz über Bibliotheken von 1968 von Horodyski und Koziół in einem Zeitabschnitt, in dem Studentenunruhen das Land erschütterten. Ein Bibliothekar sieht in bewegten Zeiten einen idealen Zeitpunkt für ein erfolgreiches Einbringen von Gesetzentwürfen aus der Feder von Bibliothekaren in den Sejm:

„... dziwne szczęście, że zawsze bibliotekarze korzystali z bałaganu w państwie. Przepraszam. Jak się politycy zaczęli zajmować jakimiś innymi sprawami, to wychodziły wtedy najlepsze ustawy ...” [... merkwürdiges Glück, dass Bibliothekare immer von der Unordnung im Staat profitierten. Entschuldigung. Wenn sich Politiker mit anderen Sachverhalten beschäftigten, kam es zu hervorragenden Gesetzen ...] (Anhang E1, Z. 79-81).

Der heikle Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens, der zur Abschaffung des Dekrets über Bibliotheken führte, war kein Zufall. Denn diese Zeit erschien nach Darstellung eines Interviewten den damaligen Bibliothekaren als besonders geeignet, um erfolgreich, den von Horodyski und Koziół erarbeiteten Entwurf des neuen Bibliotheksgesetzes, der selbstverständlich mit ideologischen Phrasen durchsetzt sein musste, auf den Weg zu bringen:

„... przychodzi rok 1968, bibliotekarze wykorzystują to, że państwo znowu jest zajęte czymś innym, zajmują się buntami studenckimi, wie pani, najróżniejszym, no to my wtedy z naszą ustawą ... – dbając, tylko żeby była Polska Ludowa i pewne ideologiczne frazy, który nie miały większego- prawnego nie miały żadnego znaczenia. Udało nam się to, moim zdaniem bardzo dobrą ustawę, przeforsować” [... es kam das Jahr 1968, Bibliothekare nutzten es aus, dass der Staat wieder mal mit etwas anderem beschäftigt war, er beschäftigte sich mit Studentenunruhen, wissen Sie, mit Verschiedensten, also [kamen] wir damals mit unserem Gesetz ... – nur sorgend dafür, dass dort Volksrepublik Polen und einige ideologische Phrasen [enthalten wa-

ren], die keine größere- rechtliche keine Bedeutung hatten. Es gelang uns meiner Meinung nach, ein sehr gutes Gesetz durchzubringen] (Anhang E1, Z. 97-103).

Insgesamt spielten demnach die tatsächlichen Umstände eine entscheidende Rolle für die Schaffung der Bibliotheksgesetze. Das Bedürfnis des Gesetzgebers, das Dekret über Bibliotheken zu verabschieden, erwuchs nicht allein aus den damaligen besonderen politischen, sondern auch aus gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten. Doch der Motor für die Schaffung des ersten Bibliotheksgesetzes von 1946 war die neue ideologisch geprägte Bildungspolitik im Land. Der Antrieb der Bestrebungen zum Ersetzen des jeweils vorhergehenden Gesetzes war nicht die Beseitigung von Schwächen und Mängeln des geltenden Bibliotheksgesetzes, sondern es waren wiederum die herrschenden Umstände. Die Veranlassung zum Tätigwerden des Gesetzgebers ist somit immer wieder den tatsächlichen gewandelten Verhältnissen geschuldet. Damit wird der im theoretischen Teil der Studie entstandene Eindruck widerlegt, dass die Kritik der Bibliothekare am Dekret über Bibliotheken lediglich vorgeschoben wurde, um das starke Interesse des Staates an einem neuen Bibliotheksgesetz zu bedienen. Hervorzuheben ist, dass das erste in den Auswirkungen erfolgreiche Bibliotheksgesetz, also das Dekret über Bibliotheken, einen fruchtbaren Boden für die Neufassungen schuf. Die tatsächlichen Umstände rechtfertigten das Eingreifen des Gesetzgebers. Ob sie eine Neufassung unumgänglich machten, konnte im Rahmen der Interviews nicht geklärt werden.

Die Situation im Land nach dem Zweiten Weltkrieg machte eine gesetzliche Regelung für das polnische Bibliothekswesen sinnvoll und die avisierte Realisierung des erlassenen Dekrets über Bibliotheken für das Land sehr wertvoll. Allein deshalb kommt dem ersten Bibliotheksgesetz von 1946 eine besondere Bedeutung für das polnische Bibliothekswesen zu. Ähnlich verhält es sich mit dem Gesetz über Bibliotheken von 1968. Auch wenn dieses Gesetz den Bibliotheken eine ideologisch geprägte Sentenz gab, diente es den Bibliothekaren dazu, das aus dem Ruder des Dekrets über Bibliotheken gelaufene polnische Bibliothekswesen wieder zu ordnen und der Dezentralisierung des Bibliothekswesens mithilfe eines fast alle Bibliotheken im Land umspannenden Bibliotheksnetzes entgegenzusteuern. Mit dem landesweiten Netz sollte eine institutionalisierte Kooperation erzielt und in Folge ein Zusammenwachsen der Bibliothekswelt bewirkt werden. Damit war es für das polnische Bibliothekswesen bedeutsam. Der Auslöser des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 war der Systemwandel nach

1989. Es ging demnach weniger um die Revision des Bibliotheksgesetzes von 1968 gemäß bibliothekarischer Erfordernisse der Gegenwart, sondern eher um die Anpassung an die neuen politischen Umstände, den neuen Staatsaufbau und die Einführung territorialer Selbstverwaltungen. Diese Tatsache mindert die Bedeutung des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 für das polnische Bibliothekswesen.

Ob politisch-gesellschaftlich brisante Zeiten stets ein Garant für das Inkrafttreten von Gesetz-entwürfen sind, welche die Verfasserschaft von Bibliothekaren tragen, wird sich nicht nachweisen lassen. Aber es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass ein heikles Datum im Gesetzestitel in der Regel ungeeignet ist, die emotionale Akzeptanz eines Gesetzes nachhaltig zu erhalten.

7.2.4.4 Gründe

Die Unterkategorie *Gründe* führt alle Gegebenheiten auf, die den Bibliotheksgesetzen zum Durchbruch verhalfen.

Es ist anzunehmen, dass die historischen Wurzeln der Bibliotheksgesetze eine einflussreiche Rolle beim Zustandekommen des Dekrets über Bibliotheken spielten. Das Erbe der Nationalen Erziehungskommission überdauerte die Zeit der Teilungen Polens. Über Jahrhunderte hinweg wurden die Errungenschaften der Kommission in bibliothekarischen Kreisen hochgeschätzt. Nach der Wiedererrichtung des Polnischen Staates im Jahr 1918 sollte die Tradition fortgesetzt werden. Die Bibliothekare des wiedererrichteten Staates wollten mit einem Bibliotheksgesetz an den hohen Stellenwert, den Bibliotheken einst hatten, anknüpfen und diesen dauerhaft erhalten.

Ein Bibliothekar erachtet diese historischen Wurzeln, die Erfahrungen der Bibliothekare und die an ein Bibliotheksgesetz geknüpften Hoffnungen für das Zustandekommen eines Bibliotheksgesetzes als grundlegend:

„... te przyczyny też mają oczywiście i zarówno korzenie historyczne, jak i korzenie doświadczenia ludzi, którzy pracują w tym zawodzie, którzy widzieli różne niedociągnięcia, ale też widzieli takie możliwości, że ustawa pewnym rzeczom nada pewien standard, skodyfikuje, pokaże rangę tej instytucji, że to zapewni tamto i że to przyczyni się do rozwoju

bibliotek ...” [... die Gründe haben selbstverständlich, sowohl historische Wurzeln als auch Wurzeln in der Erfahrung der Menschen, die in diesem Beruf arbeiten, die verschiedene Unzulänglichkeiten und auch Möglichkeiten sahen, dass ein Gesetz bestimmten Dingen einen Standard gibt, kodifiziert, den Rang der Institution zeigt, das eine oder andere sichert und zur Entwicklung der Bibliotheken beiträgt ...] (Anhang E5, Z. 80-84).

Die beharrliche Kontinuität in den Bestrebungen der Bibliothekare um ein Bibliotheksgesetz leistete ebenfalls einen großen Beitrag für das Inkrafttreten des ersten Bibliotheksgesetzes von 1946, was den Worten eines anderen Befragten zu entnehmen ist:

„... że to jest taki pewien cały ciąg właśnie zaczynający się po uzyskaniu niepodległości przez Polskę po I Wojnie Światowej ...” [... es ist eine solche ganze Folge, die nach dem Erlangen der Unabhängigkeit Polens nach dem Ersten Weltkrieg begann ...] (Anhang E2, Z. 224-225).

Ferner schweißten die Untergrundaktivitäten die polnischen Bibliothekare während des Zweiten Weltkriegs zusammen. Es kam zwischen ihnen zu einem fruchtbaren Austausch von Ideen. Dies förderte, den Ausführungen eines Bibliothekars folgend, das erfolgreiche Gelingen des Projekts der Bibliothekare:

„... w czasie wojny w podziemiu te idee, które wtedy na tamtych drożdżach, że tak powiem, wyrosły, te idee no zostały jakoś przekształcone w podziemiu przez środowisko bibliotekarskie to, które tam chroniło te zbiory, usiłowało chronić od zagłady te zbiory z Gryczem na czele, przygotowywało propozycję jak to urządzić, jeśli chodzi o biblioteki, po zakończeniu II Wojny Światowej” [... während des Krieges im Untergrund sind die Ideen sozusagen in die Höhe geschossen, die Ideen wurden im Untergrund umgestaltet durch das bibliothekarische Umfeld, das die Bestände schützte, die Bestände vor Vernichtung zu schützen versuchte, zusammen mit Grycz an der Spitze, [und] das einen Vorschlag erarbeitete, wie was gestaltet werden sollte, wenn es um Bibliotheken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ging] (Anhang E2, Z. 235-240).

Dass der Aktivismus der Bibliothekare in der Bibliotheksgesetzgebung auf der Erkenntnis basiert, dass Bibliotheken der Rechtsicherheit bedürfen, lässt sich der Aussage über die Entstehung des Dekrets über Bibliotheken entnehmen:

„On wyrósł z troski ...” [Es [das Dekret] erwuchs aus Sorge ...] (Anhang E3, Z. 161).

Gryczs Entwurf wurde von den Bibliothekaren und der Staatsmacht für zweckmäßig gehalten, sodass alle an der Verabschiedung des Dekrets stark interessiert waren. Dies wird von einem Befragten präzisiert:

„... jego sens i wizja korzyści, które ten rozwój tych bibliotek może dać nowemu systemowi, nowemu ustrojowi, nowym władzom komunistycznym no to zostało to dosyć szybko zaakceptowane, uchwalone no i w postaci dekretu ...” [... sein Sinn [des Dekrets] und die Vision des Nutzens, welche die Entwicklung der Bibliotheken dem neuen System, der neuen Struktur und der neuen kommunistischen Regierung [bringen kann], wurden recht schnell akzeptiert und in Form eines Dekrets verabschiedet ...] (Anhang E2, Z. 242-245).

Er erklärt auch, weshalb sich Bibliothekare zur Zeit der Volksrepublik Polen weiterhin Gehör für ihre Belange in Parteikreisen verschaffen konnten:

„... bibliotekarze mieli sporo do powiedzenia, ale to się wiązało przede wszystkim też z pewną otwartością tych kręgów partyjnych na sprawy bibliotek, ponieważ te biblioteki były na pewno częścią całego systemu, jaki wtedy budowano i nie tylko u nas, ale w Rosji i gdzie indziej i te wzory, te rozwiązania, które tam stosowano tu były po prostu tutaj też stosowane i to wszystko się opierało właśnie na centralizacji a żeby była możliwa centralizacja musiały być rozbudowywane pewne elementy, które regulowały funkcjonowanie tego systemu“ [... die Bibliothekare hatten recht viel zu sagen, aber dies hing vor allem auch mit einer gewissen Öffnung der Parteikreise für bibliothekarische Angelegenheiten zusammen, weil Bibliotheken ein Teil eines Systems waren, das damals erbaut wurde und nicht nur bei uns, sondern auch in Russland und anderswo, und die Muster, die Lösungen, die dort damals angewandt wurden, wurden auch hier angewendet, und das alles basierte auf der Zentralisierung, und damit die Zentralisierung möglich war, mussten einige Elemente ausgebaut werden, welche die Funktionsweise des Systems regulierten] (Anhang E2, Z. 304-311).

Die folgenden Darstellungen eines anderen Bibliothekars konkretisieren diesen Sachverhalt:

„... kultura to jest element ideologii ... Jak to mówili, przepraszam, bo pani marksizmu się nie uczyła, a ja musiałem, jest baza i nadbudowa ... Bazą jest ustrój a żeby ustrój funkcjonował, musi być nadbudowa i my byliśmy elementem nadbudowy” [... die Kultur ist ein Teil der Ideologie ... Wie gesagt wurde, Entschuldigung, weil Sie Marxismus nicht lernten, und ich

musste es, es gibt einen Unterbau und einen Überbau ... Der Unterbau war das System, und damit das System funktioniert, muss es einen Überbau geben, und wir waren ein Element des Überbaus] (Anhang E1, Z. 368-371),

„W tych latach ... bardzo żeśmy starali się o to, żeby to nasz głos był wysłuchiwany. To było z jednej strony bardzo trudne, bo były to nie najciekawsze czasy, z drugiej strony było to o tyle łatwe, że w tamtych czasach się mówiło o tak zwanym froncie ideologicznym i na ideologię pieniądze musiały być, a biblioteki się trochę w tej ideologii mieściły, więc było łatwo ...” [In den Jahren ... strengten wir uns sehr an, damit wir gehört werden. Einerseits war das sehr schwierig, weil es nicht die interessantesten Zeiten waren, andererseits war es deshalb einfach, weil über die ideologische Front gesprochen wurde und für die Ideologie musste es Geld geben, und Bibliotheken hatten einen Platz in der Ideologie, also war es einfach ...] (Anhang E1, Z. 361-366),

„... władza w poszczególnych okresach, kiedy się wtrącała w nasze sprawy, miała inne zdanie w wielu sprawach i no trzeba się było dotrzeć. Z tym że, tak jak mówiłem, nam się udawało dotrzeć w tamtych czasach, bo wykorzystywaliśmy słabości intelektualne i ideologiczne władzy, co niestety nie udaje nam się teraz ...” [... die Regierung hatte in einigen Zeitabschnitten, als sie sich in unsere Angelegenheiten einmischte, eine andere Meinung und man musste durchdringen. Wie ich schon sagte, es gelang uns durchzudringen, weil wir die intellektuellen und ideologischen Schwächen ausnutzten, was uns derzeit leider nicht gelingt ...] (Anhang E1, Z. 401-405).

Doch der Befragte räumt ein, dass Überzeugungsarbeit immer geleistet werden musste:

„... przez te lata jak żyłem w PRL-u też władza zawsze lepiej wiedziała i takie bzdury stale wychodziły i tylko wtedy, kiedy się władza wyłączała to nam coś dobrego wychodziło. Na szczęście ... władza w tamtym czasie się tym czy tamtym zajmowała, myśmy się bardzo cieszyli, że ona się czymś innym zajęła, bo przestała się wtrącać w nasze sprawy” [... in den Jahren als ich in der PRL lebte, wusste die Regierung auch alles besser und brachte Blödsinn hervor und nur dann, wenn sie sich heraushielt, ist etwas Gutes entstanden. Zum Glück ... beschäftigte sie sich mal mit diesem, mal mit jenem, wir freuten uns, dass sie sich mit etwas anderem beschäftigte, weil sie sich dann nicht mehr in unsere Angelegenheiten einmischte] (Anhang E1, Z. 149-154).

Die Bibliothekare diskutieren auch die Auseinandersetzungen um den Inhalt des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 und geben einen breiten Einblick in den damals entstandenen Disput. Es wird auf ein allgemeines mangelndes Sachverständnis und Interessenlosigkeit für bibliothekarische Belange im Ministerium für Kultur und Kunst hingewiesen, aber auch auf die Tatsache, dass ein integriertes Bibliotheks- und Informationssystem nicht gewollt war:

„I tu jest nieszczęście takie, że zaczynają to robić politycy, a nie bibliotekarze. Znaczący, myśmy się wzięli do roboty, przygotowaliśmy kilka wersji projektu ustawy bibliotecznej, ale mieliśmy to nieszczęście, że Ministrami Kultury zostały osoby, które po prostu bibliotekarstwa nie rozumiały. Najpierw była aktorka, reżyserka, co innego ją interesowało. Potem był dyrektor teatru, znowu co innego go interesowało. A od tych nagłych spraw to był wiceminister, który ... ale rzeczywiście nie doceniał roli bibliotek. Mało tego, dalej kultywowany był pewien trend, który był bardzo żywy w czasach PRL, polegający na tym, że chciano w sposób wyraźnie oddzielić problematykę bibliotekarską od problematyki informacji naukowej” [Und hier beginnt so ein Unglück, Politiker - und nicht Bibliothekare - beginnen daran zu arbeiten. Das heißt, wir begannen auch zu arbeiten, wir bereiteten einige Versionen des Bibliotheksgesetzes vor, aber hatten das Unglück, dass im Ministerium für Kultur Personen waren, die das Bibliothekswesen nicht verstanden. Zuerst eine Schauspielerin [und] Regisseurin, für sie war etwas anderes interessant. Dann ein Theaterdirektor, für ihn war wieder etwas anderes interessant. Für alle dringlichen Angelegenheiten war der Vizeminister zuständig, der ... in Wirklichkeit die Rolle der Bibliotheken nicht wertschätzte. Abgesehen davon wurde ein bestimmter Trend kultiviert, der in der Zeit der PRL sehr lebendig war. Es ging darum, dass die bibliothekarische Problematik von der Problematik der wissenschaftlichen Information getrennt werden sollte] (Anhang E1, Z. 105-115).

Erwähnt wird auch, dass zu den egoistischen Interessen der Ministerien noch ihr übereilter Eifer, ein neues Bibliotheksgesetz zu schaffen, hinzukam:

„... pracowało nad tym zagadnieniem ministerstwo i właściwie władze rządowe, które wychodziły z zupełnie innych punktów widzenia dla całej sprawy i miały na uwadze swoje własne interesy ... W związku z tym dosyć szybko odrzucono ten projekt społeczny ... dosyć szybko załatwiono całą sprawę poprzez przyspieszenie prac ... w krótkim czasie przygotowano projekt ustawy ...” [... daran arbeiteten das Ministerium und die zuständigen Behörden, die von einem anderen Blickpunkt für diesen Sachverhalt ausgingen und ihre eigenen Interessen

verfolgten ... In diesem Zusammenhang wurde der gesellschaftliche Entwurf [gemeint ist der Entwurf von Howorka und Maj] verworfen ... sehr schnell erledigte man alles durch die Beschleunigung der Arbeiten ... in einer kurzen Zeit wurde der Gesetzentwurf fertiggestellt ...] (Anhang E2, Z. 31-42).

Möglicherweise verursachte auch der ministerielle Aktivismus die Fehler und Mängel im Gesetzestext. Das Festhalten des Ministeriums für Kultur und Kunst und sonstiger staatlicher Organe am Alten und Hergebrachten wird als ein zusätzliches Hindernis genannt:

„... w tym czasie nie było szans na to, żeby punkt widzenia tych, którzy decydowali o przyjęciu ustawy i tych, którzy opiniowali tę ustawę, mógł być inny, bo wszyscy byli przyzwyczajeni do poprzedniego systemu i w kategoriach poprzedniego systemu mówiono, dyskutowano o potrzebnych zmianach ...” [... damals gab es keine Chance, dass die Sichtweise derer, die über die Verabschiedung des Gesetzes entschieden und die zu dem Gesetz Stellung nahmen, eine andere war, weil alle an das vorangehende System gewöhnt waren und in den Kategorien dieses Systems über die notwendigen Änderungen gesprochen [und] diskutiert wurde ...] (Anhang E2, Z. 53-57).

Diese Äußerungen lassen vermuten, dass die Verfasser der bibliothekarischen Entwürfe damals nie eine Chance hatten, ihre eigenen Ziele und Absichten in einem neuen Gesetz zu platzieren. In diesem Kontext bekommt die folgende Aussage eines Interviewten in Bezug auf die Charaktereigenschaften der am Zustandekommen von Bibliotheksgesetzen beteiligten Akteure des Bibliothekswesens eine besondere Bedeutung:

„... to [doprowadzenie do ustaw] wymagało ... odpowiednich ludzi, którzy się tym zajęli, heroiczności, niezłomności tych ludzi. ... wiary w to, że ta opracowana ustawa przyniesie określone efekty, a równocześnie też takiej wytrwałości wiary, niezałamywania się przy przygotowywaniu kolejnych projektów i też wyciągania wniosków, że to, co najlepsze było z dekretu – przenieśmy to dalej” [... das Schaffen der Gesetze bedingte entsprechende Leute, die sich damit beschäftigten, den Heroismus [und] die Standhaftigkeit der Leute, des Glaubens, dass das erarbeitete Gesetz die zweckgebundenen Effekte bringt und gleichzeitig auch so eine Beharrlichkeit des Glaubens, des Nichtzusammenbrechens bei der Erarbeitung der nächsten Entwürfe und des Sammelns von Erkenntnissen, dass das, was im Dekret am besten war – wir tragen es weiter] (Anhang E5, Z. 90-95).

Demnach ist die Gesetzesreife mit den an der Schaffung der Gesetze Beteiligten eng verknüpft.

Es zeigt sich, dass zahlreiche vielschichtige Ursachen zur Existenz der polnischen Bibliotheksgesetze führten. Dem ersten nationalen Bibliotheksgesetz verhalf eine Reihe von Gründen zum Durchbruch. Das Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen erwuchs aus der Geschichte des Landes. Die historischen Wurzeln und die führenden Köpfe der bibliothekarischen Fachwelt trugen maßgeblich zur Verabschiedung des Dekrets über Bibliotheken bei. Das polnische Bibliothekswesen sollte nicht durch rechtliche Unsicherheit gekennzeichnet sein. Ein Gesetz sollte zur Funktionstüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Bibliotheken beitragen. Die Erfahrungen der Bibliothekare aus der Zwischenkriegszeit beim Kampf um ein nationales Bibliotheksgesetz, ihr Zusammenhalt während des Zweiten Weltkrieges und die geistige Situation dieser Zeit entfalteten eine fruchtbare Basis für ihren Aktivismus in der Bibliotheksgesetzgebung nach 1944. Ein Interessenausgleich musste nicht vorgenommen werden, denn an dem Erlass des Dekrets war allen gelegen. Sein Nutzen war für alle klar und ersichtlich. Die Vorzüge eines Bibliotheksgesetzes wurden früh deutlich. Sie lagen in der inhaltlichen Zweckmäßigkeit des Dekrets. Insbesondere ist es dem Prestige der Bibliothekare in Regierungs- und Parteikreisen der Volksrepublik Polen zu verdanken, dass ein neues Bibliotheksgesetz im Jahr 1968 in Kraft trat. Unter dem Deckmantel der kommunistischen Ideologie konnten einige Bibliothekare ihre Belange erfolgreich platzieren. Dies war den polnischen Bibliothekaren insbesondere auch deshalb dienlich, weil das Dekret über Bibliotheken aus ideologischen Gründen faktisch an Geltung verlor. Auch wenn die Leitprinzipien des Dekrets im Gesetz über Bibliotheken von 1997 wesentlich geschwächt wurden, übernahmen sie doch eine wegweisende Rolle bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs. Die Entscheidung der Staatsmacht, ein neues Bibliotheksgesetz zu erarbeiten, implizierte zwar das Festhalten an der Gesetzesform, aber bedauerlicherweise implizierte es nicht gleichzeitig die Absicht, es an die aktuellen Erfordernisse des Bibliothekswesens anzupassen. Es scheint, als ob die Gesetzentwürfe der Bibliothekare in den 1990er Jahren demnach von Anbeginn zum Scheitern verurteilt waren. Der Gesetzgeber hielt daran fest, das neue Gesetz den vorhergehenden Gesetzen inhaltlich so ähnlich wie möglich zu gestalten. Dafür gab es eine Reihe von Gründen. Die grundlegenden konzeptionellen Gedanken sollten auch wegen der erzielten Erfolge erhalten bleiben. Ungeachtet dessen, dass die Entwürfe der Bibliothekare aus den 1990er Jahren scheiterten, geht die lange Tradition des nationalen Bibliotheksgesetzes in Po-

len auf die Standhaftigkeit und den Mut der polnischen Aktivisten des Bibliothekswesens zurück. Das aktive Ringen um die Bibliotheksgesetze mit den dargestellten Erfolgen lässt einen hohen Wert dieser für das polnische Bibliothekswesen vermuten.

7.2.5 Inhalte der Bibliotheksgesetze

Die inhaltliche Gestaltung eines Gesetzes ist keine einfache Aufgabe und das gilt auch für ein Bibliotheksgesetz. Hinsichtlich des Gesetzesinhalts gab es unter den polnischen Bibliothekaren immer Diskussionsbedarf. Die wesentlichen Grundsatzfragen lauten: Welche Materien soll ein Bibliotheksgesetz regeln und welche nicht? Welche Bestimmungen sollen konkret und welche abstrakt formuliert sein? Welche regelungsbedürftigen Komplexe sollen eher Gegenstand von Rechtsverordnungen sein? Das Dekret über Bibliotheken wurde in Fachkreisen intensiv erörtert und der Inhalt der Gesetze über Bibliotheken von 1968 und 1997 im Entstehungsprozess von vielen Bibliothekaren kontrovers diskutiert und begleitet. Immerhin soll ein Bibliotheksgesetz aus Sicht der Bibliothekare einen hohen Beitrag zur Entwicklung des Bibliothekswesens leisten und nach Möglichkeit den unterschiedlichen Erwartungen der Bibliothekare weitgehend entsprechen. Mit der Oberkategorie *Inhalte der Bibliotheksgesetze* soll der Inhalt der Bibliotheksgesetze für die polnische Bibliothekswelt bewertet werden. Mit einem Bibliotheksgesetz sollte nach Grycz ein einheitliches Bibliothekssystem realisiert und eine einheitliche Bibliothekspolitik in Polen verfolgt werden. Aussagen, die sich darauf beziehen, werden in einer separaten Unterkategorie ausgewertet.

7.2.5.1 Regelungsanspruch

Die polnischen Bibliotheksgesetze regeln vielfältige Materien des Bibliothekswesens. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die polnischen Bibliotheksgesetze einen hohen Regelungsanspruch erheben. Dies wird von den befragten Bibliothekaren klar und unmissverständlich bekräftigt:

„... *to jest ta Konstytucja pod względem bibliotekarstwa ...*” [... es ist die Verfassung des Bibliothekswesens ...] (Anhang E3, Z. 110-111),

„... *to jest ... katechizm dla bibliotekarzy ...*” [... das ist ... der Katechismus für Bibliothekare ...] (Anhang E5, Z. 500),

„One niewątpliwie określają całokształt zagadnień związanych z funkcjonowaniem biblioteki” [Ohne Zweifel bestimmen sie die Gesamtheit der Sachverhalte, die mit der Funktionsweise von Bibliotheken verbunden ist] (Anhang E4, Z. 52-53).

Ein Anspruch auf Regelungen aller Rechtsverhältnisse, die dem Bibliotheksbetrieb zugrunde liegen, geht damit nicht einher. Ein Interviewter betont:

„... podstawowe rzeczy wydaje mi się, że powinny być no jakoś określone” [... die grundlegenden Sachen sollten meines Erachtens irgendwie bestimmt werden] (Anhang E4, Z. 486-487),

„... a ustawa miała nadawać ten taki kanon, podstawy tego, że jest. I to mi się zawsze wydawało, że to stanowi no jakby istotę bibliotek – te zadania, funkcje, obowiązki, co ma za zadanie biblioteka, co ma zapewnić organizator i inne rzeczy tam z tym związane ...” [... das Gesetz sollte einen solchen Kanon verleihen, die Grundlage von dem, dass es da ist. Und es kam mir immer so vor, dass dies das Wesen der Bibliotheken ist – die Aufgaben, Funktionen, Pflichten, welche Aufgaben hat eine Bibliothek, was muss der Organisator sicherstellen und andere Dinge, die damit verbunden sind ...] (Anhang E5, Z. 223-226).

Der letzten Aussage ist zudem zu entnehmen, dass der Wert eines Bibliotheksgesetzes bereits darin liegt, dass es da ist. Gleichwohl ist die inhaltliche Anforderung der polnischen Bibliothekare an ein Gesetz über Bibliotheken hoch. Ihre ambitionierten Erwartungen an den Gesetzesinhalt stützt die folgende Äußerung:

„Przenoszenie tego właśnie najlepszego ... z tych poprzednich plus oczywiście pragmatyka bieżąca, to co wszystko się działo, jak się zmieniało otoczenie bibliotek, żeby to wszystko w tych ustawach się po prostu mogło znaleźć” [Die Übertragung eben des Besten ... aus den Vorhergehenden plus selbstverständlich die laufende Pragmatik, alles das was passierte, wie änderte sich das Umfeld der Bibliotheken, dies sollte alles in den Gesetzen Eingang finden] (Anhang E5, Z. 95-98).

Insgesamt betrachtet liegt der Wert eines Bibliotheksgesetzes bereits im Vorhandensein von Regeln, die das Wesen der Bibliotheken ausmachen und für die Funktionsweise der Bibliotheken relevant sind. Ungeachtet dessen sind die Ansprüche der Befragten an ein nationales Bibliotheksgesetz hoch. Es soll kontinuierlich weiter entwickelt werden. Die polnischen

Bibliotheksgesetze erheben, den Aussprüchen der Interviewten folgend, den Anspruch, das Fundament des Bibliothekswesens zu sein, die Grundordnung der Bibliothekswelt festzuhalten und das Bibliothekswesen zu legitimieren und zu formen. Darüber hinaus unterweisen sie den polnischen Bibliothekar in den rechtlichen Grundfragen des Bibliothekswesens. Inwieweit die Bibliotheksgesetze diesem Regelungsanspruch gerecht werden, wird in den nachfolgenden Unterkategorien zum Inhalt der Bibliotheksgesetze untersucht.

7.2.5.2 Auswahl der Regelungsmaterien

Das polnische Bibliothekswesen ist vielfältig, die Zahl der Bibliotheken ist hoch, und die Vorstellungen der Bibliothekare von einer erfolgreichen Funktionsweise des Bibliothekswesens sind unterschiedlich. Trotzdem herrscht unter den Befragten weitgehend Einigkeit in Bezug auf die in ein Bibliotheksgesetz zu integrierenden Materien. Die Auswertung der Kategorie *Auswahl der Regelungsmaterien* führt zum folgenden Ergebnis:

In einem Bibliotheksgesetz ist die Regelung folgender Komplexe des Bibliothekswesens sinnvoll: Aufgaben, Funktion, Stellung, Finanzierung und Verpflichtung zur Gründung von Bibliotheken (Anhang E1, Z. 468-476, 480-488; E2, Z. 416-418, 424-427, 574-575; E3, Z. 242, 247-248; E4, Z. 472-483; E5, Z. 197-204), Organisationsstruktur des Bibliothekswesens (Anhang E1, Z. 468-476; E2, Z. 513-514, Z. 574-575; E3, Z. 230-231; E4, Z. 472-483; E5, Z. 197-204), zentrale Organe des Bibliothekswesens (Anhang E1, Z. 532-534, 676-678; E2, Z. 545-546; E3, Z. 15-17; E4, Z. 218-220), Bildung eines landesweiten Bibliotheksnetzes und damit zugleich die Zusammenarbeit der Bibliotheken untereinander (Anhang E1, Z. 199; E2, Z. 449-450; E3, Z. 230-231, 392-393; E4, Z. 472-483; E5, Z. 197-204) und Qualifikationen der Beschäftigten in Bibliotheken (Anhang E1, Z. 500-501; E2, Z. 579-580; E3, Z. 392-393; E4, Z. 100-102, 472-483; E5, Z. 197-204).

Einige Befragte wünschen die Aufnahme neuer Regelungskomplexe in ein Bibliotheksgesetz. Künftig sollten auch der Verein Polnischer Bibliothekare (Anhang E1, Z. 686-692), Studienreisen und individuelle Fachaufenthalte im Ausland als nützliche Weiterbildungsmaßnahmen (Anhang E1, Z. 706-708) und die Technologie (Anhang E5, Z. 321-322) im Gesetzestext berücksichtigt werden.

Aus den Aussagen lässt sich ableiten, dass die wesentlichen Regelungsmaterien der Bibliotheksgesetze berechtigt Eingang in den Text der Gesetze gefunden haben. Die gelungene Auswahl der Materien für den Inhalt der Bibliotheksgesetze leistet somit einen Beitrag dazu, dass diese für das Bibliothekswesen bedeutend erscheinen.

7.2.5.3 Bewertung der Regelungsmaterien

In dieser Unterkategorie werden alle Äußerungen der interviewten Bibliothekare zusammengefasst, die sich entweder mit der inhaltlichen Ausgestaltung konkreter Regelungsmaterien auseinandersetzen oder diese im Verhältnis zueinander gewichten.

Erörtert werden von den Befragten insbesondere die folgenden Komplexe: die Aufgaben von Bibliotheken, die Pflichten der Organisatoren und die Finanzierung von Bibliotheken, Bibliotheksdienste, die Tätigkeit der zentralen Organe des Bibliothekswesens, das landesweite Bibliotheksnetz, die Zusammenarbeit von Bibliotheken und die beruflichen Anforderungen an Bibliotheksbeschäftigte. Die Befragten fokussieren sich auf die Regelungen des geltenden Bibliotheksgesetzes. Der Grund hierfür geht aus der Auswertung der Kategorie *Qualitätskriterien* hervor. Er soll an dieser Stelle nicht vorweggenommen werden. Die entsprechenden Bestimmungen des Dekrets über Bibliotheken und des Gesetzes über Bibliotheken von 1968 werden aus dem theoretischen Teil herangezogen. Dies erfolgt zum einen der Vollständigkeit halber, denn das Bibliotheksgesetz von 1997 knüpft an die Ausgestaltung der Materien in den vorhergehenden Gesetzen an. Zum anderen erscheint das Verfahren als Vorgriff auf die von den befragten Bibliothekaren vorgenommene Gesamtbewertung des jeweiligen Bibliotheksgesetzes in der Kategorie *Qualitätskriterien* sinnvoll.

Das Festschreiben der Aufgaben von Bibliotheken im Bibliotheksgesetz wird von den meisten befragten Bibliothekaren als essenziell betrachtet. Das Dekret über Bibliotheken bestimmte das Aufgabenspektrum der öffentlichen Bibliotheken, zu denen Schulbibliotheken, allgemeine Bibliotheken und wissenschaftliche Bibliotheken gehörten. Das Gesetz über Bibliotheken von 1968 schrieb neben den grundlegenden Aufgaben der Bibliotheken auch die speziellen Aufgaben der Bibliothekstypen fest, die zum landesweiten Netz dazugehörten, wobei eine Bibliothek die Aufgaben von mehreren Bibliothekstypen erfüllen konnte. Das Gesetz von 1997 definiert die einzelnen Bibliothekstypen, indem es deren Funktionen und Aufgaben benennt. Die Grundaufgaben von Bibliotheken führt es in dem Abschnitt Allgemeine Vorschriften genauso

wie im Gesetz von 1968. Die Bemerkung eines Interviewten, dass *„Przede wszystkim zadania, przecież co wyróżnia biblioteki spośród innych placówek kulturalnych? Zadania”* [vor allem Aufgaben, die Bibliotheken von anderen kulturellen Einrichtungen unterscheiden] (Anhang E1, Z. 468-469) formuliert werden sollten, weist auf einen diesbezüglichen Nachbesserungsbedarf im geltenden Bibliotheksgesetz hin. Das Fehlen konkreter Abgrenzungskriterien in der Formulierung der Aufgaben von Bibliotheken ist seiner Meinung nach zu bemängeln. Auch bei den anderen Befragten setzt sich die Auffassung durch, dass gegenwärtig insbesondere die gemeinsame Mission von Bibliotheken präzisiert werden sollte:

„... czy zadania bibliotek mają być sprecyzowane? No, jeśli- w zasadzie wszystko, co jest w tych standardach IFLA, co mówi tam, jeśli chodzi o biblioteki publiczne czy jeśli chodzi o biblioteki szkolne, czy uczelniane i tak dalej ... A czy trzeba je specjalnie zamieszczać w ustawach? No mam wątpliwość. Wystarczy jedno ogólne stwierdzenie, do czego służą biblioteki, w miarę precyzyjne i chyba to wszystko” [...müssen die Aufgaben der Bibliotheken präzisiert werden? Also im Grunde alles, was in den Standards der IFLA festgelegt ist, wenn es um öffentliche Bibliotheken, Schulbibliotheken oder Hochschulbibliotheken und so weiter geht ... muss dies eigens in den Gesetzen vorhanden sein? Ich habe meine Zweifel. Es genügt eine allgemeine Erklärung, wozu Bibliotheken dienen, so präzise wie möglich, und das ist alles] (Anhang E2, Z. 570-575),

„... powinno być określone podstawowe zadanie bibliotek i to w takim ujęciu ... co my robimy dla środowiska ...” [... die grundlegenden Aufgaben der Bibliotheken sollten bestimmt werden, und dies unter dem Aspekt ... was wir für das Umfeld machen ...] (Anhang E4, Z. 479-481).

Der letzten Ausführung ist zudem zu entnehmen, dass die Nutzerorientierung bei der Formulierung des gemeinsamen Auftrags von Bibliotheken im Mittelpunkt stehen sollte. Dieser Appell wird wiederholt artikuliert:

„... my mamy jakieś wspólne zadania, te wspólne zadania to przede wszystkim służba użytkownikowi i my musimy wypracowywać ...” [... wir haben gemeinsame Aufgaben und diese gemeinsamen Aufgaben, vor allem der Dienst am Nutzer, dies muss herausgearbeitet werden ...] (Anhang E1, Z. 585-586).

Ebenfalls als essenziell gelten unter den Befragten die Regelungen über die Pflichten der Organisatoren und über die Finanzierung. Das Dekret nannte einige Pflichten der Unterhaltsträger von Bibliotheken. Es regelte die Finanzierung der öffentlichen allgemeinen Bibliotheken und der wissenschaftlichen Bibliotheken. Es verpflichtete die selbstverwaltenden Verbände zur Finanzierung der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken. Es schrieb jährliche finanzielle Leistungen des Staates für kommunale Bibliotheken fest und verpflichtete den Staat zur Unterstützung der selbstverwaltenden Verbände bei der Finanzierung dieser Bibliotheken. Die Finanzierung der wissenschaftlichen Bibliotheken übernahm der Staat. Die Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997 verpflichteten bzw. verpflichten das unmittelbar aufsichtführende Organ bzw. den Organisator der Bibliothek, für die entsprechenden Arbeits- und Entwicklungsbedingungen Sorge zu tragen. Sehr konkret werden hier der Raum, die Ausstattung und die Mittel zur Durchführung der Bibliotheksarbeit, insbesondere für die Erwerbung, die Qualifizierung der Mitarbeiter und die methodischen und bibliografischen Dienstleistungen, genannt. In den beiden Bibliotheksgesetzen werden einige Finanzierungsaspekte der öffentlichen Bibliotheken detaillierter geregelt.

Mehrfach erwähnen die Bibliothekare die Notwendigkeit, die Verpflichtung zur Gründung von Bibliotheken und die Pflichten der Organisatoren der Bibliotheken im Bibliotheksgesetz zu regeln, da diese als grundlegend für eine angemessene Funktionsweise von Bibliotheken angesehen werden:

„... bardzo ważne jest określenie, kto w państwie odpowiada za stworzenie bibliotek” [... sehr wichtig ist die Bestimmung, wer für die Gründung von Bibliotheken verantwortlich ist] (Anhang E1, Z. 469-470),

„... że biblioteki muszą być- jednostki samorządowe muszą zakładać biblioteki. To jest ważne ... Miasto powiatowe musi założyć bibliotekę powiatową Uczelnia musi mieć swoją bibliotekę” [... dass Bibliotheken da sein müssen, dass die territorialen Selbstverwaltungen Bibliotheken gründen müssen. Dies ist wichtig ... die Kreisstadt muss eine Kreisbibliothek gründen ... Die Hochschule muss ihre Bibliothek haben ...] (Anhang E3, Z. 386-388).

Wie die Regelungen zu finanziellen Rahmenbedingungen von Bibliotheken im Bibliotheksgesetz gestaltet werden sollten, wird von den Bibliothekaren differenziert betrachtet. Zwei Interviewte bringen klare Kritik hinsichtlich konkreter Regelungen zur Finanzierung an:

„... finansowanie- tego nie ma co zapisywać w ustawie, bo powinien finansować ten, kto bibliotekę założył” [... die Finanzierung ist nicht im Gesetz festzuschreiben, denn finanzieren sollte der, der die Bibliothek gründete] (Anhang E3, Z. 254-255),

„... to może być po prostu w tych aktach wykonawczych, rozporządzeniach tych, które regulują na bieżąco, które regulują na bieżąco sprawy finansowania ...” [... dies kann einfach in den Durchführungsrechtsakten, den Rechtsverordnungen sein, welche die laufende Finanzierung regeln ...] (Anhang E2, Z. 581-583).

Aus der Sicht dieses Befragten sollten jedoch idealerweise abstrakt formulierte Regelungen im Bibliotheksgesetz adäquate Finanzmittel für Bibliotheken sichern:

„Jakie postanowienia ustaw o bibliotekach uważam za sensowne? ... jasne kwestie związane z finansowaniem, jakieś elementy wystandaryzowania pewnych spraw związanych z finansami ...” [Welche Bestimmungen finde ich in den Bibliotheksgesetzen sinnvoll? ... klare Sachverhalte, die mit der Finanzierung zusammenhängen, bestimmte Elemente, die finanzielle Sachverhalte standardisieren ...] (Anhang E2, Z. 424-427).

Einen solchen Anspruch an die Regelungen zur Finanzierung zu knüpfen, verlangt einiges an Geschick in der Gesetzgebungstechnik. Doch die Forderung erscheint in Anbetracht der folgenden Ausführung eines Bibliothekars zur Lage der öffentlichen Bibliotheken in Polen nicht überzogen:

„Trend do ograniczania środków na kulturę spowodował, że domagali się, żeby zlikwidować przepisy mówiące o samodzielności bibliotek ... żeby biblioteki można było włączać do innych kulturalnych placówek i to przeszło przy naszym olbrzymim, bibliotekarskim, sprzeciwie” [Der Trend zur Begrenzung der Mittel für die Kultur führte dazu, dass sie die Abschaffung der Bestimmungen über die Eigenständigkeit der Bibliotheken forderten ... damit diese mit anderen kulturellen Einrichtungen zusammengeschlossen werden können, und das ging durch trotz unserem riesigen bibliothekarischen Widerstand] (Anhang E1, Z. 488-492).

Ein weiterer kommentierter Regelungsbereich ist die Bibliotheksnutzung. Das Gesetz über Bibliotheken von 1968 führt den Grundsatz der kostenlosen Nutzung von Bibliotheken des landesweiten Bibliotheksnetzes ein. Das Gesetz über Bibliotheken von 1997 garantiert die allgemeine und kostenlose Zugänglichkeit von Bibliotheken. Ein auf diese Weise realisierter

freier Zugang zu Informationen wird infolge der sich derzeit verändernden Funktion von Bibliotheken in Polen zugunsten des Verfügbarmachens von Informationen und dem Trend zur Gründung privater Universitäten von einem Befragten als besonders wichtig erachtet:

„... nie tak jak jest w tej chwili najważniejsze zgromadzenie ... najważniejsze jest udostępnianie i to powinno być zmienione” [... nicht so, wie es im Moment ist, dass der Bestandsaufbau am wichtigsten ist ... am wichtigsten ist der Zugang, und dies sollte geändert werden] (Anhang E4, Z. 481-483),

„... że usługi bibliotek są bezpłatne i to jest ważny argument ...” [... dass der Zugang zu Bibliotheken kostenlos ist, ist ein wichtiges Argument ...] (Anhang E3, Z. 242-243).

Diese Regelung sichert die Versorgung jedermanns mit dem bibliothekarischen Angebot der polnischen Bibliotheken.

Was die Existenz von zentralen Organen des Bibliothekswesens betrifft, so gibt es unter den Befragten eher Befürworter einer zentralistischen Ausrichtung des polnischen Bibliothekswesens. Ein zentrales steuerndes Organ könnte für die Belange des Bibliothekswesens zuständig sein und eine erfolgreiche Bibliothekspolitik im Land realisieren helfen. Das Dekret über Bibliotheken bot diese Möglichkeit an. Das Bildungsministerium war für die grundlegenden bibliothekarischen Angelegenheiten verantwortlich. Nur in wenigen Angelegenheiten musste sich der Minister für Bildung mit den anderen Ministern abstimmen. Das Bibliotheksgesetz von 1968 legalisierte die erfolgte Dezentralisierung des Bibliothekssektors. Der Minister für Kultur und Kunst musste sich in der Gestaltung des landesweiten Bibliotheksnetzes und der allgemeinen Grundsätze, welche die Gesamtheit der Bibliotheken betrafen, mit den interessierten Ministern und Organisationen abstimmen. Diese Tendenz verstärkt sich – wie bereits dargestellt – im Bibliotheksgesetz von 1997.

In den Interviews wird deutlich, wie sehr derzeit ein zentrales steuerndes Organ des Bibliothekswesens in Polen vermisst wird:

„... nikt nie wytycza polityki bibliotecznej i to mógłby zrobić jakiś organ ... ale musiałoby ... być ono usankcjonowane w ustawie bibliotecznej ...” [... niemand legt die Bibliothekspolitik fest, und dies könnte ein Organ machen ... aber es müsste im Bibliotheksgesetz legitimiert sein ...] (Anhang E3, Z. 15-17),

„... byłoby bardzo dobrze, gdyby była instytucja zbierająca problemy i sprawy związane z funkcjonowaniem bibliotek, która byłaby takim rzecznikiem spraw bibliotek w rządzie” [... es wäre sehr gut, wenn es eine Institution gäbe, die alle Probleme und Sachverhalte, die mit der Funktionsweise der Bibliotheken zusammenhängen, sammelte, die eine Beauftragte für Bibliotheksangelegenheiten in der Regierung wäre] (Anhang E4, Z. 218-220).

Der im Bibliotheksgesetz verankerte Landesbibliotheksbeirat, der beratend tätig werden soll, kann aus der Schilderung eines Befragten diese steuernde Rolle nicht übernehmen:

„Czy to jest kwestia Krajowej Rady Bibliotecznej? Wydaje mi się, że w tej chwili to jest po prostu niemożliwe ... To jest kwestia pewnie jakichś autorytetów, ale autorytety w tej chwili też ich nie ma” [Ist dies eine Sache des Landesbibliotheksbeirats? Dies erscheint mir derzeit einfach nicht möglich. Dies ist eine Sache von Autoritäten, aber Autoritäten gibt es derzeit nicht] (Anhang E2, Z. 501-504).

Diesem Organ, das aus dem Dekret übernommen wurde, kommt kraft Gesetz aufgrund seiner Fülle von Aufgaben ein enorm starker Einfluss auf das polnische Bibliothekswesen zu. Doch die Aufnahme von Regelungen zu beratenden und begutachtenden Organen in ein Bibliotheksgesetz wird von einem Bibliothekar nur dann als wichtig eingeschätzt, wenn diese Organe auch in die Lage versetzt werden, für die Befolgung ihrer Expertisen zu sorgen:

„... to jest bardzo potrzebne z tego powodu, że nikt nie jest mędrce pańskim, problem polega na tym, że tym organom opiniodawczym trzeba dać jakąś sankcję, to znaczy możliwość sankcjonowania pewnych uchwał ...” [... dies ist deshalb sehr nötig, weil niemand allwissend ist, das Problem liegt darin, dass diese Beratungsorgane über keine Sanktionen verfügen, das heißt, sie haben keine Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen ...] (Anhang E1, Z. 532-534).

Die bewerteten Regelungsbereiche Bibliotheksnetz und Zusammenarbeit unter Bibliotheken werden oftmals von den Interviewten nicht voneinander getrennt. Die Bibliotheksgesetze verknüpfen die beiden Sachverhalte konzeptionell miteinander, wodurch sie auch kaum isoliert betrachtet werden können. Die Vorzüge, die ein das ganze Land umfassendes Bibliotheksnetz bringen soll, liegen klar auf der Hand. Diese sind: Rationalisierung, Homogenität, Übersichtlichkeit und Vollständigkeit. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Kooperation zwischen Bibliotheken.

Das Dekret über Bibliotheken führte die Tätigkeit der öffentlichen Bibliotheken zusammen und organisierte sie als ein das ganze Land umfassendes Bibliotheksnetz. Das nachfolgende Bibliotheksgesetz von 1968 erhielt das Organisationsprinzip des Bibliotheksnetzes aufrecht und entwickelte es weiter. Das Bibliotheksgesetz von 1997 behält zwar den Begriff des landesweiten Bibliotheksnetzes bei, bringt jedoch gravierende Änderungen in Bezug auf seine Zusammensetzung.

Die Sinnhaftigkeit der Regelungen im Bibliotheksgesetz wird von den Befragten nicht infrage gestellt:

„... wydaje mi się sensowne tworzenie sieci ...” [... für sinnvoll erachte ich die Bildung eines Netzes ...] (Anhang E4, Z. 472).

Ein Befragter ist allerdings der Meinung, dass Bestimmungen zur Zusammenarbeit unter Bibliotheken im Bibliotheksgesetz ausgeklammert werden sollten. Dabei hat er die Realisierung vor Augen und schätzt die Chance auf eine erfolgreiche Umsetzung solcher Regelungen als gering ein:

„To są nierealne sprawy. Owszem ta współpraca jest konieczna, ale współpraca wymaga tego, żeby wszystkie zainteresowane strony czerpały z tej współpracy korzyści” [Das sind nicht reale Sachen. Die Zusammenarbeit ist notwendig, aber die Zusammenarbeit erfordert es, dass alle Interessierten einen Nutzen aus der Zusammenarbeit ziehen können] (Anhang E2, Z. 449-451).

Es ist hier aber zu hinterfragen, ob dieser Einwand sich bei näherer Betrachtung als zwingend erweisen würde. Denn im Allgemeinen profitieren alle an Kooperationen beteiligten Bibliotheken.

Ein Zustandekommen von Zusammenarbeit unter Bibliotheken kraft des geltenden Bibliotheksgesetzes erscheint wenig erfolgsversprechend zu sein. Denn die derzeitigen Bestimmungen zum Bibliotheksnetz werden von den befragten Bibliothekaren für misslungen gehalten:

„Gdyby tworzyło sieć. No nie tworzy” [Wenn es [das Gesetz] ein Netz bauen würde. Naja, es baut nicht] (Anhang E3, Z. 393),

„... *co tu jest bardzo istotne – idiotyczny zapis, że tworzy się sieć biblioteczną, w skład sieci wchodzi biblioteki publiczne ...*“ [... was hier besonders wichtig ist – idiotische Bestimmung, dass ein Bibliotheksnetz gebildet wird, das sich aus öffentlichen Bibliotheken zusammensetzt ...] (Anhang E1, Z. 198-200).

Lediglich die in diesem Kontext vorgenommene Definition der Bibliothekstypen wird als glücklich empfunden:

„*No na przykład jest taki wyraźny podział na sieci – publicznych, naukowych, fachowych. To jest względnie sensowne ... No to jest dobrze podzielone*“ [Zum Beispiel ist dort eine eindeutige Aufteilung in Netze – öffentliche, wissenschaftliche und fachliche [Bibliotheken]. Dies ist verhältnismäßig sinnvoll ... Nun dies ist gut aufgeteilt] (Anhang E3, Z. 230-233).

Als unverzichtbar und für fundamental halten alle befragten Bibliothekare die Regelungen zu Qualifikationsmerkmalen für Bibliotheksbeschäftigte. Sie sollten im Bibliotheksgesetz klar zum Ausdruck kommen. In Anbetracht des Potenzials, welches ein gut ausgebildetes Personal in sich birgt, kann diese Forderung ohne weitere Erklärung nachvollzogen werden. Die Bibliotheksgesetze nehmen Bezug auf die Qualifikationen der Bibliotheksbeschäftigten. Das Dekret beinhaltete zwei Bestimmungen, die sich auf das in Bibliotheken beschäftigte Personal beziehen. Die erste Bestimmung verpflichtete den Verwalter der Bibliothek, ein auf die Arbeit mit dem Buch und dem Leser vorbereitetes Personal zu beschäftigen. Die zweite Bestimmung übertrug dem Bildungsminister die Aufgabe, die erforderlichen Anforderungen für Bibliotheksbeschäftigte in öffentlichen Bibliotheken und in *wypożyczalniach dochodowych*⁷⁸ festzulegen. Die Bibliotheksgesetze von 1968 und 1997 nannten bzw. nennen die Berufsgruppe der Bibliothekare. Zu den Bibliothekaren zählten bzw. zählen Beschäftigte auf bibliothekarischen Positionen. Beide Bibliotheksgesetze eröffnen die Möglichkeit, bei Bedarf Spezialisten anderer Berufsgruppen zu beschäftigen, die mit der bibliothekarischen Tätigkeit in Verbindung stehen. Unterschiede gibt es in den Gesetzen in den Beschreibungen der Beschäftigtengruppen und den Positionen.

Die Regelungen des gelten Gesetzes werden von den Bibliothekaren im Hinblick auf die heutigen Belange des Bibliothekswesens für unzulänglich erachtet:

⁷⁸ Zur Erklärung des Begriffs s. Fußnote 41.

„Gdyby ściśle określało na przykład pragmatykę zawodową, nie określa ta ustawa” [Wenn es [das Gesetz] zum Beispiel die Berufspragmatik präzise bestimmen würde, dieses Gesetz bestimmt sie nicht] (Anhang E3, Z. 392-393).

Nachdrücklich werden die Punkte genannt und begründet, welche das Bibliotheksgesetz diesbezüglich regeln sollte:

„... i rzecz, którą uważam za jedną z ważniejszych, to było kwalifikacje bibliotekarzy ...” [... die Qualifikationen der Bibliothekare ist ein Sachverhalt, den ich für einen der Wichtigsten halte ...] (Anhang E5, Z. 203-204),

„... tam powinna być ustawiona na przykład hierarchia stanowisk, jakie są w bibliotekach dopuszczalne, jakie zawody zatrudnia się w bibliotekach” [... dort [in den Gesetzen] sollte, zum Beispiel die Hierarchie der Positionen bestimmt sein, die in Bibliotheken zulässig ist, [und] welche Berufsgruppen in Bibliotheken beschäftigt werden dürfen] (Anhang E4, Z. 100-102),

„Powinno być również w ustawie o bibliotekach określone zasady budowy naszego zawodu, kto jest bibliotekarzem, kto nie jest, jakie uprawnienia w związku z tym no, żeby stworzyć jakiś taki profil ...” [Im Gesetz über Bibliotheken sollten auch die Grundlagen unseres Berufes bestimmt sein, wer Bibliothekar ist und wer nicht, welche Befugnisse damit verbunden sind, damit ein Profil erstellt werden kann ...] (Anhang E4, Z. 476-479).

Wegen der schnellen tief greifenden Veränderung im Berufsbild des Bibliothekars schlägt ein Bibliothekar vor, die Konkretisierung von Qualifikationsmerkmalen einer Rechtsverordnung zu überlassen:

„... sprawy związane z kwalifikacjami ... to może być po prostu w tych aktach wykonawczych ... To, co podlega częstszym i szybszym zmianom jak najbardziej ...” [... Sachverhalte, die mit Qualifikationen verbunden sind ... dies kann in Durchführungsrechtsakten geregelt sein ... Vor allem das, was häufigen und schnellen Änderungen unterliegt ...] (Anhang E2, Z. 579-585).

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Wichtigkeit der in den Bibliotheksgesetzen geregelten Materien als hoch bezeichnet werden kann. Die Gesamtkonzeption der Biblio-

theksgesetze gilt in Polen als gelungen und wird nicht in Abrede gestellt. Insofern ist es richtig, dass die polnischen Bibliotheksgesetze den Anspruch erheben, die relevanten Materien des Bibliothekswesens zu regeln. Allein aus diesem Grund ist der Inhalt der Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen von weitreichender Bedeutung. Die inhaltliche Bewertung der Materien zeigt aber auch, dass die Regelungen des geltenden Bibliotheksgesetzes Mängel, Unzulänglichkeiten und Lücken aufweisen, die optimalerweise beseitigt werden sollten. Die Kritik ist punktueller Art. Die Formulierung der Aufgaben von Bibliotheken sollte einem anderen Ansatz folgen. Ferner sollte sie den Auftrag von Bibliotheken präzise und verständlich darstellen, damit jedermann ihn verstehen und sich daran orientieren kann. Die Pflichten der Organisatoren sollten kasuistisch gelöst werden, die sichere Finanzierung der Bibliotheken abstrakt, aber dennoch eindeutig genug. Besonders wird das Fehlen eines koordinierenden Organs im polnischen Bibliothekswesen hervorgehoben. Qualitätsmerkmale der Bibliotheksbeschäftigten sollten umfangreicher und präziser formuliert sein, damit u. a. bereits die Ausbildung für den Beruf entsprechend ausgerichtet werden kann. Eine abschließende Antwort, in welchem Maße die Inhalte des jeweiligen Bibliotheksgesetzes für das Bibliothekswesen bedeutsam waren bzw. sind, bleibt jedoch der Kategorie *Qualitätskriterien* vorbehalten. Die Relevanz der Regelungsmaterien und die kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten des geltenden Bibliotheksgesetzes auf der Ebene einiger Bestimmungen sind als alleinige Kriterien hierfür nicht ausreichend.

7.2.5.4 Einheitliches Bibliothekssystem

Das Dekret über Bibliotheken begründete ein einheitliches Bibliothekssystem. Auf diese Weise sollte ein Fundament für die Führung einer einheitlichen Bibliothekspolitik in Polen entstehen. Die Aufspaltung des Ministeriums für Bildung und die daraufhin erfolgten Änderungen in der administrativen Zugehörigkeit der Bibliotheken brachten das Konzept ins Wanken. Dem Gesetz über Bibliotheken von 1997 kann nicht entnommen werden, inwieweit der Gesetzgeber an einem einheitlichen Bibliothekssystem interessiert ist.

Die Antworten der befragten Bibliothekare auf die Frage, inwieweit die Schaffung eines einheitlichen Bibliothekssystems sinnvoll ist, illustrieren das kontroverse Meinungsbild der polnischen Bibliothekare, das bezüglich eines einheitlichen Systems aktuell herrscht.

So gibt es Stimmen, welche ein einheitliches Bibliothekssystem bejahen:

„... jednolity system biblioteczny spowodowałby takie racjonalizacje środków, racjonalizacje zadań ... byłaby większa ... taka integracja, ale w sensie merytorycznym, no w sensie oczywiście zawodowym na pewno też ... wydaje mi się, że wtedy no wszyscy by się czuli odpowiedzialni, bo są jednym trybikiem w całej tej konstrukcji ...” [... ein einheitliches Bibliothekssystem würde eine Rationalisierung der Mittel [und] eine Rationalisierung der Aufgaben bewirken ... es wäre eine größere ... Integration im fachlichen und sicher auch im beruflichen Sinne ... ich denke, dass sich dann alle verantwortlich fühlen würden, denn sie sind ein Zahnradchen der gesamten Konstruktion ...] (Anhang E5, Z. 237-242),

„... w przypadku istnienia takiego systemu byłaby no taka większa jakby czujność nad tym ...” [... wenn ein solches System existieren würde, gäbe es eine größere Wachsamkeit in Bezug darauf ...] (Anhang E5, Z. 245-247),

„Jest ważne dla współpracy instytucji, bo wtedy jest płynniejsze przechodzenie kadry pomiędzy poszczególnymi jednostkami, a to jest bardzo potrzebne ...” [Dies ist wichtig für die Zusammenarbeit der Institutionen, denn dann ist ein Wechsel der Mitarbeiter unter den jeweiligen Einheiten reibungsloser, und dies ist notwendig ...] (Anhang E4, Z. 497-499).

Hierbei wird der Sinn eines einheitlichen Systems von Bibliotheken auf die vielen Vorteile zurückgeführt, die das Konzept bieten würde.

Es finden sich aber auch Stimmen, die ein einheitliches Bibliothekssystem verneinen:

„... kiedy jest decentralizacja zarządzania w kraju, to nie można myśleć o strukturach w jakiś sensie scentralizowanych w odniesieniu po prostu do całości tego. To jest dosyć jałowe wydaje mi się” [... wenn es in einem Land eine dezentrale Verwaltung gibt, dann sollte man nicht über zentralistische Strukturen einfach in Bezug auf die Gesamtheit nachdenken. Das ist ziemlich nutzlos, denke ich] (Anhang E2, Z. 496-498),

„Jednego systemu się nie da zrobić. W ramach bibliotek jakichś uczelnianych można. Ale w ramach całego kraju to niemożliwe. Bo przecież są szkolne, na przykład no szkoły- jak pani system stworzy bibliotek szkolnych i uniwersyteckich? No nie ...” [Ein einheitliches System kann nicht geschaffen werden. Im Rahmen irgendwelcher Hochschulbibliotheken wäre es möglich, aber im landesweiten Rahmen nicht. Denn es gibt auch Schulen, wie kann ein Sys-

tem von Schul- und Hochschulbibliotheken geschaffen werden? Nein ...] (Anhang E3, Z. 303-306).

Die möglichen gewinnbringenden Effekte eines solchen Systems für das Bibliothekswesen werden auch von den Kritikern nicht infrage gestellt. Sie bestreiten allerdings, dass ein einheitliches Bibliothekssystem realisiert werden kann. Den Anhängern eines solchen Systems von Bibliotheken fehlt es derzeit am Aufwind. Darauf lässt die folgende ernüchternde Bemerkung eines Bibliothekars zu den finanziellen Rahmenbedingungen des polnischen Bibliothekswesens schließen:

„... jeżeli się mówi, że ma być jakaś współpraca, ktoś ma nadzorować coś, to powinien być stworzony system finansowania ... Państwo nie wydziela na to osobnych środków, w związku z tym pewne rzeczy się łatwo zapisało a trudniej się realizuje” [... wenn gesagt wird, dass eine Zusammenarbeit sein soll, irgendwer soll etwas beaufsichtigen, dann muss ein Finanzierungssystem geschaffen werden ... Der Staat weist keine Sondermittel zu, in diesem Zusammenhang wurden mühelos bestimmte Sachverhalte [im Gesetz] festgeschrieben, aber sie sind schwierig zu realisieren] (Anhang E4, Z. 425-434).

Insgesamt besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass ein einheitliches System von Bibliotheken Vorzüge aufweist. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die Verfechter dieses Leitgedankens Versuche unternehmen werden, eine diesbezügliche Konkretisierung in der angestrebten Novelle des geltenden Gesetzes über Bibliotheken zu erzielen. Sie glauben nicht an den Erfolg eines solchen Unternehmens. Zudem nimmt die Skepsis zu, ein solches Ideal überhaupt verwirklichen zu können. Inwieweit das polnische Bibliothekswesen auf die Vorzüge eines einheitlichen Bibliothekssystems angewiesen ist, wird von den Bibliothekaren nicht eingehend reflektiert. Doch ihre Ausführungen zum Bibliotheksnetz, zum zentral steuernden Organ und zu beratenden Gremien sind Hinweis genug, um den hohen Wert dieser Zielsetzung auszumachen. Diesen Erläuterungen folgend, sind Bestimmungen, die dieses Ziel anstreben, für das Bibliothekswesen von Bedeutung. In Anbetracht der Tatsache, dass dieses Merkmal im Gesetz über Bibliotheken von 1968 und im Gesetz über Bibliotheken von 1997 an Ausprägung verliert, reduziert dies die Bedeutung dieser Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen.

7.2.5.5 Einheitliche Bibliothekspolitik

Mit dem Diskurs über den Sinn einer einheitlichen Bibliothekspolitik wird die Problematik aus der Kategorie *Bibliothekssystem* fortgesetzt. Zwar herrscht Einigkeit unter den Befragten, dass eine Bibliothekspolitik notwendig sei, doch gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie diese zu gestalten ist.

Ein skizziertes Modell verfolgt eine einheitliche Bibliothekspolitik in Polen:

„... polityka biblioteczna to jeszcze coś więcej ... niż ten system. Zawsze nam, zresztą przy projektowaniu tej naszej ustawy, tego projektu też na niezbędność takiej polityki, że tak powiem, kładliśmy tam nacisk, bo wydawało nam się ... że to umożliwi takie potem planowanie w poszczególnych bibliotekach no wspólnych przedsięwzięć, wspólnych projektów, no takiego patrzenia na to bibliotekarstwo tak z lotu jakby ptaka ...” [... die Bibliothekspolitik ist weitaus mehr ... als das System. Bei der Erarbeitung des Entwurfs unseres Gesetzes haben wir immer einen großen Wert auf die Notwendigkeit einer solchen Politik gelegt, weil wir annahmen ... dass uns dies dann die Planung gemeinsamer Unternehmungen, gemeinsamer Projekte in bestimmten Bibliotheken ermöglicht [und] eine solche Betrachtung wie aus der Vogelperspektive zulässt ...] (Anhang E5, Z. 250-260).

Das Gegenmodell sieht eine ressortspezifische Bibliothekspolitik vor:

„... byłem zawsze zwolennikiem też polityki bibliotecznej, ale rozumianej mimo wszystko resortowo” [... ich war auch immer ein Befürworter der Bibliothekspolitik, aber trotz allem ressortbezogen verstanden] (Anhang E2, Z. 539-540),

„... każda grupa bibliotek ma własne zadania i w stosunku do tych zadań musi kształtować politykę swojego działania ...” [... jeder Bibliothekstyp hat eigene Aufgaben und in Bezug auf die Aufgaben muss dieser eine entsprechende Politik gestalten ...] (Anhang E1, Z. 602-603).

Es wird in der Community aber nicht nur in absoluten Kategorien gedacht. Ein Bibliothekar sagt:

„Jest niezwykle trudne i może się nie udać, ale mnie się wydaje, że w pewnych fundamentalnych sprawach powinna być taka polityka spójna” [Dies ist ungeheuer schwierig und kann

misslingen, aber ich denke, dass in fundamentalen Dingen eine gemeinsame Politik sein sollte] (Anhang E4, Z. 561-562).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die ausgefeilten Grundgedanken von Grycz, mit einem Bibliotheksgesetz die Grundlage für eine einheitliche Bibliothekspolitik zu schaffen, heute kaum zum Tragen kommen können. Die pessimistische und sogar ablehnende Haltung einiger Bibliothekare, die den tatsächlichen Verhältnissen im Land und der Heterogenität des Bibliothekssektors geschuldet ist, weist darauf hin. Die Fortführung der Idee einer einheitlichen Bibliothekspolitik im Gesetzestext ist aber abhängig von der breiten Akzeptanz dieser in der Bibliothekswelt. Möglicherweise kann ein Nachdenken darüber, welcher Grad an einer einheitlichen Bibliothekspolitik erreicht werden kann, hilfreich sein. Denn mit der Schaffung einer einheitlichen Bibliothekspolitik zur Regelung grundlegender Fragen des Bibliothekswesens kraft Gesetz würde einem Bibliotheksgesetz eine weitaus höhere Bedeutung zukommen. Die abnehmende Tendenz diese Zielsetzung im Gesetztext zu verankern, schmälert im Umkehrschluss die Bedeutung der dem Dekret über Bibliotheken nachfolgenden Gesetze.

7.2.5.6 Qualitätskriterien

Die polnischen Bibliotheksgesetze weisen graduelle inhaltliche und formale Unterschiede auf. Sie zeichnen sich alle durch einen hohen Grad an Detailliertheit aus und spiegeln die Komplexität des polnischen Bibliothekswesens wider. Um die Qualität der polnischen Bibliotheksgesetze eingehend untersuchen zu können, sind Kriterien guter Bibliotheksgesetze aus Sicht der befragten Bibliothekare in Erfahrung zu bringen. Deren Antworten sollen die Möglichkeit eröffnen, die Bibliotheksgesetze aus einer Idealvorstellung heraus betrachten zu können. Im Verlauf des Interviews wurden dabei von den befragten Bibliothekaren sowohl formale als auch allgemeine inhaltliche Kriterien diskutiert sowie eine Gesamtbewertung der einzelnen Bibliotheksgesetze vorgenommen.

Die Interviewten sprechen sich im Allgemeinen für eindeutige und genau bestimmende Gesetze aus und nennen diverse Gründe für diese Forderung:

„Gdyby ściśle określało ... Gdyby tworzyło ...” [Wenn es [das Gesetz] eindeutig bestimmen würde ... Wenn es schaffen würde ...] (Anhang E3, Z. 392-393),

*„Za sensowne uważam zapisy konkretne ... natomiast wszystkie te ustawy ... mają charakter w dużej mierze deklaracyjny, bardzo ogólny w związku z czym te zapisy faktycznie niektóre nie-
wielkie mają znaczenie poza tym pozwalają na interpretację sprzeczną niekiedy z tym, o czym
myśleli ich autorzy”* [Für sinnvoll erachte ich konkrete Bestimmungen ... jedoch alle diese
Gesetze ... haben in einem großen Ausmaß einen abstrakt-generellen Charakter, deshalb ha-
ben einige Bestimmungen faktisch keine große Bedeutung, abgesehen davon lassen sie
manchmal eine Interpretation zu, die mit den Gedanken der Verfasser nicht einhergeht] (An-
hang E2, Z. 401-406),

„Więc nawet mądry przepis działa przeciwko jeżeli jest no gdzieś niedopowiedzenie ...” [Also
selbst eine durchdachte Bestimmung wirkt entgegen, wenn sie nicht eindeutig ist ...] (Anhang
E4, Z. 415-416).

Alle vorgebrachten Argumente, die hinter dem Bedürfnis nach präzisen Gesetzen stehen, kön-
nen nachvollzogen werden. Unbestimmte Regelungen haben der Erfahrung der Bibliothekare
folgend keine große Bedeutung. Hingegen könnten eindeutige und bestimmende Gesetze für
Rechtssicherheit sorgen. Eine unterschiedliche Interpretation könnte so vermieden werden,
und ein Ermessen in der Umsetzung der Bestimmungen wäre weitgehend ausgeschlossen. Ein
Bibliothekar warnt aber zugleich vor einem vorbehaltlosen Streben nach einem hohen Grad
an Detailliertheit:

*„... ustawa nie powinna regulować chyba rzeczy aż tak szczegółowo, bo wszystkich przypad-
ków nie ureguluje”* [... das Gesetz sollte wohl die Dinge nicht so detailliert regeln, denn alle
Fälle kann es nicht regeln] (Anhang E4, Z. 759-760).

Ein übertriebener Detailliertheitswunsch birgt ihm zufolge Konfliktpotenzial in sich und lü-
ckenlose Gesetze könnten seiner Meinung nach ohnehin nicht geschaffen werden. Doch ein
Streben nach Kürze und Allgemeinheit auf der Ebene der einzelnen Bestimmung würde der
Forderung nach konkreten Regelungen entgegenstehen. Ein Königsweg kann den Angaben
der Bibliothekare zufolge eingeschlagen werden, wenn die sachlich-inhaltliche Zielsetzung
der Gesetze in den Vordergrund tritt und ein rational begründeter Aufbau von einem Biblio-
theksgesetz und Durchführungsrechtsakten entsteht:

„Ustawa powinna być czymś nadrzędnym, która wskazuje kierunki, a potem powinny być rozporządzenia szczegółowe ...” [Das Gesetz sollte etwas Übergeordnetes sein [und] Richtungen aufzeigen, und dann sollte es detaillierte Verordnungen geben ...] (Anhang E4, Z. 760-762),

„... zasadą regulacji ustawowej ... i tworzenia przepisów wykonawczych jest to, żeby w ustawie było to, co jest constans natomiast jeżeli coś jest zmienne ... to ... powinno być w przepisach wykonawczych. Poza tym ustawa to jest przepis generalny, on się nie może bawić w szczegóły” [... Der Grundsatz gesetzlicher Regelungen ... und der Schaffung von Durchführungsbestimmungen ist, dass im Gesetz Beständiges [geregelt wird], hingegen, wenn etwas Wandlungen unterliegt ... das ... sollte in Durchführungsbestimmungen sein. Abgesehen davon ist ein Gesetz eine generelle Bestimmung und kann sich nicht mit Details aufhalten] (Anhang E1, Z. 720-725).

Das ideale Bibliotheksgesetz sollte richtungsweisend und seine praktische Handhabbarkeit sichergestellt sein, der Spielraum der Durchführungsbestimmungen sollte ausdifferenziert, und das Gesetz und die auf seiner Grundlage erlassenen Durchführungsrechtsakte sollten in sich geschlossen sein. Zu den bereits genannten Kriterien werden drei weitere grundlegende Qualitätskriterien von den Bibliothekaren genannt, die bei der Bewertung der Bibliotheksgesetze als ausschlaggebend angesehen werden. Es sind die aus der Auswertung der Oberkategorie *Zweck der Bibliotheksgesetze* bereits bekannten Haupterkenntnisse. Folgendes wird von den Befragten als entscheidend angeführt:

„Ustawa musi być dostosowana do zasad, procedur i do praktyki, które obowiązują w ogóle w tym kraju” [Das Gesetz muss sich nach den Grundsätzen, den Verfahren und der Praxis im Land richten] (Anhang E2, Z. 563-564),

„... ja oceniam negatywnie tą ostatnią ustawę, że ona była pisana bez udziału bibliotekarzy przez urzędników i wieje z niej nieznaną fachu bibliotekarskiego” [... negativ bewerte ich das letzte Gesetz, denn es wurde von Beamten ohne Beteiligung der Bibliothekare geschrieben und aus ihm weht die Unkenntnis vom bibliothekarischen Fach] (Anhang E1, Z. 663-665),

„... dobra ustawa determinuje sytuację bibliotek i przestrzeganie jej powinno stanowić podstawę do tego, żeby biblioteki można uznać było za dobrze działające” [... ein gutes Gesetz bestimmt die Situation der Bibliotheken und seine Befolgung sollte die Grundlage legen, um Bibliotheken als gut funktionierend anzuerkennen] (Anhang E1, Z. 847-849).

Den Ausführungen der Interviewten folgend, sollen die Gesetze an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst und zielgerichtet sein. Dazu bedarf es im Vorwege der Bestandsaufnahme und dem Hinzuziehen von Experten der Materie bei den Entwurfsarbeiten. Der Grund für die ausschließliche Betrachtung des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 in der Kategorie *Bewertung der Regelungsmaterien* liegt demnach nicht nur in seiner Geltung begründet, sondern auch in den Mängeln, die das Gesetz aufweist. Im Verlauf des Interviews nehmen die Befragten die Bewertung des jeweiligen Bibliotheksgesetzes infolge der im Gespräch diskutierten Regelungsmaterien der Bibliotheksgesetze und der entwickelten Qualitätskriterien selbst vor. Die eindeutigen Urteile benötigen keine weitere Interpretation und überraschen nach dem bereits Gesagten nicht. Die Quintessenz resultiert aus den zuvor genannten Qualitätskriterien:

„W dekrete uważam, że wszystko było celowe i jakość była bardzo dobra” [Im Dekret war alles zielgerichtet und die Qualität war auch sehr gut] (Anhang E3, Z. 347),

„... ta ustawa z `68 roku była ustawą kompleksową i moim zdaniem najlepszą” [... das Gesetz von 1968 war sehr komplex und meiner Meinung nach das beste [Gesetz]] (Anhang E1, Z. 820-821),

Die Kritik an dem derzeit geltenden Bibliotheksgesetz hat zum Zeitpunkt der Interviews an Brisanz nicht verloren. Drei Befragte bringen ihr Missfallen über das Bibliotheksgesetz von 1997 klar zum Ausdruck:

„... będziemy siedzieli w `97 roku ... W tej ustawie znajdzie pani masę upoważnień dla różnych organów państwa naczelných do stanowienia rozporządzeń ... Jeżeli my mamy w kraju ministra do spraw nauki i szkolnictwa wyższego to dlaczego minister kultury ma mówić, że ta biblioteka jest biblioteką naukową ...” [... wir verbleiben im Jahr 1997 ... In diesem Gesetz finden Sie eine Menge von Ermächtigungen für verschiedene Staatsorgane zum Erlass von Verordnungen ... Wenn wir einen Minister für das Hochschulwesen haben, warum be-

stimmt der Minister für Kultur, welche Bibliothek eine wissenschaftliche ist ...] (Anhang E1, Z. 159-187),

„... takim problemem jest na przykład kwestia łączenia bibliotek ... dochodzi do schizofrenii, bo z jednej strony jest zapis w ustawie, że każda gmina, powiat, województwo ma mieć co najmniej jedną bibliotekę a z drugiej strony jest możliwość łączenia tego wszystkiego“ [... ein solches Problem ist die Zusammenlegung der Bibliotheken ... es kommt zur Schizophrenie, weil es einerseits die Bestimmung im Gesetz gibt, dass jede Gemeinde, jeder Kreis [und jede] Woiwodschaft mindestens eine Bibliothek haben muss, und andererseits gibt es die Möglichkeit, alles zusammenzulegen] (Anhang E2, Z. 372-385).

Die ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetz über Bibliotheken von 1997 wird besonders deutlich durch die folgende Bemerkung eines Bibliothekars:

„Ale dla ustawy źle, że aż tak nie jest przydatna w naszym funkcjonowaniu bieżącym“ [Es ist aber für das Gesetz schlecht, dass es für unsere aktuelle Funktionsweise so wenig nützlich ist] (Anhang E4, Z. 825-826).

Es lässt sich konstatieren, dass neben der inhaltlichen Reichweite und der Relevanz der geregelten Materien eine hinreichende Bestimmtheit der Regelungen als ein weiteres Erfordernis an Bibliotheksgesetze zu stellen ist. Die Bibliothekare wünschen sich eindeutige und bestimmte Gesetze, die keine Zweifel aufkommen lassen. Sie sollen vor Willkür schützen und die Auswirkungen vorhersehbar machen. Auf ein Eindeutigkeitsideal zugunsten von wertungsabhängigen Rechtsbegriffen und Generalklauseln kann nach Meinung der Bibliothekare nur dann verzichtet werden, wenn das Gesetz und die Durchführungsrechtsakte aufeinander im Vorwege abgestimmt sind und eine Einheit bilden. Doch unabhängig von dieser Lösung gewinnt ein Bibliotheksgesetz an Bedeutung, wenn es konkret und präzise ist, da darüber die Umsetzung wahrscheinlicher wird. Ein Freiraum zur Interpretation birgt Gefahren in sich. Zweckgebundenheit, Orientierung an den tatsächlichen Verhältnissen sowie der Leitgedanke einer Richtschnur sind weitere Qualitätsmerkmale. Die inhaltliche Gestaltung der Regelungsmaterien sollte Bibliothekaren vorbehalten bleiben. Insofern ist die klare und deutliche Bewertung der Interviewten nachvollziehbar, dass das Dekret von herausragendem Wert für das polnische Bibliothekswesen war, das Gesetz über Bibliotheken von 1968 für die Existenz der polnischen Bibliotheken nützlich war und das Gesetz über Bibliotheken von 1997 für die

Bibliothekspraxis untauglich sei. Der dem Gesetz schon zu Beginn vorgeworfene und anhaftende Makel, mit wenig Sachverstand erarbeitet und nicht ausreichend diskutiert worden zu sein, ist berechtigt.

7.2.6 Realisierung der Bibliotheksgesetze

Da sich die Studie insbesondere auf die Untersuchung der polnischen Bibliotheksgesetze als Instrument zur Gestaltung des polnischen Bibliothekswesens fokussiert, werden die Gesetze im Folgenden auf ihre Wirkungsweise untersucht. Hierfür werden die von den Bibliotheksgesetzen ausgehenden von den Interviewpartnern genannten Auswirkungen erörtert. Außerdem werden Konstellationen erörtert, welche die Umsetzung der Regelungen blockierten oder verhinderten. Auf diese Weise können die wesentlichen Voraussetzungen, die für eine zielführende Wirkung der polnischen Bibliotheksgesetze notwendig sind, erkannt und ihre Wirkungsmöglichkeiten und –grenzen aufgezeigt werden. Auch in dieser übergeordneten Kategorie werden Aussagen zum einheitlichen Bibliothekssystem und zur einheitlichen Bibliothekspolitik separat ausgewertet.

7.2.6.1 Indikatoren der Anwendung und Umsetzung der Bibliotheksgesetze im Bibliothekswesen

Die Unterkategorie umfasst alle Aussagen, welche die Entwicklungen bzw. den Stand des Bibliothekswesens aufzeigen, die aus der Sicht der befragten Bibliothekare unmittelbar auf die Realisierung der Inhalte der Bibliotheksgesetze zurückgehen.

Polen hat eine hohe Anzahl von Bibliotheken. Bereits im Jahr 1968 gab es 51.000 Bibliotheken mit insgesamt 185.000.000 Medieneinheiten. Die Ausführungen der Interviewten verdeutlichen, dass die gesamte Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens nach Kriegsende den geschaffenen Bibliotheksgesetzen zugeordnet wird.

Allein die im jeweiligen Bibliotheksgesetz festgeschriebene Verpflichtung zur Gründung von Bibliotheken bestimmte und bestimmt aus der Sicht von zwei Befragten die Struktur der polnischen Bibliothekslandschaft:

„... powstawało na początku dużo tych bibliotek ... powstawało bardzo dużo bibliotek publicznych, ponieważ każda gmina, każdy powiat miał obowiązek stworzenia co najmniej

jednej biblioteki, no to one powstały ...” [... anfangs entstanden viele Bibliotheken ... es entstanden sehr viele öffentliche Bibliotheken, weil jede Gemeinde [und] jeder Kreis zur Gründung von mindestens einer Bibliothek verpflichtet war, also entstanden sie ...] (Anhang E4, Z. 643-646),

„... jednostki samorządowe muszą zakładać biblioteki ... Miasto powiatowe musi złożyć bibliotekę powiatową, więc zakłada. Uczelnia musi mieć swoją bibliotekę i to jest ważne przy uczelniach prywatnych, bo można sobie wyobrazić, że uczelnia prywatna w dużym mieście ma wokół biblioteki państwowe i może powiedzieć – to ja nie muszę, niech moi studenci chodzą do uniwersyteckiej narodowej. Ale nie, musi” [Selbstverwaltungen müssen Bibliotheken gründen ... Eine Kreisstadt muss eine Kreisbibliothek gründen, also gründet sie. Eine Universität muss eine Bibliothek haben, und das ist wichtig bei Privatuniversitäten, weil man sich vorstellen kann, dass eine private Universität in einer Großstadt in der Umgebung staatliche Bibliotheken hat und sagen kann – na, dann muss ich nicht, sollen meine Studenten [z. B.] die Universitätsbibliothek oder die Nationalbibliothek nutzen. Aber nein, [sie] muss] (Anhang E3, Z. 386-391).

Der ersten Aussage ist auch zu entnehmen, dass der rasche Aufbau des Bibliothekswesens dem Dekret über Bibliotheken zugeordnet wird. Selbst das dörfliche Bibliothekswesen profitierte durch die Gründung von Ausleihstellen. Denn ihr leistungsstarkes Netz in den unmittelbaren Nachkriegsjahren wird von den Befragten ebenfalls als eine Folge des Dekrets angeführt:

„... powstało w krótkim czasie, no powiedzmy tak 20 tysięcy- punktów bibliotecznych. To były takie punkty, gdzie raz w tygodniu przyjeżdżał bibliotekarz, obsługiwał i jechał dalej. Powstała taka sieć. Dla nich, dla tych bibliotek wydrukowano specjalnie ileś tam, kilkadziesiąt milionów egzemplarzy książek, żeby te książki rozdać ...” [... es entstanden in einer kurzen Zeit, na sagen wir ca. 20.000 Ausleihstellen. Das waren solche Ausleihstellen, wo einmal in der Woche ein Bibliothekar kam, bediente und weiter fuhr. Es entstand so ein Netz. Für sie, für die Bibliotheken, druckte man speziell so ungefähr einige Zigmillionen Buchexemplare, um sie zu verteilen ...] (Anhang E3, Z. 177-181).

Nach Kriegsende wurden trotz der enormen Zerstörung und der herrschenden Armut erhebliche Investitionen in das Bibliothekswesen vorgenommen. Ein Befragter spricht die Bereitstellung dieser Finanzmittel für den Auf- und Ausbau von Bibliotheken zum Teil dem Dekret zu:

„... powstały tysiące bibliotek zaraz po wojnie no, ale to było też wpisane w cały system tego państwa socjalistycznego ... i bez względu na to czy państwo miało więcej, czy mniej pieniędzy jakieś tam pieniądze na te biblioteki były przeznaczane. No, ale największe pieniądze poszły chyba mimo wszystko na otworzenie sieci bibliotecznych po wojnie ... to były ... ogromne środki i ... potem były środki na uczelnie, na uniwersytety i to przecież powstały nowe zupełnie uniwersytety ... Poza tym powstała ... ogromna sieć bibliotek zakładowych ... cała sieć bibliotek szkolnych ... nabudowano tego ...” [... gleich nach dem Krieg entstanden tausende Bibliotheken, aber dies war auch hineingeschrieben in das sozialistische Staatssystem ... und unabhängig davon, ob der Staat viel oder wenig Geld hatte, irgendwelche Gelder wurden den Bibliotheken zur Verfügung gestellt. Das meiste Geld wurde für die Eröffnung der Bibliotheksnetze nach dem Krieg aufgewendet ... das waren ... enorme finanzielle Mittel und ... dann gab es finanzielle Mittel für Hochschulen, Universitäten, es entstanden noch neue Universitäten ... Abgesehen davon entstand ... ein enorm großes Netz von Werksbibliotheken ... ein Netz von Schulbibliotheken ... es wurde über den Bedarf hinaus gebaut ...] (Anhang E2, Z. 328-342).

Er bestätigt, dass das Dekret über Bibliotheken selbst in der Zeit der polnischen Stalinära das Bibliothekswesen stabilisierte:

„... mówiliśmy o tych całych partiach dekretu o bibliotekach, które omijano, nie brano pod uwagę, ale jednak te postanowienia o tych rodzajach bibliotek i wtedy było dużo rzeczywiście w kraju tych bibliotek no to dzięki tym ustawowo one funkcjonowały” [... wir unterhielten uns über die ganzen Teile des Dekrets über Bibliotheken, die umgangen, nicht beachtet wurden, aber trotzdem: die Bestimmungen über die Bibliothekstypen, und damals waren es tatsächlich sehr viele Bibliotheken im Land, also dank diesen funktionierten sie] (Anhang E2, Z. 599-602).

Eine bedeutende Rolle spielten die Bibliotheksgesetze in der Übergangszeit der Bibliotheken in die Trägerschaft der territorialen Selbstverwaltungen. In dieser Zeit übernahmen sie vor

allem eine vor Willkür schützende Funktion. Diese These lässt die folgende Ausführung eines Interviewten zu:

„... samorządy po pierwsze niemające nawet wiedzy ... patrzyły na te biblioteki jak taki, wie Pani, dopust boży, który na nie spadł, a równocześnie dyrektorzy tych bibliotek też byli przyzwyczajeni do pewnego status quo, nie? Czy tak, czy tak to jakoś tam, że tak powiem, funkcjonuje, a tu zaczęła się gra z innym partnerem i bardzo wiele lat upłynęło zanim, po pierwsze biblioteki nauczyły się egzekwować z tego prawa to co tam było przypisane tym organizatorom, jedne robiły uniki, drugie się bały, inne w tym czasie próbowano likwidować to były protesty i takie inne rzeczy, że wydaje mi się, że ten moment przejścia był bardzo ważnym momentem” [... die Selbstverwaltungen, die erstens noch nicht einmal ein Wissen hatten ... schauten auf diese Bibliotheken, wissen Sie, wie auf die Geißel Gottes, die auf sie runterfiel und gleichzeitig die Direktoren der Bibliotheken, die an einen gewissen Status quo gewöhnt waren, nicht wahr? So oder so, irgendwie funktioniert es, aber es begann ein Spiel mit einem anderen Partner, und es vergingen sehr viele Jahre, bis erstens die Bibliotheken die Durchsetzung des Rechts erlernten, das was dort [in dem Gesetz] den Organisatoren [der Bibliotheken] zugewiesen wurde. Einige machten Ausflüchte, andere hatten Angst, weitere versuchte man zu liquidieren. Es kam zu Protesten und anderen Dingen, ich glaube der Moment des Übergangs war ein sehr wichtiger Moment] (Anhang E5, Z. 386-395).

Ein Befragter erinnert die hilfreiche Schutzfunktion der Bibliotheksgesetze bei Interessenkonflikten:

„... zapisy w tych ustawach, na przykład regulujące sprawy finansowania, kompetencji, kwalifikacji i tak dalej to one były wykorzystywane i stanowiły ... podstawę obrony bibliotekarzy przed jakimiś niekorzystnymi dla siebie zmianami” [... die Bestimmungen der Gesetze, zum Beispiel zur Finanzierung, zu Kompetenzen, Qualifikationen und so weiter, sie wurden gebraucht und waren ... eine Grundlage für den Schutz der Bibliothekare vor bestimmten nachteiligen Änderungen] (Anhang E2, Z. 605-608).

Die weiteren Ausführungen der befragten Bibliothekare belegen, dass die Bibliotheksgesetze den Aufbau und die Weiterentwicklung des polnischen Bibliothekswesens nicht nur ermöglichen, sondern über viele Jahre stabilisierten und es zugleich ordneten:

„Przecież do tego roku, o którym Pani mówi, to było w Polsce ponad chyba 11 tysięcy bibliotek publicznych ... To one jakby tą rzeczywistość pozwoliły utworzyć ...” [Bis zu diesem Jahr, über das Sie sprechen, gab es in Polen über 11.000 öffentliche Bibliotheken ... Sie [die Gesetze] ermöglichten die Schaffung einer solchen Realität ...] (Anhang E5, Z. 379-382),

„Jest to duża sieć. No w takiej średniej wielkości kraju europejskim no mamy ponad tysiąc bibliotek akademickich, mamy 300 bibliotek pedagogicznych ... Szkolnych tam 17 chyba tysięcy ...” [Es ist ein großes Netz. In so einem mittelgroßen europäischen Land haben wir über 1.000 Hochschulbibliotheken, wir haben 300 pädagogische Bibliotheken ... 17.000 Schulbibliotheken ...] (Anhang E5, Z. 431-433),

„... te ustawy w tym czasie poczynając od dekretu do `79 roku te ustawy miały zasadnicze znaczenie dla organizacji i dla funkcjonowania bibliotek w Polsce w tym czasie [... die Gesetze hatten, angefangen vom Dekret bis in das Jahr 1979, eine grundlegende Bedeutung für die Organisation und die Funktionsweise von Bibliotheken in Polen] (Anhang E2, Z. 591-594).

Ein Interviewter betont, dass die materielle bzw. finanzielle Sicherstellung der hohen Anzahl von Bibliotheken ohne Bibliotheksgesetze nicht möglich wäre:

„... dzięki temu te biblioteki zorganizowano, finansowano, bo mimo wszystko dla finansowania te zapisy po prostu mają no fundamentalne znaczenie, bez tego po prostu nie byłoby to możliwe. Inna sprawa to jest kwestia ilości tego finansowania” [... dank dieser sind die Bibliotheken organisiert, finanziert, denn trotz allem haben die Bestimmungen für die Finanzierung eine fundamentale Bedeutung, ohne diese wäre dies nicht möglich. Etwas anderes ist die Höhe der Finanzierung] (Anhang E2, Z. 658-661).

In vielfältiger Weise trugen das Dekret über Bibliotheken und das Gesetz über Bibliotheken von 1968 dazu bei, dass das polnische Bibliothekswesen den derzeitigen Abbau von Bibliotheken verkraften kann:

„One naprawdę stanowiły fundament rozbudowy polskiego bibliotekarstwa w jego wymiarze ilościowym i jakościowym no i ten paradoks, że dzięki temu, że tych bibliotek nadtworzono wówczas to można w tej chwili likwidować te biblioteki obecnie, a udało się już bardzo dużo zlikwidować” [Sie bildeten tatsächlich das Fundament für den Ausbau des polnischen Bibliothekswesens im quantitativen und qualitativen Ausmaß, na und das Paradoxon, dadurch, dass

die Bibliotheken im Übermaß entstanden, kann man derzeit diese Bibliotheken liquidieren, und es ist bereits gelungen, sehr viele zu liquidieren] (Anhang E2, Z. 624-628).

Es lässt sich zusammenfassen, dass das jeweilige Bibliotheksgesetz stets die Grundlage für den Entwicklungsstand des polnischen Bibliothekswesens bildete. Die Bibliotheksgesetze erfüllten mehrere Aufgaben. Sie steuerten in erheblichen Umfang den Wiederauf- und Ausbau des Bibliothekswesens in Polen. Die in ihnen verankerte Verpflichtung zur Gründung von Bibliotheken führte zu einer hohen Anzahl neuer Bibliotheken. Die Bibliotheksgesetze trugen selbst in den Zeiten des Umbruchs von Weltbildern und Systemen in Polen zur Entstehung und Entwicklung von Bibliotheken sowie zum Erhalt des Status quo im Bibliothekssektor bei. Die Bibliotheksgesetze hatten somit einen großen Einfluss. Denn sie übernahmen die einem Gesetz zugeschriebene legitimierende, stabilisierende und schützende Funktion. Die Schutzfunktion der Bibliotheksgesetze war im Augenblick des Übergangs zu einem neuen Staatssystem mit territorialen Selbstverwaltungen von großem Nutzen für das polnische Bibliothekswesen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass das Bibliotheksgesetz von 1968 ein Schutzschild für das Bibliothekswesen in den 1990er Jahren war. Diesem Gesetz ist zu verdanken, dass die Welle der Schließungen von Bibliotheken Anfang der 1990er Jahre nicht in einem weitaus größeren Maße erfolgte. Einem willkürlichen Handeln der territorialen Selbstverwaltungen waren auf diese Weise Grenzen gesetzt. Ferner organisierten und bestimmten die Bibliotheksgesetze die Funktionsweise der Bibliotheken. Sie wirkten ordnend innerhalb des Bibliothekswesens. Die in der Theorie zu erkennende mit dem Dekret über Bibliotheken einsetzende und fortdauernde gestalterische Kraft der Bibliotheksgesetze im Hinblick auf den quantitativen und qualitativen Stand des polnischen Bibliothekswesens wurde in den Interviews anschaulich bestätigt. Aufgrund des großen Einflusses der Bibliotheksgesetze auf die Bibliothekswelt ist ihnen auch eine hohe Bedeutung zuzuweisen.

7.2.6.2 Bewirkte Nebeneffekte

Die Unterkategorie listet Aussagen auf, die Aufschluss darüber geben, welche Nebenfolgen aus dem Zustandekommen, der Umsetzung und dem Gebrauch der Bibliotheksgesetze im Bibliothekssektor resultierten.

Das Dekret über Bibliotheken wirkte bereits in der Phase seiner Erarbeitung. Die Berufung der zentralen Organe des Bibliothekswesens und ihre Kompetenzen gehen nach Einschätzung der Befragten auf die Bibliotheksgesetzaktivitäten zurück:

„Z tego dekretu wyniknęło utworzenie Naczelnej Dyrekcji Bibliotek. Przez pewien czas, trzy lata właściwie Grycz stał na czele Naczelnej Dyrekcji Bibliotek, która zarządzała całością bibliotekarstwa” [Aus dem Dekret folgte die Schaffung der Generaldirektion der Bibliotheken. Eine Zeit lang, drei Jahre eigentlich, war Grycz an der Spitze der Generaldirektion der Bibliotheken, die das gesamte Bibliothekswesen verwaltete] (Anhang E3, Z. 162-165).

Die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen organisatorischen Rahmenbedingungen, welche die Zentralisierung des polnischen Bibliothekswesens nach sich zogen und halfen, die zahlreichen neuen Bibliotheken zu gründen, waren demnach dem gelungenen Entwurf des Dekrets über Bibliotheken zu verdanken.

Die Gründung der ersten und der vielen im Laufe der Jahre hinzugekommenen bibliothekarischen Ausbildungsstätten, die den hohen Bedarf an Bibliothekaren decken sollten, sieht ein Befragter als eine Folge der Anwendung und Umsetzung der Bibliotheksgesetze:

„... dekret umożliwił jednak i rozpoczęcie kształcenia bibliotekarzy i tworzenia ...” [... das Dekret ermöglichte aber auch den Beginn und die Gestaltung der Ausbildung der Bibliothekare ...] (Anhang E2, Z. 651-652).

Die Bibliotheksgesetze wirkten motivierend auf die Beschäftigten in Bibliotheken:

„... te ustawy no budziły nadzieję samych tych pracowników bibliotek, że chodzi tutaj o coś istotnego w ogóle, ... dla nich samych, ale i też, że pracują na realizację zadań no publicznie ważnych, istotnych i wydaje mi się, że to umacniało trochę taką postawę takiego, jak się to mówiło, o Judymach, to znaczy takich społeczników, którzy bez względu na swoje korzyści pracowali dla innych ...” [... die Gesetze erweckten die Hoffnung selbst der Bibliotheksbeschäftigten, dass es hier um etwas Besonderes geht ... für sie selbst, aber auch, dass sie an der Realisierung wichtiger öffentlicher Aufgaben arbeiten und es scheint mir, dass dies so eine Grundlage von etwas festigte, wie man es auch über Ehrenamtliche sagt, das heißt über solche Sozialarbeiter, die uneigennützig für Andere arbeiteten ...] (Anhang E2, Z. 663-668).

Ein Befragter beobachtete, dass die Bibliotheksgesetze zum Zusammenwirken der polnischen Bibliothekare führten:

„Moim zdaniem jest potrzebna taka ustawa naprawdę i ludzi jakoś cementuje wokół jednego zadania ...” [Meiner Meinung nach ist ein solches Gesetz wirklich nötig und es zementiert irgendwie auch die Leute um eine Aufgabe ...] (Anhang E4, Z. 743-744).

Wobei der Befragte zugleich einräumt, dass die dem Dekret nachfolgenden Bibliotheksgesetze letztlich die Desintegration des Bibliothekswesens bewirkten:

„Myślę, że ta pierwsza ustawa z `46 roku ona bardziej integrowała wszystkie biblioteki właśnie ze względu na to, że wtedy był większy położony nacisk na centralizację. Natomiast już w `68 roku mniej, a ta w `97 roku o tyle pozwala wielu bibliotekom wymknąć się spod prawa o bibliotekach, dlatego, że zlikwidowała kluczowe pojęcie, moim zdaniem, dla bibliotek – pojęcie sieci bibliotecznej, systemu bibliotecznego” [Ich denke, dass das erste Gesetz von 1946 am besten alle Bibliotheken integrierte, weil dort der Schwerpunkt auf die Zentralisierung gelegt wurde. Dies wird bereits im [Gesetz] von 1968 weniger und das [Gesetz] von 1997 erlaubt vielen Bibliotheken, sich dem Bibliotheksrecht zu entziehen, weil es meiner Meinung nach die Schlüsselbegriffe „Bibliotheksnetz“ [und] „Bibliothekssystem“ eliminierte] (Anhang E4, Z. 53-58).

Ungeachtet dessen ist es ersichtlich, dass die Wirkung des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 auch Gegentendenzen aufweist. Es führt die öffentlichen Bibliotheken im Kampf ums Recht zusammen. Dies lässt sich der folgenden Aussage entnehmen:

„... właściwie ten proces ... się jeszcze w wielu bibliotekach toczy do dnia dzisiejszego, tak, bo tam no teraz samorządy, jak dostały tą możliwość po wprowadzeniu tego zapisu do ustawy o bibliotekach, że można łączyć po zasięgnięciu opinii i tak dalej to one poczuły teraz sobie wiatr w żaglach i tam, gdzie ten dyrektor biblioteki właśnie tak nawet dobrze pracował no, ale starał się omijać wójta i radę szerokim łukiem ... tu potrzebne jest ogromne wsparcie biblioteki powiatowej, biblioteki wojewódzkiej ...” [... dieser Prozess ... dauert bis zum heutigen Tage an, denn als die Selbstverwaltungen die Möglichkeit zur Zusammenlegung erhielten, da spürten sie Wind in den Segeln und dort wo der Direktor der Bibliothek sogar gut arbeitete, aber den Bürgermeister und den Rat mit einem großen Bogen zu umgehen versuchte ... hier

ist eine große Unterstützung seitens der Kreisbibliothek und der Woiwodschaftsbibliothek nötig ...] (Anhang E5, Z. 404-412).

Der Aussage lässt sich ferner entnehmen, dass die polnischen Bibliothekare lernen, die hilfreichen Funktionen der Gesetze für die Wahrung eigener Interessen intensiv zu nutzen. Ein Interviewter weist ausdrücklich auf die Vermittlung entsprechender Handlungskompetenzen durch den Verein Polnischer Bibliothekare hin:

„... Stowarzyszenie Bibliotekarzy wtedy robiło różnego rodzaju konferencje, przygotowywało dla dyrektorów różnego rodzaju wskazówki, wzorcowe regulaminy, statuty, żeby oni się w tej nowej rzeczywistości odnaleźli ...” [... der Verein der Bibliothekare führte damals verschiedene Konferenzen durch, bereitete für die Direktoren alle möglichen Leitfäden, Musterregelungen [und] Satzungen vor, damit sie sich in der neuen Wirklichkeit wiederfinden ...] (Anhang E5, Z. 395-398).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass sich Bibliotheksgesetze vielfältig auswirken. Sie sind werbewirksam. Die enorme Zugkraft des Dekrets über Bibliotheken bereits in der Entwurfsform ist beachtenswert. Die Bibliotheksgesetze prägten die Entwicklung der bibliothekarischen Ausbildung und wirkten sich motivierend auf die Bibliotheksbeschäftigten aus. Der Symbolcharakter von Gesetzen stärkt bei ihnen und allgemein in der Gesellschaft das Bewusstsein, dass die Mission von Bibliotheken im Hinblick auf wichtige öffentliche Aufgaben von hohem Gewinn ist. Ferner leisteten die Bibliotheksgesetze einen Beitrag zur Integration der Bibliothekare in vielschichtiger Weise: Die zahlreichen Initiativen in der Bibliotheksgesetzgebung, die aktive Arbeit des Vereins Polnischer Bibliothekare an den Bibliotheksgesetzesentwürfen und die Partizipation der Bibliothekare an der Entstehung der Bibliotheksgesetze förderte das Gefühl der Identität. Auch wenn die administrativen Vorgaben in den Gesetzen und auch die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit unter den Bibliotheken unterschiedlich sind, so schafft jedes Bibliotheksgesetz doch einen rechtlich geschützten Handlungsraum, in denen Bibliothekare ihre Interessen artikulieren und verfolgen können. Aus den bewirkten Nebenefekten lässt sich ebenfalls eine hohe Bedeutung der Bibliotheksgesetze ableiten.

7.2.6.3 Formen der Anwendung und Umsetzung in der Alltagspraxis von Bibliotheken

Die Unterkategorie umfasst alle Aussagen, die Auskunft darüber geben, welche Formen praktischen Handelns in den Bibliotheken beobachtet werden konnten, die auf die Implementierung der Gesetzinhalte in den Berufsalltag schließen lassen. Zudem enthält sie Anmerkungen, die eine generelle Einschätzung dieser Art der Auswirkungen vornehmen.

Die generellen Aussprüche der Befragten sind höchst konträr. Während ein befragter Bibliothekar meint, dass „... *tam niewiele z tego praktycznie wynika ...*” [... praktisch nicht viel daraus hervorgeht ...] (Anhang E3, Z. 111-112), äußert ein anderer Befragter, „... *że zawsze one mają wpływ no, bo to jest najważniejszy no taki sposób określenia naszego funkcjonowania ...*” [... dass sie immer Einfluss hatten, weil dies die wichtigste, also die Art und Weise der Beschreibung unserer Funktionsweise ist ...] (Anhang E4, Z. 637-639).

Die Betrachtung der Berichte über konkrete Formen der Umsetzung im bibliothekarischen Alltag erklärt die Widersprüchlichkeit in den Aussagen der Befragten. Die Gesetzesauswirkungen werden erkennbar individuell verschieden wahrgenommen. Analysiert werden von den Interviewten vor allem die Bibliotheksnetze, die Kooperation zwischen Bibliotheken und die Wirkungsweise aktueller Durchführungsrechtsakte, zumal auch nur diese konkrete Sachverhalte der Bibliotheken regeln.

Als bestimmende Elemente der Kooperation unter Bibliotheken, welche die Bibliotheksnetze mit Leben füllten, werden der Tausch und die Ausleihe unter den Bibliotheken von den Befragten genannt (Anhang E1, Z. 591-597, 588-591; E4, Z. 662-671; E5, Z. 458-470, 428-430). Die Ausleihe unter den Bibliotheken spielte bis 1990 eine bedeutende Rolle (Anhang E 5, Z. 428-430). Der Tausch mit Pflichtexemplaren ist für die polnischen Bibliotheken aus der Sicht eines Befragten immer noch von großem Wert:

„... *co się mówiło o egzemplarzu obowiązkowym absolutnie funkcjonowało i funkcjonuje do tej pory ... Jest to związane z ustawodawstwem bibliotecznym ...*” [... das, was man über das Pflichtexemplar sagte, das funktionierte und funktioniert weiterhin ... Das ist verbunden mit der Bibliotheksgesetzgebung ...] (Anhang E4, Z. 662-671).

Dieser Tausch bestimmte und bestimmt die Anschaffungspolitik vieler polnischer Bibliotheken. Auch wenn diese Erwerbungsart in Zeiten knapper Ressourcen immens wichtig war, wird sie rückblickend von den Befragten kritisch gesehen:

„Niektóre biblioteki jak coś im nie było potrzebne, przekazywały innej bibliotece ... Bo była ta współpraca i ona w dalszym ciągu jest ... Biblioteki nigdy nie miały sytuacji bajecznej finansowo no to, jeżeli – o dostaję egzemplarz obowiązkowy no to ... już mam za darmo ... mogę sobie tylko tam dokupić i to też tak trochę no uśpiło” [Einige Bibliotheken gaben das, was sie nicht brauchten, einer anderen Bibliothek ... Denn es gab eine Zusammenarbeit und sie existiert weiter ... Bibliotheken hatten finanziell nie eine Traumsituation, also wenn ich ein Pflichtexemplar bekomme, na dann ... habe ich das umsonst ... ich kann dann dazukaufen, und das wirkte ein wenig einschläfernd] (Anhang E5, Z. 470-480).

Eine solche Betrachtung lässt eine abschließende Bewertung dieser Form des praktischen Handelns kaum zu.

Im Bereich der Erschließung werden Zentralkataloge als weitere Arten der Zusammenarbeit genannt (Anhang E3, Z. 268-282; E4, Z. 169-184), doch die kausale Kette der gesetzlichen Bestimmungen zum Bibliotheksnetz und zur Zusammenarbeit unter den Bibliotheken und der Wirkung dieser Inhalte in der Praxis bleibt aufgrund der unterschiedlichen Aussagen ungeklärt. Während zwei befragte Bibliothekare versichern, dass in Polen mehrere Netze existierten (Anhang E1, Z. 827-832; E 5, Z. 428-430) - was mit der Darstellung im theoretischen Teil konsistent ist - negiert ein anderer Bibliothekar das Vorhandensein von Bibliotheksnetzen und führt hierzu Folgendes aus:

„W sieci zawsze musi być jedna biblioteka główna ... No musi być, no ktoś musi kierować ... Potem muszą być biblioteki filialne, no dobrze by było ... Nie ma siły ... To strasznie trudne. Na przykład na uniwersytetach ... myśmy mieli 200 ... bibliotek w sieci ... Każdy był samodzielny ... trzeba bardzo ostrożnie mówić o sieci ... na przykład mają pewne zdanie, ale to nie jest sieć, to jest Stowarzyszenie Bibliotek Uczelnianych no. Nie są niczym powiązani oprócz doraźnego interesu – walczmy o nasze interesy wobec rektorów, nie” [In einem Netz muss es immer eine Hauptbibliothek geben ... Die muss es geben, jemand muss führen ... Dann muss es Filialen geben, dies wäre gut ... Es fehlt an Kraft ... Dies ist ungeheuer schwierig. Zum Beispiel die Universitäten ... wir hatten über 200 ... Bibliotheken im Netz ... Jede

war eigenständig ... es sollte sehr vorsichtig über ein Netz gesprochen werden ... zum Beispiel haben sie [die Bibliotheken] eine bestimmte Meinung, aber es ist kein Netz, das ist ein Verein der Universitätsbibliotheken. Sie sind durch gar nichts verbunden, außer dem gelegentlichen Interesse – wir kämpfen zusammen gegen die Rektoren] (Anhang E3, Z. 398-417).

Er verbindet Netze zwingend mit Strukturen, in denen Zuständigkeiten eindeutig benannt werden. Diesen Bewertungskriterien folgend, stellt er in der weiteren Darlegung den NUKAT, den zentralen Nationalkatalog, der unterschiedliche Bibliotheken zusammenführt, als eine Kooperation von landesweitem Ausmaß infrage. (Anhang E3, Z. 268-282)

Als nicht zufriedenstellend umgesetzt werden die Aktivitäten um die Nationale Bibliografie dargestellt (Anhang E4, Z. 150-158). Zudem lässt anscheinend gegenwärtig die Zusammenarbeit unter Bibliotheken mit gleichen Funktionen zu wünschen übrig. Dies führt ein Befragter folgendermaßen aus:

„Mamy trzy ważne ośrodki – Politechnika Warszawska, Politechnika Wroclawska i AGH i mieliśmy się tematami podzielić, ale nie było jednej centralnej ... owszem, mamy Główną Bibliotekę Lekarską, która w ogóle nie współpracuje z uniwersytetami medycznymi i nie ma współpracy, więc nie ma tutaj żadnego wspólnego stanowisko co oni by chcieli osiągnąć”
[Wir haben drei wichtige Einrichtungen – das Polytechnikum in Warschau, das Polytechnikum in Breslau und die AGH (Akademie für Bergbau und Hüttenwesen), und wir sollten die Themen untereinander aufteilen, aber es gab keine Zentralbibliothek ... jedoch gibt es eine Zentrale Bibliothek für Medizin, die mit den [Bibliotheken] der medizinischen Universitäten nicht zusammenarbeitet und es gibt keine Zusammenarbeit, insofern gibt es keinen gemeinsamen Standpunkt, was sie erreichen wollen] (Anhang E4, Z. 604-610).

Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bibliothekstypen scheint aktuell nicht ausgeprägt zu sein. Dies stützt die folgende Ausführung:

„U nas w tej chwili biblioteki publiczne, uczelniane są kompletnie osobnym butem, w ogóle się nie znamy, nie funkcjonujemy razem, prawie nie mamy wspólnych spotkań, a przecież działamy dla tego samego środowiska ... ze szkolnymi bibliotekami to już żadnych kontaktów nie mamy, bo to za nisko, a przecież za chwilę dzieci z tych szkół przychodzą do nas i są naszymi studentami, więc powinniśmy ze sobą współpracować ... A tego w ogóle nie ma ...”

[Aktuell sind öffentliche Bibliotheken und Hochschulbibliotheken komplett ein anderer Stiefel, wir kennen uns nicht, wir funktionieren nicht zusammen, wir haben keine gemeinsamen Treffen, dabei sind wir für ein Umfeld tätig ... mit Schulbibliotheken haben wir gar keine Kontakte, weil dies zu niedrig ist, dabei kommen die Kinder bald aus den Schulen zu uns und sind unsere Studenten, also sollten wir mit ihnen zusammenarbeiten ... Aber dies gibt es nicht ...] (Anhang E4, Z. 505-511).

Abgesehen davon basieren Kooperationen unter Bibliotheken aus Sicht dieses Befragten auf freiwilliger Basis (Anhang E4, Z. 64-70) und werden augenblicklich nicht als wesentlich im Bibliotheksalltag eingestuft. Diese Ableitung lässt die folgende Aussage zu:

„Gdzieś nam dzwoni, że jakaś ta współpraca powinna być, ale tak do końca nie zostały zrealizowane postanowienia tych ustaw no w końcu dotyczących bibliotek ...” [Irgendwo klingelt es bei uns, dass die Zusammenarbeit sein muss, aber die Bestimmungen der Gesetze wurden nicht bis zum Ende realisiert ...] (Anhang E4, Z. 660-662).

Das Gesetz über Bibliotheken von 1997 gerät auch in dieser Kategorie ins Kreuzfeuer der Kritik. Als Begründung werden erlassene Verordnungen angeführt, die entweder auf den bibliothekarischen Sektor deregulierend wirken, hier wurden insbesondere die Regelungen zu Bibliotheksbeschäftigten (Anhang E4, Z. 102-113; E3, Z. 292-295) und zu Arbeitsprozessen in Bibliotheken genannt (Anhang E4, Z. 115-122), oder diejenigen, die die positive Wirkungsweise von Innovationen für das polnische Bibliothekswesen unterbinden, wie dem nationalen Bibliotheksbestand und den damit verbundenen Schutz der historischen Bestände (Anhang E4, Z. 592-599). Zudem wird die Zusammenführung von Bibliotheken mit anderen kulturellen Einrichtungen betrachtet (Anhang E4, Z. 395-416). Auch die neuesten Entwicklungen zum Tausch unter den Bibliotheken geraten ins Visier der Bibliothekare (Anhang E1, Z. 362-369). Als wichtig und nützlich wurde das ins Leben gerufene Projekt *„Biblioteka Plus“* des Ministeriums für Kultur und Kunst bewertet, das von einem Befragten auf das Bibliotheksgesetz von 1997 zurückgeführt wird (Anhang E5, Z. 296-311). Denn im Rahmen dieses Projekts werden verschiedene Vorhaben in öffentlichen Bibliotheken finanziell unterstützt. Aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Studie werden zwar die Ausführungen der Befragten zu diesen Entwicklungen der guten Ordnung halber genannt, jedoch nicht ausgewertet.

Insgesamt betrachtet fällt es schwer, anhand der Aussagen der Interviewten die Kausalität der Bibliotheksgesetze im Hinblick auf Formen des praktischen Handelns in den Bibliotheken aufzuzeigen. Allerdings wurde deutlich, dass die Ansprüche der polnischen Bibliothekare hinsichtlich der Ausformungen des Zusammenwirkens, die als Zusammenarbeit bezeichnet werden können, extrem hoch sind. Die Wirkungen der Gesetze in Bezug auf Kooperationen unter den Bibliotheken werden mehrheitlich als unzureichend erachtet. Eine nähere Analyse der hier wirkenden Einflussfaktoren ist der übergeordneten Kategorie *Probleme und Hindernisse* vorbehalten. Die Ausführungen der Interviewten zu Bibliotheksnetzen, zum Pflichtexemplar und zur Ausleihe zwischen den Bibliotheken lassen eine eindeutige Bewertung der Bibliotheksgesetze auf diese Zielsetzung hin nicht zu. Die inflationäre Verwendung von Verordnungsermächtigungen im Gesetz über Bibliotheken von 1997 für konkrete Einzelfragen des Bibliothekswesens führt zur Zunahme der Einflussmöglichkeiten der für die Bibliotheken zuständigen Ressorts. Unmittelbare reale Auswirkungen der Bibliotheksgesetze auf Formen der Anwendung und Umsetzung im Bibliotheksalltag sind deshalb nur schwer zu ermitteln. In diesem Gesamtkontext kann eine abschließende Bewertung kaum erfolgen.

7.2.6.4 Einheitliches Bibliothekssystem

Die Interviewten geben unumwunden zu, dass ein einheitliches Bibliothekssystem in Polen nicht entstanden ist. Diesbezüglich haben die Bibliotheksgesetze als Steuerungsinstrumente versagt. Ein Befragter führt die Heterogenität des Bibliothekssektors als Ursache an:

„Jednolity się nie udał- w całej Polsce, dla wszystkich bibliotek gminnych i uniwersyteckich no niemożliwe. Jednego systemu się nie da zrobić. W ramach bibliotek jakichś uczelnianych można. Ale w ramach całego kraju to niemożliwe ... jak pani system stworzy bibliotek szkolnych i uniwersyteckich? No nie, nie” [Ein einheitliches [Bibliothekssystem] in ganz Polen ist nicht gelungen, für alle Bibliotheken, Gemeindebibliotheken und Hochschulbibliotheken ist dies unmöglich. Ein einheitliches System kann nicht geschaffen werden. Innerhalb von Hochschulbibliotheken ist es möglich. Aber für das ganze Land ist es nicht möglich ... wie wollen Sie ein System von Schul- und Hochschulbibliotheken schaffen? Nein, nein] (Anhang E3, Z. 302-306).

Ein anderer Interviewter nennt die mangelnde Innovationsförderung, die tief greifenden Strukturprobleme und den starken Wettbewerb unter den Bibliotheken als Schwachpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung:

„... ustawa czy w `46 i potem ta w `68 roku mówiła ... że tworzy się system bibliotek, ale nikt na to nie dał pieniędzy, w związku z tym się ten system nie stworzył tak naprawdę ...” [... das Gesetz von 1946 und dann das von 1968 sagte ... dass ein Bibliothekssystem entstehen soll, aber niemand gab das Geld hierfür, also ist ein solches System in Wahrheit nicht entstanden ...] (Anhang E4, Z. 423-425),

„... kiedyś była taka inicjatywa i miały się utworzyć centralne biblioteki dla konkretnych dziedzin ... Nigdy w życiu do końca środowisko się nie zgodziło, która biblioteka ma być centralną, w jakiej dziedzinie” [... irgendwann gab es eine Initiative, es sollten Zentralbibliotheken für bestimmte Wissenschaftsgebiete entstehen ... Nie im Leben hat die Community am Ende zugestimmt, welche Bibliothek für welches Wissenschaftsgebiet eine Zentralbibliothek sein soll] (Anhang E4, Z. 600-603).

Ein befragter Bibliothekar sieht jedoch aktuell eine reelle Chance für die Entstehung eines einheitlichen Bibliothekssystems im Zusammenhang mit der Einführung moderner Technologien und meint, dass ein solches System im Aufbau begriffen ist:

„On się tworzy, tylko my go jeszcze nie dostrzegamy. A ten nowy system ... jego fundamenty budują nowe technologie ... Te wszystkie biblioteki w chmurach, to będzie jednolity system biblioteczny” [Es entsteht, wir nehmen es jedoch noch nicht wahr. Das neue System ... seine Fundamente bilden neue Technologien. Alle Bibliotheken in Clouds, dies wird ein einheitliches Bibliothekssystem] (Anhang E2, Z. 525-528).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein einheitliches Bibliothekssystem zwar noch nicht existiert, sich aber möglicherweise gerade in der Entstehung befindet. Die Grundlage hierfür wäre nicht das Bibliotheksgesetz, sondern Innovationen in der Technologie.

7.2.6.5 Einheitliche Bibliothekspolitik

Eine einheitliche Bibliothekspolitik begann in Polen im Jahr 1946 und endete drei Jahre später. Begründet wurde sie von Grycz durch Formulierung gemeinsamer Ziele im Gesetzestext

und die anschließende Entwicklung und Durchsetzung zielorientierter Maßnahmen. Dies führt ein Interviewter aus:

„... ta naczelna dyrekcja, ale to był jedyny moment, gdzie były początki centralnego kierowania, centralnego myślenia polskiej polityki bibliotecznej ...” [... die Generaldirektion, das war der einzige Moment, in dem es Anfänge einer zentralistischen Steuerung [und] eines zentralistischen Denkens in der polnischen Bibliothekspolitik gab ...] (Anhang E3, Z. 331-333).

Ungeachtet dessen sieht dieser Interviewte im Bibliotheksgesetz ein optimales Instrument zur Führung einer einheitlichen Bibliothekspolitik. Doch seiner Meinung nach waren und sind die in den Bibliotheksgesetzen von 1968 und 1997 hierzu vorgesehenen Organisationsstrukturen nicht in der Lage, eine solche Bibliothekspolitik zu realisieren:

„No to już bardziej ... Tylko właśnie nie ma kto jej kształtować z racji podziału na ministerstwa w Polsce powinno je kształtować Ministerstwo Kultury. Tego nie robi i nie robi, bo jest wyłącznie skupione na bibliotekach publicznych. Nie jest w stanie ogarnąć całości bibliotekarstwa, szczególnie teraz tego nowego w tej chwili, które- którego ministerstwo nie znało, jak chodziło do szkoły. U nas w bibliotekarstwie, dla bibliotekarstwa trzeba zupełnie nowych ludzi, nowych struktur“ [Dies schon eher ... Allerdings gibt es niemanden, der sie [die Bibliothekspolitik] gestalten soll, wegen der Aufteilung auf Ministerien sollte sie das Ministerium für Kultur gestalten. [Das Ministerium] tut dies nicht und wird es auch nicht tun, denn es ist ausschließlich auf öffentliche Bibliotheken konzentriert. Es ist nicht in der Lage, die Gesamtheit des Bibliothekswesens zu umfassen, insbesondere das Neue jetzt, welches das Ministerium nicht kennenlernen konnte, als es zur Schule ging. In unserem Bibliothekswesen, für das Bibliothekswesen muss es neue Leute geben [und] neue Strukturen] (Anhang E3, Z. 309-315).

Auch alle weiteren Interviewten führen aus, dass nach 1949 keine einheitliche Bibliothekspolitik mehr betrieben wurde. Sie beschreiben insbesondere den Widerspruch dieser Zielsetzung zu der heterogenen Bibliothekslandschaft, der Zergliederung in der Verwaltung von Bibliotheken und den Mangel an Aktivisten im Bibliothekswesen. (Anhang E1, Z. 601-608; E2, Z. 540-544; E5, Z. 280-284)

Mit Bedauern fügt ein Befragter hinzu, dass eine einheitliche Bibliothekspolitik selbst in den jeweils zuständigen Ressorts nicht geführt wird:

„... za biedni jesteśmy i nikt nie jest dość bogaty, żeby mieć absolutnie wszystko ... Więc polityka państwa w tym względzie powinna być ... Bez tego źle wszystko funkcjonuje. A tego nie ma, nie ma ani odgórnie dla całego państwa, ani w poszczególnych resortach ...” [... zu arm sind wir, und niemand ist so reich, dass er sich alles leisten kann ... Also muss eine Politik des Staates sein ... Ohne diese funktioniert alles schlecht. Aber diese gibt es nicht, weder von oben für das gesamte Land noch in den einzelnen Ministerien ...] (Anhang E4, Z. 563-573).

Zusammengefasst ist ein Bibliotheksgesetz ein geeignetes Instrument zur Führung einer einheitlichen Bibliothekspolitik im Land, die allerdings von einem Organ aktiv gestaltet werden muss. Die Realisierung einer einheitlichen Bildungspolitik ist stark abhängig von zentralen Organisationsstrukturen und Menschen mit Sachverstand, die in der Lage sind, gemeinsam zielorientiert geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Da ein solches Organ weder im Bibliotheksgesetz von 1968 noch im Bibliotheksgesetz von 1997 fixiert ist, schmälert dies die Bedeutung dieser Gesetze für das polnische Bibliothekswesen.

7.2.6.6 Probleme und Hindernisse

Die befragten Bibliothekare schildern eine Fülle vielschichtiger Ursachen, welche die Wirkungskraft der Bibliotheksgesetze wesentlich beeinflussen. In den Fokus der Betrachtung geraten politisch-gesellschaftliche Einflüsse, die Akteure, die den Gesetzen Wirkungskraft geben, sowie Grundvoraussetzungen, unter denen diese Gesetze wirksam werden.

Viele der bereits in der Theorie aufgezeigten Probleme und Hindernisse bei der Anwendung und Umsetzung der Gesetze werden von den Interviewten bestätigt und um weiterführende Informationen ergänzt. Zu den Haupthindernissen gehörten die dunkle Zeit des Stalinismus, das Verhältnis der Gesetzesadressaten zueinander und die Akzeptanz der Gesetze.

Die faktische Wirkung des Dekrets über Bibliotheken wird in dem Zeitraum von den Befragten gleichlautend bewertet und entspricht der theoretischen Darlegung:

„... przepisy dekretu były realizowane w dużym stopniu, aż się załamały ...” [... die Regelungen des Dekrets wurden realisiert, bis sie in hohem Grad einbrachen ...] (Anhang E3, Z. 351-352),

„... pewne elementy tego dekretu, pewne zapisy w tym dekrete były systematycznie wzmacnianie przez władze, które wykorzystywały te zapisy dla swoich celów, między innym kwestie propagandy” [... bestimmte Elemente des Dekrets, bestimmte Regelungen des Dekrets wurden von den Behörden gestärkt, die diese Regelungen für ihre Ziele nutzten, unter anderem für Propagandazwecke] (Anhang E2, Z. 247-250).

Im Gesprächsverlauf werden Gründe genannt, welche die Umsetzung des Dekrets hemmten. Dabei wird zugleich ersichtlich, wie durchdrungen das polnische Bibliothekswesen von der ideologischen Indoktrination war. Folgende Gegebenheiten behinderten aus Sicht der Befragten die Wirkungskraft des Dekrets:

„Przedwojennych się naukowców niszczyło ...” [Die Vorkriegsgelehrten wurden vernichtet ...] (Anhang E3, Z. 335),

„... decydujące znaczenie miało wystąpienie ... I Sekretarza z referatem na temat w ogóle całości sytuacji w kraju i tam była kwestia bibliotek” [... die entscheidende Bedeutung hatte der Auftritt ... des Ersten Sekretärs und seine Rede zum Thema der ganzheitlichen Situation des Landes, in der Bibliotheken zur Sprache kamen] (Anhang E2, Z. 123-124),

„... były te centra instrukcyjno-metodyczne w tych wszystkich krajach. (...) to było straszne jak się słuchało tego, co na tych spotkaniach się mówi no, bo to były takie instytucje, które nadzorowały w zasadzie i forowały różnego rodzaju rozwiązania partii w zakresie bibliotek” [... es gab Instruktionszentren in allen diesen Ländern. Es war schrecklich, wenn man zuhörte, was in diesen Treffen besprochen wurde, denn das waren solche Institutionen, die im Grunde genommen beaufsichtigten und verschiedene Formen der Parteilösungen im Bibliotheksbereich unterstützten] (Anhang E2, Z. 312-316),

„No w każdym razie przede wszystkim to były kręgi partyjne no i samo środowisko przede wszystkim pilnowało tych rzeczy” [Auf jeden Fall waren es Parteikreise und vor allem selbst die Community beaufsichtigte diese Sachen] (Anhang E2, Z. 323-325).

Die Befragten führen demnach den Bruch in der Realisierung des Dekrets über Bibliotheken nicht allein auf die Entlassung von Grycz und Janiczek aus der Generaldirektion der Bibliotheken und den Erlass ideologisch geprägter Normativakte zurück, sondern allgemein auf Repressalien, welche die Vorkriegsgelehrten damals erdulden mussten und die Unterordnung des Bibliothekswesens den Zielen der Parteifunktionäre, denen bestimmte Kreise des polnischen Bibliothekswesens gerecht werden wollten. Die ursprünglichen Absichten von Grycz, die sich mit den ideologisch geprägten Vorstellungen der Partei nicht deckten, verloren auch im Kreis der Bibliothekare an Wert. Dies deckt sich mit den Beobachtungen von Pawlikowska, die berichtete, dass die Zahl der Publikationen über das Dekret und seine Anwendung in dieser Zeit kontinuierlich abnahm.

Mit Bezug auf die Adressaten der Bibliotheksgesetze erstellen die Ausführungen der Interviewten ein Bild konkurrierender Akteure, die eher auf Profilierung als auf Verständigung ausgelegt sind. Dabei wird das Verhalten der für die Bibliotheken zuständigen Ministerien und der Bibliothekare intensiv erörtert.

Wegen der administrativen Zersplitterung der Bibliotheken spielen die ministeriellen Einflüsse für die Wirksamkeit der Gesetze eine bedeutende Rolle. Beispielhaft hierfür ist die folgende Aussage eines Befragten:

„... ten system scentralizowany się rozpadł, powstały te resorty to jednocześnie wzmocniły się tendencje odśrodkowe, jeśli chodzi o sprawy bibliotek w takich resortach, jak Ministerstwo Szkolnictwa Wyższego, Ministerstwo Edukacji. To najpotężniejsze po prostu resorty, które miały dużo bibliotek w swojej gestii i to były finansowo potężne resorty i znaczeniowo, duży procent PKB był w tych resortach dzielony i spożytkowany, w związku z tym oni nie bardzo widzieli, mieli sens i mieli ochotę poddawać się jakimś inicjatywom Ministerstwa Kultury, które było zawsze resortem małym, ubogim i w związku z tym sabotowano w ogóle wszelkie jakieś takie propozycje no całościowego rozwiązywania spraw i jednocześnie doszło do systematycznego wzmocniania tych spraw bibliotecznych w tych resortach, w resorcie szkolnictwa wyższego i edukacji” [... das zentrale System zerfiel, es entstanden Ressorts und gleichzeitig verstärkten sich dezentrale Tendenzen, wenn es um Bibliotheksangelegenheiten in solchen Ressorts ging, wie dem Ministerium für das Hochschulwesen [und] dem Bildungsministerium. Das waren die mächtigsten Ressorts, ihnen waren viele Bibliotheken untergeordnet und es waren bedeutende und finanziell mächtige Ressorts, ein hoher Prozent-

satz des BIP wurde diesen Ressorts zugeteilt und dort genutzt. In diesem Zusammenhang sahen sie es nicht ganz ein, sahen weder Sinn noch hatten sie Lust, sich den Initiativen des Ministeriums für Kultur und Kunst unterzuordnen, das immer ein kleines armes Ressort war. Aus diesem Grund wurden die Vorschläge ganzheitlicher Lösungen sabotiert und gleichzeitig kam es zu einer systematischen Stärkung der bibliothekarischen Angelegenheiten in diesen Ressorts, in den Ressorts für Hochschulwesen und Bildung] (Anhang E2, Z. 186-197).

Wie schwerwiegend und berechtigt die Sorgen der polnischen Bibliothekare wegen der Dezentralisierung des Bibliothekswesens waren und sind, kann durch die Schilderung der tief greifenden Folgen leichter nachvollzogen werden. Die unzulänglich realisierten Bestimmungen zur Zusammenarbeit der Bibliotheken untereinander gehen nicht in erster Linie auf die nach Eigenständigkeit strebenden Bibliothekare und ihren fehlenden Mut zum Experimentieren, wie Remerowa und Kołodziejska es beobachteten, zurück. Die befragten Bibliothekare sehen in der Dezentralisierung selbst eine wesentliche Ursache für die unzureichend umgesetzte Zusammenarbeit unter den Bibliotheken. Zudem waren und sind Konflikte zwischen Bibliotheken und den zuständigen Ministerien vorprogrammiert, was den beiden folgenden Darstellungen ebenfalls zu entnehmen ist:

„... są przepisy prawne, które uniemożliwiają na przykład dyrektorowi wydzielenie jakichś środków na współpracę z innymi bibliotekami, bo jest to źle widziane” [... es gibt rechtliche Vorschriften, die es zum Beispiel einem Direktor unmöglich machen, Mittel für die Zusammenarbeit mit anderen Bibliotheken auszugeben, weil dies nicht gern gesehen wird] (Anhang E2, Z. 453-455),

„... jak był jakiś konflikt, coś źle zrobiłem, to się powołuję ... na przykład jest takie zarządzenie ministerstwa o ewidencji ... no ja zrobiłem według tego ministerstwa, a mój szef mówi – a co mnie to obchodzi to ministerstwo, co ja mam z tym wspólnego ...” [... wenn ein Konflikt da war, ich habe etwas falsch gemacht, also berufe ich mich ... zum Beispiel auf die Anordnung über Evidenz ... und ich führte etwas diesem Ministerium folgend aus, und mein Chef sagt: Was geht mich dieses Ministerium an, was habe ich damit zu tun ...] (Anhang E3, Z. 217-221).

Wegen der stark ausgeprägten Autonomiebestrebungen der Ministerien können Bibliothekare die konkretisierenden Durchführungsbestimmungen des Ministeriums für Kunst und Kultur

nicht immer umsetzen. Hier besteht ein beträchtlicher Klärungsbedarf. Ob dieser von den Bibliothekaren erfolgreich herbeigeführt werden kann, erscheint in Anbetracht der Beobachtung eines Interviewten, dass „... *bibliotekarzy, których opinie są tam jednak mimo wszystko wysłuchiwane, chociaż najczęściej to niezupełnie są akceptowane*” [... die Meinungen der Bibliothekare dort trotz allem angehört, aber meistens nicht gänzlich akzeptiert werden] (Anhang E2, Z. 421-423) fraglich.

Dabei wird die Vormachtstellung des Ministeriums für Kultur und Kunst im Bibliothekswesen von den Befragten nicht nur wegen des autoritären Handels als problematisch empfunden:

„... struktury bibliotekarstwa w Polsce nie ma, dlatego, że Ministerstwo Kultury położyło łapę, nie wie co to jest a nie pozwoli utworzyć osobnej takiej struktury, agendy, która by wzięła w ręce konkretnie pewne dziedziny bibliotekarskie. Nie pozwala, nie wie o co chodzi, nie ma ludzi. Tak idzie to samopas” [... eine Struktur des Bibliothekswesens in Polen gibt es deshalb nicht, weil das Ministerium darauf seine Hand legte, weiß nicht, was das bedeutet, erlaubt aber nicht eine separate Struktur in Form einer Agentur zu schaffen, die bestimmte bibliothekarische Bereiche in die Hand nehmen würde. [Das Ministerium] erlaubt es nicht, weiß nicht, worum es geht, hat keine Leute. So nimmt das einen freien Lauf] (Anhang E3, Z. 284-288).

Zu dem in der Aussage enthaltenen Vorwurf eines mangelnden Sachverstands für bibliothekarische Angelegenheiten im Ministerium für Kultur und Kunst gesellt sich eine unzureichende Implementierung der Bibliotheksgesetze auf diversen Ebenen. Sie erweist sich als ein weiterer Stolperstein für die Wirkungskraft der Gesetze, was aus der folgenden Beobachtung eines Interviewten hervorgeht:

„W ogóle niektórzy dyrektorzy nie czytali tych ustaw, a już ci managerowie, czyli powiedzmy ministrowie czy rektorzy w ogóle nie wiedzieli, że taka ustawa istnieje i że w ogóle podlegają pod ustawę. Nie daj boże, jak musieli się dowiadywać, że podlegają to się denerwowali ...” [Einige Direktoren lasen die Gesetze nicht, und die Manager, also sagen wir Minister oder Rektoren, wussten gar nichts davon, dass ein solches Gesetz existiert und dass sie ihm untergeordnet sind. Gott bewahre, als sie es erfahren mussten, dass sie diesem unterliegen, sie regten sich auf ...] (Anhang E3, Z. 360-363).

Es zeigt sich, dass ein Bibliotheksgesetz nicht allein durch seine Veröffentlichung im Gesetzblatt realisiert wird. Insofern erscheint eine zentrale Steuerung des Bibliothekswesens einerseits sinnvoll. Andererseits sind die Chancen für ein erfolgreiches Handeln einer solchen Steuerungsagentur in einem Umfeld, das über keine hierarchische Struktur verfügt und gern in gleichgeordnete, eigendynamische Einheiten gegliedert ist, minimal. Ein Befragter berichtet zudem, dass einige Bibliothekare die Entstehung eines Steuerungszentrums derzeit nicht zulassen würden:

„... czapka, która by zarządzała wszystkimi bibliotekami czy miała wpływ na ich funkcjonowanie i tam byłyby źródła finansowania, też jest wielce niebezpieczne, że gdyby była poddana zbyt silnej presji jakiegoś środowiska jednego, gdyby była okupowana przez jakąś jedną partię polityczną, co się też zdarza na świecie, a w Polsce bardzo często, jesteśmy młodą demokracją, więc u nas te rzeczy bardzo wielkie mają znaczenie, nie wiadomo czy to byłoby dobre dla środowiska i dlatego wcale nie wszyscy, z którymi rozmawialiśmy, byli przekonani, że takie rozwiązanie jest dobre ...” [... ein Hut, der die Bibliotheken verwalten oder Einfluss auf die Funktionsweise hätte, und wenn dort Finanzierungsquellen wären, dies wäre überaus gefährlich. Denn wenn dieser einem enormen Druck eines bestimmten Umfelds unterliegen würde, wenn dieser durch eine bestimmte Partei okkupiert werden würde, was in der Welt passiert und in Polen sehr oft – wir sind eine junge Demokratie, also haben diese Dinge für uns eine große Bedeutung, man weiß nicht, ob das gut für das Umfeld wäre und aus diesem Grund waren nicht alle, mit denen wir sprachen, überzeugt, dass dies eine gute Lösung wäre ...] (Anhang E4, Z. 345-352).

Auch die zurückblickende wohlwollende Betrachtung auf die erreichten Ziele der Generaldirektion der Bibliotheken hilft in Anbetracht der Ausführung eines Befragten wenig:

„... Grycz stał na czele Naczelnej Dyrekcji Bibliotek, która zarządzała całością bibliotekarstwa. Rzadko tak- już były kłopoty, bo już szkoły wyższe się patrzyły skosem, bokiem co to właściwe za dyrekcja wchodzi w naszą bibliotekę, powiedzmy taka Biblioteka Jagiellońska z tradycjami i co ktoś będzie zarządzał nią z Warszawy, prawda. I kłopot był ...” [... Grycz stand an der Spitze der Generaldirektion, die das ganze Bibliothekswesen verwaltete. Selten, aber es gab Probleme, denn die Hochschulen guckten schief, warum mischt sich die Generaldirektion in unsere Bibliothek ein, sagen wir mal so eine Jagiellonen-Bibliothek mit

Traditionen und irgendjemand aus Warschau sollte sie verwalten. Und es gab ein Problem ...] (Anhang E3, Z. 164-168).

Der fest etablierte Landesbibliotheksbeirat scheint auch aktuell kein entscheidender und allseits akzeptierter Akteur des polnischen Bibliothekswesens zu sein. Trotz seiner Stellung und Organisation sowie seines umfangreichen Aufgabenspektrums prägt seine Existenz weder die Bibliothekspolitik im Land noch die Gestaltung des bibliothekarischen Alltags. Dies bestätigt auch ein Interviewter:

„Mamy Krajową Radę Biblioteczną ... ale ta rada ... nie ma to żadnej mocy sprawczej ... Oni określili jakieś kryteria, kto może być biblioteka naukową no i to funkcjonowało ... Ale w żadnym innym przypadku ich zdanie nie miało jakiegoś ... wiążącej opinii ... oni działali tylko, jako organ opiniodawczy ... Nie mają, szczerze powiedziawszy, dobrej opinii w środowisku bibliotecznym, jako ludzie zbyt oderwani od bibliotek, dlatego, że tam członkami tej Rady Bibliotecznej są ludzie nie z wyboru, tylko mianowani przez konkretnych ministrów ... teraz są właśnie przedstawiciele Instytutów Bibliotekoznawstwa, a w środowisku naszym nie ma dobrej współpracy między bibliotekami a Instytutami Bibliotekoznawstwa, bo one mają przede wszystkim nacisk położony na historię, na różne badania ogólne natomiast bardzo mało, naszym zdaniem dyrektorów, przygotowują do zawodu. Tam nie ma praktycznej nauki bibliotekarstwa ... tak że tu współpracy między nami dobrej nie ma w tej dziedzinie, więc i nie ma dobrych relacji, nie ma prawie komunikatów, czym się zajmuje ta Krajowa Rada Biblioteczna ...” [Wir haben den landesweiten Bibliotheksbeirat ... aber als Beirat ... hat er keine Entscheidungsbefugnisse ... Sie [die Mitglieder] stellten einige Kriterien auf, welche Bibliothek eine wissenschaftliche sein kann und dies funktionierte ... Aber in keinem anderen Fall war ihre ... Meinung maßgeblich ... sie agierten immer als beratendes Organ ... In Wahrheit hat man von ihnen, als Leuten, die zu sehr von den Bibliotheken entfernt sind und zudem nicht gewählt sind, sondern von bestimmten Ministern ernannt werden, keine gute Meinung im bibliothekarischen Umfeld ... derzeit sind es Repräsentanten der Institute der Bibliothekswissenschaft, aber es gibt keine gute Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen und Bibliotheken, weil sie einen Schwerpunkt auf Geschichte und allgemeine Forschungen legen, jedoch sehr wenig - unserer Direktorenmeinungen nach - auf den Beruf vorbereiten. Es gibt dort keine praxisbezogene Ausbildung des Bibliothekswesens ... insofern gibt es

keine gute Zusammenarbeit unter uns, es gibt keine guten Beziehungen, [zudem] gibt es fast keine Mitteilungen, womit sich der Bibliotheksrat beschäftigt ...] (Anhang E4, Z. 220-266).

Durch das kontinuierliche Auseinanderdriften des Bibliothekssektors und den fortdauernden Wettstreit der Bibliotheken bekam die Verfolgung verschiedener individueller Interessen aus der Perspektive eines Befragten eine neue Dimension:

„Środowisko niestety dba o swój własny interes ... w większości dyskusji takich w środowisku niestety bardzo często działają interesy partykularne ...” [Das Umfeld sorgt leider für das eigene Interesse ... in der überwiegenden Anzahl der Diskussionen wirken leider Partikularinteressen ...] (Anhang E4, Z. 582-592).

Zudem wird berichtet, dass diese Interessen miteinander kollidieren:

„... postulaty z tych środowisk wychodzą sprzeczne. Nie ma jednego lobbingu, że dokładnie chcielibyśmy osiągnąć to, czy tamto” [... Postulate, die aus diesen Umfeldern hervorgehen, widersprechen sich. Es gibt kein gemeinsames Lobbying, dass wir etwas Konkretes erreichen wollten] (Anhang E4, Z. 611-613).

Die egoistischen Interessen wirken destruktiv und dysfunktional auf die Organisation des Bibliothekswesens und behindern zugleich die Wirkung der Bibliotheksgesetze. Dies bestätigt die folgende Aussage:

„... takie zjawisko, samo środowisko zaczęło się dzielić, samo środowisko się podzieliło ... i te podziały w dalszym ciągu po prostu mają miejsce i się umacniają a w związku z tym samo środowisko coraz słabiej oddziałuje na to wszystko” [... so ein Phänomen, dass das Umfeld sich zu zersplittern begann und zersplitterte ... und die Zersplitterungen sich fortsetzten und verfestigten, und aus diesem Grund wirkt das Umfeld immer schwächer auf das alles] (Anhang E2, Z. 366-371).

Wie weit die Zersplitterung der polnischen Bibliothekscommunity bereits vor dem Erlass des Gesetzes über Bibliotheken von 1997 fortgeschritten war, und in welchem Maße diese das Scheitern der Bibliotheksgesetzesentwürfe der Bibliothekare mit verursachte, geht aus der folgenden Bemerkung hervor:

„... tragedia polegała tylko na sporach pomiędzy nami czy ustawa o bibliotekach jest jeszcze, na dzisiaj nawet ten spór jest aktualny ... czy ustawa jest obecnie potrzebna, bo jeżeli sprawy szkolnictwa wyższego reguluje ustawa o szkolnictwie wyższym, jeżeli sprawy bibliotek publicznych o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej, jeżeli o bibliotekach szkolnych sprawa o organizowaniu systemu oświaty. To rodzi się pytanie – czy jest potrzebne?” [... die Tragödie lag nur am Disput unter uns, ob das Gesetz über Bibliotheken noch, und der Disput ist aktuell ... ob das Gesetz gegenwärtig notwendig ist, denn wenn die Angelegenheiten der Hochschule das Hochschulgesetz, der öffentlichen Bibliotheken [das Gesetz] über die Organisation und die Durchführung kultureller Tätigkeit regelt und die Angelegenheiten der Schulbibliotheken die Sache [des Gesetzes] über die Organisation des Bildungswesens ist. Dann entsteht die Frage – ist das notwendig?] (Anhang E1, Z. 387-393).

Ob die im Zuge der Transformation aufgekommene Grundsatzfrage nach der Notwendigkeit eines Bibliotheksgesetzes in Polen und die dazu entwickelte Gedankenkette allein auf eine sachliche Ebene zu reduzieren ist, darf allerdings infrage gestellt werden, auch wenn die Interviewten darauf hinweisen, dass lediglich die Nationalbibliothek ohne eine gesetzliche Regelung wäre:

„... że biblioteki mają być, to by funkcjonowało dalej w obrębie tych swoich pojedynczych bibliotek, tylko Narodowa by miała kłopot ...” [... dass Bibliotheken da sein müssen, dies würde weiterhin innerhalb der einzelnen Bibliotheken funktionieren, nur die Nationalbibliothek hätte ein Problem ...] (Anhang E4, Z. 808-810).

Denn bereits aus der theoretischen Grundlegung geht hervor, dass der Zusammenbruch des politischen Systems in Polen nach 1989 das polnische Bibliothekswesen erschütterte und in der Folge die Bibliothekscommunity weiter zersplitterte. Diese Prozesse dauern bis heute an. Die daraus entstehenden Unsicherheiten wirken auf Bibliothekare und können sich zu dauerhaften Problemen entwickeln. Möglicherweise wäre eine intensive Aufarbeitung der Vergangenheit für die Wirkung des geltenden Bibliotheksgesetzes von erheblichem Vorteil.

Ungeachtet dieser Ausführungen werden die Bibliotheksgesetze von Bibliothekaren zur Kenntnis genommen, umgesetzt, befolgt und für die eigenen praktischen Zwecke nutzbar gemacht. Dies lässt sich aus den folgenden Aussagen der Befragten zur Art der Handhabung der Gesetze ableiten:

„... *wbrew ustawie niczego nie można zrobić*” [... entgegen dem Gesetz lässt sich nichts machen] (Anhang E3, Z. 112-113),

„... *wszyscy się na nie powołują*” [... alle berufen sich auf sie [die Gesetze]] (Anhang E3, Z. 110),

„... *bo u nas zawsze było tak, że albo obowiązuje i wtedy no trzeba to realizować ...*” [... bei uns war es schon immer so, wenn etwas gilt, dann muss man es realisieren ...] (Anhang E4, Z. 652-653),

„*Natomiast tam, gdzie było niedopowiedziane albo gdzie można było zrezygnować no to też się udało*” [Allerdings dort, wo nicht eindeutig formuliert wurde oder dort, wo resigniert werden konnte, dies gelang dann auch] (Anhang E4, Z. 646-648).

Die weiteren Aussagen der Befragten lassen aber auch darauf schließen, dass das geltende Gesetz über Bibliotheken nicht in allen Bibliothekstypen in gleichem Maße wirksam ist. Ein Befragter führt aus, dass die Wirksamkeit dieses Bibliotheksgesetzes vor allem durch die öffentlichen Bibliotheken gestärkt wird:

„*Najbardziej jest stosowana w bibliotekarstwie powszechnym w bibliotekach publicznych. Jest najbardziej do nich przyjęta ...*” [Besonders häufig kommt es [das Gesetz] zur Anwendung im allgemeinen Bibliothekswesen in öffentlichen Bibliotheken. Es wird dort am stärksten berücksichtigt ...] (Anhang E3, Z. 129-130).

Dies beeinträchtigt gleichzeitig eine umfassende Wirksamkeit des Gesetzes, denn dieser Befragte stellt fest, dass „... *bibliotekarstwo jednak ciągną biblioteki akademickie, biblioteki uniwersyteckie. To jest czołówka ... A to nie są przedmiotem ustawy, tylko są biblioteki powszechne raczej, no i tu jest w tym założeniu całe nieszczęście tych ustaw, nieskuteczności tych ustaw*” [... das Bibliothekswesen jedoch durch die Bibliotheken der Akademien [und] Universitätsbibliotheken gezogen wird. Das ist die Spitze ... Aber nicht sie sind der Gegenstand des Gesetzes, sondern eher öffentliche Bibliotheken und darin liegt das ganze Unglück der Gesetze, die Nichtwirksamkeit der Gesetze] (Anhang E3, Z. 369-375).

Als Hauptvoraussetzung und gleichzeitig Schwachpunkt der erfolgreichen Umsetzung der polnischen Bibliotheksgesetze wird die finanzielle Versorgung der Bibliotheken genannt. Dies lässt sich aus dem folgenden Ausspruch eines Interviewten ableiten:

„... najważniejsze są pieniądze, ustawa jest potem” [... am wichtigsten ist das Geld, das Gesetz kommt danach] (Anhang E4, Z. 739).

Eine Entwicklung im polnischen Bibliothekssektor, wie sie von vielen Bibliothekaren erwünscht ist, konnte nicht erfolgen. Finanzielle Mängel standen und stehen im Weg. Dieses belegen die folgenden Aussagen der Befragten:

„... równocześnie niczego nie zapewniły, żeby nastąpił rozwój tych bibliotek taki właśnie w sensie architektonicznym, w sensie rozwoju usług, bo jakby cała para szła w utrzymanie stanu ... że były filie po 50 metrów i to się wszystko jakby utrwalalo i z takim bagażem to wszystko zostało przekazane tym samorządom ...” [... gleichzeitig haben sie eine Entwicklung der Bibliotheken im architektonischen Sinne und eine Entwicklung im Sinne von Dienstleistungen nicht gewährleisten können, weil der ganze Dampf auf die Aufrechterhaltung des Istzustands ging ... denn es gab alle 50 Meter eine Filiale und dies alles verfestigte gleichsam, und mit diesem Gepäck wurde es den Selbstverwaltungen übergeben ...] (Anhang E5, Z. 382-386),

„... u nas jest obowiązek, żeby były biblioteki publiczne w gminie i w powiecie i zawsze Pani może znaleźć w Bibliotece Narodowej komunikat, w ilu gminach i powiatach nie ma tych bibliotek. Nie ma i już, choć obowiązek jest” [... es gibt bei uns die Verpflichtung, dass öffentliche Bibliotheken in Gemeinden und Kreisen vorhanden sein müssen und Sie finden immer in der Mitteilung der Nationalbibliothek, in wie vielen Gemeinden und Kreisen keine Bibliotheken vorhanden sind. Es gibt sie nicht, und die Verpflichtung ist da] (Anhang E4, Z. 726-728).

Es darf angenommen werden, dass die hohen finanziellen Belastungen für das polnische Bibliothekswesen die Gründung von noch ausstehenden Bibliotheken, die dieser Befragte zur Sprache bringt, nicht zulassen.

Insgesamt ist nicht zu übersehen, dass der Wirksamkeit der polnischen Bibliotheksgesetze Hemmnisse, Stolpersteine und Grenzen gesetzt waren und sind. Auf den ersten Blick scheinen

sogar die hoffnungsvollen Erwartungen der Bibliothekare an ein Bibliotheksgesetz als ein Gestaltungsinstrument stark überzogen zu sein in Anbetracht der Vielzahl von Konstellationen, die zur Unwirksamkeit der Gesetze führen können. Der entscheidende Wille der Akteure der Umsetzung kann nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden. Abgesehen von politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen, welche die faktische Geltungskraft von Gesetzen stark beeinflussen können, sind unzulängliche Implementierung der Bibliotheksgesetze, Konflikte, überzogene Konkurrenz und ein ständiges Streben nach Durchsetzung egoistischer Interessen unter den Umsetzungsakteuren keine gute Basis für die Gestaltungskraft der Gesetze. Sieht man aber genauer hin, ist dieses Instrument nicht von vornherein ungeeignet zum Erreichen der von den polnischen Bibliothekaren angestrebten Ziele. Unter der Voraussetzung der Akzeptanz des Gesetzes über Bibliotheken von 1997, einer zielgerichteten Mobilisierung der Akteure, besseren finanziellen Rahmenbedingungen und optimalerweise einer vorausgehenden Novelle, welche die Mängel und Unzulänglichkeiten des geltenden Gesetzes beseitigt, könnte dieses zu einem wirksamen Macht- und Steuerungsinstrument werden.

7.2.6.7 Bild des polnischen Bibliothekswesens ohne Bibliotheksgesetze

Die befragten Bibliothekare können ein Bild des polnischen Bibliothekswesens ohne Bibliotheksgesetze nicht aufbauen, auch wenn sie der Überzeugung sind, dass dies möglich wäre:

„... to jest nie do przewidzenia, bo mogłoby być- w każdym razie na pewno nie byłoby lepiej. Za bardzo wierzę w prawo, wie pani, żeby uważać, że bez prawa można do czegoś dojść, znaczy, żeby uporządkować pewne sytuacje” [... dies ist unvorhersehbar, es könnte so sein, aber in jedem Fall wäre es nicht besser. Zu sehr glaube ich an das Recht, um anzunehmen, dass man ohne Recht zu etwas gelangen kann, das heißt bestimmte Situationen ordnen kann] (Anhang E1, Z. 875-877).

Insbesondere die Geschichte des polnischen Staates und seiner Bevölkerung lässt die Entstehung eines solchen Bildes nicht zu. Dies kann der folgenden Aussage abgeleitet werden:

„... czegoś takiego nie wyobrażamy ... to wynika z zaszłości historycznych naszych ... już nie chcę odwoływać się do zaborów i do wszystkich, ale ... to wszystko po prostu też wpływa na myślenie, na mentalność Polaków ... poza tym w Polsce jest taka ogromna wiara w siłę prawa ...]” [... so etwas stellen wir uns nicht vor ... dies geht aus unserer Geschichte hervor ... ich

möchte mich eigentlich nicht auf die Teilungen beziehen, aber dies alles beeinflusst die Gedanken und Mentalität der Polen ... abgesehen davon, gibt es in Polen einen starken Glauben an die Kraft des Rechts ...] (Anhang E5, Z. 66-70).

Lediglich ein Befragter unternimmt einen zaghaften Versuch:

„Ja sobie tego nie wyobrażam. No nie no z całą pewnością, na przykład byłyby biblioteki akademickie, jeśli szkoły chciały kształcić dobrych specjalistów, to musiały mieć odpowiednie narzędzia i te biblioteki tutaj byłyby po prostu niezbędne ... bez ustaw by to nie funkcjonowało. To były jakieś społecznikowskie historie, instytucje o nietrwałych fundamentach, a ... mimo tego, o czym mówiliśmy, że o tej likwidacji, o tej niepewności, o słabym finansowaniu i tak dalej ... to fundamenty jednak dalej są ...” [Ich kann mir dies nicht vorstellen. Mit absoluter Sicherheit gäbe es z. B. Hochschulbibliotheken, denn wenn Schulen gute Spezialisten ausbilden wollten, dann benötigten sie die entsprechenden Werkzeuge hierfür, und Bibliotheken wären ganz einfach unentbehrlich ... ohne Gesetze würde dies nicht funktionieren. Es wären ehrenamtliche Geschichten, Institutionen ohne dauerhafte Fundamente und ... trotz alledem, worüber wir uns unterhielten: über die Liquidierung, Unsicherheit, schwache Finanzierung und so weiter ... diese Fundamente existieren weiter ...] (Anhang E2, Z. 708-715).

Den Ausführungen folgend, ist allen Bibliotheksgesetzen eine erstrangige Bedeutung zuzuweisen. Das jeweilige polnische Bibliotheksgesetz war und ist weitaus mehr für das polnische Bibliothekswesen als ein Instrument, welches das Bibliothekswesen legitimiert, schützt, stabilisiert, ordnet und gestaltet. Es war und ist das Fundament des polnischen Bibliothekswesens und somit macht es sein Wesen aus.

8. Schlussbetrachtung

Gemäß Zielsetzung der Studie wurde die Bedeutung der polnischen Bibliotheksgesetze für das polnische Bibliothekswesen als ein geeignetes Gestaltungsinstrument für eine erfolgreiche Entwicklung des bibliothekarischen Sektors empirisch ermittelt.⁷⁹ Dabei wurde die Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Bibliotheksgesetz und der bibliothekarischen Wirklichkeit fokussiert. Zu Beginn galt es, das Verständnis der Begriffe „Bibliotheksrecht“ und „Bibliotheksgesetz“ herauszuarbeiten, um die Aussagen aus den Interviews im richtigen Kontext bewerten zu können und eine Indikation über die Rolle des jeweils geltenden Bibliotheksgesetzes im Bibliotheksrecht zu erhalten. In den Interviews stellte sich heraus, dass die polnischen Begriffe von Bibliotheksrecht und Bibliotheksgesetz weiterhin auf einem anderen Grundverständnis als in Deutschland basieren und unverändert Bestand haben. Die von Zarzębski erarbeitete Definition des polnischen Bibliotheksrechts ist in Polen nach wie vor gültig und der Begriff „Bibliotheksgesetz“ umfasst ausschließlich das Dekret über Bibliotheken und die beiden nachfolgenden Bibliotheksgesetze. Auch die Rechtstransformation nach der Gründung der Dritten Polnischen Republik und später der Wandel zum EU-Mitgliedstaat haben daran nichts geändert. Es zeigt sich hierbei zugleich, dass die Konzeption von einem nationalen Bibliotheksgesetz für das polnische Bibliothekswesen von Dauer und Kontinuität geprägt ist.

Im Rahmen der Forschung wurden die verschiedenen Ausformungen des Bibliotheksrechts vor allem in der jüngeren Geschichte Polens deutlich. Die polnischen Bibliothekare wiesen den Bibliotheksgesetzen in allen Zeiten eine führende Position mit uneingeschränktem Vorranganspruch im Bibliotheksrecht zu. Das jeweilige Bibliotheksgesetz war bzw. ist die rechtliche Grundordnung des polnischen Bibliothekswesens. Es wurden jedoch Faktoren benannt, welche die Bedeutung der Bibliotheksgesetze schmälern. Dabei zeigte sich die politische Dimension des polnischen Bibliotheksrechts. So gibt es gegenwärtig zum einen Spezialgesetze, die einige Bibliotheken des Landes abweichenden Regelungen unterwerfen, und zum anderen wird über eine Vielzahl von Normativakten teilweise großer Einfluss auf die Bibliotheken ausgeübt. Der vorbehaltlose Vorrang der Bibliotheksgesetze kann infolge dieser Entwicklung nicht infrage gestellt werden, denn es ist eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers, den jeweils für die Bibliotheken zuständigen Ressorts eine hohe Machtstellung im Bibliothekswesen

⁷⁹ Näher zum Forschungsinteresse s. S. 132

sen einzuräumen. Im historischen Rückblick wiesen die Interviewten zudem auf Phasen hin, in denen die faktische Wirkung der Bibliotheksgesetze reduziert war. So wurden beispielsweise in der Ära des Stalinismus die vorgestellten Vorhaben der Partei für viele Sachverhalte des Bibliothekswesens wichtiger als die Intention der einzelnen Bestimmungen des ersten Bibliotheksgesetzes. Das polnische Bibliotheksrecht zeichnete sich in dieser Zeit durch eine Flut bibliotheksrechtlicher Vorschriften aus. Durch den Einzug der ideologischen Offensive in den Inhalt vieler Vorschriften verlor das Dekret über Bibliotheken deutlich an Wirkungskraft.

Die Bibliotheksgesetze verdanken ihre Existenz insbesondere dem mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates begonnenen und bis heute fortdauernden Engagement der Aktivisten der polnischen bibliothekarischen Welt. Dabei standen die polnischen Bibliothekare den nationalen Bibliotheksgesetzen anderer Ländern offen gegenüber, trotzdem waren die Leitlinien der Nationalen Erziehungskommission für sie stets richtungsweisend. Bereits die Tatsache, dass die Bibliotheksgesetze aus der Geschichte des eigenen Landes erwachsen, festigt die Bedeutung dieser Gesetze für das Bibliothekswesen. Die erste Phase der Bestrebungen der Bibliothekare um ein Bibliotheksgesetz aus der Zeit zwischen den Weltkriegen trägt dem Bedürfnis Rechnung, rechtliche und finanzielle Grundlagen für öffentliche Kommunalbibliotheken zu schaffen, ein zentrales Organ in Form einer Generaldirektion der Bibliotheken als Abteilung im Ministerium für Religionsgemeinschaften und Öffentliche Bildung einzurichten sowie einen sie beratenden staatlichen Bibliotheksbeirat zu berufen. Damit sollte die Entwicklung des Bibliothekswesens sichergestellt werden. Diese verfolgten Ziele, vor allem aber das große Ziel und der Wunschtraum der damaligen Aktivisten, das Bibliothekswesen als eine Einheit zu begreifen, fanden im Dekret über Bibliotheken Eingang. Mithilfe des Dekrets sollte aber auch die Ordnung im Bibliothekssektor wiederhergestellt, die Bibliotheksbestände gerettet und zugänglich gemacht werden. Diese Absichten fanden die Zustimmung der Regierungskreise. Eine planmäßige Entwicklung des Bibliothekswesens war für die polnische Regierung essenziell wegen der hohen Anzahl von Analphabeten, der nahezu vernichteten Vorkriegsintelligenz und der ideologischen Neuausrichtung des Staates. Das Buch war für alle diese Ziele das herausragende Vermittlungsinstrument. Der Zweck einer gesetzlichen Regelung für das Bibliothekswesen war für alle ersichtlich und ihr Nutzen stand außer Frage. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Dekrets über Bibliotheken deckten sich die Interessen der am Zustandekommen Beteiligten in hohem Maße, allerdings wurden die Diskrepanzen nicht nur zwischen den Interessen der Bibliothekare und des Staates im Laufe der Zeit zunehmend

größer, sondern auch innerhalb der bibliothekarischen Community. Abgesehen davon wurde das Zielgefüge immer komplexer. Besonders deutlich werden die unterschiedlichen Zielsetzungen an dem Postulat eines einheitlichen Bibliothekssystems und einer einheitlichen Bibliothekspolitik im Land, wie sie im Dekret begründet waren.⁸⁰ Von einigen Bibliothekaren werden zentralistische Organisationsstrukturen zwecks Führung einer einheitlichen Bibliothekspolitik und ein das ganze Land umfassendes Bibliotheksnetz weiterhin für erstrebenswert gehalten und zum Zeitpunkt der Befragung neu forciert, während der Gesetzgeber dahingehend agierte bzw. agiert, dass er die Kompetenzen auf verschiedene Ressorts verteilt. In der Bewertung der Bibliothekare werden u. a. auch aus diesem Grund, die dem Dekret nachfolgenden Bibliotheksgesetze als schwächer in ihrer Bedeutung empfunden. Doch der Glaube der polnischen Bibliothekare an die Kraft gesetzlicher Regelungen und die mit ihnen einhergehenden Chancen für das polnische Bibliothekswesen ist sehr ausgeprägt. Für viele polnische Bibliothekare ist das Bibliotheksgesetz kein Selbstzweck, denn ihrer Ansicht nach ist ein solches Gesetz eine Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bibliothekswesen, das Zugang zur Information für alle ermöglicht, und somit die Chancengleichheit in der Bildungspolitik unterstützt. Auch der staatliche Wille, das polnische Bibliothekswesen einem Bibliotheksgesetz zu unterstellen, ist seit der Verabschiedung des Dekrets über Bibliotheken ungemindert vorhanden. Das Interesse des Staates an einem solchen Gesetz bestimmte in der Volksrepublik Polen die ideologisch geprägte Bildungspolitik des Landes. Die Erziehung des Menschen im Sinne des Kommunismus war ein hochrangiges Ziel. Beim Zustandekommen des derzeit geltenden Bibliotheksgesetzes fokussierte der Staat die Entwicklung der Wissenschaft. Das veraltete Gesetz über Bibliotheken von 1968 sollte so schnell wie möglich und nur so weit wie nötig an die neuen Gegebenheiten im Land angepasst werden. Es ging dabei weniger um die Revision des geltenden Bibliotheksgesetzes gemäß moderner bibliothekarischer Erfordernisse, sondern mehr um die Anpassung an die neuen politischen Umstände, den neuen Staatsaufbau und die Einführung territorialer Selbstverwaltungen. Dabei sollten die Kompetenzen von einigen Ministerien weiter ausgebaut werden. Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit war stets präsent. Die erforderlichen finanziellen Mittel für das Bibliothekswesen sollten mithilfe der Bibliotheksgesetze effizient eingesetzt und die Möglichkeiten zu Kosteneinsparungen genutzt werden.

⁸⁰ Zu den Merkmalen des einheitlichen Bibliothekssystems vgl. Kapitel 4.4

Die veränderte politische und wirtschaftliche Umgebung der Bibliotheken spielte eine entscheidende Rolle für die Schaffung der Bibliotheksgesetze. Besonders im Zuge politischer Umwälzungen verstärkte der Verein Polnischer Bibliothekare Initiativen zur Änderung der bestehenden bibliotheksgesetzlichen Regelungen. Das Thematisieren des nationalen Bibliotheksgesetzes auf Kongressen, in der Fachliteratur und Tagespresse, aber auch die Umfragen zum Stand des Bibliothekswesens und zu den künftigen Gesetzesinhalten führten zur Partizipation der Bibliothekare am Text der Entwürfe. Unter dem Deckmantel der kommunistischen Ideologie ist es den Autoren des Gesetzes von 1968 gelungen, in einer Zeit, in der studentische Unruhen das Land erschütterten⁸¹, einige der Leitprinzipien des Dekrets über Bibliotheken im Gesetzestext unterzubringen. Mit der Erweiterung des landesweiten Bibliotheksnetzes und der Verpflichtung der netzbildenden Bibliotheken zur Zusammenarbeit untereinander sollte vor allem der erfolgten Desintegration des bibliothekarischen Sektors entgegengewirkt und die Zugänglichkeit zu den vielen neu entstandenen Bibliotheken, die das Dekret nicht umfasste, sichergestellt werden. Allein aus diesem Grund ist dem Gesetz ebenfalls eine hohe Bedeutung zuzuweisen. In den 1980er und 1990er Jahren tätigten die polnischen Bibliothekare große Anstrengungen, um neue Inhalte in die Bibliotheksgesetzgebung einzubringen, was ihnen aber nicht gelang. Sie haben in der Zeit ihren Einfluss auf die Bibliotheksgesetzgebung weitgehend verloren. Die Unzufriedenheit mit dem geltenden Gesetz und das weiterhin vorhandene Streben nach den ursprünglichen Idealen lässt sie aber weiterhin aktiv sein.

Bei den Ausführungen der Bibliothekare zur inhaltlichen Gestaltung von Bibliotheksgesetzen zeigt sich der enge Zusammenhang mit den Aussichten auf die Realisierung der Vorgaben. Zwar gilt die Gesamtkonzeption der Bibliotheksgesetze in Polen als gelungen, da sie die relevanten Materien des Bibliothekswesens regeln⁸², doch die einzelnen Regelungen sollten eine konkrete Wirkungskraft haben und deshalb in einer allgemein verständlichen und einfachen Sprache verfasst sein, damit jedermann sie verstehen kann. Zudem sollten sie präzise sein. Die polnischen Bibliothekare ziehen es vor, aus den Gesetzen konkrete Ansprüche ableiten zu können. Einige Stimmen plädieren dafür, die Bestimmungen der Gesetze detaillierter und konkreter zu formulieren, auf Generalklauseln weitgehend zu verzichten sowie der Situation im Land und den Bedürfnissen des Bibliothekswesens anzupassen. Der Wunsch nach hinrei-

⁸¹ Näher hierzu Kapitel 3.3.4 und Kapitel 7.2.4.4

⁸² Siehe hierzu Kapitel 7.2.5.1-7.2.5.3

chender Bestimmtheit eines Bibliotheksgesetzes ist in Anbetracht der Historie des polnischen Bibliothekswesens nachvollziehbar. Ein solches Gesetz soll aus Sicht der Befragten vor Willkür schützen und die Auswirkungen vorhersehbar machen. Es wurden aber auch die Nachteile zu detaillierter Gesetze erörtert und mögliche Lösungswege aufgezeigt.⁸³ Den Gesetzesinhalt sollten Bibliothekare ausgestalten. Zur Begründung wird auf das Gesetz über Bibliotheken von 1997 verwiesen, das wenig Neues für die polnischen Bibliotheken bringt. Eine große Anzahl seiner Bestimmungen ist die Fortführung der Regelungen des Gesetzes über Bibliotheken von 1968. Es leistet jedoch dem weiteren Zerfall des Gedankens der Einheitlichkeit im polnischen Bibliothekswesen und der Zersplitterung Vorschub, indem es verschiedene Staatsorgane zum Erlass von Verordnungen ermächtigt und die Konzeption des landesweiten Netzes verändert.

Der Einblick in die Realisierung der Bibliotheksgesetze zeigt Unterschiedliches auf. Es gab Phasen großer Aufbauleistung, aber auch Phasen des annähernden Stillstands. In Summe ist aber festzuhalten, dass die Bibliotheksgesetze die Entwicklung des polnischen Bibliothekswesens gestalteten. Die Struktur des polnischen Bibliothekswesens, die hohe Anzahl von Bibliotheken und ihre Funktionsweise können unmittelbar an der Existenz der Gesetze festgemacht werden. Sie bewirkten aber auch eine Reihe weiterer Effekte. Die Entwicklung der bibliothekarischen Ausbildung, eine höhere Motivation unter den Bibliotheksbeschäftigten, die Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls und die allgemeine hohe Wertschätzung gegenüber Bibliotheken ist den Bibliotheksgesetzen zu verdanken.⁸⁴ Auch wenn einige Einflüsse die Bedeutung der Bibliotheksgesetze phasenweise eingeschränkt haben, war das jeweils geltende Bibliotheksgesetz zu keiner Zeit wirkungslos und bietet somit immer eine Form des Nutzens für das Bibliothekswesen. Die territorialen Verwaltungsreformen, die Änderungen in den Organisationsstrukturen des Staates, welche die Dezentralisierung der bibliothekarischen Welt nach sich zogen, und selbst die politischen Umwälzungen, wie z. B. die Stalinismus-Ära, haben die Wirkung der Bibliotheksgesetze nicht gänzlich unterbinden können, denn sie prägen stets das Gedankengut der Gesetzesadressaten. Zudem erscheint der Bestandsschutz der Bibliotheken in prekären Zeiträumen besser und die Möglichkeiten für die Entwicklung des Bibliothekswesens auch unter solchen erschwerten Bedingungen größer als ohne eine solche

⁸³ Siehe hierzu Kapitel 7.2.5.6

⁸⁴ Siehe hierzu Kapitel 7.2.6.1-7.2.6.2

gesetzliche Regelung.⁸⁵ Trotz der zerstörten Hoffnungen zahlreicher Bibliothekare auf ein modernes Bibliotheksgesetz im Zuge der Transformation bietet das geltende Bibliotheksgesetz dem Bibliothekswesen des Landes Möglichkeiten für die weitere Entwicklung. Die Verpflichtung zur Gründung von Bibliotheken und die kostenlose Basisnutzung der polnischen Bibliotheken lassen diese Aussage zu. Auch mit den genannten Mängeln, Unzulänglichkeiten und verpassten Chancen ist das Gesetz über Bibliotheken von 1997 weiterhin der Grundstein des Bibliothekswesens. Es erfüllt wie die Vorgängergesetze die vorrangige Aufgabe, das Bibliothekswesen zu legitimieren, zu ordnen, zu schützen und zu stabilisieren.

Die polnische Geschichte der Bibliotheksgesetzgebung bietet vielfältige Hinweise auf Gegebenheiten, welche die Wirksamkeit der Gesetze begünstigen. Hierzu zählt zunächst eine hinreichende Implementierung der Bibliotheksgesetze. Die Akzeptanz der Bibliotheksgesetze durch Gesetzesadressaten und eine gute Atmosphäre sind notwendige Voraussetzungen für ihr aktives Engagement bei der Verwirklichung der mit den Bibliotheksgesetzen verfolgten Ziele. Eine ausreichende Finanzierung des Bibliothekssektors ist eine Grundvoraussetzung.⁸⁶ Unter optimalen Bedingungen kann sich ein gut konzipiertes auf die tatsächlichen Verhältnisse im Land ausgerichtete Bibliotheksgesetz zum Schlüsselinstrument für eine erfolgreiche Entwicklung des Bibliothekswesens entfalten.

Der lange Untersuchungszeitraum, der mehr als ein halbes Jahrhundert der Bibliotheksgesetzgebung in Polen umfasst, generiert viele Erkenntnisse im Hinblick auf die Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Bibliotheksgesetz und der Realität der polnischen Bibliotheken. In den geführten Interviews zeigte sich, dass diese Form der Gesetzgebung wirkungsvoll ist und von den dortigen Experten als wichtig und unverzichtbar für die Gestaltung des polnischen Bibliothekswesens angesehen wird.

Auch wenn die polnische Bibliotheksgesetzgebung aus historischen und politisch-gesellschaftlichen Gründen als Sonderfall betrachtet werden muss, und nicht alles als Vorbild dienen kann, kann die Tatsache, überhaupt ein Bibliotheksgesetz zu haben, die Tatsache, dass das polnische Bibliotheksgesetz laufend angepasst wird und die Tatsache, dass die Fachwelt

⁸⁵ Siehe hierzu Kapitel 7.2.6.1

⁸⁶ Siehe hierzu Kapitel 7.2.6.6

darüber eingebunden wird, durchaus Anregungen für die noch in einigen Ländern ausstehenden Bibliotheksgesetze geben.

9. Literaturverzeichnis

Abels, Behrens 2009 ABELS, Gabriele ; BEHRENS, Maria: ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft : eine sekundäranalytische Reflexion über geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Effekte. In: BOGNER, Alexander; LITTIG, Beate; MENZ, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews : Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. 3., grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden : Verl. für Sozialwiss, 2009. – ISBN 978-3-531-16259-1, S. 159–179

Assbury u. a. 1974 ASSBURY, Edward ; BAUMGART, Jan ; BIAŁKOWSKA, Emilia ; CHAMERSKA, Halina ; CZERNIATOWICZ, Janina; STANKIEWICZ, Witold (Mitarb.): *Raport o stanie bibliotek polskich*. Warszawa : Państwowa Rada Biblioteczna przy Ministrze Kultury i Sztuki, 1974

Bagłajewska-Miglus, Berg 2006 BAGŁAJEWSKA-MIGLUS, Ewa ; BERG, Rainer: *Polnisch - Wörterbuch für Bibliotheken : deutsch - polnisch, polnisch - deutsch*. Wiesbaden : Harrassowitz, 2006 (Bibliotheksarbeit 13). – ISBN 978-3-447-0-5323-5

Baumgart 1957 BAUMGART, Jan: Referat. Zagadnienia organizacyjne bibliotekarstwa. In: Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich (Hrsg.): *Ogólnopolski Zjazd Bibliotekarzy, Warszawa, 16-18 lutego 1956 : Księga pamiątkowa*. Warszawa : Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, 1957, S. 324–365

Baumgart 1973 BAUMGART, Jan: *Bibliotekarstwo polskie : rozwój, stan aktualny, perspektywy rozwojowe*. In: *Przegląd biblioteczny* 41 (1973), Nr. 3, S. 243–257. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Beger 2011a BEGER, Gabriele: Bibliotheksgesetz, Bd. 1. In: UMLAUF, Konrad; GRADMANN, Stefan (Hrsg.): *Lexikon der Bibliotheks- und Informationswissenschaft : LBI : Band 1: A bis J*. Stuttgart : Hiersemann, 2011. – ISBN 978-3-7772-0922-7, S. 98–99

Beński, Szymorowska 2000 BEŃSKI, Andrzej; SZYMOROWSKA, Teresa E.: *Sytuacja prawna bibliotek publicznych po reformie administracyjnej kraju*. URL <http://www.oss.wroc.pl/biuletyn/ebib17/art2.html> – Überprüfungsdatum 2014-11-25

Bieńkowska u. a. 1994 BIEŃKOWSKA, Barbara ; KOWALSKI, Wojciech ; ŁASKARZEWSKA, Hanna ; PASZKIEWICZ, Urszula ; WALIGÓRSKI, Stanisław; MEŻYŃSKI, Andrzej (Mitarb.): *Straty bibliotek w czasie II wojny światowej w granicach Polski z 1945 roku : wstępny raport o stanie wiedzy. Część I. Analiza. Część II. Tablice*. Warszawa : Wydawn. Reklama, 1994 (Polskie dziedzictwo kulturalne. Seria A, Straty Kultury Polskiej). – ISBN 83-902167-0-1

Bieńkowska 1996 BIEŃKOWSKA, Barbara: Historyczne znaczenie dekretu i jego następstwa dla rozwoju kultury, nauki i oświaty. In: BILIŃSKI, Lucjan (Hrsg.): *Półwiecze dekretu o bibliotekach i opiece nad zbiorami bibliotecznymi : refleksje i opinie bibliotekarzy, materiały ze spotkania "okrągłego stołu" Warszawa 17 kwietnia 1996 r.* Warszawa : CUKB, 1996. – ISBN 83-903305-5-5, S. 32–35

Biliński 1988 BILIŃSKI, Lucjan: *Działalność centralnego ogniwa polityki bibliotecznej*. In: *Przegląd biblioteczny* 56 (1988), 3/4, S. 402–414. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Biliński 1992a BILIŃSKI, Lucjan: *Podstawy prawne i organizacyjne bibliotek samorządowych*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1992), Nr. 5, S. 1–5

- Biliński 1992b** BILIŃSKI, Lucjan: *Spotkanie ministra kultury i sztuki z przedstawicielami środowisk bibliotekarskich*. In: *Bibliotekarz* 59 (1992), Nr. 4, S. 27. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Biliński 1996a** BILIŃSKI, Lucjan: Dekret o bibliotekach i opiece nad zbiorami bibliotecznymi po 50 latach. In: BILIŃSKI, Lucjan (Hrsg.): *Półwiecze dekretu o bibliotekach i opiece nad zbiorami bibliotecznymi : refleksje i opinie bibliotekarzy, materiały ze spotkania "okrągłego stołu" Warszawa 17 kwietnia 1996 r.* Warszawa : CUKB, 1996. – ISBN 83-903305-5-5, S. 23–26
- Biliński 1996b** BILIŃSKI, Lucjan: *Pierwsze czytanie projektu ustawy o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* (1996), Nr. 2, S. 22–25. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2007-07-12
- Biliński 1997** BILIŃSKI, Lucjan: *Ustawa o bibliotekach w drugim i trzecim czytaniu*. In: *Bibliotekarz* (1997), 7/8, S. 26–29. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Biliński 1998a** BILIŃSKI, Lucjan: Akta wykonawcze do ustawy z dnia 27 czerwca 1997 r. o bibliotekach. In: SZYSZKO, Mieczysław (Hrsg.): *Biblioteki w reformie administracyjnej państwa : Materiały z ogólnopolskiej Konferencji dyrektorów WBP nt. "Zmiany w prawie bibliotecznym" Radom 15-17 VI 1998*. Warszawa : Wydawnictwo SBP, 1998 (Propozycje i Materiały, 22). – ISBN 83-87629-15-4, S. 33–46
- Biliński 1998b** BILIŃSKI, Lucjan: *Bibliotekarze czekają na nowe regulacje prawne*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1998), Nr. 11, S. 2–5. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=19243> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Biliński 1999** BILIŃSKI, Lucjan: *Biblioteki poza siecią*. In: *Bibliotekarz* (1999), Nr. 12, S. 5–8. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Biliński 2001** BILIŃSKI, Lucjan: *Biblioteki publiczne końca XX roku*. Warszawa : Wydaw. SBP, 2001 (Nauka, dydaktyka, praktyka 44)
- Biliński 2005** BILIŃSKI, Lucjan: Formowanie i deformowanie sieci bibliotek publicznych w latach 1946-2004. In: SADOWSKA, Jadwiga (Hrsg.): *Wokół bibliotek i bibliotekarstwa : Księga jubileuszowa dedykowana Janowi Wołoszowi*. Wyd. 1. Warszawa : Wydawn. SBP, 2005. – ISBN 83-89316-46-3, S. 71–78
- Biliński 2006** BILIŃSKI, Lucjan: *Prawo biblioteczne na co dzień*. Warszawa : Wydaw. Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich, 2006. – ISBN 83-89316-59-5
- Biliński 2014** BILIŃSKI, Lucjan: Podstawy prawne. Aktualizacja październik 2014, Bd. 1. In: BILIŃSKI, Lucjan (Hrsg.): *Vademecum bibliotekarza : praktyczne i aktualne informacje dla bibliotekarzy*. Warszawa : Dashöfer, 2014. – ISBN 83-88285-56-4
- Bogner, Menz 2009** BOGNER, Alexander ; MENZ, Wolfgang: Das theoriegenerierende Experteninterview : Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktionen. In: BOGNER, Alexander; LITTIG, Beate; MENZ, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews : Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. 3., grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden : Verl. für Sozialwiss., 2009. – ISBN 978-3-531-16259-1, S. 61–98
- Borodziej 2010** BORODZIEJ, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*. München : Beck, 2010 (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert). – ISBN 978-3-406-60648-9

Budyńska, Stefańczyk 2012 BUDYŃSKA, Barbara ; STEFAŃCZYK, Elżbieta: *Ustawa o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* (2012), Nr. 9, S. 2–3

Burakowski 1990 BURAKOWSKI, Jan: *Jak ustanowić Ustawę?* In: *Poradnik Bibliotekarza* 42 (1990), Nr. 6, S. 7–9

Burakowski 1997 BURAKOWSKI, Jan: *Nowa ustawa - nowe nadzieje*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1997), Nr. 12, S. 1–2. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=19243> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Chmielewski 1996 CHMIELEWSKI, Grzegorz: *Wypowiedź w dyskusji*. In: BILIŃSKI, Lucjan (Hrsg.): *Półwiecze dekretu o bibliotekach i opiece nad zbiorami bibliotecznymi : refleksje i opinie bibliotekarzy, materiały ze spotkania "okrągłego stołu" Warszawa 17 kwietnia 1996 r.* Warszawa : CUKB, 1996. – ISBN 83-903305-5-5, S. 43–44

Chronik der Rechtsentwicklung in Osteuropa: Polen 1998 *Chronik der Rechtsentwicklung in Osteuropa: Polen*. In: *Wiro* (1998), Nr. 11, S. 427–428

Ciechorski 2012 CIECHORSKI, Jan: *Ustawa o bibliotekach : komentarz*. Warszawa : Wydawn. SBP, 2012 (Propozycje i Materiały 85). – ISBN 978-83-61464-93-8

Creifelds 2017 CREIFELDS, Carl; CASSARDT, Gunnar (Mitarb.); DANKELMANN, Helmut (Mitarb.); HAKENBERG, Michael (Mitarb.); KAINZ, Martin (Mitarb.); KÖNIG, Christiane (Mitarb.); KORTSTOCK, Ulf (Mitarb.); WEBER, Klaus (Mitarb.); WAIDENKAFF, Walter (Mitarb.) : *Rechtswörterbuch*. 22., neu bearb. Aufl. München : Beck, 2017. – ISBN 978-3-406-69046-4

Czajka 1991 CZAJKA, Stanisław: *Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich wobec zmian w bibliotekarstwie publicznym*. In: *Bibliotekarz* 58 (1991), Nr. 5, S. 6–9. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1993 CZAJKA, Stanisław: *Krajowy Zjazd Delegatów Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich (Chorzów, 16-18 maja 1993 r.) : wystąpienie przewodniczącego SBP*. In: *Przegląd biblioteczny* 61 (1993), 3/4, S. 331–336. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1994 CZAJKA, Stanisław: *Pismo do Zdzisława Podkańskiego, Podsekretarza Stanu w Ministerstwie Kultury i Sztuki*. In: *Bibliotekarz* (1994), 7/8, S. 2. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1995a CZAJKA, Stanisław: *Czy Państwowa Rada Biblioteczna? Poszukiwanie modelu zarządzania bibliotekami w Polsce*. In: *Bibliotekarz* (1995), Nr. 1, S. 9–12. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1995b CZAJKA, Stanisław: *Opinia ZG SBP nt. przysłanego przez MKiS do konsultacji projektu ustawy o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* (1995), Nr. 6, S. 3–6. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1996 CZAJKA, Stanisław: *Uwagi Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich do projektu o bibliotekach w wersji przesłanej prezesowi Rady Ministrów w dniu 16 sierpnia 1995 r.* In: *Bibliotekarz* (1996), Nr. 2, S. 19–22. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1997 CZAJKA, Stanisław: *Moim zdaniem*. In: *Bibliotekarz* (1997), Nr. 11, S. 3. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Czajka 1998 CZAJKA, Stanisław: *Biblioteka Narodowa w ustawie o bibliotekach*. In: SZYSZKO, Mieczysław (Hrsg.): *Biblioteki w reformie administracyjnej państwa : Materiały z*

ogólnopolskiej Konferencji dyrektorów WBP nt. "Zmiany w prawie bibliotecznym" Radom 15-17 VI 1998. Warszawa : Wydawnictwo SBP, 1998 (Propozycje i Materiały, 22). – ISBN 83-87629-15-4, S. 47–53

Czajka 1999 CZAJKA, Stanisław: *Nowe prawo biblioteczne*. In: *Bibliotekarz* (1999), Nr. 1, S. 4–8. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Dąbrowska 1928 DĄBROWSKA, Wanda: *Wytyczne ustawodawstwa w zakresie bibliotek publicznych*. In: *Przegląd biblioteczny* 2 (1928), Nr. 4, S. 249–282. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Dąbrowska 1934/35 DĄBROWSKA, Wanda: *Sprawy ustawy bibliotecznej w chwili obecnej*. In: *Bibliotekarz* 6 (1934/35), Nr. 12, S. 113–116

Dąbrowska 1946 DĄBROWSKA, Wanda: *Trzy myśli - trzy drogi*. In: *Bibliotekarz* 13 (1946), Nr. 3, S. 52–54

Dankert 2000 DANKERT, Birgit: Zur Aufgabe der Politik im Bibliothekswesen. In: BOHRER, Christiane (Hrsg.): *Bibliotheksgesetzgebung in Europa : Diskussionsbeiträge und Länderberichte*. Bad Honnef : Bock + Herchen, 2000 (Bibliothek und Gesellschaft). – ISBN 3-88347-209-3, S. 15–16

Dankert, Eichert 2005 DANKERT, Birgit ; EICHERT, Christof; SCHAEFER-DIETERLE, Susanne (Mitarb.): *Vorbildliche Bibliotheksarbeit in Europa, Singapur und den USA : internationale Best-Practice-Recherche*. Gütersloh : Bertelsmann-Stiftung, 2005

Dembowska 1983 DEMBOWSKA, M.: *O integracji bez emocji*. In: *Aktualne problemy informacji i dokumentacji* 28 (1983), Nr. 6, S. 3–9

Derentowicz 1983 DERENTOWICZ, M.: *Krok do przodu, trzy wtecz : nach lekturą bibliotekarza*. In: *Aktualne problemy informacji i dokumentacji* 28 (1983), Nr. 1, S. 34–36

Deutscher Bibliotheksverband **05.10.2015** Deutscher Bibliotheksverband: *Bibliotheksportal: Bibliotheksgesetze*. URL <http://www.bibliotheksportal.de/bibliotheken/bibliotheken-in-deutschland/bibliotheksgesetze.html>. – Aktualisierungsdatum: 2015-10-05 – Überprüfungsdatum 2017-07-13

Deutscher Bibliotheksverband **13.07.2017** Deutscher Bibliotheksverband: *Bibliotheksgesetze*. URL <http://www.bibliotheksverband.de/dbv/themen/bibliotheksgesetze.html>. – Aktualisierungsdatum: 2017-07-13 – Überprüfungsdatum 2017-07-13

Dobosiewicz 1955 DOBOSIEWICZ, Stanisław: *Entwicklung des Bildungswesens*. Warschau : Polonia-Verl., 1955 (Zehn Jahre Volkspolen)

Doniesienia: Memorial do Sejmu w sprawie Rządowej Agencji ds. Bibliotek 1996 *Doniesienia: Memorial do Sejmu w sprawie Rządowej Agencji ds. Bibliotek*. In: *Bibliotekarz* (1996), 7/8, S. 40. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Doniesienia: Narada w MKiS nad projektem Ustawy o bibliotekach 1993 *Doniesienia: Narada w MKiS nad projektem Ustawy o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* (1993), Nr. 6, S. 31–32. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Doniesienia: Regulamin Państwowej Rady Bibliotecznej 1969 *Doniesienia: Regulamin Państwowej Rady Bibliotecznej*. In: *Przegląd biblioteczny* 37 (1969), Nr. 1, S. 40–42. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Drzewiecki 1996 DRZEWIECKI, Marcin: Wypowiedź w dyskusji. In: BILIŃSKI, Lucjan (Hrsg.): *Półwiecze dekretu o bibliotekach i opiece nad zbiorami bibliotecznymi : refleksje i opinie bibliotekarzy, materiały ze spotkania "okrągłego stołu" Warszawa 17 kwietnia 1996 r.* Warszawa : CUKB, 1996. – ISBN 83-903305-5-5, S. 44

Dubowik 1982 DUBOWIK, Henryk: *Dzieje książki i bibliotek w zarysie*. Warszawa : Zakład wydawniczo-poligraficzny, 1982

Dunin 1987 DUNIN, Janusz: *W ramach istniejących przepisów można wiele zdziałać*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1987), Nr. 6, S. 7–8

Dylik 1953 DYLIK, Zygmunt: *Kilka uwag o potrzebie nowelizacji ustawy bibliotecznej*. In: *Przegląd biblioteczny* 21 (1953), Nr. 4, S. 331–342. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Dziesięciolecie ustawy o bibliotekach (Dyskusja w redakcji) 1978 *Dziesięciolecie ustawy o bibliotekach (Dyskusja w redakcji)*. In: *Bibliotekarz* 45 (1978), Nr. 3, S. 53–70

Eschenhagen 1999 ESCHENHAGEN, Wieland: *Polen*, Bd. 2000. In: BARATTA, Mario von (Hrsg.): *Der Fischer-Weltalmanach : Zahlen, Daten, Fakten ; das Original*. Frankfurt, Main : Fischer, 1999, S. 625–630

Fajkowski 1978 FAJKOWSKI, Józef: *Vortrag, Konferencja Naukowa "Stan i kierunki rozwoju prawodawstwa bibliotecznego w Polsce" Łódź, 6-7 kwietnia 1978 r.* In: *Przegląd biblioteczny* 46 (1978), S. 391–396. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Filipowska-Szemplińska 1928 FILIPOWSKA-SZEMPLIŃSKA, Jadwiga: *W sprawie ustawy o gminnych bibliotekach publicznych*. In: *Polska oświata pozaszkolna* 5 (1928), S. 146–155

Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego 1993 *Forum dyskusyjne Przeglądu Bibliotecznego*. In: *Przegląd biblioteczny* 61 (1993), 3/4, S. 161–182. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Friebertshäuser, Langer 2013 FRIEBERTSHÄUSER, Barbara ; LANGER, Antje: Interviewformen und Interviewpraxis. In: FRIEBERTSHÄUSER, Barbara; LANGER, Antje; PRENGEL, Annedore (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. 4., durchgesehene Auflage. Weinheim, Basel : Beltz Juventa, 2013. – ISBN 9783779907992, S. 437–456

Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1947 GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ: *Rocznik Statystyczny* 11 (1947). Warszawa : Zakład Wydawn. Statystycznych

Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1969 GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ: *Rocznik Statystyczny* 29 (1969). Warszawa : Zakład Wydawn. Statystycznych

Główny Urząd Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1980 GŁÓWNY URZĄD STATYSTYCZNY RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ: *Rocznik Statystyczny* 40 (1980). Warszawa : Zakład Wydawn. Statystycznych

- Gödan 2005** GÖDAN, Jürgen Christoph: *Ein Handbuch zum Bibliotheksrecht in vier Bänden : Konzeption, Analyse, Werkstattbericht*. In: *Recht, Bibliothek, Dokumentation* 35 (2005), Nr. 2, S. 39–109. URL http://www.makrolog.de/ajbd/show?id=bi_ajbd_2005_0039_0109_p&solrid=PAjA_2005_0035_0002_0039_0109&q=¬esdb=PAjA&firstpage=39 – Überprüfungsdatum 2017-07-13
- Görl, Puhl, Thaller 2011** GÖRL, Simone ; PUHL, Johanna ; THALLER, Manfred: *Empfehlungen für die weitere Entwicklung der Wissenschaftlichen Informationsversorgung des Landes NRW*. Berlin : epubli, 2011. – ISBN 978-3-8442-0694-4
- Gruberska 1969** GRUBERSKA, Ewa: *Doniesienia: Państwowa Rada Biblioteczna*. In: *Przegląd biblioteczny* 37 (1969), Nr. 1, S. 39. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Grycz 1945** GRYCZ, Józef: *Co wnosi polska ustawa biblioteczna?* In: *Bibliotekarz* 12 (1945), Nr. 1, S. 4–5
- Grycz 1946a** GRYCZ, Józef: *Kilka uwag do dekretu o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* 13 (1946), Nr. 1, S. 49–52
- Grycz 1946b** GRYCZ, Józef: *Problemy biblioteczne obecnej doby*. In: *Przegląd biblioteczny* 14 (1946), 1/2, S. 4–24. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Grycz 1961a** GRYCZ, Józef: *Dzienniczek z okresu powstania warszawskiego 1944 roku*. In: *Biblioteka Narodowa (Hrsg.): Z zagadnień teorii i praktyki bibliotekarskiej : studia poświęcone pamięci Józefa Grycza*. Wrocław, Warszawa, Kraków : Zakł. Narod. im. Ossolińskich Wydawn., 1961, S. 13–21
- Grycz 1961b** GRYCZ, Józef: *Polska polityka biblioteczna w latach powojennych*. In: *Biblioteka Narodowa (Hrsg.): Z zagadnień teorii i praktyki bibliotekarskiej : studia poświęcone pamięci Józefa Grycza*. Wrocław, Warszawa, Kraków : Zakł. Narod. im. Ossolińskich Wydawn., 1961, S. 71–88
- Gwiżdż 1986** GWIŹDŹ, Andrzej: *Recenzje i przeglądy piśmiennictwa: prawo biblioteczne*. In: *Przegląd biblioteczny* 54 (1986), 3/4, S. 335–340. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Heeg 2000** HEEG, Jürgen: *Über Sinn und Chancen einer nationalen Gesetzgebung in Deutschland*. In: *BOHRER, Christiane (Hrsg.): Bibliotheksgesetzgebung in Europa : Diskussionsbeiträge und Länderberichte*. Bad Honnef : Bock + Herchen, 2000 (Bibliothek und Gesellschaft). – ISBN 3-88347-209-3, S. 55–57
- Herder-Institut** Herder-Institut: *Abkürzungsverzeichnis zur Zeitgeschichte Ostmitteleuropas*. URL https://www.herder-institut.de/servicebereiche/zeitungsarchiv/abkuerzungsverzeichnis-zur-zeitgeschichte-ostmitteleuropas.html?tx_solr%5Bpage%5D=804 – Überprüfungsdatum 2017-04-14
- Horodyski 1955** HORODYSKI, Bogdan: *Józef Grycz*. In: *Przegląd biblioteczny* 23 (1955), Nr. 1, S. 3–40. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Horodyski 1965** HORODYSKI, Bogdan: *Na jaką ustawę czekamy?* In: *Przegląd biblioteczny* 33 (1965), Nr. 1, S. 1–4. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

- Howorka 1982** HOWORKA, Bolesław: *Integracja środowiska zawodowego bibliotekarzy w świetle prawa*. In: *Bibliotekarz* 49 (1982), Nr. 6, S. 129–133
- Howorka 1984** HOWORKA, Bolesław: *Ustawa o bibliotekach*. In: *Przegląd biblioteczny* 52 (1984), Nr. 2, S. 137–146. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Howorka 1988** HOWORKA, Bolesław: *Integracja bibliotekarstwa i informacji naukowej a nowa ustawa*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1988), 7/8, S. 3–7
- Howorka 1990a** HOWORKA, Bolesław: *Elementy prawa dla bibliotekarzy i dokumentalistów*. Wyd. 1. Warszawa : Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, 1990. – ISBN 83-00-02423-3
- Howorka 1990b** HOWORKA, Bolesław: *Samorząd terytorialny, organy administracji rządowej, biblioteka*. In: *Poradnik Bibliotekarza* 42 (1990), 7/8, S. 3–8
- Howorka 1991** HOWORKA, Bolesław: *Jeszcze o "polityce bibliotecznej" ... i nie tylko*. In: *Bibliotekarz* 58 (1991), Nr. 6, S. 13–17. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Howorka 1993** HOWORKA, Bolesław: *Aktualne problemy prawne polskiego bibliotekarstwa i informacji naukowej*. In: *Przegląd biblioteczny* 61 (1993), 3/4, S. 183–192. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-16
- Howorka 1997a** HOWORKA, Bolesław: *O krajowym Systemie Biblioteczno-Informacyjnym*. In: *Praktyka i Teoria Informacji Naukowej i Technicznej* (1997), 1/2, S. 31–34
- Howorka 1997b** HOWORKA, Bolesław: *Ustawa o bibliotekach - próba analizy*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1997), Nr. 11, S. 1–7. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=19243> – Überprüfungsdatum 2017-07-16
- Howorka 1997c** HOWORKA, Bolesław: *Ustawa z mojego złego snu*. In: *Bibliotekarz* (1997), Nr. 12, S. 3–7. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Howorka 1998** HOWORKA, Bolesław: *Przed drzwiami Unii Europejskiej czyli o kierunkach zmian w polskim prawie bibliotecznym*. In: SZYSZKO, Mieczysław (Hrsg.): *Biblioteki w reformie administracyjnej państwa : Materiały z ogólnopolskiej Konferencji dyrektorów WBP nt. "Zmiany w prawie bibliotecznym" Radom 15-17 VI 1998*. Warszawa : Wydawnictwo SBP, 1998 (Propozycje i Materiały, 22). – ISBN 83-87629-15-4, S. 24–32
- Howorka 2010** HOWORKA, Bolesław: *Bibliotekarz i prawo : podstawowe informacje o prawie dla pracowników bibliotek*. Warszawa : Wydawnictwo SBP, 2010. – ISBN 978-83-61464-28-0
- Howorka, Maj 1994** HOWORKA, Bolesław ; MAJ, Jerzy: *Wokół projektu ustawy o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* (1994), Nr. 10, S. 5–7. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 12.07.2107
- Iwańczak 1950** IWAŃCZAK, Edward: *III Plenum Komitetu Centralnego Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej a zadanie Związku Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich*. In: *Przegląd biblioteczny* 18 (1950), Nr. 2, S. 98–104. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

- Jaka ustawa 1990** Jaka ustawa : [projekt nowelizacji ustawy z dnia 9 kwietnia 1968 r. o bibliotekach (Dz. U. nr 12, poz. 63) z uzasadnieniem]. In: *Bibliotekarz* 57 (1990), 8/9, S. 3–7
- Janiczek 1946a** JANICZEK, Józef: *Sprawy biblioteczne w ramach działalności ministerstwa oświaty*. In: *Bibliotekarz* 13 (1946), 1/2, S. 1–13
- Janiczek 1946b** JANICZEK, Józef: *Ustawa biblioteczna*. In: *Bibliotekarz* 13 (1946), 1/2, S. 36
- Janiczek 1946c** JANICZEK, Józef: *Zwycięstwo słusznej sprawy*. In: *Bibliotekarz* 13 (1946), Nr. 3, S. 44–49
- Janiczek 1948** JANICZEK, Józef: *Stan liczbowy i perspektywy rozwojowe bibliotek w Polsce na podstawie rejestracji z 1948 r.* In: *Przegląd biblioteczny* 16 (1948), 3/4, S. 139–170. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Janiczek 1949** JANICZEK, Józef: *Nowy etap w pracach nad upowszechnianiem książki : na marginesie akcji organizacji bibliotek gminnych i punktów bibliotecznych*. In: *Bibliotekarz* (1949), Nr. 1, S. 5–11
- Jeżewski 2007** JEŻEWSKI, Jan: *Biblioteki*. In: KALINA-PRASZNIC, Urszula; BALICKI, Ryszard (Hrsg.): *Encyklopedia prawa*. Wyd. 4 zaktual. i poszerz. Warszawa : Wydawnictwo C.H. Beck, 2007. – ISBN 978-83-7483-308-0, S. 60
- Jeziński, Kubiczek 1994** JEZIERSKI, Andrzej (Hrsg.); KUBICZEK, Franciszek (Hrsg.): *Historia polski w liczbach : ludność, terytorium*. Warszawa : Główny Urząd Statystyczny, 1994
- Jeziński, Leszczyńska 1994** JEZIERSKI, Andrzej ; LESZCZYŃSKA, Cecylia: *Okres 1918-1990*. In: JEZIERSKI, Andrzej; KUBICZEK, Franciszek (Hrsg.): *Historia polski w liczbach : ludność, terytorium*. Warszawa : Główny Urząd Statystyczny, 1994, S. 131–199
- Jhering 1897** JHERING, Rudolf von: *Der Kampf um's Recht*. 13. Aufl. Wien : Manz, 1897
- Joost 1964** JOOST, Siegfried: *Vernachlässigte Grundsätze und Erfahrungen in der Ausbildung des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken*. In: *Bibliothek und Wissenschaft* 1 (1964), S. 50–65
- Józefowicz 1963** JÓZEFOWICZ, E.: *Kilka uwag o projekcie nowej ustawy o bibliotekach Ministerstwa Kultury i Sztuki z 15 lutego 1963 r.* In: *Bibliotekarz* 30 (1963), Nr. 9, S. 246–247
- Jütte 1987** JÜTTE, Werner: *Bibliotheksgesetzgebung, Bd. 1*. In: PFLUG, Günther; CORSTEN, Severin (Hrsg.): *Lexikon des gesamten Buchwesens : LGB 2 : Band 1: A - Buch*. 2., völlig neu bearb. Aufl. Stuttgart : Hiersemann, 1987. – ISBN 3-7772-8527-7, S. 417
- Kaczmarek 1968** KACZMAREK, Roman: *Za ustawą o bibliotekach przemówienie poselskie*. In: *Bibliotekarz* 35 (1968), Nr. 6, S. 166–170
- Kaczmarek 1969** KACZMAREK, Roman: *Wokół ustawy bibliotecznej i jej realizacji*. In: *Przegląd biblioteczny* 37 (1969), Nr. 4, S. 304–312. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Kaluźny 1968** KALUŻNY, Czesław: *Prawo świątłych perspektyw*. In: *Poradnik Bibliotekarza* 20 (1968), S. 257–259
- Kilian, Hanckel 2002** KILIAN, Agnieszka ; HANCKEL, Götz: *polnisch-deutsch, Bd. 1*. In: KILIAN, Agnieszka; HANCKEL, Götz (Hrsg.): *Wörterbuch der Rechts- und*

Wirtschaftssprache. München : Beck, 2002 ((Beck'sche Rechts- und Wirtschaftswörterbücher)). – ISBN 3-406-39918-5

Kirchner 1981 KIRCHNER, Hildebert: *Bibliotheks- und Dokumentationsrecht*. Wiesbaden : Reichert, 1981 (Elemente des Buch- und Bibliothekswesens 8). – ISBN 3-88226-112-9

Kleßmann 1971 KLEßMANN, Christoph: *Die Selbstbehauptung einer Nation : Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939 - 1945*. Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 1969. Düsseldorf : Bertelsmann Univ.-Verl., 1971 (Studien zur modernen Geschichte 5). – ISBN 3-571-09193-0

Knot 1947 KNOT, Antoni (Hrsg.); KNOT, Antoni (Mitarb.): *Polskie prawo biblioteczne : zbiór przepisów prawnych dotyczących bibliotek*. Wrocław, Warszawa : Książnica Atlas, 1947

Kolankowski 1969 KOLANKOWSKI, Zygmunt: *Stowarzyszenie Archiwistów Polskich*. In: *Przegląd biblioteczny* 37 (1969), Nr. 1, S. 24–28. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Kołodziejska 1967 KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Publiczne biblioteki samorządowe w okresie międzywojennym : 50 lat Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich, 1917-1967*. Warszawa : Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, 1967

Kołodziejska 1969a KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Das polnische Bibliotheksgesetz vom 9. April 1968*. In: *Der Bibliothekar* 23 (1969), Nr. 3, S. 227–243

Kołodziejska 1969b KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Perspektywy rozwoju bibliotekarstwa polskiego w świetle nowej ustawy o bibliotekach*. In: *Przegląd biblioteczny* 37 (1969), Nr. 1, S. 14–23. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Kołodziejska 1972 KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Biblioteki publiczne : główne kierunki rozwoju*. Wyd. 1. Warszawa, Łódź : Państwowe Wydawn. Naukowe, 1972

Kołodziejska 1987a KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Czy zmienić ustawę o bibliotekach?* In: *Poradnik Bibliotekarza* (1987), Nr. 6, S. 4–7

Kołodziejska 1987b KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Stan i perspektywy bibliotekarstwa polskiego do roku 2000*. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1987

Kołodziejska 1992 KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Kultura, gospodarka, biblioteki*. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1992. – ISBN 978-83-7009-091-5

Kołodziejska 1999 KOŁODZIEJSKA, Jadwiga: *Przyszłość powiatowych bibliotek publicznych*. In: *Bibliotekarz* (1999), 7/8, S. 3–5. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Kondek 1993 KONDEK, Stanisław Adam: *Władza i wydawcy : polityczne uwarunkowanie produkcji książek w Polsce w latach 1944-1949*. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1993. – ISBN 9788370091057

Kondek 1999 KONDEK, Stanisław Adam: *Papierowa rewolucja : oficjalny obieg książek w Polsce w latach 1948-1955*. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1999. – ISBN 9788370093693

Kowalska 2009 KOWALSKA, Samanta: *Prawo w działalności współczesnych polskich bibliotek*. Poznań, Kalisz : Uniw. im. Adama Mickiewicza. Wydział Pedagogiczno-Artystyczny, 2009. – ISBN 9788362135271

Koziół 1947 KOZIÓŁ, Czesław: *Od słów do czynu*. In: *Bibliotekarz* 14 (1947), 5/6, S. 77–79

Koziol 1960 KOZIOŁ, Czesław: *O projekcie nowej ustawy bibliotecznej*. In: *Przegląd biblioteczny* 28 (1960), Nr. 2, S. 97–102. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Koziol 1968 KOZIOŁ, Czesław: *Ustawa o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* 35 (1968), Nr. 6, S. 171–173

Krajowa Rada Narodowa **sesja IX 31.12.1945** Krajowa Rada Narodowa: *Sprawozdanie stenograficzne z posiedzeń Krajowej Rady Narodowej w dn. 29, 30 i 31 grudnia 1945 r. oraz w dn. 2 i 3 stycznia 1946 r.* Warszawa, sesja IX 31.12.1945

Krajowa Rada Narodowa **sesja XI 23.09.1946** Krajowa Rada Narodowa: *Sprawozdanie stenograficzne z posiedzeń Krajowej Rady Narodowej w dn. 20, 21, 22 i 23 września 1946 r.* Warszawa, sesja XI 23.09.1946

Kriegseisen 2017 KRIEGSEISEN, Wojciech: Die Reformpolitik Stanisław August Poniatkowski : Grundlage, Programme, Trägerschichten, Resultate, 2. Frühe Neuzeit. Hrsg. von Bömelburg, Hans-Jürgen. Lief. 7/8. In: MÜLLER, Michael G. (Hrsg.): *Polen in der europäischen Geschichte : ein Handbuch in vier Bänden*. Stuttgart : Hiersemann, 2017. – ISBN 9783777214139, S. 495–511

Kubów 1982 KUBÓW, Stefan: *O nową ustawę o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* 49 (1982), Nr. 4, S. 77–78

Kubów 1983 KUBÓW, Stefan: *W sprawie naszej ustawy bibliotecznej : odpowiedź M. Derentowiczowi*. In: *Aktualne problemy informacji i dokumentacji* 28 (1983), Nr. 6, S. 35–37

Kubów 1988 KUBÓW, Stefan: *Rola Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich w kształtowaniu polityki bibliotecznej państwa : tezy referatu*. In: *Przegląd biblioteczny* 56 (1988), 3/4, S. 291–292. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Kurdybacha 1974 KURDYBACHA, Emilia: W centrum polskiego bibliotekarstwa, czyli Józef Grycz [1890 - 1954]. In: KOCOWSKI, Bronisław (Hrsg.): *Twórcy nowoczesnego bibliotekarstwa polskiego*. Wrocław : Zakł. Narod. im. Ossolińskich Wydawn., 1974 (Książki o książce), S. 115–131

Littig 2009 LITTIG, Beate: Interviews mit Eliten - Interviews mit ExpertInnen: Gibt es Unterschiede. In: BOGNER, Alexander; LITTIG, Beate; MENZ, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews : Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. 3., grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden : Verl. für Sozialwiss., 2009. – ISBN 978-3-531-16259-1, S. 117–133

Łodyński 1935 ŁODYŃSKI, Marjan: *U kolebki polskiej polityki bibliotecznej : (1774 - 1794)*. Warszawa : Towarzystwo Naukowe Warszawskie, 1935 (Prace Towarzystwa Naukowego Warszawskiego. Wydz. II-Nauk Historycznych, Społecznych i Filozoficznych 23)

Maj 1993 MAJ, Jerzy: *Kilka uwag i wyjaśnień do projektu ustawy o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* (1993), Nr. 3, S. 3–5. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Manikowski 1995 MANIKOWSKI, Adam: *Wprowadzenie do zmodyfikowanego projektu ustawy*. In: *Bibliotekarz* (1995), Nr. 1, S. 2. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Mayr 2012 MAYR, Peter: *Vorbild Dänemark? - Ein Blick auf das dänische Bibliotheksgesetz : Vergleich des dänischen Bibliotheksgesetzes mit entsprechenden*

Initiativen in Deutschland. In: *Bibliotheksdienst* 46 (2012), Nr. 2, S. 102–120. URL http://digital.zlb.de/viewer/image/019591853_2012/102/ – Überprüfungsdatum 2014-12-07

Mayring 2015 MAYRING, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse : Grundlagen und Techniken.* 12., überarb. Aufl. Weinheim, Basel : Beltz, 2015. – ISBN 978-3-407-25730-7

Merkens 2013 MERKENS, Hans: Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: FLICK, Uwe (Hrsg.): *Qualitative Forschung : ein Handbuch.* Orig.-Ausg., 10. Aufl. Reinbek bei Hamburg : Rowohlt-Taschenbuch-Verl, 2013 (Rororo, 55628 : Rowohlt's Enzyklopädie). – ISBN 978-3-499-55628-9, S. 286–299

Mertens 2004 MERTENS, Bernd: *Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen : Theorie und Praxis der Gesetzgebungstechnik aus historisch-vergleichender Sicht.* Tübingen. Zugl.: Tübingen, Univ., Habil.-Schr., 2003. 2004

Meuser, Nagel 2009 MEUSER, Michael ; NAGEL, Ulrike: Experteninterviews und der Wandel der Wissensproduktion. In: BOGNER, Alexander; LITTIG, Beate; MENZ, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews : Theorien, Methoden, Anwendungsfelder.* 3., grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden : Verl. für Sozialwiss, 2009. – ISBN 978-3-531-16259-1, S. 35–60

Mężyński 1990 MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Bibliotekarstwo polskie w latach 1948-1956 : kłopoty historyków.* In: *Poradnik Bibliotekarza* 42 (1990), S. 19–23

Mężyński 1991a MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Problemy polityki bibliotecznej w Polsce. O poszukiwaniu światła w tunelu.* In: *Bibliotekarz* 58 (1991), Nr. 6, S. 8–11. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Mężyński 1991b MĘŻYŃSKI, Andrzej: *W sprawie polityki bibliotecznej i zarządzania polskim bibliotekarstwem.* In: *Bibliotekarz* 58 (1991), 2/3, S. 7–9. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Mężyński 1992 MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Jeszcze raz o Stowarzyszeniu Bibliotekarzy Polskich.* In: *Bibliotekarz* 59 (1992), Nr. 9, S. 20–24. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Mężyński 1995 MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Nowe wraca spór wokół ustawy o bibliotekach.* In: *Przegląd biblioteczny* 63 (1995), Nr. 1, S. 27–38. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Mężyński 1996 MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Ustawa o bibliotekach - pierwsze czytanie.* In: *Bibliotekarz* (1996), Nr. 3, S. 19–23. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Mężyński 1997 MĘŻYŃSKI, Andrzej: Wissenschaftliche Bibliotheken im Generalgouvernement. Fakten und Mythen. In: JAMMERS, Antonius (Hrsg.): *Die Beziehungen der Berliner Staatsbibliothek nach Polen : Reflexionen zur Zeit- und Bestandsgeschichte.* Wiesbaden : Reichert, 1997 (Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz, 5), S. 47–80

Mężyński 2003 MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Biblioteki naukowe w Generalnym Gubernatorstwie w latach 1939 - 1945 : wybór dokumentów źródłowych = Wissenschaftliche Bibliotheken im Generalgouvernement in den Jahren 1939 - 1945.* Warszawa : Wydawn. LTW, 2003. – ISBN 83-88736-35-3

Mężyński 2016 MĘŻYŃSKI, Andrzej: *Biblioteki w PRL : lata 1956-1989, Cz. II.* In: *Bibliotekarz* (2016), Nr. 1, S. 7–12

Miruć 2000 MIRUĆ, Alina: Biblioteki. In: SMOKTUNOWICZ, Eugeniusz (Hrsg.): *Wielka encyklopedia prawa*. Stan prawny z września 1999 r. Białystok, Warszawa : Wydawn. Prawo i Praktyka Gospodarcza, 2000. – ISBN 83-87611-08-5, S. 85–86

Müller 2000 MÜLLER, Harald: Bibliotheksrelevante Gesetzgebung in Deutschland : Erfahrungen und Voraussetzungen. In: BOHRER, Christiane (Hrsg.): *Bibliotheksgesetzgebung in Europa : Diskussionsbeiträge und Länderberichte*. Bad Honnef : Bock + Herchen, 2000 (Bibliothek und Gesellschaft). – ISBN 3-88347-209-3, S. 43–48

Napierała, Plesiński 2013: *Lexikon des polnischen Rechts*. NAPIERAŁA, Krzysztof (Hrsg.); PLESIŃSKI, Wojciech (Hrsg.); BŁAŻEK, Agnieszka (Mitarb.); HRYNIEWICZ, Elżbieta (Mitarb.); KRYSZTOFIK, Wojciech u.a. (Mitarb.) . Warszawa : Beck, 2013. – ISBN 978-83-255-0043-6

Nowak 2010 NOWAK, Piotr: *Andrzej Mężyński i jego oceny czasopism. "Wreszcie" coś się dzieje!* In: *Przegląd biblioteczny* 78 (2010), Nr. 1, S. 73–82. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Paliński 1978 PALIŃSKI, Edward: *Działalność Państwowej Rady Bibliotecznej w latach 1969-1979*. In: *Przegląd biblioteczny* 46 (1978), Nr. 4, S. 407–411. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Pamiętnik Konferencji Krynickiej, 3-15 II 1951 1951 *Pamiętnik Konferencji Krynickiej, 3-15 II 1951*. In: *Przegląd biblioteczny* 19 (1951), 3/4, S. 191–339. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Państwowa Rada Biblioteczna przy Ministrze Kultury i Sztuki (Warszawa) 1978 PAŃSTWOWA RADA BIBLIOTECZNA PRZY MINISTRZE KULTURY I SZTUKI (Warszawa): *Program rozwoju bibliotekarstwa polskiego do 1990 roku : Projekt Biblioteki Narodowej w Warszawie*. Warszawa, 1978

Pawlikowska 1975a PAWLIKOWSKA, Ewa: *Ustawa o bibliotekach i jej realizacja w latach 1968 - 1974*. In: *Przegląd biblioteczny* 43 (1975), Nr. 2, S. 129–138. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Pawlikowska 1975b PAWLIKOWSKA, Ewa: *Wykaz aktów prawnych do ustawy o bibliotekach wydanych w latach 1968-1974*. In: *Library Review Special Issue* (1975), S. 90–94

Pawlikowska 1976a PAWLIKOWSKA, Ewa: *Od dekretu do ustawy o bibliotekach : w trzydziestą rocznicę uchwalenia dekretu o bibliotekach*. In: *Poradnik Bibliotekarza* 28 (1976), 1/2, S. 10–15

Pawlikowska 1976b PAWLIKOWSKA, Ewa: *W trzydziestą rocznicę uchwalenia dekretu o bibliotekach*. In: *Przegląd biblioteczny* 44 (1976), Nr. 1, S. 5–13. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Pawlikowska 1978 PAWLIKOWSKA, Ewa: *O dalszej realizacji ustawy o bibliotekach w latach 1974-1978*. In: *Przegląd biblioteczny* 46 (1978), Nr. 4, S. 397–406. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Pawlikowska 1986 PAWLIKOWSKA, Ewa: *Współtwórcy dekretu*. In: *Poradnik Bibliotekarza* 38 (1986), Nr. 1, S. 11–14

Pietruch-Reizes 2013 PIETRUCH-REIZES, Diana: *Podstawy prawne funkcjonowania bibliotek i działalności informacyjnej*. In: *Bibliotekarstwo*. Warszawa : Wydawn. SBP, 2013 (Nauka, dydaktyka, praktyka, 144). – ISBN 978-83-61464-95-2, S. 33–65

Pietrzak 2009 PIETRZAK, Michał: Druga Rzeczpospolita. In: BARDACH, Juliusz ; LEŚNODORSKI, Bogusław ; PIETRZAK, Michał: *Historia ustroju i prawa polskiego*. Wyd. 6., [wydanie uzupełnione przez prof. Michała Pietrzaka]. Warszawa : LexisNexis Polska, 2009. – ISBN 978-83-7620-192-4, S. 491–660

Polskie Towarzystwo Bibliologiczne **31.03.2017** Polskie Towarzystwo Bibliologiczne: *Zarząd Główny PTB*. URL http://www.ptb.bn.org.pl/zarząd_główny.htm#amz. – Aktualisierungsdatum: 2017-03-31 – Überprüfungsdatum 2017-06-15

Preuße 2014 PREUßE, Detlev: *Umbruch von unten : die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*. Wiesbaden : Springer, 2014. – ISBN 978-3-658-04971-3

Projekt ustawy o gminnych bibliotekach publicznych 1928 *Projekt ustawy o gminnych bibliotekach publicznych*. In: *Polska oświata pozaszkolna* 5 (1928), S. 59–63

Projekt ustawy o sieci bibliotek publicznych 1929 *Projekt ustawy o sieci bibliotek publicznych*. In: *Przegląd biblioteczny* 3 (1929), Nr. 2, S. 190–194. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Przelaskowski 1960 PRZELASKOWSKI, Ryszard: *Kilka uwag o projekcie nowej ustawy bibliotecznej*. In: *Bibliotekarz* 27 (1960), 11/12, S. 321–326

Remerowa 1966 REMEROWA, Krystyna: *Zmiany funkcji bibliotek w powojennym dwudziestoleciu*. Warszawa : Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, 1966

Rhode 1979 RHODE, Gotthold: Polen von der Wiederherstellung der Unanbhängigkeit bis zur Ära der Volksrepublik 1918-1970. In: SCHIEDER, Theodor (Hrsg.): *Europa im Zeitalter der Weltmächte : 2. Teilband*. Stuttgart : Klett, 1979 (Handbuch der europäischen Geschichte, 7). – ISBN 3-12-907590-9, S. 978–1061

Richter 2016 RICHTER, Andreas: *Bibliotheksrecht*. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 63 (2016), Nr. 3, S. 156–159. URL http://zs.thulb.uni-jena.de/receive/jportal_jpjournal_00000014 – Überprüfungsdatum 2017-07-22

Roggemann, Lammich 1979 ROGGMANN, Herwig ; LAMMICH, Siegfried: *Die Verfassung der Volksrepublik Polen*. Berlin : Berlin-Verl., 1979 (Die Gesetzgebung der Sozialistischen Staaten 16). – ISBN 3-87061-123-5

Rüthers, Fischer, Birk 2016 RÜTHERS, Bernd ; FISCHER, Christian ; BIRK, Axel: *Rechtstheorie : mit Juristischer Methodenlehre*. 9., überarb. Aufl. München : Beck, 2016 (Grundrisse des Rechts). – ISBN 978-3-406-69554-4

Rygiel 1927 RYGIEL, Stefan: *Organizacja naczelnych władz bibliotecznych*. In: *Przegląd biblioteczny* 1 (1927), S. 9–23. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Sadowska 2005 SADOWSKA, Jadwiga: Jan Wołosz - 45 lat pracy zawodowej i społecznej. In: SADOWSKA, Jadwiga (Hrsg.): *Wokół bibliotek i bibliotekarstwa : Księga jubileuszowa dedykowana Janowi Wołoszowi*. Wyd. 1. Warszawa : Wydawn. SBP, 2005. – ISBN 83-89316-46-3, S. 9–16

Sartorius 2000 SARTORIUS, Joachim: Leistungsstarke Bibliotheken und die Gewährleistung von Meinungs- und Informationsfreiheit. In: BOHRER, Christiane (Hrsg.): *Bibliotheksgesetzgebung in Europa : Diskussionsbeiträge und Länderberichte*. Bad Honnef : Bock + Herchen, 2000 (Bibliothek und Gesellschaft). – ISBN 3-88347-209-3, S. 11–12

Scheuch 1973 SCHEUCH, Erwin K.: Das Interview in der Sozialforschung, 2, Grundlegende Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung : T. 1. In: KÖNIG, René (Hrsg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*. 3., umgearb. und erw. Aufl. München : Dt. Taschenbuch-Verl. [u.a.], 1973 (dtv Wissenschaftliche Reihe, 4236). – ISBN 3432021828

Schmidt 2013 SCHMIDT, Christiane: Analyse von Leitfadeninterviews. In: FLICK, Uwe (Hrsg.): *Qualitative Forschung : ein Handbuch*. Orig.-Ausg., 10. Aufl. Reinbek bei Hamburg : Rowohlt-Taschenbuch-Verl, 2013 (Rororo, 55628 : Rowohlts Enzyklopädie). – ISBN 978-3-499-55628-9, S. 447–456

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja **29.02.1968** Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja: *Druk nr 113*. Warszawa, 29.02.1968

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja **29.03.1968** Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja: *Druk nr 118, Sprawozdanie Komisji Kultury i Sztuki o rządowym projekcie ustawy o bibliotekach / druk nr 113/*. Warszawa, 29.03.1968

Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja **09.04.1968** Sejm Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej IV Kadencja: *Sprawozdanie stenograficzne z 19 posiedzenia Sejmu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej*. Warszawa, 09.04.1968

Sejm Rzeczypospolitej Polskiej **15.12.1995** Sejm Rzeczypospolitej Polskiej: *Sprawozdanie stenograficzne ze 67 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 13, 14 i 15 grudnia 1997 r.* Warszawa, 15.12.1995

Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II **23.04.1997** Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II: *Sprawozdanie stenograficzne ze 105 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1997 r.* Warszawa, 23.04.1997

Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II **25.04.1997** Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja II: *Sprawozdanie stenograficzne ze 105 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniach 23, 24 i 25 kwietnia 1997 r.* Warszawa, 25.04.1997

Sejm Ustawodawczy Rzeczypospolitej Polskiej sesja zwyczajna jesienna 1951 r. **31.10.1951** Sejm Ustawodawczy Rzeczypospolitej Polskiej: *Sprawozdanie stenograficzne z 98 posiedzenia sejmiku ustawodawczego w dniu 31 października 1951 r.* Warszawa, sesja zwyczajna jesienna 1951 r.

Sordylowa 1995 SORDYLOWA, Barbara: *W sprawie ustawy o bibliotekach po raz kolejny i zapewne nie ostatni*. In: *Przegląd biblioteczny* 63 (1995), Nr. 1, S. 39–44. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Steinhauer 2007 STEINHAUER, Eric Wilhelm: *Bibliotheksgesetzgebung in Deutschland : Praxis - Probleme - Perspektiven*. URL <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2007/309/pdf/Preprint%20Bibliotheksgesetzgebung.pdf>. – Aktualisierungsdatum: 2007-03-26 – Überprüfungsdatum 2017-07-17

Steinhauer 2011 STEINHAUER, Eric Wilhelm: *Bibliotheksgesetzgebung - eine kurze Einführung*. In: STEINHAUER, Eric Wilhelm; VONHOF, Cornelia (Hrsg.): *Bibliotheksgesetzgebung : ein Handbuch für die Praxis, insbesondere im Land Baden-Württemberg*. Bad Honnef : Bock + Herchen, 2011. – ISBN 978-3-88347-278-2, S. 16–35

Steinhauer 2012 STEINHAUER, Eric Wilhelm: *Die Bibliothek und ihre Träger*. In: UMLAUF, Konrad; GRADMANN, Stefan (Hrsg.): *Handbuch Bibliothek : Geschichte, Aufgaben, Perspektiven*. Stuttgart, Weimar : Metzler, 2012. – ISBN 978-3-476-02376-6, S. 246–265

- Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich:
Działalność ZG SBP - Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich - Ogólnopolski portal bibliotekarski. URL <http://www.sbp.pl/sbp/dzialalnosc> – Überprüfungsdatum 2016-12-29
- Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich: *Eksperci - Jolanta Stępnia*
Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich - Ogólnopolski portal bibliotekarski. URL <http://www.sbp.pl/akredytacja/eksperci/jstepniak> – Überprüfungsdatum 2016-12-29
- Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich: *Elżbieta Stefańczyk - Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich - Ogólnopolski portal bibliotekarski*. URL <http://www.sbp.pl/artukul/?cid=695&prev=1> – Überprüfungsdatum 2016-12-29
- Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich: *Historia SBP - Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich - Ogólnopolski portal bibliotekarski*. URL http://www.sbp.pl/sbp/historia_sbp – Überprüfungsdatum 2017-04-06
- Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich **2011** Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich (Hrsg.); CZAPNIK, Grzegorz (Mitarb.); GRUSZKA, Zbigniew (Mitarb.); TADEUSIEWICZ, Hanna (Mitarb.) : *Podręczny słownik bibliotekarza*. Warszawa : Wydawn. SBP, 2011 (Nauka, dydaktyka, praktyka). – ISBN 978-83-61464-39-6
- Szuster 2005** SZUSTER, Sergiusz: Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahren- und -prozessrecht. In: LIEBSCHER, Marc; ZOLL, Fryderyk (Hrsg.): *Einführung in das polnische Recht*. München : Beck, 2005 (Juristische Schulung : Schriftenreihe der Juristischen Schulung, 172 : Ausländisches Recht). – ISBN 3-406-52587-3, S. 36–89
- Szysko 1991** SZYSZKO, Mieczysław: *Biblioteki publiczne w nowych warunkach*. In: *Bibliotekarz* 58 (1991), Nr. 1, S. 9–13. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Tetela 2013** TETELA, Grażyna: Zawód i ramy kształcenia bibliotekarzy. Nowe role bibliotekarza. In: *Bibliotekarstwo*. Warszawa : Wydawn. SBP, 2013 (Nauka, dydaktyka, praktyka, 144). – ISBN 978-83-61464-95-2, S. 652–662
- Treichel 1972-1988** TREICHEL, Irena (Hrsg.): *Słownik pracowników książki polskiej*. Warszawa, Łódź : Państwowe Wydawn. Naukowe, 1972-1988. – ISBN 83-01-02731-2 (supl.)
- Treplin, Kirchner 1961** TREPLIN, Heinrich ; KIRCHNER, Hildebert: Bibliotheksrecht, Bd. 2. In: LEYH, Georg (Hrsg.): *Handbuch der Bibliothekswissenschaft : Band 2: Bibliotheksverwaltung*. 2., verm. und verb. Aufl. Wiesbaden : Harrassowitz, 1961, S. 762–769
- III. Sprawy Związku Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich 1947** *III. Sprawy Związku Bibliotekarzy i Archiwistów Polskich*. In: *Przegląd biblioteczny* 15 (1947), 1/2, S. 64–122. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Umlauf 2011** UMLAUF, Konrad: *25 Jahre Bibliotheksgesellschaft Celle : informationelle Grundversorgung und Bibliotheksgesetze*. URL <http://edoc.hu-berlin.de/series/berliner-handreichungen/2011-304/PDF/304.pdf> – Überprüfungsdatum 2017-07-17
- Ustawa z dnia ... o bibliotekach 1993** *Ustawa z dnia ... o bibliotekach : projekt, wersja III-A*. In: *Bibliotekarz* (1993), Nr. 3, S. 5–10. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12
- Ustawa o bibliotekach z dnia ... 199... r. Projekt, wersja V.5 z 29 VI 1994 r. 1994**
Ustawa o bibliotekach z dnia ... 199... r. Projekt, wersja V.5 z 29 VI 1994 r. In:

Bibliotekarz (1994), 7/8, S. 3–8. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Ustawa o bibliotekach. Projekt Ministerstwa Kultury i Sztuki 1995 *Ustawa o bibliotekach. Projekt Ministerstwa Kultury i Sztuki*. In: *Bibliotekarz, Beilage* (1995), Nr. 3. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Ustawa z dnia ... 1995 o bibliotekach. Projekt zmodyfikowany z dn. 07 XI 1994 r. 1995 *Ustawa z dnia ... 1995 o bibliotekach. Projekt zmodyfikowany z dn. 07 XI 1994 r.* In: *Bibliotekarz* (1995), Nr. 1, S. 3–8. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Vonhof 2011 VONHOF, Cornelia: Einfach anfangen: Ein Bibliotheksgesetz für Baden-Württemberg. In: STEINHÄUER, Eric Wilhelm; VONHOF, Cornelia (Hrsg.): *Bibliotheksgesetzgebung : ein Handbuch für die Praxis, insbesondere im Land Baden-Württemberg*. Bad Honnef : Bock + Herchen, 2011. – ISBN 978-3-88347-278-2, S. 10–15

Wasilewski 1991 WASILEWSKI, Juliusz: *Grudniowe posiedzenie Zarządu Głównego SBP*. In: *Bibliotekarz* 58 (1991), 2/3, S. 21–23. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Witte, Buttkus 1997 WITTE, Wilhelm ; BUTTKUS, Heinz: Zur deutschen Bibliotheksverwaltung im Generalgouvernement : Tonbandgespräch mit Wilhelm Witte. In: JAMMERS, Antonius (Hrsg.): *Die Beziehungen der Berliner Staatsbibliothek nach Polen : Reflexionen zur Zeit- und Bestandsgeschichte*. Wiesbaden : Reichert, 1997 (Beiträge aus der Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz, 5), S. 81–109

Włodarczyk 1986 WŁODARCZYK, Jerzy: *Prawo biblioteczne na studiach bibliotekoznawstwa i informacji naukowej*. In: *Przegląd biblioteczny* 54 (1986), 3/4, S. 311–323. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Wodzinowska 1947 WODZINOWSKA, Maria: *Stan bibliotek polskich*. In: *Przegląd biblioteczny* 15 (1947), 1/2, S. 12–23. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Wojciechowski 1991 WOJCIECHOWSKI, Jacek: *Zakręt*. In: *Bibliotekarz* 58 (1991), 2/3, S. 2–5. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Wojciechowski 1997 WOJCIECHOWSKI, Jacek: *Moim zdaniem*. In: *Bibliotekarz* (1997), Nr. 11, S. 2. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Wojewódzka Biblioteka Publiczna (Białystok) 1978 WOJEWÓDZKA BIBLIOTEKA PUBLICZNA (Białystok): *10-lecie Ustawy o bibliotekach : niektóre wskaźniki dotyczące sieci bibliotek publicznych woj. białostockiego w latach 1968-1977* : Wojewódzka Biblioteka Publiczna, 1978

Wojtyczek 2005 WOJTYCZEK, Krzysztof: 2. Teil. Öffentliches Recht § 1. Verfassungsrecht. In: LIEBSCHER, Marc; ZOLL, Fryderyk (Hrsg.): *Einführung in das polnische Recht*. München : Beck, 2005 (Juristische Schulung : Schriftenreihe der Juristischen Schulung, 172 : Ausländisches Recht). – ISBN 3-406-52587-3, S. 11–35

Wołosz 1982 WOŁOSZ, Jan: *Z rezerwą do nowelizacji ustawy o bibliotekach*. In: *Bibliotekarz* 49 (1982), Nr. 4, S. 82–83

Wołosz 1993 WOŁOSZ, Jan: *Ustawa o bibliotekach : o publikowanym projekcie ustawy*. In: *Bibliotekarz* (1993), Nr. 3, S. 2. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Wróblewska 1985 WRÓBLEWSKA, Teresa: *Das Inspirationsvorgehen der Kommission des Nationalen Erziehungswesens (Komisja Edukacji Narodowej) : 1773-1794*. In: *Paedagogica Historica* 25 (1985), Nr. 2, S. 577–608

Wspomnienia i refleksje o czasach walki o ustawę biblioteczną i realizacji dekretu o bibliotekach 1986 *Wspomnienia i refleksje o czasach walki o ustawę biblioteczną i realizacji dekretu o bibliotekach : wypowiedzi nestorów bibliotekarstwa polskiego*. In: *Przegląd biblioteczny* 54 (1986), 3/4, S. 263–278. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Zajac 1993 ZAJĄC, Józef: *Próba bilansu regulacji ustawowych w bibliotekarstwie polskim*. In: *Bibliotekarz* (1993), 1/2, S. 3–8. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Zarzębski 1965 ZARZĘBSKI, Tadeusz (Hrsg.): *Przepisy prawne dla bibliotek powszechnych*. Według stanu w dn. 1.3.1965. Warszawa : Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, 1965

Zarzębski 1969 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *25 lat Bibliotek w PRL*. In: *Przegląd biblioteczny* 37 (1969), Nr. 1, S. 3–14. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Zarzębski 1976 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Ustawa o bibliotekach*. In: GŁOMBIOWSKI, Karol; ŚWIDERSKI, Bolesław; WIĘCKOWSKA, Helena (Hrsg.): *Encyklopedia współczesnego bibliotekarstwa polskiego*. Wrocław : Zakł. Narod. im. Ossolińskich Wydawn., 1976, S. 300–301

Zarzębski 1982 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Ustawa instrumentem polityki biblioteczej*. In: *Bibliotekarz* 49 (1982), Nr. 4, S. 79–81

Zarzębski 1985 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Polskie prawo biblioteczne 1773 - 1983. Katalog aktów normatywnych polskiego prawa bibliotecznego 1773 - 1983*. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1985. – ISBN 83-7009-004-4

Zarzębski 1986 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Geneza, życie i nauki dekretu*. In: *Przegląd biblioteczny* 54 (1986), 3/4, S. 279–295. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Zarzębski 1990 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Polityka biblioteczna i jej problemy : (skrót zagajenia dyskusji)*. In: *Bibliotekarz* 57 (1990), 10/11, S. 22–27

Zarzębski 1991a-2000 ZARZĘBSKI, Tadeusz: 1773-1990. In: ZARZĘBSKI, Tadeusz (Hrsg.): *Polskie prawo biblioteczne*. Wyd. 2 rozszerzone. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1991-2000. – ISBN 83-7009-097-4, S. 1–311

Zarzębski 1991b-2000 ZARZĘBSKI, Tadeusz: Aneks I, 1990-2000. In: ZARZĘBSKI, Tadeusz (Hrsg.): *Polskie prawo biblioteczne*. Wyd. 2 rozszerzone. Warszawa : Biblioteka Narodowa, 1991-2000. – ISBN 83-7009-097-4, S. 1–79

Zarzębski 1993 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Uwagi o tworzeniu ustawy biblioteczej*. In: *Bibliotekarz* (1993), 1/2, S. 10–13. URL <http://kpbc.umk.pl/dlibra/publication?id=17777> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Zarzębski 1995 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Uwagi nad życiem Józefa Grycza (w 40. rocznicę śmierci)*. In: *Przegląd biblioteczny* 63 (1995), Nr. 1, S. 15–25. URL <http://bbc.uw.edu.pl/publication/45> – Überprüfungsdatum 2017-07-12

Zarzębski 2001 ZARZĘBSKI, Tadeusz: *Polityka biblioteczna : czyli sztuka rządzenia sprawami bibliotecznymi*. In: *EBIB* 24 (2001), Nr. 6, S. 1–7. URL <http://www.ebib.pl/2001/24/zarzebski.html> – Überprüfungsdatum 2017-07-17

Żmigrodzki 1987 ŻMIGRODZKI, Z.: *Najpierw stworzyć odpowiednie warunki*. In: *Poradnik Bibliotekarza* (1987), Nr. 6, S. 7–8

Żmuda 2013 ŻMUDA, Ryszard: Mgr Bolesław Marian Howorka. In: *Forum Bibliotek Medycznych* 6 (2013), Nr. 1, S. 454–468

10. Verzeichnis polnischer Gesetze, Anordnungen und Verordnungen⁸⁷

Verfassung des Außerordentlichen Warschauer Parlaments zur Gründung der Kommission zur Beaufsichtigung der Bildung junger Adelliger [vom 14. Oktober 1773], Konstytucya Seymu Estraordinarynego Warszawskiego [z dnia 14 października 1773 r.] Ustanowienie Kommissyi nach edukacją młodzi narodowej szlacheckiej dozor mającey (Volumina Legum T. 8, Rn. 266)*

Verfassung der Republik Polen vom 17. März 1921, Ustawa z dnia 17 marca 1921 r. - Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej (Dz. U. von 1921 Nr. 44, Pos. 267)

Gesetz über die Organisation und den Tätigkeitsbereich der Nationalräte vom 11. September 1944, Ustawa z dnia 11 września 1944 r. o organizacji i zakresie działania rad narodowych (Dz. U. von 1944 Nr. 5, Pos. 22)

Gesetz des Nationalrates über das Verfahren zum Erlass von Dekreten mit Gesetzeskraft vom 3. Januar 1945, Ustawa Krajowej Rady Narodowej z dnia 3 stycznia 1945 r. o trybie wydawania dekretów z mocą ustawy (Dz. U. von 1945 Nr. 1, Pos. 1)

Anordnung über den Empfang der Bestände der Gutsbibliotheken von den Bevollmächtigten der Landwirtschaftsreform vom 9. Juli 1945, Zarządzenie Ministra Oświaty z dnia 9 lipca 1945 r. (Nr. V-14/45) w sprawie przyjęcia księgozbiorów podworskich od pełnomocników do spraw reformy rolnej (Dz. Urz. Min. Ośw. von 1945 Nr. 4, Pos. 110) (Knot 1947, S. 100-102)*

Anordnung zur Sicherung und Nutzung der zurückgelassenen oder aufgegebenen Bibliotheksbestände vom 4. August 1945, Zarządzenie Ministra Oświaty z dnia 4 sierpnia 1945 r. (Nr. V-215/45) w sprawie zabezpieczenia i zużytkowania księgozbiorów opuszczonych lub porzuconych (Dz. Urz. Min. Ośw. von 1945 Nr. 4, Pos. 115) (Knot 1947, S. 103-105)*

⁸⁷ Fast alle in dieser Studie zitierten Gesetze, Anordnungen und Verordnungen sind über den Internetdienst des Sejm <http://isap.sejm.gov.pl/search.jsp> abrufbar. Die dort nicht enthaltenen Rechtsakte sind mit einem Stern gekennzeichnet.

Dekret über das Staatliche Buchinstitut vom 22. März 1946, Dekret z dnia 22 marca 1946 r. o Państwowym Instytucie Książki (Dz. U. von 1946 Nr. 12, Pos. 78)

Dekret über Bibliotheken und die Betreuung von Bibliotheksbeständen vom 17. April 1946, Dekret z dnia 17 kwietnia 1946 r. o bibliotekach i opiece nad zbiorami bibliotecznymi (Dz. U. von 1946 Nr. 26, Pos. 163)

Dekret über die Organisation der Wissenschaft und des Hochschulwesens vom 28. Oktober 1947, Dekret z dnia 28 października 1947 r. o organizacji nauki i szkolnictwa wyższego (Dz. U. von 1947 Nr. 66, Pos. 415)

Verordnung des Bildungsministers erlassen im Einvernehmen mit dem Minister für Öffentliche Verwaltung und dem Minister für Wiedergewonnene Gebiete betreffend die Registrierung der Bibliotheken und *wypożyczalnie dochodowe* sowie die Berichte ihrer Tätigkeit vom 24. Januar 1948, Rozporządzenie Ministra Oświaty z dnia 24 stycznia 1948 r. wydane w porozumieniu z Ministrem Administracji Publicznej i Ministrem Ziem Odzyskanych w sprawie rejestracji bibliotek i wypożyczalni książek⁸⁸ oraz sprawozdań z ich działalności (Dz. U. von 1948 Nr. 5, Pos. 38)

Gesetz über die territorialen Organe der einheitlichen Staatsgewalt vom 20. März 1950, Ustawa z dnia 20 marca 1950 r. o terenowych organach jednolitej władzy państwowej (Dz. U. von 1950 Nr. 14, Pos. 130)

Gesetz über die Übergabe der Zuständigkeit des Bildungsministers für Bibliotheken und Bibliotheksbestände auf den Minister für Kultur und Kunst vom 31. Oktober 1951, Ustawa z dnia 31 października 1951 r. o przekazaniu Ministrowi Kultury i Sztuki zakresu działania Ministra Oświaty w przedmiocie bibliotek i zbiorów bibliotecznych (Dz. U. von 1951 Nr. 58, Pos. 400)

Gesetz über die Nationalräte vom 25. Januar 1958, Ustawa z dnia 25 stycznia 1958 r. o radach narodowych (Dz. U. von 1958 Nr. 5, Pos. 16)

⁸⁸ Aus dem Text der Verordnung geht hervor, dass mit *wypożyczalnie książek* *wypożyczalnie dochodowe* gemeint waren.

Gesetz über den Tätigkeitsbereich des Ministers für Kultur und Kunst vom 16. Februar 1961, Ustawa z dnia 16 lutego 1961 r. o zakresie działania Ministra Kultury i Sztuki (Dz. U. von 1961 Nr. 10, Pos. 53)

Gesetz über Bibliotheken vom 9. April 1968, Ustawa z dnia 9 kwietnia 1968 r. o bibliotekach (Dz. U. von 1968 Nr. 12, Pos. 63)

Gesetz über das Amt des Ministers für Kultur und Kunst vom 4. Mai 1982, Ustawa z dnia 4 maja 1982 r. o urzędzie Ministra Kultury i Sztuki (Dz. U. von 1982 Nr. 14, Pos. 112)

Gesetz über die Verbreitung der Kultur sowie über Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer der Verbreitung der Kultur vom 26. April 1984, Ustawa z dnia 26 kwietnia 1984 r. o upowszechnianiu kultury oraz o prawach i obowiązkach pracowników upowszechniania kultury (Dz. U. von 1984 Nr. 26, Pos. 129)

Gesetz über Garantien der Gewissens- und Religionsfreiheit vom 17. Mai 1989, Ustawa z dnia 17 maja 1989 r. o gwarancjach wolności sumienia i wyznania (Dz. U. von 1989 Nr. 29, Pos. 155)

Gesetz über die Änderung der Ermächtigungen zum Erlass von Durchführungsrechtsakten vom 30. Mai 1989, Ustawa z dnia 30 maja 1989 r. o zmianie upoważnień do wydawania aktów wykonawczych (Dz. U. von 1989 Nr. 35, Pos. 192)

Gesetz über die Änderung der Verfassung der Volksrepublik Polen vom 29. Dezember 1989, Ustawa z dnia 29 grudnia 1989 r. o zmianie Konstytucji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej (Dz. U. von 1989 Nr. 75, Pos. 444)

Gesetz über die territoriale Selbstverwaltung vom 8. März 1990, Ustawa z dnia 8 marca 1990 r. o samorządzie terytorialnym (Dz. U. von 1990 Nr. 16, Pos. 95)

Gesetz über die Aufteilung der in Sondergesetzen geregelten Aufgaben und Kompetenzen zwischen Organen der Gemeinden und der staatlichen Verwaltung sowie über die Änderung einiger Gesetze vom 17. Mai 1990, Ustawa z dnia 17 maja 1990 r. o podziale zadań i kompetencji określonych w ustawach szczególnych pomiędzy organy gminy a organy administracji rządowej oraz o zmianie niektórych ustaw (Dz. U. von 1990 Nr. 34, Pos. 198)

Gesetz über die Organisation und Durchführung kultureller Tätigkeit vom 25. Oktober 1991, Ustawa z dnia 25 października 1991 r. o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej (Dz. U. von 1991 Nr. 114, Pos. 493)

Gesetz über bibliothekarische Pflichtexemplare vom 7. November 1996, Ustawa z dnia 7 listopada 1996 r. o obowiązkowych egzemplarzach bibliotecznych (Dz. U. von 1996 Nr. 152, Pos. 722)

Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zur Liste von Bibliotheken, die zum Erhalten von Pflichtexemplaren der einzelnen Veröffentlichungsarten berechtigt sind, sowie zu Modalitäten ihrer Abgabe vom 6. März 1997, Rozporządzenie Ministra Kultury i Sztuki z dnia 6 marca 1997 r. w sprawie wykazu bibliotek uprawnionych do otrzymywania egzemplarzy obowiązkowych poszczególnych rodzajów publikacji oraz zasad i trybu ich przekazywania (Dz. U. von 1997 Nr. 29, Pos. 161)

Gesetz über Bibliotheken vom 27. Juni 1997, Ustawa z dnia 27 czerwca 1997 r. o bibliotekach (Dz. U. von 1997 Nr. 85, Pos. 539)

Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zu Modalitäten der Zuordnung von Bibliotheken zu den wissenschaftlichen Bibliotheken sowie zur Erstellung ihrer Liste vom 19. März 1998, Rozporządzenie Ministra Kultury i Sztuki z dnia 19 marca 1998 r. w sprawie zasad i trybu zaliczania bibliotek do bibliotek naukowych oraz ustalania ich wykazu (Dz. U. von 1998 Nr. 44, Pos. 269)

Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zur Geschäftsordnung des Landesbibliotheksbeirats vom 19. März 1998, Rozporządzenie Ministra Kultury i Sztuki z dnia 19 marca 1998 r. w sprawie regulaminu Krajowej Rady Bibliotecznej (Dz. U. von 1998 Nr. 47, Pos. 297)

Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zu Qualifikationsanforderungen, die zur Besetzung von beschriebenen Positionen in Bibliotheken berechtigen, sowie zum Verfahren der Feststellung der Qualifikationen vom 26. Juni 1998, Rozporządzenie Ministra Kultury i Sztuki z dnia 26 czerwca 1998 r. w sprawie wymagań kwalifikacyjnych uprawniających do zajmowania określonych stanowisk w bibliotekach oraz trybu stwierdzania tych kwalifikacji (Dz. U. von 1998 Nr. 122, Pos. 803)

Gesetz über die Änderung einiger Gesetze, welche die Kompetenzen der Organe der öffentlichen Verwaltung regeln – im Zusammenhang mit der Reform des Staatssystems vom 24. Juli 1998, Ustawa z dnia 24 lipca 1998 r. o zmianie niektórych ustaw określających kompetencje organów administracji publicznej - w związku z reformą ustrojową państwa (Dz. U. von 1998 Nr. 106, Pos. 668)

Verordnung des Ministers für Kultur und Kunst zwecks der Erstellung einer Liste der Bibliotheken, deren Bestände den nationalen Bibliotheksbestand bilden, der Bestimmung der Organisation der Bestände sowie der Grundsätze und des Umfangs ihres besonderen Schutzes vom 24. November 1998, Rozporządzenie Ministra Kultury i Sztuki z dnia 24 listopada 1998 r. w sprawie ustalenia wykazu bibliotek, których zbiory tworzą narodowy zasób biblioteczny, określenia organizacji tego zasobu oraz zasad i zakresu jego szczególnej ochrony (Dz. U. von 1998 Nr. 146, Pos. 955)

Verordnung des Ministers für Wissenschaft und Hochschulwesen über Kandidaten für *dyplomowanego bibliotekarza* sowie *dyplomowanego pracownika dokumentacji i informacji naukowej* vom 21. August 2006, Rozporządzenie Ministra Nauki i Szkolnictwa Wyższego z dnia 21 sierpnia 2006 r. w sprawie kandydatów na dyplomowanego bibliotekarza oraz dyplomowanego pracownika dokumentacji i informacji naukowej (Dz. U. von 2006 Nr. 155, Pos. 1112)

Gesetz über die Änderung der Gesetze, welche die Ausübung bestimmter Berufe regeln vom 13. Juli 2013, Ustawa z dnia 13 czerwca 2013 r. o zmianie ustaw regulujących wykonywanie niektórych zawodów (Dz. U. von 2013 Nr. 0, Pos. 829)

11. Anhänge

11.1 Interviewleitfaden

11.1.1 Polnischsprachige Version

Demografia

Pytanie wprowadzające:

W jaki sposób i przez jaki czas zajmowała się Pani / zajmował się Pan ustawami bibliotecznymi?

Kompleks tematyczny 1: Rozumienie pojęć „prawo biblioteczne“ i „ustawy o bibliotekach“

Co Pani / Pan rozumie pod pojęciem „polskie prawo biblioteczne“?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- Co obejmuje polskie prawo biblioteczne?
- Jakie akty normatywne obejmuje polskie prawo biblioteczne?

Co Pani / Pan rozumie pod pojęciem „polskie ustawy o bibliotekach“?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- Co zawierały polskie ustawy o bibliotekach / zawiera polska ustawa o bibliotekach?
- Jaki zasięg miały polskie ustawy o bibliotekach / ma polska ustawa o bibliotekach?
- Jakie zadanie miały polskie ustawy o bibliotekach / ma polska ustawa o bibliotekach?

Jaką pozycję miały polskie ustawy o bibliotekach / ma ustawa o bibliotekach w polskim prawie bibliotecznym?

Pytanie dodatkowe, jeśli konieczne:

- Jaki wpływ miały polskie ustawy o bibliotekach / ma polska ustawa o bibliotekach na inne polskie biblioteczne akty normatywne?
- Jak mogłoby być kształtowane prawo biblioteczne bez ustaw o bibliotekach?

Kompleks tematyczny 2: Powstanie ustaw o bibliotekach

Jakim przyczynom zawdzięcza się utworzenie polskich ustaw o bibliotekach ?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- Co wymagało doprowadzenie ustaw do uchwalenia?
- Jaką rolę pełnił przy tym interes państwowy?
- Jaką rolę pełnił przy tym interes bibliotekarzy?
- Jakie znaczenie miała finansowa sytuacja państwa?
- Jakie grona wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o bibliotekach?
- Jakie inne okoliczności wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o bibliotekach?
- Jakie okoliczności przysparzały trudności w utworzeniu ustaw o bibliotekach?

Kompleks tematyczny 3: Treściowa zawartość przepisów ustaw o bibliotekach (postulaty)

Jakie postanowienia ustaw o bibliotekach uważa Pani / Pan za sensowne?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące zadań, funkcji, stanowiska i finansowania bibliotek?

- W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące struktury i utworzenia bibliotekarstwa?
- W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące organów doradczych i opiniodawczych?
- W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące tworzenia sieci bibliotecznej i współpracy bibliotek?
- W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące kwalifikacji pracowników?

W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitego systemu bibliotecznego?

W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej polityki bibliotecznej?

Jak ocenia Pani / Pan jakość zapisów (postulatów) ustaw o bibliotekach?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- Na jakie treści zwrócił by Pani / Pan uwagę przy kształtowaniu nowej ustawy?
- Jakie sprawy powinny być Panią / Pana poglądem uregulowane w ustawie, a jakie w aktach wykonawczych do niej?

Kompleks tematyczny 4: Realizacja ustaw o bibliotekach

W jakim stopniu kształtowały ustawy o bibliotekach bibliotekarstwo do roku 1999?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- W jakim czasie kształtowane było bibliotekarstwo przez ustawy o bibliotekach?
- W jakim zakresie kształtowane było bibliotekarstwo przez ustawy o bibliotekach?
- W jaki sposób i z jakimi skutkami kształtowane było bibliotekarstwo przez ustawy o bibliotekach?

W jakim stopniu były przydatne ustawy dla bibliotekarstwa do roku 1999?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- Jakie zrealizowane treści ustaw o bibliotekach uważa Pani / Pan za sensowne?
- Jakie zrealizowane treści ustaw o bibliotekach zapatruje Pani / Pan krytycznie?

W jakim stopniu stanowiły ustawy o bibliotekach / stanowiła ustawa o bibliotekach warunek na dobre funkcjonowanie bibliotekarstwa?

Pytania dodatkowe, jeśli konieczne:

- Jakie czynniki były / są ważniejsze dla rozwoju bibliotekarstwa niż ustawy o bibliotekach?
- Jak kształtowałoby się polskie bibliotekarstwo bez ustaw o bibliotekach?

11.1.2 Deutschsprachige Version

Demografie

Einleitungsfrage:

In welcher Art und Weise und wie lange haben Sie sich mit Bibliotheksgesetzen beschäftigt?

Themenkomplex 1: Bibliotheksrechtsverständnis und Bibliotheksgesetzverständnis

Was verstehen Sie unter dem Begriff „polnisches Bibliotheksrecht“?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Was umfasst das polnische Bibliotheksrecht?
- Welche Rechtsnormen umfasst das Bibliotheksrecht?

Was verstehen Sie unter dem Begriff „polnische Bibliotheksgesetze“?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Welche Inhalte hatten die polnischen Bibliotheksgesetze / hat das polnische Bibliotheksgesetz?
- Welchen Geltungsbereich hatten die polnischen Bibliotheksgesetze / hat das polnische Bibliotheksgesetz?
- Welche Aufgabe hatten die polnischen Bibliotheksgesetze / hat das polnische Bibliotheksgesetz?

Welchen Stellenwert hatten / hat das polnische Bibliotheksgesetz innerhalb des polnischen Bibliotheksrechts?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Welchen Einfluss hatten / haben die polnischen Bibliotheksgesetze auf die anderen polnischen bibliotheksrechtlichen Regelungen?
- Wie könnte das Bibliotheksrecht ohne Bibliotheksgesetze gestaltet sein?

Themenkomplex 2: Entstehung von Bibliotheksgesetzen

Welchen Umständen ist die Schaffung der polnischen Bibliotheksgesetze zu verdanken?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Was bedingte die Gesetzesreife?
- Welche Rolle spielte hierbei das Interesse des Staates?
- Welche Rolle spielte hierbei das Interesse der Bibliothekare?
- Welche Bedeutung hatte die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates?
- Welche gesellschaftlichen Kreise beeinflussten maßgeblich die Entstehung der Bibliotheksgesetze?
- Welche weiteren Umstände beeinflussten maßgeblich die Entstehung der Bibliotheksgesetze?
- Welche Umstände wirkten sich hinderlich auf die Entstehung von Bibliotheksgesetzen aus?

Themenkomplex 3: Inhalt von Bibliotheksgesetzen

Welche Bestimmungen der Bibliotheksgesetze halten Sie für sinnvoll?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Wie sinnvoll sind die Regelungen zu Aufgaben, Funktion, Stellung und Finanzierung von Bibliotheken?
- Wie sinnvoll sind die Regelungen zur Struktur und zum Aufbau des Bibliothekswesens?
- Wie sinnvoll sind die Regelungen zu beratenden und begutachtenden Gremien?
- Wie sinnvoll sind die Regelung zur Bildung von Bibliotheksnetzen und damit auch die Regelung der Zusammenarbeit unter den Bibliotheken?
- Wie sinnvoll sind die Regelungen zur Qualifikation der Mitarbeiter?

Inwieweit ist die Schaffung eines einheitlichen Bibliothekssystems sinnvoll?

Inwieweit ist die Schaffung einer einheitlichen Bibliothekspolitik sinnvoll?

Woran machen Sie die Qualität der Inhalte (Postulate) von Bibliotheksgesetzen fest?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Worauf würden Sie in inhaltlicher Hinsicht bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen achten?
- Welche Inhalte gehören Ihrer Meinung nach in das Bibliotheksgesetz und welche in die Durchführungsbestimmungen?

Themenkomplex 4: Realisierung der Bibliotheksgesetze

Inwieweit haben die Bibliotheksgesetze das Bibliothekswesen bis 1999 gestaltet?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Zu welcher Zeit haben die Bibliotheksgesetze das Bibliothekswesen gestaltet?
- In welchem Umfang haben die Bibliotheksgesetze das Bibliothekswesen gestaltet?
- In welcher Art und Weise und mit welchen Folgen haben die Bibliotheksgesetze das Bibliothekswesen gestaltet?

Inwieweit waren die Bibliotheksgesetze für das Bibliothekswesen bis 1999 nützlich?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Welche realisierten Inhalte der Bibliotheksgesetze halten Sie für sinnvoll?
- Welche realisierten Inhalte der Bibliotheksgesetze sehen Sie kritisch?

Inwieweit waren die Bibliotheksgesetze / ist das Bibliotheksgesetz eine Voraussetzung für ein gut funktionierendes Bibliothekswesen?

Mögliche Nachfragen, wenn notwendig:

- Welche Faktoren waren / sind für das Bibliothekswesen wichtiger als ein Bibliotheksgesetz?
- Wie hätten sich die polnischen Bibliotheken ohne Bibliotheksgesetze entwickelt?

11.2 Interviewtranskripte

11.2.1 Interview E1

1 **I: Dzień dobry**

2 E1: Witam panią serdecznie.

3 **I: Przed panem leży na biurku sprzęt do nagrywania rozmowy, abym mogła**
4 **stworzyć jej transkrypcję. W mojej pracy doktorskiej podam pana**
5 **nazwisko. Odpowiedzi respondentów udzielonych w wywiadach zostaną**
6 **zanonimizowane, to znaczy pozbawione jakichkolwiek danych osobowych**
7 **pozwalających na identyfikację poszczególnych respondentów. - Przechodzę**
8 **do pierwszego pytania.**

9 E1: Tak, słucham.

10 **I: Czy mógłby się pan krótko przedstawić?**

11 E1: Imię i nazwisko jest znane. (...) z urodzenia. Urodziłem się (...)

12 **I: Następne pytanie. Tak? W jaki sposób i przez jaki czas zajmował się pan**
13 **ustawami bibliotecznymi?**

14 E1: Mogę pani dość dokładnie to powiedzieć z tego powodu, że w (...). A propos
15 jak pani będzie w (...), jeżeli to panią interesuje, to niech pani poprosi o taką
16 książkę.

17 **I: Ja ją mam.**

18 E1: Ma ją pani? Dobrze.

19 **I: To jest komentarz do nowej ustawy.**

20 E1: Tutaj pani- formułuje tezy, on się do nich ustosunkowuje- Słucham dalszych.

21 **I: Dalsze pytanie. Co pan rozumie pod pojęciem „polskie prawo**
22 **biblioteczne”?**

23 E1: Proszę panią tutaj ja nie jestem wynalazcą tego pojęcia. To pojęcie
24 sformułował Tadeusz Zarzębski, który się zajmował prawem. To nazwisko na
25 pewno pani znane jest w bibliotecznym. I jego definicja jest w jego książce, tu
26 jest ta definicja, definicja prawo biblioteczne i tu jest odsyłacz. Czy pani się z tą
27 książką zetknęła?

28 **I: Dziękuję. Tak.**

29 E1: No to tu wszystko.

30 **I: I definicję znam. Dziękuję.**

31 E1: To tu, prawda, ma pani to zdefiniowane. Przepraszam, że ja zaraz z literaturą,
32 ale jak pamięć nie taka dobra to chociaż muszę do literatury.

33 **I: Dziękuję.**

34 E1: Ale tu się nic w tym zakresie nie zmieniło. Wie pani w czym jest rzecz?

35 **I: Aż do dzisiejszego dnia?**

36 E1: Nie zmienia się nic, bo nie ma prawa się zmienić, proszę panią, nie może się
37 zmienić z tego powodu, że to nie jest nazwa formalna. A nazwy nieformalne
38 zależą od punktu widzenia ich twórców, ponieważ nikt w zasadzie nie podważył
39 tego, co Zarzębski zaproponował to ta nazwa dalej funkcjonuje.

40 **I: Dziękuję bardzo.**

41 E1: Polskie prawo, zresztą ja nie znam niemieckiego prawa, ale przypuszczam, że
42 w niemieckim prawie, tak jak polskim prawie, mamy też podział na gałęzie. Jest
43 prawo cywilne, jest prawo karne, jest prawo administracyjne, finansowe i teraz
44 polskie prawo biblioteczne powstało w ten sposób, że z tych wszystkich gałęzi
45 prawa powyciągaliśmy do jakby innego kodeksu wszystko to, co dotyczy prawa
46 bibliotecznego. A więc przede wszystkim prawo administracyjne, ponieważ jest
47 tam mowa o ustroju i organizacji bibliotek. Prawo finansowe, bo jest tam sprawa
48 finansowania. Prawo cywilne, ponieważ są tam zagadnienia w stosunku do
49 użytkownika. Artykuł 710 kodeksu cywilnego i następne mówią o użyczeniu, i
50 mamy prawo cywilne. Zresztą tym problemem też dość szeroko się zajmowałem.
51 Potem mamy, proszę panią, w prawie karnym no to mało już rzeczy, ale jak ktoś
52 jakiś delikt popełni to musi za ten delikt odpowiadać. Powiedzmy tyle i te
53 wszystkie zebrane, powyciągane z tych gałęzi prawa przepisy skatalogował, jako
54 pierwszy Zarzębski, on taki katalog wydał, nie wiem czy pani zaznała się też-

55 **I: Znam ten katalog.**

56 E1: Widzę, że już dość głęboko pani siedzi. I to wszystko nazywamy polskim
57 prawem bibliotecznym. Czyli niejako ojcem polskiego prawa bibliotecznego jest
58 Tadeusz Zarzębski, jeszcze żyjący zresztą, z którym się zresztą na ogół (...).

59 **I: Tak?**

60 E1: Ale to nie znaczy- ja mam szacunek do adwersarzy i poza tym zawsze
61 uważam, że coś mądrego może się urodzić tylko w wyniku właśnie jakiejś takiej
62 dyskusji.

63 **I: Do następnego pytania. Co pan rozumie pod pojęciem „polskie ustawy o**
64 **bibliotekach”?**

65 E1: Tak, proszę panią tu odpowiedź jest prosta – dekret z `46 roku, ustawa z `68
66 roku i ustawa z `97 roku i kończy się.

67 **I: Jaką pozycję miały polskie ustawy o bibliotekach, ma ustawa o**
68 **bibliotekach w polskim prawie bibliotecznym?**

69 E1: Proszę panią wiodącą z tego powodu, że ustawy są najważniejszymi aktami
70 prawnymi w naszym państwie. Mamy Konstytucję i na podstawie Konstytucji
71 parlament stanowi ustawy. Nie ma aktu normatywnego ponad ustawą, no poza
72 Konstytucją. I dlatego nam, bibliotekarzom, nie tylko nam współczesnym, ale
73 tym, którzy żyli w 20-leciu międzywojennym zależało na tym, żeby właśnie
74 sprawy bibliotekarskie były regulowane przez przepisy najwyższej rangi w
75 państwie.

76 **I: To bardzo ważne-**

77 E1: Ale niestety pierwszy taki przepis to był dekret z `46 roku, ponieważ wysiłki
78 naszych kolegów przedwojenne no nie zaowocowały, a tu- wie pani myśmy mieli
79 takie dziwne szczęście, że zawsze bibliotekarze korzystali z bałaganu w państwie.
80 Przepraszam. Jak się politycy zaczęli zajmować jakimiś innymi sprawami to,
81 wychodziły wtedy najlepsze ustawy, bo nam nikt wtedy- napisaliście ustawę? A,
82 uchwalamy. Proszę zwrócić uwagę – 1946 rok. Ustawa potrzebna. Dlaczego?
83 Zbiory rozproszone, zniszczone, jak to mówią – bajzel, nieporządek, wszystko to
84 trzeba w jakiś sposób uporządkować. I ta próba uporządkowania w tym dekrete
85 z `46 roku wyraźnie się zaznaczyła. Nie będziemy sobie omawiali treści tego
86 dekretu, bo to pani zna, nie muszę tutaj tego mówić, w każdym razie na ówczesne
87 czasy to była próba uporządkowania, która była dość łatwa z tego powodu, że
88 wszystkim na tym porządku zależało, bo biblioteki były zniszczone, rozproszone.
89 Chodziło o to, żeby jak najlepiej wykorzystać te zasoby materialne biblioteczne,
90 które są. Bibliotekarzy wielu zginęło. Na szczęście ten aktyw przetrwał
91 powstanie i działał dalej. Mało tego, bibliotekarze doprowadzili do tego, że w

92 Ministerstwie Oświaty powstał specjalny organ zajmujący się bibliotekami. To
93 wszystko w moich pracach i w innych pracach pani znajdzie.

94 **I: Czytałam.**

95 E1: Nie muszę tego dokładnie- I ten organ przez 3, 4 lata funkcjonował aż do
96 czasu, kiedy zaczęła się wkładać znowu do bibliotekarstwa polityka nieciekawa. I
97 teraz proszę panią przychodzi rok 1968, bibliotekarze wykorzystują to, że
98 państwo znowu jest zajęte czymś innym, zajmują się buntami studenckimi, wie
99 pani, najróżniejszym, no to my wtedy z naszą ustawą i nikt nam tych poprawek-
100 znaczy nikt nam tej ustawy na szczęście- dbając, tylko żeby była Polska Ludowa
101 i pewne ideologiczne frazy, który nie miały większego- prawnego, nie miały
102 żadnego znaczenia. Udało nam się to, moim zdaniem bardzo dobrą ustawę,
103 przeforsować. Mogę tak mówić, bo ja przy niej nie pracowałem, (śmiech). Proszę
104 panią i potem zmienia się ustrój w Polsce po '89 roku i potrzebna JEST nowa
105 ustawa. I tu jest nieszczęście takie, że zaczynają to robić politycy, a nie
106 bibliotekarze. Znaczą, myśmy się wzięli do roboty, przygotowaliśmy kilka wersji
107 projektu ustawy bibliotecznej, ale mieliśmy to nieszczęście, że Ministrami
108 Kultury zostały osoby, które po prostu bibliotekarstwa nie rozumiały. Najpierw
109 była aktorka, reżyserka, co innego ją interesowało. Potem był dyrektor teatru,
110 znowu co innego go interesowało. A od tych nagłych spraw to był wiceminister,
111 który był ludowcem i którego wycinanki ludowe, wie pani, i różne takie chocki
112 klocki ludowe interesowały, ale rzeczywiście nie doceniał roli bibliotek. Mało
113 tego, dalej kultywowany był pewien trend, który był bardzo żywy w czasach
114 PRL, polegający na tym, że chciano w sposób wyraźnie oddzielić problematykę
115 bibliotekarską od problematyki informacji naukowej. Ja (...). Tego nie dano sobie
116 jakoś wytłumaczyć, prawdopodobnie jakieś przykłady radzieckie czy jakieś inne
117 wpływały na to. (...) Jedyne na co żeśmy się, jako bibliotekarze, zgodzili, zresztą
118 to powtórzyliśmy potem w projekcie ustawy o szkolnictwie wyższym no, bo tutaj
119 przede wszystkim ta informacja naukowa była bardzo istotna, to to żeby napisać,
120 że w uczelni działa system biblioteczno-informacyjny, na który składają się
121 biblioteki zakładowe,- biblioteka główna i biblioteki zakładowe.

122 **I: A ja mam jeszcze jedno pytanie, jeśli chodzi o pozycję ustaw**
123 **bibliotecznych. Jeśli pan tak pomyśli o zgodności z innymi aktami**
124 **prawnymi- była tam zawsze zgodność?**

125 E1: Tak. Nie, dbaliśmy zawsze o to, żeby ktoś inny nie mógł nam tutaj nabroić.
126 Ale ma pani rację, że takie problemy zaczęły w pewnym okresie wyrastać i to są
127 konsekwencje uchwalenia w drugiej połowie lat 80-tych ustawy o organizowaniu
128 i prowadzeniu działalności kulturalnej. Proszę zwrócić uwagę w ustawie z '97
129 roku w artykule bodajże 2 jest mowa, że we wszystkich sprawach
130 nieuregulowanych przez ustawę trzeba sięgnąć do ustawy o organizowaniu- co
131 było jednym wielkim no nieporozumieniem, jeżeli- O, proszę bardzo – w
132 zakresie nieuregulowanym ustawą do bibliotek stosuje się odpowiednie przepisy
133 o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej. Bzdura. Z tego powodu,
134 że przecież biblioteki szkół wyższych nie miały nic wspólnego z ustawą o
135 organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej. Ja mógłbym wyliczać
136 dalsze, prawda, biblioteki, na przykład biblioteki szkolne i proszę panią tutaj
137 powstały takie sytuacje, że nie można mówić o niezgodności ustaw, ale w
138 polskim prawie jest przyjęta taka zasada, że jest *lex generalis* i *lex specialis* i spór
139 szedł w tym kierunku czy ustawa o bibliotekach jest *lex generalis* czy *lex*
140 *specialis*, co było istotne. Jeżeli coś było *lex specialis* to obowiązywało tylko w
141 małym zakresie, ale przekreślało to co jest w *lex generalis*. Myśmy wtedy doszli
142 do wniosku, że ustawa o bibliotekach jest *lex generalis*, ale *lex specialis* to jest
143 ustawa o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej, to jest ustawa o
144 szkolnictwie wyższym, jest ustawa o systemie oświaty, no i innych nie wyliczam,
145 bo inne nie- bo tylko te trzy w zasadzie wielkie, te trzy resorty zgrupowały w
146 sobie dziewięćdziesiąt kilka procent bibliotek. I tego żeśmy się, od tego
147 momentu, trzymali. Mnie to osobiście się nie podobało, bo chciałem żeby była
148 jedna ustawa, która porządkuje te rzeczy. Kiedy w '97 roku zostałem (...)
149 wszyscy uznali, że władza wie lepiej. Ja jestem przyzwyczajony, bo przez te lata
150 jak żyłem w PRL-u też władza zawsze lepiej wiedziała i takie bzdury stale
151 wychodziły i tylko wtedy, kiedy się władza wyłączała to nam coś dobrego
152 wychodziło. Na szczęście ona miała, wie pani, to co niektórzy mówią, że władza
153 w tamtym czasie się tym czy tamtym zajmowała, myśmy się bardzo cieszyli, że
154 ona się czymś innym zajęła, bo przestała się wtrącać w nasze sprawy.

155 **I: Jaki wpływ miały polskie ustawy o bibliotekach, ma polska ustawa o**
156 **bibliotekach na inne polskie biblioteczne akty normatywne?**

157 Proszę panią- ustawa ma to do siebie, znaczy nasza Konstytucja tak przewiduje,
158 że nie ma aktu normatywnego, który byłby wydany bez upoważnienia
159 ustawowego i w związku z tym w tej ustawie, będziemy siedzieli w '97 roku,
160 prawda? W tej ustawie znajdzie pani masę upoważnień dla różnych organów
161 państwa naczelných do stanowienia rozporządzeń, na przykład minister właściwy
162 do spraw kultury i ochrony dziedzictwa narodowego określa w drodze
163 rozporządzenia organizację i tryb działania rady- Państwowej Rady Bibliotecznej
164 uwzględniając sposób powoływania przewodniczącego et cetera, et cetera. Czyli
165 już wiemy, że dzięki- na podstawie przepisów ustawy powstała Państwowa Rada
166 Biblioteczna. Jedźmy dalej, proszę panią, tutaj mamy cały zespół przepisów,
167 które mówią o bibliotekach, jako o jednostkach organizacyjnych i mówią o
168 organizatorach bibliotek. I tutaj wymieniają – ministrowie i kierownicy
169 jednostek, jednostki samorządu terytorialnego. I to jest też pełnomocnictwo- bez
170 tego nie mogłyby te jednostki tworzyć bibliotek. To jest też ustawowe
171 upoważnienie do nie tylko tworzenia bibliotek, ale również stanowienia
172 wewnętrznego prawa bibliotecznego z tego powodu, proszę panią, że organizator-
173 biblioteka stanowiąca samodzielną jednostkę organizacyjną działa na podstawie
174 aktu utworzenia, ten akt wydaje ten organ, o utworzeniu biblioteki oraz statutu
175 nadanego jej przez organizatora. W życiu wszystkich jednostek organizacyjnych
176 zakładów publicznych, tak jak szkoła wyższa, jak biblioteka olbrzymią rolę
177 odgrywają statuty regulujące wszystko to co się wewnątrz systemu dzieje. Ja (...).
178 Mało tego, ta ustawa wyraźnie mówi, że w każdej bibliotece musi działać
179 regulamin organizacyjny, artykuł 12- że proszę panią, artykuł 14 – zasady i
180 warunki korzystania z bibliotek określają regulaminy nadane przez dyrektora,
181 kierownika biblioteki. Czyli znowu podstawa prawna do stanowienia regulaminu.
182 Proszę panią dalej, tu jest cały rozdział – biblioteki naukowe, idiotyczny zapis
183 proszę panią, z tego powodu, że minister właściwy do spraw kultury i
184 dziedzictwa narodowego określił w drodze rozporządzenia sposób i tryb
185 zaliczania bibliotek do bibliotek naukowych. Jeżeli my mamy w kraju ministra do
186 spraw nauki i szkolnictwa wyższego to dlaczego minister kultury ma mówić, że
187 ta biblioteka jest biblioteką naukową a temat nie jest biblioteką naukową? I
188 dochodzi to takich bzdurnych sytuacji jak doszło ostatnio, minister wydał
189 rozporządzenie, że biblioteką naukową to może być ta biblioteka, która w swoim

190 składzie ma osobę, która posiada stopień naukowy. Ja bardzo przepraszam, ale
191 jeżeli ja chcę utrzymać naukowość biblioteki to ja sobie na pół etatu zatrudnię
192 doktora geodezji czy tam czegoś i mam kogoś zatrudnionego ze stopniem
193 naukowym. Dotychczas było w ten sposób, że w swoim składzie ma
194 dyplomowanych bibliotekarzy. Pojęcie – bibliotekarz dyplomowany w Polsce jest
195 zupełnie inne niż pojęcie w Niemczech, (...) a u nas bibliotekarz dyplomowany to
196 była najwyższa- to była w hierarchii mistrzostwo świata, jak to się mówi,
197 mistrzostwo Polski i trzeba było przed specjalną komisją zdawać egzamin. (...) U
198 nas to, zresztą przejdziemy potem do tego zagadnienia i proszę panią co tu jest
199 bardzo istotne – idiotyczny zapis, że tworzy się sieć biblioteczną, w skład sieci
200 wchodzi biblioteki publiczne to na (...) nam taka sieć? Przepraszam bardzo. I to
201 jest jeden z powodów, dla których myśmy się nie mogli z tą ustawą zgodzić.
202 Pierwszy powód to było oddzielenie informacji naukowej od bibliotekarstwa,
203 drugi to to, że tworzy się sieć dla jednej grupy bibliotek. Myśmy cały czas
204 walczyli o to, żeby sieć tworzyły wszystkie biblioteki.

205 **I: Tak jak kiedyś było?**

206 E1: O, tak jak kiedyś było, jak myśmy zarządzili. I proszę panią tutaj jest zapisane,
207 jakie są zasady współdziałania. Uchylony jest artykuł 28, który mówił, że
208 Minister Kultury i Sztuki ma prawo wydawania przepisów związanych z tym,
209 zresztą przepisów, z których myśmy korzystali z tego powodu, że na przykład
210 były przepisy mówiące o zasadach inwentaryzacji i przechowywania zbiorów
211 bibliotecznych, my dalej z tych przepisów korzystamy, mimo że one są już teraz-
212 znaczy one są tylko w bibliotekach publicznych po prostu dyrektorzy mówią, że
213 u nas w uczelni obowiązuje to rozporządzenie z pewnym zmianami. I tu ostatnia
214 sprawa, proszę panią, gdzie też doszło do olbrzymich zmian, jest wyraźnie
215 powiedziane, kto to są bibliotekarze. Pierwsza grupa to są pracownicy służby
216 biblitecznej, druga grupa bibliotekarze dyplomowani. Bibliotekarzy
217 dyplomowanych w Polsce było około 300, na tyle bibliotek, kilkadziesiąt tysięcy
218 bibliotek to naprawdę nie była to wielka armia, bo naprawdę nie było łatwo
219 zostać bibliotekarzem dyplomowanym. Trzeba było przede wszystkim mieć jakiś
220 dorobek za sobą, trzeba było zdać egzamin z dwóch języków obcych i trzeba było
221 napisać jeszcze specjalną pracę, tak jak praca doktorska, oczywiście praca
222 doktorska to jest wynik wysiłku wieloletniego często, to trzeba było napisać od

223 ręki, to jest tak jak maturę się pisało, wie pani, zebrali nas w sali, rzucili temat i
224 każdy musiał na ten temat napisać z głowy pracę po polsku i po- i do tego. (...) I
225 co było tutaj proszę panią najciekawsze. Był artykuł 13, który mówi o tym, że
226 biblioteki publiczne nie mogą być łączone z innymi instytucjami oraz
227 bibliotekami szkolnymi i pedagogicznymi i proszę panią ten przepis został
228 zniesiony i w tej chwili biblioteki są włączane do domów kultury, do- my
229 przeciwko temu jesteśmy, my jesteśmy zdecydowanymi przeciwnikami tego
230 działania, ponieważ myśmy uważali, znaczy my, (...) że koleżanki, koledzy
231 uważali, że oni sami prowadzą coś na kształt domu kultury, a włączanie biblioteki
232 w skład domu kultury to jest podporządkowywanie jakiemuś innemu systemowi,
233 który zadania narzucone przez gminę, przez powiat i instytucji kierowanej często
234 przez krewnych i znajomych królika, to znaczy desygnowanych, wie pani
235 dawniej się mówiło, że trzeba być w PZPR żeby zajmować kierownictwo a teraz
236 to trzeba być albo w Platformie albo w PiS-ie. Niewiele się wie pani zmieniło.

237 **I: Niewiele się zmieniło?**

238 E1: Niewiele się zmieniło.

239 **I: To szkoda.**

240 E1: No ja nie wiem, w Niemczech też macie dwie wiodące w zasadzie partie, ale
241 chyba nie ma takiego ciągu na posady.

242 **I: Nie, (...)**

243 E1: A u nas niestety to jest. Sorry, strasznie mi przykro, że tak jest, ale to też jest
244 jeden z powodów, dla których ja staram się być jak najdalej od polityki.

245 **I: Następne pytanie. Jakim przyczynom zawdzięcza się utworzenie polskich**
246 **ustaw o bibliotekach?**

247 E1: Proszę panią osobom, które inicjowały ten cały ruch, zależało na
248 uporządkowaniu po pierwsze, znowu historycznie, mieliśmy po I Wojnie
249 Światowej zbiory były rozproszone, biblioteki były zniszczone, zależało nam na
250 tym, nam nie, bo ja się urodziłem w latach (...) ubiegłego stulecia, ale tym, którzy
251 wtedy walczyli o ustawę zależało na tym, ażeby uporządkować i uratować to
252 wszystko, co można było uratować i po drugie stworzyć warunki dostępu do tych
253 zbiorów. Stworzono organy- dążono do stworzenia, przepraszam, nie stworzono,
254 bo w `46 roku dopiero, stworzono taką sytuację, że powstały organy, które
255 koordynowały te działania, powstały wyraźnie zarysowane dwa systemy, mówię

256 o dekrete, biblioteki publiczne i biblioteki prywatne. Biblioteki publiczne to
257 były biblioteki powszechne, te, które teraz zwą publicznymi, to były biblioteki
258 naukowe, to były biblioteki instytucji, które są otwarte i biblioteki prywatne w
259 tym rozumieniu, że należały do fundacji, do osób prywatnych, bo no na przykład
260 Biblioteka Kórnicka, obecnie PAN-owska no była przecież fundacyjną biblioteką,
261 fundacja była- i chodziło o uporządkowanie tego systemu. Potem mamy ustawę z
262 '68 roku, która po prostu porządkuje te rzeczy i ja uważam, że to była bardzo
263 dobra, najlepsza z tych trzech, ustaw, ale lepsza od dekretu tylko dlatego, że
264 mądrość dekretu została we właściwy sposób przetransponowana w nową ustawę,
265 w nowocześniejszą ustawę. I mamy potem ustawę z '97 roku, która jest nie daj
266 boże, (śmiech).

267 **I: Jaką rolę pełnił przy tym interes państwowy?**

268 E1: Nie wiem.

269 **I: Naprawdę nie?**

270 E1: Proszę panią interes- myśmy chcieli, żeby w interesie państwa był rozwój
271 bibliotekarstwa, żeby biblioteki były otwarte, dostępne dla ludzi. Zapatrzeni
272 byliśmy w systemy skandynawskie, bo tam to podobno najlepiej te biblioteki
273 publiczne były rozwijane. To jest jedna grupa zagadnień. Druga grupa zagadnień,
274 proszę panią w interesie państwa był rozwój nauki. To jest druga grupa
275 zagadnień. Ja uważam, że bez dostępu do literatury zagranicznej nie można
276 mówić o rozwoju nauki i dlatego my, jako bibliotekarze zatrudnieni w szkołach
277 wyższych, jako jedno z podstawowych swoich zadań stawialiśmy sobie
278 obowiązek stworzenia jak największego dostępu do zasobów bibliotecznych, nie
279 krajowych, bo to było dla nas otwarte, ale do właśnie zagranicznych. I na
280 przykład nasza biblioteka nawiązała kontakt z SUBITO, jako jedna z pierwszych
281 w Polsce, a może jedyna. Nasza biblioteka nawiązywała bezpośrednie kontakty,
282 pisaliśmy do kolegów w innych bibliotekach z prośbą o odbitki, z prośbą o
283 informacje, z prośbą o egzemplarze. Ja mówię o swoich doświadczeniach no i
284 byliśmy uważani za takich, którzy potrafili te materiały ściągnąć. Poza tym pula
285 dewizowa na prenumeratę czasopism była dzielona przez, była taka Fundacja
286 Nauki Polskiej i Fundacja Rozwoju Biblioteki, przepraszam, może już teraz-
287 która dostawała z KBN-u określone, Komitetu Badań Naukowych, środki na
288 prenumeratę i proszę pani ja czasami (...).

289 **I: Jeśli chodzi jeszcze o utworzenie polskich ustaw o bibliotekach, jakie**
290 **znaczenie miała finansowa sytuacja państwa?**

291 E1: Olbrzymie.

292 **I: Olbrzymie?**

293 E1: Olbrzymie. Nie powiem o bibliotekach publicznych, (...). Proszę panią, jeżeli
294 chodzi o nas to ja miałem takie źródła finansowe, za moich czasów, teraz to
295 wygląda inaczej, ale to możemy koleżanki podpytać jak to w tej chwili wygląda,
296 bo inaczej to jest teraz. Proszę panią to wyglądało w ten sposób, że była tak
297 zwana dotacja dydaktyczna na uczelni na studenta no i wtedy się szło do
298 dziekanów i mówiło – chcecie żeby podręczniki studenci mieli w bibliotece? No
299 chcemy. No dajcie. I problem był wzajemnych życzliwości, znaczy dziekani na
300 ogół rozumieli żeby- jak nam dadzą nie będzie mniej podręczników no i ja nie
301 mogę powiedzieć, że ktoś tego nie rozumiał. Starliśmy się tą dotację dydaktyczną
302 podzielić w taki sposób żeby trochę podręczników kupować. Tych podręczników
303 zawsze było w bibliotece za mało. No studenci kserowali, kopiowali, legalnie,
304 nielegalnie, zresztą przed `94 rokiem u nas nie obowiązywała ustawa o prawie
305 autorskim, dlatego po `94 roku, zresztą ja (...).Tak, ale proszę panią sprawa
306 finansowania należała do organizatorów. Tam wskazywałem pani, że organizator
307 zabezpiecza i organizatorem był- nie było napisane, kto jest organizatorem
308 biblioteki szkoły wyższej, ale rozumieliśmy, że senat, że najwyższa władza- było
309 też dziwne, bo wszędzie jest napisane, kto tworzy wydziały, kto tworzy, w
310 ustawie o szkolnictwie wyższym, katedry, nigdzie nie piszą, kto tworzy
311 bibliotekę, bo uważano, że ona musi być, że bez niej- ustawa o niej nie-
312 wspomina o niej, mówi, że jest-

313 **I: Ale to znaczy, że państwo uchwaliło ustawy-**

314 E1: O szkolnictwie wyższym-

315 **I: Tak, nie tylko o szkolnictwie wyższym tylko wszystkie ustawy – dekret i**
316 **kolejne-**

317 E1: I wskazywało, kto jest zobowiązany do finansowania.

318 **I: Ale państwo wiedziało, że się nie ma tak wiele pieniędzy i tak i tak**
319 **uchwaliło ustawę.**

320 E1: No co miało zrobić? No musiało.

321 **I: Dlaczego musiało?**

322 E1: No przecież musiało kogoś zrobić odpowiedzialnego za dostarczenie tych
323 pieniędzy. Proszę panią państwo przydzielało na poszczególne województwa,
324 kiedyś jeszcze jak była centralna gospodarka, pewną pulę pieniędzy i dawało
325 jednocześnie pewne wytyczne żeby na kulturę, na oświatę, na to, na tamto, na
326 owo i proszę panią również były tak zwane wskaźniki budżetowe przy podziale
327 budżetu i kierowało się pewnymi wskaźnikami budżetowymi, które w
328 bibliotekach kształtowały się- znaczy wyglądały tak, że były to albo liczba
329 bibliotek albo liczba użytkowników, znaczy jedno i drugie kompatybilne było, na
330 przykład jak ja (...) I problem polegał na tym, że walka była nie o wskaźniki, bo
331 one wynikały z natury rzeczy, walka była o to żeby jak najwięcej pieniędzy na
332 poszczególne wskaźniki znaleźć. Jak to wyglądało w bibliotekach publicznych?
333 Nie wiem. Natomiast w uczelni to wyglądało w ten sposób, że z jednej strony
334 były pieniądze na liczbę studentów, bo to był wskaźnik i to była tak zwana
335 dotacja dydaktyczna, o której myśmy mówili, a z drugiej strony były pieniądze na
336 działalność badawczą przydzielane przez Komitet Badań Naukowych. Po prostu
337 tutaj ten podział środków zależał od kategoryzacji uczelni, znaczy były uczelnie
338 lepsze, gorsze, lepsze dostawały więcej, gorsze dostawały mniej pieniędzy. I
339 trzecie źródło to jest to, o którym ja mówiłem, to jest to stukanie przez dyrektora
340 biblioteki do różnych instytucji żeby coś dorzucili do tego interesu, ale ustawa
341 mówiła wyraźnie, że organizator ma obowiązek zapewnić środki na finansowanie
342 bibliotek i jeżeli pani pyta, jaki jest udział, znaczy co ma ustawa wspólnego do
343 finansowania to tu jest napisane, artykuł 9 – organizator zapewnia warunki
344 działalności i rozwoju biblioteki- organizator ma obowiązek zapewnić – lokal,
345 środki na wyposażenie, prowadzenie działalności bibliotecznej, zwłaszcza na
346 zakup materiałów bibliotecznych oraz na doskonalenie zawodowe. Czyli państwo
347 wskazywało – za biblioteki publiczne odpowiada Urząd Wojewódzki, to się
348 wtedy nazywało Prezydium Wojewódzkiej Rady Narodowej, zresztą różnie to się
349 nazywało. Za biblioteki naukowe poszczególne uczelnie. I tyle ustawa ma
350 wspólnego z finansowaniem, po prostu państwo nie- przerzucało ten obowiązek
351 na organizatorów, ale nie można powiedzieć, że zostawiało ich bez środków, bo
352 przydzielając budżet jednocześnie dawało na każdą działalność dotację. Z tym że
353 tak jak w publicznych to szło na biblioteki, na ilość użytkowników to u nas to
354 przychodziło, dotacja dydaktyczna, na liczbę studentów. O kategoryzacji to już

355 raczej musiałyby pani (...) porozmawiać, bo w tej chwili biblioteki są bardzo
356 zaangażowane w działania na rzecz wykazania kategorii bibliotecznych, do jakiej
357 kategorii, przepraszam, należy dana uczelnia.

358 **I: Jeszcze inne pytanie, jakie grona wywierały znaczący wpływ na**
359 **utworzenie ustaw o bibliotekach?**

360 E1: Za moich czasów (...) przede wszystkim Stowarzyszenie Bibliotekarzy
361 Polskich, aktyw biblioteczny, osoby zaangażowane w działalność biblioteczną. W
362 tych latach, w których ja (...) bardzo żeśmy starali się o to, żeby to nasz głos był
363 wysłuchiwany. To było z jednej strony bardzo trudne, bo były to nie najciekawsze
364 czasy, z drugiej strony było to o tyle łatwe, że w tamtych czasach się mówiło o
365 tak zwanym froncie ideologicznym i na ideologię pieniądze musiały być, a
366 biblioteki się trochę w tej ideologii mieściły, więc było łatwo pewne rzeczy-

367 **I: Tak?**

368 E1: No tak, bo kultura to jest element ideologii, nie? Jak to mówili, przepraszam,
369 bo pani marksizmu się nie uczyła, a ja musiałem, jest baza i nadbudowa, prawda.
370 Bazą jest ustrój a żeby ustrój funkcjonował, musi być nadbudowa i my byliśmy
371 elementem nadbudowy, (śmiech).

372 **I: A tak grona literackie czy one też-**

373 E1: Nie, nie.

374 **I: Wcale nie?**

375 E1: Proszę panią, jeżeli chodzi o literatów (...) na pewno jakiś wpływ na to był,
376 ale na innej zasadzie. Myśmy, znaczy bibliotekarze (...) zapraszali literatów,
377 którzy mieli wzięcie w rejonie, stwarzaliśmy koło osoby szum i potem
378 mówiliśmy – my musimy kupić książki tego literata. Ale to nie to, że ten literat
379 się starał o nas- dla nas o pieniądze to myśmy stwarzali aurę, że ten literat jest tak
380 poczytny, dorabiało się ogon psu, prawda, w obecnych czasach, w ustroju, że to
381 jest taki dobry literat, umacnia świadomość społeczną- wie pani to trzeba było-
382 cudowało się, jak to się mówi, ale to dawało rezultaty.

383 **I: Jakie inne okoliczności wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o**
384 **bibliotekach?**

385 E1: No proszę panią inna okoliczność, podstawowa okoliczność, że jak był dobry
386 początek stworzony przez dekret, to uważano, że już inaczej być nie może, czyli
387 że trzeba to kontynuować i tragedia polegała tylko na sporach pomiędzy nami czy

388 ustawa o bibliotekach jest jeszcze, na dzisiaj nawet ten spór jest aktualny (...) czy
389 ustawa jest obecnie potrzebna, bo jeżeli sprawy szkolnictwa wyższego reguluje
390 ustawa o szkolnictwie wyższym, jeżeli sprawy bibliotek publicznych o
391 organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej, jeżeli o bibliotekach
392 szkolnych sprawa o organizowaniu systemu oświaty. To rodzi się pytanie – czy
393 jest potrzebne? Ja uważam, że tak. Uważałem, że trzeba gdzieś to wszystko
394 zebrać, uporządkować i stworzyć taką sytuację ażeby przepisy w ustawie o
395 szkolnictwie wyższym, O organizowaniu- (...) oczywiście ustawa o systemie
396 oświaty jest niezbędna, ale żeby one w jakiś sposób wynikały, żeby to były, te
397 artykuły mówiące o bibliotekach, były *lex specialis* w odniesieniu do *lex*
398 *generalis*, do *legi generalis*, żeby łaciny tutaj nie kaleczyć.

399 **I: Czy były jakieś okoliczności, które przysparzały trudności w utworzeniu**
400 **ustaw o bibliotekach?**

401 E1: Proszę panią trudności polegały na tym, że władza w poszczególnych
402 okresach, kiedy się wtrącała w nasze sprawy, miała inne zdanie w wielu sprawach
403 i no trzeba się było dotrzeć. Z tym że, tak jak mówiłem, nam się udawało dotrzeć
404 w tamtych czasach, bo wykorzystywaliśmy słabości intelektualne i ideologiczne
405 władzy, co niestety nie udaje nam się teraz (...).

406 **I: A w dawnych czasach?**

407 E1: Wie pani doprowadziliśmy do opracowania stowarzyszeniowego projektu
408 ustawy o bibliotekach. Uważamy i uważaliśmy, że oczywiście usterki są,
409 dyskutować było trzeba, ale ta ustawa powinna być bazą do dyskusji.
410 Ministerstwo to odrzuciło, zresztą (...) nie zapomnę, zwołał pan minister
411 posiedzenie wszystkich dyrektorów wojewódzkich bibliotek publicznych, wtedy
412 było ich 49, bo tyle województw w Polsce było i proszę panią tu przemawiam w
413 imieniu wszystkich dyrektorów, że to jest do niczego, że macie złe pomysły i
414 gadka, gadka, gadka, przerwa, wszyscy przychodzą do mnie – niech pan nie
415 wierzy ministrowi, my mamy zupełnie inne zdanie w tej sprawie no, ale przecież
416 my jemu podlegamy, my nie możemy powiedzieć, że nie. Jest taki pan, jeszcze
417 żyje, ale mojego pokolenia (...) słyszała pani takie nazwisko?

418 **I: Tak.**

419 E1: (...) długo z nami współpracował, aż mu minister nie- zakazał, bo on był od
420 spraw bibliotek w Ministerstwie Kultury. No i potem, chociaż był na tyle

421 przyzwoity, że milczał. No, bo był w głupiej sytuacji. ale niech pani sobie
422 wyobrazi taką sytuację, że za czasów komuny, jak to brzydko mówią, w
423 Ministerstwie Kultury był wydział bibliotek, teraz nie ma nikogo, kto się
424 bibliotekami w Ministerstwie Kultury zajmuje, tak doraźnie jest jakiś
425 departament mecenatu państwa i tam ktoś marginalnie sprawami bibliotek się
426 zajmuje. Dla mnie biblioteki są- (...) że są bardzo ważne i powinien tam być ktoś,
427 kto się tym zajmuje. Mówię, dawniej był wydział. Mało tego, w Ministerstwie
428 Szkolnictwa Wyższego również była grupa ludzi, (...) no i myśmy mieli wpływ
429 na to co się dzieje w szkolnictwie wyższym. Mało tego, w 1981 roku albo '80,
430 przepraszam, zebrało się w Uniwersytecie Warszawskim w bibliotece
431 Uniwersytetu Warszawskiego gremium bibliotekarzy, organizatorem tego
432 spotkania była Solidarność, (...) i była dyskusja na temat zapisów w ustawie O
433 szkolnictwie wyższym przygotowywanej wtedy na temat bibliotek (...) i te
434 przepisy weszły do ustawy, tej uchwalonej w stanie wojennym bez zmian, to
435 znaczy, że były bezpartyjne i obowiązywały przez- w tej ustawie z '82 roku O
436 szkolnictwie wyższym i w tej następnej. A teraz już zostały zmienione.

437 **I: Następne pytanie-**

438 E1: Dam pani taki przykład, w tej ustawie było napisane, że dyrektorem
439 biblioteki musi być bibliotekarz dyplomowany, przychodzą do nas profesorowie i
440 mówią – no dobrze, ale przecież w takiej bibliotece Uniwersytetu Jagiellońskiego
441 profesorowie są no przecież nie żądajcie żeby profesor zdawał egzamin na
442 dyplomowanego, to u niego się ten, co jest prawdą, u niego się ten egzamin zdaje,
443 bo on zawsze był członkiem tej komisji, to dopisaliśmy – bibliotekarze
444 dyplomowani lub posiadający odpowiedni tytuł naukowy. Proszę panią
445 przychodzi to do sejmu kolejnego i jakiś mądry profesor mówi – co ci
446 bibliotekarze- wpisać, wykreślić tytuł, napisać stopień. A ludzi ze stopniem
447 naukowym są tysiące w Polsce. Ja bardzo przepraszam, ale co archeolog,
448 znakomity archeolog wie o bibliotekarstwie? I to samo w tej chwili biblioteki
449 naukowe publiczne musi być zatrudniona osoba ze stopniem naukowym. Stwarza
450 to sytuację omijania- ruchów pozornych, bo zatrudnią na pół etatu doktora, ale
451 czy on to będzie się znał na bibliotekach? Proszę panią dla mnie bibliotekarstwo
452 to jest rzemiosło, to rzemiosło. Ja nie myślę- trzeba terminować, trzeba zdobyć
453 papiery czeladnicze i trzeba być mistrzem i dla mnie ci dyplomowani to byli

454 mistrzowie w zawodzie, a w tej chwili to się zdeprecjonowało, że każda osoba
455 posiadająca stopień naukowy jest więcej niż mistrz. Dla mnie, przepraszam
456 panią, że się doktoryzuję, ja mam do doktoratów własne zdanie, o doktoratach,
457 (...)

458 **I: Do następnego pytania-**

459 E: A ja mogę coś panią zapytać przy okazji?

460 **I: Tak.**

461 E1: Bo mnie ta rzecz interesuje. (...)

462 **I: Następne pytanie, jakie postanowienia ustaw o bibliotekach uważa pan za**
463 **sensowne?**

464 E1: Sensowne?

465 **I: Tak. Jakie? Jakie postanowienia?**

466 E1: Bardzo dużo.

467 **I: Tak?**

468 E1: Przede wszystkim zadania, przecież co wyróżnia biblioteki spośród innych
469 placówek kulturalnych? Zadania. Po drugie, bardzo ważne jest określenie, kto w
470 państwie odpowiada za stworzenie bibliotek. Tam jest rozdział o organizatorach,
471 prawda. Po trzecie, podstawy prawne do tworzenia struktur wewnętrznych, to są
472 te regulaminy organizacyjne oraz do stanowienia regulaminów łączących-
473 stanowiących o sytuacji użytkownika, tak zwane regulaminy zakładowe. Ja też
474 pisałem kiedyś, zresztą w książce mojej pani znajdzie na ten temat, to jest kolejna
475 sprawa. Dalej, status pracownika, kategoryzacja- znaczy podział na rodzaje
476 bibliotek. To jest bardzo ważne moim zdaniem.

477 **I: W jakim stopniu jest to sensowne?**

478 E1: Proszę?

479 **I: W jakim stopniu?**

480 E1: W znaczącym, z tego powodu, że z góry wiadomo, że na przykład
481 utrzymanie bibliotek publicznych jest zadaniem samorządu terytorialnego poza
482 kilkoma bibliotekami, które są bezpośrednio z budżetu państwa utrzymywane, na
483 przykład Biblioteka Narodowa, znaczy z budżetu Ministerstwa Kultury, a tu
484 biblioteki wojewódzkie publiczne wojewodowie- urzędy- to się inaczej nazywa,
485 żeby być precyzyjnym, jest urząd marszałkowski, jest marszałek województwa i
486 marszałek województwa dokonuje podziału środków na kulturę, są urzędy

487 powiatowe, które utrzymują biblioteki powiatowe i w końcu są urzędy gminne,
488 które utrzymują biblioteki gminne. Trend do ograniczania środków na kulturę
489 spowodował, że domagali się, żeby zlikwidować przepisy mówiące o
490 samodzielności bibliotek, na co pani zwróciłem uwagę przy artykule 13 ustawy,
491 żeby biblioteki można było włączać do innych kulturalnych placówek i to
492 przeszło przy naszym olbrzymim, bibliotekarskim, sprzeciwie. O pracownikach
493 już mówiłem, poza tym jest to podstawa prawna do tworzenia bibliotek w
494 zakładach zamkniętych, na przykład w więzieniach, w szpitalach. Nie wymyślę,
495 ale jakbym długo pomyślał to bym jeszcze parę miejsc tu wskazał, bibliotek dla
496 niewidomych. Podstawy prawne działania tych zakładów publicznych znajdzie
497 pani w ustawie o bibliotekach.

498 **I: W jakim stopniu były sensowne regulacje dotyczące kwalifikacji**
499 **pracowników?**

500 E1: Proszę panią ja jestem gorącym zwolennikiem kontroli kwalifikacji
501 pracowniczych. Z tego powodu, że uważam, że każdy zawód- do każdego
502 zawodu dochodzi się w wyniku uzyskania pewnych kwalifikacji. Powiedziałem,
503 że mam trochę rzemieślnicze podejście do sprawy, bo uważam, że ja dostaję
504 terminatora, którego uczę, następnie wyzwalam go i mianuję go bibliotekarzem,
505 bo przychodzi, jako pomocnik bibliotekarski czy jako młodszy bibliotekarz,
506 zostaje bibliotekarzem, może już samodzielnie wykonywać pewne zadania, ale
507 jednocześnie pod nadzorem starszego bibliotekarza lub kustosza. To są ci starsi
508 czeladnicy, że tak powiem, no i jest ta grupa mistrzów – bibliotekarze
509 dyplomowani. I proszę panią dotychczas jak pani prześledzi przepisy to pani
510 zobaczy, że to tak w tych przepisach bibliotekarskich jest. Zdaje się, że
511 Wojciechowski to pokazuje.

512 **I: A w jakim stopniu są sensowne-**

513 E1: O, niech pani zobaczy – w sprawie wymagań kwalifikacyjnych
514 uprawniających do zajmowania określonych stanowisk w bibliotekach i tu pani
515 ma ten podział. Oczywiście ja żartuję z tym terminatorem, czeladnikiem, ale tam
516 mamy wyraźny podział – młodszy bibliotekarz, bibliotekarz starszy, bibliotekarz
517 kustosz i u nich jest jeszcze w publicznych – starszy kustosz, u nas tego nie ma,
518 bo u nas starsi kustosze to są ci dyplomowani proszę panią. I niech pani jeszcze
519 na jedną rzecz tu spojrzysz, mówiłem o tak zwanych przepisach wykonawczych do

ustawy, na podstawie artykułu 29, ustęp 4 proszę panią i tu pani ma w ustawie
artykuł 29, ustęp 4 – minister właściwy do spraw kultury i ochrony dziedzictwa
narodowego określi w drodze rozporządzenia wymagania kwalifikacyjne
uprawnijające do zajmowania określonych stanowisk z bibliotekach oraz tryb
stwierdzania tych kwalifikacji uwzględniając potrzebę profesjonalnego
wykonywania zadań. To był bardzo dobry przepis. Ten przepis został uchylony.
Teraz jest jeden przepis, który mówi – bibliotekarzem może zostać tylko ta osoba,
która posiada wykształcenie średnie. Proszę panią no ja większego (...) w życiu
nie spotkałem, bo wykształcenie średnie to jest nawet- bez matury się ma
wykształcenie średnie.

**I: W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące organów doradczych i
opiniodawczych?**

E1: Proszę panią to jest bardzo potrzebne z tego powodu, że nikt nie jest
mędrcem pańskim, problem polega na tym, że tym organom opiniodawczym
trzeba dać jakąś sankcję, to znaczy możliwość sankcjonowania pewnych uchwał,
które zapadną jednomyślnie przeciwko dyrektorowi czy komuś. Tu nie chodzi o
to, że oni mogą zmienić polecenie dyrektora, ale żeby jednak oni mieli
możliwość się odnieść wyżej czy zmusić dyrektora żeby jeszcze raz przemyślał
swoją- ale to już jest sprawa regulaminu wewnętrznego tego organu. Ja jestem za,
generalnie odpowiedź moja jest pozytywna. A poza tym nikt nie jest, proszę
panią, jeżeli ja na przykład dostaję pewną pulę pieniędzy na podwyżki, prosta
sprawa, to ja jej nigdy sam nie podzielę, ja zapraszam zawsze kierowników
działów, no jeszcze związki zawodowe zapraszam, bo tak trzeba, (...) no i
radzimy – ten jest dobry, ten się jeszcze musi nauczyć to temu damy 300, temu
damy 200, temu 100, a temu nic nie damy, bo sobie nie zasłużył. Jak to było w
tym wierszyku dla dzieci – a temu nic nie dała tylko łepiek urwała i poleciała. Zna
pani-

I: Nie.

E1: No to dzieci w Polsce taki wierszyk mówią. Tu srocza kaszkę ważyła w
ogonek się sparzyła, jednemu dała na miseczkę, jednemu na łyżeczkę, trzeciemu
garnuszek, czwartemu dzbanuszek, a piątemu to nic nie dała tylko łepiek urwała i
poleciała. No i to tak jest z tym dzieleniem pieniędzy. Ale ja uważam, że dyrektor
musi mieć jakiś organ doradczy.

553 **I: W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące struktur i utworzenia**
554 **bibliotekarstwa?**

555 E1: W rozumieniu ustawowym czy w rozumieniu wewnętrznym?

556 **I: W ustawowym, może i w wewnętrznym też.**

557 E1: Jeżeli chodzi o ustawowe to ta struktura polega na typie bibliotek, na
558 rodzajach bibliotek. Mamy grupę bibliotek publicznych, naukowych i tutaj proszę
559 panią problem struktury wynika przy publicznych z terytorialnego podziału kraju,
560 województwo, powiat, gmina. Jeżeli chodzi o uczelnię tam jest tylko element
561 miejsca biblioteki w strukturze uczelni. Na przykład taki był zapis, w tej chwili
562 już go chyba w ustawie nie ma, że biblioteka jest ogólnouczelnianą jednostką
563 naukowo-badawczą i dydaktyczną. Miejsce w strukturze. Podstawową jednostką
564 organizacyjną uczelni jest wydział, a biblioteka jest ogólnouczelniana, czyli
565 ponad wydziałową jednostką organizacyjną. No w tym rozumieniu. Jeżeli chodzi
566 na przykład o strukturę wewnętrzną to ona wynika z podziału zadań, dla
567 przykładu w bibliotece za moich czasów były tylko dwa oddziały – oddział
568 zbiorów i oddział obsługi użytkownika, teraz koleżanki to rozmieniły bardziej na
569 drobne, zresztą krytykowały, bo więcej kierowników teraz jest, ja miałem inną
570 strukturę po prostu, byłem ja – pan i władca i było dwóch zastępców, był od
571 spraw gromadzenia zbiorów, drugi był od spraw obsługi użytkownika. W tej
572 chwili jest tak, że jest dyrektor, nie ma zastępcy natomiast ma kilku kierowników
573 odpowiedzialnych za poszczególne działy i jeżeli dyrektor z jakiegoś powodu jest
574 nieobecny no to któryś z kierowników jest wyznaczany, jako pełniący obowiązki
575 dyrektora. No ja byłem przywiązany do mojego systemu, nie chcę krytykować
576 tego, co zrobiły koleżanki. Ludzie są za strukturą płaską, bo jest więcej
577 kierowników, więcej dodatków funkcyjnych. Wie pani no to się wszystko liczy, ja
578 ich rozumiem. Ja jestem zwolennikiem struktury strumieniowej.

579 **I: Dobrze. W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitego systemu**
580 **bibliotecznego?**

581 E1: Krajowego?

582 **I: Tak.**

583 E1: Proszę panią musiałaby pani sięgnąć do naszych projektów ustawy, nie wiem
584 czy do tego pani dotarła kiedyś, w Bibliotekarzu były te projektu, po prostu
585 uważaliśmy, że my mamy jakieś wspólne zadania, te wspólne zadania to przede

586 wszystkim służba użytkownikowi i my musimy wypracowywać takie metody
587 działania ażebyśmy mogli korzystać ze zbiorów innych bibliotek obsługując
588 swojego użytkownika i na przykład był taki system wypożyczeń
589 międzybibliotecznych. Ja nie wiem czy to teraz funkcjonuje. Na pewno
590 funkcjonuje w uczelniach naukowych, bo dziewczyny sobie- znaczy
591 wypożyczają sobie biblioteki. Był system wymiany międzybibliotecznej. Ja
592 miałem czegoś pięć a wystarczą mi trzy to ja tobie te dwie- ogłaszaliśmy – mamy
593 do zbycia dwa egzemplarze czegoś tam, a ktoś inny mówił – a my mamy do
594 zbycia jeden egzemplarz i pisali- robiliśmy sobie tak zwane wzajemne
595 darowizny. W tej chwili się nawet fiskus w to wtrącił, ponieważ powiedział, że
596 darowizna to jest opodatkowana w naszym kraju i musimy podatek płacić i to
597 padło, ta wymiana międzybiblioteczna padła. Wpływy do fiskusa są żadne a
598 problem, jaki jest każdy widzi.

599 **I: W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej polityki**
600 **bibliotecznej?**

601 E1: Nie zauważyłem w ogóle, wie pani, jednolitej polityki bibliotecznej,
602 ponieważ każda grupa bibliotek ma własne zadania i w stosunku do tych zadań
603 musi kształtować politykę swojego działania. Tam- znowu się odwołam do
604 bibliotek, z którymi jestem związany. Nasza polityka jest taka, że musimy
605 wzajemnie jak najlepiej obsłużyć naszego użytkownika, że musimy jak
606 najszybciej dostarczyć mu to wszystko, co do niego dotarło, że jest coś- bo my
607 sami tego nie znajdziemy na świecie, ale on ma sygnały i on mówi – słuchajcie
608 jest taka praca, ja jestem tym zainteresowany. Naszym zadaniem jest uzyskanie
609 tego dokumentu, tego materiału bibliotecznego, który on potrzebuje. Proszę panią
610 w czasach, kiedy było najgorzej z tym dostępem do literatury myśmy,
611 bibliotekarze, dyrektorzy bibliotek (...) uchwaliliśmy ścisłą współpracę.
612 Stworzyliśmy właśnie tak zwaną Konferencję Dyrektorów Bibliotek Wyższych
613 (...) i owocem tej konferencji są coroczne spotkania, nie tylko dyrektorów
614 bibliotek, bo są spotkania dyrektorów bibliotek, ale również spotkania
615 kierowników poszczególnych branżowych działów bibliotek, następuje wymiana
616 doświadczeń, oczywiście na te konferencje każdy przygotowuje jakieś referaty,
617 są spotkania i to ma i część oficjalną, referatową, naukową, nazwijmy to, a
618 jednocześnie wieczory są przeznaczone na spotkanie w jakimś lokalu, wymiana

619 tych doświadczeń i my tą własną wewnętrzną politykę kształtujemy dla swojej
620 grupy bibliotek. Ale sprawa idzie dalej. To co myśmy zrobili spodobało się
621 również innym bibliotekarzom i utworzono Konferencję Dyrektorów Bibliotek
622 Akademickich Szkół Polskich i taka konferencja się zbiera raz na rok, już bez
623 branżowców tylko sami dyrektorzy i też nakreśla pewne zasady wspólnego
624 działania. Mało tego, prezydium czy tam zarząd ten konferencji idzie do ministra
625 już nie kultury, bo z tymi ministrem nie mamy nic wspólnego i nie mamy ochoty
626 mieć nic wspólnego, ale do naszego ministra i się wyklóca o pewne rzeczy,
627 uzgadnia pewne rzeczy. Czasem coś załatwi pozytywnie, czasem niestety nie. Na
628 przykład mieliśmy taki problem- z nami się mało, niestety, władza liczy. W
629 czasach Solidarności, zaraz po stanie wojennym dokonano takiego podziału w
630 bibliotece na pracowników, którzy mają status pracowników dydaktycznych,
631 którzy kształcą studentów, co jest prawdą, którzy są zrównania w swoich
632 prawach i obowiązkach z pracownikami dydaktycznymi. To funkcjonowało przez
633 15 lat i w roku 2005, chyba dobrze mówię, weszła w życie nowa ustawa Prawo o
634 szkolnictwie wyższym, która odebrała tym pracowników status dydaktyczny,
635 zadania nie, bo zadania dalej są te same, nasi pracownicy prowadzą dalej zajęcia
636 z przysposobienia bibliotecznego, (...) ale odebrano im te uprawnienia, które no
637 pozwalały im się czuć pracownikami dydaktycznymi, czyli mniej więcej
638 zrównani byli z wykładowcami szkoły wyższej. No buntowali się, w sądach
639 zapadały pozytywne dla nas wyroki, że praw nabytych się ludziom nie- praw
640 słusznie nabytych nie wolno w demokratycznym państwie prawnie odebrać. Są
641 wyroki sądowe, są orzeczenia rzecznika praw obywatelskich, są decyzje (...), nie
642 przejęli się tym nasi wybitni, mądrzy posłowie i przeszli nad tym do porządku
643 dziennego. Tak samo jak przeszli do porządku dziennego, że praktycznie
644 dyrektorem biblioteki naukowej może być każdy byle senat zweryfikował jego
645 uprawnienia, dawniej musiał być dyplomowany, a teraz albo ma stopień naukowy
646 albo jest bibliotekarzem dyplomowanym, ale dyplomowanych teraz mianuje
647 senat. To jest instytucja, która świetnie orientuje się w kwalifikacjach
648 bibliotekarskich i proszę panią no pogorszyła się ta sytuacja. No może ja na
649 starość się zrobiłem pesymistą i męczę tutaj i zwracam pani głowę.

650 **I: Nie, nie. Jeszcze jedno pytanie, jak ocenia pan jakość postulatów ustaw o**
651 **bibliotekach?**

652 E1: Przepraszam?

653 **I: Postulatów. Jakość postulatów.**

654 E1: Ale ja przepraszam nie bardzo rozumiem pytanie.

655 **I: Jak ocenia pan, co jest-**

656 E1: W ustawie o bibliotekach nie ma postulatów, to są normy prawne.

657 **I: No to normy prawne.**

658 E1: Obecnych?

659 **I: W dekrete i-**

660 E1: Bo były trzy- mamy trzy ustawy – dekret, do którego ja się nie
661 ustosunkowuję, bo ja go oceniam bardzo pozytywnie, ale po prostu-

662 **I: Ale w czym ocenia pan to? Jak ocenia-?**

663 E1: Proszę panią ja oceniam negatywnie tą ostatnią ustawę, że ona była pisana
664 bez udziału bibliotekarzy przez urzędników i wieje z niej nieznaną fachu
665 bibliotekarskiego.

666 **I: Nie. Jak ocenia pan jakość? Jakość?**

667 E1: Tej ostatniej ustawy negatywnie.

668 **I: A o dekrete? Co myśli pan o dekrete?**

669 E1: Dekret oceniam bardzo pozytywnie, ponieważ nic lepszego w '46 roku nie
670 mogło powstać. Ustawę z '68 roku oceniam pozytywnie, ponieważ jest dziełem
671 wybitnych umysłów bibliotekarskich natomiast w '97 roku nam bibliotekarzom
672 odebrano możliwość stanowienia prawa i to jest akt urzędniczy. I moje (...) uwagi
673 (...) są znane pani, bo pani czytała to.

674 **I: Na jakie treści zwróciłby pan uwagę przy kształtowaniu nowej ustawy?**

675 E1: Jak już powiedziałem pani (...). Ale jeżeli miałabym, gdybym miał te 20 lat
676 mniej powiedzmy i to moje doświadczenie to przede wszystkim zwróciłbym
677 uwagę na problem stworzenia jednolitego organu koordynującego działalność
678 bibliotek. Mamy tu bardzo dobre przykłady w skandynawskim bibliotekarstwie,
679 gdzie są agencje do spraw bibliotecznych przy naczelnym organach władzy-
680 rządowych. Wiem, że w Danii takie coś funkcjonuje, wiem, że w Szwecji te
681 rzeczy są, że są pełnomocnicy, na przykład w rządzie jest jakiś pełnomocnik do
682 spraw bibliotekarstwa, który jest też koordynatorem tych rzeczy. Ja uważam, że u
683 nas powinien być jakiś urzędnik, organ, człowiek czy zespół, mały zespół ludzi,
684 wcale nie na etatach albo jeden byłby na etacie, a reszta byłaby społecznymi

685 działaczami, który by doradzał temu organowi, który integrowałby naszą
686 działalność bibliotekarską. Po drugie, podniósłbym rangę Stowarzyszenia
687 Bibliotekarzy Polskich. Uważam, że to co się dzieje, nie wiem co (...) na ten
688 temat powie, ale mnie się to nie podoba, ta ranga jest coraz niższa. Ludzie w tej
689 chwili cały czas zastanawiają się nad tym co nam stowarzyszenie daje? Kiedyś
690 stowarzyszenie dawało, przepraszam w tym sensie, że organizowało konferencje,
691 teraz też organizuje, ale dawniej ministerstwo przydzielało na te konferencje
692 środki, a teraz jak ja chcę wziąć udział w warsztatach czy w konferencji to ja
693 muszę mieć albo własne środki albo uzyskać środki z mojej biblioteki, a to jest
694 zasadnicza różnica, bo jeżeli jest bryndza w bibliotece to mnie po prostu na takie
695 spotkanie nie wyślą, a dawniej były środki centralne, była jakaś pula możliwości
696 (...) W tej chwili jak gdzieś jedziemy na jakieś spotkanie to trzeba z własnej
697 kieszeni zapłacić za dojazd albo mieć delegację służbową z własnej instytucji.
698 Nie wszyscy bibliotekarze są tacy bogaci (...) w każdym razie bibliotekarze są
699 biedni. Nie ma, praktycznie nie ma bibliotekarzy, poza dyrektorami bibliotek,
700 którzy przekraczają średnią płacę w tym państwie. Gdzieś pobory bibliotekarskie
701 kończą się na 3 tysiącach złotych. Średnia płaca to jest ponad 4 tysiące złotych.
702 Ja nie potrafię pani teraz dokładnie powiedzieć jak to jest, bo kiedyś żeśmy stale
703 się licytowali, kto, ile zarabia, teraz jest sprawą osobistą zarobki i nikt się tym nie
704 chwali, nie wolno zbierać już danych o zarobkach. W każdym razie
705 spauperyzowaliśmy się i o to- organizowałbym szkolenia, spotkania, konferencje
706 dotowane przez, w rozsądny sposób, dotowane przez państwo. Organizowałbym
707 wymianę międzynarodową. Proszę mi wierzyć, że myśmy mieli lepszą wymianę
708 międzynarodową w dawnych czasach niż teraz. (...) Proszę panią tak że ja
709 uważam, że to- myśmy powinni stwarzać możliwość wyjazdów naszym
710 koleżankom i kolegom do innych bibliotek i pokazywać, naprawdę warto, jest co
711 pokazać u nas tu w Polsce. Zresztą sugerowałbym przerwę i spacer po
712 bibliotece. Dużo pani ma jeszcze pytań?

713 **I: Ja jeszcze mam jeden kompleks tematyczny.**

714 E1: Czyli moglibyśmy zrobić przerwę?

715 **I: Możemy zrobić przerwę.**

716 (przerwa: 30 minut)

717 **I: Tak, gdzie żeśmy skończyli? Aha, jeszcze jedno całkiem ciekawe pytanie,**
718 **jakie sprawy powinny być pana poglądem uregulowane w ustawie a jakie w**
719 **aktach wykonawczych do niej?**

720 E1: Proszę panią zasadą regulacji ustawowej przepisów wykonawczych i
721 tworzenia przepisów wykonawczych jest to żeby w ustawie było to, co jest
722 constans natomiast jeżeli coś jest zmienne pod wpływem jakichś czynników, nie
723 tylko czasowych, ale związanych z rozwojem danej dziedziny to co jest zmienne
724 powinno być w przepisach wykonawczych. Poza tym ustawa to jest przepis
725 generalny, on się nie może bawić w szczegóły. Jeżeli ja czytam przepis ustawowy
726 i tam jest delegacja do tworzenia na przykład- do wydania rozporządzenia o
727 kwalifikacjach bibliotekarzy z zastrzeżeniem, że te przepisy dotyczą różnych
728 resortów to wiadomo, że te rozporządzenia musi wydać odpowiedni resortowy
729 minister. I to odróżnia, że po prostu rozporządzenie jest przepisem bardziej
730 szczegółowym i odnoszącym się do bardziej konkretnej sytuacji. (...) Tu ja na
731 temat charakteru rozporządzeń, prawda, tu pani (...) znajdzie – ustawy,
732 rozporządzenia, prawda?

733 **I: Dziękuję.**

734 E1: Jedźmy.

735 **I: Ostatni kompleks tematyczny – realizacja ustaw o bibliotekach do roku**
736 **1999. W jakim stopniu kształtowały ustawy o bibliotekach bibliotekarstwo**
737 **do roku 1999?**

738 E1: Proszę panią w zasadzie wszystko to co było związane z bibliotekarstwem
739 kształtowało się w oparciu o ustawę o bibliotekach z wyjątkiem tego, co zostało
740 zaliczone do lex generalis, o tym mówiliśmy – lex specialis, lex generalis. I dla
741 przykładu ten lex specialis dotyczący szkolnictwa wyższego był fragmentaryczny
742 dotyczył tylko – czym jest biblioteka uczelniana, czym jest uczelniany system
743 biblioteczno-informacyjny, mówił o tym jak buduje się sieć uczelnianą
744 biblioteczno-informacyjną i mówił o kwalifikacjach- o tym, kto może zostać
745 dyrektorem bibliotek. Proszę panią natomiast ważne są również te przepisy, które
746 mówią o kwalifikacjach pracowników w oparciu o te przepisy wydawane były
747 przepisy szczegółowe z tym, że przez szereg lat w oparciu o ustawę o
748 bibliotekach wydane zostało tylko jedno rozporządzenie, rozporządzenie Rady
749 Ministrów, które sytuowało- określało sytuację bibliotekarza, więc i kwalifikacje

750 i uposażenia we wszystkich zakładach. To było rozporządzenie o pracownikach
751 upowszechniania kultury i tam była część muzealna i część biblioteczna i to
752 obowiązywało we wszystkich bibliotekach. Potem to zostało zmienione, że już
753 nie Rada Ministrów wydaje, to jeszcze za czasów chyba- w latach 80-tych
754 zmieniono, że już nie Rada Ministrów wydaje tylko poszczególni ministrowie te
755 rzeczy regulują. Nie miałem zastrzeżenia. Mówię, jedyne moje zastrzeżenie takie
756 bolesne dla mnie to było właśnie ukazanie się tej ustawy o organizowaniu i
757 prowadzeniu działalności kulturalnej, ponieważ uważam, że ona za bardzo
758 ingerowała w sytuację bibliotek publicznych. (...)

759 **I: W jakim czasie kształtowały ustawy o bibliotekach bibliotekarstwo**
760 **polskie?**

761 E1: W czasie swego obowiązywania, wie pani.

762 **I: Przez cały czas?**

763 E1: Tak. To znaczy od '46 roku do chwili dzisiejszej. Z tym, że proszę panią chcę
764 zwrócić pani uwagę na to, że w czasach, kiedy nie było ustawy o bibliotekarstwie
765 nie znaczy, że nie było przepisów o bibliotekarstwie. Bibliotekarze cały czas w
766 jakimś sensie drążyli skałę i wymuszali na władzach państwowych stanowienie
767 przepisów o bibliotekach, na przykład ta bolesna sprawa, do której stale wracam,
768 sprawa kwalifikacji została podniesiona już w czasach- w '31 roku ukazały się
769 pierwsze przepisy mówiące o, proszę panią, kwalifikacjach bibliotekarskich. (...)
770 Tak że jeżeli pani tego nie ma to proszę to włączyć do swoich materiałów.

771 **I: Dziękuję bardzo.**

772 E1: Poza tym proszę panią nie wiem czy pani zna- (Eksperta szuka interesujące
773 artykuły.)

774 **I: A w jakim zakresie kształtowane było bibliotekarstwo przez ustawy o**
775 **bibliotekach? W jakim zakresie?**

776 E1: No to wynika z treści tej ustawy, z treści dekretu czy z treści ustawy. (...)
777 jeżeli chodzi o tą ustawę z '97 roku, nie wiem czy to pani dotarła do tego to jest
778 (...) wystąpienie do sejmu w sprawie tej ustawy z '97 roku.

779 **I: Mam.**

780 E1: Ma pani to? Dobrze, (...) Patrzę co jeszcze pani mogłoby się przydać. Ustawy
781 o bibliotekach pani wszystkie ma to pani nie jest potrzebne. (...) Aha i teraz tak –
782 jak (...) odchodził na emeryturę została wydana księga pamiątkowa i tam jest (...)

783 Widzi pani to jest materiał, który powołało Stowarzyszenie Bibliotekarzy
784 Polskich, powołało Zespół do Spraw Opracowania Ustawy, prawda, tutaj- o (...)
785 żeśmy rozmawiali, ale ponieważ pani o tych czasach już nie będzie pisać to się
786 chyba pani to na nic nie przyda, ale jest – czy ustawa jest w ogóle potrzebna? Tu
787 są odpowiedzi na pewne pytania. A może to się pani przyda na coś.

788 **I: Może się i przyda.**

789 E1: Dam to pani.

790 **I: Dziękuję.**

791 E1: Dobrze? Bo to są materiały robocze, ja nie mam już więcej egzemplarzy, ale
792 jak będzie trzeba to poproszę to mi pani kiedyś przyśle z powrotem.

793 **I: Na pewno, dziękuję bardzo.**

794 E1: Myślę, że się pani jakoś z tym wszystkim zabierze. Co byśmy mogli jeszcze
795 zobaczyć? Przejrzemy może jeszcze moje notatki, nie? Ale może ma pani jeszcze
796 jakieś pytania, ja w międzyczasie zobaczę co tu mam.

797 **I: Ja mam jeszcze pytania, w jakim stopniu były przydatne ustawy dla**
798 **bibliotekarstwa do roku 1999?**

799 E1: Do roku 1999 przydatne?

800 **I: Przydatne, w jakim stopniu?**

801 E1: No proszę panią, więc tutaj musimy bazować wyłącznie na ustawie z 1968
802 roku i to wszystko, co ja dobrego mam do powiedzenia na temat tej ustawy to jest
803 właśnie ten element przydatności, że mówiła, kto odpowiada, porządkowała
804 pewne sprawy, systematyzowała i poza tym stwarzała podstawy prawne do
805 stanowienia przepisów o zawodzie bibliotekarza. To tak ogólnie bardzo mówiąc,
806 a w szczegółach oczywiście możemy się tutaj nad tym zatrzymać dłużej, tylko
807 nie chciałbym pani zanudzić.

808 **I: Nie, dla mnie to jest interesujące.**

809 E1: Ja (...).

810 **I: Nie.**

811 E1: Zna pani ten budynek?

812 **I: Ten budynek znam.**

813 E1: Więc wie pani, tutaj ma pani w artykuł 2, do kogo stosują się- to jest '68 roku
814 ustawa- poza tym tu ma pani w artykule 4 zadania bibliotek sprecyzowane, dalej
815 ma pani przepisy organizacyjne, kto finansuje i tak dalej, też ma pani tu

816 odpowiedź na te swoje pytania. Tu są te organy kolegialne – Rada Naukowa,
817 komisje biblioteczne i tak dalej i tutaj pani ma – organ sprawujący bezpośredni
818 nadzór nad biblioteką obowiązany jest zapewnić bibliotece odpowiednie warunki
819 działania i rozwoju a w szczególności dostarczyć lokal, wyposażenie, zapewnić
820 środki na prowadzenie działalności. Tu wszystko- ta ustawa z '68 roku była
821 ustawą kompleksową i moim zdaniem najlepszą. Tu ma pani – ogólnokrajowa
822 sieć biblioteczna i nie (...) biblioteki publiczne tylko biblioteki państwowe i
823 Polskiej Akademii Nauk i jej placówek, do których stosują się przepisy ustawy,
824 stanowią ogólnokrajową- i to było właściwe na tamte czasy, bo w tej chwili
825 biblioteki nie są państwowe w większości tylko samorządowe, prawda. I tu jest
826 wyraźnie powiedziane, że biblioteki państwowe, które podlegają jakiemuś
827 ministrowi stanowią sieć resortową, czyli mieliśmy sieć- myśmy mieli trzy sieci
828 biblioteczne wtedy – sieć państwową, resortową i terytorialną, bo jeszcze oprócz
829 tego myśmy tworzyli zgromadzenia bibliotekarskie w skali województw. To była
830 terytorialna sieć, ona już tu nie ma umocowania ustawowego, ale ona
831 funkcjonowała. Tu jest ten podział – dzielą się na naukowe, fachowe, szkolne,
832 pedagogiczne, publiczne i inne. Inny jest podział w dekreście, pani zauważy, że
833 tam jest inny podział, ale to jest podział na tamte czasy najlepszy, jaki można
834 było wtedy wymyślić, prawda. Tutaj jest wykaz, jakie przepisy wykonawcze są
835 niezbędne, też wyraźnie odnoszące się do wszystkich bibliotek. I tutaj ma pani
836 potem przepisy do bibliotek naukowych, takie bardziej szczegółowe, ale to pani
837 wszystko ma na pewno.

838 **I: To mam, dziękuję.**

839 E1: Tak że to jest odpowiedź na to pani pytanie. (...)

840 **I: Ja mam jeszcze jedno-**

841 E1: Tak, proszę. Słucham. Ja w międzyczasie pokażę pani co ja tu mam-

842 **I: W jakim stopniu stanowiły ustawy o bibliotekach warunek na dobre**
843 **funkcjonowanie bibliotekarstwa?**

844 E1: Proszę panią powiem bardzo ogólnie – dobre prawo świadczy o jakości
845 państwa. Dobre prawo odnoszące się do jakiejś ściśle określonej tematyki
846 świadczy o jakości tych organów, tych jednostek organizacyjnych, do których się
847 to prawo odnosi. A więc dobra ustawa determinuje sytuację bibliotek i
848 przestrzeganie jej powinno stanowić podstawę do tego, żeby biblioteki można

849 uznać było za dobrze działające. Tak bym to sformułował. A więc tak, ten referat
850 o Krajowej Radzie Bibliotecznej to pani ma, jakaś recenzja ustawy o
851 bibliotekach-

852 **I: Tak, ale może to jest inny-**

853 E1: To jest to na pewno. To jest jakaś recenzja, zobaczmy co to jest za recenzja,
854 bo jak co to- może to się pani przyda. Ma pani pendrive'a? (Eksperta
855 przygotowuje plik.)

856 **I: A ja mam jeszcze dwa pytania.**

857 E1: OK, proszę zadawać.

858 **I: Tak?**

859 E1: Tak, proszę.

860 **I: Jakie czynniki były, są ważniejsze dla rozwoju bibliotekarstwa niż ustawy**
861 **o bibliotekach?**

862 E1: Atmosfera, która związana jest opiniami, które-

863 **I: A ja mam jeszcze jedno, ostatnie pytanie. Jak kształtowałoby się polskie**
864 **bibliotekarstwo bez ustaw o bibliotekach?**

865 E1: Nie wiem. Poważnie mówię. Proszę panią przypuszczam, że dałoby sobie
866 radę, ale by było to na zasadzie – każdy sobie rzepkę skrobie. Zna pani takie
867 przysłowie polskie?

868 **I: Nie, nie znam.**

869 E1: Proszę panią, po prostu no nie byłoby systemu bibliotecznego, nie wiem w
870 ogóle jak- nie byłoby obowiązku może nawet państwa tworzenia bibliotek. Może.
871 Ale na to pytanie pani nikt nie odpowie, bo to jest futurologia.

872 **I: To jest futurologia.**

873 E1: Prawda? Ja nie-

874 **I: To co pan odpowiedział to-**

875 E1: No, że to jest nie do przewidzenia, bo mogłoby być- w każdym razie na
876 pewno nie byłoby lepiej. Za bardzo wierzę w prawo, wie pani, żeby uważać, że
877 bez prawa można do czegoś dojść, znaczy, żeby uporządkować pewne sytuacje.

878 **I: Dziękuję.**

879 E1: Wszystko?

880 **I: Teraz to wszystko.**

- 881 E1: Strasznie mi przykro, bo nie wiem czy pani jest w ogóle zadowolona i czy nie
882 była to strata czasu.
883 **I: Nie, to nie była strata czasu. Bardzo dziękuję panu za udzielnie wywiadu.**

11.2.2 Interview E2

1 **I: Dzień dobry. Przed panem leży na biurku sprzęt do nagrywania rozmowy,**
2 **abym mogła stworzyć transkrypcję. W mojej pracy doktorskiej podam pana**
3 **nazwisko. Odpowiedzi respondentów udzielonych w wywiadach zostaną**
4 **zanonimizowane, to znaczy pozbawione jakichkolwiek danych osobowych**
5 **pozwalających na identyfikację poszczególnych respondentów.**

6 E2: Zgoda.

7 **I: Dziękuję bardzo. Czy mógłby się pan krótko przedstawić?**

8 E2: (...)

9 **I: W jaki sposób i przez jaki czas zajmował się pan ustawami**
10 **bibliotecznymi?**

11 E2: W zasadzie to były to, jakie lata- właściwie to pracując w (...) i razem
12 inicjowaliśmy różnego rodzaju zamierzenia i wtedy między innymi była kwestia
13 zmiany ustawy po '68 roku, bo to była chyba ustawa z '68 roku, już po tym
14 przełomie ustrojowym, kiedy w zasadzie ta ustawa z '68 roku całkiem nie
15 pasowała do sytuacji, jaka się wytworzyła w kraju a głównie chyba, nie tylko ze
16 względów tam powiedzmy sobie ideologicznych, ale ze względu na zmiany
17 ustrojowe związane z wprowadzeniem samorządów w Polsce. To z jednej strony.
18 Z drugiej strony z rozpadem tego systemu scentralizowanego państwa no i
19 koniecznością dostosowania tej starej ustawy do tych nowych warunków. Te
20 prace nie dały szczególnie dobrych rezultatów, między innymi w tym czasie
21 została opracowana przez stowarzyszenie, oczywiście z udziałem (...), ta ustawa,
22 nad którą my czuwaliliśmy, ale ją (...) opracowywał (...). Wtedy to zaangażowanie
23 było dosyć duże. Wtedy poszukiwaliśmy jakiś osób, które by wspierały w ogóle
24 opracowanie tej ustawy. Udało się nam pozyskać dla niej dyrektora (...), oto był
25 (...), który jednocześnie był zaangażowany w rozbudowę systemu legislacyjnego
26 sejmu, takiego ciała, które ta od strony prawnej czuwało nad poprawnością ustaw,
27 uchwalanych ustaw przez sejm, (...) I w związku z tym nawet no trzeba było
28 pewne punkty widzenia przedstawiać też tam w sejmie, pamiętam, że (...) W końcu
29 doszło do odrzucenia tego społecznego, to się nazywa, to co firmowali Howorka i
30 Maj, nazywaliśmy takim projektem społecznym z jednej strony. A z drugiej
31 strony pracowało nad tym zagadnieniem ministerstwo i właściwie władze

32 rządowe, które wychodziły z zupełnie innych punktów widzenia dla całej sprawy
33 i miały na uwadze swoje własne interesy. No normalny podział, jaki ma miejsce.
34 W związku z tym dosyć szybko odrzucono ten projekt społeczny, tym bardziej,
35 że- to chyba nie teraz oceniać w ogóle ten projekt by wypadało tylko dosyć
36 szybko załatwiono całą sprawę poprzez przyspieszenie prac- odrzucenie tego
37 przez ministerstwo, chociaż ten projekt normalną drogą został złożony przez
38 stowarzyszenie do Ministerstwa Kultury, tam to miało być przedstawiane na
39 kolegium, ale to zostało odrzucone, najęto pana (...), który był bardzo sprawny,
40 jeśli chodzi o przygotowanie tego rodzaju materiałów i z takim ministrem z ZSL-
41 u, czyli- ZSL to się chyba wtedy nazywało, teraz to jest Polskie Stronnictwo
42 Ludowe, no bardzo szybko, w krótkim czasie przygotowano projekt ustawy,
43 który był opiniowany oczywiście, ale w szczególnych warunkach, w szczególny
44 sposób i potem przesłany do sejmu, uchwalony. Z tym, że cała uwaga została
45 skupiona na tym, ażeby nie zmieniać zasadniczych treści ustawy z '68 roku, ale
46 tylko dostosować ją do tej nowej sytuacji. W związku z tym to były takie
47 formalne dosyć zmiany, które właściwie zachowały ducha i sens dekretu, ducha i
48 sens w sensie takim, że tam był przedstawiony pewien punkt widzenia całości,
49 pewna wizja tego bibliotekarstwa, jako pewnego systemu, który formalnie został
50 tam jakoś opisany, zapisany, ale który nigdy nie funkcjonował dobrze, niemniej
51 jednak ta wizja scentralizowanego zarządzania w ogóle wszystkimi bibliotekami
52 została w nim utrzymana, chociaż zdecydowanie osłabiona. To jest inna sprawa.
53 Znacząca ona- ale w tym czasie nie było szans na to, żeby punkt widzenia tych,
54 którzy decydowali o przyjęciu ustawy i tych, którzy opiniowali tę ustawę, mógł
55 być inny, bo wszyscy byli przyzwyczajeni do poprzedniego systemu i w
56 kategoriach poprzedniego systemu mówiono, dyskutowano o potrzebnych
57 zmianach, ale zawsze na początku to była sprawa jednego scentralizowanego
58 systemu zarządzania bibliotekami w kraju, a to ministerstwo, które by się
59 zajmowało tylko bibliotekami, albo- była tam przecież Państwowa Rada
60 Biblioteczna albo nadania jakichś szczególnych kompetencji Państwowej Radzie
61 Bibliotecznej, jako takiego zarządu, który by dysponował własnym budżetem,
62 własnymi możliwościami, finansował różne przedsięwzięcia. Tak trochę tam z
63 tych krajów skandynawskich różne rzeczy były zapożyczane. Chyba- to nie
64 ważne. No i w każdym razie to zostało w ten sposób zrobione. Ja (...). A potem

65 się zaczęła druga faza, potem już w latach późniejszych, zmiana z kolei tej
66 ustawy, która została przyjęta wtedy na początku, już nie pamiętam w tej chwili
67 roku, przygotowania zmian. Te zmiany dotyczyły w zasadzie kwestii związanych
68 z bibliotekami publicznymi, chociaż nie tylko, ale głównie z bibliotekami
69 publicznymi, bo głównie tam była kwestia samorządności- jakby to ująć, tam
70 była kwestia wynikająca z obawy przed likwidacją bibliotek, bo tych bibliotek
71 bardzo dużo zlikwidowano po przełomie i zaczęto je po prostu łączyć z różnego
72 rodzaju innymi instytucjami i w zasadzie to te główne wysiłki skupiały się na
73 tym, żeby ograniczyć po prostu trend i zachować samodzielność organizacyjną i
74 programową bibliotek w tych warunkach, jakie u nas były. I z tym potem
75 walczano przez długi, długi czas i ten problem do tej pory w zasadzie istnieje. I te
76 wysiłki, które były podejmowane i jakiś tam owoc przynosiły to w postaci
77 różnego rodzaju projektów właśnie ustaw, między innymi tego ostatniego
78 projektu, który też zakłada no pewne rozwiązania, które się nie liczą z
79 otoczeniem prawnym i tą samodzielnością poszczególnych resortów. A ta
80 samodzielność tych resortów, to rozbieżność, ten brak centralizacji, ale właściwie
81 Polska podzielona została na resorty i w ramach tych resortów to wszystko
82 funkcjonuje to przyjęcie tej zasady powoduje, że nie można pracować z myślą o
83 tym, że to się uda zrealizować jakiegoś systemu scentralizowanego a wiele osób
84 tego w dalszym ciągu nie może zrozumieć i to jest coś co spowodowało, że ja się
85 (...), między innymi tutaj pani (...), ona tutaj ma bardzo wiele do powiedzenia.
86 Bardzo ciekawe to były prace, ale jeszcze zanim zostało podjęte wielokrotnie
87 oświadczyłem, (...) że taka ustawa, która się nie liczy z rzeczywistym systemem
88 prawnym w państwie to nie ma żadnych szans na uchwalenie. Ale te prace trwały
89 nadal, powstawały kolejne projekty. (...) To chodziło między innymi- też te
90 sprawy związane z samodzielnością bibliotek, ale w dużej mierze chodziło też o
91 urealnienie pojęcia Narodowego Zasobu Bibliotecznego. To w szczególnych
92 okolicznościach ten pomysł się pojawił, (...) akurat tak dosyć dobrze śledziłem i
93 (...) spotkania poświęcone temu zagadnieniu i to do tej pory jest tak. Jest zapis,
94 jest w ustawie i nie ma on żadnego znaczenia.

95 **I: Dziękuję.**

96 E2: No nie wiem czy to co powiedziałem to jakoś tak przybliży moją odpowiedź
97 na to zadane pytanie.

98 **I: No pewnie, przecież pan się przez taki długi czas zajmował też ustawami.**

99 E2: Trzeba było coś robić.

100 **I: Tak. Całkiem inne pytanie. Co pan rozumie pod pojęciem – polskie prawo**
101 **biblioteczne?**

102 E2: Sam się nad tym zastanawiałem, nie bardzo rozumiem swój własny punkt
103 widzenia na ten temat. Dla mnie prawo biblioteczne to w zasadzie są, zgodnie z
104 tym co w tej chwili, to są przede wszystkim ustawy o bibliotekach, ustawa o
105 bibliotekach i rozporządzenia, które w tych ustawach są przewidziane i
106 wydawane przez szefów odpowiednich resortów. To jest prawo biblioteczne, ale
107 jest kwestia też tych różnego rodzaju innych aktów prawnych, które tworzą takie
108 pojęcie no chyba szerokiego prawa bibliotecznego – to są te regulacje prawne,
109 które dotyczą różnych elementów funkcjonowania bibliotek w kraju. No
110 powiedzmy sobie no jakieś przepisy dotyczące no delegacji służbowych
111 wydawanych- one dotyczą bibliotek także no, ale to nie jest prawo biblioteczne.
112 To mam na myśli, że jest po prostu cały szereg różnego rodzaju regulacji, które
113 nie mogą być traktowane, jako elementy prawa bibliotecznego, chociaż niektóre z
114 nich rzeczywiście decydująco wpływają na rozwiązywanie różnego rodzaju
115 problemów, które stoją przed bibliotekami. Więc ja do tego się ograniczam,
116 chociaż przed tym, za komuny to sprawa wyglądała jeszcze inaczej, bo ustawa
117 ustawą, całe fragmenty, no o tym pani przeczyta w tej książce, całe fragmenty
118 dekretu o bibliotekach bardzo ciekawie napisane, bardzo dobre no, ale one nie
119 odpowiadały władzom, więc po prostu zapominali o tym. Ale ważniejszą sprawą
120 wtedy to było to co było napisane w programach partyjnych a związane z
121 bibliotekami na temat bibliotek. To było decydujące. I wtedy to można się
122 zastanawiać, ustawa ustawą, prawo biblioteczne prawem bibliotecznym, ale
123 decydujące znaczenie miało wystąpienie, powiedzmy sobie, I Sekretarza z
124 referatem na temat w ogóle całości sytuacji w kraju i tam była kwestia bibliotek. I
125 pamiętam do tej pory, zaczynałem się tym interesować w zasadzie już na
126 studiach, ale zacząłem pracę w `60 roku (...) i byłem świadkiem jak podchodzono
127 do tych zapisów w programie partyjnym. To ci działacze partyjni z kręgów
128 bibliotekarskich, ja nigdy nie należałem do partii w Polsce, do żadnej partii, jak
129 oni przygotowywali, jak oni reagowali na te zapisy. Był w swoim czasie taki
130 zespół dyrektorów bibliotek, partyjny zespół dyrektorów bibliotek w Polsce,

131 publicznych w Polsce. Sam byłem świadkiem jak oni się cieszyli, że w danym
132 roku na kolejny zjazd zapisy dotyczące bibliotek były nieco większe niż w roku
133 poprzednim, chociaż w całości od samego początku, począwszy od okresu
134 wojennego to tych zapisów było zdecydowanie cały czas mniej, ale to wynikało
135 jeszcze z czego innego, mianowicie jak partia podchodziła do bibliotek, do
136 książki a przede wszystkim do tej sytuacji w kraju, bo to była kwestia, założona
137 na samym początku, wychowywania nowego człowieka społecznego, takiego
138 pokornego, który będzie wszystko robił, ale w tym czasie zaraz po wojnie,
139 telewizji nie było, radia nie było, niczego specjalnego nie było, książek w
140 zasadzie też nie było, w związku z tym książka pozostawała jednym jakimś takim
141 narzędziem za pośrednictwem, którego można było dotrzeć do jak najszerzej
142 liczby ludzi. Radio się zaczęło dopiero potem pojawiać no i ta książka to było
143 główne narzędzie indoktrynacji i kreowania no tej nowej sytuacji. A to
144 wychowywanie tego nowego człowieka musiało mieć miejsce no, bo inteligencja
145 ta przedwojenna została zniszczona i to przez Niemców i przez Rosjan i przez
146 powstania, Powstanie Warszawskie, a potem jeszcze przez komunistów czy też
147 wiele tysięcy zamordowano zaraz po wojnie tych, którzy nie bardzo się mogli
148 pogodzić z nową sytuacją w kraju. I tych ludzi trzeba było wychować, ale dzięki
149 temu, że tamci ludzie zginęli, a brakowało tych ludzi, którzy by zastąpili w
150 związku z tym po prostu-

151 **I: Była to bardzo korzystna sytuacja dla bibliotek.**

152 E2: Tak jest. Tak jest, z tych środowisk uznanych za robotnicze, za chłopskie to
153 wtedy po prostu bardzo dużo ludzi rzeczywiście zdobyło wykształcenie i ci
154 ludzie do tej pory jeszcze rządzą, chociaż to wszystko się potem już zmieniało,
155 bo to wszystko podlegało zmianom, ale to wszystko trzeba no jakoś rozpatrywać
156 w tej perspektywie. I wtedy- i mając to wszystko na uwadze no trzeba było jakoś
157 to narzędzie w postaci prawa bibliotecznego stosować, wykorzystywać, zabiegać
158 o odpowiednie zmiany no i to w zasadzie cały czas, przez całe lata ta sytuacja tak
159 trwała i tym się poniekąd zajmowałem, ale to znowu się rozgadałem
160 niepotrzebnie.

161 **I: A to nic nie szkodzi. To było bardzo interesujące dla mnie.**

162 E2: Ale niech pani przerywa.

163 **I: Nie. Nie. To jest naprawdę bardzo interesujące. Jeszcze jedno pytanie, co**
164 **pan rozumie pod pojęciem – polskie ustawy o bibliotekach?**

165 E2: Dekret o bibliotekach, ustawy o bibliotekach i potem jeszcze jest taka ustawa
166 o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej. To bym też zaliczył do
167 ustaw, dlatego, że ona reguluje wiele spraw związanych z organizacją samych
168 bibliotek. Ale to jest niejako wyrwa w tej pierwotnej koncepcji ustawy i
169 bibliotekach, wyrwa wynikająca z rywalizacji pewnego punktu widzenia władz,
170 które w swoim czasie też miały taki pogląd na temat domów kultury i kwestia
171 rozbudowy tej działalności kulturalnej, to była taka stała rywalizacja bibliotek i
172 domów kultury, w ministerstwie przeważały zawsze i przeważały wpływy tych,
173 którzy się zajmowali domami kultury, a jednocześnie przeważały względy
174 praktyczne, usiłowano i w końcu opracowano tę ustawę o organizowaniu i
175 prowadzeniu działalności kulturalnej, która regulowała pewne sprawy nie tylko
176 bibliotek, ale też i innych instytucji kultury – bibliotek, archiwów, muzeów,
177 teatrów.

178 **I: Dziękuję.**

179 E2: Nie wiem czy to odpowiedziałem na to pytanie.

180 **I: Tak. Jaką pozycję miały polskie ustawy o bibliotekach czy ma ustawa o**
181 **bibliotekach w polskim prawie bibliotecznym? Jaka pozycja?**

182 E2: To jest zawsze pierwszoplanowa pozycja. W każdym razie formalnie zawsze
183 pierwszoplanowa. Natomiast-

184 **I: Miała ona wpływ na wszystkie niższe akty prawne?**

185 E2: Niezupełnie, dlatego, że po- tutaj jest pewien szkopał, o którym nie
186 mówiłem, ale chyba (...) mówił pani o tym, w związku z tym, że ten system
187 scentralizowany się rozpadł, powstały te resorty to jednocześnie wzmocniły się
188 tendencje odśrodkowe, jeśli chodzi o sprawy bibliotek w takich resortach, jak
189 Ministerstwo Szkolnictwa Wyższego, Ministerstwo Edukacji. To najpotężniejsze
190 po prostu resorty, które miały dużo bibliotek w swojej gestii i to były finansowo
191 potężne resorty i znaczeniowo, duży procent PKB był w tych resortach dzielony i
192 spożytkowany, w związku z tym oni nie bardzo widzieli, mieli sens i mieli ochotę
193 poddawać się jakimś inicjatywom Ministerstwa Kultury, które było zawsze
194 resortem małym, ubogim i w związku z tym sabotowano w ogóle wszelkie jakieś
195 takie propozycje no całościowego rozwiązywania spraw i jednocześnie doszło do

196 systematycznego wzmacniania tych spraw bibliotecznych w tych resortach, w
197 resorcie szkolnictwa wyższego i edukacji. W gruncie rzeczy to w polskim prawie
198 bibliotecznym istotne znaczenie i to w zasadzie- formalnie pierwsze znaczenie
199 ma ustawa o bibliotekach może, ale drugie znaczenie to ma ustawa o
200 szkolnictwie wyższym a także ustawa o edukacji narodowej, ponieważ tam
201 zostały wyrwane niejako z pierwotnego zamysłu ustawy o bibliotekach pewne
202 elementy, które są regulowane odrębnie w tych ustawach i niezależnie w zasadzie
203 od zapisów ustaw bibliotecznych, chociaż dba się o to żeby one nie były
204 sprzeczne z ustawą o bibliotekach. A jest to możliwe dzięki temu, że te ustawy o
205 bibliotekach są bardzo ogólne, ogólnie sformułowane, mają charakter w dużej
206 mierze deklaracyjny i w związku z tym one nie ograniczają właśnie takich
207 szczegółowych rozwiązań, a w każdym razie jest możliwe, że da się coś tam
208 samemu wpisać. I tak- i powstały bardzo ważne i myślę, że nie mniej ważne –
209 ustawa na przykład o szkolnictwie wyższym jest nie mniej ważna niż te ustawy, o
210 których wcześniej mówiłem.

211 **I: Jak mogłoby być kształtowane prawo biblioteczne bez ustaw o**
212 **bibliotekach?**

213 E2: Ja myślę, że nie jesteśmy przygotowani do takiego myślenia, bo- w Szwecji
214 nie ma tam żadnego-

215 **I: W Niemczech też nie.**

216 E2: W Niemczech też nie ma, tak. I na razie to jest rzecz niewyobrażalna chyba,
217 tak że te ustawy tak czy inaczej one będą funkcjonować kulawo albo lepiej czy
218 gorzej ale pewnie- nie jest do pomyślenia żeby nie było takiej ustawy. Tak mi się
219 wydaje przynajmniej. Nie ma takiego zaczynu intelektualnego na razie w tym
220 środowisku bibliotekarskim i innych ażeby myśleć o czymś takim.

221 **I: Do innego kompleksu tematycznego. Chodzi mi o powstanie ustaw o**
222 **bibliotekach. Jakim przyczynom zawdzięcza się utworzenie polskich ustaw o**
223 **bibliotekach?**

224 E2: Myślę, że to jest taki pewien cały ciąg właśnie zaczynający się po uzyskaniu
225 niepodległości przez Polskę po I Wojnie Światowej i wtedy całe środowisko
226 bibliotekarskie, prym w tym środowisku wodzili dyrektorzy bibliotek
227 uczelnianych – Uniwersytetu Jagiellońskiego, Poznańskiego i innych i wtedy
228 walczono po prostu przede wszystkim o możliwość organizowania i

229 finansowania przez państwo bibliotek publicznych. Wtedy się to wszystko
230 zaczęło. Wtedy opracowano, przed wojną, kilka projektów chyba nawet takich
231 ustaw, ale nigdy nie przeszły tych filtrów, które tam wtedy stosowano i- to
232 opisuje Kołodziejska właśnie w tej publikacji, o której wspomniałem. W
233 Internecie można poszukać tytułu tej pracy, tam z pewnością jest.

234 **I: Ja poszukam.**

235 E2: I wtedy w czasie wojny w podziemiu te idee, które wtedy na tamtych
236 drożdżach, że tak powiem, wyrosły, te idee no zostały jakoś przekształcone w
237 podziemiu przez środowisko bibliotekarskie to, które tam chroniło te zbiory,
238 usiłowało chronić od zagłady te zbiory z Gryczem na czele, przygotowywało
239 propozycję jak to urządzić, jeśli chodzi o biblioteki, po zakończeniu II Wojny
240 Światowej. I te propozycje wtedy w czasie wojny zostały przygotowane i dzięki
241 temu stosunkowo szybko po zakończeniu wojny mógł się ukazać dekret o
242 bibliotekach narodowych. Ponieważ jego sens i wizja korzyści, które ten rozwój
243 tych bibliotek może dać nowemu systemowi, nowemu ustrojowi, nowym
244 władzom komunistycznym no to zostało to dosyć szybko zaakceptowane,
245 uchwalone no i w postaci dekretu, a dekret to w ówczesnym systemie prawnym
246 był właściwie tożsamy z ustawą o bibliotekach, jeżeli chodzi o znaczenie tego
247 wszystkiego. I w ten sposób to po prostu się zrodziło a jednocześnie pewne
248 elementy tego dekretu, pewne zapisy w tym dekrete były systematycznie
249 wzmacnianie przez władze, które wykorzystywały te zapisy dla swoich celów,
250 między innym kwestie propagandy-

251 **I: A jakie to były?**

252 E2: Propaganda przede wszystkim. Wymyślano – popularyzacja literatury
253 społeczno-politycznej, to trwało to przez całe lata, to były wszystkie te zabawy w
254 produkowanie bibliografii zalecających co należy czytać i tak dalej, i tak dalej.
255 To było związane z wydawaniem książek no wtedy rzeczywiście bardzo dużo
256 zbiorów tych publicznych zostało zniszczonych w związku z tym publikowano
257 tam, i to kosztowało bardzo niewiele, bardzo dużo literatury, przede wszystkim
258 radzieckiej i innej z jednej strony, a z drugiej strony, i to trzeba też wspomnieć, w
259 Ministerstwie Kultury zostały opracowane zestawy piśmiennictwa, które należy
260 wycofać z bibliotek polskich i to w zasadzie wycofano całość zbiorów w ogóle
261 literatury, którą można było posądzać, że nie jest zbieżna z nowymi

262 ideologicznymi, że tak powiem, wizjami nowych władz. No, ale zmierzam do
263 tego, że jeszcze przy okazji, wtedy po prostu tym elementem prawa
264 bibliotecznego to były rzeczywiście ustawy, potem zarządzenia ministrów z tym
265 że te zarządzenia ministrów one miały- one regulowały sprawę we wszystkich
266 resortach, jeśli dotyczyły jakiejś danej sprawy, bo w tej chwili jest coś innego. W
267 tej chwili zarządzenie ministra może regulować tylko sprawy samego
268 ministerstwa bądź też bezpośrednio związanych z nim, w taki czy inny sposób,
269 instytucji. A wtedy było zarządzenie, wtedy były jeszcze pisma okólne, które w
270 zasadzie nie miały- formalnie nie miały większego znaczenia, a często były
271 ważniejsze dla tych- dla zarządzania różnymi sprawami niż formalne akty
272 prawne. Poza tym decyzje różnych komitetów partyjnych i tak dalej. Na
273 przykład- w swoim czasie to była kwestia usuwania, selekcji literatury. Nie wiem
274 czy pani się z tym problemem zetknęła?

275 **I: Tak, ja czytałam o tym. Tak.**

276 E2: Nie można tego było zrobić, no paru dyrektorów bibliotek po prostu
277 polecało ze swoich stanowisk, dlatego, że się ośmielili wycofać jakąś książkę a
278 ktoś tam, któryś z tych działaczy partyjnych, wyciągnął to i – ten pozwolił żeby
279 taką cenną książkę, która ma niesłychane znaczenie i tak dalej, i tak dalej dla
280 naszej wizji rozwoju świat usunął no to byli usuwani. Ale miałem takiego kolegę,
281 spotkałem akurat w latach 60-tych, na początku lat 60-tych w Dąbrowie
282 Górniczej, który znalazł na to sposób po prostu on prowadził też i bibliotekę w
283 komitecie powiatowym, a tam upatrzył sobie jakąś taką ładną piwniczkę, w której
284 to piwnicy można było przechowywać swoje książki z biblioteki powiatowej,
285 miejskiej powiatowej przechowywał w tej piwnicy, ale towarzyszyło jej jakieś
286 dziwne zjawisko, że co jakiś czas pękały rury i zalewały. Wszystkie te bezcenne
287 książki, które nie można było inaczej usunąć tylko, że to los tak sprawił, tak? On
288 miał bardzo dobrą literaturę, nie miał tych złogów tych niepotrzebnych książek to
289 wszystko się załatwiało poprzez pęknięcie rury i zalanie. Ale to różne sposoby
290 ludzie wtedy mieli. Mnie się to podoba, bo akurat mi opowiadał długo, długo na
291 jakimś spotkaniu czy konferencji, nie to było jakieś długie szkolenie o swoich
292 możliwościach. No, ale tak-

293 **I: Ja mam jeszcze jedno pytanie do tego tematu, jakie grona wywierały**
294 **znaczący wpływ na utworzenie ustaw o bibliotekach, oprócz państwa i**

295 **oprócz bibliotekarzy? Czy grona literackie czy coś takiego, czy wywierały**
296 **jakiś wpływ czy raczej nie?**

297 E2: Ja tutaj tych środowisk literackich- owszem, one patrzyły na to w sposób
298 taki, co oni będą z tego mieć. Tylko i wyłącznie z tego punktu widzenia. Tak
299 dosyć egoistycznie i to trwało właściwie cały czas. Owszem bardzo lubili zawsze
300 biblioteki, które zapraszały różnych autorów na spotkania autorskie. To zawsze to
301 miało miejsce, do tej pory ma i to jest przede wszystkim chwalone – otwartość
302 bibliotek na organizowanie właśnie różnych imprez związanych z propagandą
303 literatury, z promocją literatury nie propagandą, poniekąd propagandą także. To
304 nie natomiast wydaje mi się, że tutaj przede wszystkim sami bibliotekarze mieli
305 sporo do powiedzenia, ale to się wiązało przede wszystkim też z pewną
306 otwartością tych kręgów partyjnych na sprawy bibliotek, ponieważ te biblioteki
307 były na pewno częścią całego systemu, jaki wtedy budowano i nie tylko u nas, ale
308 w Rosji i gdzie indziej i te wzory, te rozwiązania, które tam stosowano tu były po
309 prostu tutaj też stosowane i to wszystko się opierało właśnie na centralizacji a
310 żeby była możliwa centralizacja musiały być rozbudowywane pewne elementy,
311 które regulowały funkcjonowanie tego systemu. Ale to już jest poza tym- No
312 wszędzie były te centra instrukcyjno-metodyczne w tych wszystkich krajach. Ja
313 w nich uczestniczyłem w tych spotkaniach z tym, że to było straszne jak się
314 słuchało tego, co na tych spotkaniach się mówi no, bo to były takie instytucje,
315 które nadzorowały w zasadzie i forowały różnego rodzaju rozwiązania partii w
316 zakresie bibliotek. U nas się to- (...) się udało tego uniknąć, ponieważ próbowano
317 wyjść z tych zależności poprzez prowadzenie różnego rodzaju badań nad
318 czytelnictwem, nad organizacją bibliotek a i w związku z tym ten Instytut Książki
319 i Czytelnictwa, którym kierowała zresztą Jadwiga Kołodziejska, profesor Jadwiga
320 Kołodziejska najpierw Remerowa właśnie, a później ona no ten Instytut nigdy-
321 miał w każdym razie- funkcjonował w sposób inny i zawsze były kłopoty.
322 Kłopoty, ponieważ Instytut nie chciał prowadzić innych prac tylko i wyłącznie
323 badania, ale się udało, udawało się i w związku z tym to było ciekawe. No w
324 każdym razie przede wszystkim to były kręgi partyjne no i samo środowisko
325 przede wszystkim pilnowało tych rzeczy.

326 **I: A jakie znaczenie miała finansowa sytuacja państwa na powstanie ustaw o**
327 **bibliotekach?**

328 E2: No miała kolosalne znaczenie no przecież powstały tysiące bibliotek zaraz po
329 wojnie no, ale to było też wpisane w cały system tego państwa socjalistycznego,
330 że tak powiem, bo musiały się znaleźć środki na wszystko to, na wszystkie te
331 dziedziny, które gdzie indziej finansowano demoluda, demoluda i bez względu na
332 to czy państwo miało więcej, czy mniej pieniędzy jakieś tam pieniądze na te
333 biblioteki były przeznaczane. No, ale największe pieniądze poszły chyba mimo
334 wszystko na otworzenie sieci bibliotecznych po wojnie z tym, że to były duże
335 środki, ogromne środki, bo cała sieć bibliotek publicznych to był chyba-
336 biblioteki wojewódzkie, potem biblioteki powiatowe i potem- w sumie tego było
337 chyba ze 14 tysięcy przecież, potem były środki na uczelnie, na uniwersytety i to
338 przecież powstały nowe zupełnie uniwersytety – w Lublinie, rozbudowa
339 uniwersytetów, akademii, politechnik i wtedy były środki przecież na to także
340 ogromne. Poza tym powstała cała sieć, ogromna sieć bibliotek zakładowych,
341 związków zawodowych, cała sieć bibliotek szkolnych, bo te szkoły- tak że to był
342 naprawdę ogromny wysiłek, ale nabudowano tego tyle, że teraz jest z czego
343 rezygnować i z czego redukować, bo gdyby tego nie było to byłby kłopot
344 prawdziwy.

345 **I: Jakie inne okoliczności wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o**
346 **bibliotekach?**

347 E2: Jakie inne okoliczności? Właściwie to nie bardzo potrafię odpowiedzieć na to
348 pytanie.-Zaraz, zaraz to jest to pytanie, które to jest?

349 **I: To jest – powstanie ustaw o bibliotekach. Jakie inne okoliczności**
350 **wywierały znaczący wpływ na utworzenie? Bo mówiliśmy już o interesie**
351 **państwowym, o interesie bibliotekarzy polskich.**

352 E2: A to.

353 **I: A były jakieś okoliczności, które przysparzały trudności w utworzeniu**
354 **ustaw o bibliotekach?**

355 E2: No na pewno, kiedy proponowano zmiany, kiedy- zawsze one były
356 rozpatrywane też przecież przez władze rządowe z punktu widzenia wydatków,
357 jakie się liczą, jakie są z tym związane a ponieważ do korzystania z budżetu i to
358 centralnego i budżetów resortowych ustawiały się bardzo długie kolejki różnych
359 interesantów. Tutaj, jeśli chodzi o biblioteki publiczne to przede wszystkim to
360 była kwestia pewnej rywalizacji domów kultury z bibliotekami, muzeów,

361 archiwów, a gdzie indziej w innych resortach to też biblioteki nie zawsze
362 postrzegano tak samo jak postrzegali bibliotekarze, to jest oczywiste i w związku
363 z tym jak była jakaś rywalizacja to czasem wydawano dużo pieniądze, nawet je
364 marnując, na jakieś inne przedsięwzięcia wskutek czego nie dostawały tych
365 pieniędzy biblioteki. Tak że no jakaś rywalizacja na pewno. Po drugie to
366 stopniowe- tutaj takie ja myślę, że jest to takie zjawisko, samo środowisko
367 zaczęło się dzielić, samo środowisko się podzieliło, jak wygląda sytuacja teraz,
368 na bibliotekarzy tych bibliotek uczelnianych, akademickich, publicznych, bardzo
369 biednych obecnie szkolnych i tych innych, którzy w zasadzie nie mają żadnego
370 wsparcia i te podziały w dalszym ciągu po prostu mają miejsce i się umacniają a
371 w związku z tym samo środowisko coraz słabiej oddziałuje na to wszystko. No
372 dla mnie takich, ale to tak na marginesie, takim problemem jest na przykład
373 kwestia łączenia bibliotek. W ustawie ostatnio zostało to zapisane w ten sposób,
374 że każdy powiat, gmina, powiat i województwo ma mieć co najmniej jedną
375 bibliotekę, ale też w wyniku tych nieporozumień w samym środowisku, samo
376 środowisko zaproponowało ażeby wprowadzić do ustawy pewien zapis taki
377 nowelizujący, który mówi, że i to kto to zrobił? To zrobiła Biblioteka Narodowa z
378 dyrektorem Manikowskim, który blisko współpracuje z Ministerstwem Kultury,
379 myślami wyprzedza urzędników Ministerstwa Kultury i zapisano, że jest możliwe
380 łączenie pod warunkiem takim- pod jakimiś takimi warunkami, że Państwowa
381 Rada- Krajowa Rada Biblioteczna wyrazi pozytywną opinię, zgodzi się wtedy
382 minister to będzie mógł zlikwidować. I wprowadzono tego rodzaju procedury. Z
383 jednej strony- dochodzi do schizofrenii, bo z jednej strony jest zapis w ustawie,
384 że każda gmina, powiat, województwo ma mieć co najmniej jedną bibliotekę a z
385 drugiej strony jest możliwość łączenia tego wszystkiego. I najzabawniejsze w
386 tym wszystkim jest to, że faktycznie decydujący głos w tej chwili o likwidacji
387 bibliotek publicznych w Polsce mają bibliotekarze, którzy są członkami Krajowej
388 Rady Bibliotecznej. To jest absurd, to jest absolutna schizofrenia. I oni
389 oczywiście, bo są wnioski samorządów, różnych szczebli z propozycjami
390 likwidacji i z uzasadnieniem rozbudowanym takim czy innym a ci członkowie tej
391 Krajowej Rady debatują nad tym no i decydują i sporo tych decyzji
392 pozwalających na łączenie jest podejmowanych. Ja to obserwowałam, bo sam
393 (...) tak że wiem jak się to odbywało. A jednocześnie miałem możliwość już

394 jeszcze wglądu w sposób realizowania tych zamierzeń w ostatnich latach pod
395 wodzą obecnego dyrektora Biblioteki Narodowej, który kieruje Krajową Radą
396 Biblioteczną, ale to już są marginalia-

397 **I: Jasne, ale są bardzo interesujące dla mnie. Rozpaczynam nowy kompleks**
398 **tematyczny. Chodzi mi o treściową zawartość przepisów. Jakie**
399 **postanowienia ustaw o bibliotekach uważa pan za sensowne? I w jakim**
400 **stopniu?**

401 E2: Za sensowne uważam zapisy konkretne, takie, które rzeczywiście regulują
402 różnego rodzaju sprawy natomiast wszystkie te ustawy, jak na początku
403 powiedziałem, mają charakter w dużej mierze deklaracyjny, bardzo ogólny w
404 związku z czym te zapisy faktycznie niektóre niewielkie mają znaczenie poza
405 tym pozwalają na interpretację sprzeczną niekiedy z tym, o czym myśleli ich
406 autorzy.

407 **I: Na przykład?**

408 E2: No chociażby nawet kwestia tej Krajowej Rady Bibliotecznej, na przykład to.
409 Jakie uważam za sensowne? Uważam, że w obecnej sytuacji jakiś porządek i
410 mniej złudzeń pozwalałoby tworzyć uchwalenie dwóch ustaw – ustawy o
411 bibliotekach publicznych i ustawy o Bibliotece Narodowej, bo w ustawie są te
412 dwie rzeczy połączone i te nowe ustawy powinny się wyzbyć z tych
413 deklaracyjnych różnego rodzaju elementów natomiast regulować po prostu
414 konkretnie co- no w sposób możliwie precyzyjny, to nie jest sprawa łatwa, ale
415 wydaje mi się, że to powinno pójść tak w kierunku tych rozwiązań, które są-
416 zawierają ustawy, ustawy o bibliotekach, na przykład w Danii- kto ma prawo, kto
417 powinien tworzyć, kwestia zarządów i tak dalej i tak dalej, jak powinny być
418 zarządzane biblioteki publiczne a jeśli chodzi o te inne ustawy o inne biblioteki
419 no to one mają służebną rolę po prostu w tych przedsięwzięciach, głównych
420 zadaniach poszczególnych resortów i tam zawsze powinny być i są regulowane
421 trochę z punktu widzenia interesów i resortów i jednocześnie bibliotekarzy,
422 których opinie są tam jednak mimo wszystko wysłuchiwanie, chociaż najczęściej
423 to niezupełnie są akceptowane. Co ja pani odpowiedziałem? Sam nie wiem, co ja
424 odpowiedziałem na to pytanie. Jakimi postanowieniami ustaw o bibliotekach uważam
425 za sensowne? Przede wszystkim to co tam jest jeśli chodzi o obowiązki
426 samorządów, jasne kwestie związane z finansowaniem, jakieś elementy

427 wystandaryzowania pewnych spraw związanych z finansami, właśnie ciągle tam
428 jest ta walka o Krajową i Państwową, Państwową najpierw a potem Krajową
429 Radę Biblioteczną no, ale to przez te wszystkie dziesięciolecia widzę po prostu,
430 że to nie ma szans funkcjonowania, chociaż-

431 **I: Ale są one sensowne, jako zawartość treściowa w takich ustawach?**

432 E2: Tak, tylko, że one nie są realizowane w ogóle. To jest fikcja. To jest fikcja. To
433 są dosyć charakterystyczne zabiegi, taka jedna sprawa – Krajowa Rada
434 Biblioteczna (...) ma oceniać polską politykę biblioteczną, wszystkie te-
435 wcześniej Państwowa a potem Krajowa odżegnywały się od tego jak diabeł od
436 świeconej wody i jest konkretny zapis do tej pory w ustawie i ten zapis
437 powodował, że w niektórych dokumentach programowych stowarzyszenia i tak
438 dalej, i tak dalej też pewne rzeczy zostały zapisywane, które potem też nie były
439 realizowane, pusty zapis. A co więcej przy kolejnych nowelizacjach
440 zlikwidowano w ustawach pojęcie – polityka biblioteczna. Nie ma tego. Został
441 tylko jeden fragment, zostało tylko jeden raz to stwierdzone, bo nie zauważono,
442 że tam powiedzmy sobie w tych zadaniach Krajowej Rady Bibliotecznej jest
443 między zapis, że Krajowa Rada Biblioteczna ocenia politykę biblioteczną. Przez
444 nieuwagę, nie wiem, ale wokół tego panuje milczenie. Polityki bibliotecznej nie
445 ma. Natomiast są różnego rodzaju inne pojęcia – animacja kulturalna, jakieś takie
446 różne zabawy, historie.

447 **I: A w jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące tworzenia sieci**
448 **bibliotecznej, jako postulat?**

449 E2: Moim zdaniem to są nierealne sprawy. To są nierealne sprawy. Owszem ta
450 współpraca jest konieczna, ale współpraca wymaga tego, żeby wszystkie
451 zainteresowane strony czerpały z tej współpracy korzyści.

452 **I: To znaczy, że realizacja tych postulatów-**

453 E2: Nie no są przepisy prawne, które uniemożliwiają na przykład dyrektorowi
454 wydzielenie jakichś środków na współpracę z innymi bibliotekami, bo jest to źle
455 widziane. Na przykład obserwowałem wielokrotnie jakieś takie zabiegi, dziwne
456 zabiegi, że w związku z ochroną tam jakichś rodzajów piśmiennictwa, jakichś
457 cennych zasobów nie można było Bibliotece Narodowej przeznaczyć środków na
458 to żeby sfinansować ochronę czy konserwację jakichś no starych książek
459 powiedzmy sobie w bibliotekach uczelnianych, bo to nie ten resort, bo my nie

460 możemy. To samo Ministerstwo Kultury – no my nie możemy sfinansować
461 szkolenia na przykład w zakresie konserwacji bibliotek akademickich, bo to nie
462 nasz resort i tak dalej, i tak dalej. Ja myślę, że to by wszystko- znaczy tutaj w tym
463 zarządzaniu bibliotekami to szedłbym w kierunku takich rozwiązań, jakie są w
464 tych krajach skandynawskich, gdzie są te lokalne- a nie tylko i wyłącznie
465 bezpośrednie kierowanie tymi sprawami przez wójta, bo wtedy on decyduje
466 rzeczywiście o rozwoju tych spraw i dochodzi do różnego rodzaju przekrętów
467 niepotrzebnych. Natomiast, jeśli mimo wszystko jest jakaś komisja, ale taka z
468 prawdziwego zdarzenia, która się tym zajmuje i w zasadzie wójt się do tego
469 specjalnie nie wtrąca, ale może to też mój idealny tylko taki punkt widzenia, to
470 wydaje mi się, że to byłoby lepsze, bo wtedy ten dyrektor ma jakichś partnerów.
471 Złudzenia pewnie z mojej strony. Zaraz, ale o czym?

472 **I: W postanowieniach ustaw o bibliotekach były też regulacje dotyczące**
473 **kwalifikacji pracowników, w jakim stopniu są one sensowne?**

474 E2: Uważam ja za konieczne po prostu. Uważam ja za konieczne, bo w tej chwili
475 popadnięto w kompletny absurd i w tej chwili jest sytuacja taka, że te przepisy w
476 zasadzie, ja szczególnie nie mam rozeznania teraz, ale widzę, słyszę, czytam, że
477 ten zawód przestał być zawodem chronionym, każdy może pracować w
478 bibliotece, w związku z tym ten rozbudowany system akademickiego szkolenia
479 bibliotekarzy właściwe przestał mieć sens w ogóle dalszej istnienia. Szkoły te
480 bibliotekarskie w tych uczelniach akademickich na dobrą sprawę stopniowo są
481 zamykane no takie wykształcenie w zasadzie nic nie daje, bo staje do konkursu
482 ktoś z takim wykształceniem i ktoś bez tego wykształcenia, ale warunkiem
483 zatrudnienia nie jest posiadanie tego wykształcenia w związku z tym, po co się
484 kształcić. Oczywiście są ludzie, którzy wkroczyli na tę drogę miłości do książki-
485 Nie no uważam, że konieczne. Te sprawy związane z kwalifikacjami powinny
486 być regulowane, ale teraz w ostatnich latach tutaj zostały przez parlament zostały
487 tutaj rozbite rzeczy wartościowe. To nie ulega dla mnie wątpliwości. To powinno
488 być regulowane.

489 **I: A w jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące struktury i utworzenia**
490 **bibliotekarstwa w ustawach?**

491 E2: Tak, ale to na jakim poziomie myślimy? Bo ta struktura to jest kwestia przede
492 wszystkim i- można myśleć o strukturze całego bibliotekarstwa krajowego.

493 **I: Można.**

494 E2: Można ograniczyć to myślenie do pewnych rodzajów bibliotek tylko.

495 **I: A pana zdaniem, co byłoby sensowne?**

496 E2: No moim zdaniem, kiedy jest decentralizacja zarządzania w kraju, to nie
497 można myśleć o strukturach w jakiś sensie scentralizowanych w odniesieniu po
498 prostu do całości tego. To jest dosyć jałowe wydaje mi się. Natomiast z
499 pewnością przydałoby się takie ciało, które by w jakiś sposób, no może nie
500 dawało pieniędzy tak mówiąc krótko, ale tworzyło jakiś taki zaczyn intelektualny,
501 jakieś myślenie o przyszłości tych spraw. Czy to jest kwestia Krajowej Rady
502 Bibliotecznej? Wydaje mi się, że w tej chwili to jest po prostu niemożliwe. To
503 niemożliwe. To jest kwestia pewnie jakiś autorytetów, ale autorytety w tej chwili-
504 też ich nie ma. Tak się sam zastanawiałem czy jakimś takim rozwiązaniem nie
505 byłoby to co jest chyba w Stanach Zjednoczonych. Tam przy prezydencie są te
506 komitety tam rozwiązane. Nie w resortach tylko bezpośrednio jakieś takie think
507 tanki, które się tymi sprawami zajmują. Zetknąłem się kiedyś z takim
508 człowiekiem, który mi opowiadał bardzo różne rzeczy, bardzo mi się to
509 spodobało tak sobie pomyślałem tylko, że tego rodzaju rzeczy są mało realne u
510 nas ze względów na to, że to by zostało natychmiast upolitycznione i pewnie by
511 doszło do jakichś podziałów, czyli z tego by też nic nie wyszło.

512 **I: Jeszcze jedno mam pytanie-**

513 E2: Jakaś struktura w obrębie- struktury po prostu bibliotek pojmowane w sposób
514 resortowy no są z całą pewnością wskazane natomiast, jeśli chodzi o struktury
515 organizacyjne poszczególnych bibliotek no to już jest kwestia pewnych
516 uprawnień moich zdaniem, jednak mimo wszystko samorządów, a w fazie
517 propozycji no dyrektorów tych bibliotek, przed którymi są postawione określone
518 zadania, powinni mieć możliwość doboru sobie odpowiednich ludzi do
519 realizacji tych zadań i otrzymywać pewne środki na te działania, bo bez tego jest
520 to po prostu zabawa taka nie wiadomo jaka.

521 **I: W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitego systemu**
522 **bibliotecznego?**

523 E2: Ja myślę, że on się tworzy.

524 **I: On się tworzy, tak?**

525 E2: On się tworzy, tylko my go jeszcze nie dostrzegamy. A ten nowy system to
526 jest przede wszystkim- a jego fundamenty budują nowe technologie. Nowe
527 technologie po prostu. Te wszystkie biblioteki w chmurach, to będzie jednolity
528 system biblioteczny. Tym bardziej, że środki na biblioteki są dosyć znaczne tutaj
529 w Polsce, ale one są wydawane w sposób nieefektywny, na przykład gdyby tak w
530 sposób scentralizowany jednak mimo wszystko pomyśleć o jakimś
531 oprogramowaniu bibliotecznym, umieszczeniu tych katalogów poszczególnych
532 bibliotek w chmurach to kosztowałoby mniej niż pieniędzy się wydaje po prostu
533 na te biblioteki, na to wszystko. I ja myślę, że do tego dojdzie i do tego powinno
534 dojść. Natomiast żeby tworzyć jakiś super urząd do spraw jednolitego systemu
535 bibliotecznego to się bardzo wielu podoba. Ja też bym chciał żeby coś takiego
536 było możliwe, ale to jest nierealne.

537 **I: A w jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej polityki**
538 **bibliotecznej?**

539 E2: Znaczący byłem zawsze zwolennikiem też polityki bibliotecznej, ale
540 rozumianej mimo wszystko resortowo. Nie widzę ani warunków ani możliwości
541 żeby tworzyć jakąś jednolitą politykę biblioteczną w skali całego kraju. To jest po
542 prostu niemożliwe, nierealne. Nie widzę propozycji. Nie widzę ludzi, którzy by
543 to chcieli realizować i nie widzę możliwości zrealizowania czegoś takiego. Na
544 pewno polityka biblioteczna powinna być w ramach resortów prowadzona. No
545 jest rzeczywiście potrzebne jakieś ciało, gdzie można by przynajmniej
546 dyskutować na temat pewnych uzgodnień i tak dalej, ale tego się w tej chwili nie
547 odczuwa, braku się tego w tej chwili nie odczuwa ze względu na to, że tych
548 pieniędzy na biblioteki brakuje ciągle i ci, którzy zarządzają bibliotekami tej
549 sprawy nie widzą z kolei dyrektorzy bibliotek poruszają i są przyzwyczajeni do
550 funkcjonowania no w takich a nie innych układach i zdają sobie sprawę z
551 ograniczonych możliwości zmiany i w związku z tym nawet takiej propozycji
552 specjalnie nie ma. No tutaj pani (...) będzie mówiła sporo na temat potrzeby tej
553 Krajowej Rady Bibliotecznej, ale tego środka jakieś takiego centralnego. To co ja
554 przeczytałem na ten temat no to jest pewnego rodzaju wizja, ale ona jest po
555 prostu- dla mnie ona jest nierealna.

556 **I: Jak ocenia pan jakość postulatów ustaw o bibliotekach?**

557 E2: Co pani ma na myśli? Czyj postulat?

558 **I: Na jakie treści zwróciłby pan na przykład uwagę przy kształtowaniu**
559 **nowej ustawy?**

560 E2: Przede wszystkim na realność i dostawanie do systemu ustroju państwa.
561 Mam tu na myśli te rozwiązania samorządowe, rozwiązania o decentralizacji
562 zarządzania całym krajem i tak dalej, i tak dalej. To to są podstawowe elementy.
563 Ustawa musi być dostosowana do zasad, procedur i do praktyki, które
564 obowiązują w ogóle w tym kraju. Natomiast to odwoływanie się do przeszłości,
565 ta centralizacja i jednolity system biblioteczny i tak dalej, i tak dalej to moim
566 zdaniem od dawna jest nierealne.

567 **I: A jakie sprawy powinny być pana poglądem uregulowane w ustawie a**
568 **jakie w aktach wykonawczych do niej?**

569 E2: Nie zastanawiam się nad tym (śmiech). Z całą pewnością te podstawowe
570 sprawy, że biblioteka- czy zadania bibliotek mają być sprecyzowane? No, jeśli- w
571 zasadzie wszystko, co jest w tych standardach IFLA, co mówi tam, jeśli chodzi o
572 biblioteki publiczne czy jeśli chodzi o biblioteki szkolne, czy uczelniane i tak
573 dalej. To są to kwestie, które- A czy trzeba je specjalnie zamieszczać w ustawach?
574 No mam wątpliwość. Wystarczy jedno ogólne stwierdzenie, do czego służą
575 biblioteki, w miarę precyzyjne i chyba to wszystko. Natomiast- zaraz, bo
576 zgubiłem pani pytanie.

577 **I: Jakie sprawy powinny być uregulowane w ustawie a jakie w aktach**
578 **wykonawczych do niej?**

579 E2: Myślę, że takie jak dotychczasowa praktyka, że państwo sobie te sprawy
580 związane z kwalifikacjami, regulacjami, szkoleniami i tak dalej, i tak dalej,
581 finansowaniem to powinno być, nie tyle powinno być, ale to może być po prostu
582 w tych aktach wykonawczych, rozporządzeniach tych, które regulują na bieżąco
583 sprawy finansowania, sprawy kształcenia, sprawy kompetencji zawodowych i tak
584 dalej, bo to się zmienia. To, co podlega częstszym i szybszym zmianom jak
585 najbardziej natomiast te trwałe ramy no muszą być chyba zawarte w ustawach.

586 **I: Do innego kompleksu tematycznego. Chodzi mi o realizację ustaw o**
587 **bibliotekach do roku 1999, bo ja badam ustawy z perspektywy historycznej.**

588 E2: Do '79, tak?

589 **I: Do 1999. W jakim stopniu kształtowały ustawy o bibliotekach**
590 **bibliotekarstwo do roku 1999?**

591 E2: Myślę po prostu, że oczywiście były pewne wyłomy, ale wydaje mi się, że te
592 ustawy w tym czasie poczynając od dekretu do '79 roku te ustawy miały
593 zasadnicze znaczenie dla organizacji i dla funkcjonowania bibliotek w Polsce w
594 tym czasie. To dla mnie nie ulega wątpliwości. Tylko dzięki nim te biblioteki
595 powstały, jeśli chodzi o dekret a potem usiłowały się jakoś tam zmieniać,
596 przekształcać, ale wtedy jeszcze nie było wyzwań ze strony nowych technologii.

597 **I: A wtedy, kiedy one były obowiązujące, ale już nieaktualne kształtowały**
598 **one jeszcze bibliotekarstwo?**

599 E2: Tak, bo pewne rzeczy- no powiedzmy sobie, mówiliśmy o tych całych
600 partiach dekretu o bibliotekach, które omijano, nie brano pod uwagę, ale jednak
601 te postanowienia o tych rodzajach bibliotek i wtedy było dużo rzeczywiście w
602 kraju tych bibliotek no to dzięki tym ustawowo one funkcjonowały. Poza tym
603 wiele innych bibliotek, na przykład instytutowych, taka biblioteka GUS-u czy
604 jakies biblioteki różnego rodzaju instytutów naukowo-badawczych i tak dalej, i
605 tak dalej to zapisy w tych ustawach, na przykład regulujące sprawy finansowania,
606 kompetencji, kwalifikacji i tak dalej to one były wykorzystywane i stanowiły no
607 podstawę obrony bibliotekarzy przed jakimiś niekorzystnymi dla siebie
608 zmianami. Poza tym powiedziałbym, że dzięki temu były podstawą do robienia
609 różnego rodzaju hałasu ze strony bibliotekarzy, różnych akcji zwalczających
610 niedobre pomysły, propagujące sprawy bibliotek. Wydaje mi się, że wtedy te
611 ustawy były o wiele- wtedy te zapisy w tych ustawach były o wiele ważniejsze
612 niż to jest obecnie, niż to jest obecnie. Bo w tej chwili no nie potrafię ocenić tej
613 ustawy o szkolnictwie wyższym, bo tam jest cały szereg zapisów, które były
614 żywo dyskutowane w tym środowisku bibliotekarzy akademickich, jako zapisy
615 niekorzystne i zmiany, które były wprowadzane były w zasadzie no trochę
616 kwestionowane, chodziło tam o sprawy senatu, udział w senacie dyrektorów
617 bibliotek, ale i jednocześnie to się przekładało na system finansowania w ramach
618 uczelni a i także w resorcie, finansowania po prostu bibliotek.

619 **I: W jakim zakresie kształtowane były bibliotekarstwo przez ustawy o**
620 **bibliotekach?**

621 E2: No myślę- w jakim zakresie? Co by przez ten zakres pani miała-

622 **I: To zależy od pana. To jest pana pogląd, (śmiech). To jest naprawdę pana**
623 **pogląd.**

624 E2: Nie no, ale naprawdę one stanowiły podstawę. One naprawdę stanowiły
625 fundament rozbudowy polskiego bibliotekarstwa w jego wymiarze ilościowym i
626 jakościowym no i ten paradoks, że dzięki temu, że tych bibliotek nadtworzono
627 wówczas to można w tej chwili likwidować te biblioteki obecnie, a udało się już
628 bardzo dużo zlikwidować.

629 **I: Szkoda.**

630 E2: Niektórych pewnie rodzajów bibliotek nie ma co żałować, na przykład tych
631 zakładowych, bo to wtedy- chociaż znałem biblioteki w swoim czasie, bardzo
632 dobre biblioteki zakładowe, ale to były rzadkie przypadki. No, ale powiedzmy
633 sobie no biblioteki szkolne no to jest chyba- one osiągnęły chyba dno upadku po
634 prostu w ostatnich latach. To są zabiedzone biblioteki. Kiedy ja jeszcze- przede
635 wszystkim wśród nauczycieli w szkołach nie ma przekonania, że te biblioteki są
636 potrzebne. Pamiętam, (...) że nauczyciele ustawiają się tyłem do tych bibliotek, są
637 im po prostu niepotrzebne, nie zabiegają o nie, nie starają się po prostu dbać o nie
638 i żeby one istniały i w związku z tym no jest taka sytuacja, jaka jest. Tu mamy
639 taką grupę bibliotek pedagogicznych, to jest pewnie specyfika polska, bo tego
640 nigdzie chyba nie ma, więc sens istnienia tych bibliotek no musi być
641 kwestionowany. Jeśli nauczycielom nie jest potrzebna taka biblioteka, z której
642 mogliby korzystać z literatury fachowej i oni się w zasadzie nastawiają w tej
643 chwili w większości, moja znajomość tej problematyki jest bardzo mała, ale
644 ciągle podkreśla się jedno, że to jest po prostu dla studentów studiujących na
645 różnych kierunkach uczelni. No, ale znowu od pytania żeśmy odbiegli. Ja
646 straciłem wątek (śmiech).

647 **I: No może jeszcze kilka informacji o, w jakim stopniu były przydatne**
648 **ustawy dla bibliotekarstwa do roku 1999? W jakim stopniu były one**
649 **przydatne?**

650 E2: No myślę po prostu, że w stopniu zasadniczym, skoro na podstawie dekretu
651 te biblioteki powstały tylko dekret to umożliwił, że one powstały, że dekret
652 umożliwił jednak i rozpoczęcie kształcenia bibliotekarzy i tworzenia, taki był w
653 swoim czasie, zaraz po wojnie utworzono taki ośrodek kształcenia bibliotekarzy
654 w Jarocinie to dla tych sieci takich, jak biblioteki publiczne, biblioteki szkolne, a
655 niezależnie od tego w tym czasie no powstawały, wtedy to było stosunkowo
656 mało, to była Łódź, taki Uniwersytet Łódzki, pierwszy chyba rozpoczynał

657 kształcenie bibliotekarzy, potem była Warszawa, Wrocław, Kraków, a potem się
658 namnożyło tego wszystkiego bardzo dużo. Nie no wydaje mi się, że dzięki temu
659 te biblioteki zorganizowano, finansowano, bo mimo wszystko dla finansowania
660 te zapisy po prostu mają no fundamentalne znaczenie, bez tego po prostu nie
661 byłoby to możliwe. Inna sprawa to jest kwestia ilości tego finansowania.

662 **I: No to jest na pewno zawsze-**

663 E2: Ale to było- poza tym chyba jeszcze jedno, jedna rzecz – te ustawy no
664 budziły nadzieję samych tych pracowników bibliotek, że chodzi tutaj o coś
665 istotnego w ogóle, prawda, dla nich samych, ale i też, że pracują na realizację
666 zadań no publicznie ważnych, istotnych i wydaje mi się, że to umacniało trochę
667 taką postawę takiego, jak się to mówiło, o Judymach, to znaczy takich
668 społeczników, którzy bez względu na swoje korzyści pracowali dla innych, całe
669 życie poświęcał na pracę dla innych i poniekąd takie społecznikowskie postawy
670 ja obserwowałem no w bardzo dużym stopniu. Ludzie, którzy pracowali w tych
671 bibliotekach bezpośrednio obsługujących czytelników, mam tutaj na myśli
672 mniejsze trochę, miałem akurat okazję jeździć po całym kraju, w swoim czasie
673 setki tych bibliotek oglądałem to to byli naprawdę tacy ludzie absolutnie
674 przekonani do swojego zawodu, wpisujący się w ogóle w to wszystko, którzy
675 zrobili bardzo dużo. Tak na samym początku to tylko taka jedna rzecz, jak
676 zacząłem pracę w (...) wtedy powstała myśl o takich badaniach, ale do tych badań
677 potrzebny był jakiś środek transportu w związku z tym była możliwość
678 zakupienia dwóch motocykli, kupiono te motocykle, jeździliśmy tymi
679 motocyklami, ale żebyśmy mogli jeździć, prowadzić te motocykle musieliśmy
680 mieć zezwolenie Ministra Kultury na prowadzenie motocykli służbowych. To
681 było to, to był porządek, (śmiech). Jeszcze do tej pory- ale w każdym razie wtedy
682 to najbardziej- wtedy to było takie dobre przygotowanie- o rany znowuśmy
683 odeszli od głównego tematu.

684 **I: Ostatnie pytanie, w jakim stopniu stanowiły ustawy o bibliotekach czy**
685 **stanowiła ustawa o bibliotekach warunek na dobre funkcjonowanie**
686 **bibliotek, czyli bibliotekarstwa?**

687 E2: No można powiedzieć, że stanowiła warunek niezbędny, niezbędny, ale po
688 prostu były jeszcze inne warunki. Stosunek- znaczy przede wszystkim możliwość

689 finansowe i przeznaczanie przez władze środków na to. No to była zasadnicza
690 sprawa.

691 **I: A w jakim zakresie były one niezbędne dla bibliotekarstwa?**

692 E2: Zapisy?

693 **I: Tak.**

694 E2: Wszystkie te zapisy, które mówiły o tym- mam na myśli tutaj w tej chwili to
695 co tam było napisane o bibliotekach publicznych, tak czy inaczej mimo tych
696 różnego rodzaju zapisów w ustawach to bez zmiany ustaw zostały zlikwidowane
697 biblioteki zakładowe, kilkadziesiąt tysięcy bibliotek zakładowych bez zmiany
698 ustawy, bo nie zdążono- dopiero później kiedy zmieniano te ustawy
699 zrezygnowano z tych zapisów. Czyli tutaj w tym wypadku, jeśli był zapis, a
700 przede wszystkim była też zgoda tych, którzy dawali pieniądze na to no to wtedy
701 wszystko szło w porządku, jeśli tej zgody nie było, jeśli zaczynały się te dyskusje
702 na temat potrzeby zlikwidowania czegoś takiego, bo oszczędności, bo to, bo tego,
703 owego i tak dalej- nie potrafię odpowiedzieć pani na to pytanie. Zaraz, jeszcze
704 raz, które to jest pytanie?

705 **I: To jest to ostatnie pytanie. Jakie czynniki są ważniejsze no może**
706 **finansowanie, jak była zgoda, pan opowiedział o tym. Ale to ostatnie pytanie,**
707 **jak kształtowałoby się polskie bibliotekarstwo bez ustaw o bibliotekach?**

708 E2: (śmiej), ja sobie tego nie wyobrażam. Ja sobie tego nie wyobrażam. No nie
709 no z całą pewnością, na przykład byłyby biblioteki akademickie, jeśli szkoły
710 chciały kształcić dobrych specjalistów, to musiały mieć odpowiednie narzędzia i
711 te biblioteki tutaj byłyby po prostu niezbędne. Jeśli chodzi o- nie, bez- nie, bez
712 ustaw by to nie funkcjonowało. To były jakieś społecznikowskie historie,
713 instytucje o nietrwałych fundamentach, a mimo wszystko, mimo tego, o czym
714 mówiliśmy, że o tej likwidacji, o tej niepewności, o słabym finansowaniu i tak
715 dalej, i tak dalej to fundamenty jednak dalej są i na to chyba trzeba popatrzeć tak
716 z punktu widzenia jakiegoś polepszania tego wszystkiego z tym, że w tym
717 procesie ulepszania dochodzi do pogarszania różnych rzeczy. Takim
718 pogarszaniem na pewno była ta- te decyzje o kształceniu bibliotekarzy, o tym, że
719 te kwalifikacje nie są wymagane. To co się dzieje w tej chwili. No dobrą sprawę
720 to trudno byłoby dyskutować. Nie, to znaczy- nie, te pytania są tak
721 sformułowane, że nie wiem co pani wybierze z tej mojej-

722 **I: Jest to takie może futurystyczne trochę pytanie. Nie wiem, (śmiech). Nie**
723 **wiem.**

724 E2: Polskie bibliotekarstwo bez ustaw?

725 **I: Bez ustaw o bibliotekach to by chyba niewyobrażalne-?**

726 E2: Nie, nie wyobrażam sobie. Naprawdę sobie nie wyobrażam i nawet w
727 przyszłości także. Jakiś- muszą być jakieś, współczesne państwo tak czy inaczej
728 musi się opierać na jakichś regulacjach i te regulacje muszą istnieć. Czy to
729 nazwiemy ustawą o bibliotekach czy ustawą o nie wiadomo czym to one będą
730 pewne sprawy regulowały po prostu. Może to zastąpić ustawa, powiedzmy sobie,
731 o opiece społecznej nad mieszkańcami czy ja wiem, (śmiech).

732 **I: Ja dziękuję bardzo.**

733 E2: Że będą też- zapisy dotyczące bibliotek czy coś takiego. Bo tutaj
734 rzeczywiście specyfiką tego, specyfiką tych ustaw, tego prawodawstwa jest to, że
735 myślano przede wszystkim o stworzeniu, dzisiaj byśmy to nazywali pewnym
736 systemem, ale legła u podstaw tego wszystkiego chyba koncepcja całościowego
737 instytucjonalnego rozwiązania spraw bibliotecznych. Poczynając od dekretu i
738 potem cały czas w tych kategoriach na ten temat mówiono. Ta wizja tego
739 całościowego rozwiązania tych wszystkich spraw, ona decydowała właściwie o
740 wszystkim. Potem było to wyłamywanie się po prostu z tego, bo to było
741 niemożliwe już tu na końcu, ale tak się zastanawiam czy teraz nie powinien być
742 inny punkt wyjścia do tego myślenia o bibliotekach, ale jaki to w tej chwili nie
743 potrafię powiedzieć, bo ja jestem przyzwyczajony też do tego centralnego.
744 Przecież patrzyłem na te biblioteki, całe moje życie zawodowe się z tym wiązało
745 i chociaż w tej chwili zdaję sobie sprawę, że to jest niemożliwe i to jest niedobre,
746 by tylko hamowało właściwe i rozwój bibliotek i rozwój kraju to jednak tak
747 człowiek ma takie nabyte schematy myślenia, patrzenia na różne rzeczy. To
748 uniemożliwia wybieganie w przyszłość. A poza tym trzeba sobie czasem zadać
749 pytanie, a po co-

750 **I: To dziękuję bardzo za wywiad. Dziękuję za to, że pan miał czas dla mnie.**

11.2.3 Interview E3

1 **I: Rozpaczynam wywiad. Dzień dobry. Przed panem leży na biurku sprzęt**
2 **do nagrywania rozmowy, abym mogła stworzyć jej transkrypcję. W mojej**
3 **pracy doktorskiej podam pana nazwisko. Odpowiedzi respondentów**
4 **udzielonych w wywiadach zostaną zanonimizowane, to znaczy pozbawione**
5 **jakichkolwiek danych osobowych pozwalających na identyfikację**
6 **poszczególnych respondentów.**

7 E3: A ja pani powiem - to mi wszystko jedno.

8 **I: To przechodzę do pierwszego pytania. Czy mógłby się pan krótko**
9 **przedstawić, chodzi mi o dane osobowe, gdzie pan pracował, informacje o**
10 **pozycji zawodowej - tak trochę-**

11 E3: Przedwczoraj byłem na konferencji w (...) Taki tam był referat (...)

12 **I: W jaki sposób i przez jaki czas zajmował się pan ustawami**
13 **bibliotecznymi?**

14 E2: No ja (...) widziałem, że ono nie ma jednolitego nadzoru, nikt tym nie kieruje,
15 nikt nie wytycza polityki bibliotecznej i to mógłby zrobić jakiś organ, jakieś
16 ciało, ale musiałoby być powołane przez - musiałoby być ono usankcjonowane w
17 ustawie bibliotecznej i dlatego zająłem się (...)

18 **I: Co pan rozumie pod pojęciem „polskie prawo biblioteczne”?**

19 E3: Tu sobie zrobiłem notatki.

20 **I: Tak?**

21 E3: Tak. Tu mam dla pani ewentualnie lekturę, tutaj niejako pan Zarzębski, który
22 w tej chwili jeszcze, no on się najbardziej na tym zna, ale rzeczywiście jest w
23 takim (...). Ale napisał artykuł o pierwszej ustawie, czyli o dekreście z '46 roku.

24 **I: Ja znam jego definicję.**

25 E3: A co pani zna?

26 **I: Definicję Zarzębskiego znam.**

27 E3: Ale czego definicję?

28 **I: Słucham?**

29 E3: Definicję czego?

30 **I: Polskiego prawa bibliotecznego.**

31 E3: Aha, ale nie wiem czy pani wie, że w tym zeszycie z tą definicją polemizuje
32 profesor Gwiżdż w recenzji z tego prawa, które on wydał on napisał taką recenzję
33 polemiczną i on kwestionuje tą definicję Zarzębskiego. O co chodzi. Gwiżdżowi
34 chodzi o to, że nie ma gałęzi prawa – prawo biblioteczne. Takiej gałęzi prawa nie
35 ma. Tak się o tym mówi potocznie, jak prawo farmaceutyczne czy jakieś takie,
36 ale gałęzie są klasyczne – prawo karne, cywilne, konstytucyjne. Prawa
37 bibliotecznego nie ma, więc to jest takie potoczne określenie. Także można
38 używać, niemniej w prawnictwie, doktrynalnie mówiąc, takiej gałęzi prawa nie
39 ma. Więc dobrze je stosować, ona może być, ale trzeba powiedzieć, że to jest
40 trochę nadużycie. Natomiast, co Gwiżdż podkreśla, że Zarzębski ma rację, że to
41 prawo biblioteczne wchodzi w skład bibliotekoznawstwa, czyli
42 bibliothekswissenschaft albo mówi się po polsku bibliologia ale to nie jest to
43 samo. To jest bardziej gałąź bibliotekoznawstwa niż prawa, prawa też, prawda- i
44 że błędem jest, to znowuż ja mówię, jako- profesor, że tego nie ma w programach
45 nauczania bibliotekoznawstwa w Polsce. Nie ma prawa bibliotecznego. A
46 powinno być, bo jest szczególnie dla managerów przydatne, bo oni bez tego się
47 nie mogą ruszyć, prawda? Wszędzie napotykać jakieś ograniczenia czy jakieś
48 wskazówki, prawo biblioteczne ich otacza, tak że powinno to być wykładane na
49 studiach a nie jest.

50 **I: A co pan rozumie pod tym pojęciem?**

51 E3: To jest gałąź, to jest część prawa administracyjnego, część, prawda? I zawiera
52 cały szereg norm prawnych, które regulują prace bibliotek.

53 **I: Dobrze. Dziękuję. Co pan rozumie pod pojęciem „polskie ustawy o**
54 **bibliotekach”?**

55 E3: Polskie prawo?

56 **I: Polskie ustawy o bibliotekach. Pod tym pojęciem.**

57 E3: Nie zrozumiałem pytania. Co ja rozumiem? No generalnie trzy ustawy,
58 prawda? To pani wie.

59 **I: To wiem.**

60 E3: To są te ustawy.

61 **I: Dobrze. Dziękuję.**

62 E3: Jeszcze mógłbym powiedzieć to tak – polskie bibliotekarstwo ma- to, że
63 ustawa to jest akt najwyższej rangi no ustawy, nad tym jest Konstytucja. Polskie

64 bibliotekarstwo ma dwie ustawy – o egzemplarzu obowiązkowym i ustawę o
65 bibliotekach. O egzemplarzu obowiązkowym wyszło w '96, a ustawa o
66 bibliotekach, pani wie, w '97. Ale jeszcze może pani powiem ciekawostkę taką,
67 co pani może się przyda, nie ma pani tego w pytaniach, co było przed wojną.

68 **I: Nie, nie mam tego w pytaniach.**

69 E3: Ale to pani się teraz dowie.

70 **I: Trochę o tym czytałam (śmiech).**

71 E3: Tak?

72 **I: No pewnie, że czytałam.**

73 E3: Aha, czyli-

74 **I: Ale nie, proszę powiedzieć. To jest pana zdanie, pana pogląd. Dla mnie jest**
75 **to naprawdę bardzo korzystne, bardzo interesujące.**

76 E3: O właśnie tak. Bardzo ładnie się pani przygotowała. Takie ładne ma pani te-
77 po polsku formułuje myśli, (śmiech). Więc przed wojną był dziki bój, dzika
78 walka o ustawy biblioteczne, ale mówi się o ustawach bibliotecznych, błędnie się
79 mówi – o ustawie o bibliotekarstwie powszechnym (mówi po niemiecku).
80 Ostatecznie projekt ustawy gotowy wszedł do sejmu, ale w lecie '39 roku. Miał
81 być uchwalony, ale nie zdążyli go uchwalić, bo była wojna, więc w ostatnim
82 momencie wojna wstrzymała uchwalenie tej ustawy. Dlaczego był taki dziki bój
83 o tą ustawę? Bo to były biblioteki powszechne i ustawa zmuszała samorządy do
84 zakładania bibliotek w swoich jednostkach – w gminie, w powiecie, ale pieniędzy
85 nie dawała i samorządy powiedziały nie i zastopowały tą ustawę. To raz. A po
86 drugie, Polska była przed wojną bardzo różnorodna etnicznie – Ukraińcy to 20%,
87 Żydzi, trochę Niemców było, ale ci zorganizowali swoje własne bibliotekarstwo,
88 bardzo dobre, ustawa ich nie interesowała. I te gminy ukraińskie one się bardzo
89 bały- jak będą zmuszone otworzyć bibliotekę państwową to państwo będzie
90 ingerować w treść literatury, na przykład literatury ukraińskiej nie dopuści. Był
91 taki opór. Był straszny opór i literaci w to wchodziłi, ustawy nie uchwalono.
92 Natomiast ustawę o bibliotekach naukowych przygotowali projekt bibliotekarze,
93 ale rząd w ogóle nie wziął go pod uwagę, w ogóle nie chciał z nimi rozmawiać.
94 Przedkładali projekt na biurko premiera, a premier nie dyskutował. I tak to doszło
95 do wojny i część takich- część tych sentymentów i zapatrywań przez wojnę i ten
96 dekret o bibliotekach, ten pierwszy, który właściwie był ustawą, jego robił ten

97 człowiek, który przed wojną pracował przy ustawie o bibliotekach naukowych –
98 Grycz. Więc wiedział, o co chodzi, ale też pamiętał, jaka była treść tej ustawy o
99 bibliotekach powszechnych i on ją rozwinął w tym dekrete o bibliotekach, który
100 był jego autorstwa- on rozwinął tę ustawę przedwojenną, która nie została
101 uchwalona. Dużo z tych- ustrój był, więc była inna już w ogóle rozmowa- ale
102 dużo z tych przedwojennych pomysłów, w których chodziło o udostępnienie
103 czytelnictwa i przedwojenną i w tym po wojnie to się w tym dekrete znalazło-

104 **I: Dziękuję. Jaką pozycję miały polskie ustawy o bibliotekach czy ma, bo**
105 **teraz jest jeszcze obowiązująca ustawa w polskim prawie bibliotecznym?**
106 **Jaką pozycję miały te ustawy?**

107 E3: No nie bardzo rozumiem, co tu pani odpowiedzieć no-

108 **I: Jaki wpływ miały one, na przykład na niższe akty prawne? Na inne akty**
109 **prawne?**

110 E3: No, więc wszyscy się na nie powołują. I to jest ta Konstytucja pod względem
111 bibliotekarstwa, w jakimś sensie to jest, prawda. Z tym, że tam niewiele z tego
112 praktycznie wynika, niewiele. Niemniej wbrew ustawie niczego nie można
113 zrobić.

114 **I: Jak mogłoby być kształtowane prawo biblioteczne bez ustaw o**
115 **bibliotekach?**

116 E3: Wie pani to by trzeba było powiedzieć tak, że zadaniem takiej ustawy, co
117 przed wojną planował Grycz właśnie i po wojnie w dekrete trochę ujął, było
118 ujęcie całości bibliotekarstwa jednolitym kierownictwem. Nie udało się to, bo
119 biblioteki w Polsce były i są, na świecie to też różnie bywa, rządzone według-
120 aktów prawnych właściwych dla jednostek, które je zakładają. Tak mówiąc ściśle,
121 prawda. Organów zakładających, to znaczy konkretnie – uczelnie mają swoje
122 biblioteki, prawda. Przy czym uczelnie dla nich podstawowym aktem prawnym
123 jest ustawa o szkolnictwie wyższym. To jest ich ustawa, a nie ustawa o
124 bibliotekach, czasami w ogóle nie wiedzą, że ustawa o bibliotekach jest, prawda?
125 Potem jest ustawa o samorządzie terytorialnym i ona dużo rzeczy narzuca
126 bibliotekom, tak że ustawa ta biblioteczna nie może pójść wbrew, prawda. I tak
127 dalej, tak że biblioteki są posegmentowane na różne resorty, a te resorty mają
128 swoje akty prawne, które regulują ich życie. Tak że ustawa idzie trochę wstecz.
129 Najbardziej jest stosowana w bibliotekarstwie powszechnym w bibliotekach

130 publicznych. Jest najbardziej do nich przyjęta, więc to jest- Jakie jest pani
131 pytanie-

132 **I: Jaką pozycję miały- jaki wpływ miały na- bo są i rozporządzenia, miały**
133 **one wpływ na rozporządzenia, które w późniejszym czasie się wydało?**

134 E3: Miały, tak. Miały duży wpływ, ale to nie jest najważniejsze-

135 **I: A co jest ważniejsze?**

136 E3: Ważniejsze są finanse. Najważniejsze są, dla biblioteki, prawda?
137 Najważniejsza jest pragmatyka służbowa, pragmatyka, czyli prawa, obowiązki-
138 Najważniejsza jest rekrutacja dla bibliotek, kto przychodzi. Bo jeżeli jest kiepska
139 pragmatyka, nie ma obwarowania to każdy może przyjść do biblioteki. W
140 Niemczech to jest niemożliwe, w Polsce jest możliwe prawie, prawda. I to jest
141 ważniejsze niż ustawa, która gdzieś tam jest.

142 **I: Do innego kompleksu tematycznego. Chodzi mi o powstanie ustaw o**
143 **bibliotekach. Jakim przyczynom zawdzięcza się utworzenie polskich ustaw o**
144 **bibliotekach?**

145 E3: Więc ja mogę powiedzieć o tym dekrete. To był ten dekret, jak pani
146 powiedziałem, stworzył Grycz. Grycz pani słyszała?

147 **I: Grycz i Janiczek.**

148 E3: Ja (...) w tej chwili (...)

149 **I: Tak?**

150 E3: Tak.

151 **I: Na pewno bardzo interesująca jest ona.**

152 E3: Bardzo. Taki był mały, garbaty i miał dwie żony.

153 **I: Miał dwie?**

154 E3: Tak.

155 **I: Tylko Alodię, czy nie? Przepraszam.**

156 E3: O tej (...) proszę pani. Taka seksy kobita, góralka. I go zdradzała. Ale mówię,
157 że był mały, garbaty a kobiety na niego leciały. No to sztuka-

158 **I: To sztuka.**

159 E3: (...) O Janiczku nic nie wiem. To była ta postać i taki łeb miał taki bardzo
160 pragmatyczny, on świetnym- był i on przygotował ten dekret o bibliotekach. Pyta
161 się pani, z czego on wyrósł? On wyrósł z troski, po pierwsze, objąć całe
162 bibliotekarstwo jedną myślą, jednym sposobem zarządzania. Z tego dekretu

163 wyniknęło utworzenie Naczelnej Dyrekcji Bibliotek. Przez pewien czas, trzy lata
164 właściwie Grycz stał na czele Naczelnej Dyrekcji Bibliotek, która zarządzała
165 całością bibliotekarstwa. Rzadko tak- już były kłopoty, bo już szkoły wyższe się
166 patrzyły skosem, bokiem co to właściwe za dyrekcja wchodzi w naszą bibliotekę,
167 powiedzmy taka Biblioteka Jagiellońska z tradycjami i co ktoś będzie zarządzał
168 nią z Warszawy, prawda. I kłopot był, zawsze był kłopot, prawda. Ale pani się
169 pyta, co stało u podstawy? Właśnie objęcie jednolitym zarządzaniem, jednolitą
170 myślą i stworzenie jednolitej polityki bibliotecznej w Polsce. To był jedyny
171 moment, kiedy się wydawało, że to się uda. Po tym pierwszym dekreście jak
172 powstała Naczelna Dyrekcja Bibliotek z Gryczem na czele. Zaczęły być pewne
173 akcje- To jest jedna przyczyna. Druga, jednak upowszechnienie bibliotekarstwa,
174 jednak przed wojną i zaraz po wojnie wieś polska była analfabetyczna, była masą
175 analfabetów. Po drugie, tych bibliotek tam albo nie było, albo nieliczne- więc
176 trzeba było tę wieś polską i małe miasteczka otoczyć siecią bibliotek
177 publicznych. I to ten dekret spowodował, który był- powstało w krótkim czasie,
178 no powiedzmy tak 20 tysięcy- punktów bibliotecznych. To były takie punkty,
179 gdzie raz w tygodniu przyjeżdżał bibliotekarz, obsługiwał i jechał dalej. Powstała
180 taka sieć. Dla nich, dla tych bibliotek wydrukowano specjalnie ileś tam,
181 kilkadziesiąt milionów egzemplarzy książek, żeby te książki rozdać. I to
182 wszystko było myślą właśnie tego dekretu, więc jednolita organizacja, jednolite
183 zarządzanie, upowszechnienie czytelnictwa, zaprowadzenie w Polsce sieci
184 bibliotek powszechnych, które będą siecią, autentyczną siecią. Bo tam sieć nie
185 wystarczy, że jest biblioteka wojewódzka i potem kilka w terenie. Nie. To były
186 normalne filie, centralne- więc to było tą przyczyną. A jeszcze przyczyną taką
187 ideologiczną tego dekretu to była ideologia komunistyczna. Książka- dostarczyć
188 książkę masom ludowym, że masy ludowe trzeba kształcić, oczywiście tam w
189 duchu stalinizmu, ale że no, że proletariatus, masy ludowe, był odsunięty od wiedzy
190 wszechstronnej przez wiele lat przez kapitalistów a teraz my tą książkę pod
191 strzechy, popularyzacja nauki, oczywiście nauki komunistycznej. To myślę, że to
192 takie trzy.

193 **I: Jakie okoliczności przysparzały trudności w utworzeniu ustaw o**
194 **bibliotekach? Jeśli pan tak pomyśli może o finansowej sytuacji państwa, czy**
195 **miało one jakieś znaczenie?**

196 E3: Wie pani co to może nie. Wie pani, na czym w ogóle polegała trudność i w
197 ogóle słabość tych dwóch ostatnich ustaw o bibliotekach- chodziło generalnie o
198 to, że powiedziałem pani o tym głównym zarządzie bibliotek, które kierownikiem
199 był Grycz- i on był posadowiony, jako wydział, jeden z wydziałów Ministerstwa
200 Nauki. To było bardzo ważne. Nauki. I jak jego znieśli ze względu na Grycza,
201 właściwie to rozwiązali czy przekształcili dyrekcję w Centralny Zarząd Bibliotek
202 i przenieśli go do wydziału kultury, czyli sprawy bibliotekarskie wylądowały nie
203 w nauce tylko w kulturze i do dzisiaj tam są. W takim podziale, gałęzi w ogóle
204 tematycznych, które było kilkanaście lat temu zrobione, bibliotekarstwo
205 przyznano kulturze, działaniu kultury, tak że one dalej tam jest. To jest według
206 mnie, nie tylko według mnie, część bibliotekarstwa, bo kultura nie obejmuje
207 bibliotekarstwa naukowego na przykład, prawda. Nie potrafi, nie interesuje.
208 Kulturę interesuje Biblioteka Narodowa, która bezpośrednio- ministerstwo, która
209 jest bezpośrednio podległa ministerstwu i publiczne. W tej chwili już nie
210 wszystkie tylko wojewódzkie, bo cała reszta jest w gestii samorządów. Tak że
211 władztwo Ministerstwa Kultury nad polskim bibliotekarstwem jest skromne, a
212 ustawy to petryfikują. Rozumie pani – petryfikują? To znaczy utwierdzają.
213 Ministerstwo samo je uchwała, uchwała sejm, prawda, ale projekt wychodzi z
214 Ministerstwa Kultury, samo je projektuje, sejm uchwała i ministerstwo ciągle
215 tymi bibliotekami rządzi a nie wie o co chodzi.

216 **I: To jest trudne-**

217 E3: Znaczy, bo ja wielokrotnie, jako (...) powiedzmy no, jak był jakiś konflikt,
218 coś źle zrobiłem, to się powołuję, proszę, na przykład jest takie zarządzenie
219 ministerstwa o ewidencji, jak tam należy robić- no ja zrobiłem według tego
220 ministerstwa, a mój szef mówi – a co mnie to obchodzi to ministerstwo, co ja
221 mam z tym wspólnego, prawda? No, więc właśnie, nie jest jasne, skąd to
222 władztwo Ministerstwa Kultury nad polskimi bibliotekami, a jest i jest właśnie
223 utrwalone w ustawach.

224 **I: Dziękuję. Do następnego kompleksu tematycznego. Chodzi mi o treściową**
225 **zawartość przepisów ustaw o bibliotekach. Jakie postanowienia ustaw o**
226 **bibliotekach uważa pan za sensowne?**

227 E3: No to właściwie-

228 **I: To pana pogląd.**

229 E3: No wie pani, no one słuszne takie no tylko nic z tego nie wynika, to nie ma
230 żadnego znaczenia. Ale co z tego. No na przykład jest taki wyraźny podział na
231 sieci – publicznych, naukowych, fachowych. To jest względnie sensowne.

232 **I: W jakim stopniu?**

233 E3: No to jest dobrze podzielone. No szczęście im boże. Natomiast sieci
234 ogólnopolskiej w tym nie widać, jak to się ma łączyć z całą siecią ogólnopolską.
235 Ustawa nie poddaje, nie narzuca warunków działania i metod sieci bibliotek.
236 Może nie może. Czy ja wiem. W Niemczech też jest ten podział-

237 **I: Sieci nie ma? -**

238 E3: Niemieckie biblioteki też się skarżą, że są postponowane i tak dalej. Miałem
239 do czynienia z takim Towarzystwem (...), takich niemieckich bibliotekarek, które
240 mi się zawsze skarżyły- że są lekceważone. No dobrze, więc chodzi mi o to, że
241 ustawa ma szereg pożytecznych artykułów. Najbardziej pożytecznym artykułem
242 jest praktycznie artykuł o tym, że usługi bibliotek są bezpłatne i to jest ważny
243 argument, ponieważ zakłada się dużo w tej chwili bibliotek uczelni prywatnych,
244 prawda, które mają też biblioteki, duże czasami, no i ta ustawa nakazuje-
245 zabrania pobierać pieniędzy od czytelników. Z wyjątkiem pewnych usług,
246 prawda, jak tam digitalizowanie czy coś, ale to jest jasne. Więc to jest pożyteczny
247 przepis. Pożyteczny przepis generalnie jest taki, że każda uczelnia musi mieć
248 bibliotekę, również samorządom narzuca się biblioteki, więc to są pożyteczne.
249 Niektóre- A pani ma, jaki pogląd? Co jest pożytecznego w ustawie?

250 **I: Myślę, że regulacje dotyczące zadań i funkcji bibliotek są pożyteczne, są**
251 **korzystne, bo musi się zdefiniować, jakie są zadania poszczególnych**
252 **bibliotek. Jeśli chodzi o finansowanie też myślę, że jest to pożyteczne. Ale to**
253 **jest mój pogląd i moja opinia, ale-**

254 E3: Wie pani tylko finansowanie- tego nie ma co zapisywać w ustawie, bo
255 powinien finansować ten, kto bibliotekę założył.

256 **I: Tak?**

257 E3: Założyła uczelnia, uczelnia finansuje no. Założył samorząd, samorząd
258 finansuje.

259 **I: No to już jest coś.**

260 E3: Ale tego zapisywać chyba nie ma co, bo to jest jasne.

261 **I: No w Niemczech jest to zadaniem dobrowolnym (...)**

262 E3: Tak?

263 **I: Tak. Tak że myślę, (...) W jakim stopniu są sensowne regulacje dotyczące**
264 **struktury i utworzenia bibliotekarstwa?**

265 E3: Powiem tak – nie ma- struktury bibliotekarstwa nie ma. Struktura byłaby
266 wtedy, kiedy przy bibliotekarstwie był jakiś organ zarządzający albo nawet
267 doradczy o silnym autorytecie. Wtedy można by mówić, że- Poza tym struktury
268 są- Co to jest struktura? Struktury są- no założmy, że sieci są strukturami, ale
269 sieci właściwie nie ma, biblioteki uczelniane na przykład wszystkie tworzą sieci,
270 tworzą sieci. No każda uczelnia ma swoją bibliotekę, one się- sieć naprawdę się
271 stworzyła pod tym względem naukowym w tej chwili, ale nie tylko, po
272 utworzeniu katalogu centralnego NUKAT. NUKAT jakby zjednoczył, to była
273 pierwsza inicjatywa- tak naprawdę wymusili to Amerykanie i to była pierwsza
274 taka, nawet w bibliotekach uczelnianych jednej uczelni biblioteka miała, w
275 Niemczech jest to samo, że jest biblioteka centralna, a biblioteki zakładowe są-
276 katedralne są oddzielnymi księstwami, nie chcą się poddać bibliotece głównej.
277 Słyszałem, że w Niemczech jest to samo. Jakiś artykuł czytałem. W tej chwili
278 katalogi centralne bibliotek zjednoczyły ich, bo muszą- znaczy jest jakaś więź i to
279 struktura się robi, prawda. Natomiast ogólnopolską strukturą w tej chwili jest ten
280 NUKAT, który łączy 140 bibliotek bodajże polskich, największych. Ale zarządza
281 tą strukturą biblioteka uniwersytecka w Warszawie, bo kieruje tym NUKAT-em
282 no, więc trudno powiedzieć o jakimś zarządzaniu ogólnopolskim. Zarządzanie no
283 to jest zarządzanie funkcjonalne, zarządza konkretnie tym przedsięwzięciem. To
284 nie jest zarządzanie bibliotekarstwem w ogóle. Tak że struktury bibliotekarstwa w
285 Polsce nie ma, dlatego, że Ministerstwo Kultury położyło łapę, nie wie co to jest
286 a nie pozwoli utworzyć osobnej takiej struktury, agendy, która by wzięła w ręce
287 konkretnie pewne dziedziny bibliotekarskie. Nie pozwala, nie wie o co chodzi,
288 nie ma ludzi. Tak idzie to samopas.

289 **I: A w jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej- a nie. W jakim**
290 **stopniu są sensowne regulacje dotyczące kwalifikacji pracowników?**

291 E3: Bardzo sensowne, ale ich nie ma niestety. Byłoby dobrze żeby były, ale teraz
292 ich nie ma. Teraz taka ustawa weszła, że likwiduje kategorię bibliotekarzy
293 dyplomowanych pod hasłem – wolny dostęp do zawodów zlikwidowano hasło,
294 kategorię bibliotekarzy dyplomowanych. Bibliotekarz dyplomowany, który był

295 taką dosyć odrębną kategorią bibliotekarza elitarnego, przestał istnieć. Tak że
296 taka- są pewne przepisy, które nie pozwalają zająć stanowiska w bibliotece, ale
297 one są- ale są no. Trzeba skończyć powiedzmy studia bibliotekoznawcze żeby
298 zająć pewne stanowisko albo odpowiedni kurs, odpowiednie przeszkolenie. Są
299 takie przepisy tylko one- No dobrze, są. Są. Omijają to jest inna sprawa.

300 **I: To jest inna sprawa. W jakim stopniu jest sensowne utworzenie**
301 **jednolitego systemu bibliotecznego?**

302 E3: Jednolity się nie udał- w całej Polsce, dla wszystkich bibliotek gminnych i
303 uniwersyteckich nie jest niemożliwe. Jednego systemu się nie da zrobić. W ramach
304 bibliotek jakichś uczelnianych można. Ale w ramach całego kraju to niemożliwe.
305 Bo przecież są szkolne, na przykład no szkoły- jak pani system stworzy bibliotek
306 szkolnych i uniwersyteckich? No nie, nie.

307 **I: A w jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej polityki**
308 **bibliotecznej?**

309 E3: No to już bardziej. To już bardziej. Tylko właśnie nie ma kto jej kształtować z
310 racji podziału na ministerstwa w Polsce powinno je kształtować Ministerstwo
311 Kultury. Tego nie robi i nie zrobi, bo jest wyłącznie skupione na bibliotekach
312 publicznych. Nie jest w stanie ogarnąć całości bibliotekarstwa, szczególnie teraz
313 tego nowego w tej chwili, które- którego ministerstwo nie znało, jak chodziło do
314 szkoły. U nas w bibliotekarstwie, dla bibliotekarstwa trzeba zupełnie nowych
315 ludzi, nowych struktur. Nie ma a byłoby sensowne rzeczywiście. Nie ma. Myśmy
316 tam, z takim (...), właśnie jak pisaliśmy nasze propozycje pisaliśmy o takiej
317 agendzie, która by miała pewne własności decyzyjne, na przykład dotyczące
318 automatyzacji polskich bibliotek. To było 20 lat temu- to były początki, ta
319 automatyzacja szła na dziko, jeden kupował taki system, drugi robił swój własny.
320 Tego nie można było skleić w jeden system, prawda. I żeby jakaś agenda to
321 przynajmniej notowała co się dzieje, prawda. Jeżeli jakiś system w bibliotekach
322 tutaj to druga biblioteka żeby widziała i nawiązywali kontakt jak to działa, więc
323 to nas wyśmiano, że jesteśmy za centralizacją bibliotek a w wolnym kraju nie
324 można scentralizować. I tego typu pomysły na kierowanie centralne, ale- nie
325 wychodzą. To w Niemczech może by się udało, ale nie w Polsce.

326 **I: A wychodziło to na przykład po dekrety? Bo wtedy miał tylko Minister**
327 **Oświaty wszystkie biblioteki pod sobą.**

328 E3: Kiedy? Kiedy?

329 **I: Po dekrete w 50-tych latach.**

330 E3: Już się zaczęło łamać. Już się zaczęło, bo właśnie mówię – szkoły wyższe się
331 patrzyły z ukosem co się tam pcha ta naczelna dyrekcja, ale to był jedyny
332 moment, gdzie były początki centralnego kierowania, centralnego myślenia
333 polskiej polityki bibliotecznej, tak. To były początki, tak. Ale-

334 **I: Się nie udało?**

335 E3: Przedwojennych się naukowców niszczyło, a po drugie no ta taka polska
336 nieumiejętność działania w grupie, wie pani. Nieumiejętność skupienia wokół
337 jakiegoś tematu, który bezpośrednio nie jest- nie leży w interesie mojej grupy,
338 prawda. Więc coś, co nie przynosi doraźnego szybkiego efektu to my nie
339 potrafimy się trochę wspiąć wyżej i pomyśleć żeby to był jakiś generalny z tego
340 zysk. Nie.

341 **I: Jedno jeszcze pytanie do tego tematu. Chodzi mi jeszcze dalej o treściową**
342 **zawartość. Jak ocenia pan jakość postulatów ustaw o bibliotekach?**

343 E3: Ale czyich postulatów? Obecnych?

344 **I: Wszystkich. Chodzi mi o dekret, chodzi mi o ustawę z 1968, z 1997 roku.**
345 **Jak ocenia pan jakość? Na przykład są zapisy ważne, korzystne, zbędne. Jak**
346 **pan to ocenia?**

347 E3: W dekrete uważam, że wszystko było celowe i jakość była bardzo dobra.
348 Potem wszystko było dekoracyjne, wie pani, bo to jest kłopot z tymi aktami
349 prawnymi. Akt prawny może być znakomity, ale nic z niego może nie wynikać,
350 prawda. Ustalenie pięknej ustawy, jak się jej nie realizuje no to, co z tego? No to
351 ocenić ją można znakomicie a skutki- pod tym kątem przepisy dekretu były
352 realizowane w dużym stopniu, aż się załamały, natomiast przepisy innych ustaw
353 petryfikowały stan zastany. Tak już jest no.

354 **I: Do następnego kompleksu tematycznego – realizacja ustaw o bibliotekach.**
355 **Chodzi mi o realizację ustaw o bibliotekach do 1999 roku, bo potem zmieniła**
356 **się administracja i zmieniło się bardzo wiele. W jakim stopniu kształtowały**
357 **ustawy o bibliotekach bibliotekarstwo do roku 1999?**

358 E3: Nie miały wpływu.

359 **I: Nie miały wpływu?**

360 E3: Nie. W ogóle niektórzy dyrektorzy nie czytali tych ustaw, a już ci
361 managerowie, czyli powiedzmy ministrowie czy rektorzy w ogóle nie wiedzieli,
362 że tak ustawa istnieje i że w ogóle podlegają pod ustawę. Nie daj boże, jak
363 musieli się dowiadywać, że podlegają to się denerwowali, prawda. On podlega
364 pod Ministerstwo Nauki a nie Kultury no, więc o to chodzi, że tą ustawę przejęło
365 Ministerstwo Kultury i inni ministrowie patrząc się na to krzywo – z jakiej racji
366 no, bo pan się wtrąca w naszą bibliotekę czy tam działalność. Polska jest
367 resortowa ciągle i to usadowienie tego- oddanie tego w ręce Ministerstwa Kultury
368 czy w ogóle ludzi kultury położyło w ogóle myśl o polskim bibliotekarstwie w
369 ogóle, bo bibliotekarstwo jednak ciągną biblioteki akademickie, biblioteki
370 uniwersyteckie. To jest czołówka- Oni ciągną cały postęp. Narodowe nie,
371 narodowe są ociężałe takie. U nas w tej chwili robi dyrektor takie wysiłki, ale
372 przeważnie narodowe są ostoją konserwatywną właśnie. Do przodu ciągną
373 bibliotekarstwo biblioteki uczelniane. W Polsce jest taka czołówka. A to nie one
374 są przedmiotem ustawy, tylko są biblioteki powszechne raczej, no i tu jest w tym
375 założeniu całe nieszczęście tych ustaw, nieskuteczności tych ustaw. One nie
376 przystają do życia i nikt ich nie szanuje, bo kultura nie jest szanowana w nauce.
377 Aczkolwiek- duża społeczność bibliotek publicznych to jest zagadnienie, prawda
378 i Ministerstwo Kultury słusznie do nich przywiązuje wagę z tym, że teraz też tak
379 nie ma wpływu bezpośredniego. On ma wpływ wyłącznie na Bibliotekę
380 Narodową i biblioteki wojewódzkie, a reszta jest w samorządach- a jak im się
381 chce odebrać jakąś inicjatywę to strasznie się denerwują.

382 **I: To znaczy były one w jakimś stopniu przydatne? Nie? To zbędne jest i**
383 **moje ostatnie pytanie, bo chciałam się zapytać, w jakim stopniu stanowiły**
384 **ustawy o bibliotekach warunek na dobre funkcjonowanie bibliotekarstwa?**

385 E3: Jak już powiedziałem, kilka przepisów jest bardzo pożytecznych – bezpłatne
386 biblioteki, że biblioteki muszą być- jednostki samorządowe muszą zakładać
387 biblioteki. To jest ważne, prawda. Miasto powiatowe musi założyć bibliotekę
388 powiatową, więc zakłada. Uczelnia musi mieć swoją bibliotekę i to jest ważne
389 przy uczelniach prywatnych, bo można sobie wyobrazić, że uczelnia prywatna w
390 dużym mieście ma wokół biblioteki państwowe i może powiedzieć – to ja nie
391 muszę, niech moi studenci chodzą do uniwersyteckiej narodowej. Ale nie, musi.

392 To jest przydatne, ale nic więcej. Gdyby ściśle określało na przykład pragmatykę
393 zawodową, nie określa ta ustawa. Gdyby tworzyło sieć. No nie tworzy.

394 **I: Ale zawsze myślałam, że są sieci, są sieci resortowe, że jest współpraca z**
395 **bibliotekami resortowymi, z innymi. Nie jest ona zrealizowana?**

396 E3: Jak mi smutno, że pani- wie pani, bo ja jestem praktyk, ja w tym robiłem,
397 więc ja nie mogę powtarzać takich sloganów. Sieć, wie pani, co to jest sieć? Nie
398 wiem jak to jest w Niemczech no. W sieci zawsze musi być jedna biblioteka
399 główna, prawda. No musi być, no ktoś musi kierować.

400 **I: No musi się zadania podzielić. Tak.**

401 E3: Ale ktoś musi tym kierować no.

402 **I: Tak?**

403 E3: Potem muszą być biblioteki filialne, no dobrze by było, nie? Więc musi być
404 ścisły kontakt, w którym biblioteki filialne są zależne. Nie ma siły, tak? To
405 strasznie trudne. Na przykład na uniwersytetach, kiedyś byłem (...), to miałem-
406 myśmy mieli 200, tak, dobrze mówię – 200 bibliotek w sieci, centrala i tyle samo
407 książek co, przecież prawie 2 miliony, miała sieć. Olbrzymia, prawda. Każdy był
408 samodzielny. Jak do dyrektora biblioteki przyszedł to miał interes, a nie to żeby
409 się zapytać o instrukcję, co to za sieć. Teraz jak biblioteki chodzą w tym
410 systemie, prawda, to one musiały mieć system. Nie wszystkie weszły, tak się
411 opierały- tak że wie pani, trzeba bardzo ostrożnie mówić o sieci. Sieć bibliotek
412 uczelnianych i co to znaczy? Akurat w tej chwili one, te biblioteki uczelniane, się
413 skrzyknęły i mają taką reprezentację, zbierają się raz do roku i mają dużo do
414 powiedzenia, biblioteki uczelniane, rektorzy się zjeżdżają, jest tam taka
415 kierowniczka i oni wobec rektorów na przykład mają pewne zdanie, ale to nie jest
416 sieć, to jest stowarzyszenie bibliotek uczelnianych no. Nie są niczym powiązani
417 oprócz doraźnego interesu – walczmy o nasze interesy wobec rektorów, nie?

418 **I: Pan (...) na przykład ubolewał bardzo, bo w obowiązującej ustawie składa**
419 **się sieć z bibliotek wyłącznie publicznych.**

420 E3: Tak?

421 **I: A on ubolewał, że co teraz na przykład z siecią bibliotek (...)? Co stanie się**
422 **z tym?**

423 E3: Nie ma żadnej sieci. Nie ma sieci no. Naukowe jak się chcą zapisać to trzeba
424 się zapisać żeby wejść do sieci. Jak się nie zapiszą, bo nie wiedzą o co chodzi no

425 to nie są w sieci. (...) sobie może ubolewać. To jest (...), wie pani. On- teraz mu
426 się wszystko jedno zrobiło (...). No. Jak mówię – fantastyczne działa NUKAT.
427 Pani była w NUKACIE? Wchodziła pani?

428 **I: Nie, jeszcze nie.**

429 E3: Wie pani wszystkie największe biblioteki naukowe są w tym NUKACIE,
430 znaczy wrzucają swoje opisy, prawda. Codziennie. I NUKAT wszedł do OCLC,
431 tak że on jest czytelny na całym świecie przez OCLC. Ale tak jak mówię były
432 pewnego rodzaju kłopoty z jego powstawaniem. Biblioteka Narodowa odmówiła
433 tworzenia tego systemu centralnego, wziął to BUW, ale zmusili do tego polskie
434 biblioteki Amerykanie dając duże stypendia pod warunkiem- pod warunkiem, że
435 zrobią bibliotekę centralną. Zrobili, ale pod takim naciskiem. Więc to jest ta (...)
436 polska nieumiejętność pracy w grupie.

437 **I: A jeśli pan tak na przykład pomyśli o współpracy bibliotek? Miała ona**
438 **swoje początki w sieci czy też nie?**

439 E3: Nie ma współpracy.

440 **I: Nie ma współpracy?**

441 E3: Nie. Był taki kiedyś pomysł na specjalizację polskich bibliotek. To poszło za
442 amerykańskim takim modelem, jeszcze takie były przedwojenne pomysły –
443 specjalizacja bibliotek. Wymyślono listę bibliotek centralnych, które opiekują się
444 danymi dyscyplinami, przyznano tym bibliotekom biblioteki współpracujące, ale
445 nie przyznano żadnych pieniędzy. Nic z tego nie wyszło. Niby się mówi tam, taka
446 biblioteka, która była taką tą centralną to się chwaliła, że ja jestem- Nic, palcem
447 nie ruszyli. No, bo to proszę pani dołożyć duże zadania a nie dać funduszy, no nie
448 można tak. Nic z tego nie wyjdzie. Sieć bibliotek powiedzmy tematycznych, no
449 dobrze, pomysł jest dobry, wspólny katalog- trzeba mieć fundusze.

450 **I: Dziękuję bardzo za udzielenie wywiadu.**

11.2.4 Interview E4

1 Transkript E4

2 **I: Przed panem leży na biurku sprzęt do nagrywania rozmowy, abym mogła**
3 **stworzyć jej transkrypcję. W mojej pracy doktorskiej podam pana**
4 **nazwisko. Odpowiedzi respondentów udzielonych w wywiadach zostaną**
5 **zanonimizowane, to znaczy pozbawione jakichkolwiek danych osobowych**
6 **pozwalających na identyfikację poszczególnych respondentów. Dobrze,**
7 **rozpoczynamy?**

8 E4: Dobrze.

9 **I: Czy mógłby się pan krótko przedstawić? Chodzi mi o dane osobowe,**
10 **pozycję zawodową, kilka informacji.**

11 E4: Nazywam się (...) Ja czuję się przede wszystkim jako praktyk. I prawo (...) jest potrzebne do tego, żeby dobrze funkcjonowała (...) biblioteka. Zajmowałem się (...) konstruowaniem tego prawa. (...) to ma być coś, co powinno nam ułatwiać życie i co powinno służyć dobremu funkcjonowaniu. Zajmowałem się konstruowaniem prawa bo uważam że to co jest w tej chwili, nie dobrze organizuje nasze życie biblioteczne, więc dlatego (...).

17 **I: Jeszcze jedno pytanie. Pan (...) W jaki sposób i przez jaki czas zajmował się pan ustawami bibliotecznymi?**

19 E4: (...)

20 **I: Do pierwszego kompleksu tematycznego, chodzi mi w tym o rozumienie**
21 **pojęć, prawa bibliotecznego i ustaw o bibliotekach. Co pan rozumie pod**
22 **pojęciem – polskie prawo biblioteczne?**

23 E4: No przede wszystkim mamy ustawę biblioteczną, mamy wiele rozporządzeń około- znaczy też ustaw – ustawę o egzemplarzu obowiązkowym, ustawę o Narodowym Zasobie Bibliotecznym, ustawę- nie, to już są rozporządzenia dotyczące tego, które biblioteki są nazywane bibliotekami naukowymi. Mamy rozporządzenia dotyczące statusu poszczególnych jednostek, na przykład Biblioteki Narodowej, prawda? Ona ma swój. To są wszystko dla mnie ustawy biblioteczne. Mamy w poszczególnych ministerstwach różne akty prawne albo ustawy, albo rozporządzenia, które mówią o typie tychże bibliotek w obrębie danego resortu. Mamy również w ustawie samorządowej, tej tworzącej

32 terytorium Polski, administrację na terytorium Polski, tam są również zapisy
33 dotyczące bibliotek i choć nie są one bezpośrednio ustawodawstwem
34 bibliotecznym, ale mają bardzo ważny wpływ na to, jak biblioteki funkcjonują.
35 Podobnie w Ministerstwie Edukacji Narodowej tam są biblioteki pedagogiczne i
36 szkolne i cała ta grupa ustawodawstwa dotycząca właśnie tych bibliotek jest tam
37 zawarta. I dla mnie to wszystko jest razem ustawodawstwem bibliotecznym. W
38 szkolnictwie wyższym mamy ustawę o szkolnictwie wyższym i tam jest jeden
39 rozdział poświęcony, malutki co prawda, ale jest poświęcony bibliotekom szkół
40 wyższych no i my się tego musimy trzymać. Tak że dla mnie to wszystko razem,
41 ten kompleks to jest-

42 **I: Jest wszystko razem prawem bibliotecznym.**

43 E4: Tak.

44 **I: Co pan rozumie pod pojęciem – polskie ustawy o bibliotekach?**

45 E4: No to jest jedna. Jest jedna konkretna ustawa o bibliotekach i tylko o niej
46 wydaje się, że powinno się mówić. Z '97 roku, modyfikowana kilka razy, ale w
47 niewielkim bardzo zakresie i to jest podstawa.

48 **I: To jest podstawa. Jaką pozycję miały polskie ustawy, bo był dekret i była**
49 **ustawa z 1968 roku, jaką- i teraz ta obowiązująca, jaką pozycję miały polskie**
50 **ustawy o bibliotekach czy ma ta obowiązująca w polskim prawie**
51 **bibliotecznym? Jaką pozycję?**

52 E4: One niewątpliwie określają całokształt zagadnień związanych z
53 funkcjonowaniem biblioteki. Myślę, że ta pierwsza ustawa z '46 roku ona
54 bardziej integrowała wszystkie biblioteki właśnie ze względu na to, że wtedy był
55 większy położony nacisk na centralizację. Natomiast już w '68 roku mniej, a ta w
56 '97 roku o tyle pozwala wielu bibliotekom wymknąć się spod prawa o
57 bibliotekach, dlatego, że zlikwidowała kluczowe pojęcie, moim zdaniem, dla
58 bibliotek – pojęcie sieci bibliotecznej, systemu bibliotecznego. I ponieważ to
59 przestało istnieć w tej ustawie w '97 roku, znaczy istnieje, tę sieć tworzą
60 biblioteki publiczne, a wszystkie inne nie, mogą, pod warunkiem, że się zgłoszą
61 do sieci, że zechcą być członkami. I ja nie umiem w tej chwili powiedzieć liczb,
62 ale spośród bibliotek naukowych wydaje mi się, że tam się zgłosiło rzędu 5, 3.

63 **I: Tak mało.**

64 E4: Tak, bo po prostu nie było w tym żadnego interesu dla bibliotek naukowych.
65 Nie było żadnego powodu żeby się zgłosiły. Przy czym nigdy nie było u nas tak
66 żeby biblioteki innych resortów, tak jak na przykład biblioteka szkoły wyższej,
67 odmówiła współpracy z biblioteką publiczną. Ale nie na zasadzie rozkazu i
68 zgłoszenia się do sieci tylko na zasadzie dobrej woli. Tak to u nas działa.
69 Natomiast zniesienie tego obowiązku zachwiało no strukturami i czymś co
70 funkcjonowało wcześniej. Nie- zły jest system tak naprawdę kompleksowej
71 wymiany informacji z wypożyczeniami międzybibliotecznymi, trochę to jednak
72 zależy od współpracy między ośrodkami, tak? Akurat ja jestem w sytuacji takiej,
73 (...)-

74 **I: Jest to korzystne?**

75 E4: Nie zmienia to nic w naszym życiu. Nic, dlatego, że- może jest korzystne o
76 tyle, że mamy takie nastawienie, że współpracujemy ze wszystkimi bibliotekami,
77 które się do nas zgłaszają. I bardzo często jak pojawi się czytelnik i pyta – czy ja
78 mogę skorzystać z Państwa zbiorów? Mówimy – tak na miejscu. A jeśli nie na
79 miejscu? To proszę się zgłosić przez swoją bibliotekę albo bibliotekę, gdzie pan
80 pracuje, uczy się albo nawet bibliotekę publiczną. My wszystko wypożyczymy
81 tej bibliotece publicznej. I takiego podejścia chyba nie we wszystkich
82 bibliotekach się stosuje, szczególnie w tych dużych bibliotekach wychodząc z
83 założenia, że coś taka biblioteka publiczna, dlaczego się zwraca do naukowej po
84 wypożyczenie zbiorów, ale zwraca się, bo jej czytelnik potrzebuje tych zbiorów. I
85 my obsługujemy takich czytelników. My takie konta mamy. Ale to jest- nikt nam
86 za to nie płaci, nie dostajemy z tego tytułu dodatkowych środków, nie mamy
87 żadnych dodatkowych możliwości występowania o dofinansowanie w
88 Ministerstwie Kultury z tego tytułu, więc de facto nic nam to nie daje, że
89 jesteśmy w tym systemie. Tak to po prostu wygląda.

90 **I: Czytelnicy są zadowoleni.**

91 E4: Tak. To nam daje satysfakcję. Tak.

92 **I: Jaki wpływ miały ustawy o bibliotekach czy ma ustawa o bibliotekach**
93 **wpływ na inne polskie biblioteczne akty normatywne, na przykład niższe**
94 **rozporządzenia, bo jest ich tak bardzo wiele?**

95 E4: Jest ich bardzo wiele i powinny rzeczywiście ze sobą współpracować.
96 Niestety ze względu na tą resortowość, o której wspomniałem, że każdy minister

197 wymyśla swoje rzeczy, nie wszystkie te rozporządzenia ze sobą współgrają i
198 posługują się tym samym słownictwem, na przykład jest powiedziane w ustawie
199 o zawodzie bibliotekarza, prawda? Że jest taki zawód i w związku z tym
200 wydawałoby się, że tam powinna być ustawiona na przykład hierarchia
201 stanowisk, jakie są w bibliotekach dopuszczalne, jakie zawody zatrudnia się w
202 bibliotekach. I tak- natomiast w praktyce każdy resort ustala swoje zasady i
203 zupełnie inaczej wygląda zatrudnienie w bibliotekach naukowych – mamy-
204 najpierw jest, powiedzmy tam, magazynier, założmy, młodszy bibliotekarz,
205 bibliotekarz, starszy bibliotekarz, kustosz, kustosz dyplomowany. Taka jest siatka
206 w bibliotece naukowej i za każdym razem jest powiedziane ile lat pracy powinno
207 się mieć, jakie kwalifikacje żeby być zatrudnionym na takim stanowisku.
208 Zupełnie inne zasady, podobne stanowiska, ale inne zasady zatrudnienia, inne
209 wymagania są w stosunku do bibliotekarzy zatrudnionych w resorcie kultury. Oni
210 szybciej zdobywają te różne uprawnienia. U nas siatka płac, że tak powiem, czyli
211 tych stanowisk kończy się na kustoszu, u nich jeszcze starszy kustosz. U nas,
212 jeżeli się jest w naukowej bibliotece kustoszem pracuje się 36 godzin
213 tygodniowo, u nich 40. My mamy dłuższy urlop, oni mają krótszy urlop, czyli nie
214 ma ścisłego związku z tym co- i może prawo nie stanowi dokładnie, a w każdym
215 razie jest takie rozstrzelenie i rozrzut. Jeden dokument, jedyny, o którym mogę
216 powiedzieć, że trzyma wszystkich w takich samych ryzach to jest rozporządzenie
217 Ministra Kultury o ewidencji zbiorów bibliotecznych. Czyli coś co definiuje, w
218 jaki sposób tworzyć inwentarze, jak zapisywać własność jednostek i nie
219 spotkałem się z tym żeby w jakimkolwiek resorcie to nie obowiązywało. To
220 obowiązuje wszędzie. Natomiast to jest jedyny dokument, który potrafię tak
221 wskazać, jedyne rozporządzenie, które obowiązuje absolutnie wszystkich.
222 Wszystkie inne każdy resort, jeśli są im potrzebne, tworzą osobno.

223 **I: Ale niższe akty prawne nie są sprzeczne z ustawą o bibliotekach czy są?**

224 E1: Nie są, bo nie mogą. Ja przynajmniej nie mogę powiedzieć pani w tej chwili
225 żeby była taka sprzeczność. Myślę, że koledzy, którzy się zajmują bibliotekami
226 publicznymi, o których najwięcej jest w aktualnej ustawie, oni potrafią wskazać
227 takie sprzeczności, gdzie ustawa o samorządzie terytorialnym inaczej definiuje
228 pewne rzeczy jak nasza ustawa biblioteczna. Po prostu, dlatego, że ona jest
229 starsza i pewne rzeczy nie zostały w momencie, kiedy zostały zmienione te

130 terytorialne nasz- ta ustawa terytorialna i zapisy dotyczące jak działalność
131 kulturalna ma być prowadzona, w jaki sposób mają funkcjonować biblioteki to
132 troszeczkę jest nie tożsame z tym co jest tutaj w tej chwili w ustawie. Więc tu
133 mogą być sprzeczności, bo nawet walczono o pewne zapisy, to są bardzo
134 szczegółowe rzeczy, których ja pewnie nie umiem pani dokładnie wytłumaczyć,
135 ale na przykład u nas niektóre powiaty- jest miasto na prawach powiatu, miasto
136 na prawach gminy a nie tylko całe duże terytorium i tam sposób zapisania jak te
137 biblioteki mają być tworzone jest nieadekwatny do rzeczywistości i do tego jak to
138 jest zapisane tutaj w ustawie. Więc w pewnych szczególnych przypadkach tak, na
139 pewno dałoby się pokazać takie sprzeczności. A to tylko ja umiem o tym
140 powiedzieć, wydaje mi się, że w innych miejscach sprzeczności nie, natomiast z
141 racji, że pewnych ustaw nie ma, są pewne braki, na przykład w latach 70-tych,
142 80-tych u nas była taka ustawa o systemie informacji naukowej, technicznej i
143 ekonomicznej – sinto i ta ustawa straciła ważność, nie obowiązuje, ale nic w jej
144 miejsce nie stworzono. W związku z tym u nas wszystkie systemy informacji,
145 które powstają, powstają niezależnie od- bez jakiś uregulowań prawnych, tak? Bo
146 ustawa biblioteczna nic na ten temat nie mówi, bo była ustawa o sinto i teraz nie
147 ma nic takiego i każdy sobie może swoje systemy biblioteczne według
148 dowolnych zasad stwarzać. Nie mamy żadnych uregulowań związanych z
149 funkcjonowaniem Internetu, z tym, że się zmieniło, prawda? Że jakieś inne
150 centralne systemy powstają. Nie ma czegoś takiego. Tu jest zapisane w naszej
151 ustawie, że do obowiązków Biblioteki Narodowej należy tworzenie tam
152 bibliografii narodowej i tak dalej, ale to już w tej chwili tak nie działa, bo jest
153 wiele innych miejsc, gdzie tworzone są takie bibliografie typu bibliografia
154 narodowa i wcale tego nie robi Biblioteka Narodowa, bibliografie artykułów z
155 czasopism z konkretnych dziedzin, Główna Biblioteka Lekarska robi swoją
156 bibliografię polsko-medyczną, wiele- jest coś takiego jak dziedzinowe
157 bibliografie BazTech, BazHum, AGRIS, takie bibliografie, które tworzone są na
158 uczelniach, bo to nasi pracownicy-

159 **I: To są takie fachowe.**

160 E4: Fachowe, prawda? Natomiast nic nie stoi na przeszkodzie- to po troszeczku
161 było zabierane z Biblioteki Narodowej, bo oni tego w którymś momencie nie
162 nadążali robić, a teraz oni już to nadążają robić, bo technika im pomogła,

163 wygrzebali się z zaległości i właściwie nie wiadomo, kto ma to robić. Jest gdzieś
164 to na rozdrożu, bo ci już robią długo i mają swoje doświadczenie a ci teraz
165 przychodzą i mówią – dobrze, to my będziemy od dzisiaj robić, bo my to umiemy
166 robić. No i wydajemy-

167 **I: Jest problem.**

168 E4: I jest problem, jest problem, kto to powinien robić i być może jakaś ustawa
169 powinna to gdzieś wyjaśnić, prawda? Katalog Centralny, powiedziane jest, że
170 robi Biblioteka Narodowa a jeśli pani zna polskie realia to największy Katalog
171 Centralny bibliotek jest NUKAT i jest tworzony przez uczelnie techniczne- przez
172 uczelnie, przez szkoły wyższe przede wszystkim, ale 123 inne instytucje i to
173 powstaje w ogóle niezależnie od Biblioteki Narodowej i bez Biblioteki
174 Narodowej, bo krótki okres, kiedy współpracowały te dwie jednostki skończył się
175 szybkim rozwojem ze względów ambicjonalnych, dlatego, że osoby tworzące nie
176 chciały się dogadać i dorozumieć, bo Biblioteka Narodowa twierdziła, że ma
177 swój warsztat pracy i swoich specjalistów i ma niewątpliwie, szkoły wyższe
178 powiedziały, że już mają swój warsztat, skoro nie chcieliście z nami tyle czasu
179 współpracować to mamy swoją technologię, mamy swój system, który działa od
180 paru lat i chcemy pracować w tym systemie no i nie dało się tego pogodzić, więc
181 tworzymy dwa Centralne Katalogi, co jest niewątpliwie błędem, ale taka jest
182 rzeczywistość. Czy to jest sprzeczne? To nie jest sprzeczne, bo nie jest
183 powiedziane, że inne instytucje nie mogą tworzyć. Narodowa ma tworzyć, tak? I
184 coś tam tworzy.

185 **I: Narodowa ma obowiązek, ale inne-**

186 E4: Tak, ale inne mają prawo. Nigdzie to- więc ja takich sprzeczności szczerze
187 powiedziawszy nie umiem podać żeby były, natomiast są różne- sprzeczności są
188 właśnie przy stanowiskach pracy, przy czasie, jaki trzeba przepracować, jakie
189 mieć doświadczenie żeby zająć konkretne stanowisko, to tu są po prostu różne w
190 różnych resortach uregulowania, ale ustawa nie mówi jakie powinny być. W
191 związku z tym mogą być dowolne, tak? Każdy resort po swojemu wymyśla.

192 **I: Dziękuję. Do następnego kompleksu tematycznego – powstanie ustaw o**
193 **bibliotekach. Jakim przyczynom zawdzięcza się utworzenie polskich ustaw o**
194 **bibliotekach?**

195 E4: No to tutaj musielibyśmy wrócić do okresu przedwojennego, prawda?

196 **I: Tak też myślę.**

197 E4: Tak że wydaje mi się, że wtedy na fali budowania polskiej państwowości i
198 myślenia o organizacji naszego nowego kraju, który tworzył się z trzech zaborów,
199 gdzie trzeba było w różny sposób funkcjonujące instytucje jakoś zorganizować
200 według jednego modelu było bardzo potrzebne żeby stworzyć jednolite ramy
201 funkcjonowania i ta pierwsza ustawa bardzo ogólnie pewne rzeczy organizowała,
202 ale jednak tworzyła ten system właśnie w oparciu przede wszystkim o biblioteki
203 publiczne i tworzyła jednolity system na terenie kraju. Tak że to jest ta podstawa i
204 skoro istniała ta ustawa a z kolei po wojnie w '46 roku, kiedy i kraj był
205 zniszczony i odbudowa trwała i olbrzymi nacisk położono na to żeby wyjść z
206 okresu analfabetyzmu, który jednak w wielu miejscach jeszcze był i tkwił i
207 olbrzymie środki łożono wtedy na kształcenie, na edukację i trzeba było
208 zapewnić ludziom dostęp do tych zbiorów to, jako jedna z pierwszych no bo w
209 '46 roku, bardzo szybko powstała ustawa o bibliotekach i też ona była bardzo
210 dobra. No tylko nam narzucała tą czapkę, tą naczelną dyrekcję bibliotek, której
211 nikt nienawidził a o której w tej chwili wszyscy mówią z dużym sentymentem, bo
212 poza pewnymi błędami, które były zrobione i wynikały z epoki, z czasów, że
213 trzeba było nakazać, powiedzieć, że tak ma być i nie dopuszczać innych
214 możliwości to funkcjonowało to dobrze i potem stopniowe likwidowanie tej
215 nakazowej takiej- takiego rozdzielczego systemu no przyniosło trochę szkody, bo
216 tak aż do rozproszenia w tym '97 roku, gdzie całkowicie nas uwolniono od
217 wszystkich nakazów i każdy może robić jak chce a teraz coraz bardziej czujemy,
218 że byłoby bardzo dobrze, gdyby była instytucja zbierająca problemy i sprawy
219 związane z funkcjonowaniem bibliotek, która byłaby takim rzecznikiem spraw
220 bibliotek w rządzie. Mamy Krajową Radę Biblioteczną i taki organ istniał przez
221 wiele lat i w tych poprzednich, ale ta rada w takim składzie jak jest w tej chwili i
222 w takim sposobie funkcjonowania jak jest w tej chwili, czyli to jest organ
223 opiniodawczy, gdzie siedzą eksperci, spotykają się raz na kwartał, raz na pół
224 roku, może i raz- ale chyba raz na kwartał, mniej więcej, jak są potrzebni to
225 częściej, ale generalnie- i przedstawiają swoje opinie, nie ma to żadnej mocy
226 sprawczej, nie jest to- w jednym przypadku tylko jest moc sprawcza, oni
227 opiniowali i to było bardzo przestrzegane żeby przez nich zaopiniowane
228 biblioteki mogły stać się bibliotekami naukowymi. Oni określili jakieś kryteria,

229 kto może być biblioteka naukową no i to funkcjonowało, tak? Ale w żadnym
230 innym przypadku ich zdanie nie miało jakiegoś wiążącego- wiążącej opinii. I
231 najróżniejsze wnioski, które przy tych projektach, jakichś drobnych zmian w
232 ustawie o bibliotekach czy w jakichś innych sprawach bibliotecznych, jeśli były
233 przygotowywane no to były traktowane tak jak opinie, to znaczy, jeśli
234 ustawodawcy były wygodne to były brane pod uwagę, jeśli nie były mu wygodne
235 to nie musiał ich brać pod uwagę, prawda? Natomiast oni działali tylko, jako
236 organ opiniodawczy w stosunku czy działają dalej, bo przecież istnieje dalej
237 Krajowa Rada Biblioteczna, w stosunku do ministra i tego swojego jednego –
238 kultury. Mogą wystosować swoją opinię do innego ministra, ale zwykle tego nie
239 robią i zwykle nie zajmują się jakimiś takimi sprawami. Nie mają, szczerze
240 powiedziawszy, dobrej opinii w środowisku bibliotecznym, jako ludzie zbyt
241 oderwani od bibliotek, dlatego, że tam członkami tej Rady Bibliotecznej są ludzie
242 nie z wyboru, tylko mianowani przez konkretnych ministrów i na przykład
243 Minister Nauki i Szkolnictwa Wyższego zawsze tam ze swojego ramienia
244 mianuje przede wszystkim- tylko pracowników naukowych zajmujących się
245 bibliotekoznawstwem. Ja (...) i teraz są właśnie przedstawiciele Instytutu
246 Bibliotekoznawstwa, a w środowisku naszym nie ma dobrej współpracy między
247 bibliotekami a Instytutami Bibliotekoznawstwa, bo nasze instytuty- ja mówię tak
248 ogólnie bibliotekoznawstwo, one się różnie nazywają, ale generalnie te, które
249 mają kierunek bibliotekoznawstwo one mają przede wszystkim nacisk położony
250 na historię, na różne badania ogólne natomiast bardzo mało, naszym zdaniem
251 dyrektorów, przygotowują do zawodu. Tam nie ma praktycznej nauki
252 bibliotekarstwa. Ja rozumiem, że szkoła wyższa nie może być szkołą zawodową,
253 która uczy jak katalogować czy coś, ale ja pracuję na uczelni technicznej i u nas
254 pogodzenie tego żeby inżynier umiał zaprojektować coś, ale i umiał przykręcić
255 śrubkę i zrobić konkretny układ jest jakoś wyważone i my byśmy oczekiwali
256 żeby na bibliotekoznawstwie, w instytutach bibliotekoznawstwa też było takie
257 wyważenie. Znaczący oni się mają nauczyć ogólnych zasad jak tworzy się opis
258 biblioteczny czy jakiś inny i to- bez tego nie mogą opuścić uczelni, ale jak
259 przychodzą do biblioteki to oni muszą znać konkretne zasady katalogowania i
260 wiedzieć jak się w konkretnym systemie kataloguje, bo my tego od nich
261 oczekujemy. W związku z tym powinni mieć umożliwienie w międzyczasie

262 zdobycia takich kwalifikacji a tego nie mają. Tego instytucje nie promują, nie
263 honorują, bardzo krótkie są praktyki, bezsensownie organizowane, tego nie ma
264 praktycznie, tak że tu współpracy między nami dobrej nie ma w tej dziedzinie,
265 więc i nie ma dobrych relacji, nie ma prawie komunikatów, czym się zajmuje ta
266 Krajowa Rada Biblioteczna, (śmiej). Od czasu do czasu są takie akcje, kiedy
267 środowisko się mobilizuje, jak nam są potrzebni i chcemy coś osiągnąć razem no
268 to razem walczymy, ale niezwykle rzadko. Tak że historycznie to żeby
269 zjednoczyć środowisko, żebyśmy działali w jeden sposób to bardzo dobra zasada
270 i dalej uważam, że powinna być stosowana, ale coraz bardziej to troszeczkę się
271 rozchodzi, bo no różne interesy tutaj decydują, w różny sposób są finanse
272 przekazywane no i chyba właśnie brakuje siły i mocy takiej instytucji, która by
273 obejmowała wszystkie sprawy bibliotek w sposób- w bieżącym takim swoim
274 działaniu, czyli nie była radą opiniotwórczą tylko była organem, który zarządza i
275 kieruje w jakimiś aspektach wszystkimi bibliotekami, w szczególności ma
276 uprawnienia żeby wszystkie granty, pieniądze przechodziły przez tamtą instytucję
277 i wtedy można by pewne zadania scentralizować, bez tego niestety każdy działa
278 na swoją rękę.

279 **I: A jaką rolę pełnił przy tym interes państwowy? Przy utworzeniu polskich**
280 **ustaw o bibliotekach. Tak oprócz analfabetyzmu, bo analfabetyzm-**

281 E4: To było jedno, ale myślę, że- jakby tu powiedzieć, no organizacja przede
282 wszystkim taka spójna tego jednego szczebla przynajmniej funkcjonowania
283 bibliotek, czyli bibliotek publicznych, prawda? Ponieważ od początku było
284 wiadomo, że bibliotekami publicznymi zarządzają w jakiś sposób te samorządy
285 terytorialne, więc odpowiednie rozmieszczenie, żeby w każdym powiecie, w
286 każdej gminie była co najmniej jedna biblioteka, prawda? To określało właśnie
287 ten interes państwa, żeby pokazać jak to ma wyglądać. Być może te
288 rozporządzenia, które dotyczyły ewidencji zbiorów żeby uporządkować finanse,
289 fundusze w tym wypadku to było jakoś reprezentowane. Sprawa egzemplarza
290 obowiązkowego, prawda? To, co zostało rozwiązane w sposób niepodobający się
291 naszym wydawcom w tej chwili no, ale jednak przez bardzo wiele lat, prawie 20
292 bibliotek otrzymywało egzemplarz-

293 **I: To jest bardzo kosztowne.**

294 E4: To jest niezwykle kosztowne, w interesie państwa niewątpliwie leżało żeby
295 tak to zostało zorganizowane, więc to na pewno tak. Narodowy Zasób
296 Biblioteczny – też w interesie państwa było zadbanie o to, żeby taka konstrukcja
297 powstała, choć trzeba przyznać, że nigdy w życiu państwo żadnej instytucji, poza
298 Biblioteką Narodową i Jagiellońskim Uniwersytetem, żadnych pieniędzy na
299 utrzymanie Narodowego Zasobu Bibliotecznego nie dało.

300 **I: Nie?**

301 E4: Nie. (...) biblioteka też miała ten Narodowy Zasób Biblioteczny no i (...)
302 nigdy żadnych pieniędzy nie dostali z tego tytułu. (...) interesem państwa było
303 zadbanie o to, żeby to było jakoś zorganizowane, tak? I w dużej mierze biblioteki
304 wtedy, na przykład mamy Fundację Nauki Polskiej i ona wtedy bardzo
305 finansowała, w którymś okresie, systemy zabezpieczenia i ochrony zbiorów
306 specjalnych i dawała te pieniądze właściwie tylko tym jednostkom, które mogły
307 się wykazać, że są Narodowym Zasobem Bibliotecznym, czyli te ustawy miały
308 na celu zapewnienie interesu państwa, prawda? I całkiem dobrze go
309 zabezpieczały natomiast nie do końca wiązało się z tym jakieś zobowiązanie ze
310 strony państwa. Ja nie umiem w tej chwili wskazać czegoś takiego.

311 **I: Jakie grona wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o**
312 **bibliotekach?**

313 E4: U nas od 100 lat istnieje Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, prawda? I
314 ono zawsze lobbowało na rzecz dobrego prawa bibliotecznego natomiast nie
315 zawsze było słuchane. I tak jak przy każdym prawie i chyba w każdym państwie
316 decydują politycy, prawda? To jest pewne natomiast rzeczywiście są u nas takie
317 konsultacje i jest obowiązek czy przy każdym rozporządzeniu ministerstwa czy
318 przy ustawach zasięgnięcia opinii środowisk i Stowarzyszenie Bibliotekarzy
319 Polskich ma taką- i nie tylko Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, jest jeszcze
320 kilka takich towarzystw, które mają prawo zgłaszania swoich uwag formalnie i z
321 tego się korzysta, jest kilka grup, które są nieformalne, na przykład Konferencja
322 Dyrektorów Bibliotek Akademickich Szkół Polskich, Konferencja Dyrektorów
323 Wojewódzkich Bibliotek Publicznych, Konferencja Dyrektorów Bibliotek
324 Pedagogicznych, te jednostki powstawały i choć te jednostki nie mają formalnego
325 statusu, formalnie nie istnieją, ale są na tyle silnymi grupami, że zwykle przy
326 okazji Ministerialnych jakichś rozporządzeń, bo na poziomie ustawy to rzadziej

327 działa, ale na poziomie ministerialnych rozporządzeń we wszystkich tych
328 resortach to działa, że minister czuje się w obowiązku skonsultowania różnych
329 zapisów z tym środowiskiem. Tak że jest możliwość i są takie momenty kiedy
330 konsultacje się dokonuje, co nie znaczy, że na koniec wychodzi tak jak byśmy
331 chcieli.

332 **I: A to-**

333 E4: Nie zawsze tak musi być, ale czasem nie można powiedzieć, że to zdanie nie
334 jest wysłuchiwane. Oczywiście bardzo ważna jest opinia samej Biblioteki
335 Narodowej i głos dyrektora Biblioteki Narodowej jest niezwykle poważnie brany
336 pod uwagę w Ministerstwie Kultury, które głównie tym ustawodawstwem
337 dotyczącym bibliotek się zajmuje no, ale problem jest taki, że biblioteki nie
338 współpracują z Biblioteką Narodową w związku z tym- większość, tak?
339 Publiczne współpracują w takim zakresie, w jakim dostają pieniądze na zakup
340 zbiorów, bo przez Bibliotekę Narodową te pieniądze są przekazywane, więc w
341 pewnym sensie są uzależnione finansowo o tak nie do końca będą protestowały
342 przeciwko różnym pomysłom Biblioteki Narodowej, jeśli tam są pieniądze. Te
343 powiązania finansowe niestety funkcjonują i trzeba mieć ich świadomość. Tak to
344 bywa w życiu, tak jest naprawdę i dlatego na przykład ten twór, o którym
345 myśleliśmy, że powinna powstać taka czapka, która by zarządzała wszystkimi
346 bibliotekami czy miała wpływ na ich funkcjonowanie i tam byłyby źródła
347 finansowania, też jest wielce niebezpieczne, że gdyby była poddana zbyt silnej
348 presji jakiegoś środowiska jednego, gdyby była okupowana przez jakąś jedną
349 partię polityczną, co się też zdarza na świecie, a w Polsce bardzo często, jesteśmy
350 młodą demokracją, więc u nas te rzeczy bardzo wielkie mają znaczenie, nie
351 wiadomo czy to byłoby dobre dla środowiska i dlatego wcale nie wszyscy, z
352 którymi rozmawialiśmy, byli przekonani, że takie rozwiązanie jest dobre żeby
353 powstała taka jakaś dodatkowa instytucja. Gdyby działała w naszym interesie to
354 tak, chcemy, ale nie mamy pewności, że działałaby w naszym interesie, (śmiech).

355 **I: Jakie inne okoliczności wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o**
356 **bibliotekach? Czy były jakieś?**

357 E4: No założmy, jeżeli się zmienia prawo dotyczące organizacji terytorialnej,
358 czyli tam przestają istnieć powiaty, zmienia się liczba województw, no takie
359 rzeczy, czyli to wszystko, co zmienia się i dotyczy ustaw – ustawy terytorialnej i

ustawy o działalności kulturalnej, bo też mam tą ustawę, nie wspomniałem o niej
jeszcze i ona też definiuje na przykład rolę, co to jest ośrodek informacji- ośrodek
kultury w danym tam regionie, powiecie, z czym jest wielki problem, bo bardzo
się boją biblioteki łączenia z tymi ośrodkami. Ja nie pracując w tym środowisku
uważam, że to byłoby bardzo dobre połączenie, dlatego, że powinno być jedno
dobre centrum kultury, w którym jest kino, w którym jest zespół pieśni i tańca
lokalny i działa biblioteka. Natomiast dla środowiska jest to strach i obawa, bo te
centra kultury są kierowane przez osoby wskazane przez burmistrza czy tam
jakiegoś wojewodę i zwykle są to polityczne, jak to się u nas mówi, posady, w
związku z tym nie zawsze to działa dla dobra biblioteki. Jeżeli jest ważne żeby
odbył się koncert czy występy zespołu pieśni i tańca to nie będzie pieniędzy na
kupowanie książek natomiast będą- i w zależności od zaangażowania, na co
postawią w danej gminie okazuje się, że to jest ważniejsze a nie co innego, tak?
Tak że to są te rzeczy, które bardzo wpływają na funkcjonowanie bibliotek i
bardzo dużo jest środowisk, które mają swój własny interes w tym żeby na
przykład jakoś ustawić właśnie to życie kulturalne gminy, miasta czy terytorium i
one niekoniecznie, te instytucje, współpracują z bibliotekami, a mogą mieć
silniejsze wpływy niż właśnie biblioteki. Tak samo jest na przykład w
szkolnictwie, gdzie mamy edukację, gdzie mamy pieniądze na- samorządy
przekazują na utrzymanie szkół, a nie przekazują na utrzymanie bibliotek, bo
biblioteki powinny być utrzymywane przez szkoły samodzielnie no a szkoły skąd
mają mieć na to pieniądze? Co nas- w tej chwili najbardziej zaniedbanymi
częściami bibliotek są biblioteki szkolne natomiast walka środowiska o to żeby
broń boże nie połączyć biblioteki szkolnej z biblioteką publiczną jest olbrzymia i
wynika z jednej strony z obawy osób, które pracują w bibliotece szkolnej i
publicznej, że jedna z nich straci pracę, bo tak jest jak się połączy to mogą stracić
pracę, o to, że nie wiadomo, kto będzie finansował czy te czy ten, więc pewnie
nikt już nie będzie finansował, bo w takich łączonych przedsięwzięciach nikt nie
będzie finansował, więc tego się ludzie boją i w związku z tym, jeśli nawet
nastąpiło połączenie takie, choć w ustawie jest wyraźnie powiedziane, że
biblioteki szkolne mają być każda osobno to zwykle są kuriozalne połączenia,
zupełnie bez sensu, że w jednej sali siedzą dwie panie i od tego słupka do tego
jest biblioteka publiczna a od tego słupka do tego jest biblioteka szkolna i

393 właściwie nie wiadomo, kto kogo ma obsługiwać, bo choć to są te same dzieci to
394 mają kartę, osobną tu i osobną tu i osobno są obsługiwane, ale to również wynika
395 z faktu właśnie takiej niechęci środowiska, tak? Ustawa moim zdaniem dobrze
396 sugerowała, że tam gdzie jesteście biedni zróbcie jedną, dobrą bibliotekę- ale
397 absolutnie na to nie ma zgody, absolutnie na to nie ma zgody środowiska przede
398 wszystkim i tutaj no pewnie musi troszkę czasu upłynąć żeby to się zmieniło. I
399 czy to jest wpływ- znaczy w pewnym sensie ustawa zadecydowała, wpływa o
400 tym, prawda? I ta o zasadach tworzenia szkół, przecież u nas w pewnym
401 momencie przeprowadzono reformę szkolnictwa oddzielając szkolnictwo
402 podstawowe, gimnazjum i szkoły średnie i było powiedziane, że podstawówki i
403 gimnazja nie mogą być w jednym budynku, bo chodziło to żeby młodzież w tym
404 wieku rozdzielić. Nie był to mądry pomysł, dzisiaj już wiemy, albo niedobrze
405 przygotowany w każdym razie- oczywiście nie wszędzie się dał wprowadzić w
406 życie, bo jeżeli na wsi jest jeden budynek szkolny to nie było gdzie wyprowadzić
407 tej szkoły innej w związku z tym podzielono piętrami, częściami no i są osobne
408 szkoły w tym samym budynku, może się tak zdarzyć, ale dlaczego są osobne
409 biblioteki? A są, bo każda szkoła, jest powiedziane w ustawie, każda szkoła musi
410 mieć swoją bibliotekę. No to jak musi to ma. Jeśli przypadkiem był rozsądny
411 dyrektor jednej i drugiej szkoły i dogadali się, że w jednej sali będzie ta
412 biblioteka to żeby zachować prawo pani bibliotekarka jedna, która tam siedzi jest
413 zatrudniona na pół etatu w jednej szkole i na pół etatu w drugiej szkole żeby
414 każda szkoła mogła się wykazać tym, że ma szkolną bibliotekę i zatrudnionego
415 bibliotekarza. Więc nawet mądry przepis działa przeciwko jeżeli jest no gdzieś
416 niedopowiedzenie i gdzieś coś bez sensu zrobione. Tak że dużo jest takich rzeczy
417 około bibliotecznych, które wpływają na to, że pewne zapisy są no złe, po prostu
418 złe.

419 **I: Czy były okoliczności, które przysparzały trudności w utworzeniu ustaw o**
420 **bibliotekach? Finansowanie czy coś takiego?**

421 E4: To znaczy w naszym państwie tego typu rzeczy nie przysparzają trudności,
422 dlatego, że łatwo jest zapisać natomiast pewnych rzeczy się nie realizuje,
423 (śmiech). To znaczy tak, ustawa czy w '46 i potem ta w '68 roku mówiła, że
424 tworzy się system, że tworzy się system bibliotek, ale nikt na to nie dał pieniędzy,
425 w związku z tym się ten system nie stworzył tak naprawdę, prawda? Bo, jeżeli się

426 mówi, że ma być jakaś współpraca, ktoś ma nadzorować coś, to powinien być
427 stworzony system finansowania, jeżeli mamy biblioteki powiatowe, które mają
428 obowiązek organizować szkolenie i współpracy bibliotek publicznych niżej w
429 gminie to powinno być odpowiednie finansowanie takie żeby takie rzeczy się
430 działy natomiast powiaty mają pieniądze na funkcjonowanie swoich bibliotek
431 powiatowych a nie mają pieniędzy na szkolenie bibliotek gminnych, bo skąd
432 mają mieć na to pieniądze? Nie mają. Państwo nie wydziela na to osobnych
433 środków, w związku z tym pewne rzeczy się łatwo zapisało a trudniej się
434 realizuje. Wspominałem przedtem o Narodowym Zasobie Bibliotecznym, mamy
435 stworzony, na szczęście od paru lat zmieniło się i już nie mamy Narodowego
436 Zasobu Bibliotecznego (...) i w związku z tym nie mamy kłopotu natomiast no
437 zbiory cenne dalej mamy i dalej musimy sami o nie dbać i jakoś zachować je, bo
438 wydaje nam się, że dla zachowania dziedzictwa narodowego są ważne. Ale
439 ustawa po prostu jednym ruchem ręki zmiotła, zostawiła dwie biblioteki, które
440 mają Narodowy Zasób Biblioteczny i już. A co z innymi? Ja się mogę zgodzić, że
441 na przykład moja biblioteka tak naprawdę takich strasznie cennych rzeczy-
442 znaczy to są cenne rzeczy dla nas, ale z punktu widzenia dziedzictwa
443 narodowego na pewno te starodruki, które mamy to praktycznie na pewno gdzieś,
444 w którymś miejscu jeszcze taki druk jest, więc może pojedyncze rzeczy byłyby
445 ważne. Coś jest dla nas ważne, bo jest z ważną dedykacją. Kilka rzeczy, na
446 pewno nie tyle co było zgłoszonych, ale Ossolineum wydawałoby się, że ma
447 rzeczy niezwykle-

448 **I: Tak, Ossolineum też-**

449 E4: Prawda? Ileś bibliotek uniwersyteckich takich o profilu ogólnym,
450 uniwersytecka w Warszawie, gdzie ma (Rosika) XIX-wieczne, gdzie no to była
451 nasza kultura, prawda? I trzeba by to jednak zachować. Rękopisy ich, ich zbiory
452 specjalne, grafika no to są rzeczy, które powinny mieć ten status, więc ja
453 uważam, że powinna zmiana nastąpić i pewnie byśmy się awanturowali, ale
454 łatwiej byłoby zrozumieć gdyby ograniczono tę liczbę albo powiedziano, że w tej
455 bibliotece tylko te pięć konkretnych rzeczy ma status NZB, a reszta nie i tylko to
456 będziemy chronić, a reszta nie i tak samo w stosunku do innych. Ale to co
457 zrobiono, że są tylko dwie biblioteki, a reszta nic to nie jest dobra decyzja. To
458 niedobrze funkcjonuje. Kto zdecydował? No pieniądze zdecydowały, że nie było

459 pieniędzy na wszystkich i nie było przez tyle lat, to trochę wina bibliotekarzy,
460 stworzonego centralnego katalogu tych zbiorów specjalnych żeby było wiadomo
461 co jest tak naprawdę cenne i co musimy chronić. Nic takiego nie zostało
462 zrobione. Jest katalog starodruków centralny i to jest jedyne, ale oprócz tego no
463 są rzecz – rękopisy – takiego centralnego katalogu nie ma. Nie ma. A
464 wydawałoby się, że taka ustawa powinna nakazać robienie czegoś takiego,
465 nakazać, na krótką metę przekazać pieniądze jednostkom żeby to zrobiły, może
466 się ubiegać o grant na robienie tego pod warunkiem, że na koniec jakaś produkcja
467 zostanie zrobiona. A tak nie jest. Takiego sposobu organizacji naszej pracy tutaj
468 nie ma.

469 **I: Dziękuję. Do następnego kompleksu tematycznego – treściowa zawartość**
470 **przepisów, chociaż byliśmy już trochę. Jakie postanowienia ustaw o**
471 **bibliotekach uważa pan za sensowne?**

472 E4: Znaczący ja bym bardzo chciał i wydaje mi się sensowne tworzenie sieci,
473 organizowanie sposobów współpracy między instytucjami. To jest bardzo ważne.
474 Określenie sposobów współpracy również tychże bibliotek z otoczeniem, w
475 którym się znajdują, czyli ze szkołą wyższą, ze szkołą, z terytorium, z regionem,
476 w którym jest. Tego typu rzeczy powinny być dobrze określone. Powinno być
477 również w ustawie o bibliotekach określone zasady budowy naszego zawodu, kto
478 jest bibliotekarzem, kto nie jest, jakie uprawnienia w związku z tym no, żeby
479 stworzyć jakiś taki profil, więc z jednej strony powinno być określone
480 podstawowe zadanie bibliotek i to w takim ujęciu, jakie- co my robimy dla
481 środowiska, prawda? Udostępniania, a nie tak jak jest w tej chwili najważniejsze
482 zgromadzenie. Świat się zmienił, najważniejsze jest udostępnianie i to powinno
483 być zmienione. Tak to dla mnie jest najważniejsze. Zasady finansowania w ślad,
484 za którymi są przepisy szczegółowe, które mówią jak o to finansowanie można
485 się ubiegać, kiedy się można ubiegać, według jakich zasad, prawda? No taka ta
486 współpraca, czyli to tworzenie sieci. No i zawód bibliotekarza. Takie podstawowe
487 rzeczy wydaje mi się, że powinny być no jakoś określone. W tej chwili brakuje
488 nam, moim zdaniem, działającej na rzecz bibliotek właśnie takiej czapki, która by
489 nas organizowała jakoś i brakuje również takiego określenia dotyczącego zawodu
490 bibliotekarza. To w tej chwili rzeczywiście- bardzo niedobrze, że jest takie
491 niespójne i w różnych jednostkach inaczej, bo to różnicuje niepotrzebnie

492 środowisko. W tej chwili jakby momentami nawet wyższe kwalifikacje są
493 potrzebne w bibliotece publicznej niż w bibliotece naukowej, to takie niedobre
494 wrażenie robi, że sami nie wiemy co byśmy chcieli, (śmiech).

495 **I: W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitego systemu**
496 **bibliotecznego?**

497 E4: Jest ważne dla współpracy instytucji, bo wtedy jest płynniejsze
498 przechodzenie kadry pomiędzy poszczególnymi jednostkami, a to jest bardzo
499 potrzebne, bo choć różne są modele zatrudniania się i pracy, jedni uważają, że
500 dobrze jest pracować 40 lat w jednej instytucji, inni uważają, że lepiej jest
501 zmieniać instytucje, ja jestem zdania, że wiele lat pracy w jednej instytucji
502 konkretnych osób pozwala, że ta instytucja płynnie funkcjonuje, ale coś nowego
503 dzieje się w tej instytucji pod warunkiem, że przyjdą nowi ludzie. W związku z
504 tym ja jestem za płynnością, przechodzeniem, uczeniem się nawzajem od siebie i
505 dowiadywaniem się co się gdzie dzieje. U nas w tej chwili biblioteki publiczne,
506 uczelniane są kompletnie osobnym butem, w ogóle się nie znamy, nie
507 funkcjonujemy razem, prawie nie mamy wspólnych spotkań, a przecież działamy
508 dla tego samego środowiska, prawda? Prawie- ze szkolnymi bibliotekami to już
509 żadnych kontaktów nie mamy, bo to za nisko, a przecież za chwilę dzieci z tych
510 szkół przychodzą do nas i są naszymi studentami, więc powinniśmy ze sobą
511 współpracować, tak? A tego w ogóle nie ma, więc pomogłoby gdybyśmy mieli
512 jakieś wspólne kontakty, ludzie między sobą i moim zdaniem to by bardzo
513 pomogło. No i te zasady finansowania, że w tej chwili w zależności od tego, w
514 jakim jestem resorcie tam się ubiegam o finansowanie. A jak mam wspólne
515 przedsięwzięcie? To już nie zawsze mogę ubiegać się. Nawet jest tak bez sensu,
516 że w moim ministerstwie, którym jest Ministerstwo Nauki i Szkolnictwa
517 Wyższego to ja, jeśli się ubiegam o finanse z puli nauka to muszę udowodnić, że
518 nie będą z tego- znaczy udowodnić, muszę tak napisać projekt żeby nie
519 wskazywało nic na to, że studenci z tego korzystają, bo to jest nauka. A jak chcę
520 pieniądze z puli szkolnictwa to muszę udowodnić, rozpisnąć, że to jest absolutnie
521 dla studentów. Potem oczywiście ze zbiorów korzystają wszyscy, ale nie tak
522 dawno zdarzyła się w jednej z bibliotek kontrola, gdzie koleżankę zapytano – te
523 zbiory – szczególnie elektroniczne bazy danych – kupowane są ze środków na
524 naukę czy wolno z nich korzystać komuś, kto nie jest naukowcem? Korzystają

525 wszyscy studenci. My mamy wtedy taki zabieg, taki wybieg, gdzie mówimy, że
526 nasi studenci żeby napisać pracę dyplomową są członkami zespołów
527 projektowych na uczelni, czyli pracują naukowo razem z naszymi uczonymi no,
528 bo tak rzeczywiście jest w wielu miejscach, że ta praca dyplomowa- tak wymyśla
529 promotor żeby jemu się przydała później dalej w jego badaniach-

530 **I: Są powiązania.**

531 E4: Są powiazania, prawda? W związku z tym no oni tylko to wykorzystują nie
532 dla uczenia się tylko dla tej pracy badawczej, ale skoro są takie wymagania no to
533 my musimy stwarzać do tego bezsensowne warunki i tego byśmy nie chcieli. To
534 nam bardzo przeszkadza. Na przykład nie ma czegoś takiego w moim znowu
535 środowisku – są biblioteki, jest powiedziane w naszej ustawie, że musi być
536 biblioteka główna jakby i biblioteki mogą być jeszcze inne, bo musi być system
537 czy sieć biblioteczna na uczelni i biblioteka główna. No to tak jest i funkcjonuje.
538 Tylko, że każda z naszych bibliotek o inne- w innej kategorii może występować o
539 pieniądze i jeżeli ja występuję o pieniądze, jako biblioteka główna o
540 katalogowanie zbiorów w bibliotece wydziałowej to mi mówią – nie możesz, oni
541 muszą występować, bo oni podlegają dziekanowi, dziekan jest osobno
542 finansowany wydział. A jak wydział występuje to im się mówi – nie, nie, dziekan
543 musi wygospodarować ze swoich pieniędzy na katalogowanie, bo to jest jego
544 podstawowy obowiązek i na to nie możecie dostać pieniędzy. Więc bzdury z
545 zasadami finansowania są okrutne, (śmiech). Nie wiem jak pani to opisze, ale
546 niejasność przepisów albo wprowadzenie bezsensownych rozgraniczeń powoduje
547 właśnie coś takiego. My nie możemy się ubiegać o środki, które dostają biblioteki
548 publiczne na czytelnictwo, czyli właśnie na zakup zbiorów ani biblioteka,
549 powiedzmy, politechniki, ani biblioteka uniwersytecka, która tą samą literaturę
550 piękną kupuje, bo u niej- i może się wykazać użytkownikami z bibliotek
551 publicznych – nie, bo podlega pod inny resort. No, ale też jest biblioteką. Jeszcze
552 my tak mamy zapisane zwykle w naszych statutach, że jesteśmy bibliotekami
553 uczelnianymi, ale publicznymi, dlatego, że bardzo nam zależało na podkreśleniu,
554 że do nas każdy może przyjść i każdy może korzystać z naszych zbiorów na
555 miejscu, więc tak w większości w statutach jest napisane. W związku z tym jak
556 trzeba to my możemy powiedzieć, że jesteśmy publicznymi bibliotekami, ale nie

557 może się ubiegać o te pieniądze, (śmiej). Bo to jest inny resort. Tak że to nam
558 przeszkadza.

559 **I: W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej polityki**
560 **bibliotecznej?**

561 E4: Jest niezwykle trudne i może się nie udać, ale mnie się wydaje, że w
562 pewnych fundamentalnych sprawach powinna być taka polityka spójna. Powinna
563 być- w którymś momencie, ponieważ za biedni jesteśmy i nikt nie jest dość
564 bogaty, żeby mieć absolutnie wszystko, powinno państwo umieć określić, że w
565 tym momencie, na przykład ogłasza program 5-letni, w którym głównie jakaś
566 duża pula pieniędzy idzie na, na przykład kwaśny papier i odkwaszanie albo na
567 wreszcie spisanie wszystkich zbiorów specjalnych albo na zakup wszystkich baz
568 danych żebyśmy byli najbogatszym krajem na świecie i mieli wszystkie możliwe
569 zasoby elektroniczne. Więc polityka państwa w tym względzie powinna być. I
570 wiadomo, że nie może być wszystko razem, ale powinien ktoś powiedzieć, że jest
571 taki budżet na te środki i dzielimy go w takich i takich proporcjach. I to powinno
572 być. Bez tego źle wszystko funkcjonuje. A tego nie ma, nie ma ani ogólnie dla
573 całego państwa, ani w poszczególnych resortach, nigdy, jak się ogłasza takie
574 konkursy, nie jest powiedziane, co będzie preferowane, że w tym roku
575 szczególnie się nastawimy na to czy przez te dwa, trzy lata, a w następnym
576 nastawiamy się na coś innego, tak? Trudno, nie możemy wszystkiego
577 sfinansować, ale wiadomo na co. Tego nie ma w naszym kraju i to by się
578 przydało bardzo.

579 **I: Jak ocenia pan jakość postulatów ustaw o bibliotekach?**

580 E4: Okropnie.

581 **I: Tak?**

582 E4: Okropnie. Środowisko niestety dba o swój własny interes, więc tak jak
583 myśmy się tutaj ze sobą zgodziły, że biblioteki szkolne i publiczne w wielu
584 przypadkach powinny być połączone to nikt się z tym nie zgadza, absolutnie nie,
585 bo można stracić posadę. Jeżeli mówi się, że na przykład w niektórych miastach
586 udało nam się stworzyć coś takiego żeby była karta biblioteczna miejska, żeby
587 wszyscy w danym mieście mogli ze wszystkich bibliotek korzystać to też nie we
588 wszystkich miastach działa, w szczególności w Warszawie nie, bo każda
589 biblioteka pilnuje swojego interesu. My nie mamy współpracy z biblioteką

590 uniwersytecką w Warszawie, bo (...) - więc nie mamy takiej współpracy. W
591 innych miejscach jest taka współpraca. Ale w większości dyskusji takich w
592 środowisku niestety bardzo często działają interesy partykularne, bo to, że ustawa
593 o bibliotekach i później to rozporządzenie dotyczące Narodowego Zasobu
594 Bibliotecznego puchło, puchło, rozwijało się i było tych bibliotek z Narodowym
595 Zasobem Bibliotecznym pięćdziesiąt parę, to była wola środowiska, środowisko
596 sobie wywalczyło to żeby tak było, ale to było bez sensu, bo gdyby od razu było
597 powiedziane, że konkretne kolekcje albo mniejsza liczba bibliotek to być może
598 państwo by więcej sfinansowało a na 50 bibliotek nie miało pieniędzy, w związku
599 z tym nic nie sfinansowało, tak? Tak to po prostu wyglądało. Jak się mówi o tym,
600 że- kiedyś była taka inicjatywa i miały się utworzyć centralne biblioteki dla
601 konkretnych dziedzin żeby nauka było no troszeczkę podzielona i centralne
602 biblioteki żeby istniały. Nigdy w życiu do końca środowisko się nie zgodziło,
603 która biblioteka ma być centralną, w jakiej dziedzinie. Centralna w zakresie nauk
604 technicznych – miały być trzy, (śmiejch). Mamy trzy ważne ośrodki –
605 Politechnika Warszawska, Politechnika Wrocławska i AGH i mieliśmy się
606 tematami podzielić, ale nie było jednej centralnej. W naukach humanistycznych
607 też nie było jednej centralnej, więc środowisko- owszem, mamy Główną
608 Bibliotekę Lekarską, która w ogóle nie współpracuje z uniwersytetami
609 medycznymi i nie ma współpracy, więc nie ma tutaj żadnego wspólnego
610 stanowisko co oni by chcieli osiągnąć. O tym jak wygląda współpraca między
611 katalogującymi w NUKACIE i w Narodowej mówiłyśmy. Więc i postulaty z tych
612 środowisk wychodzą sprzeczne. Nie ma jednego lobbingu, że dokładnie
613 chcielibyśmy osiągnąć to czy tamto. W tej chwili na przykład rozmawiamy o tym
614 w naukowych bibliotekach, że dobrze byłoby namówić państwo żeby był jeden
615 system biblioteczny, my nie mamy jednego systemu bibliotecznego, finansowany
616 w sposób jednolity, możesz mieć swój system biblioteczny, ale niech by było
617 jakieś dofinansowanie państwa do jednego systemu bibliotecznego żeby
618 łatwiejsza była współpraca pomiędzy instytucjami. Nie ma zgody na to. Część
619 pracuje w jednym systemie, część w drugim, część w trzecim, dlaczego ma być
620 ten system? Znaczący my nie wiemy, który, więc na razie nie mówimy o żadnym
621 konkretnym, prawda? Ale jak to, ktoś za mnie zdecyduje, który system jest

622 najlepszy? W Norwegii można było zdecydować, że jeden. W Austrii można było
623 zdecydować, że jeden. Ale w Polsce nie.

624 **I: W Niemczech też nie, (śmiej).**

625 E4: Ale na przykład w Bawarii oni się tam zdecydowali na Alepha i chwalą sobie,
626 tak? Czyli gdzieś niedługo. Takie inicjatywy się u nas czasem zdarzają od dołu, to
627 znaczy jest tak, że my wszyscy tworzymy biblioteki cyfrowe w ramach
628 oprogramowania stworzonego przez (...) to jest (...), bardzo dobre
629 oprogramowanie a nikt nam nie kazał, sami na to wpadliśmy. Tamci dawali za
630 darmo na początku, teraz już trzeba trochę płacić, ale jakoś potrafili nas
631 przekonać, więc są i dobre postulaty, prawda? Ale niestety nie jesteśmy
632 jednolitym środowiskiem i nie chcemy tego samego.

633 **I: Następny kompleks tematyczny – realizacja ustaw o bibliotekach do roku**
634 **1999, bo badam ustawy biblioteczne tak z perspektywy historycznej. W**
635 **jakim stopniu kształtowały ustawy o bibliotekach bibliotekarstwo do roku**
636 **1999?**

637 E4: Znaczący no wydaje mi się, że zawsze one mają wpływ no, bo to jest
638 najważniejszy no taki sposób określenia naszego funkcjonowania, więc miały
639 wpływ, ale też, ponieważ u nas w kraju jest sporo anarchii to zawsze, jeśli coś nie
640 jest dopowiedziane tutaj tak na 100%, że musimy się tego trzymać no to się tego
641 nie trzymamy, tak? Czyli jak w '97 roku pozwolono, że nie wszyscy muszą być w
642 sieci bibliotecznej no to nie są. Tak że wpływ to miało olbrzymi, bo w sumie
643 zdecydowało o takim rozczłonkowaniu, rozdzieleniu i to, że powstawało na
644 początku dużo tych bibliotek, że powstawało bardzo dużo bibliotek publicznych,
645 ponieważ każda gmina, każdy powiat miał obowiązek stworzenia co najmniej
646 jednej biblioteki, no to one powstały, więc ten wpływ był, prawda? Natomiast
647 tam, gdzie było niedopowiedziane albo gdzie można było zrezygnować no to też
648 się udało, (śmiej). No paskudnie, że tak mówię. Dobrze, że anonimowo to
649 będzie, (śmiej). Tak że na pewno to miało duży wpływ, ale-

650 **I: A wtedy, kiedy na przykład ustawy o bibliotekach nie były już takie**
651 **aktualne, ale miały one wpływ? One zawsze miały chyba wpływ-**

652 E4: No miało no, bo u nas zawsze było tak, że albo obowiązuje i wtedy no trzeba
653 to realizować, na przykład ta ustawa o systemach informacyjno- ekonomicznych
654 sintono, ona właściwie nigdy nie zafunkcjonowała w pełnym kształcie, dlatego, że

655 nie powstały te biblioteki centralne, nie powstały te systemy informacji, choć
656 powstało ileś ośrodków informacji, powstało centrum, jak to się nazywało?
657 Centrum Informacji Naukowej, Technicznej i Ekonomicznej i Instytut Informacji
658 Naukowej, Technicznej i Ekonomicznej. Te instytucje powstały, ale nie zdołały
659 zbudować swojej sieci w kraju i przestały istnieć, więc wpływ jakiś tam zaistniał,
660 prawda? Gdzieś nam dzwoni, że jakaś ta współpraca powinna być, ale tak do
661 końca nie zostały zrealizowane postanowienia tych ustaw no w końcu
662 dotyczących bibliotek, tak? No to rozgraniczenie takie- to, co się mówiło o
663 egzemplarzu obowiązkowym absolutnie funkcjonowało i funkcjonuje do tej pory,
664 oczywiście jest tak, że Biblioteka Narodowa i biblioteki te inne uczelniane czy
665 inne, które dostają ten egzemplarz mówią o niekompletności, to znaczy żadna z
666 tych instytucji nie może powiedzieć, że dostaje absolutnie wszystko co się
667 wydaje w Polsce i okresy, kiedy dostają mniej i więcej bardzo tutaj się płynnie
668 przechodzi i jest lepiej okresami, Biblioteka Narodowa dostaje więcej, te inne
669 dostają mniej, ale nigdy nie było tak, że w całości dostała, ale też nigdy nie było
670 tak, że kogoś wykluczono i ktoś nie dostawał, tak? I jednak wpływają te zbiory.
671 Jest to związane z ustawodawstwem bibliotecznym, prawda? Tak że na pewno to
672 kształtowało. Jak to na przykład wpłynęło- w tej chwili jak się mówi o tym, że
673 ma być tego egzemplarza obowiązkowego mniej to, ponieważ wśród tych
674 bibliotek, które dostają w tej chwili egzemplarz obowiązkowy są głównie
675 biblioteki uczelniane to istnieje taki problem. No dobrze, nie będą dostawały tych
676 zbiorów to, kto da im pieniądze do budżetu żeby mogły kupować te zbiory.
677 Minister Naukowy mówi przecież – egzemplarz obowiązkowy nie jest mój. Jest
678 problem, ale z drugiej strony ja nie mam tego egzemplarza obowiązkowego, więc
679 to nie jest mój problem. Ja mówię – no ok, ale ile płaciecie za to, że musicie
680 utrzymywać magazyny, w których gromadzicie rzeczy, do których pies z kulawą
681 nogą nie zajrzy, bo jesteście bibliotekami uczelnianymi? A egzemplarz to
682 wszystko i Miś Puchatek i wszystko, wszystko, prawda? I gadzety, które teraz się
683 dołącza do czasopism i do czegoś, wszystko. No, więc jak nie dostaniecie tego to
684 ileż wy zyskacie na tym? A przecież i tak, jeśli ta książka miała wam służyć, jako
685 książka związana z waszą specjalizacją to musieliście dokupić jeszcze jakiś
686 egzemplarz, prawda? No, bo ktoś z tego no gdzieś tam korzysta. Tak że- no ale
687 będzie problem, będzie problem pewnie niełatwo rozwiązywalny.

688 **I: W jakim stopniu były przydatne ustawy dla bibliotekarstwa do roku**
689 **1999?**

690 E4: No były oczywiście, bo jeżeli biblioteka miała napisane, że ma status
691 biblioteki (NZB) to wszędzie się mogła powołać, że ma i bardzo to było
692 przydatne bośmy wtedy we wszystkich grantach pisali, że jesteśmy tutaj taką
693 cenną biblioteką i to było przydatne. No z prawem tak jest, że prawo się
694 wykorzystuje w taki sposób, w jakim ono pozwala. Było przydatne bibliotekom
695 uczelnianym korzystanie z egzemplarza obowiązkowego, ale jak im było
696 nieprzydatne, to znaczy, kiedy nie potrafili sobie poradzić i nie potrafili z
697 nadmiarem książek, które dostają to od lat jest tak, że biblioteka uniwersytecka w
698 Warszawie i biblioteka publiczna miasta stołecznego w Warszawie, które dostały
699 egzemplarz obowiązkowy dzwonią do (...) i mówią – znowu dostaliśmy jakieś
700 tony skryptów technicznych i innych, weźcie to sobie. A do medycznej,
701 Warszawskiego Uniwersytetu Medycznego dzwonią – zabierzcie te wszystkie
702 książki, które wydają różne towarzystwa medyczne, bo do nas ci klienci nie
703 przychodzą i oni sobie zostawiają po jednym egzemplarzu, a nam oddają resztę i
704 no taką mamy wypracowaną zasadę, że oni nam to przekazują do wykorzystania
705 a oni gdzieś znaleźli taki kruczek prawny, że oni nie mają obowiązku
706 przechowywania tego egzemplarza obowiązkowego tylko mogą przekazać do
707 innych bibliotek, które będą wykorzystywały i w tych naszych umowach
708 przekazania tak nie do końca jest powiedziane, że my mamy obowiązek w takim
709 razie 50 lat coś przechowywać, bo my nie mamy tego obowiązku, prawda? To oni
710 mają, więc w sposób twórczy wykorzystaliśmy zapis prawny, (śmiej).

711 **I: No to były przydatne-**

712 E4: No tak, tak to jest i teraz jak oni się bronią, że nie będą dostawać
713 egzemplarza obowiązkowego i mówią – powinniście walczyć razem z nami, bo i
714 wy nie dostaniecie tego, co- mówimy – ok, ale myśmy nigdy nie wiedzieli co wy
715 nam dacie i tak naprawdę myśmy musieli sobie to kupić, bo może by wam się
716 przydała ta książka, na przykład z fizyki czy coś, więc nie chcieliście nam oddać
717 albo oddawaliście nam ją z takim opóźnieniem, że myśmy już i tak musieli kupić
718 i to jest nasz drugi czy kolejny egzemplarz, więc- No owszem, bardzo się
719 martwimy, że nie dostaniemy tego kolejnego egzemplarza, ale jak nie dostaniemy
720 to i tak musimy to kupić. Tak było przez wiele lat, oni dostawali, jako egzemplarz

721 obowiązkowy normy, które są strasznie drogie, a normy już im w ogóle do
722 niczego, techniczne, i oni (...) przekazywali te normy. (...) (respondent pyta się o
723 współpracę bibliotek w Niemczech)

724 **I: Jednak współpraca jest zawsze dobrowolna.**

725 E4: Ale też tak jak mówiliśmy, tutaj tak pani powiedziała, że to jest dobrowolne,
726 u nas jest obowiązek, żeby były biblioteki publiczne w gminie i w powiecie i
727 zawsze pani może znaleźć w Bibliotece Narodowej komunikat, w ilu gminach i
728 powiatach nie ma tych bibliotek. Nie ma i już, choć obowiązek jest-

729 **I: Nie ma pieniędzy, nie?**

730 E4: Ale jak jest obowiązek no to trzeba w zamian stworzyć zasady, prawda? I nie
731 tylko, dlatego, że to działa w ramach ośrodka kultury, gdzie moglibyśmy być
732 tylko po prostu nie ma i już. Więc jeśli to nie jest spójne prawo, że wraz z
733 obowiązkiem idzie jakieś, minimalne choćby, finansowanie, tak jak w bibliotece
734 szkolnej – ma być biblioteka, ale ze środków centralnych nie ma ani grosza na
735 zakup ani jednej książki w tej bibliotece, mogą się rodzice składać dzieci i w
736 ramach tych pieniędzy, które zawsze składają na wycieczki, na coś to oni mogą
737 kupować książki. No to jak to jest? Szkolnictwo w Polsce jest bezpłatne, nie
738 wolno żeby rodzice musieli kupować lektury dla dzieci, tak? A tak jest. Tak że to
739 pieniądze, najważniejsze są pieniądze, ustawa jest potem.

740 **I: Dlatego też moje ostatnie pytanie – w jakim stopniu stanowiły ustawy o**
741 **bibliotekach warunek na dobre funkcjonowanie bibliotekarstwa?**

742 E4: Dawały podstawy organizacyjne, ale bez pieniędzy no nie zawsze się to
743 udawało. Moim zdaniem jest potrzebna taka ustawa naprawdę i ludzi jakoś
744 cementuje wokół jednego zadania, ale jeśli w ślad za tym nie pójdzie
745 finansowanie to to jest troszeczkę wyrzucone pieniądze. Dlatego, że organizuje
746 się twory, które potem nie funkcjonują, życie jest bogatsze od tego, co ustawa
747 potrafi wymyśleć i jeśli ktoś się będzie kurczowo trzymał zapisów ustawy to się
748 może zdarzyć, że bezsensowne będą zapisy. Myśmy dyskutowali między tym na
749 ile szczegółowo trzeba wszystko zapisać a na ile na poziomie dużym ogólności,
750 bo myśmy też w tym zespole przejrzeni ustawodawstwo w bardzo wielu krajach
751 żeby zobaczyć jak to jest. I nie pamiętam, gdzieś tam u Skandynawów, w
752 Finlandii czy coś, to jest dosłownie na jedną kartkę ta ustawa o bibliotekach. Tak
753 samo Library Act w Wielkiej Brytanii to są dosłownie kilka zdań, że ma być tak,

754 ma być tak i już. Myśmy poszli w kierunku bardzo szczegółowego rozwiązania w
755 tej naszej ustawie, na dosłownie trzydzieści parę tych artykułów, na kilkanaście-
756 no ze trzydzieści stron chyba to ma i wcale nie jest powiedziane, że
757 rozwiązaliśmy wszystkie trudne przypadki i teraz gdybym ja to jeszcze raz
758 robiłem i myślałem to myślałbym nad zapisami jednak zdecydowanie bardziej
759 ogólnymi, bo ustawa nie powinna regulować chyba rzeczy aż tak szczegółowo,
760 bo wszystkich przypadków nie ureguje. Ustawa powinna być czymś
761 nadrzędnym, która wskazuje kierunki, a potem powinny być rozporządzenia
762 szczegółowe, które mówią jak w konkretnej rzeczywistości- tylko te
763 rozporządzenia spójne, żeby już nie każdy minister z każdego resortu wydaje
764 swoje tylko żeby to było tak zapisane, że ten Minister Kultury wydaje wszystkie
765 rozporządzenia dotyczące tych spraw. I tak to chyba powinno być. Jak my mamy
766 na uczelni jakieś zadanie, mamy statut to tam mamy konstytucję, mamy potem
767 uchwałę senatu, która mówi, w jakim kierunku powinniśmy zmierzać, a potem
768 mamy zarządzenie rektora, które mówi krok po kroku co mamy zrobić, jak to ma
769 działać. To chyba tak powinno być również tutaj.

770 **I: Dobry pomysł.**

771 E4: Tak że za szczegółowe zapisy wcale nie poprawiają tego sposobu
772 funkcjonowania, więc ja bym jednak szedł w kierunku czegoś bardziej ogólnego i
773 krótszych tych zapisów.

774 **I: I potem wszystko w rozporządzeniu?**

775 E4: Tak. Wspólnie, ja jakoś się po tym podpisałem, no mówię, zrobiliśmy coś
776 odwrotnego, ale to ma zdecydowanie mniejsze szanse i wejścia w życie i
777 zaistnienia i rozwiązania naprawdę wszystkich spraw.

778 **I: Jakie czynniki są ważniejsze dla rozwoju bibliotekarstwa niż ustawa o**
779 **bibliotekach?**

780 E4: Pieniądze, których tutaj nie ma. Ważniejsze? No technologia, o której nie
781 mówiliśmy, a której powstanie zmieniło bardzo wiele, prawda? Czyli to jak
782 działa Internet, jaka jest tutaj technika, która weszła do bibliotek, prawo
783 autorskie, o którym też nie mówiliśmy, Public Lending Right, którego my nie
784 mamy, jako chyba jedyny kraj w Europie, a który podobno lada moment mamy
785 mieć. Tego nie ma, a te zagadnienia związane- około biblioteczne związane z
786 udostępnianiem, jakie my mamy prawa udostępniania, czego i przy gromadzeniu

787 to jest niezwykle ważne, więc to powinno się jakoś rozwiązać. Wszystko to co się
788 wiąże z prawem autorskim, z prawem własności intelektualnej to jest osobny
789 kompleks zadań, ale ściśle z biblioteką związany, tak? Czyli prawo związane z
790 własnością intelektualną, zagadnienia techniczne, które też określają i
791 bezpieczeństwo danych i zasady przechowywania i zasady dostępu do różnych
792 danych. Cały ten kompleks spraw informatycznych no i konkretny sprzęt, do
793 którego mamy dostęp, lepiej lub gorzej, na nim się działa, systemy
794 informatyczne, z których możemy korzystać i rozległość Internetu, która no w tej
795 chwili zmieniła zupełnie świat, że niekoniecznie trzeba przyjść do biblioteki i czy
796 naszym użytkownikiem jest ktoś, kto tylko i wyłącznie korzysta z naszych
797 zasobów elektronicznych, nawet nie wiedząc, że z nich korzysta, bo u nas wiele
798 osób na uczelni mówi – po co wy kupujecie te bazy, jeśli wszystko jest w
799 Internecie? My mówimy – ale jest w Internecie, bo myśmy wam to kupili. Ah
800 tak? A tak się łatwo do tego wchodzi, (śmiech). Tak to czasami jest.

801 **I: Ostatnie pytanie jest takie trochę futurystyczne – jak kształtowałoby się**
802 **polskie bibliotekarstwo bez ustaw o bibliotekach?**

803 E4: Myślę, że gorzej, ale by funkcjonowało, dlatego, że jeśli by w ogóle straciła
804 ważność ustawa o bibliotekach-

805 **I: Na przykład?**

806 E4: na przykład to, ponieważ w ustawie o samorządzie terytorialnym jest
807 powiedziane, że biblioteki powinny być i w ustawie o działalności kulturalnej
808 jest, w ustawie o szkolnictwie wyższym jest powiedziane, że biblioteki mają być,
809 to by funkcjonowało dalej w obrębie tych swoich pojedynczych bibliotek, tylko
810 Narodowa by miała kłopot, bo ustawa-

811 **I: Potrzebuje jeszcze jedną ustawę taką tylko dla-**

812 E4: Tak, bo wszystko inne właściwie ma swoje jakieś jeszcze umocowanie, nie
813 jest tylko ustawa o bibliotekach jedynym miejscem, gdzie się o tym mówi.

814 **I: A całkiem bez?**

815 E4: Całkiem bez? No to chyba by się nie dało jednak. Chyba by się nie dało.
816 Byłoby niezwykle trudno. Jednak pewne- na pewne rzeczy się możemy powołać,
817 bo dlaczego my w statucie mamy powiedziane, że naszym obowiązkiem jest tam
818 gromadzenie, udostępnianie, bo się powołujemy na ustawę o bibliotekach, że ta
819 ustawa nam to narzuca, tak? Czyli to jest nasz obowiązek. Tak że przydatna jest

820 no nawet w takim ogólnym zarysie, prawda? Ale gdyby tak zupełnie przestała
821 istnieć to myślę, że przez następne pięć lat biblioteki by nie zauważyły, że nie
822 istnieje, (). Umiałyby funkcjonować. Nic by się nie zmieniło w naszym
823 funkcjonowaniu niestety.

824 **I: No to dobrze, ja myślę, że to jest dobrze.**

825 E4: Ale dla ustawy źle, że aż tak nie jest przydatna w naszym funkcjonowaniu
826 bieżącym. W szkołach wyższych rzeczywiście bardzo mało, bardziej- myślę, że
827 najbardziej narażone byłyby publiczne biblioteki gdyby przestała funkcjonować,
828 bo wtedy właśnie ten obowiązek, że w każdej gminie, w każdym miejscu ma być
829 no bardzo szybko byłby wykorzystany przeciwko bibliotekom i przestałyby
830 istnieć. To z całą pewnością.

831 **I: Na pewno. W tych czasach na pewno. Dziękuję bardzo za wywiad. Za tak**
832 **cenne informacje.**

833 E4: Mam nadzieję, że się przydadzą.

834 **I: Tak, przydadzą się.**

835 E4: Oczywiście to mój osobisty punkt widzenia.

836 **I: O to mi chodzi, mi chodzi o osobisty punkt widzenia.**

11.2.5 Interview E5

1 **I: Rozpaczynam. Dzień dobry.**

2 E5: Dzień dobry.

3 **I: Przed panem leży na biurku sprzęt do nagrywania rozmowy, abym mogła**
4 **stworzyć jej transkrypcję. W mojej pracy doktorskiej podam pana**
5 **nazwisko. Odpowiedzi respondentów udzielonych w wywiadach zostaną**
6 **zanonimizowane, to znaczy pozbawionych jakichkolwiek danych osobowych**
7 **pozwalających na indentyfikację poszczególnych respondentów. To**
8 **przechodzę do pierwszego pytania. Czy mógłby się pan krótko przedstawić,**
9 **chodzi mi o dane osobowe, pozycję zawodową, takie informacje.**

10 E5: Dobrze. Nazywam się (...)

11 **I: W jaki sposób i przez jaki czas zajmował się pan ustawami**
12 **bibliotecznymi?**

13 E5: To znaczy sprawami ustaw bibliotecznych (...)

14 **I: Do pierwszego kompleksu tematycznego, chodzi mi o rozumienie pojęć –**
15 **prawo biblioteczne i ustawy o bibliotekach. Co pan rozumie pod pojęciem –**
16 **polskie prawo biblioteczne?**

17 E5: Znaczy pod pojęciem polskie prawo biblioteczne rozumiem polskie prawo
18 biblioteczne w aspekcie historycznym, czyli jak ono przebiegało przez te
19 wszystkie dziesięciolecia, rozumiem też je w sensie wszystkich aktów prawnych,
20 które się przez ten czas ukazały, poczynając od najważniejszych, bo jest
21 Konstytucja, która mówi o kulturze, tam poprzez ustawy, rozporządzenia, nawet
22 okólniki, różnego rodzaju dyrektywy, które były w różnych latach, które
23 obowiązywały przez te lata i wpływały na kondycję polskiego bibliotekarstwa. I
24 takie jakby trzecie dla mnie rozumienie to jest to prawo biblioteczne, którym
25 żyjemy teraz, tu, to co nas teraz obowiązuje to, co lada dzień może być
26 zmienione, jak ustawa o obowiązkowych egzemplarzach bibliotecznych, już jest
27 tam w projekcie zmian. To co, że tak powiem, wchodzi do praktyki życia
28 bibliotecznego codziennie.

29 **I: Co pan rozumie pod pojęciem – polskie ustawy o bibliotekach?**

30 E5: No znaczy polskie ustawy o bibliotekach to rozumiem te wszystkie ustawy-
31 znaczy też w dwóch jakby rodzajach. Te wszystkie projekty ustaw, które byłyby

32 opracowywane i które są jakimś tam dziedzictwem bibliotekarstwa polskiego, a
33 równocześnie te formalne z punktu widzenia prawa ustawy, od dekretu z `46,
34 poprzez `68 i `97, ale też te nasze projekty, nasz ostatni projekt po prostu z `13
35 roku.

36 **I: Jaką pozycję miały polskie ustawy o bibliotekach w polskim prawie**
37 **bibliotecznym?**

38 E5: To znaczy polskie ustawy o bibliotekach miały zawsze najwyższą rangę. One
39 miały zawsze najwyższą rangę. Były zawsze odwołaniem przez bibliotekarzy, ale
40 równocześnie też bibliotekarze z różnych, czy z bibliotek akademickich czy z
41 bibliotek szkolnych czy teraz nawet i z publicznych w momencie właśnie tej
42 resortowości, bo dla mnie ona jest taką tutaj przeszkodą, ten nasz ostatni projekt
43 ustawy właśnie chciał to zlikwidować, tą resortowość, zresztą jak pani czytała te
44 różne nasze artykuły na ten temat pisane – my chcieliśmy, żeby biblioteki w
45 Polsce były traktowane od projektów, grantów, które realizują, a nie dla
46 użytkowników, bo czy to jest użytkownik akademicki czy to jest użytkownik w
47 bibliotece pedagogicznej czy publicznej to on jest użytkownikiem. I chcieliśmy,
48 żeby było no tak jak jest, ale to może osobny temat, ale- boże jedyny, wybiłem
49 się, jakie to było pytanie?

50 **I: Chodzi mi o pozycję.**

51 E5: A, ale równocześnie- te ustawy zawsze są w środowisku bibliotekarskim
52 najważniejsze, ale równocześnie bibliotekarze w bibliotekach akademickich mają
53 ustawę o szkolnictwie, to chciałem powiedzieć, pedagogiczni i szkolni mają
54 ustawę oświatową, a biblioteki publiczne mają ustawę o prowadzeniu i
55 organizowaniu działalności kulturalnej. I to są takie no ober ustawy w stosunku
56 do bibliotekarstwa, też trzeba to wszystko jakby razem, że tak powiem-

57 **I: Połączyć?**

58 E5: No znaczy nie, trzeba w zarządzaniu biblioteką brać je wszystkie pod uwagę.
59 Nie tylko się opierać na ustawie o bibliotekach, ale- wiem, pracuję w bibliotece
60 publicznej, obowiązują mnie przepisy ustawy o organizowaniu- i to jest to
61 wymagało wielu lat edukacji kadry zarządzającej biblioteką żeby do takiego no
62 takiego myślenia i takiego postępowania- no żeby to było, jako standard
63 traktowane.

64 **I: Jak mogłoby być kształtowane prawo biblioteczne bez ustaw o**
65 **bibliotekach?**

66 E5: Znaczy w Polsce sobie czegoś takiego nie wyobrażamy, dlatego, że myślę, że
67 to wynika z zaszłości historycznych naszych, poczynając, już nie chcę
68 odwoływać się do zaborów i do wszystkich, ale właśnie po pierwsze- ale to
69 wszystko po prostu też wpływa na myślenie, na mentalność Polaków, na to, że-
70 poza tym w Polsce jest taka ogromna wiara w siłę prawa, że jeżeli mam ustawę
71 no to się jej trzymam, ale trzeba się tylko starać ją egzekwować. Przecież często
72 tak mówimy między sobą na spotkaniach – co zrobić żeby wyegzekwować to
73 wszystko, co jest tam zapisane? Że na przykład organizator biblioteki musi
74 zapewnić budżet, lokal- jak, że tak powiem, dotrzeć do tego organizatora żeby i
75 ciągle mu powtarzać, co on jest zobowiązany. Tak że myślę, że chyba w Polsce
76 sobie nie wyobrażamy sytuacji bez ustaw chyba bibliotecznych.

77 **I: To do następnego kompleksu tematycznego, chodzi mi o powstanie ustaw**
78 **o bibliotekach. Jakim przyczynom zawdzięcza się utworzenie polskich ustaw**
79 **o bibliotekach?**

80 E5: No znaczy te przyczyny też mają oczywiście i zarówno korzenie historyczne,
81 jak i korzenie doświadczenia ludzi, którzy pracują w tym zawodzie, którzy
82 widzieli różne niedociągnięcia, ale też widzieli takie możliwości, że ustawa
83 pewnym rzeczom nada pewien standard, skodyfikuje, pokaże rangę tej instytucji,
84 że to zapewni tamto i że to przyczyni się do rozwoju bibliotek, nie? Po pierwsze,
85 instytucje, które mają ustawę, bo przecież pamiętam, że kiedyś nawet muzea nie
86 miały ustaw, nie? I muzealnicy się powołali – o, wy bibliotekarze to macie
87 ustawę, macie to, macie tamto i tak dalej. I to mi się wydaje z tego wynikało. Z
88 tego wynikało.

89 **I: Co wymagało doprowadzenie do ustaw?**

90 E5: No znaczy według mnie to wymagało tak – odpowiednich ludzi, którzy się
91 tym zajęli, heroiczności, niezłomności tych ludzi. Po pierwsze, wiary, wiary w to,
92 że ta opracowana ustawa przyniesie określone efekty, a równocześnie też takiej
93 wytrwałości wiary, niezałamywania się przy przygotowywaniu kolejnych
94 projektów i też wyciągania wniosków, że to, co najlepsze było z dekretu –
95 przenieśmy to dalej. Przenoszenie tego właśnie najlepszego, że tak powiem, z
96 tych poprzednich plus oczywiście pragmatyka bieżąca, to co wszystko się działo,

97 jak się zmieniało otoczenie bibliotek, żeby to wszystko w tych ustawach się po
98 prostu mogło znaleźć.

99 **I: Jaką rolę pełnił przy tym interes państwowy?**

100 E5: No znaczy wydaje mi się, że interes państwowy był tutaj stawiany na
101 głównym, że tak powiem miejscu, dlatego, że bibliotekarze, no możemy
102 powiedzieć ci wybitni, którzy się tym zajmowali, oni zawsze wierzyli w to, że
103 biblioteki służą wzmocnieniu społeczeństwa polskiego, które jest podstawą
104 państwowości i jego edukacja, jego rozwój, dostęp do informacji to zawsze- że to
105 służy dobru państwa. Rozwój bibliotek to był właściwie główny cel zawsze
106 tworzenia tych ustaw.

107 **I: A interes bibliotekarzy?**

108 E5: No znaczy bibliotekarze interes bibliotek, bibliotekarze utożsamiali się z
109 interesem państwa moim zdaniem. Tak, zawsze to byli ludzie, można powiedzieć,
110 zaangażowani, oddający się swojej pracy, jako służbie. Po prostu to była, że tak
111 powiem, dla wielu, dla bardzo wielu służba i równocześnie państwo, biblioteki to
112 było dla nich- wspólne, znaczy takie wspólne w sensie, że mamy wspólny jakby
113 cel przed sobą.

114 **I: A jakie znaczenie miała finansowa sytuacja państwa przy utworzeniu?**

115 E5: No znaczy powiem pani z tego, co ja tak się orientuję, wiem to zawsze, no
116 patrzę nawet przy naszym projekcie i myślę, że nasi poprzednicy też tak robili, że
117 zawsze była też troska, że biblioteki, jako instytucje publiczne czy z środków
118 samorządowych, a przedtem biblioteki publiczne przecież z budżetu państwa
119 były prowadzone czy biblioteki szkolne też subwencje oświatowe, czy biblioteki
120 uczelniane no też to wszystko jest realizowane z podatków, że wszystko to są
121 środki publiczne, czyli myśląc o rozwoju bibliotek, o tych nakładach, które są
122 łożone na te biblioteki w poszczególnych resortach, że to zawsze było brane pod
123 uwagę, żeby te nakłady na finansowanie bibliotek się nie dublowały, żeby te
124 zapisy w ustawie no chociażby temu naszemu zespołowi taki cel przyświecał,
125 żeby te zapisy się nie dublowały, to, że na przykład w resorcie nauki tam ileś
126 pieniędzy, że tak powiem, płaci- państwo płaci na rozwój bibliotek, na dostęp do
127 źródeł elektronicznych, takich, nie? A z tego mogą tylko na przykład korzystać –
128 taka grupa, nie? A już na przykład biblioteki publiczne dostają z innego źródła
129 pieniądze, często tworzą katalogi centralne dublując różne tam rzeczy żeby- i ta

130 sytuacja myślę, że zawsze, znaczy ustawy nigdy nie były rozrzutne, że
131 wyciągamy jeszcze tam jakieś pieniądze od państwa, bo nam się należy, bo nie
132 wiem. Zawsze to było patrzeć z punktu widzenia – środki publiczne, trzeba tak
133 nimi gospodarować żeby osiągnąć ten wspólny cel, ale żeby nie dublować tych
134 środków.

135 **I: Jakie grona wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o**
136 **bibliotekach?**

137 E5: No znaczy wydaje mi się, że zawsze to były grona bibliotekarzy i tu myślę
138 tak szeroko – bibliotekarzy. To znaczy ludzi, którzy nie zawsze byli z
139 wykształcenia bibliotekarzami, byli też prawnikami, byli z innych zawodów, ale
140 którzy przyszedli do bibliotekarstwa, zobaczyli tą siłę, która tkwi w tym i widzieli
141 różne tam niedomagania, potrzeby, też często patrzyli na dyscypliny, z których
142 przychodzą, że pewne rzeczy można unormować, zaproponować i to byli- no
143 zawsze tymi sprawami prawnymi zajmowali- zawsze mówiliśmy, przed wojną to
144 się zawsze mówiło – elita polskiego bibliotekarstwa, nie? Bo to bibliotekarstwo
145 tam- no nasza organizacja to przed wojną liczyła 600 członków, nie? Teraz
146 mamy 7,5 tysiąca, ale wydaje mi się, że to zawsze byli ludzie, którzy coś więcej
147 od tego zawodu, nie tylko, że przyszedli do tego zawodu, pracują, robią wszystko
148 co do nich należy, wychodzą i nie ich tam, otoczenie, nie interesuje, ale to byli
149 ludzie, którzy zawsze wiedzieli, że coś można zmienić, coś można jeszcze no
150 jakby tutaj udoskonalić no, zawsze coś można zaproponować, rozwinąć, tak że
151 wydaje mi się, że zawsze to było- i poza tym to zawsze też byli ludzie, którzy
152 inicjowali pewne prace nie czekając na jakieś takie, wie pani, decyzje z zewnątrz,
153 nie? A może byście coś tam zrobili. Tu raczej była inicjatywa z tego środowiska
154 wychodząca.

155 **I: Jakie inne okoliczności wywierały znaczący wpływ na utworzenie ustaw o**
156 **bibliotekach?**

157 E5: No znaczy wydaje mi się, że też zmieniająca się sytuacja w tych bibliotekach,
158 powstające nowe rodzaje bibliotek, powstające- no chociażby ogromny wpływ w
159 tych czasach no tam lat 60-tych to była sprawa, że wchodziła informacja
160 naukowa, nie? Co ta informacja ze sobą niesie? No było to myślenie – biblioteka
161 osobno, informacja osobno, nie? I wydaje mi się, że to też po pewnym czasie
162 uzmysłowiło, że biblioteki jak najbardziej są to cenne informacje, a nie trzeba

163 specjalnie- a tym bardziej, że w ośrodkach informacji były z kolei biblioteki, nie?
164 To była taka no taka dwoistość, wydaje mi się, że to też miało wpływ. No i
165 wydaje mi się, że otoczenie, w którym funkcjonują biblioteki, oczekiwania
166 użytkowników to zawsze się przekładało na zapisy w ustawach. To jak
167 najbardziej. To zawsze no przekładało. Mówiąc o ustawach to mówimy też na
168 przykład o rozporządzeniach, nie? Chociażby rozporządzeniach czy o
169 egzemplarzu obowiązkowym czy ewidencji, komputeryzacja, a teraz na przykład
170 sieciowość, obecność bibliotek w sieci. To wszystko się przenosi na sprawy
171 legislacji, chociaż niekiedy się wydaje no, że – ah, bądźmy w sieci już, to
172 wystarczy, nie? Tak że tak to wygląda.

173 **I: A jakie okoliczności przysparzały trudności w utworzeniu ustaw o**
174 **bibliotekach?**

175 E5: Znaczy ja wiem okoliczności to bym powiedział, wie pani, że no takie- że
176 często środowisko, które wypracowywało projekty swoje społeczne wydawało
177 się, że jest bliżej, że tak powiem, ludzi, bliżej tego wszystkiego no te projekty
178 wpadając w tryby biurokratyczne jakieś tam no już nie było jakiejś wspólnej
179 komunikacji potem, wie pani, i to też powodowało frustrację wielu też osób,
180 bowiem, przecież kolega Bolesław Howorka, Jerzy Maj i tam Jan Wołosz,
181 przecież oni tyle ileś projektów robili, potem jak nasz zespół chciał coś z nimi
182 konsultować to oni już mówią – a dajcie wy nam święty spokój, już żeśmy tyle
183 rozczarowań przeszli. No takie no myślę, że to chyba takie, że w każdej zresztą
184 chyba działalności człowiek by chciał widzieć no jakiś tam, chociaż kawałek
185 efektu z tego, co poświęca czas, chciałby chociaż widzieć no, jeżeli nie wszystkie
186 to rozmawiamy – może to, może tamto, a potem jak już to wpada w jakieś tam
187 tryby to potem wychodzi coś takiego, że no, że nie jest- czyli wydaje mi się, że
188 cała chyba taka machina legislacyjna poza jakby powstaniem projektu, nie? To
189 tak mi się wydaje.

190 **I: To przechodzę do następnego kompleksu tematycznego, chodzi mi o**
191 **treściową zawartość ustaw o bibliotekach. Jakie postanowienia ustaw o**
192 **bibliotekach uważa pan za sensowne?**

193 E5: No znaczy nie chciałbym tutaj wymieniać poszczególnych-

194 **I: Dlaczego nie?**

195 E5: Wydaje mi się poszczególnych artykułów, bo musiałbym- znaczy wydaje mi
196 się, że tak – że po pierwsze, że z ustawy na ustawę były przenoszone dobre
197 rzeczy, chociażby to wymienianie typów bibliotek, wymienianie funkcji, jakie
198 one- o zadań, jakie one powinny pełnić, obowiązki organizatorów bibliotek, no i
199 przede wszystkim dla mnie ta funkcja istnienia w sieci, że biblioteka to nie jest
200 samodzielny byt, który jest sobie sterem i żeglarzem, ale to, że ona współpracuje
201 u siebie, w małym regionie, w większym regionie i też współpracuje w skali, że
202 tak powiem, krajowej i to uważam takie te elementy, że tak powiem, za
203 najważniejsze z takich podstawowych funkcji bibliotek i rzecz, którą uważam za
204 jedną z ważniejszych, to było kwalifikacje bibliotekarzy, to znaczy, że to jest taka
205 dziedzina wiedzy, pracy, że no trzeba przygotowywać kadrę, że trzeba
206 wykorzystywać to, że w Polsce jest tam osiem czy dziewięć instytutów
207 bibliotekoznawstwa i one kształcą bibliotekarzy, że jest pewna pragmatyka
208 zawodowa, żeby awansować trzeba mieć poszczególne wymogi spełnione i że to
209 pokazuje, że to jest zawód, który wymaga wiedzy, doświadczenia, praktyki i to
210 jest taki bardzo ważny element dla mnie po prostu ustaw i z tym wszystkim
211 związane wszystkie towarzyszące ustawom akty wykonawcze, które pozwalają,
212 że pewne artykuły czy zapisy w ustawie przenoszą się do konkretnej realizacji a
213 nie są tylko zapisami w ustawie no a potem w codziennej rzeczywistości
214 bibliotekarskiej nie ma rozporządzeń, nie ma i trzeba czekać albo, że tak powiem,
215 każdy dyrektor biblioteki sobie coś wymyśla i jest to wszystko niekompatybilne
216 jak chociażby teraz w związku z deregulacją zawodu bibliotekarza, że teraz
217 każdy senat uczelni określa wymogi dla swoich bibliotekarzy w swojej bibliotece
218 uczelnianej, każdy dyrektor bibliotek i samorząd sobie określa, że on wymaga
219 żeby ktoś ma zostać kustoszem to musi mieć na przykład doktorat, nie? No i to
220 praktycznie spowodowało też takie, no takie rozproszenie, rozproszenie jakby
221 bibliotek, że one już nie stanowią jakby takiej sieci, ja nie mówię tylko, że jest
222 wojewódzka, potem powiatowa, potem gminna czy wiejska czy miejska, ale że to
223 tak po prostu no każdy jest wojewodą u siebie i to- a ustawa miała nadawać ten
224 taki kanon, podstawy tego, że jest. I to mi się zawsze wydawało, że to stanowi no
225 jakby istotę bibliotek – te zadania, funkcje, obowiązki, co ma za zadanie
226 biblioteka, co ma zapewnić organizator i inne rzeczy tam z tym związane no to
227 po kolei tam wchodzi- chociażby to łączenie bibliotek, nie? Co uważam no nie

228 jest jakby potrzebne, bo wprowadza w samorządy no takie możliwości
229 podejmowania no często nieprzemyślanych decyzji, niekonsultowanych,
230 wynikających często z doraźnych jakichś potrzeb no w gminie. Nie zawsze to,
231 chociaż pozornie wydaje się, że będą w gminach oszczędności finansowe, potem
232 się okazuje, że to pół etatu zaoszczędzą czy tam etat, nie? Tak, że tak bym to
233 powiedział pani.

234 **I: W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitego systemu**
235 **bibliotecznego?**

236 E5: No znaczy powiem pani- no znaczy to co już jakby mówiłem też wcześniej.
237 Mnie się wydawało, że- takie mam no przeświadczenie, że taki jednolity system
238 biblioteczny spowodowałby takie racjonalizacje środków, racjonalizacje zadań,
239 że nie byłyby pewne prace dublowane, że byłaby większa, ja wiem, taka
240 integracja, ale w sensie merytorycznym, no w sensie oczywiście zawodowym na
241 pewno też, ale wydaje mi się, że wtedy no wszyscy by się czuli odpowiedzialni,
242 bo są jednym trybikiem w całej tej konstrukcji, nie? Że by się zaczęli po prostu
243 też trochę zastanawiać nad tym – a nie, a tak, a nie. Może by też wymienili się
244 dobrymi praktykami, dobrymi- no teraz też to się dzieje, ale wydaje mi się, że no
245 tak się ogromnej wagi do tego też nie przywiązuje no, że- a wydaje mi się, że w
246 przypadku istnienia takiego systemu byłaby no taka większa jakby czujność nad
247 tym, większa. No, tak że tak mi się wydaje.

248 **I: W jakim stopniu jest sensowne utworzenie jednolitej polityki**
249 **bibliotecznej?**

250 E5: No znaczy no polityka biblioteczna to jeszcze coś więcej, to jest coś więcej
251 niż ten system. Zawsze nam, zresztą przy projektowaniu tej naszej ustawy, tego
252 projektu też na niezbędność takiej polityki, że tak powiem, kładliśmy tam nacisk,
253 bo wydawało nam się, że jeżeli w ustawie o działach gospodarki narodowej jest
254 dział kultura, jest Minister Kultury, który odpowiada no w sensie takim
255 powiedzmy ideowym za biblioteki niezależnie czy one są w tym resorcie czy w
256 innym i że taka polityka będzie przez niego przygotowywana w porozumieniu z
257 różnymi ciałami, które działają w bibliotekarstwie, że to umożliwi takie potem
258 planowanie w poszczególnych bibliotekach no wspólnych przedsięwzięć,
259 wspólnych projektów, no takiego patrzenia na to bibliotekarstwo tak z lotu jakby
260 ptaka, ale w całości, że na przykład teraz określamy, że na ten rok czy na lata

261 takie najważniejsze jest tam cyfrowe przenoszenie zbiorów i tak dalej, że za tym
262 też pójda projekty, granty dla- kierowane do bibliotek, że będą one widziały, że
263 tu się opieramy o taki na przykład standard wypracowany przez bibliotekę
264 narodową i że to jest dla nas taka wytyczna, to jest podparte grantem no, że na
265 przykład teraz uważam, że takim elementem polityki państwa jest wspieranie
266 czytelnictwa, jest wspieranie czytelnictwa. To jest priorytet państwa, państwo
267 uruchamia narodowy program wspierania czytelnictwa, w ramach tego programu
268 ma tam kilka priorytetów, jednym jest wsparcie zakupu nowości do bibliotek
269 publicznych, nie? I to już się realizuje od 2005 roku w różnym tam takim
270 natężeniu środków finansowych, bo było i 30 milionów i 10 milionów, zależy, w
271 którym tam roku, ale to jest element polityki państwa. Państwo wskazuje, to jest
272 powinność, że każdy organizator musi zapewnić zakup środków- znaczy środki
273 na zakup nowości wydawniczych, bo biblioteki, szczególnie publiczne, ale
274 równocześnie też akademickie, bez dopływu nowych źródeł, bez- a tutaj
275 literatury dla no czytelników w gminie, dostępu do informacji żeby ta biblioteka
276 była dla wielu czytelników tylko miejscem, gdzie ja wypożyczę książkę,
277 oczywiście wypożyczysz, ale uczestniczysz jeszcze w tym, uczestniczysz w tym,
278 masz taką ofertę i wydaje mi się, że tego typu taki właśnie dokument określający
279 tą politykę państwa no powinien być przygotowany. Takiego jakby- są różne
280 elementy tej polityki, ale wydaje mi się, że czegoś takiego jak taka no globalna
281 polityka dla wszystkich to nie ma, bo Minister Kultury daje dla bibliotek
282 publicznych, w Ministerstwie Nauki no też tam są jakieś środki publiczne
283 przekazywane na zakup źródeł dla bibliotek akademickich, a tylko mogą
284 skorzystać tamci, tu mogą tylko skorzystać ci, tak że wydaje mi się, że taki, ja
285 wiem, taki projekt – polityka państwa w zakresie- no byłby taki porządkujący i
286 też mówiący no co przed nami, nie? Co przed nami?

287 **I: Jak ocenia pan jakość postulatów ustaw o bibliotekach?**

288 E5: No znaczy jakość tych zapisów, które były proponowane w tych projektach
289 no to, wie pani, oceniam nawet z perspektywy patrząc no, bo każdy rok to już jest
290 upływ jakiegoś czasu i się patrzy, patrzę na bardzo wiele tych postulatów, jako
291 cały czas jeszcze aktualne, cały czas aktualne, ale równocześnie też widzę jak
292 wpływ technologii wpływa na obecną, można powiedzieć, na obecny ogład
293 bibliotek przez użytkowników, że tu biblioteki no muszą jeszcze szybciej, jeszcze

294 szybciej się praktycznie zmieniać, ale to wymaga no żeby wiele z tych
295 postulatów przybierało kształt, wie pani, konkretnych problemów, gdzie można
296 by było aplikować, bo Minister Kultury ma od kilka lat bardzo ważny program –
297 Infrastruktura bibliotek w ramach takiego projektu Biblioteka Plus na
298 modernizację, budowę bibliotek w miejscowościach do 50 tysięcy czy tam
299 gminach do 50 tysięcy mieszkańców, nie? I to uważam za bardzo ważny po-
300 prostu projekt, bo to umożliwia gminom i też marszałkom, bo tam jest taki
301 komponent trzech – marszałek, gmina i biblioteka bezpośrednio organizator,
302 muszą się złożyć na te 100% tych środków, ale to też pozwoliło- prawie 250
303 bibliotek w Polsce zmieniło swój wygląd. Do tej pory było to w małym zakresie,
304 budowano głównie biblioteki akademickie w Polsce, bo ta infrastruktura do tej
305 pory istniejąca bibliotek akademickich nie- znaczy nie było odpowiednie do tego
306 napływu studentów w latach 90-tych na polskie uczelnie i zaczęto budować te
307 biblioteki akademickie, biblioteki publiczne nie miały, z czego tych budować, bo
308 najpierw były w budżecie państwa a teraz są w samorządach a samorzady dostały
309 szkoły, drogi et cetera i biblioteki no to wiadomo było, że nie będą budować po-
310 prostu bibliotek. Teraz dzięki temu projektowi ministerstwa no to jedni budują
311 baseny, ale też i modernizują biblioteki, bo jeżeli mogą tam złożyć pieniądze. Ze
312 środków europejskich też się buduje biblioteki, ale to jest jeszcze ogromna skala
313 potrzeb no, bo w Polsce jest tam 8 tysięcy 200 prawie bibliotek publicznych,
314 czyli to jest skala, no licząc tam, że jedna trzecia to są te biblioteki główne, a
315 reszta to są filie w małych miejscowościach, ale to często pokazuje, że te filie też
316 trzeba modernizować, może przenieść do większego lokalu, pomalować, dać
317 szyld, dać inne też otoczenie tego budynku. No to wszystko wymaga, że tak
318 powiem, zabiegów, ale wydaje mi się, że to jest no to jest no takie też
319 zmieniające ogół biblioteki w środowisku lokalnym.

320 **I: Na jakie treści zwróciłby pan uwagę przy kształtowaniu nowej ustawy?**

321 E5: No znaczy to myślę, że zwróciłbym uwagę na te treści wynikające- znaczy z
322 wykorzystaniem nowych technologii.

323 **I: Tak?**

324 E5: Tak. Wydaje mi się, że to- nowych technologii w różnym znaczeniu, że na
325 przykład biblioteki publiczne nie kupują tylko książek, ale kupują też inne media
326 to w Polsce w bibliotekach publicznych to jest na razie ułamek takich zakupów z

327 innych źródeł, bo w związku z tym, że w Polsce w bibliotekach publicznych-
328 wskaźnik zakupu na 100 mieszkańców taki liczony w Europie gdzieś 25, 30
329 woluminów na 100 mieszkańców, w Polsce 7,6 wolumina, czyli to jeszcze
330 wymaga ogromnych nakładów. W związku z tym biblioteki no jednak w tych
331 90% kupują książkę drukowaną a nie książkę w innej po prostu postaci. Większe
332 biblioteki no to kupują dostęp do e-booków, kupują filmy, kupują- ale to jeszcze
333 jest zbyt wąski taki zakres. Czytelnicy teraz w bibliotekach publicznych chcą
334 mieć możliwości na telefon komórkowy sobie wgrać jakąś książkę, no w ogóle
335 już mają takie oczekiwanie i wydaje mi się, że nie wiem czy to jest temat dla
336 legislacji, która tak się toczy, nie? Wolniejszym trybem, a świat się zmienia
337 szybko, ale wydaje mi się, że to jest problem no, przed którym stoją biblioteki.
338 Biblioteki w Polsce od wielu lat zaczęły digitalizować swoje zbiory, tworzyć
339 biblioteki cyfrowe, tworzą takie konsorcja bibliotek cyfrowych i robią to no nie
340 tylko duże biblioteki, ale to robią i biblioteki powiatowe, bardzo wiele bibliotek
341 od takich publicznych od 10 lat już kupowały sobie proste skanery, nie patrzyła
342 na- na przykład uważały za bardzo cenne regionalia, żeby te regionalia
343 zdigitalizować. To dla bardzo wielu bibliotek była też dodatkowa szansa żeby
344 pokazać tą bibliotekę w środowisku lokalnym, jako to miejsce, że tak powiem,
345 przechowania tego dziedzictwa, ale zarazem upublicznienia, poza tym pokazania
346 no tych zbiorów już możemy powiedzieć na cały świat, bo jeżeli oni je pokazują
347 ze strony internetowej to już mieszkaniec Sieradza, który się znajdzie tam w
348 Kanadzie, jeżeli penetruje Internet to już na przykład sobie, nie wiem, znajdzie
349 fotografię rynku z Sieradza z roku takiego, mówi – o kurczę, ja też mam tutaj
350 fotografię z innego roku, może ja bym im wysłał. I to też są inne relacje i to
351 postrzeganie biblioteki też się widzi w innym miejscu- w takim kontekście no
352 tego służenia tej lokalnej społeczności no. I wydaje mi się, że na takie rzeczy
353 trzeba po prostu też zwrócić uwagę, nie tylko takie proste zapisy – gromadzenie,
354 opracowanie, udostępnianie, przechowywanie i takie- to są mnie się wydaje już
355 rzeczy podstawowe, już bibliotekarze- tu trzeba teraz po prostu patrzeć żeby ta
356 biblioteka stała się takim ważnym punktem dostępu dla użytkowników, a
357 przecież z każdym rokiem wchodzi coraz nowa generacja użytkowników, trzeba,
358 że tak powiem, śledzić te zmiany, badać potrzeby użytkowników, tak właściwie
359 kiedyś się bardzo mówiło – trzeba badać potrzeby, ankietyzować, robić i tak

360 dalej. Wydaje mi się, że to jest w dalszym ciągu takie bardzo ważne i wydaje mi
361 się, że to powinno być właśnie taką no podstawą, ale może nie jakiejś takiej
362 wielkiej legislacji tylko no właśnie takiego standardu w pracy bibliotecznej.

363 **I: Jakie sprawy powinny być pana poglądem uregulowane w ustawie a jakie**
364 **w aktach wykonawczych do niej?**

365 E5: No znaczy w ustawie wydaje mi się, że powinny być uregulowane no takie
366 generalia. Co to są biblioteki? Że służą one lokalnej społeczności, że gromadzą
367 tego i tego typu zbiory, że świadczą takie, takie i takie usługi, że są poszczególne
368 rodzaje tych bibliotek. To jest ważne, że one właśnie tworzą taką sieć
369 ogólnopolską współpracy no i sprawy zawodu bibliotekarza. A wszystkie inne
370 takie pochodne wynikające z tego jak opracowywać, jak to udostępniać, jak- to
371 powinny być po prostu w aktach niższego rzędu, które można częściej po prostu
372 też zmieniać patrząc na otaczającą rzeczywistość.

373 **I: Do następnego kompleksu tematycznego, chodzi mi o realizację ustaw o**
374 **bibliotekach do roku 1999, wtedy była reforma administracyjna. W jakim**
375 **stopniu kształtowały ustawy o bibliotekach bibliotekarstwo do roku 1999?**

376 E5: No znaczy powiem pani tak ono, te ustawodawstwo z tamtych czasów, ono
377 dało takie trwałe takie fundamenty dla bibliotek. Dało trwałe takie fundamenty
378 dla bibliotek, bo co by nie powiedzieć tamte zapisy w każdej gminie, biblioteka,
379 co trzeba zapewnić tej bibliotece, one utworzyły tą sieć bibliotek. Przecież do
380 tego roku, o którym pani mówi to było w Polsce ponad chyba 11 tysięcy bibliotek
381 publicznych, jeżeli patrząc na to, to one jakby tą rzeczywistość pozwoliły
382 utworzyć, ale równocześnie niczego nie zapewniły, żeby nastąpił rozwój tych
383 bibliotek taki właśnie w sensie architektonicznym, w sensie rozwoju usług, bo
384 jakby cała para szła w utrzymanie stanu, w utrzymaniu stanu, nie? W utrzymanie
385 stanu, że były filie po 50 metrów i to się wszystko jakby utrzymywało i z takim
386 bagażem to wszystko zostało przekazane tym samorządom, nie? A samorzady po
387 pierwsze niemające nawet wiedzy i tak dalej w tym względzie no raczej patrzyły
388 na te biblioteki jak taki, wie pani, dopust boży, który na nie spadł, a równocześnie
389 dyrektorzy tych bibliotek też byli przyzwyczajeni do pewnego status quo, nie?
390 Czy tak, czy tak to jakoś tam, że tak powiem, funkcjonuje, a tu zaczęła się gra z
391 innym partnerem i bardzo wiele lat upłynęło, zanim, po pierwsze biblioteki
392 nauczyły się egzekwować z tego prawa to co tam było przypisane tym

393 organizatorom, jedne robiły uniki, drugie się bały, inne w tym czasie próbowano
394 likwidować to były protesty i takie inne rzeczy, że wydaje mi się, że ten moment
395 przejścia był bardzo ważnym momentem. Pamiętam przecież Stowarzyszenie
396 Bibliotekarzy wtedy robiło różnego rodzaju konferencje, przygotowywało dla
397 dyrektorów różnego rodzaju wskazówki, wzorcowe regulaminy, statuty, żeby oni
398 się w tej nowej rzeczywistości odnaleźli, bo to teraz bezpośrednia relacja
399 dyrektor, mój organizator zależał byt i rozwój tej biblioteki i bardzo sporo czasu
400 upłynęło zanim dyrektorzy nauczyli się jakby z tych zapisów ustaw wyciągać to
401 co jest dla nich taką, no nie wiem, ostoją i o co muszą walczyć, prosić o
402 egzekwowanie tego wszystkiego i dopiero myśleć o rozwoju bibliotek. A
403 równocześnie też byli przyzwyczajeni no, że państwo daje, nie? Państwo daje.
404 Państwo daje i to właściwie ten proces, możemy powiedzieć, od tego '90 roku on
405 się jeszcze w wielu bibliotekach toczy do dnia dzisiejszego, tak, bo tam no teraz
406 samorządy, jak dostały tą możliwość po wprowadzeniu tego zapisu do ustawy o
407 bibliotekach, że można łączyć po zasięgnięciu opinii i tak dalej to one poczuły
408 teraz sobie wiatr w żaglach i tam, gdzie ten dyrektor biblioteki właśnie tak nawet
409 dobrze pracował no, ale starał się omijać wójta i radę szerokim łukiem,
410 realizować tą działalność biblioteczną tam oni przegrywają albo się uczą szybko-
411 tu potrzebne jest ogromne wsparcie biblioteki powiatowej, biblioteki
412 wojewódzkiej i takie uczenie kompetencji miękkich bibliotekarzy, żeby potrafili
413 no chwalić się tą biblioteką, mówić, że jest niezbędna, występować do wójta o
414 wkłady, bo uczestniczę w tym grancie.

415 **I: W jakim stopniu były przydatne ustawy dla bibliotekarstwa do roku**
416 **1999?**

417 E5: To znaczy to tak jakby wiąże się z tym poprzednim pytaniem, bo one te
418 ustawy nadały takie możliwości istnienia tym bibliotekom i takiej działalności,
419 zresztą bardzo było wtedy wiele aktywnych bibliotek i powiem pani, że bardzo
420 wiele tych bibliotek aktywnych, które już wtedy wiedziały, że pracują na rzecz
421 środowiska lokalnego ja tej władzy lokalnej nie mogę, że tak powiem, ignorować,
422 pomijać, mimo, że ja podlegam Ministrowi Kultury, nie? Ale i powiem pani, że
423 bardzo wiele z tych bardzo dobrych bibliotek, co patrzyły na zapisy ustawy
424 występowały, zapraszały radę na wszystkie swoje wydarzenia, które robiły, one
425 też bardzo dobrze wylądowały, że tak powiem, w tej nowej rzeczywistości, one

426 szybko się zaczęły tego nowego otoczenia i funkcjonowania bibliotek nauczyć,
427 tak że myślę, że bez tych ustaw nie mielibyśmy chyba po pierwsze tej sieci, tej
428 współpracy, no przecież chociażby wypożyczenia między biblioteczne były przed
429 tym '90 rokiem takim bardzo ważnym elementem współpracy bibliotek, że to
430 wszystko no zapewniło tą sieć, którą- no jest to duża sieć trzeba powiedzieć, nie?
431 Jest to duża sieć. No w takiej średniej wielkości kraju europejskim no mamy
432 ponad tysiąc bibliotek akademickich, mamy 300 bibliotek pedagogicznych, nie?
433 Szkolnych tam 17 chyba tysięcy, nie? Bo to w każdej szkole powinna być
434 biblioteka szkolna, nie? Czyli jest to taka no duża sieć jak na to wszystko
435 popatrzymy i to- te myślę zapisy, bo myślę, że bez tych zapisów to wiele tych
436 bytów to by albo nie powstało albo nie przetrwało. By zawsze się znalazły- tym
437 bardziej, że przecież były ciężkie lata finansowe, kryzysowe, mówię, właściwie
438 w każdym dziesięcioleciu czy w latach 50-tych czy 60-tych małej stabilizacji czy
439 w latach no 70-tych, kiedy się bardziej stawiało na informację naukową, na
440 biblioteki się trochę uważało za taki no przeżytek, nie? Że to są jakieś instytucje-
441 no takie było myślenie w Polsce, nie? Że to są takie instytucje no, które- tym
442 bardziej, że wtedy biblioteki- był nawet taki jeden program w latach 80-tych, to
443 się wtedy nazywało – Resortowe programy badawczo-rozwojowe, które
444 umożliwiały no prowadzenie prac naukowo-badawczych w zakresie informacji,
445 bibliotekarstwa, tam też aplikujące biblioteki mogły otrzymywać
446 mikrokomputery, bo to wtedy były mikrokomputery to powiem pani, że jedyna
447 tam biblioteka, która w tym uczestniczyła to była biblioteka Politechniki
448 Wrocławskiej. Nawet Biblioteka Narodowa-

449 **I: Tak?**

450 E5: No, tak był. Tak było, że właśnie no- jeszcze była taka no obawa – no mamy
451 swój budżet w tych bibliotekach, mamy jakąś stabilizację, mamy czytelników no,
452 bo wtedy nie było internetu, nie było niczego, czyli te biblioteki, ta encyklopedia
453 w bibliotece i te różne działy informacyjno-bibliograficzne to miały, że tak
454 powiem, powodzenie wtedy no to czemu mamy się martwić, patrzeć na jakieś
455 tam, że tak powiem, rozwój, nie?

456 **I: Jakie zrealizowane treści ustaw o bibliotekach zapatruje pan krytycznie?**

457 E5: Zrealizowane? To znaczy wie pani no taką ja wiem- nie mam, nie mam
458 właściwie taki krytycznych, no wie pani z perspektywy czasu uważa się za

459 krytyczny ten zapis, który jest w ustawie o egzemplarzach obowiązkowych, nie?
460 No, że te 17 bibliotek, że to takie rozbuchane, ale w momencie jak się patrzyło
461 jak to wchodziło w '96 roku i ten- to rozporządzenie tam w pół roku później, nie?
462 To się patrzyło na jakby inną taką no rzeczywistość, nie? Patrzyło się, że- poza
463 tym już się zaczął zmieniać rynek wydawniczy, ale to nie jest to co, że tak
464 powiem, potem nastąpiło, nie? Że mamy 25 tysięcy, nie wiem, czy tam ileś
465 wydawców, firm wydawniczych no, bo pani może być wydawcą, ja mogę być
466 wydawcą, w ogóle każdy może być wydawcą, dostać numer ISBN-u i wchodzić
467 w środowisko wydawców, nie? Czyli to może, ale też- bo z jednej strony ta
468 ustawa o egzemplarzach obowiązkowych no trochę też no jakby uspiła biblioteki.
469 No mam egzemplarz obowiązkowy no i on mi jakby tak kształtuje tą politykę
470 gromadzenia, nie? Czy mi to jest potrzebne czy nie. Niektóre biblioteki jak coś
471 im nie było potrzebne, przekazywały innej bibliotece, nie? Bo była ta współpraca
472 i ona w dalszym ciągu jest, bo ta ustawa obowiązuje no, ale wydaje mi się, że
473 jakby ten egzemplarz obowiązkowy był takim właśnie egzemplarzem patrzącym
474 – Biblioteka Narodowa, Jagiellońska, ta biblioteka, która regionalną bibliografię i
475 ona dostaje obowiązkowo te regionalia, może to by było po prostu inaczej, poza
476 tym to też wynikały kwestie finansowe, o których tam wcześniej też mówiliśmy,
477 nie? Biblioteki nigdy nie miały sytuacji bajecznej finansowo no to, jeżeli – o
478 dostaję egzemplarz obowiązkowy no to już to jest nie moje tam 300 tysięcy na
479 zakup zbiorów rocznie, już mam za darmo, nie? Już mam za darmo, mogę sobie
480 tylko tam dokupić i to też tak trochę no uspiło. A z drugiej strony wiele bibliotek
481 na tym oparło swoją politykę gromadzenia no i teraz jak się to ma zmieniać do
482 tych 5 egzemplarzy to jest larum, nie? To jest larum no. Tak że wydaje mi się, że
483 chyba ten taki aspekt, bo wydaje mi się, że inne rzeczy- o sieci to uważam za
484 pozytywne a nie za negatywne. Raczej wydaje mi się, że biblioteki to jest to jest
485 współdziałanie w sieci jednak.

486 **I: Tak?**

487 E5: Tak.

488 **I: W jakim stopniu stanowiły ustawy o bibliotekach czy stanowi ustawa o**
489 **bibliotekach warunek na dobre funkcjonowanie bibliotekarstwa?**

490 E5: No znaczy no nie wiem może już w następnym pokoleniu bibliotekarze,
491 którzy będą pracować stwierdzą, że można tak to wszystko realizować, że

492 niepotrzebna ustawa o bibliotekach. No przyznam się, że no, że ja na dzień
493 dzisiejszy może z tym bagażem 40 lat pracy no nie wyobrażam sobie, że tak
494 powiem, takiej rzeczywistości bibliotekarskiej w Polsce bez ustawy, nie? Bez
495 ustawy, nie? Która- i do pewnych rzeczy się, że tak powiem, odwołujemy, bo na
496 przykład teraz przygotowaliśmy regulamin do tego programu – Zakup
497 nowości wydawniczych, (...) – a dopiszmy to, że z programu tego mogą
498 uczestniczyć biblioteki publiczne zgodnie z ustawą o bibliotekach żeby już nie
499 było wątpliwości, że to jeszcze ktoś inny może tam być beneficjentem tego
500 programu. Czyli to jest takie no taki, mówię, katechizm dla bibliotekarzy, dlatego
501 no nie podjąłbym takiego rozważenia, że polskie bibliotekarstwo bez
502 ustawodawstwa.

503 **I: Jakie czynniki były czy są ważniejsze dla rozwoju bibliotekarstwa niż**
504 **ustawy o bibliotekach?**

505 E5: To znaczy ja myślę, że przede wszystkim to jest finansowanie, postrzeganie
506 bibliotek w środowisku takim lokalnym, ale w ogóle też no i myślę ludzie tam
507 pracujący. Ludzie pracujący, którzy- dzięki którym biblioteki mogą być lepiej
508 postrzegane, wiesz? Że- to jest może truizm, bo właściwie o każdej instytucji, o
509 jej obrazie zewnętrznym no tak jak widzimy – o banku decydują, jak to się mówi,
510 marmurowe schody, ale też wejście tam, kontakt pierwszy no i to co możesz tam
511 otrzymać, nie? I wydaje mi się, że biblioteki, jako te instytucje użyteczności
512 właśnie też publicznej no one też muszą mieć wygląd zewnętrzny i stąd ta
513 infrastruktura, modernizowanie bibliotek, nacisk na edukację bibliotekarzy
514 właśnie, też kształcenie tych bibliotekarzy, którzy są na pierwszej linii frontu na
515 pokazywanie marki tej instytucji, bo oni świadczą o tej marce instytucji, potem
516 ten czytelnik, użytkownik idzie tam dalej i cały czas z każdą osobą, z którą się
517 spotka w tej bibliotece, w wypożyczalni, w szatni, w bufecie, przy komputerze to
518 on przenosi obraz tej instytucji a żeby to często zrealizować to potrzebne jednak
519 jest finansowanie, bo przecież w edukacji bibliotekarzy część osób może
520 inwestować w siebie, samemu, nie? Ale część też inwestują instytucje, jeżeli
521 widzą jakiś potencjał w osobach, nie? I wydaje mi się, że to są takie po prostu no
522 czynniki. Zlokalizowanie bibliotek w takich miejscach, gdzie właśnie jest dużo
523 ludzi, stąd teraz na przykład te biblioteki czy na dworcach kolejowych powstają
524 czy w centrach handlowych, gdzie po prostu, jak to mówię- mieliśmy tu takie

525 hasło kiedyś Tygodnia Bibliotek, zaraz powiem pani o tym Tygodniu –
526 Biblioteka zawsze po drodze, mijam, wchodzę. To jest taka akcja, którą
527 Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich realizuje do 2004 roku, jest to taki
528 Tydzień Bibliotek od 8 do 15 maja, gdzie biblioteki no wychodzą jeszcze
529 bardziej z ofertą do czytelników, do mieszkańców. Co roku organizujemy- mamy
530 hasło – Biblioteka, na przykład, ciągle w grze. To było w 2012, bo wtedy było też
531 Euro w Polsce, nie? To też takie od razu- no ogłaszamy konkurs na plakat, hasło
532 no i takie o właśnie wszystkie te hasła to – Biblioteka miejscem spotkań, Nie
533 wiesz zapytaj w bibliotece. No w ogóle wszystko to jest to, czym takie Hasło
534 „Czytanie łączy pokolenia”, bo było związane, że Biblioteka jest przestrzenią dla
535 kreatywnych, że możesz tam się zrealizować no i to jest, to jest właśnie- to jest
536 właściwie to.

537 **I: Ostatnie pytanie. Trochę futurystyczne. Jak kształtowałoby się polskie**
538 **bibliotekarstwo bez ustaw o bibliotekach?**

539 E5: No znaczy jak mówiłem pani wcześniej, pani Urszulo, wydaje mi się, że taka
540 rzeczywistość na pewno przyjdzie, bo no znaczy ja już może i nie doczekam tej
541 rzeczywistości, ale patrzę na- teraz na najmłodsze pokolenie, które już tam od
542 dziecka już szuka, wyszukuje, ale równocześnie jest też kształtowane w szacunku
543 do książki, w czytaniu normalnej też książki to myślę, że normalne biblioteki ze
544 stojącymi zbiorami na półkach na pewno będą istniały, bo wydaje mi się, że to
545 jest chyba w każdym pokoleniu coraz bardziej technologicznym, które
546 przychodzi w tą rzeczywistość jest ciągle chyba tęsknota, pragnienie, realizacja
547 no czegoś takiego no nie wiem dotykającego, namierzanego. Wydaje mi się, że ta
548 technologiczna warstwa, która tak pędzi coraz szybciej no, że ona musi zmierzyć
549 do jakiegoś tam punktu a praktycznie te technologie różne przechodziliśmy, nie?
550 Technologia, możemy powiedzieć, tabliczki, na której się pisało, tabliczek
551 glinianych i wszystkiego, wszystkiego, wynalezienie druku, rękopisy,
552 maszynopisy wszyscy pamiętamy teraz wydruki komputerowe, różne postacie
553 dyskietek, duże, małe i tak dalej. Wydaje mi się, że takiego zrębu takiej instytucji
554 jak biblioteka no zawsze jakieś takie minimum ustawodawcze będzie musiało
555 być. Ono może nie być już tak rozbudowane, bo będzie się inaczej może
556 opracowywało te zbiory, ale ja stawiam na to, że to ustawodawstwo biblioteczne
557 przetrwa, (śmiech). Może nierozbudowane, ale, że tak powiem, to jest dyscyplina

558 taka, która wymaga standardów, wymaga pewnych norm. Czy one są
559 obowiązkowe, czy one są dobrowolne to tutaj pewien porządek musi być. Czy to
560 jest opracowywanie deskryptorowe czy to jest opracowywanie złożone czy to jest
561 Mark 21 czy Uni Mark czy coś zawsze to było, że tak powiem, wymagające
562 pewnych kodyfikowań, nie? Tak że wydaje mi się, że to tak chyba będzie.

563 **I:Dziękuję bardzo za udzielenie wywiadu.**

564 E5: Proszę bardzo.

11.3 Codierleitfaden

Oberkategorie	Unterkategorie	Beispiele
Bibliotheksrechts- verständnis	Definition: In der Oberkategorie <i>Bibliotheksrechtsverständnis</i> werden alle Aussagen zusammengefasst, die den Begriff „Bibliotheksrecht“ definieren. Enthalten sind Äußerungen, die ihn als ein von Zarzębski gebildetes und definiertes Kunstwort bezeichnen oder als einen Komplex von bibliotheksrechtlichen Vorschriften verstehen. Ferner werden alle Aussagen, die eine Zuordnung des Begriffs in ein Wissenschaftsgebiet erörtern, dargestellt.	
	Kunstwort	<p>„... ojcem polskiego prawa bibliotecznego jest Tadeusz Zarzębski ...” (Anhang E1, Z. 57-58).</p> <p>„... nie może się zmienić z tego powodu, że to [prawo biblioteczne] nie jest nazwa formalna. A nazwy nieformalne zależą od punktu widzenia ich twórców, ponieważ nikt w zasadzie nie podważył tego, co Zarzębski zaproponował to ta nazwa dalej funkcjonuje” (Anhang E1, Z. 36-39).</p> <p>„... pan Zarzębski ... on się najbardziej na tym zna ...” (Anhang E3, Z. 21-22).</p> <p>„... z tą definicją polemizuje profesor Gwiżdż ... i on kwestionuje tą definicję Zarzębskiego ... Gwiżdżowi chodzi o to, że nie ma gałęzi prawa – prawo biblioteczne ... więc to jest takie potoczne określenie ... dobrze je stosować, ono może być ... [prawo biblioteczne] zawiera cały</p>

		szereg norm prawnych, które regulują prace bibliotek” (Anhang E3, Z. 31-52).
	Komplex	<p>„... mamy ustawę biblioteczną, mamy wiele rozporządzeń ... ustawę o egzemplarzu obowiązkowym ... Mamy w poszczególnych ministerstwach różne akty prawne albo ustawy, albo rozporządzenia, które mówią o typie tychże bibliotek w obrębie danego resortu. Mamy również w ustawie samorządowej ... zapisy dotyczące bibliotek i choć nie są one bezpośrednio ustawodawstwem bibliotecznym, ale mają bardzo ważny wpływ na to, jak biblioteki funkcjonują ... mamy ustawę o szkolnictwie wyższym i tam jest jeden rozdział poświęcony, malutki co prawda, ale jest poświęcony bibliotekom szkół wyższych no i my się tego musimy trzymać. Tak że dla mnie to wszystko razem, ten kompleks to jest [prawo biblioteczne]” (Anhang E4, Z. 23-43).</p> <p>„... prawo biblioteczne ... to są przede wszystkim ustawy o bibliotekach, ustawa o bibliotekach i rozporządzenia, które w tych ustawach są przewidziane i wydawane przez szefów odpowiednich resortów. To jest prawo biblioteczne, ale jest kwestia też tych różnego rodzaju innych aktów prawnych, które tworzą takie pojęcie no chyba szerokiego prawa bibliotecznego – to są te regulacje prawne, które dotyczą różnych elementów funkcjonowania bibliotek w kraju. No powiedzmy sobie no jakieś przepisy dotyczące no delegacji służbowych wydawanych- one dotyczą bibliotek także no, ale to nie jest prawo biblioteczne. To mam na myśli, że jest po prostu cały szereg różnego rodzaju regulacji, które nie mogą być traktowane, jako elementy prawa bibliotecznego, chociaż niektóre z nich rzeczywiście decydująco wpływają na rozwiązywanie</p>

		<p>różnego rodzaju problemów, które stoją przed bibliotekami” (Anhang E2, Z. 103-115).</p> <p>„... pod pojęciem polskie prawo biblioteczne rozumiem polskie prawo biblioteczne w aspekcie historycznym, czyli jak ono przebiegało przez te wszystkie dziesięciolecia, rozumiem też je w sensie wszystkich aktów prawnych, które się przez ten czas ukazały, poczynając od najważniejszych, bo jest Konstytucja, która mówi o kulturze, tam poprzez ustawy, rozporządzenia, nawet okólniki, różnego rodzaju dyrektywy, które były w różnych latach, które obowiązywały przez te lata i wpływały na kondycję polskiego bibliotekarstwa. I takie jakby trzecie dla mnie rozumienie to jest to prawo biblioteczne, którym żyjemy teraz, tu, to co nas teraz obowiązuje to, co lada dzień może być zmienione, jak ustawa o obowiązkowych egzemplarzach bibliotecznych, już jest tam w projekcie zmian. To co ... wchodzi do praktyki życia bibliotecznego codziennie” (Anhang E5, Z. 17-28).</p>
	Zuordnung in ein Wissenschaftsgebiet	<p>„... nie ma gałęzi prawa – prawo biblioteczne” (Anhang E3, Z. 34).</p> <p>„To [prawo biblioteczne] jest bardziej gałąź bibliotekoznawstwa niż prawa ...“ (Anhang E3, Z. 43).</p> <p>„... polskie prawo biblioteczne powstało w ten sposób, że z tych wszystkich gałęzi prawa powyciągaliśmy do jakby innego kodeksu wszystko to, co dotyczy prawa bibliotecznego” (Anhang E1, Z. 44-46).</p>

Bibliotheksgesetz- verständnis	Definition: Die Kategorie <i>Bibliotheksgesetzverständnis</i> umfasst einerseits alle Aussagen, welche die Bibliotheksgesetze benennen. Darin sind Aussagen inkludiert, welche die drei Bibliotheksgesetze des polnischen Bibliothekswesens konkret aufzählen und solche, die dieses Verständnis verändern. Andererseits bündelt sie in einer weiteren Unterkategorie Äußerungen über die Gesetze des polnischen Bibliothekswesens.	
	Drei Bibliotheks- gesetze	<p>„... tu odpowiedź jest prosta – dekret z `46 roku, ustawa z `68 roku i ustawa z `97 roku i kończy się” (Anhang E1, Z. 65-66).</p> <p>„No generalnie trzy ustawy ...” (Anhang E3, Z. 57).</p> <p>„Dekret o bibliotekach, ustawy o bibliotekach ...” (Anhang E2, Z. 165).</p> <p>„Jest jedna konkretna ustawa o bibliotekach ... Z `97 roku, modyfikowana kilka razy, ale w niewielkim bardzo zakresie ...” (Anhang E4, Z. 45-47).</p> <p>„Myślę, że ta pierwsza ustawa z `46 roku ... Natomiast już w `68 roku mniej, a ta w `97 roku ...” (Anhang E4, Z. 53-56).</p> <p>„... te formalne z punktu widzenia prawa ustawy, od dekretu z `46, poprzez `68 i `97 ...” (Anhang E5, Z. 33-34).</p>
	Weitere Bibliotheks-	„... ustawa o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej. To bym też zaliczył do

	gesetze	<p>ustaw, dlatego, że ona reguluje wiele spraw związanych z organizacją samych bibliotek. Ale to jest niejako wyrwa w tej pierwotnej koncepcji ustawy i bibliotekach ...” (Anhang E2, Z. 165-169).</p> <p>„... rozumiem te wszystkie ustawy- znaczy też w dwóch jakby rodzajach. Te wszystkie projekty ustaw, które byłyby opracowywane i które są ... dziedzictwem bibliotekarstwa polskiego, a równocześnie te formalne z punktu widzenia prawa ustawy, od dekretu z `46, poprzez `68 i `97, ale też te nasze projekty, nasz ostatni projekt po prostu z `13 roku” (Anhang E5, Z. 30-55).</p>
	Gesetze des Bibliothekswesens	„Polskie bibliotekarstwo ma dwie ustawy – o egzemplarzu obowiązkowym i ustawę o bibliotekach” (Anhang E3, Z. 63-65).
Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht	Definition: Die übergeordnete Kategorie <i>Rolle der Bibliotheksgesetze im Bibliotheksrecht</i> beinhaltet alle Aussagen, die den Rang der Bibliotheksgesetze aufzeigen. Darunter fallen sowohl Erläuterungen zum Rang der Gesetze in der polnischen Rechtsordnung als auch zum Rang im Bibliotheksrecht. Zudem umfasst sie Ausführungen zum <i>Dialog der Rechtsquellen</i> des Bibliotheksrechts, also zum Verhältnis zwischen Bibliotheksgesetzen und sonstigen bibliothekarischen Rechtsvorschriften.	
	Rang in der Rechtsordnung	<p>„Nie ma aktu normatywnego ponad ustawą, no poza Konstytucją” (Anhang E1, Z. 71-72).</p> <p>„... ustawa to jest akt najwyższej rangi ... nad tym jest Konstytucja” (Anhang E3, Z. 63).</p>

	Rang im Bibliotheksrecht	<p>„... to jest ta Konstytucja pod względem bibliotekarstwa ...” (Anhang E3, Z. 110-111).</p> <p>„... pierwszoplanowa pozycja” (Anhang E2, Z. 182).</p> <p>„... istotne znaczenie” (Anhang E2, Z. 198).</p> <p>„... to jest podstawa” (Anhang E4, Z. 47).</p> <p>„... polskie ustawy o bibliotekach miały zawsze najwyższą rangę” (Anhang E5, Z. 38).</p>
	Dialog der Rechtsquellen	<p>„[Ustawy o bibliotekach] Miały duży wpływ ...” (Anhang E3, Z. 134).</p> <p>„... wydaje mi się, że te ustawy w tym czasie poczynając od dekretu do `79 roku te ustawy miały zasadnicze znaczenie dla organizacji i dla funkcjonowania bibliotek w Polsce w tym czasie” (Anhang E2, Z. 591-594).</p> <p>„... tym elementem prawa bibliotecznego to były rzeczywiście ustawy, potem zarządzenia ministrów z tym że te zarządzenia ministrów one miały- one regulowały sprawę we wszystkich resortach, jeśli dotyczyły jakiejś danej sprawy, bo w tej chwili jest coś innego. W tej chwili zarządzenie ministra może regulować tylko sprawy samego ministerstwa bądź też bezpośrednio związanych z nim, w taki czy inny sposób, instytucji” (Anhang E2, Z. 263-269).</p>

		<p>„A wtedy było zarządzenie, wtedy były jeszcze pisma okólne, które w zasadzie nie miały ... większego znaczenia, a często były ważniejsze ... dla zarządzania różnymi sprawami niż formalne akty prawne” (Anhang E2, Z. 269-272).</p> <p>„... dbaliśmy zawsze o to, żeby ktoś inny nie mógł nam tutaj nabroić. Ale ma pani rację, że takie problemy zaczęły w pewnym okresie wyrastać i to są konsekwencje uchwalenia w drugiej połowie lat 80-tych ustawy o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej” (Anhang E1, Z. 125-128).</p> <p>„... tutaj powstały takie sytuacje, że nie można mówić o niezgodności ustaw, ale w polskim prawie jest przyjęta taka zasada, że jest lex generalis i lex specialis i spór szedł w tym kierunku czy ustawa o bibliotekach jest lex generalis czy lex specialis, co było istotne” (Anhang E1, Z. 136-140).</p> <p>„... te ustawy [o bibliotekach] zawsze są w środowisku bibliotekarskim najważniejsze, ale równocześnie bibliotekarze w bibliotekach akademickich mają ustawę o szkolnictwie, to chciałem powiedzieć, pedagogiczni i szkolni mają ustawę oświatową, a biblioteki publiczne mają ustawę o prowadzeniu i organizowaniu działalności kulturalnej. I to są takie no ober ustawy w stosunku do bibliotekarstwa ...” (Anhang E5, Z. 51-56).</p> <p>„... to w zasadzie- formalnie pierwsze znaczenie ma ustawa o bibliotekach może, ale drugie</p>
--	--	---

		<p>znaczenie to ma ustawa o szkolnictwie wyższym a także ustawa o edukacji narodowej, ponieważ tam zostały wyrwane niejako z pierwotnego zamysłu ustawy o bibliotekach pewne elementy, które są regulowane odrębnie w tych ustawach i niezależnie w zasadzie od zapisów ustaw bibliotecznych, chociaż dba się o to żeby one nie były sprzeczne z ustawą o bibliotekach. A jest to możliwe dzięki temu, że te ustawy o bibliotekach są bardzo ogólne, ogólnie sformułowane, mają charakter w dużej mierze deklaracyjny i w związku z tym one nie ograniczają właśnie takich szczegółowych rozwiązań, a w każdym razie jest możliwe, że da się coś tam samemu wpisać” (Anhang E2, Z. 198-208).</p> <p>„Ale to jest niejako wyrwa w tej pierwotnej koncepcji ustawy i bibliotekach, wyrwa wynikająca z rywalizacji pewnego punktu widzenia władz ... to była taka stała rywalizacja bibliotek i domów kultury ...” (Anhang E2, Z. 168-172).</p> <p>„... biblioteki w Polsce były i są ... rządzone według- aktów prawnych właściwych dla jednostek, które je zakładają ... to znaczy konkretnie – uczelnie mają swoje biblioteki ... Przy czym uczelnie dla nich podstawowym aktem prawnym jest ustawa o szkolnictwie wyższym. To jest ich ustawa, a nie ustawa o bibliotekach, czasami w ogóle nie wiedzą, że ustawa o bibliotekach jest ... Potem jest ustawa o samorządzie terytorialnym i ona dużo rzeczy narzuca bibliotekom, tak że ustawa ta biblioteczna nie może pójść wbrew ... biblioteki są posegmentowane na różne resorty, a te resorty mają swoje akty prawne, które regulują ich życie. Tak że ustawa idzie trochę wstecz”</p>
--	--	---

		<p>(Anhang E3, Z. 119-128).</p> <p>„Jest ich bardzo wiele i powinny rzeczywiście ze sobą współpracować. Niestety ... każdy minister wymyśla swoje rzeczy, nie wszystkie te rozporządzenia ze sobą współgrają i posługują się tym samym słownictwem ...” (Anhang E4, Z. 95-98).</p> <p>„... tu są po prostu różne w różnych resortach uregulowania, ale ustawa nie mówi jakie powinny być. W związku z tym mogą być dowolne ... Każdy resort po swojemu wymyśla“ (Anhang E4, Z. 189-191).</p> <p>„... znaczy nasza Konstytucja tak przewiduje, że nie ma aktu normatywnego, który byłby wydany bez upoważnienia ustawowego i w związku z tym w tej ustawie, będziemy siedzieli w '97 roku ... W tej ustawie znajdzie pani masę upoważnień dla różnych organów państwa naczelnych do stanowienia rozporządzeń ...” (Anhang E1, Z. 157-161).</p>
Zweck der Bibliotheksgesetze	<p>Definition: In der Kategorie <i>Zweck der Bibliotheksgesetze</i> werden alle Aussagen zusammengefasst, die den Zweck der Bibliotheksgesetze erkennen lassen. Es werden alle Äußerungen zu den Interessen der gesellschaftlichen Gruppierungen und den Interessen des Staates dargestellt, die zur Schaffung der Bibliotheksgesetze führten. Ebenso werden alle Ausführungen zu den den Interessen zugrunde liegenden Umständen dargestellt und thematisiert. Schließlich werden Gründe, die in die Interessen Eingang finden und die Entstehung der Bibliotheksgesetze beeinflussten in einer Unterkategorie vereinigt.</p>	

	gesellschaftliche Interessen	<p>„... to były grona bibliotekarzy ... Tu ... była inicjatywa z tego środowiska wychodząca” (Anhang E5, Z. 137-154).</p> <p>„Za moich czasów (...) przede wszystkim Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich, aktyw biblioteczny, osoby zaangażowane w działalność biblioteczną” (Anhang E1, Z. 360-361).</p> <p>„... tych środowisk literackich- owszem, one patrzyły na to w sposób taki, co oni będą z tego mieć” (Anhang E2, Z. 297-298).</p> <p>„Nie, nie. ... jeżeli chodzi o literatów (...) na pewno jakiś wpływ na to był, ale na innej zasadzie. Myśmy, znaczy bibliotekarze (...) zapraszali literatów, którzy mieli wzięcie w rejonie, stwarzaliśmy koło osoby szum i potem mówiliśmy – my musimy kupić książki tego literata. Ale to nie to, że ten literat się starał o nas- dla nas o pieniądze to myśmy stwarzali aurę, że ten literat jest tak poczytny, dorabiało się ogon psu ...” (Anhang E1, Z. 373-380).</p> <p>„On wyrósł z troski ...” (Anhang E3, Z. 161).</p> <p>„... osobom, które inicjowały ten cały ruch, zależało na uporządkowaniu ... zależało na tym, ażeby uporządkować i uratować to wszystko, co można było uratować i po drugie stworzyć warunki dostępu do tych zbiorów” (Anhang E1, Z. 247-253).</p> <p>„I to wszystko było myślą właśnie tego dekretu, więc jednolita organizacja, jednolite</p>
--	------------------------------	---

		<p>zarządzanie, upowszechnienie czytelnictwa, zaprowadzenie w Polsce sieci bibliotek powszechnych, które będą siecią, autentyczną siecią” (Anhang E3, Z. 181-184).</p> <p>„... myśmy chcieli ... żeby biblioteki były otwarte, dostępne dla ludzi. Zapatrzeni byliśmy w systemy skandynawskie, bo tam to podobno najlepiej te biblioteki publiczne były rozwijane” (Anhang E1, Z. 270-273).</p> <p>„... nam, bibliotekarzom, nie tylko nam współczesnym, ale tym, którzy żyli w 20-leciu międzywojennym zależało na tym, żeby właśnie sprawy bibliotekarskie były regulowane przez przepisy najwyższej rangi w państwie” (Anhang E1, Z. 72-75).</p> <p>„... objęcie jednolitym zarządzaniem, jednolitą myślą i stworzenie jednolitej polityki bibliotecznej w Polsce” (Anhang E3, Z. 169-170).</p> <p>„... upowszechnienie bibliotekarstwa ...” (Anhang E3, Z. 173).</p> <p>„... to była próba uporządkowania, która była dość łatwa z tego powodu, że wszystkim na tym porządku zależało, bo biblioteki były zniszczone, rozproszone. Chodziło o to, żeby jak najlepiej wykorzystać te zasoby materialne biblioteczne, które są” (Anhang E1, Z. 87-90).</p> <p>„Myśmy cały czas walczyli o to, żeby sieć tworzyły wszystkie biblioteki” (Anhang E1, Z. 203-</p>
--	--	--

		<p>204).</p> <p>„... dyskutowano o potrzebnych zmianach, ale zawsze na początku to była sprawa jednego scentralizowanego systemu zarządzania bibliotekami w kraju ... zarządu, który by dysponował własnym budżetem ...” (Anhang E2, Z. 56-61).</p> <p>„... my chcieliśmy, żeby biblioteki w Polsce były traktowane od projektów, grantów, które realizują ...” (Anhang E5, Z. 44-45).</p> <p>„Rozwój bibliotek to był właściwie główny cel zawsze tworzenia tych ustaw” (Anhang E5, Z. 105-106).</p> <p>„... zobaczyli tą siłę, która tkwi w tym i widzieli różne tam niedomagania, potrzeby, też często patrzyli na dyscypliny, z których przychodzą, że pewne rzeczy można unormować, zaproponować ...” (Anhang E5, Z. 140-142).</p> <p>„... że bibliotekarze ... wierzyli w to, że biblioteki służą wzmocnieniu społeczeństwa polskiego, które jest podstawą państwowości i jego edukacja, jego rozwój, dostęp do informacji ... że to służy dobru państwa” (Anhang E5, Z. 101-105).</p> <p>„... bibliotekarze utożsamiali się z interesem państwa moim zdaniem. Tak, zawsze to byli ludzie ... zaangażowani, oddający się swojej pracy, jako służbie ... dla bardzo wielu służba i</p>
--	--	---

		<p>równocześnie państwo, biblioteki to było dla nich wspólne, znaczy takie wspólne w sensie, że mamy wspólny jakby cel przed sobą” (Anhang E5, Z. 108-113).</p> <p>„Środowisko niestety dba o swój własny interes ...” (Anhang E4, Z. 582).</p> <p>„Ale niestety nie jesteśmy jednolitym środowiskiem i nie chcemy tego samego” (Anhang E4, Z. 631-632).</p>
	Staatliche Interessen	<p>„... myśmy chcieli, żeby w interesie państwa był rozwój bibliotekarstwa, żeby biblioteki były otwarte, dostępne dla ludzi ... w interesie państwa był rozwój nauki” (Anhang E1, Z. 270-274).</p> <p>„... interes państwowy był tutaj stawiany na głównym ... miejscu ...” (Anhang E5, Z. 100-101).</p> <p>„... to była próba uporządkowania, która była dość łatwa z tego powodu, że wszystkim na tym porządku zależało, bo biblioteki były zniszczone, rozproszone. Chodziło o to, żeby jak najlepiej wykorzystać te zasoby materialne biblioteczne, które są” (Anhang E1, Z. 87-90).</p> <p>„... od początku było wiadomo, że bibliotekami publicznymi zarządzają w jakiś sposób te samorządy terytorialne, więc odpowiednie rozmieszczenie, żeby w każdym powiecie, w każdej gminie była co najmniej jedna bibliotek, prawda? To określało właśnie ten interes państwa, żeby pokazać jak to ma wyglądać” (Anhang E4, Z. 283-287).</p>

		<p>„... ideologia komunistyczna ... dostarczyć książkę masom ludowym, że masy ludowe trzeba kształcić, oczywiście tam w duchu stalinizmu ... popularyzacja nauki, oczywiście nauki komunistycznej” (Anhang E3, Z. 187-191).</p> <p>„... to była kwestia, założona na samym początku, wychowywania nowego człowieka społecznego, takiego pokornego, który będzie wszystko robił ... A to wychowywanie tego nowego człowieka musiało mieć miejsce ...” (Anhang E2, Z. 136-144).</p> <p>„... był dobry początek stworzony przez dekret, to uważano, że już inaczej być nie może, czyli że trzeba to kontynuować ...” (Anhang E1, Z. 385-387).</p> <p>„... też to wszystko jest realizowane z podatków, że wszystko to są środki publiczne, czyli myśląc o rozwoju bibliotek, o tych nakładach, które są łożone na te biblioteki w poszczególnych resortach, że to zawsze było brane pod uwagę, żeby te nakłady na finansowanie bibliotek się nie dublowały, żeby te zapisy w ustawie no chociażby temu naszemu zespołowi taki cel przyświecał ...” (Anhang E5, Z. 120-124).</p> <p>„... cała uwaga została skupiona na tym, ażeby nie zmieniać zasadniczych treści ustawy z '68 roku, ale tylko dostosować ją do tej nowej sytuacji. W związku z tym to były takie formalne dosyć zmiany, które właściwie zachowały ducha i sens dekretu, ducha i sens w sensie takim, że tam był przedstawiony pewien punkt widzenia całości, pewna wizja tego bibliotekarstwa, jako</p>
--	--	--

		<p>pewnego systemu, który formalnie został tam jakoś opisany, zapisany, ale który nigdy nie funkcjonował dobrze, niemniej jednak ta wizja scentralizowanego zarządzania w ogóle wszystkimi bibliotekami została w nim utrzymana, chociaż zdecydowanie osłabiona” (Anhang E2, Z. 44-52).</p> <p>„Narodowy Zasób Biblioteczny – też w interesie państwa było zadbanie o to, żeby taka konstrukcja powstała ...” (Anhang E4, Z. 295-297).</p>
	Umstände	<p>„... 1946 rok. Ustawa potrzebna. Dlaczego? Zbiory rozproszone, zniszczone, jak to mówią – bajzel, nieporządek, wszystko to trzeba w jakiś sposób uporządkować. I ta próba uporządkowania w tym dekrete z `46 roku wyraźnie się zaznaczyła” (Anhang E1, Z. 82-85).</p> <p>„Bibliotekarzy wielu zginęło. Na szczęście ten aktyw przetrwał powstanie i działał dalej” (Anhang E1, Z. 90-91).</p> <p>„... i ten dekret o bibliotekach, ten pierwszy, który właściwie był ustawą, jego robił ten człowiek, który przed wojną pracował przy ustawie o bibliotekach naukowych – Grycz. Więc wiedział, o co chodzi, ale też pamiętał, jaka była treść tej ustawy o bibliotekach powszechnych i on ją rozwinął w tym dekrete o bibliotekach, który był jego autorstwa ...” (Anhang E3, Z. 95-100).</p> <p>„... przed wojną i zaraz po wojnie wieś polska była analfabetyczna, była masą analfabetów. Po drugie, tych bibliotek tam albo nie było, albo nieliczne- więc trzeba było tę wieś polską i małe</p>

		<p>miasteczka otoczyć siecią bibliotek publicznych” (Anhang E3, Z. 174-177).</p> <p>„... proletariat, masy ludowe, był odsunięty od wiedzy wszechstronnej przez wiele lat przez kapitalistów a teraz my tą książkę pod strzechy ...” (Anhang E3, Z. 189-191).</p> <p>„... po wojnie w `46 roku, kiedy i kraj był zniszczony i odbudowa trwała i olbrzymi nacisk położono na to żeby wyjść z okresu analfabetyzmu, który jednak w wielu miejscach jeszcze był i tkwił i olbrzymie środki łożono wtedy na kształcenie, na edukację i trzeba było zapewnić ludziom dostęp do tych zbiorów ...” (Anhang E4, Z. 204-208).</p> <p>„... inteligencja ta przedwojenna została zniszczona i to przez Niemców i przez Rosjan i przez powstania, Powstanie Warszawskie, a potem jeszcze przez komunistów czy też wiele tysięcy zamordowano zaraz po wojnie tych, którzy nie bardzo się mogli pogodzić z nową sytuacją w kraju. I tych ludzi trzeba było wychować, ale dzięki temu ... że tamci ludzie zginęli, a brakowało tych ludzi, którzy by zastąpili w związku z tym po prostu” (Anhang E2, Z. 144-150).</p> <p>„... w tym czasie zaraz po wojnie, telewizji nie było, radia nie było, niczego specjalnego nie było, książek w zasadzie też nie było, w związku z tym książka pozostawała jednym jakimś takim narzędziem za pośrednictwem, którego można było dotrzeć do jak najszerszej liczby ludzi. Radio się zaczęło dopiero potem pojawiać no i ta książka to było główne narzędzie indoktrynacji i kreowania no tej nowej sytuacji” (Anhang E2, Z. 138-143).</p>
--	--	---

		<p>„... czyli sprawy bibliotekarskie wylądowały nie w nauce tylko w kulturze i do dzisiaj tam są ... To jest według mnie, nie tylko według mnie, część bibliotekarstwa, bo kultura nie obejmuje bibliotekarstwa naukowego na przykład ... Nie potrafi, nie interesuje. Kulturę interesuje Biblioteka Narodowa, która ... jest bezpośrednio podległa ministerstwu i publiczne. W tej chwili już nie wszystkie ... Tak że władztwo Ministerstwa Kultury nad polskim bibliotekarstwem jest skromne, a ustawy to petryfikują ... To znaczy utwierdzają. Ministerstwo samo je uchwała, uchwała sejm, prawda, ale projekt wychodzi z Ministerstwa Kultury, samo je projektuje, sejm uchwała i ministerstwo ciągle tymi bibliotekami rządzi a nie wie o co chodzi” (Anhang E3, Z. 202-215).</p> <p>„... zmieniająca się sytuacja w tych bibliotekach, powstające nowe rodzaje bibliotek, powstające- no chociażby ogromny wpływ w tych czasach no tam lat 60-tych to była sprawa, że wchodziła informacja naukowa ...” (Anhang E5, Z. 157-160).</p> <p>„... że otoczenie, w którym funkcjonują biblioteki, oczekiwania użytkowników to zawsze się przekładało na zapisy w ustawach” (Anhang E5, Z. 165-166).</p> <p>„... były biblioteki instytucji, które są otwarte i biblioteki prywatne w tym rozumieniu, że należały do fundacji, do osób prywatnych, bo no na przykład Biblioteka Kórnicka, obecnie PAN-owska no była przecież fundacyjną biblioteką, fundacja była- i chodziło o uporządkowanie tego systemu. Potem mamy ustawę z `68 roku, która po prostu porządkuje te rzeczy ...” (Anhang E1,</p>
--	--	---

		<p>Z. 258-262).</p> <p>„... dziwne szczęście, że zawsze bibliotekarze korzystali z bałaganu w państwie. Przepraszam. Jak się politycy zaczęli zajmować jakimiś innymi sprawami, to wychodziły wtedy najlepsze ustawy ...” (Anhang E1, Z. 79-81).</p> <p>„... zmienia się ustrój w Polsce po `89 roku i potrzebna JEST nowa ustawa” (Anhang E1, Z.104-105).</p> <p>„... ta ustawa z `68 roku całkiem nie pasowała do sytuacji, jaka się wytworzyła w kraju a głównie chyba, nie tylko ze względów tam powiedzmy sobie ideologicznych, ale ze względu na zmiany ustrojowe związane z wprowadzeniem samorządów w Polsce. To z jednej strony. Z drugiej strony z rozpadem tego systemu scentralizowanego państwa no i koniecznością dostosowania tej starej ustawy do tych nowych warunków” (Anhang E2, Z. 14-19).</p> <p>„... przychodzi rok 1968, bibliotekarze wykorzystują to, że państwo znowu jest zajęte czymś innym, zajmują się buntami studenckimi, wie pani, najróżniejszym, no to my wtedy z naszą ustawą ... – dbając, tylko żeby była Polska Ludowa i pewne ideologiczne frazy, który nie miały większego- prawnego nie miały żadnego znaczenia. Udało nam się to, moim zdaniem bardzo dobrą ustawę, przeforsować” (Anhang E1, Z. 97-103).</p>
--	--	--

		<p>„... podstawowa okoliczność, że jak był dobry początek stworzony przez dekret, to uważano, że już inaczej być nie może, czyli że trzeba to kontynuować ...” (Anhang E1, Z. 385-387).</p>
	Gründe	<p>„... te przyczyny też mają oczywiście i zarówno korzenie historyczne, jak i korzenie doświadczenia ludzi, którzy pracują w tym zawodzie, którzy widzieli różne niedociągnięcia, ale też widzieli takie możliwości, że ustawa pewnym rzeczom nada pewien standard, skodyfikuje, pokaże rangę tej instytucji, że to zapewni tamto i że to przyczyni się do rozwoju bibliotek ...” (Anhang E5, Z. 80-84).</p> <p>„On wyrósł z troski ...” (Anhang E3, Z. 161).</p> <p>„... że to jest taki pewien cały ciąg właśnie zaczynający się po uzyskaniu niepodległości przez Polskę po I Wojnie Światowej ...” (Anhang E2, Z. 224-225).</p> <p>„... w czasie wojny w podziemiu te idee, które wtedy na tamtych drożdżach, że tak powiem, wyrosły, te idee no zostały jakoś przekształcone w podziemiu przez środowisko bibliotekarskie to, które tam chroniło te zbiory, usiłowało chronić od zagłady te zbiory z Gryczem na czele, przygotowywało propozycję jak to urządzić, jeśli chodzi o biblioteki, po zakończeniu II Wojny Światowej” (Anhang E2, Z. 235-240).</p> <p>„... bibliotekarze mieli sporo do powiedzenia, ale to się wiązało przede wszystkim też z pewną</p>

		<p>otwartością tych kręgów partyjnych na sprawy bibliotek, ponieważ te biblioteki były na pewno częścią całego systemu, jaki wtedy budowano i nie tylko u nas, ale w Rosji i gdzie indziej i te wzory, te rozwiązania, które tam stosowano tu były po prostu tutaj też stosowane i to wszystko się opierało właśnie na centralizacji a żeby była możliwa centralizacja musiały być rozbudowywane pewne elementy, które regulowały funkcjonowanie tego systemu” (Anhang E2, Z. 304-311).</p> <p>„... jego sens i wizja korzyści, które ten rozwój tych bibliotek może dać nowemu systemowi, nowemu ustrojowi, nowym władzom komunistycznym no to zostało to dosyć szybko zaakceptowane, uchwalone no i w postaci dekretu ...” (Anhang E2, Z. 242-245).</p> <p>„W tych latach ... bardzo żeśmy starali się o to, żeby to nasz głos był wysłuchiwany. To było z jednej strony bardzo trudne, bo były to nie najciekawsze czasy, z drugiej strony było to o tyle łatwe, że w tamtych czasach się mówiło o tak zwanym froncie ideologicznym i na ideologię pieniądze musiały być, a biblioteki się trochę w tej ideologii mieściły, więc było łatwo ...” (Anhang E1, Z. 361-366).</p> <p>„... kultura to jest element ideologii ... Jak to mówili, przepraszam, bo pani marksizmu się nie uczyła, a ja musiałem, jest baza i nadbudowa ... Bazą jest ustrój a żeby ustrój funkcjonował, musi być nadbudowa i my byliśmy elementem nadbudowy” (Anhang E1, Z. 368-371).</p>
--	--	--

		<p>„... przez te lata jak żyłem w PRL-u też władza zawsze lepiej wiedziała i takie bzdury stale wychodziły i tylko wtedy, kiedy się władza wyłączała to nam coś dobrego wychodziło. Na szczęście ... władza w tamtym czasie się tym czy tamtym zajmowała, myśmy się bardzo cieszyli, że ona się czymś innym zajęła, bo przestała się wtrącać w nasze sprawy” (Anhang E1, Z. 149-154).</p> <p>„... władza w poszczególnych okresach, kiedy się wtrącała w nasze sprawy, miała inne zdanie w wielu sprawach i no trzeba się było dotrzeć. Z tym że, tak jak mówiłem, nam się udawało dotrzeć w tamtych czasach, bo wykorzystywaliśmy słabości intelektualne i ideologiczne władzy, co niestety nie udaje nam się teraz ...” (Anhang E1, Z. 401-405).</p> <p>„I tu jest nieszczęście takie, że zaczynają to robić politycy, a nie bibliotekarze. Znaczy, myśmy się wzięli do roboty, przygotowaliśmy kilka wersji projektu ustawy bibliotecznej, ale mieliśmy to nieszczęście, że Ministrami Kultury zostały osoby, które po prostu bibliotekarstwa nie rozumiały. Najpierw była aktorka, reżyserka, co innego ją interesowało. Potem był dyrektor teatru, znowu co innego go interesowało. A od tych nagłych spraw to był wiceminister, który ... ale rzeczywiście nie doceniał roli bibliotek. Mało tego, dalej kultywowany był pewien trend, który był bardzo żywy w czasach PRL, polegający na tym, że chciano w sposób wyraźnie oddzielić problematykę bibliotekarską od problematyki informacji naukowej” (Anhang E1, Z. 105-115).</p> <p>„... pracowało nad tym zagadnieniem ministerstwo i właściwie władze rządowe, które</p>
--	--	---

		<p>wychodziły z zupełnie innych punktów widzenia dla całej sprawy i miały na uwadze swoje własne interesy ... W związku z tym dosyć szybko odrzucono ten projekt społeczny ... dosyć szybko załatwiono całą sprawę poprzez przyspieszenie prac ... w krótkim czasie przygotowano projekt ustawy ...” (Anhang E2, Z. 31-42).</p> <p>„... w tym czasie nie było szans na to, żeby punkt widzenia tych, którzy decydowali o przyjęciu ustawy i tych, którzy opiniowali tę ustawę, mógł być inny, bo wszyscy byli przyzwyczajeni do poprzedniego systemu i w kategoriach poprzedniego systemu mówiono, dyskutowano o potrzebnych zmianach ...” (Anhang E2, Z. 53-57).</p> <p>„Zawsze to było patrzenie z punktu widzenia – środki publiczne, trzeba tak nimi gospodarować żeby osiągnąć ten wspólny cel, ale żeby nie dublować tych środków” (Anhang E5, Z. 132-134).</p> <p>„... zobaczyli tą siłę, która tkwi w tym i widzieli różne tam niedomagania, potrzeby, też często patrzyli na dyscypliny, z których przychodzą, że pewne rzeczy można unormować, zaproponować ...” (Anhang E5, Z. 140-142).</p> <p>„... byli ludzie, którzy inicjowali pewne prace nie czekając na jakieś takie, wie pani, decyzje z zewnątrz ...” (Anhang E5, Z. 151-152).</p> <p>„... że często środowisko, które wypracowywało projekty swoje społeczne wydawało się, że jest</p>
--	--	--

		<p>bliżej, że tak powiem, ludzi, bliżej tego wszystkiego no te projekty wpadając w tryby biurokratyczne jakieś tam no już nie było jakiejś wspólnej komunikacji ... i to też powodowało frustrację wielu też osób ...” (Anhang E4, Z. 175-179).</p> <p>„... to [doprowadzenie do ustaw] wymagało ... odpowiednich ludzi, którzy się tym zajęli, heroiczności, niezłomności tych ludzi. ... wiary w to, że ta opracowana ustawa przyniesie określone efekty, a równocześnie też takiej wytrwałości wiary, niezałamywania się przy przygotowywaniu kolejnych projektów i też wyciągania wniosków, że to, co najlepsze było z dekretu – przenieśmy to dalej” (Anhang E5, Z. 90-95).</p>
Inhalte der Bibliotheksgesetze	<p>Definition: Unter der Oberkategorie <i>Inhalte der Bibliotheksgesetze</i> werden alle Äußerungen gruppiert, die in Bezug zum Gesetzesinhalt stehen. Dies beinhaltet Aussprüche über den Regelungsanspruch der Gesetze sowie Gedanken zur Auswahl der Regelungsmaterien und zur inhaltlichen Ausgestaltung konkreter Materien und ihrer Gewichtung zueinander. Weiter finden sich in dieser Kategorie Ausführungen zum <i>einheitlichen Bibliothekssystem</i> und zur <i>einheitlichen Bibliothekspolitik</i>. Als letzter Bestandteil der Inhalte der Bibliotheksgesetze werden Aussagen, welche die Qualitätskriterien der Regelungen benennen, vereint.</p>	
	Regelungsanspruch	<p>„... to jest ta Konstytucja pod względem bibliotekarstwa ...” (Anhang E3, Z. 110-111).</p> <p>„One niewątpliwie określają całokształt zagadnień związanych z funkcjonowaniem biblioteki” (Anhang E4, Z. 52-53).</p>

		<p>„... to jest ... katechizm dla bibliotekarzy ...” (Anhang E5, Z. 500).</p> <p>„... podstawowe rzeczy wydaje mi się, że powinny być no jakoś określone” (Anhang E4, Z. 486-487).</p> <p>„... a ustawa miała nadawać ten taki kanon, podstawy tego, że jest. I to mi się zawsze wydawało, że to stanowi no jakby istotę bibliotek – te zadania, funkcje, obowiązki, co ma za zadanie biblioteka, co ma zapewnić organizator i inne rzeczy tam z tym związane ...” (Anhang E5, Z. 223-226).</p> <p>„... przenoszenie tego właśnie najlepszego, że tak powiem, z tych poprzednich plus oczywiście pragmatyka bieżąca, to co wszystko się działo, jak się zmieniało otoczenie bibliotek, żeby to wszystko w tych ustawach się po prostu mogło znaleźć” (Anhang E5, Z. 95-98).</p>
	Auswahl der Materien	<p>„... zadania, przecież co wyróżnia biblioteki spośród innych placówek kulturalnych? ... określenie, kto w państwie odpowiada za stworzenie bibliotek ... podstawy prawne do tworzenia struktur wewnętrznych, to są te regulaminy organizacyjne oraz do stanowienia regulaminów łączących- stanowiących o sytuacji użytkownika, tak zwane regulaminy zakładowe ... Dalej, status pracownika, kategoryzacja- znaczy podział na rodzaje bibliotek” (Anhang E1, Z. 468-476).</p>

		<p>„... że my mamy jakieś wspólne zadania, te wspólne zadania to przede wszystkim służba użytkownikowi ...” (Anhang E1, Z. 585-586).</p> <p>„... zapis, że tworzy się sieć biblioteczną ...” (Anhang E1, Z. 199).</p> <p>„... zwróciłbym uwagę na problem stworzenia jednolitego organu koordynującego działalność bibliotek” (Anhang E1, Z. 676-678).</p> <p>„... nikt nie jest mędrcem pańskim, problem polega na tym, że tym organom opiniotwórczym trzeba dać jakąś sankcję ...” (Anhang E1, Z. 532-534).</p> <p>„... że z góry wiadomo, że na przykład utrzymanie bibliotek publicznych jest zadaniem samorządu terytorialnego poza kilkoma bibliotekami, które są bezpośrednio z budżetu państwa utrzymywane, na przykład Biblioteka Narodowa, znaczy z budżetu Ministerstwa Kultury, a tu biblioteki wojewódzkie publiczne wojewodowie- urzędy- to się inaczej nazywa, żeby być precyzyjnym, jest urząd Marszałkowski, jest marszałek województwa i marszałek województwa dokonuje podziału środków na kulturę, są urzędy Powiatowe, które utrzymują biblioteki powiatowe i w końcu są urzędy Gminne, które utrzymują biblioteki gminne” (Anhang E1, Z. 480-488).</p> <p>„... ja jestem gorącym zwolennikiem kontroli kwalifikacji pracowniczych” (Anhang E1, Z. 500-</p>
--	--	--

		<p>501).</p> <p>„... podniósłbym rangę Stowarzyszenia Bibliotekarzy Polskich. ... ta ranga jest coraz niższa. Ludzie w tej chwili cały czas zastanawiają się nad tym co nam Stowarzyszenie daje? Kiedyś Stowarzyszenie dawało, przepraszam w tym sensie, że organizowało konferencje, teraz też organizuje, ale dawniej ministerstwo przydzielało na te konferencje środki ...” (Anhang E1, Z. 686-692).</p> <p>„Organizowałbym wymianę międzynarodową. Proszę mi wierzyć, że myśmy mieli lepszą wymianę międzynarodową w dawnych czasach niż teraz” (Anhang E1, Z. 706-708).</p> <p>„... kto ma prawo, kto powinien tworzyć, kwestia zarządów ..., jak powinny być zarządzane biblioteki publiczne ...” (Anhang E2, Z. 416-418).</p> <p>„Jakie postanowienia ustaw o bibliotekach uważam za sensowne? ... jasne kwestie związane z finansowaniem, jakieś elementy wystandardyzowania pewnych spraw związanych z finansami ...” (Anhang E2, Z. 424-427).</p> <p>„... struktura w obrębie- struktury po prostu bibliotek pojmowane w sposób resortowy no są z całą pewnością wskazane ...” (Anhang E2, Z. 513-514).</p>
--	--	--

		<p>„Owszem ta współpraca jest konieczna ...” (Anhang E2, Z. 449-450).</p> <p>„... jest rzeczywiście potrzebne jakieś ciało, gdzie można by przynajmniej dyskutować na temat pewnych uzgodnień ...” (Anhang E2, Z. 545-546).</p> <p>„Wystarczy jedno ogólne stwierdzenie, do czego służą biblioteki ...” (Anhang E2, Z. 574-575).</p> <p>„Myślę, że takie jak dotychczasowa praktyka, że państwo sobie te sprawy związane z kwalifikacjami, regulacjami, szkoleniami ...” (Anhang E2, Z. 579-580).</p> <p>„... że usługi bibliotek są bezpłatne ...” (Anhang E3, Z. 242).</p> <p>„... wyraźny podział na sieci – publicznych, naukowych, fachowych” (Anhang E3, Z. 230-231).</p> <p>„... nikt nie wytycza polityki bibliotecznej i to mógłby zrobić jakiś organ, jakieś ciało, ale musiałyby być powołane przez- musiałyby być ono usankcjonowane w ustawie bibliotecznej ...” (Anhang E3, Z. 15-17).</p> <p>„... że każda uczelnia musi mieć bibliotekę, również samorządom narzuca się biblioteki, więc to są pożyteczne” (Anhang E3, Z. 247-248).</p> <p>„Gdyby ściśle określało na przykład pragmatykę zawodową ... Gdyby tworzyło sieć” (Anhang</p>
--	--	---

		<p>E3, Z. 392-393).</p> <p>„... wymienianie typów bibliotek, wymienianie funkcji, jakie one- o zadań, jakie one powinny pełnić, obowiązki organizatorów bibliotek, no i ... ta funkcja istnienia w sieci ... kwalifikacje bibliotekarzy ...” (Anhang E5, Z. 197-204).</p> <p>„... że zwróciłbym uwagę na te treści wynikające- znaczy z wykorzystaniem nowych technologii” (Anhang E5, Z. 321-322).</p> <p>„... tworzenie sieci, organizowanie sposobów współpracy między instytucjami ... Określenie sposobów współpracy również tychże bibliotek z otoczeniem, w którym się znajdują ... zasady budowy naszego zawodu, kto jest bibliotekarzem, kto nie jest, jakie uprawnienia w związku z tym no, żeby stworzyć jakiś taki profil, więc z jednej strony ... podstawowe zadanie bibliotek i to w takim ujęciu, jakie- co my robimy dla środowiska, prawda? Udostępniania, a nie tak jak jest w tej chwili najważniejsze zgromadzenie ... najważniejsze jest udostępnianie i to powinno być zmienione ... Zasady finansowania w ślad ...” (Anhang E4, Z. 472-483).</p> <p>„... gdyby była instytucja zbierająca problemy i sprawy związane z funkcjonowaniem bibliotek, która byłaby takim rzecznikiem spraw bibliotek w rządzie” (Anhang E4, Z. 218-220).</p> <p>„... tam powinna być ustawiona na przykład hierarchia stanowisk, jakie są w bibliotekach</p>
--	--	---

		dopuszczalne, jakie zawody zatrudnia się w bibliotekach” (Anhang E4, Z. 100-102).
	Bewertung der Regelungen	<p>„Przede wszystkim zadania, przecież co wyróżnia biblioteki spośród innych placówek kulturalnych? Zadania ... bardzo ważne jest określenie, kto w państwie odpowiada za stworzenie bibliotek ... podstawy prawne do tworzenia struktur wewnętrznych, to są te regulaminy organizacyjne oraz do stanowienia regulaminów łączących- stanowiących o sytuacji użytkownika, tak zwane regulaminy zakładowe ... Dalej, status pracownika, kategoryzacja- znaczy podział na rodzaje bibliotek. To jest bardzo ważne ...” (Anhang E1, Z. 468-476).</p> <p>„... my mamy jakieś wspólne zadania, te wspólne zadania to przede wszystkim służba użytkownikowi i my musimy wypracowywać ...” (Anhang E1, Z. 585-586).</p> <p>„... to przede wszystkim zwróciłbym uwagę na problem stworzenia jednolitego organu koordynującego działalność bibliotek” (Anhang E1, Z. 676-678).</p> <p>„W znaczącym, z tego powodu, że z góry wiadomo, że na przykład utrzymanie bibliotek publicznych jest zadaniem samorządu terytorialnego poza kilkoma bibliotekami, które są bezpośrednio z budżetu państwa utrzymywane ...” (Anhang E1, Z. 480-482).</p> <p>„Trend do ograniczania środków na kulturę spowodował, że domagali się, żeby zlikwidować przepisy mówiące o samodzielności bibliotek ... żeby biblioteki można było włączać do innych kulturalnych placówek i to przeszło przy naszym olbrzymim, bibliotekarskim, sprzeciwie”</p>

		<p>(Anhang E1, Z. 488-492).</p> <p>„... ja jestem gorącym zwolennikiem kontroli kwalifikacji pracowniczych. Z tego powodu, że uważam, że każdy zawód- do każdego zawodu dochodzi się w wyniku uzyskania pewnych kwalifikacji” (Anhang E1, Z. 500-502).</p> <p>„... to jest bardzo potrzebne z tego powodu, że nikt nie jest mędrce pańskim, problem polega na tym, że tym organom opiniodawczym trzeba dać jakąś sankcję, to znaczy możliwość sankcjonowania pewnych uchwał ...” (Anhang E1, Z. 532-534).</p> <p>„... jest to podstawa prawna do tworzenia bibliotek w zakładach zamkniętych, na przykład w więzieniach, w szpitalach ... jakby długo pomyślał to bym jeszcze parę miejsc tu wskazał, bibliotek dla niewidomych. Podstawy prawne działania tych zakładów publicznych znajdzie pani w ustawie o bibliotekach” (Anhang E1, Z. 493-497).</p> <p>„... co tu jest bardzo istotne – idiotyczny zapis, że tworzy się sieć biblioteczną, w skład sieci wchodzi biblioteki publiczne ...“ (Anhang E1, Z. 198-200).</p> <p>„Przede wszystkim to co tam jest jeśli chodzi o obowiązki samorządów ...” (Anhang E2, Z. 425-426).</p> <p>„To są nierealne sprawy. Owszem ta współpraca jest konieczna, ale współpraca wymaga tego,</p>
--	--	--

		<p>żeby wszystkie zainteresowane strony czerpały z tej współpracy korzyści” (Anhang E2, Z. 449-451).</p> <p>„... struktura w obrębie- struktury po prostu bibliotek pojmowane w sposób resortowy no są z całą pewnością wskazane natomiast, jeśli chodzi o struktury organizacyjne poszczególnych bibliotek no to już jest kwestia pewnych uprawnień moich zdaniem, jednak mimo wszystko samorządów, a w fazie propozycji no dyrektorów tych bibliotek, przed którymi są postawione określone zadania, powinni mieć możliwość doboru sobie odpowiednich ludzi do realizacji tych zadań i otrzymywać pewne środki na te działania, bo bez tego jest to po prostu zabawa taka nie wiadomo ...” (Anhang E2, Z. 513-520).</p> <p>„... kto ma prawo, kto powinien tworzyć, kwestia zarządów ... jak powinny być zarządzane biblioteki publiczne a jeśli chodzi o te inne ustawy o inne biblioteki no to one mają służebną rolę po prostu w tych przedsięwzięciach, głównych zadaniach poszczególnych resortów i tam zawsze powinny być i są regulowane trochę z punktu widzenia interesów i resortów i jednocześnie bibliotekarzy, których opinie są tam jednak mimo wszystko wysłuchiwane, chociaż najczęściej to niezupełnie są akceptowane” (Anhang E2, Z. 416-423).</p> <p>„... właśnie ciągle tam jest ta walka o Krajową i Państwową, Państwową najpierw a potem Krajową Radę Biblioteczną no, ale to przez te wszystkie dziesięciolecia widzę po prostu, że to</p>
--	--	--

		<p>nie ma szans funkcjonowania ...” (Anhang E2, Z. 427-430).</p> <p>„... czy zadania bibliotek mają być sprecyzowane? No, jeśli- w zasadzie wszystko, co jest w tych standardach IFLA, co mówi tam, jeśli chodzi o biblioteki publiczne czy jeśli chodzi o biblioteki szkolne, czy uczelniane i tak dalej. To są to kwestie, które- A czy trzeba je specjalnie zamieszczać w ustawach? No mam wątpliwość. Wystarczy jedno ogólne stwierdzenie, do czego służą biblioteki, w miarę precyzyjne i chyba to wszystko” (Anhang E2, Z. 570-575).</p> <p>„Uważam ja za konieczne ... bo w tej chwili popadnięto w kompletny absurd ... że ten zawód przestał być zawodem chronionym, każdy może pracować w bibliotece, w związku z tym ten rozbudowany system akademickiego szkolenia bibliotekarzy właściwe przestał mieć sens w ogóle dalszej istnienia. Szkoły te bibliotekarskie w tych uczelniach akademickich na dobrą sprawę stopniowo są zamykane no takie wykształcenie w zasadzie nic nie daje, bo staje do konkursu ktoś z takim wykształceniem i ktoś bez tego wykształcenia, ale warunkiem zatrudnienia nie jest posiadanie tego wykształcenia w związku z tym, po co się kształcić” (Anhang E2, Z. 474-484).</p> <p>„Czy to jest kwestia Krajowej Rady Bibliotecznej? Wydaje mi się, że w tej chwili to jest po prostu niemożliwe ... To jest kwestia pewnie jakiś autorytetów, ale autorytety w tej chwili- też ich nie ma” (Anhang E2, Z. 501-504).</p>
--	--	--

		<p>„Myślę, że takie jak dotychczasowa praktyka, że państwo sobie te sprawy związane z kwalifikacjami, regulacjami, szkoleniami i tak dalej, i tak dalej, finansowaniem to powinno być, nie tyle powinno być, ale to może być po prostu w tych aktach wykonawczych, rozporządzeniach tych, które regulują na bieżąco sprawy finansowania, sprawy kształcenia, sprawy kompetencji zawodowych i tak dalej, bo to się zmienia. To, co podlega częstszym i szybszym zmianom jak najbardziej natomiast te trwałe ramy no muszą być chyba zawarte w ustawach” (Anhang E2, Z. 579-585).</p> <p>„No na przykład jest taki wyraźny podział na sieci – publicznych, naukowych, fachowych. To jest względnie sensowne ... No to jest dobrze podzielone” (Anhang E3, Z. 230-233).</p> <p>„... że biblioteki muszą być- jednostki samorządowe muszą zakładać biblioteki. To jest ważne ... Miasto powiatowe musi założyć bibliotekę powiatową Uczelnia musi mieć swoją bibliotekę” (Anhang E3, Z. 386-388).</p> <p>„... że usługi bibliotek są bezpłatne i to jest ważny argument ...” (Anhang E3, Z. 242-243).</p> <p>„... finansowanie- tego nie ma co zapisywać w ustawie, bo powinien finansować ten, kto bibliotekę założył” (Anhang E3, Z. 254-255).</p> <p>„Jakie postanowienia ustaw o bibliotekach uważam za sensowne? ... jasne kwestie związane z</p>
--	--	--

		<p>finansowaniem, jakieś elementy wystandaryzowania pewnych spraw związanych z finansami ...” (Anhang E2, Z. 424-427).</p> <p>„Natomiast sieci ogólnopolskiej w tym nie widać, jak to się ma łączyć z całą siecią ogólnopolską. Podstawa nie poddaje, nie narzuca warunków działania i metod sieci bibliotek. Może nie może” (Anhang E3, Z. 233-236).</p> <p>„Pożyteczny przepis generalnie jest taki, że każda uczelnia musi mieć bibliotekę, również samorządom narzuca się biblioteki, więc to są pożyteczne” (Anhang E3, Z. 247-248).</p> <p>„... nikt nie wytycza polityki biblioteczej i to mógłby zrobić jakiś organ ... ale musiałoby ... być ono usankcjonowane w ustawie biblioteczej ...” (Anhang E3, Z. 15-17).</p> <p>„Gdyby ściśle określało na przykład pragmatykę zawodową, nie określa ta ustawa. Gdyby tworzyło sieć. No nie tworzy” (Anhang E3, Z. 392-393).</p> <p>„... z ustawy na ustawę były przenoszone dobre rzeczy, chociażby to wymienianie typów bibliotek, wymienianie funkcji, jakie one- o zadań, jakie one powinny pełnić, obowiązki organizatorów bibliotek ...” (Anhang E5, Z. 196-198).</p> <p>„... przede wszystkim dla mnie ta funkcja istnienia w sieci, że biblioteka to nie jest samodzielny byt, który jest sobie sterem i żeglarzem, ale to, że ona współpracuje u siebie, w małym regionie,</p>
--	--	--

		<p>w większym regionie i też współpracuje w skali, że tak powiem, krajowej ...” (Anhang E5, Z. 199-202).</p> <p>„... i rzecz, którą uważam za jedną z ważniejszych, to było kwalifikacje bibliotekarzy ...” (Anhang E5, Z. 203-204).</p> <p>„... wydaje mi się sensowne tworzenie sieci, organizowanie sposobów współpracy między instytucjami. To jest bardzo ważne. Określenie sposobów współpracy również tychże bibliotek z otoczeniem, w którym się znajdują ... Powinno być również w ustawie o bibliotekach określone zasady budowy naszego zawodu, kto jest bibliotekarzem, kto nie jest, jakie uprawnienia w związku z tym no, żeby stworzyć jakiś taki profil, więc z jednej strony powinno być określone podstawowe zadanie bibliotek i to w takim ujęciu, jakie- co my robimy dla środowiska, prawda? Udostępniania, a nie tak jak jest w tej chwili najważniejsze zgromadzenie ... najważniejsze jest udostępnianie i to powinno być zmienione ... Zasady finansowania w ślad ...” (Anhang E4, Z. 472-483).</p> <p>„... byłoby bardzo dobrze, gdyby była instytucja zbierająca problemy i sprawy związane z funkcjonowaniem bibliotek, która byłaby takim rzecznikiem spraw bibliotek w rządzie” (Anhang E4, Z. 218-220).</p> <p>„... tam powinna być ustawiona na przykład hierarchia stanowisk, jakie są w bibliotekach</p>
--	--	--

		dopuszczalne, jakie zawody zatrudnia się w bibliotekach” (Anhang E4, Z. 100-102).
	Bibliothekssystem	<p>„... że my mamy jakieś wspólne zadania, te wspólne zadania to przede wszystkim służba użytkownikowi i my musimy wypracowywać takie metody działania ażebyśmy mogli korzystać ze zbiorów innych bibliotek obsługując swojego użytkownika ...” (Anhang E1, Z. 585-588).</p> <p>„... kiedy jest decentralizacja zarządzania w kraju, to nie można myśleć o strukturach w jakiś sensie scentralizowanych w odniesieniu po prostu do całości tego. To jest dosyć jałowe wydaje mi się” (Anhang E2, Z. 496-498).</p> <p>„... żeby tworzyć jakiś super urząd do spraw jednolitego systemu bibliotecznego to się bardzo wielu podoba. Ja też bym chciał żeby coś takiego było możliwe, ale to jest nierealne” (Anhang E2, Z. 534-536).</p> <p>„Jednego systemu się nie da zrobić. W ramach bibliotek jakichś uczelnianych można. Ale w ramach całego kraju to niemożliwe. Bo przecież są szkolne, na przykład no szkoły- jak pani system stworzy bibliotek szkolnych i uniwersyteckich? No nie ...” (Anhang E3, Z. 303-306).</p> <p>„... jednolity system biblioteczny spowodowałby takie racjonalizacje środków, racjonalizacje zadań, że nie byłyby pewne prace dublowane, że byłaby większa, ja wiem, taka integracja, ale w sensie merytorycznym, no w sensie oczywiście zawodowym na pewno też, ale wydaje mi się, że wtedy no wszyscy by się czuli odpowiedzialni, bo są jednym trybikiem w całej tej konstrukcji</p>

		<p>...” (Anhang E5, Z. 237-242).</p> <p>„... w przypadku istnienia takiego systemu byłaby no taka większa jakby czujność nad tym ...” (Anhang E5, Z. 245-247).</p> <p>„Jest ważne dla współpracy instytucji, bo wtedy jest płynniejsze przechodzenie kadry pomiędzy poszczególnymi jednostkami, a to jest bardzo potrzebne ...” (Anahng Step, Z. 497-499).</p> <p>„... jeżeli się mówi, że ma być jakaś współpraca, ktoś ma nadzorować coś, to powinien być stworzony system finansowania ... Państwo nie wydziela na to osobnych środków, w związku z tym pewne rzeczy się łatwo zapisało a trudniej się realizuje” (Anhang E4, Z. 425-434).</p>
	Bibliothekspolitik	<p>„... każda grupa bibliotek ma własne zadania i w stosunku do tych zadań musi kształtować politykę swojego działania” (Anhang E1, Z. 602-603).</p> <p>„Jest niezwykle trudne i może się nie udać, ale mnie się wydaje, że w pewnych fundamentalnych sprawach powinna być taka polityka spójna ...” (Anhang E4, Z. 561-562).</p> <p>„... byłem zawsze zwolennikiem też polityki bibliotecznej, ale rozumianej mimo wszystko resortowo” (Anhang E2, Z. 539-540).</p> <p>„Na pewno polityka biblioteczna powinna być w ramach resortów prowadzona” (Anhang E2, Z.</p>

		<p>543-544).</p> <p>„... polityka biblioteczna to jeszcze coś więcej ... niż ten system. Zawsze nam, zresztą przy projektowaniu tej naszej ustawy, tego projektu też na niezbędność takiej polityki, że tak powiem, kładliśmy tam nacisk, bo wydawało nam się ... że to umożliwi takie potem planowanie w poszczególnych bibliotekach no wspólnych przedsięwzięć, wspólnych projektów, no takiego patrzenia na to bibliotekarstwo tak z lotu jakby ptaka ...” (Anhang E5, Z. 250-260).</p>
	Qualitätskriterien	<p>„... ja oceniam negatywnie tą ostatnią ustawę, że ona była pisana bez udziału bibliotekarzy przez urzędników i wieje z niej nieznajomością fachu bibliotekarskiego” (Anhang E1, Z. 663-665).</p> <p>„Dekret oceniam bardzo pozytywnie, ponieważ nic lepszego w `46 roku nie mogło powstać. Ustawę z `68 roku oceniam pozytywnie, ponieważ jest dziełem wybitnych umysłów bibliotekarskich natomiast w `97 roku nam bibliotekarzom odebrano możliwość stanowienia prawa i to jest akt urzędniczy” (Anhang E1, Z. 669-672).</p> <p>„... mamy ustawę z `68 roku, która po prostu porządkuje te rzeczy i ja uważam, że to była bardzo dobra, najlepsza z tych trzech, ustaw, ale lepsza od dekretu tylko dlatego, że mądrość dekretu została we właściwy sposób przetransponowana w nową ustawę, w nowocześniejszą ustawę” (Anhang E1, Z. 261-265).</p> <p>„Inny jest podział w dekreście ... ale to jest podział na tamte czasy najlepszy, jaki można było</p>

		<p>wtedy wymyślić ... Tutaj jest wykaz, jakie przepisy wykonawcze są niezbędne, też wyraźnie odnoszące się do wszystkich bibliotek. I tutaj ma pani potem przepisy do bibliotek naukowych, takie bardziej szczegółowe ...” (Anhang E1, Z. 832-836).</p> <p>„... w `46 roku, bardzo szybko powstała ustawa o bibliotekach i też ona była bardzo dobra ...” (Anhang E4, Z. 208-210).</p> <p>„Myślę, że ta pierwsza ustawa z `46 roku ona bardziej integrowała wszystkie biblioteki właśnie ze względu na to, że wtedy był większy położony nacisk na centralizację. Natomiast już w `68 roku mniej, a ta w `97 roku o tyle pozwala wielu bibliotekom wymknąć się spod prawa o bibliotekach, dlatego, że zlikwidowała kluczowe pojęcie, moim zdaniem, dla bibliotek – pojęcie sieci bibliotecznej, systemu bibliotecznego” (Anhang E4, Z. 53-58).</p> <p>„Okropnie” (Anhang E4, Z. 580).</p> <p>„Ale dla ustawy źle, że aż tak nie jest przydatna w naszym funkcjonowaniu bieżącym” (Anhang E4, Z. 825-826).</p> <p>„... ustawa nie powinna regulować chyba rzeczy aż tak szczegółowo, bo wszystkich przypadków nie ureguje” (Anhang E4, Z. 759-760).</p> <p>„... ta ustawa z `68 roku była ustawą kompleksową i moim zdaniem najlepszą” (Anhang E1, Z.</p>
--	--	--

		<p>820-821).</p> <p>„W dekrete uważam, że wszystko było celowe i jakość była bardzo dobra” (Anhang E3, Z. 347).</p> <p>„Za sensowne uważam zapisy konkretne ... natomiast wszystkie te ustawy ... mają charakter w dużej mierze deklaracyjny, bardzo ogólny w związku z czym te zapisy faktycznie niektóre niewielkie mają znaczenie poza tym pozwalają na interpretację sprzeczną niekiedy z tym, o czym myśleli ich autorzy” (Anhang E2, Z. 401-406).</p> <p>„... wpływ technologii wpływa na obecną, można powiedzieć, na obecny ogład bibliotek przez użytkowników, że tu biblioteki nie muszą jeszcze szybciej, jeszcze szybciej się praktycznie zmieniać, ale to wymaga no żeby wiele z tych postulatów przybierało kształt ... konkretnych problemów, gdzie można by było aplikować ...” (Anhang E5, Z. 292-296).</p> <p>„Gdyby ściśle określało ... Gdyby tworzyło ...” (Anhang E3, Z. 392-393).</p> <p>„Ustawa musi być dostosowana do zasad, procedur i do praktyki, które obowiązują w ogóle w tym kraju” (Anhang E2, Z. 563-564).</p> <p>„... akty wykonawcze, które pozwalają, że pewne artykuły czy zapisy w ustawie przenoszą się do konkretnej realizacji a nie są tylko zapisami w ustawie no a potem w codziennej rzeczywistości</p>
--	--	--

		<p>bibliotekarskiej nie ma rozporządzeń, nie ma i trzeba czekać albo, że tak powiem, każdy dyrektor biblioteki sobie coś wymyśla i jest to wszystko niekompatybilne ...” (Anhang E5, Z. 211-215).</p> <p>„... zasadą regulacji ustawowej ... i tworzenia przepisów wykonawczych jest to żeby w ustawie było to, co jest constans natomiast jeżeli coś jest zmienne ... to ... powinno być w przepisach wykonawczych. Poza tym ustawa to jest przepis generalny, on się nie może bawić w szczegóły” (Anhang E1, Z. 720-725).</p> <p>„No znaczy w ustawie wydaje mi się, że powinny być uregulowane no takie generalia. Co to są biblioteki? Że służą one lokalnej społeczności, że gromadzą tego i tego typu zbiory, że świadczą takie, takie i takie usługi, że są poszczególne rodzaje tych bibliotek. To jest ważne, że one właśnie tworzą taką sieć ogólnopolską współpracy no i sprawy zawodu bibliotekarza. A wszystkie inne takie pochodne wynikające z tego jak opracowywać, jak to udostępniać, jak- to powinny być po prostu w aktach niższego rzędu, które można częściej po prostu też zmieniać patrząc na otaczającą rzeczywistość” (Anhang E5, Z. 365-372).</p> <p>„Więc nawet mądry przepis działa przeciwko jeżeli jest no gdzieś niedopowiedzenie ...” (Anhang E4, Z. 415-416).</p> <p>„... punkt widzenia całości, pewna wizja tego bibliotekarstwa, jako pewnego systemu ... który</p>
--	--	--

		<p>nigdy nie funkcjonował dobrze ...” (Anhang E2, Z. 48-50).</p> <p>„... a ustawa miała nadawać ten taki kanon, podstawy tego, że jest. I to mi się zawsze wydawało, że to stanowi no jakby istotę bibliotek – te zadania, funkcje, obowiązki, co ma za zadanie biblioteka, co ma zapewnić organizator i inne rzeczy tam z tym związane ...” (Anhang E5, Z. 223-226).</p> <p>„Ustawa powinna być czymś nadrzędnym, która wskazuje kierunki, a potem powinny być rozporządzenia szczegółowe ...” (Anhang E4, Z. 760-762).</p> <p>„... za szczegółowe zapisy wcale nie poprawiają tego sposobu funkcjonowania, więc ja bym jednak szedł w kierunku czegoś bardziej ogólnego i krótszych tych zapisów” (Anhang E4, Z. 771-773).</p> <p>„... dobra ustawa determinuje sytuację bibliotek i przestrzeganie jej powinno stanowić podstawę do tego, żeby biblioteki można uznać było za dobrze działające” (Anhang E1, Z. 847-849).</p> <p>„... będziemy siedzieli w '97 roku ... W tej ustawie znajdzie pani masę upoważnień dla różnych organów państwa naczelnych do stanowienia rozporządzeń ... Jeżeli my mamy w kraju ministra do spraw nauki i szkolnictwa wyższego to dlaczego minister kultury ma mówić, że ta biblioteka jest biblioteką naukową ...” (Anhang E1, Z. 159-187).</p>
--	--	---

		„... takim problemem jest na przykład kwestia łączenia bibliotek ... dochodzi do schizofrenii, bo z jednej strony jest zapis w ustawie, że każda gmina, powiat, województwo ma mieć co najmniej jedną bibliotekę a z drugiej strony jest możliwość łączenia tego wszystkiego“ (Anhang E2, Z. 372-385).
Realisierung der Bibliotheksgesetze	Definition: Mit der Kategorie <i>Realisierung der Bibliotheksgesetze</i> sollen alle in den Interviews aufgezeigten Wirkungen der Bibliotheksgesetze dargestellt werden. Darunter fallen Indikatoren der Umsetzung und Anwendung der Gesetze im Bibliothekswesen, Nebeneffekte, die sie bewirkten, und die Formen ihrer Anwendung und Umsetzung im bibliothekarischen Alltag. Außerdem werden Aussagen zum <i>einheitlichen Bibliothekssystem</i> und zur <i>einheitlichen Bibliothekspolitik</i> in jeweils separaten Unterkategorien gebündelt. Ferner fallen alle Ausführungen bezüglich der Probleme und Hindernisse, die bei der Anwendung und Umsetzung beobachtet wurden, unter diese Oberkategorie. Letztlich werden alle Äußerungen der befragten Bibliothekare, die das Bild des polnischen Bibliothekswesens ohne Bibliotheksgesetze skizzieren, gebündelt.	
	Indikatoren der Anwendung und Umsetzung der Bibliotheksgesetze im Bibliothekswesen	„... jednostki samorządowe muszą zakładać biblioteki ... Miasto powiatowe musi złożyć bibliotekę powiatową, więc zakłada. Uczelnia musi mieć swoją bibliotekę i to jest ważne przy uczelniach prywatnych, bo można sobie wyobrazić, że uczelnia prywatna w dużym mieście ma wokół biblioteki państwowe i może powiedzieć – to ja nie muszę, niech moi studenci chodzą do uniwersyteckiej narodowej. Ale nie, musi“ (Anhang E3, Z. 386-391). „Tylko dzięki nim te biblioteki powstały, jeśli chodzi o dekret a potem usiłowały się jakoś tam

		<p>zmieniać, przekształcać ...” (Anhang E2, Z. 594-596).</p> <p>„... powstawało na początku dużo tych bibliotek ... powstawało bardzo dużo bibliotek publicznych, ponieważ każda gmina, każdy powiat miał obowiązek stworzenia co najmniej jednej biblioteki, no to one powstały ...” (Anhang E4, Z. 643-646).</p> <p>„... powstało w krótkim czasie, no powiedzmy tak 20 tysięcy- punktów bibliotecznych. To były takie punkty, gdzie raz w tygodniu przyjeżdżał bibliotekarz, obsługiwał i jechał dalej. Powstała taka sieć. Dla nich, dla tych bibliotek wydrukowano specjalnie ileś tam, kilkadziesiąt milionów egzemplarzy książek, żeby te książki rozdać ...” (Anhang E3, Z. 177-181).</p> <p>„... powstały tysiące bibliotek zaraz po wojnie no, ale to było też wpisane w cały system tego państwa socjalistycznego ... i bez względu na to czy państwo miało więcej, czy mniej pieniędzy jakieś tam pieniądze na te biblioteki były przeznaczane. No, ale największe pieniądze poszły chyba mimo wszystko na otworzenie sieci bibliotecznych po wojnie ... to były ... ogromne środki i ... potem były środki na uczelnie, na uniwersytety i to przecież powstały nowe zupełnie uniwersytety ... Poza tym powstała ... ogromna sieć bibliotek zakładowych ... cała sieć bibliotek szkolnych ... nabudowano tego ...” (Anhang E2, Z. 328-342).</p> <p>„... dzięki temu te biblioteki zorganizowano, finansowano, bo mimo wszystko dla finansowania te zapisy po prostu mają no fundamentalne znaczenie, bez tego po prostu nie byłoby to możliwe.</p>
--	--	--

		<p>Inna sprawa to jest kwestia ilości tego finansowania” (Anhang E2, Z. 658-661).</p> <p>„... co ma ustawa wspólnego do finansowania to tu jest napisane, artykuł 9 – organizator zapewnia warunki działalności i rozwoju biblioteki- organizator ma obowiązek zapewnić – lokal, środki na wyposażenie, prowadzenie działalności bibliotecznej, zwłaszcza na zakup materiałów bibliotecznych oraz na doskonalenie zawodowe. Czyli państwo wskazywało – za biblioteki publiczne odpowiada Urząd Wojewódzki, to się wtedy nazywało Prezydium Wojewódzkiej Rady Narodowej, zresztą różnie to się nazywało. Za biblioteki naukowe poszczególne uczelnie. I tyle ustawa ma wspólnego z finansowaniem, po prostu państwo nie- przerzucało ten obowiązek na organizatorów, ale nie można powiedzieć, że zostawiało ich bez środków, bo przydzielając budżet jednocześnie dawało na każdą działalność dotację” (Anhang E1, Z. 342-352).</p> <p>„One naprawdę stanowiły fundament rozbudowy polskiego bibliotekarstwa w jego wymiarze ilościowym i jakościowym no i ten paradoks, że dzięki temu, że tych bibliotek nadtworzono wówczas to można w tej chwili likwidować te biblioteki obecnie, a udało się już bardzo dużo zlikwidować” (Anhang E2, 624-628).</p> <p>„... myśmy mieli trzy sieci biblioteczne wtedy – sieć państwową, resortową i terytorialną ...” (Anhang E1, Z. 827-828).</p> <p>„... tamte zapisy w każdej gminie, biblioteka, co trzeba zapewnić tej bibliotece, one utworzyły tą</p>
--	--	--

		<p>sieć bibliotek. Przecież do tego roku, o którym Pani mówi, to było w Polsce ponad chyba 11 tysięcy bibliotek publicznych ... To one jakby tą rzeczywistość pozwoliły utworzyć ...” (Anhang E5, 378-382).</p> <p>„Jest to duża sieć. No w takiej średniej wielkości kraju europejskim no mamy ponad tysiąc bibliotek akademickich, mamy 300 bibliotek pedagogicznych ... Szkolnych tam 17 chyba tysięcy ...” (Anhang E5, Z. 431-433).</p> <p>„... one mają wpływ no, bo to jest najważniejszy no taki sposób określenia naszego funkcjonowania ...” (Anhang E4, Z. 637-638).</p> <p>„... te ustawy w tym czasie poczynając od dekretu do `79 roku te ustawy miały zasadnicze znaczenie dla organizacji i dla funkcjonowania bibliotek w Polsce w tym czasie” (Anhang E2, Z. 591-594).</p> <p>„... wszystko to co było związane z bibliotekarstwem kształtowało się w oparciu o ustawę o bibliotekach z wyjątkiem tego, co zostało zaliczone do lex generalis ... I dla przykładu ten lex specialis dotyczący szkolnictwa wyższego był fragmentaryczny dotyczył tylko – czym jest biblioteka uczelniana, czym jest uczelniany system biblioteczno-informacyjny, mówił o tym jak buduje się sieć uczelniana biblioteczno-informacyjna i mówił o kwalifikacjach- o tym, kto może zostać dyrektorem bibliotek” (Anhang E1, Z. 738-745).</p>
--	--	---

		<p>„... musimy bazować wyłącznie na ustawie z 1968 roku i to wszystko, co ja dobrego mam do powiedzenia na temat tej ustawy to jest właśnie ten element przydatności, że mówiła, kto odpowiada, porządkowała pewne sprawy, systematyzowała i poza tym stwarzała podstawy prawne do stanowienia przepisów o zawodzie bibliotekarza” (Anhang E1, Z. 801-805).</p> <p>„... mówiliśmy o tych całych partiach dekretu o bibliotekach, które omijano, nie brano pod uwagę, ale jednak te postanowienia o tych rodzajach bibliotek i wtedy było dużo rzeczywiście w kraju tych bibliotek no to dzięki tym ustawowo one funkcjonowały” (Anhang E2, Z. 599-602).</p> <p>„... samorządy po pierwsze niemające nawet wiedzy i tak dalej w tym względzie no raczej patrzyły na te biblioteki jak taki, wie Pani, dopust boży, który na nie spadł, a równocześnie dyrektorzy tych bibliotek też byli przyzwyczajeni do pewnego status quo, nie? Czy tak, czy tak to jakoś tam, że tak powiem, funkcjonuje, a tu zaczęła się gra z innym partnerem i bardzo wiele lat upłynęło zanim, po pierwsze biblioteki nauczyły się egzekwować z tego prawa to co tam było przypisane tym organizatorom, jedne robiły uniki, drugie się bały, inne w tym czasie próbowano likwidować to były protesty i takie inne rzeczy, że wydaje mi się, że ten moment przejścia był bardzo ważnym momentem” (Anhang E5, Z. 386-395).</p> <p>„... te ustawy nadały takie możliwości istnienia tym bibliotekom i takiej działalności, zresztą bardzo było wtedy wiele aktywnych bibliotek i powiem Pani, że bardzo wiele tych bibliotek aktywnych, które już wtedy wiedziały, że pracują na rzecz środowiska lokalnego ja tej władzy</p>
--	--	---

		<p>lokalnej nie mogę, że tak powiem, ignorować, pomijać, mimo, że ja podlegam Ministrowi Kultury ...” (Anhang E5, Z. 417-422).</p> <p>„... zapisy w tych ustawach, na przykład regulujące sprawy finansowania, kompetencji, kwalifikacji i tak dalej to one były wykorzystywane i stanowiły ... podstawę obrony bibliotekarzy przed jakimiś niekorzystnymi dla siebie zmianami” (Anhang E2, Z. 605-608).</p> <p>„Miały duży wpływ ...” (Anhang E3, Z. 134).</p>
	Bewirkte Neben- effekte	<p>„Z tego dekretu wyniknęło utworzenie Naczelnej Dyrekcji Bibliotek. Przez pewien czas, trzy lata właściwie Grycz stał na czele Naczelnej Dyrekcji Bibliotek, która zarządzała całością bibliotekarstwa” (Anhang E3, Z. 162-165).</p> <p>„Mało tego, bibliotekarze doprowadzili do tego, że w Ministerstwie Oświaty powstał specjalny organ zajmujący się bibliotekami” (Anhang E1, Z. 91-92).</p> <p>„... powstał specjalny organ zajmujący się bibliotekami ... I ten organ przez 3, 4 lata funkcjonował aż do czasu, kiedy zaczęła się wkładać znowu do bibliotekarstwa polityka nieciekawa” (Anhang E1, Z. 92-96).</p> <p>„... dekret umożliwił jednak i rozpoczęcie kształcenia bibliotekarzy i tworzenia ...” (Anhang E2,</p>

		<p>Z. 651-652).</p> <p>„... te ustawy no budziły nadzieję samych tych pracowników bibliotek, że chodzi tutaj o coś istotnego w ogóle ... dla nich samych, ale i też, że pracują na realizację zadań no publicznie ważnych, istotnych i wydaje mi się, że to umacniało trochę taką postawę takiego, jak się to mówiło, o Judymach, to znaczy takich społeczników, którzy bez względu na swoje korzyści pracowali dla innych ...” (Anhang E2, Z. 663-668).</p> <p>„Moim zdaniem jest potrzebna taka ustawa naprawdę i ludzi jakoś cementuje wokół jednego zadania ...” (Anhang E4, Z. 743-744).</p> <p>„Myślę, że ta pierwsza ustawa z `46 roku ona bardziej integrowała wszystkie biblioteki właśnie ze względu na to, że wtedy był większy położony nacisk na centralizację. Natomiast już w `68 roku mniej, a ta w `97 roku o tyle pozwala wielu bibliotekom wymknąć się spod prawa o bibliotekach, dlatego, że zlikwidowała kluczowe pojęcie, moim zdaniem, dla bibliotek – pojęcie sieci bibliotecznej, systemu bibliotecznego” (Anhang E4, Z. 53-58).</p> <p>„... te ustawodawstwo z tamtych czasów, ono dało takie trwałe takie fundamenty dla bibliotek” (Anhang E5, Z. 376-377).</p> <p>„... że zadaniem takiej ustawy, co przed wojną planował Grycz właśnie i po wojnie w dekrete</p>
--	--	--

		<p>trochę ujął, było ujęcie całości bibliotekarstwa jednolitym kierownictwem. Nie udało się to ...” (Anhang E3, Z. 116-118).</p> <p>„... wbrew ustawie niczego nie można zrobić” (Anhang E3, Z. 112-113).</p> <p>„... zapisy w tych ustawach, na przykład regulujące sprawy finansowania, kompetencji, kwalifikacji i tak dalej to one były wykorzystywane i stanowiły ... podstawę obrony bibliotekarzy przed jakimiś niekorzystnymi dla siebie zmianami” (Anhang E2, Z. 605-608).</p> <p>„Bibliotekarze cały czas w jakimś sensie drążyli skałę i wymuszali na władzach państwowych stanowienie przepisów o bibliotekach ...” (Anhang E1, Z. 765-767).</p> <p>„... Stowarzyszenie Bibliotekarzy wtedy robiło różnego rodzaju konferencje, przygotowywało dla dyrektorów różnego rodzaju wskazówki, wzorcowe regulaminy, statuty, żeby oni się w tej nowej rzeczywistości odnaleźli ...” (Anhang E5, Z. 395-398).</p> <p>„... właściwie ten proces ... się jeszcze w wielu bibliotekach toczy do dnia dzisiejszego, tak, bo tam no teraz samorządy, jak dostały tą możliwość po wprowadzeniu tego zapisu do ustawy o bibliotekach, że można łączyć po zasięgnięciu opinii i tak dalej to one poczuły teraz sobie wiatr w żaglach i tam, gdzie ten dyrektor biblioteki właśnie tak nawet dobrze pracował no, ale starał się omijać wójta i radę szerokim łukiem ... tu potrzebne jest ogromne wsparcie biblioteki</p>
--	--	---

		<p>powiatowej, biblioteki wojewódzkiej ..." (Anhang E5, Z. 404-412).</p> <p>„... co zrobić żeby wyegzekwować to wszystko, co jest tam zapisane? Że na przykład organizator biblioteki musi zapewnić budżet, lokal- jak, że tak powiem, dotrzeć do tego organizatora żeby i ciągle mu powtarzać, co on jest zobowiązany” (Anhang E5, Z. 72-75).</p>
	Formen der Anwendung und Umsetzung in der Praxis	<p>„... tam niewiele z tego praktycznie wynika ..." (Anhang E3, Z. 111-112).</p> <p>„... że zawsze one mają wpływ no, bo to jest najważniejszy no taki sposób określenia naszego funkcjonowania, więc miały wpływ ..." (Anhang E4, Z. 637-639).</p> <p>„... narzucała tą czapkę, tą naczelną dyrekcję bibliotek ... poza pewnymi błędami, które były zrobione i wynikały z epoki, z czasów, że trzeba było nakazać, powiedzieć, że tak ma być i nie dopuszczać innych możliwości to funkcjonowało to dobrze i potem stopniowe likwidowanie tej nakazowej takiej- takiego rozdzielczego systemu no przyniosło trochę szkody, bo tak aż do rozproszenia w tym '97 roku ..." (Anhang E4, Z. 210-216).</p> <p>„Był system wymiany międzybibliotecznej. Ja miałem czegoś pięć a wystarczą mi trzy to ja tobie te dwie- ogłaszaliśmy – mamy do zbycia dwa egzemplarze czegoś tam, a ktoś inny mówił – a my mamy do zbycia jeden egzemplarz i pisali- robiliśmy sobie tak zwane wzajemne darowizny. W tej chwili się nawet fiskus w to wtrącił, ponieważ powiedział, że darowizna to jest opodatkowana w naszym kraju i musimy podatek płacić i to padło, ta wymiana</p>

		<p>międzybiblioteczna padła” (Anhang E1, Z. 591-597).</p> <p>„... z perspektywy czasu uważa się za krytyczny ten zapis, który jest w ustawie o egzemplarzach obowiązkowych, nie? No, że te 17 bibliotek, że to takie rozbuchane, ale w momencie jak się patrzyło jak to wchodziło w '96 roku i ten- to rozporządzenie tam w pół roku później, nie? To się patrzyło na jakby inną taką no rzeczywistość, nie? Patrzyło się, że- poza tym już się zaczął zmieniać rynek wydawniczy, ale to nie jest to co, że tak powiem, potem nastąpiło, nie? Że mamy 25 tysięcy, nie wiem, czy tam ileś wydawców, firm wydawniczych no, bo Pani może być wydawcą, ja mogę być wydawcą, w ogóle każdy może być wydawcą, dostać numer ISBN-u i wchodzić w środowisko wydawców, nie? Czyli to może, ale też- bo z jednej strony ta ustawa o egzemplarzach obowiązkowych no trochę też no jakby uśpiła biblioteki. No mam egzemplarz obowiązkowy no i on mi jakby tak kształtuje tą politykę gromadzenia ...” (Anhang E4, Z. 458-470).</p> <p>„... dostaje egzemplarz obowiązkowy ... wiele bibliotek na tym oparło swoją politykę gromadzenia ...” (Anhang E5, Z. 478-481).</p> <p>„... co się mówiło o egzemplarzu obowiązkowym absolutnie funkcjonowało i funkcjonuje do tej pory ... Jest to związane z ustawodawstwem bibliotecznym ...” (Anhang E4, Z. 662-671).</p> <p>„Niektóre biblioteki jak coś im nie było potrzebne, przekazywały innej bibliotece ... Bo była ta</p>
--	--	---

		<p>współpraca i ona w dalszym ciągu jest ... Biblioteki nigdy nie miały sytuacji bajecznej finansowo no to, jeżeli – o dostaję egzemplarz obowiązkowy no to ... już mam za darmo ... mogę sobie tylko tam dokupić i to też tak trochę no uściło” (Anhang E5, Z. 470-480).</p> <p>„... no przecież chociażby wypożyczenia międzybiblioteczne były przed tym '90 rokiem takim bardzo ważnym elementem współpracy bibliotek, że to wszystko no zapewniło tą sieć, którą- no jest to duża sieć trzeba powiedzieć” (Anhang E5, Z. 428-430).</p> <p>„... na przykład był taki system wypożyczeń międzybibliotecznych. Ja nie wiem czy to teraz funkcjonuje. Na pewno funkcjonuje w uczelniach naukowych, bo dziewczyny sobie- znaczy wypożyczają sobie biblioteki” (Anhang E1, Z. 588-591).</p> <p>„Gdzieś nam dzwoni, że jakaś ta współpraca powinna być, ale tak do końca nie zostały zrealizowane postanowienia tych ustaw no w końcu dotyczących bibliotek ...” (Anhang E4, Z. 660-662).</p> <p>„Mamy trzy ważne ośrodki – Politechnika Warszawska, Politechnika Wrocławska i AGH i mieliśmy się tematami podzielić, ale nie było jednej centralnej ... owszem, mamy Główną Bibliotekę Lekarską, która w ogóle nie współpracuje z uniwersytetami medycznymi i nie ma współpracy, więc nie ma tutaj żadnego wspólnego stanowisko co oni by chcieli osiągnąć” (Anhang E4, Z. 604-610).</p>
--	--	--

		<p>„... problem jest taki, że biblioteki nie współpracują z Biblioteką Narodową w związku z tym ... Publiczne współpracują w takim zakresie, w jakim dostają pieniądze na zakup zbiorów, bo przez Bibliotekę Narodową te pieniądze są przekazywane, więc w pewnym sensie są uzależnione finansowo o tak nie do końca będą protestowały przeciwko różnym pomysłom Biblioteki Narodowej, jeśli tam są pieniądze. Te powiązania finansowe niestety funkcjonują i trzeba mieć ich świadomość” (Anhang E4, Z. 337-343).</p> <p>„... polska nieumiejętność działania w grupie ... Nieumiejętność skupienia wokół jakiegoś tematu, który bezpośrednio nie jest- nie leży w interesie mojej grupy, prawda. Więc coś, co nie przynosi doraźnego szybkiego efektu to my nie potrafimy się trochę wspiąć wyżej i pomyśleć żeby to był jakiś generalny z tego zysk” (Anhang E3, Z. 335-340).</p> <p>„... 20 lat temu- to były początki, ta automatyzacja szła na dziko, jeden kupował taki system, drugi robił swój własny. Tego nie można było skleić w jeden system, prawda. I żeby jakaś agenda to przynajmniej notowała co się dzieje, prawda. Jeżeli jakiś system w bibliotekach tutaj to druga biblioteka żeby widziała i nawiązywali kontakt jak to działa, więc to nas wyśmiano, że jesteśmy za centralizacją bibliotek a w wolnym kraju nic nie można scentralizować” (Anhang E3, Z. 318-324).</p> <p>„W tej chwili na przykład rozmawiamy o tym w naukowych bibliotekach, że dobrze byłoby namówić państwo żeby był jeden system biblioteczny, my nie mamy jednego systemu</p>
--	--	--

		<p>bibliotecznego, finansowany w sposób jednolity, możesz mieć swój system biblioteczny, ale niech by było jakieś dofinansowanie państwa do jednego systemu bibliotecznego żeby łatwiejsza była współpraca pomiędzy instytucjami. Nie ma zgody na to” (Anhang E4, Z. 613-618).</p> <p>„... czyli mieliśmy sieć- myśmy mieli trzy sieci biblioteczne wtedy – sieć państwową, resortową i terytorialną, bo jeszcze oprócz tego myśmy tworzyli zgromadzenia bibliotekarskie w skali województw. To była terytorialna sieć, ona już tu nie ma umocowania ustawowego, ale ona funkcjonowała. Tu jest ten podział – dzielą się na naukowe, fachowe, szkolne, pedagogiczne, publiczne i inne” (Anhang E1, Z. 827-832).</p> <p>„... nie było w tym żadnego interesu dla bibliotek naukowych. Nie było żadnego powodu żeby się zgłosiły. Przy czym nigdy nie było u nas tak żeby biblioteki innych resortów, tak jak na przykład biblioteka szkoły wyższej, odmówiła współpracy z biblioteką publiczną. Ale nie na zasadzie rozkazu i zgłoszenia się do sieci tylko na zasadzie dobrej woli. Tak to u nas działa. Natomiast zniesienie tego obowiązku zachwiało no strukturami i czymś co funkcjonowało wcześniej” (Anhang E4, Z. 64-70).</p> <p>„Katalog Centralny, powiedziane jest, że robi Biblioteka Narodowa a jeśli pani zna polskie realia to największy Katalog Centralny bibliotek jest NUKAT i jest tworzony przez uczelnie techniczne- przez uczelnie, przez szkoły wyższe przede wszystkim, ale 123 inne instytucje i to powstaje w ogóle niezależnie od Biblioteki Narodowej i bez Biblioteki Narodowej, bo krótki</p>
--	--	---

		<p>okres, kiedy współpracowały te dwie jednostki skończył się szybkim rozwodem ze względów ambicjonalnych, dlatego, że osoby tworzące nie chciały się dogadać i dorozumieć, bo Biblioteka Narodowa twierdziła, że ma swój warsztat pracy i swoich specjalistów i ma niewątpliwie, szkoły wyższe powiedziały, że już mają swój warsztat, skoro nie chcieliście z nami tyle czasu współpracować to mamy swoją technologię, mamy swój system, który działa od paru lat i chcemy pracować w tym systemie no i nie dało się tego pogodzić, więc tworzymy dwa Centralne Katalogi, co jest niewątpliwie błędem, ale taka jest rzeczywistość ... To nie jest sprzeczne, bo nie jest powiedziane, że inne instytucje nie mogą tworzyć. Narodowa ma tworzyć, tak? I coś tam tworzy” (Anhang E4, Z. 169-184).</p> <p>„W sieci zawsze musi być jedna biblioteka główna ... No musi być, no ktoś musi kierować ... Potem muszą być biblioteki filialne, no dobrze by było ... Nie ma siły ... To strasznie trudne. Na przykład na uniwersytetach ... myśmy mieli 200 ... bibliotek w sieci ... Każdy był samodzielny ... trzeba bardzo ostrożnie mówić o sieci ... na przykład mają pewne zdanie, ale to nie jest sieć, to jest Stowarzyszenie Bibliotek Uczelnianych no. Nie są niczym powiązani oprócz doraźnego interesu – walczmy o nasze interesy wobec rektorów, nie” (Anhang E3, Z. 398-417).</p> <p>„Co to jest struktura? Struktury są- no założmy, że sieci są strukturami, ale sieci właściwie nie ma, biblioteki uczelniane na przykład wszystkie tworzą sieci, tworzą sieci. No każda uczelnia ma swoją bibliotekę, one się- sieć naprawdę się stworzyła pod tym względem naukowym w tej</p>
--	--	--

		<p>chwili, ale nie tylko, po utworzeniu katalogu centralnego NUKAT. NUKAT jakby zjednoczył ... W tej chwili katalogi centralne bibliotek zjednoczyły ich, bo muszą- znaczy jest jakaś więź i to struktura się robi, prawda. Natomiast ogólnopolską strukturą w tej chwili jest ten NUKAT, który łączy 140 bibliotek bodajże polskich, największych. Ale zarządza tą strukturą biblioteka uniwersytecka w Warszawie, bo kieruje tym NUKAT-em no, więc trudno powiedzieć o jakimś zarządzaniu ogólnopolskim” (Anhang E3, Z. 268-282).</p> <p>„U nas w tej chwili biblioteki publiczne, uczelniane są kompletnie osobnym butem, w ogóle się nie znamy, nie funkcjonujemy razem, prawie nie mamy wspólnych spotkań, a przecież działamy dla tego samego środowiska ... ze szkolnymi bibliotekami to już żadnych kontaktów nie mamy, bo to za nisko, a przecież za chwilę dzieci z tych szkół przychodzą do nas i są naszymi studentami, więc powinniśmy ze sobą współpracować ... A tego w ogóle nie ma ...” (Anhang E4, Z. 505-511).</p> <p>„No były oczywiście, bo jeżeli biblioteka miała napisane, że ma status biblioteki (NZB) to wszędzie się mogła powołać, że ma i bardzo to było przydatne bośmy wtedy we wszystkich grantach pisali, że jesteśmy tutaj taką cenną biblioteką i to było przydatne. No z prawem tak jest, że prawo się wykorzystuje w taki sposób, w jakim ono pozwala. Było przydatne bibliotekom uczelnianym korzystanie z egzemplarza obowiązkowego, ale jak im było nieprzydatne ... kiedy nie potrafili sobie poradzić i nie potrafią z nadmiarem książek, które dostają to od lat jest tak, że</p>
--	--	---

		<p>biblioteka uniwersytecka w Warszawie i biblioteka publiczna miasta stołecznego w Warszawie, które dostały egzemplarz obowiązkowy dzwonią do biblioteki głównej Politechniki Warszawskiej raz na kwartał i mówią – znowu dostaliśmy jakieś tony skryptów technicznych i innych, weźcie to sobie” (Anhang E4, Z. 690-700).</p> <p>„... że ustawa o bibliotekach i później to rozporządzenie dotyczące Narodowego Zasobu Bibliotecznego puchło, puchło, rozwijało się i było tych bibliotek z Narodowym Zasobem Bibliotecznym pięćdziesiąt parę, to była wola środowiska, środowisko sobie wywalczyło to żeby tak było, ale to było bez sensu, bo gdyby od razu było powiedziane, że konkretne kolekcje albo mniejsza liczba bibliotek to być może państwo by więcej sfinansowało a na 50 bibliotek nie miało pieniędzy, w związku z tym nic nie sfinansowało, tak? Tak to po prostu wyglądało ...” (Anhang E4, Z. 592-599).</p> <p>„... trzeba przyznać, że nigdy w życiu państwo żadnej instytucji, poza Biblioteką Narodową i Jagiellońskim Uniwersytetem, żadnych pieniędzy na utrzymanie Narodowego Zasobu Bibliotecznego nie dało ... w dużej mierze biblioteki wtedy, na przykład mamy Fundację Nauki Polskiej i ona wtedy bardzo finansowała, w którymś okresie, systemy zabezpieczenia i ochrony zbiorów specjalnych i dawała te pieniądze właściwie tylko tym jednostkom, które mogły się wykazać, że są Narodowym Zasobem Bibliotecznym ...” (Anhang E4, Z. 297-307).</p> <p>„Minister Kultury ma od kilka lat bardzo ważny program – Infrastruktura bibliotek w ramach</p>
--	--	--

		<p>takiego projektu Biblioteka Plus na modernizację, budowę bibliotek w miejscowościach do 50 tysięcy czy tam gminach do 50 tysięcy mieszkańców ... to uważam za bardzo ważny po prostu projekt, bo to umożliwia gminom i też marszałkom, bo tam jest taki komponent trzech – marszałek, gmina i biblioteka bezpośrednio organizator, muszą się złożyć na te 100% tych środków, ale to też pozwoliło- prawie 250 bibliotek w Polsce zmieniło swój wygląd. Do tej pory było to w małym zakresie, budowano głównie biblioteki akademickie w Polsce, bo ta infrastruktura do tej pory istniejąca bibliotek akademickich nie- znaczy nie było odpowiednie do tego napływu studentów w latach 90-tych na polskie uczelnie i zaczęto budować te biblioteki akademickie, biblioteki publiczne nie miały, z czego tych budować, bo najpierw były w budżecie państwa a teraz są w samorządach a samorzady dostały szkoły, drogi et cetera i biblioteki no to wiadomo było, że nie będą budować po prostu bibliotek. Teraz dzięki temu projektowi ministerstwa no to jedni budują baseny, ale też i modernizują biblioteki, bo jeżeli mogą tam złożyć pieniądze” (Anhang E5, Z. 296-311).</p> <p>„... natomiast w praktyce każdy resort ustala swoje zasady i zupełnie inaczej wygląda zatrudnienie w bibliotekach naukowych – mamy- najpierw jest, powiedzmy tam, magazynier, założymy, młodszy bibliotekarz, bibliotekarz, starszy bibliotekarz, kustosz, kustosz dyplomowany. Taka jest siatka w bibliotece naukowej i za każdym razem jest powiedziane ile lat pracy powinno się mieć, jakie kwalifikacje żeby być zatrudnionym na takim stanowisku. Zupełnie inne zasady, podobne stanowiska, ale inne zasady zatrudnienia, inne wymagania są w stosunku do</p>
--	--	--

		<p>bibliotekarzy zatrudnionych w resorcie kultury. Oni szybciej zdobywają te różne uprawnienia. U nas siatka płac, że tak powiem, czyli tych stanowisk kończy się na kustoszu, u nich jeszcze starszy kustosz. U nas, jeżeli się jest w naukowej bibliotece kustoszem pracuje się 36 godzin tygodniowo, u nich 40. Ma mamy dłuższy urlop, oni mają krótszy urlop ...” (Anhang E4, Z. 102-113).</p> <p>„Teraz taka ustawa weszła, że likwiduje kategorię bibliotekarzy dyplomowanych pod hasłem – wolny dostęp do zawodów zlikwidowano hasło, kategorię bibliotekarzy dyplomowanych. bibliotekarz dyplomowany, który był taką dosyć odrębną kategoria bibliotekarza elitarnego, przestał istnieć” (Anhang E3, Z. 292-295).</p> <p>„... jedyny, o którym mogę powiedzieć, że trzyma wszystkich w takich samych ryzach to jest rozporządzenie Ministra Kultury o ewidencji zbiorów bibliotecznych. Czyli coś co definiuje, w jaki sposób tworzyć inwentarze, jak zapisywać własność jednostek i nie spotkałem się z tym żeby w jakimkolwiek resorcie to nie obowiązywało. To obowiązuje wszędzie. Natomiast to jest jedyny dokument, który potrafię tak wskazać, jedyne rozporządzenie, które obowiązuje absolutnie wszystkich. Wszystkie inne każdy resort, jeśli są im potrzebne, tworzą osobno” (Anhang E4, Z. 115-122).</p> <p>„... jest zapisane w naszej ustawie, że do obowiązków Biblioteki Narodowej należy tworzenie tam bibliografii narodowej i tak dalej, ale to już w tej chwili tak nie działa, bo jest wiele innych</p>
--	--	--

		<p>miejs, gdzie tworzone są takie bibliografie typu bibliografia narodowa i wcale tego nie robi Biblioteka Narodowa, bibliografie artykułów z czasopism z konkretnych dziedzin, Główna Biblioteka Lekarska robi swoją bibliografię polsko-medyczną, wiele- jest coś takiego jak dziedziczne bibliografie BazTech, BazHum, AGRIS, takie bibliografie, które tworzone są na uczelniach” (Anhang E4, Z. 150-158).</p> <p>„... bardzo się boją biblioteki łączenia z tymi ośrodkami. Ja nie pracując w tym środowisku uważam, że to byłoby bardzo dobre połączenie, dlatego, że powinno być jedno dobre centrum kultury, w którym jest kino, w którym jest zespół pieśni i tańca lokalny i działa biblioteka. Natomiast dla środowiska jest to strach i obawa, bo te centra kultury są kierowane przez osoby wskazane przez burmistrza czy tam jakiegoś wojewodę i zwykle są to polityczne, jak to się u nas mówi, posady, w związku z tym nie zawsze to działa dla dobra biblioteki” (Anhang E4, Z. 362-369).</p> <p>„... samorządy przekazują na utrzymanie szkół, a nie przekazują na utrzymanie bibliotek, bo biblioteki powinny być utrzymywane przez szkoły samodzielnie no a szkoły skąd mają mieć na to pieniądze? Co nas- w tej chwili najbardziej zaniedbanymi częściami bibliotek są biblioteki szkolne natomiast walka środowiska o to żeby broń boże nie połączyć biblioteki szkolnej z biblioteką publiczną jest olbrzymia i wynika z jednej strony z obawy osób, które pracują w bibliotece szkolnej i publicznej, że jedna z nich straci pracę ...” (Anhang E4, Z. 378-385).</p>
--	--	--

		<p>„Ustawa moim zdaniem dobrze sugerowała, że tam gdzie jesteście biedni zróbcie jedną, dobrą bibliotekę- ale absolutnie na to nie ma zgody ... to jest wpływ- znaczy w pewnym sensie ustawa zadecydowała, wpływa o tym ... I ta o zasadach tworzenia szkół, przecież u nas w pewnym momencie przeprowadzono reformę szkolnictwa oddzielając szkolnictwo podstawowe, gimnazjum i szkoły średnie ... oczywiście nie wszędzie się dał wprowadzić w życie, bo jeżeli na wsi jest jeden budynek szkolny to nie było gdzie wyprowadzić tej szkoły innej w związku z tym podzielono piętrami, częściami no i są osobne szkoły w tym samym budynku, może się tak zdarzyć, ale dlaczego są osobne biblioteki? A są, bo każda szkoła, jest powiedziane w ustawie, każda szkoła musi mieć swoją bibliotekę. No to jak musi to ma. Jeśli przypadkiem był rozsądny dyrektor jednej i drugiej szkoły i dogadali się, że w jednej sali będzie ta biblioteka. Więc nawet mądry przepis działa przeciwko jeżeli jest no gdzieś niedopowiedzenie i gdzieś coś bez sensu zrobione” (Anhang E4, Z. 395-416).</p>
	Einheitliches Bibliothekssystem	<p>„Jednolity się nie udał- w całej Polsce, dla wszystkich bibliotek gminnych i uniwersyteckich no niemożliwe. Jednego systemu się nie da zrobić. W ramach bibliotek jakichś uczelnianych można. Ale w ramach całego kraju to niemożliwe ... jak pani system stworzy bibliotek szkolnych i uniwersyteckich? No nie, nie” (Anhang E3, Z. 302-306).</p> <p>„... ustawa czy w `46 i potem ta w `68 roku mówiła ... że tworzy się system bibliotek, ale nikt na to nie dał pieniędzy, w związku z tym się ten system nie stworzył tak naprawdę ...” (Anhang E4,</p>

		<p>Z. 423-425).</p> <p>„... kiedyś była taka inicjatywa i miały się utworzyć centralne biblioteki dla konkretnych dziedzin ... Nigdy w życiu do końca środowisko się nie zgodziło, która biblioteka ma być centralną, w jakiej dziedzinie” (Anhang E4, Z. 600-603).</p> <p>„On się tworzy, tylko my go jeszcze nie dostrzegamy. A ten nowy system ... jego fundamenty budują nowe technologie ... Te wszystkie biblioteki w chmurach, to będzie jednolity system biblioteczny” (Anhang E2, Z. 525-528).</p> <p>„Natomiast to odwoływanie się do przeszłości, ta centralizacja i jednolity system biblioteczny i tak dalej, i tak dalej to moim zdaniem od dawna jest nierealne” (Anhang E2, Z. 564-566).</p>
	Einheitliche Bibliothekspolitik	<p>„No to już bardziej ... Tylko właśnie nie ma kto jej kształtować z racji podziału na ministerstwa w Polsce powinno je kształtować Ministerstwo Kultury. Tego nie robi i nie zrobi, bo jest wyłącznie skupione na bibliotekach publicznych. Nie jest w stanie ogarnąć całości bibliotekarstwa, szczególnie teraz tego nowego w tej chwili, które- którego ministerstwo nie znało, jak chodziło do szkoły. U nas w bibliotekarstwie, dla bibliotekarstwa trzeba zupełnie nowych ludzi, nowych struktur“ (Anhang E3, Z. 309-315).</p> <p>„... ta naczelna dyrekcja, ale to był jedyny moment, gdzie były początki centralnego kierowania,</p>

		<p>centralnego myślenia polskiej polityki bibliotecznej ...” (Anhang E3, Z. 331-333).</p> <p>„... wydaje mi się, że czegoś takiego jak taka no globalna polityka dla wszystkich to nie ma, bo Minister Kultury daje dla bibliotek publicznych, w Ministerstwie Nauki no też tam są jakieś środki publiczne przekazywane na zakup źródeł dla bibliotek akademickich, a tylko mogą skorzystać tamci, tu mogą tylko skorzystać ci ...” (Anhang E5, Z. 280-284).</p> <p>„Nie zauważyłem w ogóle ... jednolitej polityki bibliotecznej, ponieważ każda grupa bibliotek ma własne zadania i w stosunku do tych zadań musi kształtować politykę swojego działania. Tam- znowu się odwołam do bibliotek, z którymi jestem związany. Nasza polityka jest taka, że musimy wzajemnie jak najlepiej obsłużyć naszego użytkownika, że musimy jak najszybciej dostarczyć mu to wszystko, co do niego dotarło, że jest coś- bo my sami tego nie znajdziemy na świecie, ale on ma sygnały i on mówi – słuchajcie jest taka praca, ja jestem tym zainteresowany ...” (Anhang E1, Z. 601-608).</p> <p>„... polska nieumiejętność działania w grupie ... Nieumiejętność skupienia wokół jakiegoś tematu, który bezpośrednio nie jest- nie leży w interesie mojej grupy, prawda. Więc coś, co nie przynosi doraźnego szybkiego efektu to my nie potrafimy się trochę wspiąć wyżej i pomyśleć żeby to był jakiś generalny z tego zysk” (Anhang E3, Z. 335-340).</p> <p>„... zlikwidowano w ustawach pojęcie – polityka biblioteczna. Nie ma tego. Został tylko jeden</p>
--	--	---

		<p>fragment, zostało tylko jeden raz to stwierdzone, bo nie zauważono, że tam powiedzmy sobie w tych zadaniach Krajowej Rady Bibliotecznej jest między zapis, że Krajowa Rada Biblioteczna ocenia politykę biblioteczną. Przez nieuwagę, nie wiem, ale wokół tego panuje milczenie. Polityki bibliotecznej nie ma” (Anhang E2, Z. 440-445).</p> <p>„... za biedni jesteśmy i nikt nie jest dość bogaty, żeby mieć absolutnie wszystko ... Więc polityka państwa w tym względzie powinna być ... Bez tego źle wszystko funkcjonuje. A tego nie ma, nie ma ani ogólnie dla całego państwa, ani w poszczególnych resortach ...” (Anhang E4, Z. 563-573).</p> <p>„Nie widzę ani warunków ani możliwości żeby tworzyć jakąś jednolitą politykę biblioteczną w skali całego kraju. To jest po prostu niemożliwe, nierealne. Nie widzę propozycji. Nie widzę ludzi, którzy by to chcieli realizować i nie widzę możliwości zrealizowania czegoś takiego. Na pewno polityka biblioteczna powinna być w ramach resortów prowadzona” (Anhang E2, Z. 540-544).</p>
	Probleme und Hindernisse	<p>„... Grycz stał na czele Naczelnej Dyrekcji Bibliotek, która zarządzała całością bibliotekarstwa. Rzadko tak- już były kłopoty, bo już szkoły wyższe się patrzyły skosem, bokiem co to właściwe za dyrekcja wchodzi w naszą bibliotekę, powiedzmy taka Biblioteka Jagiellońska z tradycjami i co ktoś będzie zarządzał nią z Warszawy, prawda. I kłopot był” (Anhang E3, Z. 164-168).</p>

		<p>„... narzucała tą czapkę, tą naczelną dyrekcję bibliotek, której nikt nienawidził a o której w tej chwili wszyscy mówią z dużym sentymentem ...” (Anhang E4, Z. 210-211).</p> <p>„Przedwojennych się naukowców niszczyło ...” (Anhang E3, Z. 335).</p> <p>„... przepisy dekretu były realizowane w dużym stopniu, aż się załamały ...” (Anhang E3, Z. 351-352).</p> <p>„... zaczęła się wkradać znowu do bibliotekarstwa polityka nieciekawa” (Anhang E1, Z. 96).</p> <p>„... my byliśmy elementem nadbudowy” (Anhang E1, Z. 370-371).</p> <p>„... całe fragmenty dekretu o bibliotekach bardzo ciekawie napisane, bardzo dobre no, ale one nie odpowiadały władzom, więc po prostu zapominali o tym. Ale ważniejszą sprawą wtedy to było to co było napisane w programach partyjnych a związane z bibliotekami na temat bibliotek. To było decydujące. I wtedy to można się zastanawiać, ustawa ustawą, prawo biblioteczne prawem bibliotecznym, ale decydujące znaczenie miało wystąpienie ... I Sekretarza z referatem na temat w ogóle całości sytuacji w kraju i tam była kwestia bibliotek” (Anhang E2, Z. 117-124).</p> <p>„Był w swoim czasie taki zespół dyrektorów bibliotek, partyjny zespół dyrektorów bibliotek w Polsce, publicznych w Polsce ... oni się cieszyli, że w danym roku na kolejny zjazd zapisy dotyczące bibliotek były nieco większe niż w roku poprzednim ... to wynikało jeszcze z czego</p>
--	--	---

		<p>innego, mianowicie jak partia podchodziła do bibliotek, do książki a przede wszystkim do tej sytuacji w kraju ...” (Anhang E2, Z. 129-136).</p> <p>„... pewne elementy tego dekretu, pewne zapisy w tym dekrete były systematycznie wzmacnianie przez władze, które wykorzystywały te zapisy dla swoich celów, między innym kwestie propagandy” (Anhang E2, Z. 247-250).</p> <p>„... wtedy było zarządzenie, wtedy były jeszcze pisma okólne, które w zasadzie nie miały- formalnie nie miały większego znaczenia, a często były ważniejsze dla tych- dla zarządzania różnymi sprawami niż formalne akty prawne. Poza tym decyzje różnych komitetów partyjnych i tak dalej” (Anhang E2, Z. 269-272).</p> <p>„... były te centra instrukcyjno-metodyczne w tych wszystkich krajach. (...) to było straszne jak się słuchało tego, co na tych spotkaniach się mówi no, bo to były takie instytucje, które nadzorowały w zasadzie i forowały różnego rodzaju rozwiązania partii w zakresie bibliotek” (Anhang E2, Z. 312-316).</p> <p>„No w każdym razie przede wszystkim to były kręgi partyjne no i samo środowisko przede wszystkim pilnowało tych rzeczy” (Anhang E2, Z. 323-325).</p> <p>„... ujęcie całości bibliotekarstwa jednolitym kierownictwem. Nie udało się to, bo biblioteki w</p>
--	--	---

		<p>Polsce były i są, na świecie to też różnie bywa, rządzone według- aktów prawnych właściwych dla jednostek, które je zakładają. Tak mówiąc ściśle ... Organów zakładających, to znaczy konkretnie – uczelnie mają swoje biblioteki, prawda. Przy czym uczelnie dla nich podstawowym aktem prawnym jest ustawa o szkolnictwie wyższym. To jest ich ustawa, a nie ustawa o bibliotekach, czasami w ogóle nie wiedzą, że ustawa o bibliotekach jest, prawda? Potem jest ustawa o samorządzie terytorialnym i ona dużo rzeczy narzuca bibliotekom, tak że ustawa ta biblioteczna nie może pójść wbrew, prawda. I tak dalej, tak że biblioteki są posegmentowane na różne resorty, a te resorty mają swoje akty prawne, które regulują ich życie. Tak że ustawa idzie trochę wstecz” (Anhang E3, Z. 118-128).</p> <p>„... ten system scentralizowany się rozpadł, powstały te resorty to jednocześnie wzmocniły się tendencje odśrodkowe, jeśli chodzi o sprawy bibliotek w takich resortach, jak Ministerstwo Szkolnictwa Wyższego, Ministerstwo Edukacji. To najpotężniejsze po prostu resorty, które miały dużo bibliotek w swojej gestii i to były finansowo potężne resorty i znaczeniowo, duży procent PKB był w tych resortach dzielony i spożytkowany, w związku z tym oni nie bardzo widzieli, mieli sens i mieli ochotę poddawać się jakimś inicjatywom Ministerstwa Kultury, które było zawsze resortem małym, ubogim i w związku z tym sabotowano w ogóle wszelkie jakieś takie propozycje no całościowego rozwiązywania spraw i jednocześnie doszło do systematycznego wzmocniania tych spraw bibliotecznych w tych resortach, w resorcie szkolnictwa wyższego i edukacji” (Anhang E2, Z. 186-197).</p>
--	--	---

		<p>„W ogóle niektórzy dyrektorzy nie czytali tych ustaw, a już ci managerowie, czyli powiedzmy ministrowie czy rektorzy w ogóle nie wiedzieli, że tak ustawa istnieje i że w ogóle polegają pod ustawę. Nie daj boże, jak musieli się dowiadywać, że podlegają to się denerwowali ...” (Anhang E3, Z. 360-363).</p> <p>„... trudność i w ogóle słabość tych dwóch ostatnich ustaw o bibliotekach- chodziło generalnie ... o tym głównym zarządzie bibliotek, które kierownikiem był Grycz- i on był posadowiony, jako wydział, jeden z wydziałów Ministerstwa Nauki. To było bardzo ważne. Nauki. I jak jego znieśli ze względu na Grycza, właściwie to rozwiążali czy przekształcili dyrekcję w Centralny Zarząd Bibliotek i przenieśli go do wydziału kultury, czyli sprawy bibliotekarskie wylądowały nie w nauce tylko w kulturze i do dzisiaj tam są. W takim podziale, gałęzi w ogóle tematycznych, które było kilkanaście lat temu zrobione, bibliotekarstwo przyznano kulturze, działaniu kultury, tak że one dalej tam jest. To jest według mnie, nie tylko według mnie, część bibliotekarstwa, bo kultura nie obejmuje bibliotekarstwa naukowego na przykład ... Nie potrafi, nie interesuje. Kulturę interesuje Biblioteka Narodowa ... która jest bezpośrednio podlegała ministerstwu i publiczne. W tej chwili już nie wszystkie ... Tak że władztwo Ministerstwa Kultury nad polskim bibliotekarstwem jest skromne, a ustawy to petryfikują ... To znaczy utwierdzają. Ministerstwo samo je uchwała, uchwała sejm ... ale projekt wychodzi z Ministerstwa Kultury, samo je projektuje, sejm uchwała i ministerstwo ciągle tymi bibliotekami rządzi a nie wie o co chodzi”</p>
--	--	---

		<p>(Anhang E3, Z. 196-215).</p> <p>„... struktury bibliotekarstwa w Polsce nie ma, dlatego, że Ministerstwo Kultury położyło łapę, nie wie co to jest a nie pozwoli utworzyć osobnej takiej struktury, agendy, która by wzięła w ręce konkretnie pewne dziedziny bibliotekarskie. Nie pozwala, nie wie o co chodzi, nie ma ludzi. Tak idzie to samopas” (Anhang E3, Z. 284-288).</p> <p>„... są przepisy prawne, które uniemożliwiają na przykład dyrektorowi wydzielenie jakichś środków na współpracę z innymi bibliotekami, bo jest to źle widziane” (Anhang E2, Z. 453-455).</p> <p>„... ustawa nie mówi jakie powinny być. W związku z tym mogą być dowolne, tak? Każdy resort po swojemu wymyśla” (Anhang E4, Z. 190-191).</p> <p>„... jak był jakiś konflikt, coś źle zrobiłem, to się powołuję ... na przykład jest takie zarządzenie ministerstwa o ewidencji ... no ja zrobiłem według tego ministerstwa, a mój szef mówi – a co mnie to obchodzi to ministerstwo, co ja mam z tym wspólnego ...” (Anhang E3, Z. 217-221).</p> <p>„... bibliotekarzy, których opinie są tam jednak mimo wszystko wysłuchiwane, chociaż najczęściej to niezupełnie są akceptowane” (Anhang E2, Z. 421-423).</p> <p>„Ważniejsze są finanse. Najważniejsze są, dla biblioteki, prawda? Najważniejsza jest pragmatyka</p>
--	--	---

		<p>służbowa, pragmatyka, czyli prawa, obowiązki- Najważniejsza jest rekrutacja dla bibliotek, kto przychodzi. Bo jeżeli jest kiepska pragmatyka, nie ma obwarowania to każdy może przyjść do biblioteki” (Anhang E3, Z. 136-139).</p> <p>„... że przede wszystkim to jest finasowanie, postrzeganie bibliotek w środowisku takim lokalnym, ale w ogóle też no i myślę ludzie tam pracujący. Ludzie pracujący, którzy- dzięki którym biblioteki mogą być lepiej postrzegane ...” (Anhang E5, Z. 505-508).</p> <p>„... najważniejsze są pieniądze, ustawa jest potem” (Anhang E4, Z. 739).</p> <p>„No pieniądze zdecydowały, że nie było pieniędzy na wszystkich i nie było przez tyle lat, to trochę wina bibliotekarzy, stworzonego centralnego katalogu tych zbiorów specjalnych żeby było wiadomo co jest tak naprawdę cenne i co musimy chronić. Nic takiego nie zostało zrobione” (Anhang E4, Z. 458-462).</p> <p>„Dawały podstawy organizacyjne, ale bez pieniędzy no nie zawsze się to udawało” (Anhang E4, Z. 742-743).</p> <p>„... biblioteki publiczne nie miały, z czego tych budować, bo najpierw były w budżecie państwa a teraz są w samorządach a samorzady dostały szkoły, drogi et cetera i biblioteki no to wiadomo było, że nie będą budować po prostu bibliotek” (Anhang E5, Z. 307-310).</p>
--	--	--

		<p>„... że biblioteki, jako te instytucje użyteczności właśnie też publicznej no one też muszą mieć wygląd zewnętrzny i stąd ta infrastruktura, modernizowanie bibliotek, nacisk na edukację bibliotekarzy właśnie, też kształcenie tych bibliotekarzy, którzy są na pierwszej linii frontu na pokazywanie marki tej instytucji, bo oni świadczą o tej marce instytucji ...” (Anhang E5, Z. 511-515).</p> <p>„Dawały podstawy organizacyjne, ale bez pieniędzy no nie zawsze się to udawało. Moim zadaniem jest potrzebna taka ustawa naprawdę i ludzi jakoś cementuje wokół jednego zadania, ale jeśli w ślad za tym nie pójdzie finansowanie to to jest troszeczkę wyrzucone pieniądze. Dlatego, że organizuje się twory, które potem nie funkcjonują, życie jest bogatsze od tego, co ustawa potrafi wymyśleć i jeśli ktoś się będzie kurczowo trzymał zapisów ustawy to się może zdarzyć, że bezsensowne będą zapisy” (Anhang E4, Z. 742-748).</p> <p>„W tej chwili brakuje nam, moim zdaniem, działającej na rzecz bibliotek właśnie takiej czapki, która by nas organizowała jakoś i brakuje również takiego określenia dotyczącego zawodu bibliotekarza. To w tej chwili rzeczywiście- bardzo niedobre, że jest takie niespójne i w różnych jednostkach inaczej, bo to różnicuje niepotrzebnie środowisko” (Anhang E4, Z. 487-492).</p> <p>„Ale niestety nie jesteśmy jednolitym środowiskiem ...” (Anhang E4, Z. 631-632).</p> <p>„... jeśli był zapis, a przede wszystkim była też zgoda tych, którzy dawali pieniądze na to no to</p>
--	--	---

		<p>wtedy wszystko szło w porządku, jeśli tej zgody nie było, jeśli zaczynały się te dyskusje na temat potrzeby zlikwidowania czegoś takiego, bo oszczędności, bo to, bo tego, owego ...” (Anhang E2, Z. 699-703).</p> <p>„... kiedy proponowano zmiany, kiedy- zawsze one były rozpatrywane też przecież przez władze rządowe z punktu widzenia wydatków, jakie się liczą, jakie są z tym związane a ponieważ do korzystania z budżetu i to centralnego i budżetów resortowych ustawiały się bardzo długie kolejki różnych interesantów. Tutaj, jeśli chodzi o biblioteki publiczne to przede wszystkim to była kwestia pewnej rywalizacji domów kultury z bibliotekami, muzeów, archiwów, a gdzie indziej w innych resortach to też biblioteki nie zawsze postrzegano tak samo jak postrzegali bibliotekarze, to jest oczywiste i w związku z tym jak była jakaś rywalizacja ...” (Anhang E2, Z. 355-363).</p> <p>„... żeby zjednoczyć środowisko, żebyśmy działali w jeden sposób to bardzo dobra zasada i dalej uważam, że powinna być stosowana, ale coraz bardziej to troszeczkę się rozchodzi, bo no różne interesy tutaj decydują, w różny sposób są finanse przekazywane no i chyba właśnie brakuje siły ...” (Anhang E4, Z. 268-272).</p> <p>„... tragedia polegała tylko na sporach pomiędzy nami czy ustawa o bibliotekach jest jeszcze, na dzisiaj nawet ten spór jest aktualny ... czy ustawa jest obecnie potrzebna, bo jeżeli sprawy szkolnictwa wyższego reguluje ustawa o szkolnictwie wyższym, jeżeli sprawy bibliotek</p>
--	--	--

		<p>publicznych o organizowaniu i prowadzeniu działalności kulturalnej, jeżeli o bibliotekach szkolnych sprawa o organizowaniu systemu oświaty. To rodzi się pytanie – czy jest potrzebne?” (Anhang E1, Z. 387-393).</p> <p>„... że biblioteki mają być, to by funkcjonowało dalej w obrębie tych swoich pojedynczych bibliotek, tylko Narodowa by miała kłopot ...” (Anhang E4, Z. 808-810).</p> <p>„... takie zjawisko, samo środowisko zaczęło się dzielić, samo środowisko się podzieliło ... i te podziały w dalszym ciągu po prostu mają miejsce i się umacniają a w związku z tym samo środowisko coraz słabiej oddziałuje na to wszystko” (Anhang E2, Z. 366-371).</p> <p>„Środowisko niestety dba o swój własny interes ... Ale w większości dyskusji takich w środowisku niestety bardzo często działają interesy partykularne ...” (Anhang E4, Z. 582-592).</p> <p>„Atmosfera, która związana jest opiniami ...” (Anhang E1, Z. 862).</p> <p>„... postulaty z tych środowisk wychodzą sprzeczne. Nie ma jednego lobbingu, że dokładnie chcielibyśmy osiągnąć to, czy tamto” (Anhang E4, Z. 611-613).</p> <p>„... integracja, ale w sensie merytorycznym, no w sensie oczywiście zawodowym na pewno też, ale wydaje mi się, że wtedy no wszyscy by się czuli odpowiedzialni, bo są jednym trybikiem w</p>
--	--	--

		<p>całej tej konstrukcji ...” (Anhang E5, Z. 240-242).</p> <p>„Najbardziej jest stosowana w bibliotekarstwie powszechnym w bibliotekach publicznych. Jest najbardziej do nich przyjęta ...” (Anhang E3, Z. 129-130).</p> <p>„... wbrew ustawie niczego nie można zrobić” (Anhang E3, Z. 112-113).</p> <p>„... bo u nas zawsze było tak, że albo obowiązuje i wtedy no trzeba to realizować ...” (Anhang E4, Z. 652-653).</p> <p>„Natomiast tam, gdzie było niedopowiedziane albo gdzie można było zrezygnować no to też się udało” (Anhang E4, Z. 646-648).</p> <p>„One miały zawsze najwyższą rangę. Były zawsze odwołaniem przez bibliotekarzy, ale równocześnie też bibliotekarze z różnych, czy z bibliotek akademickich czy z bibliotek szkolnych czy teraz nawet i z publicznych w momencie właśnie tej resortowości ...” (Anhang E5, Z. 38-42).</p> <p>„... i do pewnych rzeczy się, że tak powiem, odwołujemy, bo na przykład teraz przygotowaliśmy regulamin do tego programu – Zakup nowości wydawniczych, (...) i też koledzy mówią – a dopiszmy to, że z programu tego mogą uczestniczyć biblioteki publiczne zgodnie z ustawą o bibliotekach żeby już nie było wątpliwości, że to jeszcze ktoś inny może tam</p>
--	--	---

		<p>być beneficjentem tego programu” (Anhang E5, Z. 495-500).</p> <p>„... więc wszyscy się na nie powołują” (Anhang E3, Z. 110).</p> <p>„... to jest ... katechizm dla bibliotekarzy ...” (Anhang E5, Z. 500).</p> <p>„... te ustawy [o bibliotekach] zawsze są w środowisku bibliotekarskim najważniejsze, ale równocześnie bibliotekarze w bibliotekach akademickich mają ustawę o szkolnictwie, to chciałem powiedzieć, pedagogiczni i szkolni mają ustawę oświatową, a biblioteki publiczne mają ustawę o prowadzeniu i organizowaniu działalności kulturalnej. I to są takie no ober ustawy w stosunku do bibliotekarstwa ...” (Anhang E5, Z. 51-56).</p> <p>„... bibliotekarstwo jednak ciągną biblioteki akademickie, biblioteki uniwersyteckie. To jest czołówka. ... A to nie one są przedmiotem ustawy, tylko są biblioteki powszechne raczej, no i tu jest w tym założeniu całe nieszczęście tych ustaw, nieskuteczności tych ustaw” (Anhang E3, Z. 369-375).</p> <p>„... ale też, ponieważ u nas w kraju jest sporo anarchii to zawsze, jeśli coś nie jest dopowiedziane tutaj tak na 100%, że musimy się tego trzymać no to się tego nie trzymamy ... Czyli jak w '97 roku pozwolono, że nie wszyscy muszą być w sieci bibliotecznej no to nie są. Tak że wpływ to miało olbrzymi, bo w sumie zdecydowało o takim rozczłonkowaniu, rozdzieleniu ...” (Anhang</p>
--	--	--

		<p>E4, Z. 639-643).</p> <p>„... myśmy się nie mogli z tą ustawą zgodzić. Pierwszy powód to było oddzielenie informacji naukowej od bibliotekarstwa, drugi to to, że tworzy się sieć dla jednej grupy bibliotek. Myśmy cały czas walczyli o to, żeby sieć tworzyły wszystkie biblioteki” (Anhang E1, Z. 201-204).</p> <p>„... u nas jest obowiązek, żeby były biblioteki publiczne w gminie i w powiecie i zawsze Pani może znaleźć w Bibliotece Narodowej komunikat, w ilu gminach i powiatach nie ma tych bibliotek. Nie ma i już, choć obowiązek jest” (Anhang E4, Z. 726-728).</p> <p>„Tak było, że właśnie no- jeszcze była taka no obawa – no mamy swój budżet w tych bibliotekach, mamy jakąś stabilizację, mamy czytelników no, bo wtedy nie było internetu, nie było niczego, czyli te biblioteki, ta encyklopedia w bibliotece i te różne działy informacyjno-bibliograficzne to miały, że tak powiem, powodzenie wtedy no to czemu mamy się martwić, patrzeć na jakieś tam, że tak powiem, rozwój ...” (Anhang E5, Z. 450-455).</p> <p>„... Stowarzyszenie Bibliotekarzy Polskich ... I ono zawsze lobbowało na rzecz dobrego prawa bibliotecznego natomiast nie zawsze było słuchane ... są takie momenty kiedy konsultacje się dokonuje, co nie znaczy, że na koniec wychodzi tak jak byśmy chcieli ... głos dyrektora Biblioteki Narodowej jest niezwykle poważnie brany pod uwagę w Ministerstwie Kultury, które głównie tym ustawodawstwem dotyczącym bibliotek się zajmuje ...” (Anhang E4, Z. 313-337).</p>
--	--	--

		<p>„... przydałoby się takie ciało, które by w jakiś sposób, no może nie dawało pieniędzy tak mówiąc krótko, ale tworzyło jakiś taki zaczyn intelektualny, jakieś myślenie o przyszłości tych spraw. Czy to jest kwestia Krajowej Rady Bibliotecznej? Wydaje mi się, że w tej chwili to jest po prostu niemożliwe. To niemożliwe. To jest kwestia pewnie jakiś autorytetów, ale autorytety w tej chwili- też ich nie ma” (Anhang E2, Z. 499-504).</p> <p>„... jest rzeczywiście potrzebne jakieś ciało, gdzie można by przynajmniej dyskutować na temat pewnych uzgodnień i tak dalej, ale tego się w tej chwili nie odczuwa, braku się tego w tej chwili nie odczuwa ze względu na to, że tych pieniędzy na biblioteki brakuje ciągle i ci, którzy zarządzają bibliotekami tej sprawy nie widzą z kolei dyrektorzy bibliotek poruszają i są przyzwyczajeni do funkcjonowania no w takich a nie innych układach i zdają sobie sprawę z ograniczonych możliwości zmiany i w związku z tym nawet takiej propozycji specjalnie nie ma” (Anhang E2, Z. 545-552).</p> <p>„... bo tak aż do rozproszenia w tym `97 roku, gdzie całkowicie nas uwolniono od wszystkich nakazów i każdy może robić jak chce a teraz coraz bardziej czujemy, że byłoby bardzo dobrze, gdyby była instytucja zbierająca problemy i sprawy związane z funkcjonowaniem bibliotek, która byłaby takim rzecznikiem spraw bibliotek w rządzie” (Anhang E4, Z. 215-220).</p> <p>„... czapka, która by zarządzała wszystkimi bibliotekami czy miała wpływ na ich funkcjonowanie i tam byłyby źródła finansowania, też jest wielce niebezpieczne, że gdyby była</p>
--	--	---

		<p>poddana zbyt silnej presji jakiegoś środowiska jednego, gdyby była okupowana przez jakąś jedną partię polityczną, co się też zdarza na świecie, a w Polsce bardzo często, jesteśmy młodą demokracją, więc u nas te rzeczy bardzo wielkie mają znaczenie, nie wiadomo czy to byłoby dobre dla środowiska i dlatego wcale nie wszyscy, z którymi rozmawialiśmy, byli przekonani, że takie rozwiązanie jest dobre ...” (Anhang E4, Z. 345-352).</p> <p>„... za czasów komuny, jak to brzydko mówią, w Ministerstwie Kultury był wydział bibliotek, teraz nie ma nikogo, kto się bibliotekami w Ministerstwie Kultury zajmuje, tak doraźnie jest jakiś departament mecenatu państwa i tam ktoś marginalnie sprawami bibliotek się zajmuje. Dla mnie biblioteki są- (...) że są bardzo ważne i powinien tam być ktoś, kto się tym zajmuje” (Anhang E1, Z. 422-427).</p> <p>„... właśnie brakuje siły i mocy takiej instytucji, która by obejmowała wszystkie sprawy bibliotek w sposób- w bieżącym takim swoim działaniu, czyli nie była radą opiniotwórczą tylko była organem, który zarządza i kieruje w jakimiś aspekcie wszystkimi bibliotekami, w szczególności ma uprawnienia żeby wszystkie granty, pieniądze przechodziły przez tamtą instytucję i wtedy można by pewne zadania scentralizować, bez tego niestety każdy działa na swoją rękę” (Anhang E4, Z. 272-278).</p> <p>„... właśnie ciągle tam jest ta walka o Krajową i Państwową, Państwową najpierw a potem Krajową Radę Biblioteczną no, ale to przez te wszystkie dziesięciolecia widzę po prostu, że to</p>
--	--	--

		<p>nie ma szans funkcjonowania ... że one nie są realizowane w ogóle. To jest fikcja ... To są dosyć charakterystyczne zabiegi, taka jedna sprawa – Krajowa Rada Biblioteczna ... wcześniej Państwowa a potem Krajowa odżegnywały się od tego jak diabeł od świeconej wody i jest konkretny zapis do tej pory w ustawie i ten zapis powodował, że w niektórych dokumentach programowych stowarzyszenia i tak dalej, i tak dalej też pewne rzeczy zostały zapisywane, które potem też nie były realizowane, pusty zapis” (Anhang E2, Z. 427-439).</p> <p>„Mamy Krajową Radę Biblioteczną ... ale ta rada ... nie ma to żadnej mocy sprawczej ... Oni określili jakieś kryteria, kto może być biblioteka naukowa no i to funkcjonowało ... Ale w żadnym innym przypadku ich zdanie nie miało jakiegoś ... wiążącej opinii ... oni działali tylko, jako organ opiniodawczy ... Nie mają, szczerze powiedziawszy, dobrej opinii w środowisku bibliotecznym, jako ludzie zbyt oderwani od bibliotek, dlatego, że tam członkami tej Rady Bibliotecznej są ludzie nie z wyboru, tylko mianowani przez konkretnych ministrów ... teraz są właśnie przedstawiciele Instytutów Bibliotekoznawstwa, a w środowisku naszym nie ma dobrej współpracy między bibliotekami a Instytutami Bibliotekoznawstwa, bo one mają przede wszystkim nacisk położony na historię, na różne badania ogólne natomiast bardzo mało, naszym zdaniem dyrektorów, przygotowują do zawodu. Tam nie ma praktycznej nauki bibliotekarstwa. ... tak że tu współpracy między nami dobrej nie ma w tej dziedzinie, więc i nie ma dobrych relacji, nie ma prawie komunikatów, czym się zajmuje ta Krajowa Rada Biblioteczna” (Anhang E4, Z. 220-266).</p>
--	--	--

		<p>„... zmienia prawo dotyczące organizacji terytorialnej, czyli tam przestają istnieć powiaty, zmienia się liczba województw, no takie rzeczy, czyli to wszystko, co zmienia się i dotyczy ustaw ...” (Anhang E4, Z. 357-359).</p> <p>„Ale ustawa po prostu jednym ruchem ręki zmiotła, zostawiła dwie biblioteki, które mają Narodowy Zasób Biblioteczny i już” (Anhang E4, Z. 438-440).</p> <p>„... biblioteki szkolne ... osiągnęły chyba dno upadku po prostu w ostatnich latach. To są zabiedzone biblioteki ... przede wszystkim wśród nauczycieli w szkołach nie ma przekonania, że te biblioteki są potrzebne ... nauczyciele ustawiają się tyłem do tych bibliotek, są im po prostu niepotrzebne, nie zabiegają o nie, nie starają się po prostu dbać o nie i żeby one istniały i w związku z tym no jest taka sytuacja, jaka jest” (Anhang E2, Z. 633-638).</p> <p>„... równocześnie niczego nie zapewniły, żeby nastąpił rozwój tych bibliotek taki właśnie w sensie architektonicznym, w sensie rozwoju usług, bo jakby cała para szła w utrzymanie stanu, w utrzymaniu stanu, nie? W utrzymanie stanu, że były filie po 50 metrów i to się wszystko jakby utrzymywało i z takim bagażem to wszystko zostało przekazane tym samorządom ...” (Anhang E5, Z. 382-386).</p>
	Bild des polnischen Bibliothekswesens	<p>„... z tym bagażem 40 lat pracy no nie wyobrażam sobie, że tak powiem, takiej rzeczywistości bibliotekarskiej w Polsce bez ustawy ...” (Anhang E5, Z. 493-494).</p>

	ohne Bibliotheks- gesetze	<p>„Wydaje mi się, że takiego zrębu takiej instytucji jak biblioteka no zawsze jakieś takie minimum ustawodawcze będzie musiało być. Ono może nie być już tak rozbudowane, bo będzie się inaczej może opracowywało te zbiory, ale ja stawiam na to, że to ustawodawstwo biblioteczne przetrwa, (śmiej). Może nierozbudowane, ale, że tak powiem, to jest dyscyplina taka, która wymaga standardów, wymaga pewnych norm. Czy one są obowiązkowe, czy one są dobrowolne to tutaj pewien porządek musi być” (Anhang E5, Z. 553-559).</p> <p>„... czegoś takiego nie wyobrażamy ... to wynika z zaszłości historycznych naszych ... już nie chcę odwoływać się do zaborów i do wszystkich, ale ... to wszystko po prostu też wpływa na myślenie, na mentalność Polaków ... poza tym w Polsce jest taka ogromna wiara w siłę prawa ...” (Anhang E5, Z. 66-70).</p> <p>„Ja sobie tego nie wyobrażam. No nie no z całą pewnością, na przykład byłyby biblioteki akademickie, jeśli szkoły chciały kształcić dobrych specjalistów, to musiały mieć odpowiednie narzędzia i te biblioteki tutaj byłyby po prostu niezbędne ... bez ustaw by to nie funkcjonowało. To były jakieś społecznikowskie historie, instytucje o nietrwałych fundamentach, a ... mimo tego, o czym mówiliśmy, że o tej likwidacji, o tej niepewności, o słabym finansowaniu i tak dalej ... to fundamenty jednak dalej są ...” (Anhang E2, Z. 708-715).</p> <p>„... i nawet w przyszłości także. Jakiś- muszą być jakieś, współczesne państwo tak czy inaczej</p>
--	------------------------------	--

		<p>musi się opierać na jakichś regulacjach i te regulacje muszą istnieć” (Anhang E2, Z. 726-728).</p> <p>„... to jest ... katechizm dla bibliotekarzy, dlatego no nie podjęłabym takiego rozważenia, że polskie bibliotekarstwo bez ustawodawstwa” (Anhang E5, Z. 500-502).</p> <p>„... nie byłoby systemu bibliotecznego, nie wiem w ogóle jak- nie byłoby obowiązku może nawet państwa tworzenia bibliotek” (Anhang E1, Z. 869-870).</p> <p>„Nie wiem. Poważnie mówię ... przypuszczam, że dałoby sobie radę, ale by było to na zasadzie – każdy sobie rzepkę skrobie ...” (Anhang E1, Z. 865-866).</p> <p>„... to jest nie do przewidzenia, bo mogłoby być- w każdym razie na pewno nie byłoby lepiej. Za bardzo wierzę w prawo, wie pani, żeby uważać, że bez prawa można do czegoś dojść, znaczy, żeby uporządkować pewne sytuacje” (Anhang E1, Z. 875-877).</p> <p>„... na razie to jest rzecz niewyobrażalna chyba, tak że te ustawy tak czy inaczej one będą funkcjonować kulawo albo lepiej czy gorzej ale pewnie- nie jest do pomyślenia żeby nie było takiej ustawy ... Nie ma takiego zaczynu intelektualnego na razie w tym środowisku bibliotekarskim i innych ażeby myśleć o czymś takim” (Anhang E2, Z. 216-220).</p> <p>„Myślę, że gorzej, ale by funkcjonowało, dlatego, że jeśli by w ogóle straciła ważność ustawa o bibliotekach- ... na przykład to, ponieważ w ustawie o samorządzie terytorialnym jest</p>
--	--	--

		<p>powiedziane, że biblioteki powinny być i w ustawie o działalności kulturalnej jest, w ustawie o szkolnictwie wyższym jest powiedziane, że biblioteki mają być, to by funkcjonowało dalej w obrębie tych swoich pojedynczych bibliotek, tylko Narodowa by miała kłopot, bo ustawa- ... bo wszystko inne właściwie ma swoje jakieś jeszcze umocowanie, nie jest tylko ustawa o bibliotekach jedynym miejscem, gdzie się o tym mówi” (Anhang E4, Z. 803-813).</p> <p>„Całkiem bez? No to chyba by się nie dało ... Byłoby niezwykle trudno. Jednak ... na pewne rzeczy się możemy powołać, bo dlaczego my w statucie mamy powiedziane, że naszym obowiązkiem jest tam gromadzenie, udostępnianie, bo się powołujemy na ustawę o bibliotekach, że ta ustawa nam to narzuca ... Tak że przydatna jest no nawet w takim ogólnym zarysie ... Ale gdyby tak zupełnie przestała istnieć to myślę, że przez następne pięć lat biblioteki by nie zauważyły, że nie istnieje, (śmiech). Umiałyby funkcjonować. Nic by się nie zmieniło w naszym funkcjonowaniu niestety” (Anhang E4, Z. 815-823).</p> <p>„... myślę, że najbardziej narażone byłyby publiczne biblioteki gdyby przestała funkcjonować, bo wtedy właśnie ten obowiązek, że w każdej gminie, w każdym miejscu ma być no bardzo szybko byłby wykorzystany przeciwko bibliotekom i przestałyby istnieć. To z całą pewnością” (Anhang E4, Z. 826-830).</p> <p>„... bez tych ustaw nie mielibyśmy chyba po pierwsze tej sieci, tej współpracy ...” (Anhang E5,</p>
--	--	---

		<p>Z. 427-428).</p> <p>„... bez tych zapisów to wiele tych bytów to by albo nie powstało albo nie przetrwało. By zawsze się znalazły- tym bardziej, że przecież były ciężkie lata finansowe, kryzysowe, mówię, właściwie w każdym dziesięcioleciu czy w latach 50-tych czy 60-tych małej stabilizacji czy w latach no 70-tych, kiedy się bardziej stawiało na informację naukową, na biblioteki się trochę uważało za taki no przeżytek ...” (Anhang E5, Z. 435-440).</p>
--	--	---

Erklärung über die selbstständige Abfassung meiner Dissertation

Hiermit erkläre ich, Ursula Bödecker, Matrikel-Nr: 523649, dass ich die vorliegende Dissertation selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Dissertation wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt oder veröffentlicht.

Berlin, den

Ursula Bödecker